Suchergebnisse: Haft

-3000 – Bier im alten Mesopotamien

Mesopotamien * Bier hat seinen Ursprung nicht in Bayern. Seine Geschichte reicht mehrere Jahrtausende zurück und ist eng mit der Sesshaftwerdung des Menschen und der Entwicklung des Getreideanbaus verbunden. Besonders im fruchtbaren Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris entstehen frühe Hochkulturen, in denen Brot und Bier zu den wichtigsten Grundnahrungsmitteln gehören. Aus der Zeit um 3000 v. Chr. stammen frühe bildliche und schriftliche Zeugnisse der Bierherstellung. Darstellungen auf Tontafeln zeigen die Verarbeitung von Emmer und die Darbringung von Bier als Opfergabe. Emmer ist eine frühe kultivierte Weizenart, die dem Dinkel ähnelt. Die Menschen Mesopotamiens beherrschen die alkoholische Gärung, ohne deren biologische Ursachen zu kennen. Aus Getreide und dem sogenannten Bierbrot „bappir“ stellen sie verschiedene Biere her. Das Getränk dient als alltägliches Nahrungsmittel, als Entlohnung und als Opfergabe für die Götter. Auch in den Erzählungen um Gilgamesch spielen Brot und Bier eine wichtige Rolle. Enkidu lebt zunächst außerhalb der menschlichen Gemeinschaft. Erst als er Brot isst und Bier trinkt, wird er mit den Lebensweisen der Menschen vertraut und in die Zivilisation aufgenommen. König von Uruk ist Gilgamesch. Eine sprachliche Verbindung zwischen dem sumerischen „bappir“ und dem deutschen Wort „Bier“ wird gelegentlich vermutet, lässt sich wissenschaftlich aber nicht sicher nachweisen.

-3000 – Frauen prägen die frühe Bierherstellung

Mesopotamien * In vielen antiken Gesellschaften liegt die Herstellung von Bier überwiegend in den Händen von Frauen. Da das Brauen aus der häuslichen Verarbeitung von Getreide und Brot hervorgeht, gehört es häufig zu ihren Aufgaben. Ausschließlich weiblich ist das Brauhandwerk jedoch nicht: In größeren und gewerblich organisierten Brauereien arbeiten auch Männer. Wie die alkoholische Gärung funktioniert, ist den Menschen damals noch unbekannt. Sie beobachten jedoch, dass sich der Vorgang zuverlässig wiederholen lässt. Hefen gelangen über Getreide, Früchte, Gefäße und die Umgebung in die Maische. Vermutlich verwenden die Brauerinnen außerdem Reste eines gelungenen Sudes als Gärstarter. Die frühere Annahme, Frauen gäben hormonell bedingt mehr Hefezellen über ihre Haut ab und könnten deshalb erfolgreicher brauen, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Hefen werden nicht vom menschlichen Körper erzeugt oder über die Haut ausgeschieden. Erst im 19. Jahrhundert wird erkannt, dass Hefepilze Zucker in Alkohol und Kohlendioxid umwandeln.

-2000 – Die Babylonier entwickeln die Braukunst weiter

Babylonien * Im 2. Jahrtausend v. Chr. verlieren die sumerischen Stadtstaaten ihre politische Bedeutung. In Mesopotamien entstehen neue Reiche, darunter Babylonien. Die Babylonier bauen auf den kulturellen und technischen Errungenschaften der Sumerer auf und entwickeln auch deren Braukunst weiter. Schriftliche Quellen nennen zahlreiche unterschiedliche Biersorten. Sie unterscheiden sich unter anderem durch die verwendeten Getreidearten, ihre Stärke und ihre Qualität. Bier ist ein wichtiges Grundnahrungsmittel, wird als Lohn ausgegeben und über weite Strecken gehandelt. Hinweise auf Exporte bis nach Ägypten sind jedoch nicht eindeutig belegt.

-1750 – Der Codex Hammurabi regelt den Bierausschank

Babylonien * Der babylonische König Hammurabi lässt eine umfangreiche Gesetzessammlung auf einer monumentalen Stele festhalten. Seine Regierungszeit wird – je nach verwendeter Chronologie – unterschiedlich datiert; häufig wird sie mit etwa 1792 bis 1750 v. Chr. angegeben. Der sogenannte Codex Hammurabi enthält auch Vorschriften für Schankwirtinnen und den Verkauf von Bier. Er regelt unter anderem Preise, Zahlungsmittel und Strafen bei Verstößen. Die oft genannten täglichen Bierrationen für Arbeiter, Beamte und Priester stammen jedoch nicht aus dem Codex selbst. Solche Zuteilungen sind aus anderen mesopotamischen Verwaltungsaufzeichnungen bekannt und richten sich nach Tätigkeit und gesellschaftlicher Stellung. Bier dient in Babylonien als Grundnahrungsmittel, Genussmittel, Opfergabe und Bestandteil medizinischer Zubereitungen. Mit heutigem Bier ist es nur bedingt vergleichbar: Es wird aus verschiedenen Getreidesorten hergestellt, häufig ungefiltert getrunken und kann mit weiteren Zutaten versetzt sein. Die Stele des Codex Hammurabi wird 1901/1902 bei Ausgrabungen in Susa im heutigen Iran entdeckt. Sie besteht aus schwarzem Basalt und befindet sich heute im Louvre in Paris. Der Codex zählt zu den ältesten und umfangreichsten erhaltenen Gesetzessammlungen, ist jedoch nicht die älteste bekannte Gesetzessammlung der Welt.

-1400 – Bierbrauen im alten Ägypten

Ägypten * Bier gehört im alten Ägypten zu den wichtigsten Nahrungs- und Genussmitteln. Es wird täglich getrunken, als Lohn ausgegeben und bei Festen sowie religiösen Zeremonien verwendet. Mehrere Gottheiten stehen mit Bier und Rausch in Verbindung. Dazu zählt Hathor, die Göttin der Liebe, Freude und Musik, die auch als „Herrin der Trunkenheit“ verehrt wird. Die Ägypter brauen Bier vor allem aus Gerste und Emmer. Nach der Gärung füllen sie es in Tongefäße. Verschlossene und versiegelte Krüge ermöglichen die Lagerung und den Transport.

Das ägyptische Bier unterscheidet sich deutlich von heutigen Sorten: Es enthält keinen Hopfen, ist häufig trüb und kann mit Früchten, Gewürzen oder anderen Pflanzenstoffen verfeinert werden. Eine Wandmalerei im Grab des hohen Beamten Qenamun in Scheich Abd el-Qurna bei Luxor zeigt verschiedene Arbeitsschritte der Lebensmittel- und Getränkeherstellung. Qenamun dient unter Pharao Amenophis II., weshalb das Grab und seine Darstellungen in das 15. Jahrhundert v. Chr., wahrscheinlich zwischen etwa 1425 und 1400 v. Chr., gehören. Solche Darstellungen und weitere archäologische Funde belegen die große wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Brauens im alten Ägypten.

-700 – Der Kykeon im antiken Griechenland

Griechenland * Die Griechen bevorzugen Wein und betrachten das Bier der Ägypter sowie die Getreidegetränke anderer Völker häufig als „barbarisch“. Dennoch kennen auch sie Getränke aus Getreide. Zu ihnen gehört der Kykeon, dessen Name so viel wie „Mischtrank“ bedeutet. Im Homerischen Hymnos an Demeter besteht der Kykeon aus Wasser, Gerstenschrot und Polei-Minze. Das Getränk ist der Göttin Demeter geweiht und spielt später eine wichtige Rolle bei den Mysterien von Eleusis. Über die genaue Zusammensetzung des dort gereichten Trankes bewahren die Eingeweihten Stillschweigen. Ob der Kykeon vergoren und damit alkoholhaltig ist, lässt sich nicht sicher feststellen. Auch die Vermutung, er enthalte Mutterkorn, Opium oder andere berauschende Substanzen, ist wissenschaftlich nicht belegt. Die bei den Mysterien beschriebenen außergewöhnlichen Erfahrungen können ebenso durch Fasten, nächtliche Rituale, Musik und die religiöse Erwartung der Teilnehmenden hervorgerufen worden sein. Der Kykeon darf daher nicht ohne Einschränkung als Bier oder psychedelischer Rauschtrank bezeichnet werden.

-700 – Der Kykeon im antiken Griechenland

Griechenland * Die Griechen bevorzugen Wein und betrachten das Bier der Ägypter sowie die Getreidegetränke anderer Völker häufig als „barbarisch“. Dennoch kennen auch sie Getränke aus Getreide. Zu ihnen gehört der Kykeon, dessen Name so viel wie „Mischtrank“ bedeutet. Im Homerischen Hymnos an Demeter besteht der Kykeon aus Wasser, Gerstenschrot und Polei-Minze. Das Getränk ist der Göttin Demeter geweiht und spielt später eine wichtige Rolle bei den Mysterien von Eleusis. Über die genaue Zusammensetzung des dort gereichten Trankes bewahren die Eingeweihten Stillschweigen. Ob der Kykeon vergoren und damit alkoholhaltig ist, lässt sich nicht sicher feststellen. Auch die Vermutung, er enthalte Mutterkorn, Opium oder andere berauschende Substanzen, ist wissenschaftlich nicht belegt. Die bei den Mysterien

beschriebenen außergewöhnlichen Erfahrungen können ebenso durch Fasten, nächtliche Rituale, Musik und die religiöse Erwartung der Teilnehmenden hervorgerufen worden sein. Der Kykeon darf daher nicht ohne Einschränkung als Bier oder psychedelischer Rauschtrank bezeichnet werden.

1 – Der Ursprung des Weines liegt im Dunkeln

??? * Es gibt keinen wissenschaftlichen Nachweis für den Ursprung des Weines.

3. März 321 – Der Sonntag wird arbeitsfrei

Rom ? • Der Kaiser Konstantin der Große erklärt den Sonntag, den Heiligen Tag des Christentums und des Mithraskultes, für arbeitsfrei – für „alle Richter und Einwohner der Städte, auch die Arbeiter aller Künste“. Einzig landwirtschaftliche Arbeiten bleiben sonntags erlaubt. Das Edikt des Kaisers gilt als die Geburtsstunde des staatlich geschützten Ruhetags.

350 – Augustinus entwirft die Theorie des „gerechten“ Krieges

Rom * Als im 4. Jahrhundert - nach der Bekehrung Konstantins - das Römische Imperium ein christliches Reich wird, muss sich das Christentum der veränderten Situation anpassen. Augustinus entwirft die Theorie des „gerechten“ Krieges: „Gerecht werden die Kriege genannt, die Unrecht rächen“. Und weiter: „Ich glaube nicht, dass der Soldat, der einen Feind tötet, wie auch der Richter und der Henker, die einen Verbrecher hinrichten, sündigen, denn mit ihrem Handeln gehorchen sie dem Gesetz“. Nur ein Krieg mit dem Ziel Reichtümer und Ehre zu gewinnen, gilt als unstatthaft. Ein „gerechter Krieg“ sollte dagegen Unrecht strafen und wieder gutmachen.

420 – Der Kirchenlehrer Aurelius Augustinus beschäftigt sich mit den Hexen

Algerien * Aurelius Augustinus, einer der vier lateinischen Kirchenlehrer der Spätantike, hat sich bereits im frühen 5. Jahrhundert mit dem beschäftigt, was wir heute unter den Begriffen „Hexe“ und „Schadenszauber“ verstehen. Es geht ihm aber weniger um die Angst vor einer schädlichen Magie, sondern vielmehr darum, den christlichen Glauben von allen Verunreinigungen durch den heidnischen und abergläubischen Irrglauben zu

reinigen. Augustinus will die absolute Überlegenheit des katholischen Christentums propagieren und deutet deshalb die heidnischen Götter und Göttinnen zu teuflischen Dämonen um, die Luzifer hierarchisch unterstellt wären. Wer also in diesem Sinne Magie betreibt, macht sich automatisch des „Teufelspaktes“ schuldig.

776 – Bogenhausen wird erstmals genannt

Bogenhausen * „Pubenhusen“, das heutige Bogenhausen, wird erstmals in einer Urkunde des Klosters Schäftlarn genannt.

18. Mai 1052 – Die Chorherren von Sankt Veit in Freising erhalten Baumkirchen

Berg am Laim - Freising * Kaiser Heinrich III. gibt den Weiler Baumkirchen samt Kirche, Liegenschaften und „Eigenleute beiderlei Geschlechts“ an die Chorherren von Sankt Veit in Freising.

1076 – Heftige Kämpfe zwischen Seldschuken und Schiiten

Jerusalem * Im „Heiligen Land“ kommt zu heftigen Kämpfen zwischen Seldschuken und Schiiten. Die seldschukischen Türken behalten die Oberhand und richten unter den schiitischen Muslims ein Blutbad an. Im christlichen Viertel Jerusalems bleibt es offenbar ruhig und auch die „Grabeskirche“ ist für die Pilger - trotz der türkischen Herrschaft - weiterhin zugänglich. Allerdings behindern die Kriegswirren die christliche Wallfahrt.

März 1095 – Byzanz bittet Papst Urban II. um Unterstützung

Rom * Papst Urban II. wird von einer Gesandtschaft des byzantinischen Kaisers Alexios I. um Hilfe gegen die türkischen Seldschuken gebeten. Diese haben das Byzantinische Reich im Sturm erobert und kommen der Hauptstadt Konstantinopel bedrohlich nah.

März 1096 – Die ersten Kreuzfahrer-Kontingente machen sich auf den Weg

Frankreich * Von einer Woge populärer Begeisterung getragen, machen sich - gegen dem

Wunsch des Papstes - die ersten Kreuzfahrer-Kontingente auf den Weg. Die meisten dieser Kreuzzugs-Pilger entstammen dem einfachen Sozialmilieu des Bauernstandes und der Städte. Viele von ihnen verkaufen ihre geringe Habe, um die Reise nicht völlig ohne Barschaft antreten zu müssen. Wegen des dadurch entstandenen Überangebots fallen die Preise dramatisch, sodass sich der Verkauf oft kaum mehr lohnt. Andere lassen einfach alles liegen und stehen und schließen sich einem Pilgerzug in den Nahen Osten an. In den nächsten sechs Jahren folgen etwa 130.000 Frauen und Männer ihrem Beispiel. Aus dem Stand des Adels und der Ritter kommen kaum zehn Prozent der Kreuzfahrer. Allerdings übernimmt diese Gruppierung die Führerschaft und - neben den sie begleitenden Priestern - die Verantwortung für die nachfolgend beschriebenen Judenpogrome. Nach den Beweggründen für die Teilnahme an den Kreuzzügen zu suchen ist müßig. Sie sind nicht rational sondern ideologisch begründet. Die meisten, die den Aufrufen der Päpste folgen, bereuen später ihr - in einer durch Predigt und Propaganda bewusst ausgelösten Atmosphäre religiöser Hysterie - abgelegtes Gelübde. Die meisten dieser am sogenannten „Vor-Kreuzzug“ beteiligten Pilger kommen nicht weiter als bis zum Balkan. Besteht für die Kirche die Rechtfertigung für den „ersten Kreuzzug“ in der Besetzung Jerusalems durch die Muslime, so entfesselt die Kreuzzugsbewegung aber auch gewalttätige Emotionen in eine andere Richtung. Viele der christlichen Kreuzfahrer nehmen, bevor sie sich überhaupt ins „Heilige Land“ aufmachen, erst einmal Rache an den Juden, die - nach ihrer Auffassung - für die „Kreuzigung des Heilands“ verantwortlich sind. Die aus einfachsten Verhältnissen stammenden Kriegsteilnehmer haben bis dahin ein sehr bescheidenes Dasein gefristet und setzen nun als „Wagemutige“ ihre Existenz aufs Spiel. Und dass etliche Juden durch ihre Geschäfte reich geworden sind, steht im krassen Gegensatz zur kirchlichen Doktrin, wonach die Juden als Strafe und Zeugnis für den ihnen zur Last gelegten „Gottesmord“ sichtbar in „Knechtschaft unter den Christen“ leben sollen - und nicht umgekehrt. Da die Kreuzfahrer ihr gegen die Muslime gerichtetes Feindbild und die damit verbundenen Aggressionen problemlos auch gegen die Juden anwenden können, entsteht eines der dunkelsten Kapitel in der eh schon so grausamen Kreuzzugs-Geschichte.

19. Juni 1097 – Die Kreuzfahrer nehmen Nicäa ein

Nicäa * Die Kreuzfahrer nehmen Nicäa, die erste bedeutende Stadt unter islamischer Herrschaft, ein. Das Heer des Ersten Kreuzzugs besteht aus 40.000 Personen, von denen nur 4.500 Ritter oder Adelige sind. Der Rest sind nicht-waffenfähige Handwerker, Städter und Bauern. Das missfällt zwar den Führern der Kreuzzüge, da die Armen ernährt werden müssen. Doch die Kreuzzüge sind ja zugleich Pilgerfahrten.

10. März 1098 – Balduin von Boulogne gründet den ersten Kreuzfahrerstaat

Edessa * Balduin von Boulogne erobert die Grafschaft Edessa und gründet den ersten Kreuzfahrerstaat.

1120 – Hugo von Payns gründet in Jerusalem den ersten Geistlichen Ritterorden

Jerusalem * Hugo von Payns gründet - mit acht weiteren französischen Rittern - in Jerusalem den ersten Geistlichen Ritterorden. Der hauptsächliche Zweck des Ordens besteht im Aufbau einer einheitlichen Organisation, die eine wirksame Polizeigewalt ausüben kann. Die Ritter haben die Sicherheit der Straßen und Wege zu gewährleisten, die heiligen Stätten sowie das Kirchengut zu schützen und bei Übergriffen auf den kirchlichen Besitz als Rächer aufzutreten.
Ganz oben in der Aufgabenliste steht aber der militärische Schutz der christlichen Pilger, die von der Küste nach Bethlehem oder Jerusalem und von dort weiter nach Jericho und zur Taufstätte Jesu am Jordan wollen. Herumziehende Räuberbanden machen diesen Schutz notwendig.
Die Initiative zur Gründung des militärisch-mönchischen Ordens geht von den Rittern selbst aus. Doch als sich Ritter Hugo von Payns mit seinen Gefährten zusammenschließt, haben sie weder eine feste Bleibe noch eine Kirche. König Balduin II. von Jerusalem gibt ihnen Räume dicht bei der Stätte des alttestamentarisch-herodianischen Tempels neben dem Palast des Königs. Dadurch ist der ehemalige Tempel Salomons das Hauptquartier des Ordens und soll der Rittergemeinschaft den Namen geben. Zunächst nennen sie sich „Pauperes Commilitones Christi templique Salomonis“, also „Arme Ritter Christi vom Tempel Salomonis“ oder kürzer „Fratres militiae templi“. Das heißt übersetzt: „Ritter vom Tempel“. Die Mitglieder der mönchischen Rittergemeinschaften müssen bei ihrer Aufnahme dazu die Gelübde der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams ablegen. Zwar wird von den wohlhabenderen Pilgern für den Schutz der Templer in Form von Schenkungen bezahlt. Dennoch sind die Anfänge der neu gegründeten Rittergemeinschaft noch von Armut gezeichnet.

1127 – Hugo von Payns sucht Unterstützung für die Tempel-Ritter

Frankreich - England - Spanien * Hugo von Payns schifft sich mit fünf Tempel-Rittern ein und bereist in der Folge Frankreich, England und Spanien. Er verfolgt dabei mehrere Ziele: Er will die Rittergemeinschaft mit einer von den obersten Kirchenstellen gebilligten Ordensregel versehen lassen, außerdem den Orden und dessen Ziele im Abendland bekannt machen und um finanzielle Unterstützung werben. Darüber hinaus muss er neue Kämpfer für das Heilige Land und damit Nachwuchs für den Orden der Tempel-Ritter anwerben.

1130 – Bernhard von Clairvaux erarbeitet die Ordensregel der Templer

Clairvaux * Inwieweit Bernhard von Clairvaux an der Erstellung der Ordensregel der Templer beteiligt war, ist umstritten. Der Zisterziensermönch kann aber den Templern bei der Findung eines angemessenen Rahmens helfen und mit seinem rhetorischen Talent diesen auch gegenüber Skeptikern durchsetzen. Bernhard von Clairvaux sieht in den Templern die neuen Glaubenskrieger, die den freien Zugang zu den Heiligen Stätten wieder herstellen, die Pilger schützen und den Frieden sichern. Kein Wunder also, dass die Ordensregeln der Templer ganz im Geiste der von Bernhard von Clairvaux stark beeinflussten Ordensregeln der Zisterzienser gehalten sind und die Tempelritter bei ihrem Eintritt in den Orden Armut, Keuschheit und Gehorsamkeit geloben müssen. In seinem Traktat „Lob der neuen Ritterschaft“ preist Bernhard die Tugenden sowie die Werke der Nächstenliebe der Tempelherren und gibt damit dem Ritterorden eine theologische Begründung. Bei so viel Unterstützung durch Bernhard von Clairvaux verwundert es nicht, dass sich die Tempel-Ritter zu den Zisterziensern hingezogen fühlen. Aufgrund ihrer Kleidung werden diese Kirchenmänner auch als „weiße Mönche“ bezeichnet. Und nachdem die Tempelherren die Zisterzienser als ihren Mutterorden empfinden, übernehmen sie auch die Farbe weiß für ihren Umhang.

1130 – Der gerechte Krieg ist als das kleinere Übel akzeptiert

Clairvaux * Für Bernhard von Clairvaux ist der gerechte Krieg als das kleinere Übel akzeptiert. Unter Christen ist er nur gerecht, wenn die Einheit der Kirche auf dem Spiel steht. Gegen die Juden, die Ketzer und die Heiden soll Gewalt vermieden werden, weil sich die Wahrheit nicht mit Gewalt durchsetzen lässt. Der Christ soll überzeugen, weshalb - aus der Sicht des später zum Heiligen erklärten Bernhard von Clairvaux - gegen diesen Personenkreis nur ein Verteidigungskrieg gerechtfertigt ist, bei dem er allerdings die Gewalt auf ein Mindestmaß reduziert wissen will. Vom Gerechten Krieg zum Heiligen Krieg ist es damit nicht mehr weit, solange er gegen die Heiden und Ungläubigen gerichtet ist. Bernhard von Clairvaux hebt in seinen Kreuzzugpredigten die islamische Aggression und Bedrohung der gesamten christlichen Kirche hervor. Sein Fazit lautet: Nur durch einen Gerechten und Heiligen Krieg kann der Frieden wieder hergestellt werden. Unter Frieden versteht der Kirchenmann die Aufrechterhaltung der gottgewollten Ordnung. Bernhard von Clairvaux will aus Raubrittern, Weiberhelden, Totschlägern, Meineidigen und Friedensbrechern zutiefst beherrschte, asketische und christliche Ritter machen. Dabei will er aber die natürlichen Triebe - wie Aggression - nicht unterdrücken, sondern sie durch höhere Ziele - sozusagen - veredeln. Im Zentrum seines Werkes steht deshalb der Begriff der „militia Christi“. „Gute Ritter“ kämpfen, um Glauben und Kirche zu verteidigen, „Schlechte Ritter“ wirken in prunkvollem Aufzug und folgen eigensüchtigen Motiven. In einer

Werbeschrift für die Tempel-Ordensritter sagt der heilige Bernhard: „An erster Stelle stehen Disziplin und uneingeschränkter Gehorsam. Jeder kommt und geht, wie es der Vorgesetzte befiehlt. Jeder trägt die ihm zugeteilte Kleidung, keiner besorgt sich Nahrung oder Kleidung nach seinem Gutdünken. Hinsichtlich Ernährung und Gewandung gibt man sich mit dem Notwendigsten zufrieden und meidet alles Überflüssige. Die Templer leben maßvoll und fröhlich in einer Gemeinschaft, ohne Frauen und Kinder. Um der apostolischen Lebensweise möglichst nahe zu kommen, leben sie alle unter gleichen Bedingungen im gleichen Haus, auch nennen sie nichts ihr eigen, um einer einheitlichen Gesinnung und eines friedlichen Zusammenlebens willen. Ungebührliche Reden, nutzlose Beschäftigung, lautes Gelächter, heimliches Tuscheln und selbst unterdrücktes Kichern sind unbekannt. Sie verabscheuen Schach und Würfelspiel; sie hassen die Jagd, ja, sie erfreuen sich nicht einmal am Flug des Falken. Sie verachten Komödianten, Taschenspieler, Schwätzer und zweideutige Lieder sowie Vorstellungen von Possenreißern, denn sie erachten das alles als sinnlose, nichtige Torheiten. Sie tragen das Haar kurz geschnitten, weil es ihrer Ansicht nach beschämend für einen Mann ist, langes Haar zu haben. Niemals übertrieben gekleidet, baden sie selten; sie sind schmutzig und behaart, und ihre Haut erscheint gebräunt vom Tragen des Kettenhemds und von der Sonne“. Die Glaubenskrieger sollen in die Schlachten Gottes ziehen. Und sollte ein Templer dabei sein Leben verlieren, so stirbt er selig als Blutzeuge für den christlichen Glauben. In der Werbeschrift Bernhards liest sich das so: „Freue dich, starker Kämpfer, wenn du in dem Herrn lebst und siegst! Aber noch mehr frohlocke und rühme dich, wenn du stirbst und dich mit dem Herrn vereinst“.
Die Gegner der Glaubenskrieger sind ja „nur“ Heiden ohne Glauben.

1135 – Papst Innocenz II. unterstützt die Tempel-Ordensritter

Rom-Vatikan * Papst Innozenz II., ein ehemaliger Zisterziensermönch und Schüler von Bernhard von Clairvaux, treibt die Gründung von Bruderschaften zur finanziellen Unterstützung der Templer voran.

24. Mai 1136 – Überarbeitung der Statuten für die Tempelherren

Frankreich * Spätestens seit dem Tod Hugo von Payns und der zwischenzeitlich erfolgten explosionsartigen Ausbreitung der jungen Ordensgemeinschaft der Tempelherren ist eine Überarbeitung der Statuten notwendig geworden.

1139 – Die Tempel-Rittern erhalten eine umfangreiche Ordensregel

Rom-Vatikan * In der Bulle „Omne datum optimum“ gibt Papst Innozenz II. den Tempel-Rittern eine umfangreiche Ordensregel, die mit Ergänzungen im Jahr 1230 und 1260 auf insgesamt 678 Artikel anwachsen wird. Durch die päpstliche Bulle werden die Tempelherren als „extemt“ erklärt, also aus dem kirchlichen Gesamtorganismus heraus genommen. Sie sind damit die erste Gemeinschaft von Rittermönchen, die jeglicher bischöflicher Jurisdiktion entnommen und alleine und direkt dem Heiligen Stuhl unterstellt sind. Er erklärt die Templer auch zu „Vorkämpfer der Christenheit“ und hebt sie damit über alle anderen Orden. Dadurch nehmen die Templer in der Gesamtkirche eine elitäre Ausnahmestellung ein, die von den Folgepäpsten fortgeschrieben und durch eine Vielzahl von Privilegien erhärtet wird. So darf kein Kirchenmann oder Laie, lediglich der Templer-Meister mit Zustimmung des Kapitels, die Ordens-Statuten ändern. Das Recht der Tempel-Ritter eigene Priester zu haben, wird in der Bulle ebenso festgeschrieben wie die Freistellung vom Zehent. Die Templer-Kapläne sind berechtigt Spenden zu sammeln, um Almosen zu bitten und einmal im Jahr in jeder Kirche die Kollekte für sich zu behalten. Einmal jährlich dürfen sie in den unter Interdikt, dem Verbot gottesdienstlicher Handlungen, gestellten Regionen die Messe halten. Die Kirche macht - nicht nur aus Sicht der Templer - viel zu viel Gebrauch von dieser Strafmaßnahme, die darauf abzielt, jede religiöse Aktivität, ob das nun Messen oder die Segnungen der Sakramente sind, in einer Ortschaft, einer Region oder einem ganzen Königreich zeitweilig zu verbieten. Damit wollen die Kirchenmänner die Sünden eines Herren, einer Gemeinde oder eines Königs bestrafen. Gottesdienste, die in solchen vernachlässigten und teilweise auch vollkommen ungerechtfertigt bestraften Regionen abgehalten werden, ziehen freilich viele Gläubige an und bringen schon deshalb außergewöhnlich hohe Einnahmen von Almosen und Opfergaben. Darüber hinaus dürfen die Tempelherren eigene Kirchen und Friedhöfe besitzen, worin sie auch Exkommunizierte beerdigen können, was ihnen häufig großzügigst gedankt wird. Schließlich ergänzt Papst Coelestin II. die Privilegien der Templer indem er die Ritter-Brüder, ihre Vasallen und Grundholden von den durch die Bischöfe ausgesprochenen Exkommunizierungen und Interdikten als ausgeschlossen erklärt. Dies geschieht sehr zum Ärgernis des Weltklerus und vergiftet das eh schon angespannte Verhältnis zwischen dem Ritterorden und den Weltpriestern. Dennoch hält der Heilige Stuhl beständig seine schützende Hand über die geistlichen Ordensritter und stellt die gewährten Privilegien nie in Frage. Seit Hugo von Payns den Tempelherren seine Besitzungen schenkte, folgte jeder, der in den Orden eintritt oder sich ihm anschloss, diesem Beispiel. Durch Schenkungen von Land und Vermögen sind die Ordensritter sehr schnell reich geworden. Und nachdem heimgekehrte Kreuzfahrer Wunderdinge über das Heldentum der Templer berichten, führt dies in ganz Europa zu einer großzügigen Spendentätigkeit für die Ordensgemeinschaft.

1140 – Das umfangreiche Imperium der Tempel-Ordensritter

Paris * Die Templer besitzen ausgedehnte Ländereien in Frankreich, England, Schottland, Spanien, Portugal, Flandern, Italien, im Deutschen Reich, Ungarn und in der Levante. Geschenkt wird ihnen vor allem für die Ablösung von Sünden sowie das Seelenheil des Spenders und seiner Angehörigen. Durch Tausch, Verkauf und Erwerb optimieren die Templer die Ertragslage ihrer Schenkungen zu wirtschaftlich lukrativen Gebilden. Da ihre Besitzungen hohe Renditen erwirtschaften, fließen dem Ritterorden daraus reichliches Einkommen zu. Viele ihrer landwirtschaftlichen Gründe haben sie verpachtet. Nur wenn sich die Ertragslage der Böden wirklich rentiert, dann bearbeiten sie diese auch in Eigenbewirtschaftung. Dafür holen sie sich eigens qualifizierte Spezialisten. In Spanien und auf den Balearen beschäftigen die Tempelherren dafür sogar geschickte Muslime. Durch ihren Kontakt zur jüdischen und islamischen Welt sind die Tempelherren recht weltoffen und für neue Wissenschaften und Ideen empfänglich geworden. Der Orden besitzt die fortschrittlichste Technologie der Zeit: im Bereich der Landwirtschaft, des Vermessungswesens, des Straßenbaus und der Schifffahrt. Die Templer veranlassen die Bewässerung des Rio-Cinca-Tales in Aragón, den Bau eines Mühlensystems an der Aude und die Einführung des vierjährigen Fruchtwechsels in der Normandie. Mit Mühlen lässt sich ebenso viel Geld verdienen wie mit dem Weinanbau in Portugal. Der Wein wird bis nach England verkauft. Auch die Templer-Schiffe bringen einen erheblichen Gewinn. Den Ordensrittern gehören eigene Häfen, Werften und Schiffe. Sie sind die Ersten in Europa, die mit einem Magnetkompass ausgestattet sind. Selbst die der europäischen weit überlegene arabische Medizin ist den Templern nicht fremd. In den Krankenhäusern des Ordens kommen moderne Prinzipien wie Hygiene und Sauberkeit zum Tragen und sogar das Wissen um die antibiotische Wirkung von bestimmten Pilzen ist vorhanden. Die Tempelherren sind also keineswegs reine Haudraufs. Neben ihren kriegerischen, politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten betreiben sie auch noch Geldgeschäfte. Sie sind die einzigen Christen, die aufgrund eines weiteren päpstlichen Privilegs Geld gegen Zinsen verleihen dürfen. Dadurch können sie einen gewaltigen Reichtum anhäufen. Und da, um seine Wertgegenstände aufzubewahren, nichts so sicher und unverletzlich ist wie ein gottgeweihtes Haus und nichts mehr Vertrauen erweckt als die Templer-Burgen, die von hohen Mauern geschützt, von Ritter-Mönchen verteidigt vor jedem Angriff sicher scheinen, dienen diese bald als Tresore für Kostbarkeiten von weltlichen und geistlichen Herren. Sie werden zu Depots für Wertgegenstände, Schmuck und Geld, die den Grundstock des immer noch gesuchten Templerschatzes bilden.
Die Templer verwalten die Depots ihrer Kunden, die damit über ein laufendes Konto verfügen. Sie können Geld abheben, Zahlungen durch einen simplen Brief an den Schatzmeister entrichten und erhalten darüber hinaus drei Mal jährlich einen Kontoauszug zugeschickt. Zu jedem trogähnlichen Geldschrank gibt es, ähnlich wie bei den heutigen Bankschließfächern, zwei verschiedene Schlüssel. Je einen für den Hüter der kirchlichen Kostbarkeiten und dem Depotinhaber. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Depots der Templer absolut sicher, da

geldgierige Herrscher nur ganz selten ihre Finger nach ihnen ausstrecken. So können sich die Niederlassungen der Templer in Europa und im Nahen Osten zu Zentren des Finanzwesens entwickeln und das Pariser Ordenshaus, der Temple, zum europäischen Finanzzentrum. Der König von Frankreich vertraut beispielsweise im 13. Jahrhundert seine Kronjuwelen der Obhut der Pariser Templer an. Die Finanzspezialisten der Tempelherren führen bald fortschrittliche Techniken im Kreditwesen und in der Buchführung ein. Sie entwickeln den bargeldlosen Zahlungsverkehr und führen den Wechselbrief und den Scheck in Europa ein. Wer also in einem Ordenshaus eine Summe einzahlt, kann sie nach Vorlage der Kassenanweisung in einer weit entfernten Komturei wieder in Empfang nehmen. Der Orden kassiert dafür lediglich Gebühren und verdient an den Zinsen. Doch wird dadurch der risikoreiche Transfer von Münzgeld fast völlig entbehrlich. Neben der einfachen Vermögensverwaltung für Dritte betreibt der Templer-Orden auch Geldleihe, wodurch er die eigenen Gelder und die ihnen durch Dritte anvertrauten Einlagen arbeiten lässt. Alle Klöster und Konvente fungieren deshalb als Leihkasse.

An Bauern verleihen die Templer kleinere Summen, damit diese einen Engpass überbrücken können, Kaufleuten geben sie größere Kredite. Als Sicherheit ziehen sie Grundbesitz heran. Gibt es bei der Rückzahlung des Kredits Probleme, dann halten sie sich an den Ländereien des Schuldners schadlos. Zwar passen die Finanzaktivitäten des Templer-Ordens nicht zu ihrer religiösen Berufung, es ist aber die allgemein den Ritterorden aufgetragene Mission, die sie auch in diesem Bereich tätig werden lassen. Auch die Johanniter, der Deutsche Orden und selbst die traditionellen Mönchsorden betätigen sich ähnlich, allerdings auf einer wesentlich niedrigeren Stufe. Um im Orient überleben zu können, muss der Templer-Orden über umfangreiche Finanzmittel verfügen und all seine Einkünfte weitestgehend in Geld verwandeln. Sie kaufen dazu auf Märkten und Messen möglichst viele Rechte und Monopole, die ihnen wiederum Einnahmen sichern. So wird zum Beispiel das ausschließliche Wiegerecht, das der Orden vom Grafen der Champagne erwirbt, sehr zu Ungunsten der dort ansässigen Bürger vereinnahmt. Von dem eingenommenen und erwirtschafteten Verdienst gehen anfangs ein Drittel an die Häuser im Orient. Später werden die Abgaben auf ein Zehntel reduziert. Aus abendländischer Sicht entsteht immer wieder der Eindruck, als hätten die Männer und Frauen aus dem Westen die Kultur in den Nahen Osten gebracht. Genau das Gegenteil ist richtig. Die arabischen Reiche sind den Christen nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Kultur weit überlegen. Dort im Osten ist das geistige Erbe der Griechen und Römer bewahrt und weiterentwickelt worden. Geniale Mathematiker und Astronomen sowie geschickte Kaufleute kommen von dort her. Die Araber haben ein Zahlensystem entwickelt: die arabischen Ziffern, die wir heute noch verwenden. Eine der wesentlichen Neuerungen besteht darin, dass es für „nichts“ ein eigenes Zeichen gibt: die Null. Diese macht das Multiplizieren und das Bruchrechnen viel einfacher und erlaubt die einprägsame Darstellung des Dezimalsystems. Und genau dieses System lernen die Christen, allen voran die Tempelherren, zur Zeit der Kreuzzüge kennen. Die arabischen Ziffern ersetzen

die bisher üblichen römischen. Da die Kaufleute nun einfacher rechnen können, rechnen sie auch besser und erhalten damit ein genaueres Bild über den Verlauf ihrer Geschäfte.

3. Mai 1140 – König Konrad III. verleiht dem Freisinger Bischof Markt- und Münzrechte

Freising - Föhring * Der Stauferkönig Konrad III. verleiht dem Freisinger Bischof in einer Urkunde das Privileg, dass im gesamten Freisinger Bistumsbereich die Münzstätten bischöflich sein müssen. Dazu der Stadt Freising einen vollberechtigten Markt, worunter man einen zollpflichtigen Kaufmannshandel oder Fernhandelsmarkt versteht. Zu diesem gehören der Handel von Salz und anderen Großgütern, beispielsweise Wein. Der König verbietet aber zugleich „jeden weiteren Markt in diesem Bistum, der nicht von alters her durch die Autorität unserer Vorgänger bestätigt ist“. Das Recht, einen Markt für Fernhandelsgüter zu betreiben, ist ein königliches Regal, das nur von diesem erteilt werden kann. Dagegen ist ein lokaler Markt, wie er auch für Föhring besteht, nicht von einer derartigen Genehmigung abhängig. Bischof Otto I. von Freising, aus dem Geschlecht der Babenberger, will den Raum seines Bistums aber alleine seinen Interessen unterordnen. In der Folge verlegt der Kirchenfürst das Freisinger Marktrecht kurzerhand an das wesentlich verkehrsgünstiger gelegene Föhring. Damit maßt er sich ein ihm nicht zustehendes königliches Privileg an. Dieser Flussübergang stellt für den geschäftstüchtigen Freisinger Bischof eine sichere, lukrative, aber auch kostengünstige Einnahmequelle dar, da die zum Salz- und Warentransport benutzten Saumpferde zuvor lange Zeit auf den herzoglichen Straßen unterwegs sind, um nur kurz vor der Isarbrücke auf Freisinger Gebiet zu wechseln und es danach ebenso schnell wieder zu verlassen. Dazwischen kassieren die bischöflichen Zöllner. Außerdem lässt Bischof Otto I. hier eine Salzniederlage und Zollstätte errichten, mit der er sich den ganzen Handel mit Salz zinsbar macht, und das, obwohl es für Föhring gar keine Marktverleihungsurkunde gibt.

1144 – Die Blütezeit der Alchemie beginnt in Europa

Europa * Ab dem 12. Jahrhundert beginnt die Blütezeit der Alchemie auch im christlichen Abendland. Die europäischen Alchemisten übernehmen das über den jüdisch-muslimischen Kulturkreis entwickelte Wissen und lassen sich vom abwägend-kritischen Denken ihrer orientalischen Kollegen inspirieren. Bedeutende arabische Alchemiebücher werden ins Lateinische übersetzt. Das erste ist das „Buch über die alchemischen Mischungen“ aus dem Jahr 1144. Dadurch kann sich die Alchemie zu einer weit verbreiteten Form früher Naturwissenschaft entwickeln. Dabei ist die neue Sicht auf die Natur wesentlich, die bis dahin - wenn überhaupt - lediglich als Beiwerk der auf den Menschen konzentrierten Schöpfung aufgefasst wird.

25. Dezember 1144 – Beginn des Niedergangs des Templer-Ritterordens

Edessa * Dem kometenhaften Aufstieg der Templer im Osten und der erfolgreichen Tätigkeit im Westen folgt ein langsamer, sich immer mehr beschleunigender Niedergang des Ritterordens. Er beginnt am Weihnachtsabend des Jahres 1144, als der islamische Herrscher von Aleppo und Mosul, Imad al-Din Zengi, Edessa erobert. 278 Templer fallen während der Kampfhandlungen.
In der islamischen Welt wird die Eroberung Edessas als Triumph im Glaubenskrieg gefeiert. Immerhin war die Stadt seit dem Jahr 1098 in den Händen der Lateinischen Christen.

April 1146 – Bernhard von Clairvaux wirbt für die Teilnahme am Kriegszug

Vézelay * Bernhard von Clairvaux wirbt an Ostern für die Teilnahme am Kriegszug. Vor der Stadt Vézelay er auf einem freien Feld, wo sich Tausende von Menschen einfinden: hoher und niedriger Adel, Kleriker, Söldner und viele, die der himmlische Lohn lockt, oder die normalen Zugewinne im Krieg, oder beides. Der Zisterzienser-Abt predigt: „Du tapferer Ritter, du Mann des Krieges, jetzt hast du eine Fehde ohne Gefahr, wo der Sieg Ruhm bringt und der Tod Gewinn“. Bernhard von Clairvaux wendet sich auch an die Kriminellen und fordert sie zur Kreuzfahrt auf: „Ist es denn nicht eine ausgesuchte und allein für Gott auffindbare Gelegenheit, dass der Allmächtige Mörder, Räuber, Ehebrecher, Meineidige und mit anderen Verbrechen Belastete in seinen Dienst ruft. [...] Misstraut nicht, Sünder, der Herr ist bei euch!“ Und weiter: „Selige nenne ich die Generation, die den Zeitpunkt derart reichlicher Vergebung ergreift und dieses wahrhafte Jubeljahr lebend angetroffen hat. [...] Gürtet euch mannhaft und ergreift im Eifer für den christlichen Namen die Glück bringenden Waffen“. Die versammelte Menge ist derart begeistert, dass sie die Teilnahme an dem Kreuzzug gelobt und Bernhard, um genügend Stoffkreuze für die Gewänder der Kreuzfahrer zur Verfügung zu haben, seine Kleider zerreißen muss. Die Kreuzzug-Ideologie ist inzwischen auf die verschiedensten Schauplätze christlicher Kriegsführung übertragbar gemacht worden. Deshalb soll der Zweite Kreuzzug nicht nur mehr im Nahen Osten, sondern gleichzeitig an zwei weiteren Fronten stattfinden: gegen die Mauren in Spanien und gegen die heidnischen Wenden im Norden Deutschlands.

1147 – Das rote und typische Tatzenkreuz der Tempel-Ordensritter

Rom-Vatikan * Das rote und typische Tatzenkreuz der Tempel-Ordensritter kommt auf den weißen Umhang. Es wird ihnen von dem, dem Ritterorden nahestehenden Zisterzienser-Papst Eugen III. verliehen. Die rote Farbe soll an den Opfertod Christi erinnern und

die Bereitschaft zum Martyrium für den Glauben symbolisieren. Ein weiteres wichtiges Erkennungszeichen ist deren Siegel. Es zeigt eine Darstellung von zwei Rittern auf einem Pferd und wird inzwischen als Symbol der Brüderlichkeit, des guten Einvernehmens, der Harmonie und der Disziplin, die im Orden herrschen soll, angesehen. Ebenso symbolträchtig ist der Artikel „Über die Näpfe und Becher“ in der Templer-Regel. Dieser besagt: „Was die Näpfe angeht, so sollen sie jeweils für zwei Brüder verteilt werden, damit ihn sich jeder vom anderen besorge; sie sollen das Leben in der Enthaltsamkeit und im Brauch des gemeinsamen Essens schätzen lernen“. Es geht hierbei nicht um das Essen aus einem Napf, sondern um das gemeinschaftliche Leben im Konvent.

8. September 1156 – Herzog Heinrich XII. der Löwe erhält das Herzogtum Baiern

Konstanz * Der 26-jährige Welfenherzog Herzog Heinrich XII. der Löwe erhält von seinem Cousin Kaiser Friedrich I. Barbarossa das Herzogtum Baiern übertragen. Der Herzog verfügt damit aber nicht über ein in sich geschlossenes Areal, sondern muss auf seinem Herrschaftsgebiet unter anderem eine bischöfliche Enklave tolerieren, zu der neben dem Freisinger Dombezirk auch die Brücke in Föhring gehört. Zwei wichtige ehemalige Römerstraßen durchziehen das Herzogtum Baiern von Ost nach West, um sich bei Augsburg zu vereinen: Die von Salzburg kommende Straße überschreitet die Isar bei Grünwald, wobei der beschwerliche Übergang bereits gegen Ende des ersten Jahrtausends aufgegeben worden ist. Der andere, der von Wien über Wels kommende Verkehrsweg, überquert die Isar bei Föhring und zieht dadurch den gesamten Fernhandelsverkehr auf sich. Dieser Isarübergang liegt also auf dem Gebiet des Freisinger Bischofs Otto I., dem Onkel Kaiser Friedrich Barbarossas.

1160 – Die Isar zur Zeit der Stadtgründung

München * Die Isar ist noch ein Wildfluss, der in einem breiten Bett mit zahlreichen Nebenarmen von geringer Wassertiefe und ausgedehnten Kiesbänken dahinfließt. Der Gebirgsfluss ist zu keiner Zeit ein starres Gebilde. Man kann sich die Isar als Wildwasser mit einer relativ starken Strömung vorstellen, ähnlich wie im heute noch weitgehend naturbelassenen Abschnitt der Isar von der deutsch-österreichischen Grenze bis kurz nach Mittenwald oder auch - etwas weniger ausgeprägt - im Bereich der Pupplinger Au. Bis oberhalb von Schäftlarn verläuft die Isar in einem breiten Bett, das sich dann zur Schlucht verengt, wodurch die Wassertiefe des Gebirgsflusses zunimmt. Erst nach Pullach weitet sich das Isartal wieder, und ab Thalkirchen nimmt die Isar erneut die Gestalt eines immer breiter werdenden, sich in mehrere Arme verzweigenden Flusses an.

1164 – Die Giesinger Mühle wird an das Kloster Schäftlarn geschenkt

Untergiesing * Die Giesinger Mühle wird an das Prämonstratenser-Kloster Schäftlarn geschenkt. Sie bleibt bis zur Säkularisation - mit kurzen Unterbrechungen - im Eigentum des Klosters Schäftlarn, das die Mühle zum Leibgeding verpachtet.

März 1176 – Heinrich der Löwe hält sich letztmalig in seinem baierischen Herzogtum auf

München * Im Februar und März 1176 hält sich Herzog Heinrich der Löwe zum letzten Mal seinem baierischen Herzogtum auf. Denn je rasanter es mit Münchens Wirtschaft aufwärts geht, desto steiler vollzieht sich der Abstieg des Welfenherzogs. Der Grund liegt in der Verweigerung Heinrichs des Löwen an, den Kaiser in seinen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Lombardei zu unterstützen.

13. Juli 1180 – Kaiser Barbarossa widerruft die Belehnung des Herzogtums Baiern

Regensburg * Auf dem Reichstag zu Regensburg widerruft Kaiser Friedrich Barbarossa die Belehnung des Herzogtums Baiern an Herzog Heinrich dem Löwen. Das Regensburger Urteil, der zweiten für die Gründung Münchens wichtigen Kaiserurkunde, wird vom selben Fürstengremium getroffen, das den Herzog zuvor abgesetzt hat und steht damit natürlich in einem engen Zusammenhang mit der Entmachtung Heinrichs des Löwen. Erstmals ist darin von der Zerstörung der Brücke und der gewaltsamen Verlegung des Marktes von Föhring die Rede. Die Regensburger Kaiserurkunde bezieht sich allerdings mit keinem Wort auf den Augsburger Schied vom 14. Juni 1158. Dafür heißt es: „Es mögen daher in Gegenwart und Zukunft alle Getreuen des Reiches wissen, dass unser geliebter Albert, Bischof von Freising, vor unserer Majestät erschienen ist und untertänig vor uns Klage geführt hat, dass der Edelmann Heinrich von Braunschweig, vormals Herzog von Baiern und Sachsen, den Markt mit der Brücke in Föhring, den seine Kirche seit uralten Zeiten ungestört in Besitz gehabt hatte, zerstört und ihn gewaltsam in den Ort München verlegt habe“. Die Darstellung ist knapp und sehr ungenau. Welchen Markt und welche Brücke sollte denn der Löwe zerstört haben? Lautete der erste Punkt des Augsburger Schieds vom 14. Juni 1158 doch: „Der Markt, der bisher zu Föhring abgehalten wurde, die Zollbrücke und die Münze, werden dort künftig nicht mehr bestehen“. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt enthält der vierte Absatz des Kaiserdiploms eine regalrechtliche Regelung. Demnach wird dem Freisinger Bischof der Markt und die Zollbrücke übertragen. Wie künftig die Einkünfte der Münze aufgeteilt werden, darüber trifft die Urkunde jedoch keine Aussage. Um diesen Sachverhalt und die Berechtigung der Klage zu

untermauern und eine spätere eventuelle Zurücknahme der Entscheidung zu verhindern, bietet der Freisinger Bischof eine Reihe von hochrangigen Würdenträgern als Zeugen auf. Damit ist die Rechnung des Klage führenden Bischofs von Freising aufgegangen, indem er sich an das knapp einen Monat zuvor abgeschlossene landrechtliche Verfahren angehängt und gewonnen hat. Er hat in dieser Verfahrensweise die Gelegenheit gesehen, über eine Verurteilung des Welfenherzogs als Friedens- und Rechtsbrecher einen Gewinn für die eigene Kirche herauszuholen. Die Münchner Stadtherrschaft der Freisinger Bischöfe wird bis zum Jahr 1240 andauern.

16. September 1180 – Herzog Otto I. erhält das restliche Herzogtum Baiern zum Lehen

Altenburg * Auf dem Hoftag zu Altenburg wird die Steiermark vom Herrschaftsgebiet Baiern abgetrennt. Das restliche Kern-Baiern erhält der Wittelsbacher Herzog Otto I. zum Lehen.

1187 – Jerusalem fällt in die Hände der Muslime

Jerusalem * Jerusalem fällt in die Hände der Muslime. Das Haupthaus der Tempel-Ordensritter wird daraufhin nach Akkon verlegt. Saladin schlägt das christliche Heer. Er lässt 230 halb tot gefangen genommene Templer hinrichten. Bezogen auf die Tempelherren und die Johanniter meint Saladin: „Ich will die Erde von diesen zwei schändlichen Bruderschaften reinigen, die niemals ihre Feindschaft aufgeben und keinen Dienst als Sklaven leisten.“ Daraufhin übergeben Die Tempelherren übergeben erstmals ihre Burgen kampflos und zahlen sogar Geld für ihren Abzug.

1191 – Die Tempelherren kaufen Zypern

Zypern * Trotz aller Rückschläge und Niederlagen bleiben die Tempelherren reich, privilegiert und versuchen in immer neuen Vorstößen an einen eigenen Ordensstaat zu kommen. Anno 1191 kaufen sie König Richard Löwenherz das von diesem eroberte Zypern um 100.000 Goldbyzantiner ab. Doch die Inselbevölkerung wehrt sich mit einem Aufstand gegen die geplante Herrschaft der Tempelordens-Ritter. So verfügen am Ende die Johanniter und der Deutsche Orden über einen eigenen Staat, nicht aber die Tempelherren.

1202 – Die Seelhäuser haben ihren Ursprung in der Armenbewegung

München-Graggenau * Die Münchner Seelhäuser mit ihren kleinen Gemeinschaften der Seelnonnen haben ihren Ursprung in der Armenbewegung und der religiösen Frauenbewegung des Spätmittelalters. Sie stehen damit in Beziehung zu der weite Teile Europas erfassenden Beginenbewegung. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts hat sich die Lebensform der weiblichen Beginen und der männlichen Begarden rasch in Flandern, Brabant, den nördlichen Niederlanden, in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz ausgebreitet.
In einem Bericht aus dem Jahr 1241 heißt es dazu: „Die Anzahl gewisser Frauen, die das Volk Beginen nennt, mehret sich, vor allem in Deutschland, bis zu Tausenden und Abertausenden in unglaublicher Weise; sie geloben und beobachten die Keuschheit und fristen von ihrer Hände Arbeit ein Leben der Zurückgezogenheit“. Die frühesten zeitgenössischen Berichte über Beginengemeinschaften verweisen auf das Herzogtum Brabant, auf die Diözese Lüttich. Als älteste nachweisbare Niederlassung gilt das Beginenhaus von Tirlemont in Brabant. Es besteht bereits vor dem Jahr 1202. In die ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts fallen die Entstehung der brabantischen Beginensiedlungen von Nivelles [1220] und Herentals [1226] sowie der große Beginenhof von Löwen [1232]. In der Grafschaft Flandern entstehen die Beginenhöfe in Gent [1234], Kortrijk [1238] und Brügge [1245]. Die Hochburgen der Beginen im deutschen Sprachraum sind Großstädte und Bischofssitze wie Köln, Straßburg, Mainz, Basel, Worms, Trier und Würzburg, die als soziale, wirtschaftliche und geistige Zentren günstige Voraussetzungen für das Entstehen von Beginengemeinschaften bieten. Schon für das Jahr 1211 - oder kurz danach - ist der Ursprung eines Beginenkonvents in Nürnberg bekannt, aus dem später das Dominikanerinnenkloster Engental hervorgeht. Der erste Beginenhof in Ulm, die Sammlung, wird kurz nach dem im Jahr 1229 entstandenen Franziskanerkloster gegründet. Für 1241 sind Beginen in Nördlingen, 1243 in Dillingen belegt. Anno 1242 wird eine „femina religiosa“ in Frankfurt, 1244 eine „sorores conversae“ in Straßburg genannt. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts entstehen auch in München mehrere Seelhäuser als Stiftungen wohlhabender Bürger.

1210 – Einflussreiche Kleriker lehnen den neuen Franziskaner-Orden ab

Rom-Lateran * Franz von Assisi erhält eine mündliche Gründungsgenehmigung, doch in den Folgejahren lehnen einflussreiche Kleriker die neue Franziskaner-Gemeinschaft ab und verdächtigen die Ordensmitglieder der Häresie.

26. April 1220 – Kaiser Friedrich erklärt die Bischöfe zu selbstständigen Landesherren

Frankfurt am Main * Kaiser Friedrich II. erklärt in seiner „confoederatio cum principibus ecclesiasicis“ die Bischöfe zu selbstständigen Landesherren. Landesherren können diese aber nur in Gebieten werden, die sie vom Kaiser als Lehen erhalten haben und die nicht unter herzoglicher Herrschaft stehen.

1221 – Die Annalen des Klosters Schäftlarn nennen München erneut als Stadt

Kloster Schäftlarn - München * In den Annalen des Klosters Schäftlarn wird München erneut als „civitas“ (= Stadt) bezeichnet.

1221 – Die ersten franziskanischen Bettelmönche kommen nach München

München-Angerviertel * Das ist die Zeit, in der die ersten franziskanischen Bettelmönche nach München kommen. Der genaue Zeitpunkt lässt sich jedoch mit Sicherheit nicht mehr feststellen. Nach der „Ordenstradition“ soll ein Bruder Castinus die erste Ordensniederlassung der „Barfüßer“ hier gegründet haben. Von der Bürgerschaft sei ihm damals die „Jakobuskapelle“ mit einem Häuschen „am Anger vor der Stadt“ übergeben worden. Beweisbar ist das nicht.

1226 – Die Einsiedlerbrüder vom Berge Karmel erhalten ihre päpstliche Bestätigung

Rom-Lateran * Die Ordensgemeinschaft der Einsiedlerbrüder vom Berge Karmel erhält ihre päpstliche Bestätigung. Mit dem Vordringen der Muslime gehen viele Eremitenmönche im 13. Jahrhundert nach Zypern, Sizilien, Südfrankreich und England. Dort wenden sie sich einer mehr weltzugewandten Richtung zu, sodass Papst Innozenz IV. die Karmeliter unter die Bettelorden eingereiht und ihnen so die Möglichkeit der Niederlassung in den Städten gibt.

1228 – Herzog Otto II. regiert die Pfalzgrafschaft Rhein

Pfalzgrafschaft Rhein * Herzog Otto II. regiert die Pfalzgrafschaft Rhein.

15. September 1231 – Herzog Ludwig I. der Kelheimer wird ermordet

Kelheim * Herzog Ludwig I. der Kelheimer wird auf der Donaubrücke in Kelheim von einem

Unbekannten ermordet. Seine Grabstätte befindet sich im Benediktinerkloster Scheyern. Nachfolger auf dem Thron des baierischen Herzogs wird sein Sohn Otto II., der bereits seit 1228 die Pfalzgrafschaft Rhein regiert.

28. Mai 1239 – Münchens ältestes Stadtsiegel

München * Das älteste erhaltene Stadtsiegel findet sich auf einer Urkunde, in der die Bürgerschaft erstmals neben dem stadtherrlichem Richter auftritt. Das Siegel zeigt einen Mönchskopf mit überzogener Kapuze in einem von zwei Türmen flankierten offenen Tor, über dem ein Adler erscheint. Den Adler als Symbol des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation führen die Wittelsbacher Herzöge in ihrer Funktion als baierische Pfalzgrafen und als Münchner Gerichtsherren seit 1179 in ihrem Wappen. - Der Stadtherr ist zu diesem Zeitpunkt noch der Bischof von Freising, Konrad I. von Tölz, den die Wittelsbacher Herzöge aber aus „ihrer" Stadt verdrängen wollen und werden.

1250 – Thomas von Aquin beschäftigt sich mit dem Teufelspakt

Italien * Thomas von Aquin greift die Ideen des Kirchenlehrers Aurelius Augustinus aus dem frühen 5. Jahrhundert wieder auf und entwickelt die weitreichende Theorie des „explizit" [= ausdrücklich] und „implizit" [= stillschweigend] geschlossenen Teufelspaktes, nach dessen Abschluss die Dämonen dem Magier, Zauberer oder Wahrsager hilfreich zur Seite stehen.
Neben seiner Lehre vom Teufelspakt spekuliert Augustinus darüber, ob der Geschlechtsverkehr zwischen Frau und Dämon möglich sei und ob daraus Nachwuchs hervorgehen könne. Auch Thomas von Aquin vertritt die Auffassung, dass es zwischen Menschen und Dämonen zu Sexualkontakten kommen kann. Da aber alle Schöpferkraft nur bei Gott liegt, können sie keine Kinder zeugen. Deshalb muss der Dämon zuerst in Gestalt einer „succuba" [= weiblicher, unten liegender Dämon] einem Mann den Samen entziehen, um ihn dann in Gestalt eines „incubus" [= männlicher, oben liegender Dämon] einer Frau einzupflanzen. Diese Theorie wurde ebensolange diskutiert wie die Frage, ob solche im Prinzip vom Menschen abstammenden Kinder eine zu taufende Seele hätten oder nur teuflische Wechselbälger seien. Ja, mit so einem Unsinn können sich intelligente Menschen scheinbar intensiv beschäftigen.

29. November 1253 – Herzog Otto II. stirbt in Landshut

Landshut - Scheyern * Herzog Otto II. stirbt in Landshut. Seine Grabstätte befindet sich im

Benediktinerkloster Scheyern. Herzog Ludwig II. der Strenge regiert zwischen 1253 und 1255 gemeinsam mit seinem Bruder Heinrich XIII. das Herzogtum Baiern und die Pfalzgrafschaft Rhein.

28. März 1255 – Die erste baierische Landesteilung

München - Landshut - Freising * Bei der ersten baierischen Landesteilung werden das Herzogtum Baiern und die Pfalzgrafschaft bei Rhein aufgeteilt. Herzog Ludwig II., genannt der Strenge, erhält das Teilherzogtum Oberbaiern und die Pfalzgrafschaft, Heinrich XIII. das Teilherzogtum Niederbaiern. Damit werden München und Landshut zu Residenzstädten. Der Freisinger Bischof ist nun zwischen zwei Residenzen eingeklemmt. Das machte jeden weiteren Ausbau bischöflicher Herrschaft unmöglich. Außerdem kommt besonders von München immer mehr das Ansinnen, in kirchlichen Angelegenheiten mitzusprechen. Der oberbaierische Herzog will sogar selbstständig über solche innerkirchlichen Fragen bestimmen.

1256 – Der Orden der Augustiner-Eremiten wird gegründet

Rom-Lateran * Der Orden der Augustiner-Eremiten wird gegründet. Seine Ordensangehörigen führen aber kein einsiedlerhaftes Leben, wie uns dies ihr Name zunächst suggerieren möchte. Die mönchische Gemeinschaft wird nur deshalb so genannt, weil sie im Gegensatz zu den alten anerkannten Orden, wozu in unserem Falle die Augustiner-Chorherren gehören, ihren Sitz beziehungsweise ihre Mutterkirche nicht in einer der päpstlichen Basiliken hat. Nur aus diesem Grund wird sie Eremiten-Kongregation genannt.

1259 – Eine Straßenschlacht zwischen Templern und Johannitern

Akkon * In Akkon kommt es zu einer Straßenschlacht zwischen Templern und Johannitern mit Einsatz von Waffen. Das Abendland ist entsetzt und fordert die Zusammenlegung der beiden so ähnlichen Orden. Selbst das Konzil von Lyon beschäftigt sich mit dem Vorgang.

24. November 1271 – München erhält eine zweite Pfarrei

München * Auf Bitten der Bürgerschaft Münchens teilt Bischof Konrad II. die Peterspfarrei. Der

Grund: Weil „durch die Gnade Gottes so ins Unermessliche gewachsen ist, dass sie ohne Gefahr für das Heil der Seelen von einem einzigen Hirten nur noch schwer geleistet werden kann, da überdies der Friedhof der Kirche in seiner beengten Lage auch nicht mehr ausreicht für die Gräber der Toten“.

1288 – Wilhelm von Occam wird in der Grafschaft Surrey in England geboren

Ockham * Wilhelm von Ockham oder Occam wird in Ockham in der Grafschaft Surrey in England geboren.

Juni 1291 – Akkon fällt. - Der Sitz der Zentralregierung wird nach Zypern verlegt

Akkon - Zypern * Nachdem auch Akkon, dieser letzte befestigte Platz des Königreichs fällt, wird der Sitz der Zentralregierung nach Zypern verlegt. Der Ordenssitz der Templer bleibt aber immer im Orient, oder wie die Tempel-Ordensherren sagten: „Diesseits des Meeres.“ Es ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit, bis ihre Gegner laut vernehmbar an die Öffentlichkeit treten und den Tempelherren die vielen wirtschaftlichen Aktivitäten, ihren Reichtum und ihre Privilegien, ihre Macht und ihren Einfluss neiden. So sind die Bischöfe über die direkte Unterstellung der Tempelherren unter den Heiligen Stuhl verärgert, Geschäftsleute beschweren sich über die angeblichen Beeinträchtigungen ihrer Handelsrechte durch die Ordensmänner und der Weltklerus muss ohnmächtig zusehen, wie die Tempelherren in ihren Pfarreien umfassende Kollekten organisieren und dadurch örtliche Projekte leiden müssen. Die anderen Ritterorden, ganz besonders die Johanniter, neiden den Tempelrittern ihre nahezu uneingeschränkten Finanzmittel. Und selbst weil der Großmeister der Templer Vortritt gegenüber dem Johanniter-Großmeister hat, kommt es zu weitreichenden Rivalitäten.
Aus den Neidern werden Feinde, die Material für kommende Auseinandersetzungen sammeln.
Und das wird den Tempel-Rittern dann gefährlich, als sich ein machtvoller politischer Wille gegen sie wendet. Wie in den heutigen politischen Auseinandersetzungen, so werden auch damals Einzelfälle aufgebauscht, ausgeschlachtet und zu wahren Horrorgeschichten ausgebaut. Freilich findet man unter den. Tempel-Rittern einen Trunksüchtigen, einen Sodomistischen, einen Homosexuellen, einen Jähzornigen oder einen glaubensmäßig Unsicheren.

2. Februar 1294 – Herzog Ludwig II. der Strenge stirbt in Heidelberg

Heidelberg * Herzog Ludwig II. der Strenge stirbt in Heidelberg. Seine Grabstätte befindet sich in der Kirche des Zisterzienserklosters Fürstenfeld. Herzog Rudolph I. übernimmt die Regierungsgeschäfte. Sein Bruder, der zwölfjährige Herzog Ludwig IV., den man später den Baiern nennen wird, erhält seine Erziehung am Habsburger Hof in Wien.

12. März 1294 – Bischof Emicho erwirbt die Grafschaft ze Mittenwald und Partenkirchen

Freising - Werdenfelser Land * Der Freisinger Bischof Emicho Wildgraf erwirbt von Berchtold Graf zu Eschenloch die Grafschaft ze Mittenwald und Partenkirchen. In der Kaufurkunde taucht erstmals der Name Werdenfels auf.

1304 – Die Missgunst gegen die Templer steigert sich immer mehr

Paris * Die Missgunst steigert sich immer mehr, nachdem der Templer-Orden ganz offiziell den Kampf gegen die Heiden aufgibt, der Großmeister sich ins damals schon als flott bekannte Paris zurückzieht und viele Tempelherren in ihrer Heimat, vor allem in Frankreich, wichtige Positionen bekleiden - allerdings ohne der französischen Krone Rechenschaft schuldig zu sein. Die reichen und arroganten Templer, dieser Staat im Staat, stört den französischen König Philipp IV., den man den Schönen nennt. Er ist ein durchaus tüchtiger Herrscher, der etwas von der Macht versteht und deshalb weis, dass es Macht ohne Geld nicht gibt. Doch gegen die gut ausgebildeten und disziplinierten Templer hat selbst der französische König militärisch nichts entgegenzusetzen. Außerdem untersteht der Orden direkt dem Papst, gegen dessen Willen er nichts unternehmen kann.

5. Juni 1305 – Clemens V. wird zum Papst gewählt

Avignon * Frankreichs König Philipp IV. gelingt es, seinen Wunschkandidaten Bertrand de Got, den Erzbischof von Bordeaux, durch ein französisch dominiertes Kardinalskollegium, auf den Papstthron zu setzen. Der neue Pontifex maximus Clemens V. lässt sich nicht nur außerhalb Roms krönen, sondern residiert dauerhaft in Avignon. Das bedeutete eine Abkehr vom päpstlichen Universalismus. Denn während der Papst in Rom und dem Kirchenstaat einigermaßen autonom ist, besitzt er um Avignon herum nur wenig Ländereien, die zudem vollständig vom französischen Staatsgebiet umschlossen sind. Das Papsttum gerät damit in Abhängigkeit zur französischen Krone. Der Papst verliert seine überparteiliche Autorität.

13. Oktober 1307 – Im Morgengrauen werden die Templer verhaftet

Paris * Zur Überraschung von Papst Clemens V. werden im Morgengrauen - gleichzeitig in ganz Frankreich - die Templer verhaftet, ihre Güter beschlagnahmt und die Ordenshäuser unter königliche Aufsicht gestellt. Der Überraschungscoup gelingt und es gibt keinen militärischen Widerstand der Tempelritter. Trotzdem kann der Großmeister der Tempelherren, Jacques de Molay, noch kurz vor der Massenverhaftung Bücher und Dokumente des Ordens verbrennen. Die Zahl der Verhaftungen lässt sich nur schwer abschätzen. In Paris gibt es 138 Festnahmen. Lediglich zwölf bis zwanzig Ordensritter können vor der Razzia fliehen, darunter nur ein hoher Würdenträger. Der Brief von König Philipp IV., datiert vom 14. September [Tag der Kreuzerhebung], hat den folgenden Inhalt: „Eine bittere, beklagenswerte, entsetzlich sich vorzustellende Sache [...]. Ein verabscheuungswürdiges Verbrechen, eine scheußliche Missetat [...]. Eine ganz und gar unmenschliche, ja jeder Menschlichkeit fremde Sache ist uns dank mehrerer glaubwürdiger Menschen zu Ohren gekommen“. Und weiter heißt es: „Die Brüder des Ordens der Miliz vom Tempel, die die Wolfsnatur unter dem Schafspelz verbargen und unter dem Habit des Ordens in erbärmlicher Weise die Religion unseres Glaubens beleidigten, werden beschuldigt, Christus zu verleugnen, auf das Kreuz zu spucken, sich bei der Aufnahme in den Orden obszönen Gesten hinzugeben“, und „sie verpflichten sich durch Gelübde und ohne Furcht, das menschliche Gesetz zu beleidigen, sich einander hinzugeben, ohne Widerrede, sobald es von ihnen verlangt wird.“ Zur Aufdeckung der Wahrheit werden „ausnahmslos alle Mitglieder des selbigen Ordens unseres Königreichs festgenommen, gefangengehalten und dem Urteil der Kirche vorbehalten“. Alle ihre Güter, „bewegliche und unbewegliche“, werden „beschlagnahmt, von uns eingezogen und getreu verwahrt werden“.

20. Oktober 1307 – Die Verhöre der verhafteten Templer beginnen

Paris * Die Verhöre der verhafteten Templer beginnen.

Februar 1308 – Der Papst ist von der Unschuld der Tempelherren überzeugt

Avignon - Paris * Der Papst, der inzwischen von der Unschuld der Tempelherrenmüberzeugt ist, suspendiert die Vollmachten der Inquisitoren. Die inhaftierten Templer bleiben allerdings in den Gefängnissen des Königs. Auch wenn die Vernichtung des Templer-Ordensmvorerst fehlgeschlagen ist, so lässt König Philipp IV. dennoch nicht locker.

Mai 1308 – Papst Clemens V. wird der Wille gebrochen

Poitiers * Papst Clemens V. wird bei der Zusammenkunft in Poitiers endgültig der Wille zum Widerstand genommen. Mit den führenden Templern, Jacques de Molay und Hugues de Pairaud, die in Chinon inhaftiert sind, trifft der Pontifex maximus nie zusammen, weshalb sie ihm auch nie ihre Sicht der Dinge erklären können. Deshalb beginnt der Papst allmählich selbst an der Unschuld der Tempelherren zu zweifeln und hebt die Suspension der Inquisitoren wieder auf.

1312 – Ludwig der Baier wird Vormund der Kinder seines Vetters Otto III.

München - Landshut * Herzog Ludwig der Baier wird Vormund der unmündigen Kinder seines verstorbenen Vetters Otto III. und regiert nun auch dessen Teilherzogtum in Niederbaiern. Auch Ottos III. Witwe wehrt sich gegen diese Vormundschaft und hätte ihre Söhne lieber in österreichischer Obhut gesehen. Außerdem sieht Herzog Rudolph den Machtzuwachs seines Bruders mit argwöhnischen Augen.

1313 – Die Giesinger Mühle liefert an das Kloster Schäftlarn

Untergiesing * Die Giesinger Mühle liefert jährlich 11 Metzen Getreide, 30 Pfennig Regensburger Währung, 100 Eier und 10 Käse an das Kloster Schäftlarn. Wann der Schrafnagel-Müller die Mühle seinen Besitz nennen kann, ist ungeklärt. Wahrscheinlich war dies schon im 14. Jahrhundert.

21. Juni 1313 – Die Herzöge Rudolph und Ludwig der Baier schließen einen Hausvertrag

München * Die Herzöge Rudolph I. und Ludwig IV. der Baier schließen einen Hausvertrag, in dem wieder die gemeinsame Herrschaft festgeschrieben wird. Außerdem soll Herzog Rudolph I. die Kurwürde vorenthalten bleiben.

9. November 1313 – Die Schlacht bei Gammelsdorf

Gammelsdorf * In der Schlacht bei Gammelsdorf, unweit von Moosburg, schlägt Herzog Ludwig IV. der Baier die Truppen der Habsburger und seines Bruders Rudolph. Sein schneller Sieg wird durch das schlechte Wetter und einen dementsprechend morastigen Kampfplatz

begünstigt. Im Aufgebot Herzog Ludwig des Baiern kämpfen oberbaierische Adelige und Bürger niederbaierischer Städte gegen österreichische und niederbaierische Ritter. Die militärische Auseinandersetzung flammte auf, nachdem Österreich - unterstützt von Herzog Rudolph - Einfluss auf die niederbaierischen Angelegenheiten nehmen wollte. Dabei geht es konkret um die Vormundschaft der drei unmündigen Herzöge von Niederbaiern, den Kindern der verstorbenen Herzöge Stephan I. und Otto III..

18. März 1314 – Jacques de Molay und Geoffroy de Charnay werden verbrannt

Avignon - Paris * Die Verfügungsgewalt über die höchsten Würdenträger des Templer-Ordens hat sich der Papst vorbehalten. Sie werden von einem Kardinalskollegium zu lebenslanger Haft verurteilt. Zwei von ihnen, der Großmeister Jacques de Molay und der Praeceptor der Normandie, Geoffroy de Charnay, pochen auf ihre Unschuld und lehnen das Urteil ab. Jacques de Molay und Geoffroy de Charnay werden - ohne Rücksicht auf den Papst - noch am gleichen Tag auf der Ile de la Cité in Paris verbrannt. Der letzte Templer-Großmeister soll den Papst und den König noch auf dem Scheiterhaufen verflucht haben, weshalb Clemens V. später „der verfluchte Papst“ genannt wird. Der Templer-Prozess ist bis heute einer der ganz großen Justizskandale geblieben. Dem Templer-Orden wurde bis zum heutigen Tage keine Genugtuung erteilt. Das Hauptziel der Verfolgung der Tempelherren durch König Philipp „dem Schönen“, sich das bewegliche Vermögen des Ritterordens anzueignen, war allerdings gescheitert. Der sagenhafte Schatz der Templer wird nie gefunden, sein Verbleib nie geklärt. Das bildet wiederum die Grundlage für eine Vielzahl von Spekulationen. Und kein Orden bot so viel Anlass zu Spekulationen wie der der Templer. Durch ihr Engagement im Heiligen Land kamen die Tempelritter mit Traditionen der jüdischen Welt, des Islam und nicht zuletzt der Antike in Berührung, die ihren mittelalterlichen Horizont enorm erweiterten. Ihre beachtlichen Erfolge auf technischem und finanziellem Gebiet lassen sich darauf zurückführen. Sie entwickelten ein eigenes Weltbild, das höchstwahrscheinlich als Fernziel die Vereinigung der monotheistischen Religionen anstrebte. Gleichzeitig musste der Ritter-Orden erkennen, dass sein neu erworbenes Wissen für das abergläubische mittelalterliche Europa noch nicht nachvollziehbar war und deshalb Schwierigkeiten heraufbeschwören musste. So wurde vieles geheim gehalten, und aus diesen Geheimnissen entstanden sowohl die „Arroganz der Wissenden“ als auch viele Legenden.

1318 – Das Speditionswesen ist durch die Rott organisiert

Mittenwald * Das Speditionswesen ist in Mittenwald durch den Verein der bürgerlichen Fuhrleute, der sogenannten Rott, organisiert. Die „Strata inferior“, die Untere Straße, die über den Brenner durch die Grafschaft Werdenfels führt, ist eine der Haupttransitstrecken. Zahlreiche Ortschaften entlang dieses Verkehrsweges verdanken ihren Aufschwung diesem spätmittelalterlichen Handel und Verkehr. Neben den Städten Bozen, Meran, Innsbruck oder Schongau, sind dies in der Grafschaft Werdenfels Mittenwald und Partenkirchen. Für diesen Handel bildet sich ein Frachtwesen heraus, das unter dem Namen Rottfuhrwesen bekannt ist. Und so ist die Rott organisiert: An der Handelsstraße werden in Tagesabständen [20 bis 30 Kilometer] Rottstationen [= Niederlagen] errichtet. Den Rottfuhrleuten dieser Stationen steht das alleinige und ausschließliche Recht zu, Rottgüter gegen Niederlagegeld und Fuhrlohn von ihrer Station zur nächsten zu befördern. Außerdem wird bereits von einem regen Floßverkehr auf der ab Mittenwald floßbaren Isar berichtet.

10. September 1319 – Bogenhausen wird zum Grenzort

Bogenhausen * Durch die Übertragung des Gerichtsbanns für die Grafschaft auf dem Yserrain wird das Gebiet ein eigenständiges Staatsgebilde. Damit wird das baierische Bauerndorf Bogenhausen zu einem Grenzort - denn nur wenige hundert Meter hinter dem heutigen Herkomerplatz beginnt nun das freisingische Ausland.

10. September 1319 – Die Grafschaft auf dem Yserrain entsteht

München - Freising * König Ludwig IV. der Baier verkauft um 100 Mark Silber, was dem Wert von 24.000 Pfennigen entspricht, die Herrschaft über die Orte Ismaning, Niederföhring (heute Unterföhring), Oberföhring, Englschalking und Daglfing an das Hochstift Freising. Die Freisinger Bischöfe sind in diesem Gebiet schon begütert, weshalb es sich bei diesem Vertrag nicht um den Verkauf von Grundbesitz handelt, sondern um die Übertragung der juristischen Macht über ein Gebiet. Die Besitzverhältnisse der anderen Eigentümer bleiben durch diese Abkommen vollkommen unberührt. Fürstbischof Konrad III. der Sendlinger von Freising wird damit auf diesem 30 Kilometer langen und fünf Kilometer breiten Gebiet den Gerichtsbann übertragen bekommen. Er ist damit der erste Landesherr der aus diesen Orten gebildeten Grafschaft auf dem Yserrain, der späteren Grafschaft Ismaning. Ohne die Übertragung der hohen Gerichtsbarkeit „mit Stock und Galgen“ hätte der Bischof den Galgen nicht aufrichten, niemanden im Gefängnis festhalten, noch dazu wegen Diebstahl, Brandstiftung, Notzucht, Totschlag oder Körperverletzung aburteilen können. Mit der Übertragung des Gerichtsbanns kann der Bischof nun nicht nur über Leben und Tod urteilen, sondern er besitzt damit auch die Regierungsgewalt.

April 1323 – Ludwig IV. der Baier macht seinen achtjährigen Sohn zum Kurfürsten

München * Der achtjährige Herzog Ludwig V., später genannt der Brandenburger, wird von seinem Vater König Ludwig IV. mit der Markgrafschaft Brandenburg belehnt. Damit wird Ludwig V. der Brandenburger zu einem der sieben Kurfürsten.

23. März 1324 – Papst Johannes XXII. spricht den Bannfluch über Ludwig den Baiern

Avignon * Der in Avignon residierende Papst Johannes XXII. spricht den Bannfluch wegen Häresie über König Ludwig den Baiern aus. Er schließt ihn damit aus der Gemeinschaft der Kirche aus, in die Ludwig bis zu seinem Tod nicht wieder aufgenommen werden wird. In der katholischen Kirche gilt er bis heute als exkommuniziert. Gleichzeitig enthebt ihn der Papst seiner königlichen Rechte und belegt das Reich mit Interdikt, also dem Verbot der Spendung der Sakramente. Der Bannfluch wird Ludwig bis zu seinem Tod verfolgen.

5. September 1325 – Ludwig der Baier und Friedrich der Schöne werden Doppelregenten

München * Im Münchner Vertrag vereinbaren König Ludwig der Baier und Herzog Friedrich der Schöne eine gleichberechtigte Doppelregentschaft, der den Habsburger zum Mitregenten macht.

17. Mai 1327 – König Ludwig der Baier zieht in Mailand ein

Mailand * König Ludwig der Baier zieht in Mailand ein. Um seinen Herrschaftsanspruch auf Italien zu demonstrieren, lässt er sich mit der „Eisernen Krone der Langobarden“ krönen.

1332 – Die Falknerei wird zum festen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens

München * Kaiser Ludwig der Baier hat festgelegt: „Es mögen auch die Ritter alle Kurzweil vol treiben, mit Pyrsen, mit Paizzen, mit Jagen“. In der Folge werden die zur Falkenjagd notwendigen und kunstvoll gearbeiteten Gerätschaften zum Statussymbol und zum Kennzeichen der Zugehörigkeit zur Oberschicht. Damit ist die Falknerei zum festen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens an den Fürstenhöfen geworden.

6. November 1332 – München erhält das Recht der Salzniederlage und des Salzhandels

München * Kaiser Ludwig IV. der Baier bestätigt der Stadt München das Recht der Salzniederlage und des Salzhandels. Er gibt ihr damit ein regelrechtes Salzhandelsmonopol. Von Wasserburg her darf das Salz zwischen Landshut und dem Gebirge nur bei München über die Isar gebracht werden. Die Urkunde wird - wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung - mit einer Goldbulle besiegelt. Sie gilt als Magna Charta der Stadt. Der Salzhandel ist - neben dem Handel mit Wein - die wichtigste Quelle des wirtschaftlichen Aufstiegs der Stadt und war schon 1158 ein Auslöser der Marktverlegung von Föhring nach Munichen.

1339 – Johann Heinrich von Luxemburg übernimmt die Regentschaft in Tirol

Tirol * Johann Heinrich von Luxemburg übernimmt die Regentschaft in Tirol.

11. Februar 1342 – Ludwig der Brandenburger und Margarete erhalten die Grafschaft Tirol

Meran * Kaiser Ludwig der Baier belehnt Herzog Ludwig den Brandenburger und dessen Ehefrau Margarete im Hof des Trienter Bischofs in Meran mit der Grafschaft Tirol und dem Herzogtum Kärnten.

1343 – Der Bürgerbrunnen, der spätere Fischbrunnen, wird erstmals genannt

München-Graggenau * Der Bürgerbrunnen, der spätere Fischbrunnen, wird erstmals genannt. In dieser Bezeichnung kommt seine zentrale Bedeutung für die ganze Bürgerschaft zum Ausdruck.

1351 – Herzog Ludwig der Brandenburger teilt seine Länder

München * Herzog Ludwig der Brandenburger teilt seine Länder. Die Markgrafschaft Brandenburg“übergibt er seinen jüngeren Halbbrüdern Ludwig den Römer und Otto. Er selbst behält sich Oberbaiern. Damit reicht das baierische Herrschaftsgebiet von der Donau im Norden bis nach Trient. Seine Regierungssitze sind der Alte Hof in München und Schloss Tirol.

1357 – Bogenhausen kommt zum Chorherrnstift Sankt Veit bei Freising

Bogenhausen - Schäftlarn - Freising * Nach langer Zugehörigkeit zum Kloster Schäftlarn kommt

Bogenhausen zum Chorherrnstift Sankt Veit bei Freising.

1361 – Die ältesten Kleiderordnungen in Altbaiern kommen aus Landshut

Landshut * Die sowohl ältesten als auch einzigen Kleiderordnungen in Altbaiern, die nicht vom Fürsten, sondern vom Rat der Stadt erlassen wurden, enthält das Landshuter Stadtbuch. Obwohl Landshut in dieser Zeit in besonderer wirtschaftlicher Blüte steht, will der Rat der Stadt, dass sich die Bürgerin bescheidener kleidet. Den Landshuter Frauen ist verboten, Perlen, Samt, Gold, Goldstoffe und Hermelin zu tragen. Nur den Reichen ist eine Goldborte von der Breite eines kleinen Fingers um den Busen und am Mantel erlaubt. Bis auf wenige Knöpfe ist den Frauen jeglicher Silberschmuck an den Kleidern verboten. Es war eine reine Luxusbeschränkung, die noch kaum eine standesgemäße Trennung vorsieht. Es entsteht eher der Eindruck, dass diese Verordnung nur deshalb erlassen wurde, um den Ehemännern und Vätern den Kostenaufwand für die Einkleidung ihrer Frauen, Töchter und Söhne zu begrenzen. Neben Kleidervorschriften befasst sich die Verordnung auch Fragen der Bewirtung der Gäste bei Hochzeiten sowie der Anwesenheit von Frauen am Wochenbett und Geschenke für das Taufkind und die Mutter.

13. Januar 1363 – Herzog Meinhard III. stirbt auf Schloss Tirol

Schloss Tirol * Herzog Meinhard III. stirbt auf Schloss Tirol. Herzog Stephan II., der Bruder Herzog Ludwig des Brandenburgers, übernimmt das Teilherzogtum Baiern-München und die Grafschaft Tirol.

20. Januar 1363 – Herzogin Margarete überträgt Tirol an Habsburg

Tirol * Herzogin Margarete von Baiern-München überträgt die Grafschaft Tirol an ihren habsburgischen Vetter Herzog Rudolf IV. von Österreich.

November 1363 – Es kommt zum Tiroler Erbfolgekrieg

München - Tirol * Der oberbaierische Herzog Stephan II. nimmt den Verlust der Grafschaft Tirol nicht so ohne weiteres hin. Es kommt zum Tiroler Erbfolgekrieg.

8. Februar 1364 – Herzog Rudolf IV. von Österreich wird mit der Grafschaft Tirol belehnt

Tirol * Herzog Rudolf IV. von Österreich wird von seinem Schwiegervater, Kaiser Carl IV., offiziell mit der Grafschaft Tirol belehnt. Die Belehnung wird von Baiern jedoch nicht zur Kenntnis genommen. Der Krieg geht weiter.

29. September 1369 – Herzog Stephan II. muss die Grafschaft Tirol abtreten

Tirol * Nach mehr als sechs Jahren Krieg und trotz zäher Gegenwehr muss Herzog Stephan II. die Grafschaft Tirol gegen eine Entschädigung von 116.000 Gulden an die Habsburger abtreten. Die Grenzgerichte Schärding, Kufstein, Rattenberg und Kitzbühel bleiben bairisch und werden in der Folgezeit dem Teilherzogtum Baiern-Ingolstadt zugeteilt.

1403 – Herzog Ludwig der Bärtige erwirbt den Edelsitz Niedergiesing

Au * Erwerb des Edelsitzes Niedergiesing durch den mit seiner Münchner Verwandtschaft zerstrittene Ingolstädter Herzog Ludwig der Bärtige. Er will von hier aus seine Fehde mit den Münchner Herzögen austragen.

April 1412 – Bischof Konrad V. von Hebenstreit wird von seinen Dienern ermordet

Straßburg - Freising - Bischoflack * Der von Papst Johannes XXIII. zum Freisinger Bischof ernannte Konrad V. von Hebenstreit macht sich nach seiner Berufung von Straßburg aus auf den Weg in seine Freisinger Besitzungen. In Bischoflack wird er im Schloss von einer Freisinger Gesandtschaft empfangen. In der selben Nacht aber von seinen Dienern ermordet.

6. Dezember 1414 – Jan Hus wird in Konstanz in einem Verlies inhaftiert

Konstanz * Jan Hus wird auf der Dominikanerinsel in Konstanz in einem Verlies inhaftiert. Weil Jan Hus seine Thesen nicht widerrufen will, wird der Geleitbrief des Königs für den Kritiker für ungültig erklärt, weil jetzt nicht mehr die weltliche Ordnung für ihn zuständig sei, sondern die kirchliche. Außerdem war die Zusage - nach damaliger Rechtsauffassung - sowieso ungültig, weil es gegenüber einem Häretiker keine verpflichtende Zusage geben kann.

1415 – Jakob Klewber besitzt in der Wein- und Landschaftsstraße ein Haus

München-Graggenau * Der Weinschenk und Salzsender Jakob Klewber besitzt in der Wein- und Landschaftsstraße ein Haus. An seiner Stelle befindet sich heute am Neuen Rathaus das Kloiber-Eck mit der plastischen Darstellung eines Holzhackers (kloiben = Holz hacken).

29. April 1415 – König Sigismund lässt Papst Johannes XXIII. gefangen nehmen

Heidelberg * König Sigismund lässt Papst Johannes XXIII. gefangen nehmen und im Heidelberger Schloss inhaftieren.

29. Mai 1415 – Das Konzil von Konstanz erklärt Papst Johannes XXIII. für abgesetzt

Konstanz * Das Konzil von Konstanz erklärt Papst Johannes XXIII. für abgesetzt. Nun muss sich das Konzil mit den beiden anderen Päpsten beschäftigen. Papst Gregor XII., bereits über 80 Jahre alt, lenkt bald ein. Er erkennt das Konzil von Konstanz als legitimes Konzil der Kirche an und erklärt seine Resignation. Papst Benedikt XIII., der inzwischen in Perpignan residiert, erklärt sich zwar zu einer Abdankung bereit, knüpft daran jedoch Bedingungen, die ihm allerdings nicht bewilligt werden. Daraufhin hält er seinen Anspruch aufrecht und flieht nach Peñiscola in Spanien. König Sigismund erreicht aber, dass ihm die spanischen Königreiche die Unterstützung entziehen und als fünfte Konzilsnation nach Konstanz kommen. Damit ist Papst Benedikt XIII. endgültig isoliert. Wegen „Verweigerung der Resignation“ wird ihm der Prozess gemacht.

31. Mai 1415 – Papst Johannes XXIII. erhält seine Absetzung

Heidelberg - Konstanz * Papst Johannes XXIII. erhält während seiner Gefangenschaft auf Schloss Heidelberg seine vom Konzil in Konstanz ausgesprochene Absetzung. Er erklärt sich mit seinem Rücktritt unter der Bedingung einverstanden, dass auch die beiden anderen Päpste abtreten.

1420 – Der nächste Schritt zur Kriminalisierung der Magie

Paris * Der nächste Schritt zur Kriminalisierung der Magie kristallisiert sich zwischen 1400 und

1430 heraus und ist eine Folge der politisch motivierten Magie- und Schadenszauberprozesse am französischen Königshof. Eine neue Tätergruppe wird gefunden in den gotteslästerlichen, die göttliche wie obrigkeitliche Ordnung verleugnende Ketzersekte der schadenstiftenden Hexen, die sich zu ihren nächtlichen Verschwörungsorgien an heimlichen Orten auf allerlei Fluggeräten auf den Weg machen. Daraus leitet sich ab: der Pakt, die Buhlschaft, der Flug, der Sabbat und der Schadenszauber. Das ist der Beginn einer breiten Hexenverfolgung in den Tälern der Westalpen.

1431 – Die Entstehung einer strengen Glaubensgemeinschaft

??? * Im Alter von gerade einmal fünfzehn Jahren zieht sich Francesco di Paola in die Einsamkeit zurück. Er gräbt sich in der Nähe seines Heimatortes eine Höhle, wo er sich einem Leben hingeben will, das erfüllt ist von innigen Gebeten und harter Buße. Als Nachtlager dient ihm ein Stein und seine Nahrung sind die Kräuter des Waldes. Schon bald schließen sich ihm immer mehr fromme und gleichgesinnte Männer zum Beten und zum Fasten an. So entsteht eine Gemeinschaft mit extrem strengen Regeln (Armut, Demut, Fasten).

29. Mai 1432 – Den Franziskanern fließt ein stattliches, ständig wachsendes Vermögen zu

München-Graggenau * Den bei der Münchner Einwohnerschaft beliebten Franziskaner Barfüßern fließt innerhalb weniger Generationen ein stattliches, ständig wachsendes Vermögen zu. Zahlreiche Adelige und Bürger stiften dem Kloster sogenannte Jahrtage mit regelmäßigen Reichnissen in Naturalien und Bargeld. Das führt schnell zur Verwahrlosung der Klostersitten, sodass sich der Münchner Rat zum Einschreiten veranlasst sieht.

1435 – Der Grundstein für einen Bettelorden ist gelegt

??? * Die Gemeinschaft um Francesco di Paola einigt sich auf eine Regel für das gemeinsame Zusammenleben. Damit ist der Grundstein für einen Bettelorden gelegt. Sie wollen die Geringsten unter den Söhnen des heiligen Franz von Assisi sein und nennen sich deshalb zunächst Eremiten des heiligen Franziskus. Da die Ordensmitglieder die Regeln des Quadragesimalfastens auf ihr ganzes Leben ausdehnen, müssen sie neben den drei üblichen Gelübden Keuschheit, Armut und Gehorsam noch ein viertes, nämlich das der Enthaltung von Fleischspeisen ablegen. Das Fastengelübde besagt, dass sie sich nicht vom Fleisch und von allem, was vom Fleische kommt, ernähren dürfen. Damit sind ihnen nicht nur Fleisch und Wurst,

sondern auch Milch, Butter und Eier strengstens untersagt. Da bleibt also nur Brot, Fisch, Gemüse, Salat, Wein und Bier.

1450 – Das Isartor erhält sein größtes Ausmaß

München-Graggenau - München-Angerviertel * Das Isartor erreicht seine größte Ausdehnung. Diese Erweiterung und Verstärkung wird notwendig, weil sich die Waffentechnik der Angreifer grundlegend verändert hat. Die neuen Pulvergeschütze entwickeln sich zu einer ernsthaften Bedrohung für die herkömmlichen Burg- und Stadtmauern. Um die Befestigung zu stärken, errichtet man in einem Abstand von sieben bis neun Metern eine zweite Mauer parallel vor der bestehenden Stadtmauer. Diese sogenannte Zwingermauer ist mit durchschnittlich vier bis fünf Metern nur etwa halb so hoch wie die Hauptmauer. Der Zwischenraum zwischen beiden Mauern, der bis zu zwei Meter hoch aufgeschüttet ist, wird als Zwinger bezeichnet. Nach demselben Prinzip werden auch die Haupttore verstärkt. Dem bestehenden Hauptturm werden – im Zuge des Baus der Zwingermauer – zwei Vortürme vorgelagert. Die beiden achteckigen, drei Geschosse hohen Flankentürme sind durch ein hohes Mauerwerk, die sogenannte Barbakane, miteinander verbunden. So entsteht eine nach innen und außen abgeschlossene Torburg. Wer diesen Torzwinger betritt, muss damit rechnen, eingeschlossen zu werden: Vor ihm fällt das Fallgatter im Torturm herab, hinter ihm im Vortor. Statt der heutigen drei Torbögen gab es ursprünglich ein zentrales Mittelportal als Zugang beziehungsweise Zufahrt sowie je eine seitliche Schlupfpforte. Vor dem Isartor führte eine Brücke über den Stadtgrabenbach. Rechts der Tordurchfahrt befand sich das städtische Zollhaus. Die am Isartor erhobenen Abgaben – Brückenzoll, Wasserzoll, Salzzoll, Pflasterzoll und Zoll für Trockengüter – zählten zu den einträglichsten Einnahmequellen der Stadt. Im Gebäude links der Tordurchfahrt war der Stadtwagner untergebracht. Er war für die Instandhaltung zuständig und bediente auch die vor dem Isartor gelegene Zugbrücke. Die mit Eisen beschlagenen Torflügel wurden bei Tagesanbruch geöffnet und bei Sonnenuntergang verriegelt. Ab dem Vesperläuten galt die „kleine Torsperre“: Wer danach die Stadt betreten oder verlassen wollte, musste eine Gebühr entrichten. Mit dem Läuten der Glocken der Frauenkirche – im Sommer um 22 Uhr, im Winter eine Stunde früher – begann die „große Torsperre“. In der Nacht war München vollständig verriegelt.

1450 – Am Anger wird ein Eichstadel für Wein eröffnet

München-Angerviertel * Am Anger wird ein Eichstadel eröffnet. Durch gewissenhaftes Eichen will der Rat die Weinzufuhren der Kaufleute steigern.

1453 – Ein weiterer Brausatz verbietet den Brauern jede Einung

München * Ein weiterer Brausatz des Münchner Rats verbietet den Brauern jede Einung und untersagt ihnen, sich zu Absprachen zu treffen oder sich gegenseitig verzuschreiben, wie viel und wann sie brauen wollen. Sie dürfen auch kein Getreide aufkaufen, das sie später wieder verkaufen wollen. Damit soll Handelsschaft und Spekulation verhindert werden.

1458 – Erstmals erscheint der Name Kreuzviertel

München-Kreuzviertel * Erstmals erscheint der Name Kreuzviertel. Er leitet sich von der damals wichtigsten Straße ab, der Kreuzgasse, dem heutigen Promenadeplatz. Dort befindet sich der für die Münchner Wirtschaft so wichtige Salzmarkt.

1460 – Nach einem Blitzschlag in den Rathausturm denkt man an einen Neubau

München-Graggenau * Nach einem Blitzschlag in den Rathausturm und dem anschließenden Brand ist der Gebäudekomplex des Rathauses stark in Mitleidenschaft gezogen, weshalb man über einen Neubau nachdenkt.

1469 – Die Neuveste wird zur ständigen Residenz ausgebaut

München-Graggenau * Die Nachfolger des Baiernherzogs Albrecht IV. erweitern die Neuveste und bauen sie zu ihrer ständigen Residenz - als Ersatz für den Alten Hof - aus. Damit befindet sich das Franziskanerkloster in unmittelbarer Nachbarschaft zur Residenz und kann von dort aus sogar direkt betreten werden.

1470 – Jörg von Halspach beginnt mit dem Neubau des [Alten] Rathauses

München-Graggenau * Jörg von Halspach, der als Obrist-Maurer auch die Frauenkirche erbaut, beginnt mit dem Neubau des [Alten] Rathauses. Sein Vorhaben konzentriert sich auf den nördlich des Rathausturmes anschließenden Trakt, in dem in der Erdgeschosszone ein neues Stadtgefängnis und ein von allen städtischen Bäckern bedientes Brothaus entsteht. Über der Sockelzone des Neubaus wird ein großer Fest- und Tanzsaal geschaffen, der dem Repräsentationsbedürfnis der Bürgerschaft und der Stadtherrschaft dient. Dazu muss zuvor

der Saalbau des ersten Münchner Rathauses abgerissen werden.

18. April 1470 – Die Stadt kauft dem Heiliggeist-Spital den Gronimushof ab

Haidhausen * Die Stadt kauft dem Heiliggeist-Spital den Haidhausener Gronimushof um 245 Pfennige ab, um dort den Rohstoff für die Ziegelherstellung zu erhalten. Der Haidhauser Bauernhof wird auf Leibgeding vergeben. Das bedeutet, dass sich der Lehensnehmer verpflichten muss, den jeweils benötigten Ziegelgrund entschädigungslos an die Stadt abzugeben. Nach dem Lehmabbau erfolgt dann die Rückgabe des Grundes zur weiteren landwirtschaftlichen Nutzung.

21. Februar 1484 – Aufwandsentschädigung wegen der Pest

München * Während der Pestzeit haben die meisten Stadträte die Stadt verlassen. Diejenigen, die die Amtsgeschäfte weitergeführt haben, erhalten jetzt vom Rat eine Aufwandsentschädigung zugebilligt.

1487 – Herzog Sigmund von Tirol erklärt Venedig den Krieg

Bozen * Herzog Sigmund von Tirol lässt auf dem Bozener Markt 130 venezianische Kaufleute verhaften und erklärt darüber hinaus der Republik Venedig den Krieg. Aus diesem Grund schlagen die venezianischen Händler ihre Kaufstände seither im bischöflich-freisingischen Mittenwald auf.

1488 – Albrecht IV. schließt mit Hans von Degenberg einen Erbschaftsvertrag

München * Herzog Albrecht IV. schließt mit Hans von Degenberg einen Erbschaftsvertrag, wonach beim Aussterben der Degenberger in der männlichen Linie deren gesamter Herrschafts- und Besitzkomplex in den Besitz der Wittelsbacher übergeht.

1489 – Die Brauerei zieht in die Burgstraße

München-Graggenau * Nach dem Tod von Andre Hafner wird die Brauerei von der Weinstraße in die Burgstraße 16 [B] verlegt. Am bisherigen Standort finden sich danach keine Hinweise mehr auf eine Braustätte. In der Burgstraße, am späteren Standort des Kempterbräus, braut nun Jörg Hafner. In welchem verwandtschaftlichen Verhältnis er zu Andre Hafner steht – möglicherweise ist er dessen Sohn oder Neffe –, ist nicht überliefert. Jörg Hafner betreibt die Brauerei hier bis 1522.

19. September 1496 – Herzog Georg der Reiche von Baiern-Landshut macht sein Testament

Landshut * Herzog Georg der Reiche von Baiern-Landshut bestimmt in seinem Testament, dass seine Tochter Elisabeth, ihr zukünftiger Ehemann Ruprecht von der Pfalz und ihre etwaigen Söhne das Teilherzogtum erben sollen. Herzog Georg und seine Gemahlin Hedwig von Polen hatten keine gemeinsamen männliche Erben.

10. Februar 1499 – Herzogin Elisabeth und Herzog Ruprecht von der Pfalz heiraten

Landshut * Herzogin Elisabeth von Baiern-Landshut und Herzog Ruprecht von der Pfalz - Cousine und Cousin - heiraten. Ruprechts Mutter Margarete war die Schwester von Herzog Georg dem Reichen von Baiern-Landshut.

10. April 1502 – Ottheinrich, der spätere Herzog von Pfalz-Neuburg, wird in Amberg geboren

Amberg * Herzog Ottheinrich, der Sohn der niederbaierischen Herzogin Elisabeth und Herzog Rupert von der Pfalz, wird in Amberg geboren.

1. Dezember 1503 – Herzog Georg der Reiche vom Teilherzogtum Baiern-Landshut stirbt

Landshut * Herzog Georg der Reiche vom Teilherzogtum Baiern-Landshut stirbt. In der Folge kommt es zum Landshuter Erbfolgekrieg gegen das Teilherzogtum Baiern-München.

1. Dezember 1503 – Herzog Albrecht IV. widerspricht dem Testament von Georg dem Reichen

München - Landshut * Herzog Albrecht IV. von Baiern-München akzeptiert das Testament von

Herzog Georg dem Reichen nicht, wonach seine Tochter Elisabeth, ihr Ehemann Ruprecht von der Pfalz und ihre etwaigen Söhne das Teilherzogtum erben sollen. Das Testament widerspricht dem Wittelsbachischen Hausvertrag, nach dem beim Aussterben einer männlichen Linie die Besitzungen an die jeweils andere Linie fällt. Das Testament ist aus oberbaierischer Sicht ein Vertragsbruch. Deshalb kommt es zum Landshuter Erbfolgekrieg.

13. Dezember 1503 – Herzog Albrecht IV. von Baiern-München macht seine Erbansprüche gelt

Landshut * Auf dem noch von Herzog Georg dem Reichen nach Landshut einberufenen Landtag, macht Herzog Albrecht IV. von Baiern-München seine Erbansprüche geltend.

17. April 1504 – Der Regentschaftsrat wird aufgehoben

Landshut - Burghausen * Der nach dem Landtag vom 13. Dezember 1503 gegründete Regentschaftsrat wird von Herzog Elisabeth von Landshut-Niederbaiern und Herzog Ruprecht von der Pfalz aufgelöst. Landshut, Burghausen und andere niederbaierische Städte werden von pfälzischen Truppen besetzt. Herzog Ruprecht von der Pfalz wird von seinem Vater, Pfalzgraf Philipp der Aufrechte, von Frankreich, Böhmen und Baden unterstützt, so dass er über ein Heer von 30.000 Mann verfügen kann.

16. Mai 1507 – Verhaftungen nach dem Sturm aufs Frauenhaus

München-Angerviertel * Erzürnten Gesellen gelingt erneut die Erstürmung des Frauenhauses, wofür sie zur Strafe in der Schergenstube eingesperrt werden.

18. März 1508 – Herzog Albrecht IV. stirbt

München * Herzog Albrecht IV. stirbt. Sein minderjähriger Sohn Wilhelm IV. wird Herzog von Baiern unter der Vormundschaft seines Onkels Wolfgang.

23. April 1516 – Das gesamtbayerische Reinheitsgebot: Strenge Regeln für die Brauer

Ingolstadt * Auf dem Landtag in Ingolstadt verkünden die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X.

eine neue Landes- und Polizeiordnung. Die darin enthaltene Landesfreiheitserklärung bestimmt bis zur Aufhebung der landständischen Korporation im Jahr 1808 das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn. Das „Buch der gemeinen Landpolizei, Landesordnung, Satzung und Gebräuche des Fürstentums Ober- und Niederbaiern“ enthält auch Vorschriften darüber, „wie das Bier im Sommer und Winter auf dem Land ausgeschenkt und gebraut werden soll“. Dieser Abschnitt wird erst im 20. Jahrhundert als Bayerisches Reinheitsgebot bezeichnet.
Das gesamtbaierische Reinheitsgebot übernimmt wesentliche Vorschriften des Münchner Biergesetzes. Es regelt nicht nur die zulässigen Zutaten, sondern auch die Bierpreise und den Ausschank. In neuhochdeutscher Übersetzung lautet der betreffende Abschnitt: „Wir verordnen, setzen und wollen mit dem Rat unserer Landschaft, dass forthin überall im Fürstentum Bayern, sowohl auf dem Lande als auch in unseren Städten und Märkten, die keine besondere Ordnung dafür haben, von Michaeli bis Georgi eine Mass oder ein Kopf Bier für nicht mehr als einen Pfennig Münchner Währung und von Georgi bis Michaeli die Mass für nicht mehr als zwei Pfennig derselben Währung, der Kopf für nicht mehr als drei Heller, bei Androhung der unten angeführten Strafe, gegeben und ausgeschenkt werden soll. Wo aber einer nicht Märzenbier, sondern anderes Bier brauen oder sonst wie haben würde, soll er es keineswegs für mehr als einen Pfennig je Mass ausschenken und verkaufen. Ganz besonders wollen wir, dass forthin überall in unseren Städten, Märkten und auf dem Lande für kein Bier mehr Zutaten als allein Gerste, Hopfen und Wasser verwendet und gebraucht werden sollen. Wer diese unsere Anordnung wissentlich übertritt und nicht einhält, dem soll von seiner Gerichtsobrigkeit zur Strafe dieses Fass Bier, sooft es vorkommt, unnachsichtlich weggenommen werden. Wo jedoch ein Gauwirt von einem Bierbrauer in unseren Städten, Märkten oder auf dem Lande einen, zwei oder drei Eimer Bier kauft und wieder an das gemeine Bauernvolk ausschenkt, soll ihm allein und sonst niemandem erlaubt sein, die Mass oder den Kopf Bier um einen Heller teurer als oben vorgeschrieben auszuschenken.“ Wie stark das Misstrauen gegenüber den Brauern bereits zu dieser Zeit ist, zeigt auch die Verpflichtung zur Eidesleistung. Der Eid soll den mit dem Bierbrauen Beauftragten verdeutlichen, wie ernst die Herzöge die Einhaltung der Vorschriften nehmen. Darüber hinaus sind die Brauer verpflichtet, Bier „nach Notdurft“, also in ausreichender Menge, herzustellen und damit den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Selbst bei hohen Rohstoffpreisen und geringen Gewinnaussichten dürfen sie die Produktion nicht eigenmächtig verringern. In der ursprünglichen Fassung des Biergesetzes wollten die Herzöge den Brauern noch erlauben, gleichzeitig Einpfennig- und Zweipfennigbier zu brauen. Dabei sollten sie jedoch jeweils nur eine der beiden Sorten ausschenken dürfen. Ein solches Maß an Vertrauen erscheint letztlich zu groß. Deshalb erhält der endgültige Gesetzestext folgende Fassung: „Es sollen auch all Bräuen eins jeden Jahrs auf einem nämlichen Tag, den die Beschauer verkünden, zu denselben Beschauern kommen und ihnen ein jeder Bräu ansagen, was Biers, zu einem oder zweien Pfennigen, er brauen will; dasselbe Bier soll er alsdann ein Jahr nächst folgend ganz

ausbrauen und schenken und kein anderes.“ Für diese Regelung ist vor allem die Befürchtung ausschlaggebend, die Brauer könnten unterschiedlich teure Biere miteinander vermischen. Das Reinheitsgebot von 1516 dient somit nicht allein der Festlegung der erlaubten Zutaten. Es soll zugleich die Bierpreise begrenzen, die Versorgung der Bevölkerung sichern und Verstöße der Brauer und Wirte verhindern.

31. Oktober 1517 – Martin Luthers Kampf gegen die Prostituierten

Wittenberg - München * Martin Luther schlägt seine 95 Thesen an das Hauptportal der Schlosskirche in Wittenberg. Umgehend setzt eine Diskussion über den künftigen Umgang mit den Prostituierten und ihren Einrichtungen ein. Das erste städtische Frauenhaus wird noch in diesem Jahr geschlossen. Der Prozess zieht sich aber bis zum Jahr 1595 hin, dauert also weit über siebzig Jahre. Er beginnt in den evangelisch beeinflussten Ortschaften und in den Reichsstädten. In den katholischen Gebieten setzt der Prozess später ein und dauert entsprechend länger. Das Münchner Frauenhaus ist eines der letzten, wenn nicht sogar das Letzte, das geschlossen wird.

8. Mai 1521 – Über Martin Luther wird die Reichsacht verhängt

Worms * Als Folge der päpstlichen Bannbulle vom 3. Januar 1521 wird in Worms von Kaiser Carl V. das Edikt gegen Martin Luther erlassen. Über Luther wird die Reichsacht verhängt und außerdem das Lesen und die Verbreitung seiner Schriften verboten. Luther kann von jedermann, der seiner habhaft wird, an Rom ausgeliefert werden. Seine Beherbergung ist bei Strafe verboten.

24. Juni 1524 – Der Theatiner-Orden wird gegründet

Rom • Papst Clemens VII. bestätigt die Gründung des Theatiner-Ordens. Er war als Regularkleriker-Orden zur religiösen Erneuerung des Klerus gegründet worden. Die Klostergemeinschaft wird auf Initiative von Gian Pietro Caraffa, dem späteren Papst Paul IV., und von Kajetan von Thiene ins Leben gerufen.

6. Januar 1528 – Münchner Wiedertäufer werden verhaftet

München * 29 Angehörige der Münchner Wiedertäufergemeinde werden verhaftet, verhört und gefoltert. Nur neun Mitglieder bleiben ihrem Glauben treu. Das bedeutet für sie das Todesurteil, das am 30./31. Januar vollstreckt werden wird.

17. Februar 1528 – Die ersten begnadigten Wiedertäufer werden aus der Haft entlassen

München * Von den zwanzig begnadigten Wiedertäufern werden zehn aus der Haft entlassen. Die restlichen Zehn werden Ende Februar, im März, im Mai und einer erst im August entlassen.

1530 – Der Rat der Stadt erlässt eine Ordnung wider die Laster

München * Der Rat der Stadt erlässt eine „Ordnung wider die Laster“, die sich vor allem gegen die Winkelhurerey außerhalb des Frauenhauses wendet. In dem Dekret heißt es: „Glaubhaften Berichten zufolge trieben etliche unverschämte Weibspersonen öffentlich innerhalb und außerhalb der Stadt, unter den Kramen am Marktplatz, in Ställen, in der Au etc., bei Tag und bei Nacht Unzucht“.

10. Juni 1530 – Großer Empfang für Kaiser Carl V.

München * Kaiser Carl V. hält sich vom 10. bis zum 14. Juni in München auf. Der Besuch des Kaisers ist natürlich der gesellschaftliche Höhepunkt der Residenzstadt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Als sich am Freitag vor Pfingsten der ranghöchste deutsche Adelige in Begleitung seines Bruders, König Ferdinand von Böhmen, mehreren Herzögen, Mark- und Pfalzgrafen sowie geistlichen Würdenträgern, den Mauern der Stadt nähert, veranstalten die Münchner ein Riesenspektakel mit einer unglaublichen Prachtentfaltung.

10. Juni 1530 – Ein Manöverspiel für die kaiserliche Gefolgschaft

Ramersdorf - Haidhausen - München * Die kaiserliche Gefolgschaft wird kurz hinter Ramersdorf, auf einer Lüften genannten Schafweide, von einer festlich herausgeputzten Ritterschar begrüßt, die den Rahmen für ein Manöverspiel bilden. Wie der Historiker Sigmund Riezler in seiner Baierischen Geschichte berichtet, ist hier „mit den herzoglichen Heerpaukern und Trompetern die Reiterei der Landsassen und Hofbeamten aufgestellt, 550 Pferde stark, darunter etwa 300 in

vollständiger Rüstung, Blankharnisch, Armzeug, Knieköpfen, die Rosse mit Eisenstrinen, alle in roten Röcken mit dem herzoglichen Wappen auf dem Ärmel, eine buntschimmernde Masse, überragt von langen, schwarz und weiß bemalten Spießen mit schwarzen Fransen. An den Anführern bewundert man damastene Röcke, goldene Ketten und vergoldete Waffen“. Jeder Reiter hat hinter sich einen Pagen, der ihm die Lanze und den Helm mit wallenden Federn trägt. Ein alter Kriegsmann, der Ritter Dietrich von Knöringen, befehligt diese glänzende „cavalli alla borgognona“. Um den Empfangsplatz bilden einhundert Feldgeschütze - Quartanen, Schlangen, Falkonetlein und Mörser - einen Halbkreis, wobei die Zuschauer ganz besonders eine achtzehn Fuß lange, hölzerne, mit Eisenringen umwickelte Büchse interessiert. Diese haben baierische Truppen im Jahr 1525 vor Rastatt den aufständischen Bauern abgenommen.

10. Juni 1530 – Ein Manöver mit vielen Toten und Verletzten

München - Haidhausen * Der eigentliche Höhepunkt soll aber erst rund achthundert Meter weiter kommen, etwa an der Stelle des heutigen Rosenheimer Platzes. Dort ist innerhalb von wenigen Tagen - fast nach Hollywood-Manier - eine wehrhaft aussehende Burg mit vier Türmen und Bastionen aus Holz, Leinwand und Farbe errichtet worden. Alles wirkt sehr realistisch. In der Festung warten einhundert schwerbewaffnete Männer, bis die Gäste auf der Ehrentribüne Platz genommen haben. Auf ein Zeichen Herzog Wilhelms IV. rücken die von Ramersdorf kommenden Angreifer heran und es kommt unausweichlich zur Schlacht, bei der sechzehnhundert Mann unter ohrenbetäubendem Kriegsgeschrei das Schloss stürmen. Nachdem einige an die Mauern gelehnte Sturmleitern von den Verteidigern der Burg umgestoßen worden sind und sich dabei die Angreifer und das nachdrängende Fußvolk etliche Blessuren zugezogen haben, „überkam beide Seiten eine große, unbändige Wut“, schreibt unser Zeitzeuge. Und da es sich sowohl bei der Burgbesatzung als auch bei den Angreifern um „temperamentvolle, rauflustige und keine Schmähung duldende Altbaiern” handelt, wird aus dem zur Ergötzung des Kaisers veranstaltetem Scheingefecht sehr schnell blutigster Ernst. Die Manöver-Gegner dreschen derart rabiat aufeinander ein, dass am Ende acht Tote und eine unbekannte Zahl von Männern verletzt liegen bleibt. Das wird von den Ehrengästen auf ihren Tribünen natürlich nicht bemerkt. Immerhin erhalten die Getöteten ein Begräbnis auf dem Salvatorfriedhof und deren Witwen und Waisen ein jährliches Gnadengeschenk aus der landesherrlichen Privatschatulle. Auf dem Manöverfeld schießen die Angreifer die Burg später schließlich noch in Trümmer und Fetzen. Der Chronist vermerkt: „Mit ungeheuerem Krachen entluden sich alle Geschütze auf einmal.” Immerhin zeigt sich Kaiser Carl V. von dem Manöver und der dabei gezeigten baierischen Kampfkraft mächtig beeindruckt.

1533 – Der Geschichtsschreiber Aventinus charakterisiert das baierische Volk

München * Der baierische Geschichtsschreiber Johannes Thurmair, genannt Aventinus, charakterisiert das baierische Volk in seiner Chronik folgendermaßen: „Das Bayrisch volck (gemainlich davon zu reden) ist geystlich schlecht [schlicht] und gerecht, get, läuft gern kyrchferten, hat auch viel kyrchfart; legt sich mer auf den ackerpau und das viech, dan auf dy krieg [...] bleibt gern dahaim, rayst nit vast auß in frembde land; trinckt seer, macht vil kinder [...].

Der gemain man, so auf dem gä [Gäu] und land sitzt, gibt sich auf den ackerpau vnd das viech, ligt demselbigen allain ob, darf sich nichts, on geschafft [Befehl] der öbrikait understeen, wirdt auch in kaynen rat genomen oder landschaft erfordert. Doch ist er sunst frey, mag auch frey ledig aigen gyeter [Güter] haben, dient seynem herren, der sunst kain gewalt yber yn hatt, Järliche gü1t, zins und scharwerck. Thut sunst was er will, sitzt tag und nacht bey dem weyn, schreyt singt tanzt karrt [spielt Karten] spielt [spielt Würfel]; mag wer [Waffen] tragen, schweinspies, und lange messer“.

1533 – Johann Turmair, genannt Aventinus, beschreibt die Gründung Münchens

München * Der baierische Historiker Johann Turmair, genannt Aventinus, schreibt folgende Zeilen über die Gründung Münchens: „Herzog Hainrich, der zwelft herzog in Bairn, hat die stat München gepaut auf des closters von Scheftlarn grunde, darumb man die stat München hat genent und füret ein münich für ir wappen. Damals war der salzhandl niderlag zu Vering underhalb München, gieng die straß von Reichenhal und Wasserburg durch, gehört dem stift Freising zue. Herzog Hainrich verprent Vering die stat, prach die pruck über die Iser ab, legt maut und zol, die straß und allen handl in sein stat München“. Diese Raubrittergeschichte hat sich seitdem unauslöschlich in die Gehirne bayerischer Schulkinder und Erwachsener eingebrannt. Mit dieser Schilderung geht Aventinus jedoch mit viel Phantasie weit über die knappen Angaben des Regensburger Urteils vom 13. Juli 1180 hinaus. Denn darin finden sich zu diesem Sachverhalt nur die folgenden Zeilen: „[...], dass der Edelmann Heinrich von Braunschweig, [...] den Markt mit der Brücke in Föhring, den seine Kirche seit uralten Zeiten ungestört in Besitz gehabt hatte, zerstört und ihn gewaltsam in den Ort Munichen verlegt habe“.

Von der Brandschatzung des gesamten Ortes Föhring steht im Regensburger Urteil ebenso wenig, wie sie Auskunft gibt, wie stark der Markt und die Brücke zerstört wurden. Außerdem ist Johann Turmair der Augsburger Schied vom 14. Juni 1158 nicht bekannt, da diese für die Münchner Stadtgründung so elementar wichtige Urkunde erstmals im Jahr 1582 veröffentlicht werden wird. Also nimmt der Historiker die ihm zugänglichen Informationen und zieht daraus seine Schlüsse. Und tatsächlich deutet im Regensburger Urteil von 1180 nichts auf die Existenz einer früheren - einvernehmlichen - Abmachung hin. Allerdings wird der Welfenherzog als Rechts-

und Friedensbrecher dargestellt.

1534 – Die Gesellschaft Jesu wird gegründet

Rom * Die Gesellschaft Jesu wird von dem ehemaligen Offizier Ignatius von Loyola gegründet und wie ein Militärverband aufgebaut. Ihr Tätigkeitsfeld sehen die Jesuiten vor allem in der geistigen Erneuerung und Seelsorge. In der Folgezeit entwickelt er sich zum Kampforden der katholischen Kirche. Der Jesuit Lamormain wird viele Jahre später behaupten: „Wenn es nicht die Schulen der Gesellschaft gegeben hätte, die nach dem weisen Ratschluss der Kaiser und Erzherzöge in Wien, Prag, Graz, Olmütz und anderenorts in Deutschland gegründet wurden, dann wäre von der katholischen Religion kaum eine Spur übrig geblieben.“

1538 – Zur Hauptmannschaft Obergiesing gehören rechtsisarische Orte

Obergiesing * Zur Hauptmannschaft Obergiesing gehören Haidhausen, die Au, Niedergiesing, Putzbrunn, Höhenkirchen, Bogenhausen und Obergiesing.

27. September 1540 – Die Jesuiten erhalten die päpstliche Bestätigung für ihren neuen Orden

Rom-Vatikan * Die Gesellschaft Jesu, die Jesuiten, erhält die päpstliche Bestätigung für ihren neuen Orden.

1550 – Kein Brauer unter den Vertretern der Bürgerschaft

München * Bis zum Jahr 1800 sind die Weinschenken und Handelsleute die eigentlichen Vertreter der Bürgerschaft. In dieser Zeit findet sich in dem aus 24 Mitgliedern bestehenden äußeren Rat weder ein Handwerker, Bäcker oder Metzger, auch kein Brauer.

1550 – Verbot des Gebrauchs von Kutschen für Kurtisanen

Rom * Das Verbot des Gebrauchs von Kutschen für Kurtisanen ist ein harter Schlag für das Kurtisanenwesen, weil sich Kutschen als besonderer Luxus und somit als Statussymbol ersten Ranges darstellen. Das Verbot ist das am häufigsten überschrittene Gesetz und eine reich

sprudelnde Einnahmequelle des Kirchenstaates. Andere Maßnahmen erschweren zwar das Leben der Kurtisanen, können die gehobene Prostitution aber nie ernsthaft eindämmen. Das liegt freilich auch an der wenig konsequenten Durchführung der Maßnahmen.

1553 – Juden ist der Aufenthalt im Herzogtum Baiern verboten

München * Die Vertreibung aller Juden aus dem Herzogtum Baiern wird von den versammelten baierischen Landständen in der neuen „Landesordnung“ aufgenommen. Die „Landschaft“ besteht aus Vertretern des Klerus mit Grundherrschaft, des Adels sowie der Städte und Märkte mit niederer Gerichtsbarkeit. Weil der Landtag in der Regel nur alle drei Jahre zusammenkommt, ist es für Herzog Albrecht V. die erste Gelegenheit, seinen Erlass zur Vertreibung aller Juden vom 21. Dezember 1551 gesetzlich zu verankern.

2. März 1553 – Einbecker Bier wird nach München transportiert

Einbeck * Im Auftrag von Herzog Albrecht V. werden aus Einbeck zwei Wagen mit dem berühmten Bier der Stadt beladen und erstmals auf den Weg nach München geschickt. An dem aus dem Braunschweigischen stammenden „Edelstoff“ stimmt - im Gegensatz zu dem ebenso wässrigen wie qualitativ sehr wechselhaften Münchner Bier - einfach alles. Die Lieferung erfolgte auf der Strecke Einbeck - Erfurt - Nürnberg nach München.

2. April 1553 – Das berühmte Bier aus Einbeck kommt in München an

München * Die Lieferung mit dem berühmten Bier aus Einbeck kommt in München an. Sie ist seit dem 2. März auf 600 Kilometer lange Wegstrecke. Als Spediteure fungieren Nürnberger Handelshäuser, die damit gutes Geld verdienen. Die lange Reise des Edelstoffes aus dem protestantischen Norden ändert nichts an der dunklen Farbe des Bieres; auch der kräftige Geschmack bleibt erhalten und selbst die nicht geringen Alkoholprozente kommen unverändert in München an. Doch eines hat sich während der langen Reise massiv verändert: der Preis. Das Bier verteuert sich durch die weiteren Belastungen an Zehrung für die Mannschaft und die Pferde sowie durch die Zölle und Mauten auf etwa das Dreifache.

1554 – Philipp Apian soll das Herzogtum Baiern kartographisch erfassen

Ingolstadt * Herzog Albrecht V. erteilt Philipp Apian den Auftrag, das Herzogtum Baiern kartographisch zu erfassen. Der Herzog gefällt sich als Förderer der Wissenschaft, weshalb er seinen Ingolstädter Studienkollegen mit diesem Mammutprojekt betraut. Die Karten sollen die 1526 bis 1533 entstandene Bairische Chronik des Johannes Aventinus ergänzen. „Sechs oder schier sieben Summer“, von 1554 bis 1561, reitet Philipp Apian mit seinem Bruder Timotheus und einem Vermessungsgehilfen Ober- und Niederbaiern, die Oberpfalz, das Erzbistum und Hochstift Salzburg und das Bistum Eichstätt und führt Landvermessungen durch. Das zu bearbeitende Gebiet umfasst rund 50.000 Quadratkilometer.

25. September 1555 – Die religiös-politischen Verhältnisse im Reich werden regelt

Augsburg * Auf dem Augsburger Reichstag wird ein Reichsgesetz verkündet, das die religiös-politischen Verhältnisse im Reich regelt und damit die Glaubensspaltung festschreibt.
Im Augsburger Religionsfrieden werden lutherische Protestanten - nicht die Reformierten - den Katholiken reichsrechtlich gleichgestellt. Der Landesherr kann über die Konfession seiner Untertanen bestimmen. Andersgläubige dürfen das Land verlassen. Später wird der Grundsatz auf die griffige Formel „Cuius regio, eius religio“ [„Wessen die Herrschaft, dessen Glaube (gilt)“] gebracht.

4. Juli 1559 – Herzog Albrecht V. bittet um die Entsendung von 14 Jesuitenpatres

München - Rom * Herzog Wilhelm V. wendet sich an den Ordensgeneral der Gesellschaft Jesu, Diego Lainez, mit der Bitte, vierzehn Jesuiten zum Aufbau eines Collegs und als Unterstützung im Kampf gegen die Reformation nach München zu entsenden.

3. August 1562 – Ein großes Hagelunwetter vernichtet den Wein und das Getreide

Südwestdeutschland * Ein großes Hagelunwetter vernichtet - zu Beginn der Erntezeit - den Wein und das Getreide - und damit das täglich Brot. Das Unwetter löst die erste große Hexenjagd der Neuzeit aus. Alleine in der kleinen protestantischen Herrschaft Wiesensteig werden 63 Hexen verbrannt. Die Verfolgungen werden relativ spontan und gesetzlos durchgeführt.

19. Oktober 1563 – In Rom wird die Marianische Kongregation gegründet

Rom * In Rom wird die Marianische Kongregation als Schwesterorganisation des Jesuitenordens gegründet. Ihren Ursprung hat die Marianische Männerkongregation im römischen Jesuitenkolleg, wo der flämische Jesuit Jean Leunis eine Studentengemeinschaft bildet, um den Erziehungsauftrag des Kollegs: „Die Einheit von Leben und Glauben in einer persönlichen Bindung an Jesus Christus unter dem Schutz der himmlischen Mutter zu finden“ weiter zu vertiefen.

18. Oktober 1566 – Der Freisinger Bischof gibt seine Resignation bekannt

Freising * Da Herzog Albrecht V. seinen zwölfjährigen Sohn Ernst auf einen Bischofsstuhl unterbringen will, gibt der Freisinger Bischof Moritz von Sandizell seine Resignation zugunsten des Prinzen bekannt. Der schmale Streifen Land der „gefreiten Reichsgrafschaft Ismaning“ ist ein empfindlicher Stachel im Fleisch der Wittelsbacher Besitzungen, das diese mit der Besetzung von Bischofsstühlen durch ihre nachgeborenen Söhne auszugleichen versuchen, um ihren politischen Einflussbereich zu vergrößern und damit die standesgemäße Versorgung ihrer Zweitgeborenen zu erreichen.

1572 – Heinrich Schobinger kommt in den Besitz des Zaichingerhofes

Bogenhausen * Durch die Heirat mit Juliana Stadler im Jahr 1572 gelangt der Kaufmann und Waffenschmied Heinrich Schobinger der Jüngere in den Besitz des Zaichingerhofs an der Ismaninger Straße (109). Schobinger, Inhaber zahlreicher Ämter sowohl in der Münchner Bürgerschaft als auch im Dienst der baie-rischen Herzöge, Kurfürsten und des Kaisers, stammt aus einer angesehenen Kaufmannsfamilie aus Wyl im Kanton St. Gallen, die sich Anfang des 16. Jahrhunderts in München niedergelassen hat.

1572 – Eine neue Bettelordnung wird veröffentlicht

München * Eine neue Bettelordnung wird veröffentlicht. In ihr zeichnet neben dem Rat der Stadt erstmals auch der Landesherr verantwortlich. Unter dem Einfluss Herzog Albrechts V. wird in dem Gesetzeswerk ein absolutes Bettelverbot ausgesprochen. Wirte und allen Einwohnern war die Beherbergung nichtansässiger Bettler verboten. Den Bettelrichtern zahlt man Fangprämien und den Festgenommenen drohen schwere Strafen. Im besten Fall ihre Ausweisung, im schlimmsten Fall aber Hängen. Doch schnell wird klar, dass sich in München ein absolutes Bettelverbot und die Versorgung der Armen aus der Gemeindekasse nicht

verwirklichen lassen. Die Einnahmen der Sammlungen reichen einfach nicht aus. Sondersieche, also mit ansteckenden Krankheiten Behaftete, und Blinde haben sich mit betteln zu ernähren, da sie keine Arbeit finden können. Außerdem sammeln die „Biedermänner“ das „Freitagsbrot“ nun zusätzlich am Mittwoch.

24. August 1572 – Der Pogrom gegen die Hugenotten beginnt

Paris * In der Nacht zum 24. August 1572, dem Namenstag des Heiligen Bartholomäus, beginnt gegen 3 Uhr in Paris eine wahre Hetzjagd auf Menschen anderen Glaubens, in diesem Falle Protestanten. Bis zu 10.000 Hugenotten fallen in dieser Nacht und den folgenden Tagen dem grauenhaften Gemetzel zum Opfer. Veranlasst wurde der Progrom, der als „Pariser Bluthochzeit“ oder „Bartholomäusnacht“ in die Geschichte einging, von Katharina von Medici, der Mutter des französischen Regenten Karls IX. Vorausgegangen war die Hochzeit des protestantischen Heinrich von Navarra mit Margarete von Valois, die das Pulverfass der Gewalt entzündete.

1573 – 120 Fässer Einbecker Bier an den Herzogshof nach München geliefert

Einbeck - München * Werden anfangs jährlich vierzig bis fünfzig Fässer Einbecker Bier nach München geliefert, so steigert sich der Bedarf des Herzoghofes und erreicht in den Jahren 1573 und 1574 - mit jeweils einhundertzwanzig Fässern - die Höchstgrenze. Danach sinken die Lieferungen wieder auf dreißig bis fünfzig Fässer pro Jahr ab. Doch die ständig offensichtlicher werdende Finanzmisere schreckt die Hofkammer angesichts des sich anbahnenden Staatsbankrotts auf. Die herzogliche Finanzbehörde stellt daraufhin die Frage, weshalb das Bier für den baierischen Hof - unter den gegebenen Umständen - noch immer für teures Geld aus Einbeck im hohen deutschen Norden bezogen wird. Immerhin handelt es sich dabei doch um ein „Ketzerbier“ aus dem lutherischen Ausland. Jeder der 600 Hofbediensteten - je nach Rang und Funktion - hat das Recht auf ein bestimmtes Quantum Bier. Die Herrschaften an den besseren Tischen können sogar trinken, soviel sie wollen. Und sie genießen das Freibier derart in vollen Zügen, dass der Herzog immer wieder mit Verboten gegen die „unzimbliche“ und übermäßige Trunkenheit einschreiten muss.

1577 – Die erste Münchner Marianische Kongregation wird gegründet

München-Kreuzviertel * Unter der Leitung von Joachim von Fugger wird von elf Studenten der

Jesuitenschule die erste Münchner Marianische Kongregation [= Gemeinschaft] ins Leben gerufen. Ihre Versammlungen halten sie nach der Erbauung des Jesuitenkollegs in dem dortigen großen Saal ab. Ihre - Sodalen genannten - Mitglieder stellen sich unter den Schutz Marias, um so „den Gefahren des Glaubensabfalls und der Verwahrlosung der Sitten“ zu begegnen.

24. Oktober 1579 – Herzog Albrecht V. stirbt

München * Herzog Albrecht V. stirbt. Sein Sohn Wilhelm V. übernimmt die baierische Regentschaft.

1581 – Erste Hexenverfolgungen in der Grafschaft Werdenfels

Werdenfelser Land * Elsbeth Schlamp aus Garmisch, „ein seltsames Mensch von Ansehen“, und Maria Neuwirth aus Klagenfurt werden in der Grafschaft Werdenfels der Zauberei beschuldigt. Ihnen wird die Erzeugung einer Seuche und eines schwerer Hagelschauers vorgeworfen. Da aber weder der Pfleger der Grafschaft, noch die Freisinger Regierung an einer Verfolgung interessiert sind, verläuft der Vorgang im Sand.

31. Januar 1581 – Fürstbischof Ernst wird das Fürstbistum Lüttich übertragen

Lüttich * Dem Freisinger und Hildesheimer Bischof Ernst wird zusätzlich das Fürstbistum Lüttich übertragen. Dafür muss der Papst eigens ein Wählbarkeitsbreve ausstellen, das erste überhaupt, da Ernst mit der Übernahme des Lütticher Bistums gegen mehrere Bestimmungen des Konzils von Trient und damit gegen das kanonische Recht verstößt. Kurz darauf erhält er zudem die Administration der Reichsabtei Stablo-Malmedy. Mit gerade einmal 27 Jahren vereint der Fürstbischof damit drei Bistümer sowie zahlreiche weitere Ämter und Pfründen in seiner Hand.
Der persönliche Lebenswandel des jungen Bischofs steht jedoch im deutlichen Gegensatz zu der von den Wittelsbachern angestrebten inneren Erneuerung der katholischen Kirche. Statt Gebet, Askese und strenger Sittenzucht bevorzugt Ernst das prachtvolle Leben weltlicher Höfe, pflegt Liebschaften und interessiert sich mehr für Magie sowie Würfel- und Kartenspiele als für geistliche Disziplin.

4. Oktober 1582 – Umstellung des Kalenders bei den Katholiken

Rom-Vatikan * Papst Gregor XIII. reformiert den auf die Antike zurückgehenden Julianischen Kalender, um damit die Nachtgleichen wieder mit dem Kalender in Übereinstimmung zu bringen. Auf den 4. Oktober soll der 15. Oktober 1582 folgen. Kaiser Rudolph II. fordert daraufhin die Reichsstände auf, den neuen Gregorgianischen Kalender einzuführen. Doch während die Katholischen Stände den Kalender annehmen, lehnen ihn die Evangelischen Stände aus konfessionellen Gründen ab. Damit werden im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zwei Kalender mit unterschiedlicher Tageszählung benutzt, was die Handels- und Rechtsgeschäfte massiv beeinträchtigt. Das bleibt so bis zum 17. Februar 1700 so.

Februar 1583 – „... weil sein Fetl nicht hinab zu bringen sei“

Freising - Köln * Als bei der Auseinandersetzung um Köln die Anwesenheit des Fürstbischofs Ernst dringendst notwendig ist, kann er sich nicht von seiner Freisinger Liebschaft losreißen. Sein Bruder, der inzwischen regierende Herzog Wilhelm V., schreibt damals: „Das sei gewislich die einzige und vornehmliche Ursach, daß der Bruder darum nicht hinab nach Köln wolle, weil sein Fetl nicht hinab zu bringen sei.“ Da „die unschätzbare Freundschaft Baierns nur durch außergewöhnliche Opfer erkauft werden kann“, übersieht die Römische Kurie den ungebührlichen Lebenswandel des wittelsbachischen Erzbischofs und den Verstoß gegen das Pfründenhäufungsverbot des Trienter Konzils. Außerdem unterläuft der Wittelsbacher in vier von fünf Fällen das für die Übernahme eines Bistums vorgeschriebene Mindestalter und selbst die Residenzpflicht wird für ihn aufgehoben.

18. April 1583 – Herzog Wilhelm V. den Grundstein für die prachtvolle Michaelskirche

München-Kreuzviertel * Ungeachtet der ungeheueren Schuldenlast und der Widerstände seiner Familie, der Räte und der Münchner Bürgerschaft legt Herzog Wilhelm V. den Grundstein für die prachtvolle Michaelskirche und das palastartige Kloster der Societas Jesu.

Dezember 1588 – Die Kapläne müssen im Stadtbordell übernachten

München-Angerviertel * Beim Einsammeln des sogenannten Leibpfennigs suchen die Kapläne Graßmann und Ostler von der Sankt-Peters-Pfarrei auch das Stadtbordell auf und zechen mit dem Wirt und seiner Gesellschaft. Als sich die „genachbarten Knappen“ vor dem Haus zusammenrotten, wagen sie sich nicht mehr aus dem Bordell und verbringen die Nacht in demselben.

1589 – Auch Ingolstadt wird vom Hexenwahn ergriffen

Ingolstadt * Im Zuge der großen Hexenverfolgungen im Herzogtum Baiern wird auch Ingolstadt vom Hexenwahn ergriffen. Mehrere unschuldige Frauen werden verhaftet, verhört und gefoltert. Bis zum Jahr 1592 werden in Ingolstadt 13 unschuldige Frauen als Hexen zum Tode verurteilt.

März 1589 – Maximilian I. ist bei Folterungen von Hexen anwesend

Ingolstadt * Maximilian I., Sohn Wilhelms V. und späterer baierischer Herzog und Kurfürst, studiert an der Hohen Schule in Ingolstadt Rechtswissenschaften. Sein Lehrer ist der Doktor beider Rechte, Johann Baptist Fickler, der Hexerei als eine Realität betrachtet und sie als einen Fluch des Teufels bezeichnet, dem mit allen Strafmitteln begegnet werden muss. Dem Hexenwahn steht der studierte Jurist ebenso mit Arglosigkeit und Kritiklosigkeit gegenüber, wie sein Zögling Herzog Maximilian I.. Man lässt den damals gerade 17-jährigen Prinzen der Folterung von Hexen beiwohnen. Nach solcher Vorbereitung auf den Regentenberuf kann es nicht überraschen, dass Maximilian I. der ärgste Hexenverfolger unter den baierischen Fürsten wird.

24. Juli 1589 – Alle bösen Leute und Unholden sollen umgehend verhaftet werden

München - Schongau * Herzog Ferdinand befiehlt seinem Landrichter, alle bösen Leute und Unholden, denen er habhaft werden kann, umgehend zu verhaften. Ihre Wohnungen sollen nach Salben, Amuletten, wächsernen und durchstochenen Bildern, menschliche Knochen und ähnlichen Zaubermitteln durchsucht werden. Benennen die Angeklagten freiwillig Mitschuldige, soll man ihnen einen Straferlass versprechen. Den Grund dafür, weshalb der böse Feind an Macht gewonnen hat, sieht der Herzog im Zusammenhang mit dem sündhaften Leben der Untertanen. Nur deshalb lässt Gott dem Teufel und seinen Werkzeugen freie Hand. Die Pfarrer und Prediger im Landgericht Schongau sollen deshalb das Volk zur Buße und Besserung des Lebens ermahnen. Herzog Ferdinand fordert zur Unterstützung der unerfahrenen baierischen Hexenjäger den darin geschulten Nachrichter von Biberach an. Er soll die Verdächtigten auf Hexenmale untersuchen. „Dann wir gesinet, auf alle in Schwung geende und wachsende hochsträfliche Laster, sonderlich das ungeheur Unholdwerckh ernstliche Inquisition und Straf furnemmen“.

28. September 1589 – Hexenverfolgungen in der Grafschaft Werdenfels

Freising - Werdenfelser Land * In der zum Fürstbischof von Freising gehörenden Grafschaft Werdenfels beginnt mit der Verhaftung der 55-jährigen Ursula Klöck sowie Elsbeth Schlamp und ihre Tochter Appolonia eine große Hexenverfolgung, in deren Verlauf fünfzig Frauen und ein Mann der Hexerei beschuldigt werden. Als Landesherr des Freisinger Kirchenstaates steht ebenfalls ein Bruder des baierischen Herzogs Wilhelm V. an der Spitze: Fürstbischof Ernst von Freising ist zugleich Kurfürst des Fürstbistums Köln am Rhein.

30. Oktober 1589 – Anwendung der Folter bei den Werdenfelder Hexen

Freising - Werdenfelser Land * Aus Freising geht der Befehl in die Grafschaft Werdenfels, gegen die der Hexerei Angeklagten Ursula Klöck sowie Elsbeth Schlamp und ihre Tochter Appolonia die Folter anzuwenden. Damit ist der Ausweitung des Hexenprozesses Tür und Tor geöffnet. Durch die über die Folter herausgepressten Geständnisse werden etwa 180 Personen in den Prozess einbezogen. Am Ende werden 50 Frauen und ein Mann der Hexerei schuldig befunden und zum Tod auf dem Scheiterhaufen verurteilt.

Juni 1590 – In München findet ein erster Hexenprozess statt

München * In München findet ein Hexenprozess statt, in dessen Zusammenhang vier Frauen verbrannt werden. Der Münchner Falkenturm fungiert als Hexenturm. Leider haben sich die Akten nur lückenhaft überliefert, sodass weder ein Zusammenhang des Hexenprozesses mit dem Einsturz des Turms der Michaelskirche, noch mit der Nennung von vier Brauerinnen hergestellt und bewiesen werden kann. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass es auch wesentlich mehr als die vier bekannten Opfer gewesen sein können.

2. Juli 1590 – Der von Herzog Wilhelm V. ausgehende Hexenprozess ist zu Ende

München * Der von Herzog Wilhelm V. ausgehende Hexenprozess ist zu Ende. Die Anklage gegen vier „Weibspersonen“ unterschiedlichen Alters lautet auf Buhlschaft mit dem Teufel, Leichenraub und Leichenschändung, Hostienentweihung sowie Hexerei. Die vier Frauen, Anna Anbacherin, Brigitte Anbacherin, Regina Bollingerin und Regina Lutzin, machen die üblichen Geständnisse: Ausfahrt mit dem Teufel über Felder und in verschiedene Weinkeller. Eine andere gestand, sie habe ein totes Kindlein auf dem Gottesacker vor dem

Sendlinger Thor ausgegraben und daraus eine wässrige, zähe und wasserfarbige Salbe bereitet.

Aufgrund des erdrückenden Beweismaterials werden alle vier Frauen als Hexen zum Tode verurteilt. Wegen ihres hohen Alters werden sie - auf Fürbitte hoher fürstlicher Personen - vorher erdrosselt und danach ihre geschundenen Körper verbrannt.

16. Oktober 1590 – Der unerwartete Tod der Herzogin Anna

Landshut * Durch den unerwarteten Tod der Herzogin Anna, der Mutter Herzog Wilhelms V., wird der Aufenthalt auf der Burg Trausnitz in Landshut für die Herzogsfamilie und der Gefolgschaft des Goldmachers Marco Bragadino jäh beendet.

24. März 1591 – Der Alchemist und Goldmacher Marco Bragadino wird verhaftet

München * Der Alchemist und Goldmacher Marco Bragadino wird - auf Betreiben der Landstände und ohne Wissen des Herzogs Wilhelm V. - verhaftet.

5. November 1591 – Die beiden letzten Werdenfelser Hexen werden hingerichtet

Werdenfelser Land * Mit Brigitta Krätzler und Barbara Feurer werden die beiden letzten Beschuldigten des Werdenfelser Hexenprozesses hingerichtet. Dann endet zunächst die Hexenverfolgung im Werdenfelser Land. Das liegt einerseits am verstärkt auftretenden Widerstand aus der Bevölkerung, andererseits an den hohen Kosten. Alleine der Nachrichter erhält für jede Besichtigung zwei Gulden, dazu täglich ein Wartegeld von zwei Gulden und für jede Hinrichtung nochmal acht Gulden. Auch Verpflegung und Unterkunft trägt die Staatskasse. Insgesamt kostet der Werdenfelser Hexenprozess rund 4.000 Gulden. Am Ende dieser Verfolgungs-Periode zählt man 49 auf dem Scheiterhaufen zum Teil lebendig verbrannter Angeschuldigter, zum Teil werden sie vorher erwürgt oder geköpft. Zwei Frauen sterben während ihres Gefängnisaufenthalts, eine davon verübt Selbstmord.

1598 – Eine „Zaubergesellschaft“ sitzt in der Schergenstube in Haft

München * Eine aus 18 Personen bestehende „Zaubergesellschaft“ sitzt in der Schergenstube in Haft, deren Mitglieder   Zauberbücher und glückbringende Alraunenwurzeln besaßen, sich unter dem Galgen oder in

der oberen Stube des Alexander Freisinger in der Au trafen und dort Beschwörungen zur Wiedergewinnung gestohlener oder verlorener Sachen und „Ansegnungen gegen den bösen Feind“ betrieben. Eine eigene Ratskommission wird gebildet, die sich aus Mitgliedern des Inneren und Äußeren Rats zusammensetzt. Die Urteile sind vergleichsweise glimpflich. Die meisten werden auf die „Schragen“ gestellt, zum Teil mit umgehängten Zauberbüchern. Diese Strafe ist - im Gegensatz zum Pranger - nicht „ehrlos“. Einige werden zusätzlich zu den Jesuiten zur Beichte und Kommunion geschickt, zwei erhalten eine Geldstrafe und einer wurde zu vier Jahren „gegen den Erbfeind der Christenheit“, die Türken, verurteilt.

18. Januar 1598 – Erzherzog Ferdinand II. bedankt sich für die erteilte Ehedispens

Wien - Rom-Vatikan * Erzherzog Ferdinand II. bedankt sich bei Papst Clemens VIII. für die erteilte Ehedispens mit Herzogin Maria Anna von Baiern. Zuvor waren von protestantischer Seite Angriffe auf das Paar unternommen worden. Beanstandet wurden der beträchtliche Altersunterschied, wobei die 24-jährige Maria Anna lediglich vier Jahre älter als Ferdinand II. war, dann die Hässlichkeit der Braut und schließlich die nahe Verwandtschaft der Geschwisterkinder. [Ferdinands Mutter Erzherzogin Maria war die Schwester von Maria Annas Vater Wilhelm V..] Schon deshalb musste der päpstlicher Dispens eingeholt werden.

13. März 1598 – Maximilian I. erlässt ein ausführliches Religions- und Sittenmandat

München * Herzog Maximilian I. erlässt ein ausführliches „Religions- und Sittenmandat“. Zur Überwachung der Vorschriften werden eigens geheime Kundschafter, sogenannte „Aufsteher“, bestellt. Diese Spitzel müssen jede Übertretung des Mandats anzeigen. Auf Fluchen werden Strafen bis zum Verlust von Gliedmaßen und bis zum Tode ausgesetzt. Übertretungen des Fastengebots müssen angezeigt werden. Andersgläubige, auch Wiedertäufer, werden im Land nicht mehr geduldet. Nach ketzerischen Büchern wird ohne Voranmeldung gefahndet. Priesterkonkubinen werden verfolgt, gegen Unzucht, Leichtfertigkeit und ungebührliches Spielen werden Strafen ausgesetzt.

Februar 1600 – Die Familie Pämb lebt beim Kleinbauern Ulrich Schölz bei Riedenburg

Altmannstein * Die Familie Pämb lebt beim Kleinbauern Ulrich Schölz bei Riedenburg. Da taucht der Amtmann von Altmannstein auf und verhaftet die komplette Familie bis auf den inzwischen

zehnjährigen Hansel, der bei den Bauersleuten zurückbleibt. Ein verurteilter, inzwischen in Wörth an der Isar hingerichteter Dieb namens Geindl hat die beiden Pämb-Brüder Michael und Gumpprecht als angebliche Komplizen angeschwärzt. Schnell kann der wahre Hintergrund aufgeklärt werden. Geindl und Michael Pämb haben sich einmal geschlägert, wobei Geindl unterlegen ist. Wutentbrannt hat der Dieb danach geschworen, er werde es den Pämbs schon noch heimzahlen. Der Amtmann sieht ein, dass die Denunziation wohl nur ein Racheakt gewesen war, schickte das Protokoll nach München und wartet auf die Nachricht, dass die Familie freizulassen sei.

Mai 1600 – Die Familie des Klostermüllers wird der Hexerei bezichtigt

München-Graggenau * Unter der Tortur bezichtigen die Pämbs auch die Familie des Klostermüllers aus dem niederbaierischen Tettenwang der Hexerei. Der Klostermüller, seine Frau Anna und beider Tochter Agnes, später auch Ursula genannt, sowie weitere Bekannte der Pämbs werden umgehend verhaftet, nach München gebracht und dort so lange gefoltert, bis auch sie grauenhafte, hexerische Untaten gestehen. Dabei hatte der Klostermüller von Tettenwang den Pämbs lediglich geholfen und den fahrenden Bettlern Unterkunft und Essen gewährt.

Mai 1600 – Paulus, Michael und Gumpprecht bestätigen, selbst „Hexer“ zu sein

München-Graggenau * Paulus, Michael und Gumpprecht bestätigen im Lauf der nächsten Wochen, selbst „Hexer“ zu sein, den Teufel anzubeten und grässliche Verbrechen, die sie durch „Zauberei“ begangen haben. Paulus Pämb hat im „Dienst des Teufels“ 44 Morde begangen. Gumpprecht hat sogar 54 Menschen auf seinem jungen Gewissen und als ganz besonders blutrünstig erweist sich Michael mit 103 Morden. Dass die über 300-fachen Mörder außerdem unzählige Schadenzauber, Diebstähle und Brandstiftungen begangen haben, spielt da kaum noch eine Rolle. Aufgrund der Denunziation werden zwei ihrer skrupellosen Gefährten verhaftet und mit den Pämbs vor Gericht gestellt: der Bauer Ulrich Schölz sowie ein Schneider namens Georg Schmälzl, die ebenfalls gefoltert und zu „Geständnissen“ gezwungen werden. Einzig den kleinen Hansel verschont man mit weiteren Folterungen.

11. August 1600 – Agnes Klostermüller wird elfmal aufgezogen

München-Graggenau * Die zwanzigjährige Agnes Klostermüller wird elfmal „aufgezogen“, davon

zehnmal belastet mit einem fünfzig Pfund schweren Stein. Das Mädchen bleibt standhaft, obwohl ihm alle Glieder zerrissen werden. Nichts, außer der Beteuerung ihrer Unschuld, ist aus ihr herauszubringen. Vor dem Beginn der Folter spricht Hofrat Dr. Johann Simon Wagnereckh lateinische Verse und Psalme über sie, um sie zu „entzaubern“. Da hier der Name Jesus vorkommt, sagt Agnes Klostermüller: „sie wolle diesen Jesus nit [in dessen Namen man Unschuldige martert] sondern wolle den haben, der sie erschaffen und für sie am Stamme des Kreuzes gelitten“. Nach der Folter lässt man Agnes für etwa zehn Wochen in Ruhe.

10. Juni 1602 – Hans VIII. von Degenberg stirbt ohne Nachkommen

Degenberg * Hans VIII. von Degenberg stirbt ohne Nachkommen. Damit geht aufgrund eines Erbschaftsvertrags aus dem Jahr 1488 der gesamte Herrschafts- und Besitzkomplex in den Besitz der Wittelsbacher über.

1605 – Herzog Maximilian I. zahlt freiwillig eine jährlich fällige Strafe

München * Der Landtag beschäftigt sich mit dem herzoglichen Weißbier-Brauwesen mit heftiger Kritik. Herzog Maximilian I. zahlt freiwillig jährlich eine sogenannte „Komposition“ in Höhe von 10.000 Gulden.

26. Februar 1607 – Prozess ums Weißbiermonopol

Degenberg * Die Erben der Degenberger führen einen langjährigen Prozess gegen den baierischen Herzog. Maximilian I. erhält zwar den gesamten Degenbergischen Herrschaftsbesitz, muss dafür aber 62.000 Gulden bezahlen. So viel ist ihm aber das Weißbiermonopol wert.

1608 – Die Schwarze Christlin kommt mit etlichen Ansegenweibern in Haft

München * Die „Schwarze Christlin“ mit etlichen „Ansegenweibern, die sich des Ansegnens und Zauberwerks gebrauchen“ kommen in Haft.

26. Mai 1608 – Schadenszauber und Hexerei auch in Donauwörth

Donauwörth * Während der Fronleichnams-Prozession geht ein schweres Gewitter über der Stadt Donauwörth nieder, das man sich nur mit Schadenszauber und Hexerei erklären kann. Birgit Schuster und Paul Ritter werden als Verursacher des Unwetters verhaftet. Birgit Schuster gesteht unter der Tortur, nennt über hundert weitere Hexen und wird verbrannt. Paul Ritter wird ebenfalls den Flammen übergeben. Durch die Denunziation werden weitere 17 „Unholdinnen“ angeklagt.

Mai 1610 – Der Gerichtsbezirk ob der Au negst München wird geschaffen

Au - Haidhausen - Untergiesing * Der Gerichtsbezirk ob der Au negst München wird wegen seiner besonderen Sozialstruktur geschaffen. Die vergleichsweise große Einwohnerzahl der Ortschaften Haidhausen, Au und Niedergiesing, das sich in der Gegend um den heutigen Nockherberg befindet, und der daraus resultierende Verwaltungs- und Jurisdiktionsbedarf erfordert diese Sonderstellung. Gerade auch deshalb, weil das Landgericht weit entfernt liegt und der Richter von Wolfratshausen sowie der Amtmann von Perlach den Verhältnissen nicht mehr gewachsen sind. In einem ersten Schritt werden diese Orte dem Hofoberrichter unterstellt.

1611 – Das Weiße Brauhaus in München erwirtschaftet 10.438 Gulden

München-Graggenau * Das Weiße Brauhaus in München erwirtschaftet im Rechnungsjahr 1610/11 alleine 10.438 Gulden.

Juli 1611 – Der Hexenrichter Dr. Gottfried Sattler muss in den Falkenturm

München * Der aus Ingolstadt stammenden Dr. Schober mit der Untersuchung der Prozess-Umstände von Wemding beauftragt. Schobers Urteil ist für den Hexenrichter Dr. Gottfried Sattler niederschmetternd, woraufhin alle in München und Wemding Angeklagten auf Befehl des Hofrats freigelassen werden müssen. Dafür wird Dr. Sattler verhaftet und in den Falkenturm nach München gebracht. Die Kosten der Untersuchung durch Dr. Schober und die Unterbringung der vier Verdächtigen im Falkenturm werden dem Hexenrichter Sattler und dem Gerichtsschreiber aufgebrummt. Bei den Vernehmungen kommen nicht nur die Unterschlagungen und Veruntreuungen in Höhe von 3.000 Gulden ans Tageslicht, sondern auch ein „adulterium“, eine unzüchtige sexuelle Handlung. Damit ist die Geduld des Hofes erschöpft und das Todesurteil über den Hexenrichter schnell gefällt. Und das, obwohl er aus dem Kreis der

Hofräte, die sich zur Partei der Hexenprozess-Befürworter zählen, massive Unterstützung erhält.

1612 – Der Landtag beschäftigt sich mit dem herzoglichen Weißbier-Brauwesen

München * Dieser Landtag beschäftigt sich erneut mit dem herzoglichen Weißbier-Brauwesen. Herzog Maximilian I. entkräftet sämtliche Argumente, muss aber zugestehen, dass er bei einer Weizenknappheit das Getreide aus dem Ausland beziehen oder die Weißbierproduktion einschränken wird. Die als Komposition bezeichnete Abgabe in Höhe von 10.000 Gulden zahlt der Herzog auch weiterhin an die Landschaftskasse. Dieser Betrag ist aber im Vergleich zu den Einnahmen aus dem herzoglichen Weißbiermonopol lächerlich gering.

1612 – Das eigenständige Gericht ob der Au negst München wird eingerichtet

Au - Haidhausen * Nachdem der für die Au und Haidhausen zuständige Richter von Wolfratshausen und der Amtmann von Perlach den Verhältnissen in diesen Ortschaften nicht mehr gewachsen sind, werden für diese Ansiedelungen ein eigenständiges Gericht eingerichtet: das „Gericht ob der Au negst München“, in das Obergiesing und Bogenhausen „aus bedenklichen Ursachen“ ausdrücklich nicht einbezogen wird. Es ist allerdings kein selbstständiges Landgericht, sondern ein Niedergericht, deren hochgerichtlichen Funktionen auch weiterhin vom Landrichter in Wolfratshausen wahrgenommen werden. Das Gericht ob der Au ist letztlich nichts anderes als eine Hofmark unter der Gerichtsbarkeit des Hofoberrichteramtes. Der Grund dafür liegt in der besonderen Entwicklung dieser Vororte. Au und Haidhausen besitzen durch den starken Zuzug von Tagelöhnern mit ihren Familien eine völlig andere, vorwiegend gewerblich geprägte Sozialstruktur. Die sie umgebende Dörfer sind dagegen bäuerlich organisiert. Viele Tagwerkerfamilien folgen, oft aus blanker Not heraus, den Verheißungen der Stadt. Da ihnen eine Niederlassung innerhalb Münchens jedoch nicht erlaubt ist, siedeln sie sich unmittelbar außerhalb des Münchner Burgfriedens an. Jede Hochkonjunktur im Münchner Bauwesen führt zu einem erneuten Zustrom von Arbeitskräften und ihren Familien aus dem umliegenden Land. Zu den Tagwerkerfamilien gesellen sich verarmte Stadtbewohner und Handwerker, die von den Zünften - aus Furcht vor wachsender Konkurrenz - nicht aufgenommen werden. Hinzu kommen Kranke und Bettler, Kleingewerbetreibende, Landstreicher sowie Menschen am Rand der Gesellschaft: Arme, Unehrliche und auch Kriminelle. Kurz gesagt: all jene Personen, die die Bewohner der Residenzstadt lieber außerhalb ihrer Stadttore sehen.

21. Juli 1612 – Das Aberglaubens- und Hexenmandat zeigt keine große Wirkung

München * Zur Veröffentlichung des Hexenmandats muss dieses von der Kanzel verlesen werden. Doch der Landrichter von Friedberg berichtet, dass sich die Priesterschaft im Bezirk der Verlesung des Hexenmandats verweigern würde und führt dies auf den Einfluss der zuständigen Bischöfe zurück. Außerdem untersagt der Geheime Rat dem Hofrat die Veröffentlichung des Mandats in den Hofmarken. Damit zeigt das Mandat keine allzu große Wirkung.

1613 – Die erste, offensichtlich dauerhafte Kiesbank in der Isar

München * Auf dem Stadtplan von Tobias Volckmer ist die erste, offensichtlich dauerhafte Kiesbank in der Isar zu sehen. Hier ist die spätere Kohleninsel ein Whördt, eine knapp aus dem Wasser ragende Insel, die mit Büschen und Gestrüpp bewachsen ist. Die südliche und die nördliche Spitze der Insel ist mit einer Uferverbauung, einem Beschächt, befestigt. Die natürliche Kiesbank wird damit befestigt. Die Münchner Isarinseln sind also ein Produkt menschlicher Arbeit.

1614 – Die Gebrüder Bettaga wollen in München eine Seidenhandlung eröffnen

München * Die Gebrüder Bettaga bitten um Aufnahme als Bürger und wollen ebenfalls eine Seidenhandlung eröffnen. Und das, obwohl „ein Verschleiß in nicht katholischen Ländern besser ist“. Sie begnügen sich jedoch nicht mit einem einfachen Geschäft, sondern errichten dazu eine Seidenspinnerei. Das Unternehmen soll „jährlich bis zu 7.000 Seelen, arme, meist junge Leuthe abrichten und ernehren, welche sonst dem müssiggang und Petl nachgehen“. Die Bettegas führen das Geschäft ganze sieben Jahre.

1. Mai 1614 – Elias Pichler kredenzt erstmals das von ihm gebraute Bockbier

München-Graggenau * Braumeister Elias Pichler kredenzt in München erstmals das von ihm gebraute Bier nach original Einbecker Art, das später über ainpöckisch Bier den Namen Bockbier erhalten wird. Aufgrund der merkantilistischen wirtschaftspolitischen Grundprinzipien ist Herzog Maximilian I. - auch beim Bier - der Meinung, dass es wirtschaftlich besser ist, Fertigwaren auszuführen und allerhöchstens die Rohstoffe einzuführen, um dann am erzielten Mehrwert zu verdienen. Deshalb werden ab dem Jahr 1612, mit der Anwerbung des aus Einbeck stammenden Braumeisters Elias Pichler, auch die Lieferungen von Einbecker Bier für den Münchner Hof eingestellt. Schon zuvor ist am Münchener Herzogshof der Bedarf an dem Gerstensaft aus dem hohen deutschen (protestantischen) Norden durch den Aufschwung, den das Weiße Bier hier genommen hat, stark zurückgegangen. Das Luxusgetränk mit seinen mehr

als 16 Prozent Stammwürze und über sieben Prozent Alkoholgehalt bleibt auch weiterhin ein Privileg des Landesfürsten. Herzog Maximilian I. lässt - auf nachhaltiges Drängen - zwar den „Bock“ auch an seine Landeskinder ausschenken, erklärt aber die Herstellung des Bockbieres - wie schon zuvor des Weißbieres - zum fürstlichen Regal, also zum Monopol der Landesherrschaft. Aus dem ainpöckischen Bier wird im Volksmund bald der Bock. Im Kanzleideutsch aber ist noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein vom Ainbock die Rede.

21. Januar 1616 – Der Hexenprozess gegen die Familie Schwerzin wird wieder aufgenommen

München * Der Hexenprozess gegen Barbara, Elisabeth und Katharina Schwerzin wird wieder aufgenommen. Nach den Geständnissen der Elsl Schwerzin unter der Folter werden vier weitere Frauen verhaftet, jedoch im Mai wieder entlassen. Am letzten Gerichtstag widerrufen die Mutter Katharina und ihre Tochter Bärbl alles vorher gesagte; nur Elsl bleibt bei ihren früheren Aussagen. Das Stadtgericht nimmt nun den Prozess mit verstärkter Anwendung der Folter wieder auf, prüft aber die erzwungenen Aussagen besser nach und muss feststellen, dass die Aussagen frei erfunden und erlogen sind.

29. September 1616 – Das Landrecht stellt die Rechtseinheit in Baiern her

München * Mit dem Landrecht Herzog Maximilians I. wird die endgültige Rechtseinheit in Baiern hergestellt, die alle Rechtsgebiete umfasst. Damit ist Baiern eines der wenigen deutschsprachigen Territorien, das über eine systematisch erfasste und in allen Rechtsangelegenheiten abgestimmte Landesgesetzgebung verfügt. Die Landes- und Polizeiordnung enthält: Eine Polizeiordnung. Das Landrecht, das einheitlich für Ober- und Niederbaiern gültige Zivilrecht, das bis 1756 in Kraft bleibt. Eine Gerichtsordnung, die den ordentlichen Prozess auf der Grundlage der Gerichtsordnung von 1520 regelt. Die summarische Prozessordnung, die bis 1753 Gültigkeit hat. Sie schreibt unter anderem das Wandern der Handwerksgesellen als Grundlage für den Erwerb der Meisterschaft vor. Sie enthält eine allgemeine Fischordnung für Donau, Salzach, Isar und den Inn usw.. Sie schafft in der Malefizordnung die Strafe des Ertränkens ab.

29. September 1616 – Die Gejaidsordnung verbietet er das Schießen der Reiher

München * Herzog Maximilian I. ist seit seiner Ingolstädter Studienzeit ein leidenschaftlicher Jäger auf den Hirschen und mit dem Falken. In seiner „Gejaidsordnung“ verbietet er das

Schießen der Reiher, außer wo sie in Fischwassern großen Schaden verursachen, „weil Wir die uns zu unserm und anderer frembden ankommenden Fürstenperson lust und ergetzung vorbehalten haben“.

29. September 1616 – Aufenthalts-, Handels- und Gewerbeverbot für Juden erneuert

München * Herzog Maximilian I. bestätigt im sogenannten „Codex Maximilianeus“ die seit dem 16. Jahrhundert geltenden Aufenthalts-, Handels- und Gewerbeverbote für Juden in Baiern. Die Grundlagen dieser Politik reichen bis zur Vertreibung der jüdischen Bevölkerung unter Herzog Albrecht V. in den Jahren 1551/53 zurück. Juden ist es damit weiterhin untersagt, sich dauerhaft in Bayern niederzulassen, Handel zu treiben oder ein Gewerbe auszuüben. Nur in Ausnahmefällen können einzelne sogenannte „Schutzjuden“ mit besonderer Genehmigung zeitweise im Land leben oder wirtschaftlich tätig sein.

29. September 1616 – Lockerer Umgang mit dem Reinheitsgebot

München * In der Landes- und Polizeiordnung heißt es: „Doch wann jemand ein wenig Salz, Krametbeer [= Wacholder] und ein wenig Kümmel in das Bier täte und damit kein Übermaß gebrauchte, soll er deshalben nicht gestraft werden“. Es gab viele Gründe mit pflanzlichen Zusätzen zu arbeiten und zu experimentieren. Vor allem sollte die längere Haltbarkeit des Bieres erreicht und das Sauerwerden verhindert beziehungsweise rückgängig gemacht werden. Saueres Bier war wegen des schlechten Geschmacks nicht nur unverkäuflich, sondern bedeutete durch den Verlust der teueren Rohstoffe einen volkswirtschaftlichen Schaden.

1618 – Die Brüder Hainmiller teilen die beiden Brauereien

München-Graggenau * Nach dem Tod des Brauers Georg Hainmiller gehen die beiden Brauereien in der Burgstraße 16 an seine Söhne über. Wolf Hainmiller erbt das Zengerbräu [A], das er bereits zuvor bewirtschaftet. Sein Bruder Jörg Hainmiller übernimmt den Kempterbräu [B]. Fortan führen die Brüder ihre Brauereien unabhängig voneinander. Diese Aufteilung besteht bis 1635, als Wolf und Jörg Hainmiller während einer Pestepidemie sterben.

27. September 1619 – Friedrich V. reist nach Prag

Heidelberg - Prag * Der pfälzische Kurfürst und König von Böhmen, Friedrich V., begibt sich von Heidelberg aus mit großer Gefolgschaft auf die Reise nach Prag.

Januar 1620 – Die Schanzarbeiten beginnen vor dem Schwabinger Tor

München-Graggenau * Die Schanzarbeiten,beginnen vor dem Schwabinger Tor und verlaufen in Richtung Kosttor. 200 Männer und 300 Frauen werden von der Stadt für die Arbeiten am Festungsbau bezahlt. Straftäter werden nicht mehr des Landes verwiesen, sondern zum Schanzbau zwangsverpflichtet, Bettler und Landstreicher aus allen Rentämtern werden dem Großbauvorhaben zugeführt. Im ersten Jahr sind etwa 2.000 auswärtige Arbeiter in München im Ausbau der Festung beschäftigt.

29. Januar 1621 – Eine schnelle Klärung der Pfandherrschaft über Oberösterreich

München - Wien * In Wien trifft die von Herzog Maximilian I. beauftragte baierische Gesandtschaft ein. Sie soll eine möglichst schnelle Klärung der Pfandherrschaft über Oberösterreich herbei führen.

15. Februar 1621 – Ein Pfandschaftsrezeß über Oberösterreich wird unterzeichnet

Wien * Ein Pfandschaftsrezeß wird unterzeichnet. Er beinhaltet die pfandweise Überlassung von Oberösterreich einschließlich des Kammergutes, dessen wichtigster Faktor das Salzwesen bildet, an Baiern.

1622 – Die Franziskaner-Klöster werden von Reformaten übernommen

Herzogtum Baiern * Die anderen altbaierischen Franziskaner-Klöster - in Landshut, Ingolstadt und Kelheim sowie die geistliche Leitung des Klarissinnenklosters St. Jakob am Anger - werden von Reformaten übernommen. Viele der alten Observanten verlassen daraufhin die neue Provinz wegen des „welschen guberno“, also der Vorherrschaft ihrer italienischen Mitbrüder. Doch schon innerhalb einer Generation sind die einheimischen Reformaten wieder nachgewachsen.

13. Mai 1623 – Handwerker-Protest gegen die Seidenwirker

München * Als die Gebrüder Beniamin und Sinj aus Florenz das Unternehmen der Gebrüder Bettega übernehmen wollen, laufen die Münchner Handwerker der Loder, Leinweber, Strumpfwürckher und Gschlachtgwandter dagegen Sturm, da ihnen die besten Spinnerinnen „von den Italiänern abgerungen werden [...] und das clainod vnd fürnembste comercium des landts, das gewerbe mit loden, Tuech, federrith, handschuech und strimpf geht zu grund“. Der Münchner Bürgermeister unterstützt den Protest der ansässigen Handwerker mit dem Argument, dass der Holzverbrauch der Seidenwirker unvergleichlich hoch sei. Doch Herzog Maximilian I. erhebt sich über die Proteste und erteilt für die „besonders lieben Beniamin und Sinj“ am 13. Mai 1623 das erbetene Privileg, da sie „weeder mit einer abwerbung der gespunstleüth noch in ander weeg den loders etc. khainen eintrag thuen“. Außerdem dürfen für die Arbeiten nur Leute beschäftigt werden, die aus Orten kommen, die fünf Meilen entfernt sind.

29. Oktober 1623 – Einweihung der Carl-Borromäus-Kirche

Au * Der Freisinger Bischof Veit Adam von Gepeckh weiht die Kirche zu Ehren des heiligen Carolus Borromäus in Gegenwart der Herzöge Wilhelm V. und Maximilian I., des gesamten Hofstaats sowie dem hohen Klerus von München ein. Herzog Wilhelm V. hat die Kleriker eingeladen, „unbeschwert allher nach München“ zu reisen. Und die geladenen Herrschaften kommen mit großer Pracht und mit großem Gefolge in die Au.

1624 – Der Stadtrat lässt Bettler mit Zwangsarbeit beim Schanzenbau einsetzen

München * In einem Bericht an Kurfürst Maximilian I. betont der Stadtrat, dass er starke Bettler und Bettlerinnen in Eisen schlagen und anschließend zur Zwangsarbeit beim Schanzenbau einsetzen lässt. Mit diesen Zwangsmaßnahmen wollen die Stadt- und Landesherren den „Arbeitsscheuen“ den Teufel des Müßiggangs austreiben. Doch nach ihrer Entlassung finden die Bettler trotzdem keine Möglichkeit der Beschäftigung vor.

Oktober 1624 – Die Basilianer werden fristlos entlassen

München - Au - Rom * Mit der Begründung, dass sie „zur Seelsorge nicht taugten und ein zu burschikoses Leben führten“ werden die Basilianer fristlos entlassen. Die an ein freies Klosterleben gewohnten Basilianer konnten eine strenge Klosterregel nur schwer akzeptieren. Sie verkehrten in weltlicher Gesellschaft und übernachteten auswärts im Gasthaus. Und bald kommen dem Alt-Herzog noch abstoßendere Dinge zu Ohren: „Die sich selbst überlassenen

Novizen gingen statt in den Chor in den Keller, besoffen sich und trieben noch viel, viel schlimmere Dinge.“ Schon bald darauf heißt es, dass sich die Basilianer im Neudecker Kloster „der Hurerei, des unziemlichen Saufens, gotteslästerlichen Fluchens und dergleichen Übel mehr“ hingeben, worauf der Herzog meint, sie „passen mit ihren lockeren Sitten besser nach Rom“. Damit ist nur ein Jahr nach ihrer Berufung das Gastspiel der Basilianer in der Au schon wieder beendet. In Rom ist die Bestürzung groß.

8. September 1625 – Die Niederlassung in der Au soll vermögensabhängig werden

Au * Ein kurfürstliches Dekret macht die Niederlassung in der Au vermögensabhängig. Mit dem Strom der Zuzügler hat sich das gewerbliche, schulische und kirchliche Schwergewicht von dem weit älteren Obergiesing in die wesentlich dynamischere Ortschaft unterhalb von Niedergiesing verschoben.

24. Juni 1626 – Linz wird von den aufständischen Bauern belagert

Linz * Die unter baierischer Pfandschaft stehende oberösterreichische Landeshauptstadt Linz wird von aufständischen Bauern belagert und kann von ihnen trotz mehrerer Sturmangriffe nicht eingenommen werden.

26. Juni 1626 – Kurfürst Maximilian I. erlässt eine Kleiderordnung

München * Kurfürst Maximilian I. erlässt eine Kleiderordnung, die die Bevölkerung in sieben Gesellschaftsgruppen einteilt.

22. Februar 1628 – Die Oberpfalz wird dauerhafter Bestandteil des Kurfürstentums Baiern

Wien * Kaiser Ferdinand II. überträgt die Oberpfalz an Kurfürst Maximilian I. von Baiern. Damit endet der bisherige Pfandstatus, und das Gebiet wird rechtlich ein dauerhafter Bestandteil des Kurfürstentums Baiern.

1629 – Wemding ist erneut das Zentrum einer Hexenverfolgung

Wemding * Im Kurfürstentum Baiern ist Wemding von 1629 bis 1630 erneut das Zentrum einer Hexenverfolgung. Die baierische Enklave liegt auf fränkischem Gebiet und ist umgeben von den Auswirkungen der dortigen Hexenverfolgungen. Denunziation aus dem Herzogtum Pfalz-Neuburg und der Grafschaft Oettingen führen auch hier zu einer neuen Verfolgungswelle - trotz der gemachten schlechten Erfahrungen. Vierzig Personen werden Opfer des Hexenwahns.

1629 – Auch Ingolstadt bekommt noch einen Hexenprozess

Ingolstadt * Auch Ingolstadt bekommt einen Hexenprozess. Das Strafurteil fällt die Juristenfakultät der Universität Ingolstadt, die zwar im Allgemeinen milder urteilte, als es dem Herzog gefiel, dennoch einige Todesurteile fällte. Verurteilt wird die Hofschneiderin Catharina Nickhlin wegen „Teufelsbündnis, Teufelsvermischung, Absagung Gottes, Schädigung von Mensch und Vieh“ und wegen „Verunehrung der Hostien“. Catharina Nickhlin stammt aus Eichstätt und wird aus dem Kreis der dort wegen Hexerei verbrannten Frauen und Männer denunziert. Sie flieht nach Ingolstadt, wird aber dort auf Ersuchen der Eichstätter Behörden am 13. Februar 1629 verhaftet. Nachdem sich die Stadt Ingolstadt gegen den Hexen-Prozess wehrt, muss ein Dr. Wolfgang Kolb auf Befehl des Münchner Hofrats die Tortur durchführen. Dr. Kolb hat vorher schon als Hexen-Kommissar in Eichstätt gedient.

Mai 1631 – Friedrich Spees Schrift gegen Folter und Hexen-Verfolgungen

München * Die Schrift „Cautio Criminalis“ des Jesuitenpaters Friedrich Spee erscheint, in der er sich - erstmals im katholischen Bereich - kritisch mit der Anwendung der Folter und den Hexen-Verfolgungen auseinander setzt. Die Schrift muss anonym erscheinen. Auch ein aussagekräftigerer Titel - wie etwa „Wider den Hexenwahn“ - wäre ein eindeutiger Verstoß gegen die allgemein herrschende Überzeugungen gewesen und geeignet, neben dem Verfasser auch noch den Drucker und den Verleger in Verdacht zu bringen, dass sie Hexen in Schutz zu nehmen und somit die Partei des Satans stärken würden. Der Jesuitenpater Friedrich Spee hatte während seiner Aufenthalte in den Zentren der Hexenverfolgung in Köln, Trier, Würzburg, Mainz, Speyer und Paderborn Hexenprozesse verfolgt und kam dabei zur Überzeugung, dass die Folter nicht zur Wahrheitsfindung geeignet sei. Das verstößt freilich gegen die damalige Rechtsauffassung, denn daraus lässt sich ableiten, dass die verdächtigten Frauen - trotz ihrer Geständnisse unter der Tortur - unschuldig sind. Innerhalb der Gesellschaft Jesu bleibt die Autorenschaft des Paters Friedrich Spee nicht verborgen. Zeitweise droht ihm sogar die Entlassung aus dem Jesuitenorden.

8. April 1632 – Die kurfürstliche Familie flieht vor den Schweden nach Salzburg

München * Kurfürstin Elisabeth Renata und ihr Schwager, Herzog Albrecht VI. mit Familie, verlassen aus Angst vor den Schweden München, um sich in Salzburg in Sicherheit zu bringen. Die kurfürstliche Schatzkammer, kirchliche Schätze und die städtische Barschaft im Wert von 32.449 Gulden werden im Ausland, im Erzbistum Freising, in Sicherheit gebracht. Münchner Bürger und Adelige, die es sich finanziell leisten können, suchen Schutz in Tirol oder Italien.

19. Mai 1632 – Schwedenkönig Gustav II. Adolf fordert von der Stadt 300.000 Reichstaler

München * König Gustav II. Adolf besucht die Michaelskirche und lässt sich das Gottesdienstritual genauestens erklären. Der schwedische König fordert von der Stadt 300.000 Reichstaler, um München vor der Zerstörung zu verschonen. Die in der Stadt verbliebene Bürgerschaft versucht daraufhin, soviel wie möglich von der geforderten Summe zusammenzutragen. Selbst die Ärmsten der Stadt müssen sich daran beteiligen. Und auch die schon so stark gebeutelten Einwohner der Au, Haidhausens und Giesings haben für die Zahlungen ihr Schärflein beizutragen. Exakt 940 Gulden und 43 Kreuzer steuern sie aus ihren sowieso schon begrenzten Mitteln bei. Und dennoch reicht es nicht. Gerade mal 144.273 Gulden bringt die Geldeintreibung ein. Das ist nicht mal ein Drittel der geforderten Summe, worauf der Schwedenkönig je 22 weltliche und geistliche Geiseln verlangt.

13. März 1635 – Die Gefangenschaft der Schwedengeiseln endet

Augsburg * Augsburg wird an die kaiserlich-baierische Armee übergeben. Damit endet die Gefangenschaft der Schwedengeiseln.

3. April 1635 – Die Schwedengeiseln kehren nach München zurück

Augsburg - München * Die 38 Schwedengeiseln kehren wieder nach München zurück. Vier von ihnen sind in der Gefangenschaft gestorben, ein Franziskanerpater ist zum Luthertum übergetreten. Die Überlebenden hatten dabei Glück im Unglück, da sie durch ihre Gefangenschaft der großen Pestepidemie in München entkommen konnten.

1641 – Ermittlungen wegen des Auftauchens von Werwölfen

Straubing * Im Rentamt Straubing gibt es Ermittlungen wegen des Auftauchens von Werwölfen im Baierischen Wald. Dort hat sich in der Zeit des Krieges „allerhandt zauberische abergläubische Khünstten und sonderlich zwar das Paizen (wodurch Vich und Leithen an Leib und Leben khan Schaden zuegefüegt werden) so starkh eingerissen und überhandt genommen, das der gemaine ainfeltige Burger und Baursmann in die Gedankhen gleichsamb gerathen, er sich beregter abergläubischer Khünsten ohne Sindt und befahrende Bestraffung gebrauchen und bedienen khönne“. Um die Verdächtigten verhaften zu können, wird ein eigenes Gefängnis erbaut.

14. Mai 1641 – Kaiser Ferdinand III. und die Kaiserin besuchen München

München * Kaiser Ferdinand III. und die Kaiserin besuchen München, „wo er wahrhaft kaiserlich bewirtet wurde“. Pechpfannen beleuchten nachts die Straßen (sicherlich nur wenige ausgesuchte).

1643 – Der letzte große Hexenprozess in Rain am Lech im Kurfürstentum

Rain am Lech * Im Kurfürstentum Baiern kam es unter der Regierung Maximilians I. in den Jahren 1643/44 zum letzten größeren Hexenprozess in Rain am Lech, der die ungeheuerliche Summe von 3.141 Gulden verschlingt. Die immensen Kosten, die auch aus den Hinterlassenschaften der Hexen nicht finanziert werden können, lassen den Hofrat von weiteren Hexen-Verfolgungen Abstand nehmen. Auch die weitgehend beachteten Beschränkungen der Folter und die Strategie des Widerrufs steuern ihren Teil dazu bei. Der Tatbestand der Hexerei reicht alleine nicht mehr zur Rechtfertigung eines Todesurteils aus. Hingerichtet werden Zauberer und Hexen im Kurfürstentum Baiern nur noch dann, wenn zudem andere Delikte wie Giftmord, Kindsmord oder Diebstahl nachgewiesen werden können.

1650 – Verkauf des Kempterbräu an Georg Schwedler

München-Graggenau * Philipp Hainmiller, Sohn des 1635 verstorbenen Jörg Hainmiller, verkauft den Kempterbräu [B] an Georg Schwedler, Braumeister im kurfürstlichen Braunen Bräuhaus. Da Schwedler die Brauerei nicht selbst bewirtschaftet, führt Philipp Hainmiller den Betrieb weiter – nun jedoch nicht mehr als Eigentümer, sondern als Pächter.

16. Januar 1651 – Wolfgang Holzer kommt in Warngau bei Miesbach zur Welt

Warngau * Wolfgang Holzer, der spätere Abt der im Lehel beheimateten Ordensgemeinschaft der Hieronymiten, kommt in Warngau bei Miesbach zur Welt.

27. September 1651 – Kurfürst Maximilian I. stirbt in Ingolstadt

Ingolstadt - München-Kreuzviertel * Kurfürst Maximilian I. stirbt in Ingolstadt. Er wird in der Münchner Michaelskirche beigesetzt. Sein Nachfolger wird Kurprinz Ferdinand Maria, dessen Regentschaft bis zu seiner Volljährigkeit seine Mutter, die Kaisertochter Maria Anna, übernimmt.

8. Dezember 1651 – Der Freisinger Bischof Veit Adam von Gepeckh stirbt

Freising * Der Freisinger Bischof Veit Adam von Gepeckh stirbt. Sein Nachfolger auf dem Bischofsstuhl wird der 28-jährige Baiernherzog Albrecht Sigismund. Ihm gehört damit - neben seiner Residenzstadt Freising samt ihrem Burgfrieden - die Grafschaft Ismaning, die Herrschaft Isen-Burgrain und die Grafschaft Werdenfels.

18. Juni 1652 – Vor Wasserburg am Inn treffen sich die Brautleute erstmals offiziell

Wasserburg am Inn * Vor Wasserburg am Inn findet die offizielle Begegnung des baierischen Hofstaats mit dem Brautzug der savoyischen Prinzessin Henriette Adelaide zusammen. Die hohen Herrschaften begeben sich anschließend ins Wasserburger Schloss zum Abendessen.

31. Oktober 1654 – Kurprinz Ferdinand Maria wird volljährig

München • Kurfürst Ferdinand Maria wird volljährig. Damit erlischt die Vormundschaft seiner Mutter Maria Anna und er kann die Regentschaft selbst übernehmen.

1660 – Hofmedicus Dr. Johann Joachim Becher wird Kaiserlicher Hofrat

Wien * Der ehemalige Hofmedicus Dr. Johann Joachim Becher wird Kaiserlicher Hofrat. Er ist der bedeutendste Kameralist des 17. Jahrhunderts. Er wettert schon seit Langem gegen die

Einfuhr fremder Industrieerzeugnisse und meint, es wäre für ihn „sicherlich verdienstvoller, das Seidenwerk zu fördern, als wenn er etliche alte Weiber im Spital etwan ¼ Jahr eher dem Tod entnommen, noch als wan er etlichen Bauern aus dem Urin propheceyet hätte“. Dr. Becher wird als „unruhiger, immer mit Chimären, aber vielen Kenntnissen und guten Einfällen beschäftigter Kopf“ beschrieben.

22. September 1662 – Die hohen Herrschaften vergnügen sich bei der Jagd

München • Im Rahmen des Churbaierischen Freudenfestes aus Anlass der Geburt des Kurprinzen Max Emanuel vergnügen sich die hohen Herrschaften an diesem und am nächsten Tag bei der Jagd.

1. Oktober 1662 – Das Churbaierische Freudenfest erreicht seinen Höhepunkt

München * Mit der abschließenden - drei Stunden dauernden - Feueroper „Medea Vendicativa“ erreicht das Churbaierische Freudenfest seinen Höhepunkt. Erstmals in der Münchner Festgeschichte wird die Isar in das festliche Geschehen einbezogen. Auf der Isar schwimmen - „ungefer ein musquetenschus ausser der statt underhalb der stattmihl“ - dekorierte Bühnenflöße. Dadurch kann man die Bühne schnell teilen und so Platz schaffen für Seegefechte. Dass man die Isar als Festort einbezogen hat, liegt jedoch weniger an der Freude am feuchten Element. Vielmehr sind feuerpolizeiliche Gründe dafür ausschlaggebend. Die Zuschauer erleben eine regelrechte Wasserschlacht, die damit endet, dass der Kurprinz in einer Triumphbogenarchitektur erscheint und eine Schlange erwürgt. Die Botschaft lautet: Die Niederwerfung der Osmanen kann nur mit Max Emanuel gelingen!

Dezember 1662 – Ein schwimmender Palast für den Kurfürsten

Starnberg * Kurfürst Ferdinand Maria gibt den Bau des „Bucintoro“ in Auftrag, des repräsentativen Leibschiffs der kurfürstlichen Flotte. Die Idee für das Prunkschiff stammt aus dem Roman „Clélie“, der Lieblingslektüre der Kurfürstin Henriette Adelaide. Darin beschreibt die französische Schriftstellerin Madeleine de Scudéry ein prachtvolles Fest, das eine fürstliche Gesellschaft auf einer luxuriösen Galeere zu Ehren der Göttin Venus feiert. Der schwimmende Palast entsteht unter Mitwirkung venezianischer Schiffbaumeister. Die Bauleitung übernimmt der aus Venedig stammende „welsche Ingenieur“ Francesco Santurini. Er arbeitet bereits als Theaterarchitekt für den Kurfürsten und erhält im Zusammenhang mit dem Schiffsbau den ungewöhnlichen Titel eines

„Schiffmeisters zu Starnberg“. Neben den beiden venezianischen Meistern wirken zahlreiche einheimische Handwerker am Bau des Schiffes mit. Auch Zimmerleute aus der Au beteiligen sich an der Entstehung des außergewöhnlichen Prunkschiffs.

Dezember 1662 – Kurfürst Ferdinand Maria gibt den Bucintoro in Auftrag

Starnberg * Kurfürst Ferdinand Maria gibt den „Bucintoro“, das große Leibschiff der kurfürstlichen Flotte, in Auftrag. Die Anregung für den „Bucentaur“ kommt aus dem Roman „Clélie“, der Lieblingslektüre der Kurfürstin Henriette Adelaide. In dieser Geschichte schildert Madeleine de Scudery ein rauschendes Fest, das eine fürstliche Gesellschaft auf einer luxuriösen Galeere zu Ehren der Göttin Venus feiert. Die selbe Lektüre war auch der Anstoß für das Herzkabinett in der Münchner Residenz. Der schwimmende Palast entsteht unter Beteiligung venezianischer Schiffsbau-Meister. Die Leitung hat der „welsche ingeniere“ Francesco Santurini aus Venedig, der für den Kurfürsten schon als Theater-Architekt tätig ist und der sich deshalb den eigentümlichen Titel eines „Schifmaisters zu Starnberg“ einhandelt. Neben den zwei venezianischen Meistern beteiligte sich noch eine große Zahl einheimischer Arbeitskräfte am Schiffsbau. Selbst aus der Au kommen Zimmerleute.

20. Januar 1663 – Beginn des Immerwährenden Reichstags in Regensburg

Regensburg * Der Reichstag trifft im Regensburger Rathaus zusammen, um über die durch die Türken heraufbeschworene Gefahr an der Ostgrenze des Reiches zu beraten. Kaiser Leopold I. benötigt Geld für die bevorstehende Verteidigung des Landes. Daneben geht es um den schon länger schwelenden Streit um die Ausarbeitung einer Wahlkapitulation und die Königswahl. Bei den Auseinandersetzungen um die Wahlkapitulation geht es um das Recht, Gesetze zu erlassen und um deren Inhalte. Außerdem soll sich der Reichstag mit den liegengebliebenen Problemen des Dreißigjährigen Krieges befassen. Der Reichstag wird sich bis Februar 1803 nicht mehr auflösen und geht als Immerwährender Reichstag in die Geschichte ein. Regensburg wird damit zum Sitz von etwa 70 Komitialgesandtschaften ausländischer Staaten. Dies auch deshalb, weil seit der Umwandlung des Reichstags in den Immerwährenden Reichstag die Landesfürsten kaum noch selbst teilnehmen, sondern sich durch Gesandte vertreten lassen.

5. Juli 1663 – Kurfürstin Henriette Adelaide will eine Sommerresidenz bauen

München - Turin * Kurfürstin Henriette Adelaide teilt ihrer Mutter in Turin mit, dass sie in den von

ihrem Ehemann erhaltenen Herrschaften Menzin und Kemnertin zu bauen beabsichtigt. Gleichzeitig erhält der Turiner Hofarchitekt Amadeo di Castellamonte einen Situationsplan zum Ausarbeiten von Bauvorschlägen.

8. Januar 1664 – Kurfürstin Henriette Adelaide lehnt die ersten Entwürfe ab

Schloss Nymphenburg * Kurfürstin Henriette Adelaide lehnt die vom Turiner Hofarchitekten Amadeo di Castellamonte gefertigten Entwürfe für ein Palais in den Herrschaften Menzin und Kemnertin wegen zu geringer Größe ab. Sie hat für die „maison de plaisance“ des Münchner Hofs offenbar den mächtigen Palazzo Reale in Turin vor Augen. In Übereinstimmung mit der Tradition ihrer Heimat sollte die „borgo delle ninfe“ ebenfalls ein geschlossener Baukörper in der Art einer römischen „villa suburbana“ werden.

Februar 1664 – Der „Bucintoro“ - Vorbild aus Venedig

Starnberg * Kistler fertigen die Wand- und Deckenverkleidungen sowie die Parkettböden des „Bucintoro“. Anschließend werden die Räume vertäfelt, bemalt, gefasst und vergoldet. Die Baukosten belaufen sich schließlich auf insgesamt 20.040 Gulden. Selbst die 268.000 verwendeten Nägel machen dabei nur einen vergleichsweise geringen Anteil aus. Den größten Kostenpunkt bilden die Arbeiten der Vergolder und Maler, für die rund 4.600 Gulden aufgewendet werden. Francesco Santurini orientiert sich beim Bau des Schiffes an der prunkvollen Staatsgaleere des Dogen von Venedig. Mit diesem Schiff fährt der Doge jedes Jahr an Christi Himmelfahrt hinaus auf die Adria, um in einem feierlichen Zeremoniell die symbolische Vermählung Venedigs mit dem Meer zu vollziehen. Dabei wirft er einen goldenen Ring ins Wasser. Die wegen ihres reichen Goldschmucks als „Bucintoro“ bekannte venezianische Staatsgaleere dient als Vorbild für den kurfürstlichen „Bucintoro“. Mit einer Länge von mehr als 30 Metern und drei übereinanderliegenden Decks soll das baierische Prunkschiff jedoch noch größer und prächtiger gewesen sein als sein venezianisches Vorbild. An den großen Rudern sitzen jeweils zwei Mann; insgesamt sorgen 68 Ruderer für den Vortrieb. Weitere 32 Ruderer bedienen die kleineren Ruder, sodass die Besatzung insgesamt rund 100 Ruderer umfasst. Hinzu kommen acht Matrosen, die für den Anker zuständig sind, sowie zwei weitere Männer, die das eindringende Wasser auspumpen. Die Mannschaft ist auf dem unteren Deck untergebracht. Im hinteren Teil des Schiffes befinden sich zwölf Kanonen. Sie dienen nicht nur der Repräsentation, sondern verleihen dem schwimmenden Palast zugleich das notwendige Gewicht und die erforderliche Stabilität. In der Nähe der Pulverkammer wird eine Statue der heiligen Barbara aufgestellt, die als Schutzpatronin vor Unglück und Gefahr gilt. Den Bug schmückt eine

vergoldete Figur des Meeresgottes Neptun. Anstelle des traditionellen Dreizacks hält sie die bayerische Fahne in den Händen. Auf dem obersten Deck spielen die Musikanten, während sich auf dem mittleren Deck der prunkvolle Festsaal mit einem Springbrunnen sowie zwei Kabinette befindet, die dem kurfürstlichen Paar vorbehalten sind. Da der „Bucintoro“ auf dem Starnberger See und nicht in den Lagunen Venedigs eingesetzt wird, darf sein Tiefgang lediglich drei Fuß betragen. Das Schiff besitzt daher keinen Kiel, sondern einen flachen Boden. Diese Bauweise führt mehrfach zu gefährlichen Situationen. Dennoch kann das Prunkschiff bis zu 500 Personen aufnehmen.

19. März 1664 – Kurfürst Ferdinand Maria erklärt den Josephstag zum Feiertag

München-Kreuzviertel * Kurfürst Ferdinand Maria erklärt den „Josephstag“ zum Feiertag. Nach der Heiligenlegende arbeitet Joseph als Zimmermann und verlobt sich als achtzigjähriger Witwer mit der zwölfjährigen Maria. Die Anfang des 17. Jahrhunderts entwickelte Wirtschaftsideologie des Merkantilismus besagt, dass die Anzahl der Bevölkerung die Wirtschaftskraft eines Staates bestimmt. Um den Geburtenzuwachs zu erhöhen, müssen die Herrscher das eheliche Leben fördern. Als Vorbild des „Hausvaters“ dient ihnen dafür der heilige Joseph. Demzufolge wird aus dem achtzigjährigen Greis ein Mann mittleren Alters mit christusähnlichen Gesichtszügen. Joseph wird aber nicht nur zum Patron der Ehepaare und Familien, sondern auch der der Arbeiter und Handwerker.

1. April 1664 – Die Arbeiten an den Nymphenburger Schwaiggebäuden beginnen

Nymphenburg • In Nymphenburg wird das Gelände für die neuen Schwaiggebäude ausgesteckt. Kurfürstin Henriette Adelaide hat dem phantasievollen und begabten Barockarchitekten Agostino Barelli den Auftrag für den Plan der neuen Sommervilla in den Herrschaften Menzin und Kemnertin übergeben. Der Architekt hat zuvor schon die Planungen für die Theatinerkirche ausgeführt.

3. August 1664 – Anna Maria Cammerloher kauft den Edelsitz Wagegg in der Au

Au * Der Rat des Inneren und Aufschlagseinnehmer der Landschaft in Baiern, Georg Benno Schobinger von Steppberg, verkauft den Edelsitz Wagegg in der Au an Anna Maria Cammerloherin, der Ehefrau des Hofkammerrats Johann Christoph Cammerloher.

13. April 1667 – Caspar von Schmid übernimmt die baierischen Regierungsgeschäfte

München * Nach der Entlassung des Kanzlers Johann Georg von Oexl übernimmt Vizekanzler Caspar von Schmid als Vorsitzender des Geheimen Rates die Regierungsgeschäfte.   Die gesamte Innen- und Außenpolitik liegt seither in seinen Händen.   Er genießt das volle Vertrauen des Kurfürsten, der die klare Zielsetzung seiner Politik schätzt.

1668 – Der Kleinwirt spendiert ein Grundstück für die neue Wolfgangs-Kapelle

Haidhausen * Der Kleinwirt von Haidhausen, Georg Pockmayer, übergibt Kurfürst Ferdinand Maria ein Grundstück neben seinem Haus, auf dem der Landesherr die neue Wolfgangskapelle errichten will. Das alte, aus Holz erbaute Kircherl ist im Laufe der Jahre baufällig geworden. Auf „unterthänigstes anhalten etlicher gewißer persohnen, welche auß Irer zu den heyligen Wolfgang tragenden Devotion, dessen im Dorff Haidhausen stehende vnd Paufellige kleine Capelle zu reparieren vnd zu erweitern vorhabens“. Nun erteilt Kurfürst Ferdinand Maria die Genehmigung zum Neubau und bewilligt darüber hinaus fünfhundert Gulden. Und unser Kleinwirt war eben nicht nur ein frommer Mann, sondern auch ein cleverer Geschäftsmann. Kein Wunder, dass nach dieser sozialen Tat das Schankrecht für Braunbier nicht mehr lange auf sich warten lässt.

1668 – Die Privilegien der Churbaierischen Seidencompagnie

München * Dr. Johann Joachim Becher ist zwischenzeitlich zum kurbaierischen Leibmedicus und kurfürstlichen Rat erhoben worden, hat sich aber nach einem zweijährigen Aufenthalt in Baiern - wegen der erfahrenen Schmähungen - verärgert nach Wien zurückgezogen, wo er sich der dortigen Seidenmanufaktur widmet. Das Wiener Unternehmen entwickelt sich bald zur großen baierischen Konkurrenz. Zu Bechers Nachfolger als Direktor der Churbaierischen Seidencomapgnie wird der kurfürstliche Revisionsrath Dr. Jobst ernannt. Die Churbaierische Seidencompagnie ist - wie alle merkantilistischen Unternehmen - mit besonderen Freiheiten und Privilegien ausgestattet worden. Alleine die Gesellschaft ist befugt, die roh eingeführte oder im Land erzeugte Seide verarbeiten zu lassen. Nur sie darf die Seide in grosso verkaufen. Das heißt, dass alle baierischen Kaufleute ihren Bedarf an Seide bei der Churfürstlichen Seidencompagnie decken müssen. Wer gegen diese Vorgaben verstößt und fremde Seidenwaren einführt, muss die Confiscation der Ware hinnehmen und dem Staat eine Strafe von 1.000 Reichstalern bezahlen.

1670 – Anwerbung von Seidenarbeitern und einer Seidenmeisterin

München - Lyon * Nachdem Kurfürstin Henriette Adelaide auch eine Seidenherstellung nach französischer Art wünscht, entsendet Lucca van Uffele einen Agenten nach Lyon. Dieser kann dreißig Seidenarbeiter anwerben, wird dann aber - wegen befürchteter Verletzung französischer Fabrikgeheimnisse - mitsamt den Arbeitern verhaftet. Durch List und Bestechung gelingt ihm und sieben Arbeitern die Flucht nach München, später glückt ihm noch die Anwerbung einer berühmten Meisterin aus Lyon, zur Erzeugung von Spitzen in Seide, Silber und Gold.

April 1670 – Aus Wolfgang Holzer wird Onuphrius vom heiligen Wolfgang

Meran - Trient * Wolfgang Holzer, der spätere Abt der im Lehel beheimateten Ordensgemeinschaft der Hieronymiten, geht von seiner Einsiedelei bei Meran nach Trient, wo er bei den Karmeliten das Kleid ihres Dritten Ordens und den Namen Frater Onuphrius vom heiligen Wolfgang erhält. Schon sehr früh zieht es ihn zum Leben eines Einsiedlers, zunächst in die Wälder bei Zorneding und Tegernsee, dann nach Tirol.

März 1671 – Lucca van Uffele flieht nach Augsburg

München * Lucca van Uffele hat die Münchner Seidenfabriken technisch und personell bestens ausgestattet. Doch nur wenige Monate später wird ihm vorgeworfen, er betreibe „bedenkliche Speculation [...], macht Schulden auf die Compagnie, Seperatgeschäfte“ und „Prellerey“. Er sieht sich zur Flucht nach Augsburg gezwungen. Dort wird er festgenommen und anschließend „in das Chettenstibl im Münchner Falkenthurm iberpracht“, wo er fünfeinhalb Jahre in Haft sitzt.

17. Juni 1678 – Fürstbischof Albrecht Sigismund kauft die Hofmark Berg am Laim

Berg am Laim * Der wittelsbachische Fürstbischof von Freising, Albrecht Sigismund, kauft die Lerchenfeld‘sche Hofmark Berg um 29.300 Gulden. Mit dem Besitzerwechsel unterstehen nun auch die Berg am Laimer Dorfbewohner einer geistlichen Grundherrschaft. Sie teilen damit das Schicksal der Hälfte der baierischen Untertanen nach dem Dreißigjährigen Krieg. Für den leidenschaftlich jagenden Bischof lag das Hofmarkschloss in Berg am Laim ideal zwischen Freising und Grünwald. Von hier aus startet der hohe Kleriker seine Jagdausflüge, begleitet von einer illustren Jagdgesellschaft und einer großen Hundemeute. Ihm steht die Falkenau zur Jagd mit dem Falken zur Verfügung. Außerdem hat er in den Auwäldern auf der rechten Isarseite, in

der Perlacher Haid und dem Grünwalder Forst ein weitläufiges Jagdrevier. Vom elterlichen Jagdschloss Laufzorn ritt er schon als Jugendlicher zur Hirsch- und Rehjagd aus.

1679 – Fürstbischof Albrecht Sigismund lässt das Berg am Laimer Schloss umbauen

Berg am Laim * Der Freisinger Fürstbischof Albrecht Sigismund lässt gleich nach dem Erwerb der Hofmark Berg am Laim das bereits stark verfallene Lerchenfeld-Schlössl zu einem repräsentativen Schloss umbauen. Das Gebäude wird um ein zusätzliches Stockwerk erweitert und mit einem Walmdach versehen. An den vier Ecken entstehen Türme mit charakteristischen Zwiebelhauben, wodurch das Schloss weiterhin der traditionellen Bauweise verpflichtet bleibt. Trotz seiner vergleichsweise schlichten Form als Kastenschloss erfüllt es mit seiner Ausstattung höchste repräsentative Ansprüche. Das Hofmarkschloss in Berg am Laim liegt mit seiner Längsseite an der heutigen Echardinger Straße und mit der Schmalseite an der Josephsburgstraße. Wie noch heute ist das Schlossgelände von einer Mauer umgeben. Südlich des Schlosses befindet sich ein großer pavillonartiger Turm mit Zwiebelhaube, der vermutlich in Holzbauweise errichtet wurde. Östlich schließt ein Wirtschaftsgebäude an, dessen Turm eine Schlaguhr mit zwei Glocken für Viertel- und volle Stunden trägt. Die enge Verbindung von Schloss und Wirtschaftsgebäuden verweist auf die große Bedeutung der Landwirtschaft für die Hofmark. Bei seinen Aufenthalten in Berg am Laim wird der Fürstbischof von seinem Hofstaat begleitet. Daher stehen im Schloss auch Unterkünfte für die Jesuitenpatres als Beichtväter Albrecht Sigismunds sowie für Hofkavaliere und Kammerdiener bereit. Das Schloss Berg am Laim dient nicht nur als Jagd- und Sommerresidenz, sondern zugleich als Verwaltungszentrum der Hofmark. Als einziger der Freisinger Bischöfe bewohnt Albrecht Sigismund den Sitz zeitweise selbst.

1679 – Eine Scheune aus der Salvator-Stiftung

Au - Giesing * Die Paulaner-Mönche erwerben eine Scheune zur Einlagerung ihres Märzenbieres, die ein Teil des Lambacher-Bauernhofes in Obergiesing ist und zu der von Herzog Albrecht V. gegründeten „Salvator-Stiftung“ gehört. Da der Lambacher Bauer an der Einfahrt zum Keller eine Tafernwirtschaft betreibt, erhält er jährlich von den Paulanern zwei Eimer Bier [= 128 Liter] als Wegezoll. Der Erwerb der Scheune ist notwendig geworden, nachdem die Paulanerpatres in kürzester Zeit ihren Braubetrieb erweitern konnten. Dadurch wurden die bestehenden Fasskeller im Klostergebäude und im benachbarten Berg für die nun ständig steigende Biermenge zu klein.

16. Januar 1680 – Baierisch-französische Heiratsverhandlungen

Versailles - München * Herzog von Croque wirbt als außerordentlicher Botschafter König Ludwigs XIV. von Frankreich in München um die Hand der Prinzessin Maria Anna Christina für den französischen Thronfolger Ludwig, Dauphin de Viennois.

11. Juli 1680 – Max Emanuel übernimmt die Regentschaft und die Regierungsgeschäfte

München * An seinem 18. Geburtstag übernimmt Max Emanuel die Regentschaft und die Regierungsgeschäfte im Kurfürstentum Baiern.

1682 – Johann Ignaz Ridler baut ein Schloss südlich des Preysing-Schlosses

Haidhausen * Der Landschaftszinsmeister Johann Ignaz Ridler von Johanneskirchen erwirbt das Gut südlich des Preysing-Schlosses in Haidhausen und erbaut ein Schlösschen mit vier flankierenden spitzen Ecktürmen, das im Volksmund den Namen Ridlerschlössl erhält.

1682 – Der Staat kauft einen großen Platz von Wageck für einen Fabrikbau

Au * Nach dem Tod der aktiven Freiin von Cammerloher geht das Geschäft stark zurück, mit der Mühle ging’s abwärts. Zum Glück kauft der Staat im Jahr 1682 einen großen Platz von Wageck für den Fabrikbau des „Wollwerck-Hauß“ an.

15. Januar 1682 – Bündnisverhandlungen wegen der Türkengefahr

München - Wien * Kurfürst Max Emanuel erklärt dem kaiserlichen Gesandten in München seine Bereitschaft zu Bündnisverhandlungen. Nicht verkennen darf man dabei freilich, dass dies auch im elementaren Interesse Baierns war, schließlich trennten nur die Länder des Hauses Habsburg damals das kleine Kurfürstentum vom Machtbereich der gefürchteten Türken.

1683 – Ventura Terzago gehört Schloss Stepperg

Bogenhausen * Schloss Stepperg befindet sich im Besitz des kurfürstli-chen Rats und

Geheimsekretärs Ventura Terzago. Die weitere Ge-schichte des Anwesens ist bislang nur bruchstückhaft erforscht, doch steht fest, dass es mehrfach den Besitzer wechselte und zunehmend zum Spekulationsobjekt wird.

26. Januar 1683 – Ein österreichisch-baierisches Bündnis gegen die Osmanen

München - Wien * Dem Treffen von Altötting vom März 1681 folgen langwierige Verhandlungen zwischen den kaiserlichen und den baierischen Abgesandten, die letztlich in einem Defensivbündnis enden, in dem sich das Kurfürstentum Baiern verpflichtet, in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Osmanen ein Truppenkontingent von 8.000 Mann zu stellen. Baiern kann die Zusage aushandeln, dass das Land jährlich Subsidienzahlungen in Höhe von 250.000 Gulden, im Kriegsfall von 450.000 Gulden, erhält. Da jedoch vorhersehbar ist, dass Wien - in Anbetracht der politischen Lage, der sonstigen Verpflichtungen und der verstärkten Kriegsanstrengungen gegen die Osmanen - diese Summe nie aufbringen kann, verlangen die kurfürstlichen Verhandlungsführer Sicherheiten. Das waren die Einkünfte der Grafschaft Neuburg am Inn, der Markgrafschaft Burgau und des Mautamtes Tarvis. Das Ziel ist eine spätere Gebietserweiterung um die Ämter Kufstein und Rattenberg. Der Bündnisvertrag bedeutet jedoch keinesfalls die völlige Abkehr von Frankreich. Zwar werden sich die politischen Beziehungen zwischen München und Paris ein wenig abkühlen, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Beziehungen wurden jedoch kaum beeinträchtigt.

Dezember 1684 – Franz Pongraz von Leiblfing ist mit dem Erreichten noch nicht zufrieden

Haidhausen * Freiherr Franz Pongraz von Leiblfing ist mit dem Erreichten allerdings noch lange nicht zufrieden, weshalb er sich nur wenige Monate später erneut an Max Emanuel wendet und darstellt, dass die vom Regenten erwiesene Gnade „von gar geringer Ergiebigkeit“ sei und er deshalb für sich die „ganze Dorfschaft Haidhausen“ - mitsamt dem „Kirchenschutz“ - als „geschlossene Hofmark“ erbittet. Um seinen Anspruch zu unterstreichen, hebt er die „in 27 Jahren geleisteten treuen und untertänigst geleisteten Dienste“ hervor. Daraufhin forderte der Baiernherrscher vom „Gericht ob der Au negst München“ eine Stellungnahme.

9. September 1685 – Empfang für das Kurfürsten-Paar in Haidhausen

Haidhausen * „Nachmittags um drei Uhr hatten sich auf dem Anger vor dem Besitztum des

Grafen Leiblfing die Kavaliere mit Kutschen und Handpferden versammelt. Auch die kurfürstliche Leibgarde zu Pferd und eine Kompagnie der Bürgerschaft zu Pferde waren angetreten.“ Das Kurfürsten-Paar Max Emanuel und Maria Antonia werden am Haidhauser Schlossanger von den dort versammelten Anwesenden feierlich empfangen. Nach einer ausführlichen Huldigung des jungen Ehepaares erfolgte schließlich der triumphale Einzug in die nahe Residenzstadt München. Für die erwiesene Gastfreundschaft wird Kurfürst Max Emanuel dem Haidhauser Schlossbesitzer wieder ein kleines Stück entgegenkommen. Der Landesherr akzeptiert zwar die von seiner Hofkammer gemachten Einschränkungen, wonach Haidhausen nicht zur geschlossenen Hofmark ernannt werden darf, weil dort auch andere die Jurisdiktion ausüben, nämlich: das Leprosenhaus am Gasteig über den Kotterhof, Graf Preysing, die Ridler und die Jesuiten über ihre Gartengüter sowie der Kurfürst selbst über das Brunnhaus und den Jäger im Brunntal. Außerdem, so die Hofkammer weiter, darf der Kurfürst die Jurisdiktion für eine so große Ortschaft nahe der Landeshauptstadt nie vergeben, da er sich sonst bei auftretenden Unregelmäßigkeiten zuerst an den Hofmarkherren wenden muss, statt sofort selbst einzuschreiten. Dies könnte besonders beim Ausbrechen der Pest oder bei der unerwünschten Ansiedelung von Bettlern und vagierendem Gesindel nötig sein.

12. August 1687 – Ein glänzender Sieg der Kaiserlichen Armee

Mohács * Bei einer der seltenen Feldschlachten des Türkenkriegs stehen 60.000 Türken etwa 50.000 Verbündeten des Kaisers am Berge Harsán bei Mohács gegenüber. Die Schlacht endet mit einem glänzenden Sieg der Kaiserlichen. Der von Kurfürst Max Emanuel befehligte linke Flügel erzwingt den Sieg, indem er zuerst den ersten Angriff der türkischen Reiterei abwehrt, danach mit einem Gegenangriff den Gegner zurückwirft und so lange beschäftigt, bis Herzog Carl von Lothringen die türkischen Verschanzung gewinnen kann.

5. Juni 1688 – Der Kölner Kurfürst Maximilian Heinrich stirbt

Köln - Berg am Laim - Berchtesgaden * Der aus der baierisch-wittelsbachischen Linie stammende Kölner Kurfürst Maximilian Heinrich stirbt. Damit ist die Konkurrenz über die Wahl des Nachfolgers auf dem Kölner Bischofsstuhl wieder offen. Angeführt von Kaiser Leopold I. sammeln sich alle frankreichfeindlichen Kräfte hinter dem 17-jährigen baierischen Kandidaten Joseph Clemens. Die Hofmarkherrschaft über Berg am Laim geht an Maximilian Heinrichs Neffen Joseph Clemens über. Joseph Clemens wird zudem Fürstprobst der Probstei Berchtesgaden.

1690 – Fortunatus Hueber, ein wortgewaltiger und hochgebildeter Prediger

Berg am Laim * Zu den bedeutendsten Vertretern der Franziskaner gehört der aus Neustadt an der Donau stammende Fortunatus Hueber, ein wortgewaltiger, hochgebildeter und erfahrener Ordensmann und Prediger, der in mehrere hohe Ämter berufen wird. Ihn erwählt der 22-jährige Kölner Erzbischof und Kurfürst Joseph Clemens für die Organisation, Werbung und Betreuung der von ihm am 8. Mai beziehungsweise am 29. September 1693 gegründeten Michaels-Bruderschaft und des Michaels-Ritterordens.

1690 – 2.000 Personen finden Brot und Lohn in der Tuchfabrik für Militäruniformen

Au * Alleine die holländische Tuchmacherei in der Tuchfabrik für Militäruniformen gibt fast 2.000 Personen Brot und Lohn. Neben erstklassigen gelernten Arbeitern beschäftigt man ausgediente Soldaten, arme Weiber und Kinder, dazu kommen eingewiesene Bettler und Nichtsnutze. Anno 1682 schrieb die Hofkammer, dass „Arme im Wollhause zu München Beschäftigung finden, Faulenzer dagegen ins Zuchthaus“ eingeliefert würden. Auch dieser Unternehmung war kein langes Leben beschieden. Ab 1696 ging es auch mit der Fabricca wieder bergab. Anno 1720 war sie am Ende.

26. Juni 1690 – In den Freisinger Isarauen findet eine Hirschjagd statt

Freising * In den Freisinger Isarauen findet eine Hirschjagd mit Pistolen statt. Es ist eine der beliebten „eingestellten Jagden“, bei denen die zuvor zusammengetriebenen Tiere in einem eigens erbauten Parcur von den anwesenden hohen Herrschaften reihenweise hingeschlachtet werden.

5. Januar 1691 – Weder Spül- noch anderes Wasser darf auf die Gasse geschüttet werden

München * Die Bürgerschaft wird darauf aufmerksam gemacht, dass weder Spül- noch anderes Wasser auf die Gasse geschüttet werden darf.

15. Oktober 1691 – Maria Anna Lindmayr wird Tertiarin

München * Maria Anna Lindmayr wird am Fest der großen Theresia von Avila, vom Prior des

Karmeliterklosters als Tertiarin in die Ordensgemeinschaft aufgenommen. Sie erhält das Drittordenskleid und führt fortan für sich ein strenges Büßerleben.

1692 – Die Gemeinschaft der Eremiten am Wallersee umfasst neun Klausner

Walchensee * Bald zählt die Gemeinschaft der Eremiten am Wallersee - gegen alle Abmachungen - bereits neun Klausner, woraufhin der Ordensgeneral der Karmeliten die Tertiaren-Gemeinschaft am Walchensee aus dem Orden entlässt.

3. März 1692 – Kurfürst Max Emanuel erklärt Haidhausen zur geschlossenen Hofmark

Haidhausen * Da Graf Franz Pongraz von Leiblfing in seinem Bestreben, die Erhöhung seines Besitzes in Haidhausen zur geschlossenen Hofmark, nicht nachlässt, erklärt Kurfürst Max Emanuel schließlich die Hofmark des Geheimen und Conferenzrates, Kämmerers, Revisionsrates und Pflegers von Waldmünchen, des inzwischen in den Reichsstand erhobenen Reichsgrafen von Leiblfing - wegen der „vill vnd lange Jar trew geleisteter Dienst vnd aus absonderlichen gnaden“ - mitsamt dem Brunnthal für geschlossen. Damit ist der Haidhauser Schlossbesitzer endlich am Ziel seiner langjährigen Bemühungen. In seiner geschlossenen Hofmark unterstehen ihm nun alle dem „Hofkastenamte zinsbaren Unterthanen zu Haidhausen“ und nicht nur die Bauern und Dienstboten, die seine Güter bearbeiteten. Neben riesigen landwirtschaftlichen Flächen besitzt der Graf auch das Recht Scharwerke, Bodenzins und sonstige Steuern und Abgaben - also die gesamten Einkünfte aus Haidhausen - einzutreiben. Selbst die Vergabe der Gerechtsamkeiten“ also die Erlaubnis innerhalb der Hofmark ein bestimmtes Handwerk oder Gewerbe ausüben zu dürfen, unterliegen nun ausschließlich seiner Entscheidung. Dem Hofmarkherrn unterstehen „im Dorfe 85 Hausbesitzer, die Scharwerkgeld zu entrichten haben. In der Schwaige nimmt er von 42 Untertanen Scharwerkgeld und Bodenzins ein. Der Großwirt hat Stift und Gilt zu entrichten und Melber, Metzger, Schmid, Hufschmid und Schneider haben unterschiedliche Beträge abzuführen. Der jährliche Ertrag der Hofmark beläuft sich auf 188 Gulden 11 Kreuzer“. Die Konsequenz aus der Erhebung Haidhausens zur geschlossenen Hofmark ist der Austritt aus dem Verband des Gerichts ob der Au. Während der Leiblfing‘schen Hofmarkszeit wird die Ansiedlung minderbemittelter Leute stark begünstigt. Jeder, der die Gebühren entrichten und eine Herberge erwerben kann, darf sich niederlassen und heiraten. Zeitgenossen merken kritisch an, dass der Hofmarkherr nur auf seinen Vorteil bedacht ist und sein Streben einzig der Erhöhung seiner Einnahmen gilt. Er ergreift „jede Gelegenheit Geld aus den Untertanen zu pressen, z.B. durch offenbare Begünstigung der Herbergskäufe und Ansässigmachungen und Verehelichungen, wegen der anfallenden

Laudemien, Verbriefungs- und anderer Taxen und Sporteln“.

8. Mai 1693 – Fürstbischof Joseph Clemens gründet die Michaels-Bruderschaft

Berg am Laim * Der Kölner Kurfürst Joseph Clemens gründet die „Bruderschaft des Hl. Ertzengel und Himmelsfürsten Michael“ in der Berg am Laimer Michaelskirche der Josephsburg. Auf die Idee kam er, weil die Vorbereitungen zum 100. Jahrestag der Einweihung der Michaelskirche in der Neuhauser Gasse am 6. Juli 1697 bevorstand.

23. Oktober 1693 – Pater Onuphrius lernt die Eremiten vom seligen Petrus von Pisa kennen

Pisa * Pater Onuphrius hat inzwischen auf einer Romreise die Eremiten vom seligen Petrus von Pisa kennengelernt, die sich die „Armen Eremiten des heiligen Hieronymus“ nennen. An diesem Tag werden die inzwischen vierzehn Einsiedler vom Walchensee in diesen Orden aufgenommen.

Die Hieronymiten tragen einen schwarzen Habit mit Gürtel und hohem Kragen, mit Kapuze und Birett. Die Vereinigung ist den Bettelorden angeglichen worden und führt ein strenges Leben, allerdings ohne auf die ausgeprägte Eigenwilligkeit, die die Einsiedler zu allen Zeiten auszeichnen und der geistlichen Obrigkeit so manchen Kummer bereiten, zu verzichten. Die Äbte von Benediktbeuern beschweren sich über die Klausner, die sich nur wenig an die Abmachungen halten. Und als die Gemeinschaft auf sechs Mitglieder zurückgeführt werden soll, versucht Pater Onuphrius nach Schönbach in Niederösterreich oder Pobenhausen bei Ingolstadt auszuweichen, was allerdings der Fürstbischof von Augsburg zu verhindern weiß.

1696 – Fortunatus Hueber wird Präses der Michaels-Bruderschaft

Berg am Laim * Der angesehene Franziskaner-Pater Fortunatus Hueber übernimmt die Funktion des Präses der Michaels-Bruderschaft, verfasst das Bruderschaftsbüchlein und schafft es, dass sich die Michaels-Bruderschaft so schnell ausbreiten kann, dass ihr anno 1696 bereits 60.000 Menschen angehörten. Der Franziskaner-Ordensmann erzählt dabei so eindringlich von seiner Errettung durch den Erzengel Michael aus türkischer Gefangenschaft im Jahr 1687 und dass ihn - zwei Tage vor der Gründung der Bruderschaft - der heilige Michael im Traum erschien und ihn von den seine Person bedrängenden bösen Geister befreite. Das kommt gut an. Fürstbischof Joseph Clemens will ursprünglich zwölf Pater an die Josephsburg setzen und dort ein Hospitium zur Besorgung der Bruderschaft bauen lassen. Seine Flucht anno 1704, seiner langer Aufenthalt in Frankreich und schließlich sein Tod im Jahr 1723 verhinderten dies jedoch.

8. Mai 1696 – Joseph Clemens gründet in Lüttich eine Michaels-Bruderschaft

Lüttich * Kurfürst Joseph Clemens gründet in Lüttich eine weitere Michaels-Bruderschaft.

1700 – Eine Pflegeanstalt für bresthafte Frauen

Bogenhausen * Das Militärwaisenhaus und -lazarett wird in eine Pflegeanstalt für bresthafte Frauen umgewandelt.

August 1700 – Viscardi beginnt den Bau der Wallfahrtskirche Maria Hilf

Freystadt * Giovanni Antonio Viscardi beginnt mit dem Bau einer neuen Wallfahrtskirche Maria Hilf in Ferdinand Franz Lorenz Xaver von Tilly zu Breiteneggs Herrschaft Freystadt in der Oberpfalz.

1702 – Die Rekrutierungsverfahren werden verschärft

München * Die Rekrutierungsverfahren zur Gewinnung von Soldatennachwuchs werden verschärft. Sogar der Hofkriegsrat stellt in einem Gutachten fest, dass das Verfahren negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Steuerkraft des Landes haben wird. Die kurbaierischen „Zwangsaushebungen“ unterscheiden sich kaum von den „Zwangsrekrutierungen“ der österreichischen Kaiserlichen Administration im Jahr 1705.

1704 – Die Visionen der Maria Anna Lindmayr

München * Maria Anna Lindmayr leidet an rätselhaften Krankheiten und hat immer wieder religiöse Visionen, die sich mit dem Ausbruch des Spanischen Erbfolgekrieges verstärken. Im Jahr 1704 erreichen die Visionen ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Lindmayr spricht nun von einem „kommenden Strafgericht“, wenn sich die Menschen, allen voran der kurfürstliche Hof, nicht bessern und bekehren würden.

17. Juli 1704 – Ein Gelöbnis zur Abwehr der Zerstörung Münchens

München * Die drei Stände - Adel, Klerus und die Bürgerschaft Münchens - legen in der Frauenkirche ein „Gelöbnis zur Abwehr der Zerstörung Münchens im Spanischen Erbfolgekrieg“ ab. Die Vision der Maria Anna Lindmayr, wonach Gott die schlimmsten Gefahren nur dann von der Stadt abwende würde, wenn man ihm eine „Kirche zu Ehren der allerheiligsten Dreifaltigkeit“ baut, wird im „Gelübde der drei Stände“ nicht einmal erwähnt.

17. August 1704 – Therese Kunigunde wird Regentin des Kurfürstentums Baiern

München * Nachdem Kurfürst Max Emanuel die Schlacht von Höchstädt verloren hat, tritt er seinen Rückzug auf das linke Rheinufer an. Die Regentschaft über das Kurfürstentum Baiern überträgt Max Emanuel seiner Gemahlin Therese Kunigunde.

1. Juli 1705 – Die baierischen Stände leisten ihren Treueid auf den Kaiser

München * Die baierischen Stände leisten ihren Treueid auf den Kaiser.

16. November 1705 – Burghausen fällt den Aufständischen in die Hände

Burghausen * Burghausen kapituliert vor den Aufständischen. Sie ist die erste Stadt, die den Aufständischen in die Hände fällt. In den Kapitulationsverhandlungen verlangen die Unterländer,

dass „der Landmann bei seinen alten Privilegien verbleibe, dass man von ihm nicht mehr fordere als unter dem Kurfürsten geschehen, damit die Bauern [...] ihre schuldigen Abgaben entrichten können; alle Bauernsöhne und Knechte sollen zu Hause verbleiben und allein zur Verteidigung des Landes dienen.“ Die Bauern erheben sich also zunächst nur gegen die allzu maßlosen Forderungen der Kaiserlichen Administration, nicht gegen die Besatzungsherrschaft. Weil sie zu Verteidigung der Heimat bereit sind, wehren sie sich gegen den Missbrauch der Landfahnen zum kaiserlichen Militärdienst. Die Aufständischen verstehen sich als „ganze Gemein der Kurlande Baiern“. Um ihnen die Legitimation des gesamten Kurfürstentums zu geben, wird der Regierungsrat Franz Bernhard von Prielmayer zum Kriegskommissär der Landesdefension gezwungen. Prielmayer versucht mäßigend auf die Aufständischen einzuwirken. Doch der Erfolg der Rebellen verändert deren Ziele, weshalb sie schon bald die Beseitigung der Kaiserlichen Administration fordern, weil sie für die „unerträglichen Lasten“ verantwortlich zeichne.

22. November 1705 – Georg Sebastian Plinganser ruft alle Baiern zu den Waffen

Kurfürstentum Baiern * Unter dem Pseudonym „J. H. Wormbs“ erlässt Georg Sebastian Plinganser ein Mandat, dass „alle nichtadligen und unverheirateten kurbaierischen Untertanen“ zu den Waffen ruft. Als Ziel nennt das Mandat, man solle „mit vereinten Kräften auf die Feinde losgehen, solche aus dem Lande völlig zu vertreiben, nächstdem die alt churbaierische Libertät empor zu heben“. Damit wird der Volksaufstand gegen die Ausplünderung der Landbevölkerung zur Erhebung gegen die Besatzungsherrschaft des Kaisers.

28. November 1705 – Die Kaiserliche Administration will die Zwangsrekrutierungen einstellen

München * Auf Bitten der Landschaftsverordnung sagt die Kaiserliche Administration die Einstellung der Zwangsrekrutierungen zu. Obwohl sich die Landschaftsverordnung deutlich von den „yblen aufstandt under dem paurs volkh“ distanziert, zeigt sie dennoch Verständnis für die bäuerlichen Belange, weshalb sie sich beim Kaiser vehement über „das unnß schon so lang truckhente Ellent“ beklagt. Sie tritt auch für eine Verständigungslösung zwischen den Aufständischen und der kaiserlichen Obrigkeit ein.

10. Dezember 1705 – Der Kongress von Anzing vereinbart einen zehntägigen Waffenstillstand

Anzing * Zwischen gemäßigten Burghauser Delegierten und Vertretern der Landschaft kommt es - mit Einverständnis der Kaiserlichen Administration zum Kongress von Anzing, der die Beschwerden der Aufständischen formuliert und einen zehntägigen Waffenstillstand vereinbart.
Die Braunauer Aufständischen um Georg Sebastian Plinganser bleiben jedoch auf Konfrontationskurs.

12. Dezember 1705 – Angedrohung der Sippenhaft für die Aufständischen

München * Die Kaiserliche Administration erlässt für München ein Abmahnungsmandat, das den Aufständischen und ihren Familien mit Sippenhaft droht.

16. Dezember 1705 – Treffen der Münchner Aufständischen mit den Oberländern

Königsdorf * Die drei Münchner Wirte Johann Jäger, Johann Georg Küttler und Georg Hallmayr

nehmen Verbindung mit den Oberländern auf. In Königsdorf treffen sie sich mit Adam Schöttl, dem „Jägeradam“, und drei Tölzer Bürger, dem Weinwirt Franz Jäger, der Bruder des Münchner Jägerwirts, und den beiden Bierbrauern Michael Schaindl und Anton Fiechtner. Man beschließt ein Manifest, das den Aufstand begründen soll: Es sind dies die hohen Steuern und Kriegsumlagen sowie die Quartierlasten und Ausschreitungen der Soldaten; die vertragswidrige Besetzung des Rentamtes München sowie die Verweigerung der Rückkehr der Kurfürstin; die Beschlagnahme kurfürstlichen Eigentums und die befürchtete Deportation der Prinzen. Weil die Landschaftsvertretung die Interessen des Landes nicht ausreichend unterstützt, ist die Vertreibung der „eingedrungenen frembden Regierungs Göst“ das einzige Mittel.

18. Dezember 1705 – Eine Mischung aus Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen

Tölz * Im Tölzer Franziskanerkloster treffen sich die Beamten und Gemeindeobmänner des Gerichts Tölz und Umgebung. Mit anwesend sind der Pflegskommisär Maximilian Alram aus Valley, der ehemalige baierische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs und die Offiziere.
Den Anwesenden wird in einer Mischung aus Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen eröffnet, dass die Kaiserliche Administration die kurfürstlichen Prinzen aus München entführen möchte, weshalb einige Adelige und die Münchner Bürgerschaft dringend bitte, dass man im Oberland zu den Waffen greifen und die Kaiserlichen aus München vertreiben soll. Aus dem Rentamt München wären dazu 20.000 Mann bereit. Und aus dem Unterland erwartet man weitere 8.000. Außerdem haben die Münchner versprochen, dass sie die Aufständischen ohne Verlust eines einzigen Mannes und ohne einen Schuss Pulver in die Stadt schleusen würden.
Den Beamten erklärt man, dass der „Marsch nach München“ den Intensionen des Kurfürsten entspräche, wie der Brief vom 9. Dezember 1705 beweise. Es wird für die Gerichte südlich von München ein Aufgebotsbefehl erlassen.

19. Dezember 1705 – Die Chur-Bairische Landts-Defension Oberlandt erlässt das Tölzer Patent

Tölz * Die „Chur-Bairische Landts-Defension Oberlandt“ erlässt das Tölzer Patent. Es beinhaltet den Aufruf zur Versammlung der Mannschaften für den 22. Dezember 1705 in Hohenschäfftlarn, 18 Kilometer südlich von München.

19. Dezember 1705 – Die Kaiserliche Administration befiehlt, die Waffen niederzulegen

München * Die Kaiserliche Administration erlässt ein Mandat, in dem sie der „rottirten rebellischen

Baurschaft“ befiehlt, die Waffen niederzulegen. Zudem sollen die Bauern die Anführer der Aufstandbewegung zur Anzeige bringen. Die Kaiserliche Administration warnt davor, „daß diejenige Dörffer, Höf und Häuser, wo die Bauerschafft sich abwesend befindet, ohne alle Gnad und Bedenken verbrennet und in Asche geleget, diejenige Mannschaft aber, so in Wöhr und Waffen verblieben, und darinne erdappet werden wird, als Rebellen angesehen, und mit Galgen und Schwerdt, Vertreibung ihrer Haab und Gütter gestraft“ werden. Auch die Eltern der Aufständischen würden „der Straff des Brands und Plünderung, als wann sie selbsten dabey wären, underworffen seyn“. Keiner könne sich damit entschuldigen, nur unter Zwang gehandelt zu haben.

22. Dezember 1705 – Die Aufständischen treffen sich in Hohenschäftlarn

Hohenschäftlarn * Aufgrund des Tölzer Patents treffen gegen 18 Uhr die Tölzer, Benediktbeurer und Reichersbeurer Kontingente in Hohenschäfftlarn ein. Dort nehmen sie eine zehn Mann starke kaiserliche Reiterpatrouille gefangen, die sie nach Wolfratshausen bringen.

22. Dezember 1705 – Verurteilung wegen Verkostung der Aufständischen

Schäftlarn * Die Prämonstratenserabtei Schäftlarn verköstigt die Aufständischen bei deren Marsch in Richtung München. Sie wird dafür später von der Kaiserlichen Administration zu einer Geldstrafe in Höhe von 8.000 Gulden verdonnert.

23. Dezember 1705 – Ein bäuerliches Aufgebot trifft sich in Schäftlarn

Schäftlarn * Ein bäuerliches Aufgebot von rund 3.000 Mann aus den verschiedensten Gerichtsbezirken und Hofmarken treffen sich in Schäfftlarn. Vom Landgericht Tölz 500 Mann, vom Klostergericht Benediktbeuern 200 Mann, vom Klostergericht Tegernsee 200 Mann, aus den Hofmarken Reichersbeueren, Sachsenkam und Dietramszell 100 Mann, vom Landgericht Aibling und der Grafschaft Hohenwaldeck 600 Mann, aus der Grafschaft Valley 300 Mann, vom Landgericht Rosenheim 70 Mann, vom Landgericht Starnberg 200 Mann und vom Landgericht Wolfratshausen 600 Mann. Etwa ein Drittel der Männer haben Gewehre, der Rest ist mit den typischen Bauernwaffen ausgestattet. Das Aufgebot umfasst 300 Reiter und verfügt über sechs Geschütze. Am Nachmittag treffen sich in Schäfftlarn die Anführer der Aufständischen zu ihrer ersten Beratung. Das Kommando über den gesamten Heerhaufen wird dem kurbaierischen Hauptmann Matthias Mayer übertragen. Er weigert sich und übernimmt den Oberbefehl erst nach

massivem Druck. Zum Unterkommandanten wird Leutnant Johann Houis ernannt. Die Schützen führt der „Jägeradam“ Schöttl, die Reiterei der Tölzer Pflegskommissär Joseph Ferdinand Dänkel an. Als am Abend ungünstige Nachrichten aus München eintreffen, wollen Hauptmann Matthias Mayer und eine ganze Reihe von Beamten das ganze Vorhaben abblasen. Doch Pflegskommissär Dänkel, Kriegskommissär Fuchs und der Münchner Weinwirt Jäger setzen sich mit aller Kraft für den „Marsch nach München“ ein.

24. Dezember 1705 – Der Zug der Aufständischen kommt in Baierbrunn an

Baierbrunn * Gegen 16 Uhr kommt der Zug der Aufständischen in Baierbrunn an. Dort findet eine weitere Besprechung statt. Vom Anzinger Posthalter Hierner ist die Nachricht eingetroffen, dass die Unterländer nicht nach München marschieren können, weil ihnen das Korps Kriechbaum in Anzing den Weg versperrt. Erneut rät Hauptmann Mayer zur Umkehr. Er will über die Schäfftlarner Brücke nach Valley, um sich mit den Unterländern zu vereinigen. Mayer kann sich erneut nicht durchsetzen, weshalb der „Marsch nach München“ fortgesetzt wird.

24. Dezember 1705 – Die Masse der Oberländer trifft in Solln ein

Solln * Gegen 20 Uhr trifft die Masse der Oberländer in Solln ein. Zur gleichen Zeit nimmt die Schützenvorhut ein etwa 80 Mann starkes kaiserliches Reiterdetachement unter Beschuss. Die Kaiserlichen, die von Oberst de Wendt zur Aufklärung in Richtung Schäfftlarn geschickt worden waren, werden zwar verjagt, können aber trotzdem ausreichend Informationen sammeln. Der Starnberger Pfleger Johann Joseph Öttlinger verlässt nach der Schießerei in Solln die Aufständischen, begibt sich nach München und informiert den Kaiserlichen Administrator Maximilian Carl Graf von Löwenstein-Wertheim-Rochefort über die Unternehmung.

Oberst Johann Baptist de Wendt leitet Sicherheitsmaßnahmen ein. Er ersucht das Korps Kriechbaum zum Rückmarsch nach München und macht in Aufrufen bekannt, dass „jede Unterstützung der Aufständischen durch die Einwohner Münchens mit dem Tode bestraft“ werden würde.

24. Dezember 1705 – Weitere bedenkliche Nachrichten treffen aus München ein

Solln * Am Abend treffen weitere bedenkliche Nachrichten aus München in Solln ein. Die Münchner Verschwörer raten den Aufständischen eindringlich, den Angriff abzubrechen, da die Kaiserlichen zu stark seien und die Münchner Bürgerschaft nichts unternehmen kann (will).

Hauptmann Matthias Mayer gibt den Befehl zum Rückzug. Nach einer halben Stunde - bei Pullach - wird er auf Betreiben des „Jägeradam“ und der von ihm geführten Schützen aufgehalten und die Kolonne - unter tumultartigen Szenen - zum Umkehren bewegt. Dem sich weigernden Hauptmann Mayer wird daraufhin der Oberbefehl entzogen. Er selbst wird gefangen genommen.

24. Dezember 1705 – Der Zug der aufständischen Bauern bewegt sich in Richtung München

Schäftlarn * Ab Mittag bewegt sich der Zug der Bauern in Richtung München. Die Schützen unter Leutnant Houis und dem „Jägeradam“ bilden die Vorhut. In einigem Abstand folgen die Spießler und Stängler, bei denen sich die sechs Böllerkanonen befinden. Den Abschluss bildet die Reiterei.

25. Dezember 1705 – Die Aufständischen in Untersendling sind vollkommen eingeschlossen

Untersendling * Gegen 10 Uhr sind die Aufständischen in Untersendling vollkommen eingeschlossen. Angesichts der anrückenden Kaiserlichen Armee ergreift der Student Anton Passauer die Flucht. Der Jägerwirt Johann Jäger aus München legt sich als Kranker in der Wirtschaft ins Bett. In dieser Notsituation wird Hauptmann Matthias Mayer wieder das Oberkommando der Aufständischen-Armee übertragen. Ihm bleibt nur noch die undankbare Aufgabe, sein eigenes und das Leben seiner Mitstreiter zu retten. Dazu lässt er Chamade schlagen und durch einen Tambour an Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum melden, dass sich die Führer auf „Gnade oder Ungnade“ ergeben. Er bittet zudem, den Bauern das Leben zu schenken. General von Kriechbaum fordert daraufhin die Anführer der Oberländer auf, ihre Waffen niederzulegen. Als Matthias Mayer, Johann Clanze und Landleutnant xxxxx Heller das Dorf verlassen, drängen auch die Bauern hinter ihnen auf das freie Feld, legen ihre Waffen nieder und bitten um Gnade. Die Kaiserliche Kavallerie stürzt sich nun aber auf die Wehrlosen und haut sie nieder. Im Anschluss daran feuert die Infanterie auch noch zwei oder drei Salven in den Haufen. Diejenigen, die noch leben oder fliehen können, werden von den Kaiserlichen gnadenlos verfolgt und niedergestreckt. Selbst die Kirche ist kein sicherer Zufluchtsort.

25. Dezember 1705 – Gegen 11 Uhr ist alles vorbei

München * Gegen 11 Uhr ist alles vorbei. Es werden noch 36 Gefangene gemacht sowie sechs

Kanonen, drei Munitionswagen, fünf Fahnen, zwei Dragoner-Standarten und ein paar Pauken sowie 150 Pferde eingesammelt. Auf kaiserlicher Seite zählt man 40 Gefallene und Verletzte. Die Aufständischen aus dem Oberland müssen demgegenüber eine Vielzahl von Toten beklagen. Alleine in München werden 1.066 Oberländer beerdigt. Insgesamt sind es etwa 1.100 Tote aus Oberbaiern. 609 Aufständische werden verwundet, nur 107 werden unverletzt in Gefangenschaft gekommen. Die Münchner Einwohnerschaft hat während der gesamten Kämpfe brav den Anordnungen der Kaiserlichen Administration Folge geleistet und sich ruhig verhalten. Der Stadtmagistrat übermittelt noch in der Nacht die „allerunderthenigste treue devotion“ der Bürgerschaft an die kaiserliche Obrigkeit. Die ermordeten Aufständischen vor den Stadttoren bezeichnet er verächtlich als „paurs rott“.

27. Januar 1706 – Anführer des Aufstands sollen höchstens Geldstrafen erhalten

Salzburg - Wien * Auf Bitten des Salzburger Fürsterzbischofs befiehlt Kaiser Joseph I., dass auch gegen alle nach dem 11. Januar 1706 verhafteten Anführer des Aufstands höchstens Geldstrafen auszusprechen sind.

8. Januar 1710 – Der Kaiser unterstützt den Bau der Dreifaltigkeitskirche

München - Wien * Die Kaiserliche Administration informiert Kaiser Joseph I. in Wien von dem Wunsch der Münchner, um Erlaubnis für den Bau der Dreifaltigkeitskirche. Der Kaiser zeigt starkes Interesse an diesem Bau, will mit einer Abordnung sogar an der Konferenz zum Bau der Dreifaltigkeitskirche teilnehmen und kündigt die finanzielle und materielle Unterstützung der Besatzungsmacht an. In der Folge und während der gesamten Bauzeit tritt die in der Münchner Herzog-Max-Burg stationierte Kaiserliche Administration als Korrespodenzpartner auf, denn es waren Verhandlungen mit der Landschaft, dem Rat der Stadt, der Baudeputation, dem Geistlichen Rat und dem Kaiserhaus in Wien zu führen.

1. Juni 1710 – Das Allerheiligste wird zum Gaisberg übertragen

Haidhausen - Au * Unter Beteiligung höchster Herrschaften wird das Allerheiligste von der Haidhauser Sankt-Johann-Baptist-Kirche in die von Johann Maximilian von Alberti erbaute Kirche zur Unbefleckten Empfängnis Maria am Gaisberg übertragen.

30. August 1710 – Johann Maximilian von Alberti und die nächste Phase der Klosterwerdung

Au * Mit der Erbschaft seiner verstorbenen Frau nimmt Bürgermeister Johann Maximilian von Alberti die nächste Phase der Klosterwerdung auf dem Gaisberg in Angriff. Er stellt einen mit 12.000 Gulden dotierten „Fundationsbrief zur Aufrichtung eines Jungfrauenklosters nach der Regel des hl. Benedikt“ aus.

1711 – Die Alte Isarkaserne entsteht zwischen Großer und Kleiner Isar

München-Isarvorstadt * Auf dem südlichen Teil der Isarinsel, die spätere sogenannte Kohleninsel, wird die Isarkaserne oder Isarwörthkaserne errichtet. Die Initiative zum Bau dieser Soldatenunterkunft geht jedoch nicht vom regierenden Kurfürsten Max Emanuel aus, da sich dieser zu jener Zeit im Exil in Frankreich im Exil befindet. Baiern ist von österreichischen Truppen besetzt, und München firmiert bis 1715 als kaiserliche Hauptstadt in Baiern. Hintergrund dieser politischen Lage ist der Spanische Erbfolgekrieg, in dem Max Emanuel ein Bündnis mit Frankreich einging und sich gegen den habsburgischen Kaiser stellte. Die Isarkaserne wird von der kaiserlichen Administration als Unterkunft für die Kavallerie errichtet. Während der Besatzungszeit sind durchschnittlich rund 3.000 Soldaten in München einquartiert. Um die Belastung der Bürgerschaft durch die Einquartierung zu verringern - der Adel, der fürstliche Hof und der Klerus sind davon befreit - bemüht sich die Verwaltung verstärkt um die Unterbringung der Truppen in Kasernen.

25. April 1711 – Der neue Haidhauser Kleinwirt Kaspar Öttl erhält das Schankrecht

Haidhausen * Der neue Kleinwirt von Haidhausen, Kaspar Öttl, kann den Erhalt der Wirtschaft sichern, nachdem er von der Hofmarkherrin, der Gräfin Anna Maria von Fugger-Kirchberg-Weißenhorn, das Schankrecht für Weiß-, Braunbier und Branntwein sowie das Recht zur Haltung von Spielleuten, Kegelplätzen und der Abhaltung von Kindsmählern erhalten hat. Der Kleinwirt und der Großwirt sind bis in das 19. Jahrhundert hinein die einzigen Wirte in Haidhausen, das heißt, nur die Beiden besitzen das Schankrecht, können also Getränke weitergeben.

1713 – Pater Onuphrius erreicht die römische Anerkennung seiner Gemeinschaft

Walchensee * Das Interdikt, die Gottesdienstsperre, über die Hieronymitaner wird bald wieder

aufgehoben und Pater Onuphrius erreicht endlich die römische Anerkennung seiner Gemeinschaft. Im Gegenzug beginnt der Abt von Benediktbeuern nun ein Priorat unmittelbar neben den Klausen am Walchensee zu errichten, um die „Dahergelaufenen Waldbrüder“ auszuschalten.

11. April 1713 – Friedensverhandlungen von Utrecht ohne den Kaiser

Utrecht * Großbritannien nimmt mit Frankreich Friedensverhandlungen auf. Während Frankreich, England, Holland, Savoyen, Portugal und Preußen den Vertrag von Utrecht unterzeichnen, verweigert der kaiserliche Gesandte die Unterschrift.   Das spanisch-habsburgische Riesenreich wird nicht wiederhergestellt. Spanien bleibt in den Händen der französischen Bourbonen, darf aber keinesfalls mit Frankreich vereinigt werden. Die Spanischen Niederlande fallen an den Kaiser, Holland erhält einige Sperrfestungen gegenüber Frankreich und besetzt die Gegenküste zum Inselreich. Die italienischen Besitzungen Spaniens fallen an Österreich, Sizilien aber an das Haus Savoyen. Der baierische Kurfürst wird wieder - mit dem Rang eines neunten Kurfürsten - in seine Herrschaft und Länder - außer der Oberpfalz - eingesetzt. Die Erhebung Preußens zum Königreich wird anerkannt.

1714 – Kurfürst Joseph Clemens gründet in Lille eine Michaels-Bruderschaft

Lille * Kurfürst Joseph Clemens gründet in Lille eine Michaels-Bruderschaft.

20. Februar 1714 – Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Baiern geschlossen

München - Versailles * Zwischen dem baierischen Kurfürsten Max Emanuel und Frankreichs König Ludwig XIV. wird ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

6. März 1714 – Der Frieden von Rastatt

Rastatt * Da der Kaiser dem Frieden von Utrecht nicht beigetreten ist, bleibt der Oberrhein Kriegsschauplatz. Hier finden die Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser statt. Die beiden Heerführer, Prinz Eugen von Savoyen für den Kaiser und der französische Marschall Claude-Louis-Hector de Villars, führen ihre Verhandlungen im badischen Rastatt. Kaiser Carl VI. sieht sich dann aber gezwungen, auf der Grundlage des Utrechter Friedens den

Frieden von Rastatt abzuschließen. Das bedeutet, dass das Elsass bei Frankreich bleibt, Österreich dafür die Herrschaft über die Lombardei, Neapel und Sardinien behält. Kurfürst Max Emanuel wird wieder in seine Rechte und Ehren eingesetzt, ja selbst die Oberpfalz bekommt er wieder. Und er darf wieder nach Baiern zurückkehren; doch das stellt für ihn die am wenigsten wünschenswerte Option dar. Auch Sein Bruder Joseph Clemens, Kurfürst von Köln, kann wieder seine Funktionen ausüben.

1. August 1714 – Georg Ludwig von Hannover wird englischer König

London - Hannover * Die englische Königswürde geht gemäß den Bestimmungen des Act of Settlement an Georg Ludwig von Hannover über. Damit endete die Herrschaft des Hauses Stuart.

5. August 1714 – Die Vision der Maria Anna Lindmayr

München * Die erste schriftliche Niederlegung der Vision der Maria Anna Josepha a Jesu Lindmayr stammt von diesem Tag und wird von der Lindmayrin selbst verfasst. Im „Gelübde der drei Stände“ vom 17. Juli 1704 wird die Vision nicht einmal erwähnt. Das zeigt wie falsch es ist, dass auch in der aktuellen Literatur immer wieder darauf hingewiesen wird, dass der Bau der Dreifaltigkeitskirche und das damit verbundene Gelöbnis der drei Münchner Stände „zur Abwehr der Zerstörung Münchens im Spanischen Erbfolgekrieg“ auf Veranlassung der Maria Anna Lindmayr erfolgt sei.

1715 – Kurfürst Max Emanuel weist geduldete Juden aus

München * Nach seiner Rückkehr aus dem Exil ordnet Kurfürst Max Emanuel die Ausweisung der in Baiern geduldeten Juden an. Die Maßnahme knüpft an die seit dem 15. Jahrhundert bestehende Vertreibungspolitik an und steht im Zusammenhang mit dem Bestreben, die traditionelle katholische Ordnung im Herzogtum wiederherzustellen. Während des Spanischen Erbfolgekriegs sind einzelne jüdische Hoffaktoren und Händler aus wirtschaftlichen Gründen zeitweise geduldet gewesen. Die Ausweisung betrifft Einzelpersonen wie Hoffaktoren, Kaufleute und ihre Familien. Eine jüdische Gemeinde gibt es zu diesem Zeitpunkt nicht.

1715 – Der große baierischen Kinderhexenprozess in Freising

Freising * Der große baierischen Kinderhexenprozess geht in Freising, in zwei Teilen vonstatten. Die Bettelkinder Andre, genannt der Drudenfanger, und Lorenz werden unter der Beschuldigung, Ferkel und Mäuse hergezaubert zu haben, verhaftet. Die Verhöre ergeben weitere Beschuldigungen.

10. April 1715 – Max Emanuel zieht n aller Stille durch das Neuhauser Tor

München * Kurfürst Max Emanuel zieht nachts um 23 Uhr mit seiner Familie in aller Stille durch das Neuhauser Tor. Freudenbezeugungen sind zuvor verboten worden.   Der erneut in seine Herrschaftsrechte eingesetzte Kurfürst Max Emanuel trifft damit wieder mit seiner Familie zusammen. Er hat Großes mit seinen Söhnen vor und in seinem Exil beschlossen, dass drei seiner fünf Söhne in der Reichskirche untergebracht werden sollen: Philipp Moritz, Clemens August und Johann Theodor.

11. April 1715 – Kurfürst Max Emanuel lässt alle Juden aus dem Land weisen

München * Nachdem Kurfürst Max Emanuel aus seinem Exil wieder nach Baiern zurückgekehrt ist, lässt er alle Juden aus dem Land weisen. Dabei hat die Kurbaierische Landschaftsverordnung, die Vertretung der Landstände, in den letzten Monaten der kaiserlichen Besatzungsherrschaft auf jüdische Finanzmittel zurückgegriffen. Um den Abzug der kaiserlichen Besatzungstruppen zu beschleunigen, hat sie die ausstehenden kaiserlichen Forderungen und alle Landesausgaben übernommen. Diese Aufwendungen hat sich die Landschaftsverordnung von jüdischen Geldgebern finanzieren lassen. Als Gegenleistung gesteht man den Kreditgebern den freien Aufenthalt im Kurfürstentum bis zur Zurückzahlung der Schulden zu.

Mai 1715 – Die bestraften „Anführer des Volksaufstands“ werden begnadigt

München * Kurfürst Max Emanuel begnadigt zum großen Teil die bestraften „Anführer des Volksaufstands“ und setzt sie wieder in ihre Ämter ein.

Mai 1715 – Ignaz Haid kommt nach der Rückkehr des Kurfürsten wieder frei

München * Ignaz Haid wird anno 1706 zu lebenslanger Haft verurteilt. Auch er kommt nach der Rückkehr des Kurfürsten Max Emanuel wieder frei.

Mai 1715 – Hauptmann Matthias Mayer wird „ehrlich“ gesprochen

München * Hauptmann Matthias Mayer wird 1706 zu einer Haftstrafe verurteilt und kommt nach der Rückkehr des Kurfürsten Max Emanuel wieder frei. Er wird „ehrlich“ gesprochen und wieder in der baierischen Armee aufgenommen.

8. Mai 1715 – Joseph Clemens gründet in Berchtesgaden eine Michaels-Bruderschaft

Berchtesgaden * Kurfürst Joseph Clemens gründet in der Franziskanerkirche in Berchtesgaden eine Michaels-Bruderschaft.

21. November 1715 – Das Kloster am Lilienberg wird eine Benediktinerinnen-Niederlassung

Au * Die ersten zwei Klosternonnen vom Kloster Niedernburg treffen am Gaisberg ein. Maria Agnes Dascher wird als Priorin das Kloster leiten, Maria Antonia von Eiseneck als Wirtschaftsleiterin die Geschicke der Klostergemeinschaft lenken. Danach unterstellt man ihnen die sechs schon vorhandenen Nonnen und erhebt die Gemeinschaft zum Benediktinnerinnenkloster, für das sich bald der Name Lilienberg einbürgert.

29. Mai 1718 – Die Einweihung der Dreifaltigkeitskirche

München-Kreuzviertel * Die offizielle Weihe der Dreifaltigkeitskirche vollzieht der Freisinger Fürstbischof Franz von Eckher von Kapfenberg und Lichteneck. Das Gelöbnis der „drey Stände, Der Bürger, Edelleith, und gesamter Geistlichkeit“ vom 17. Juli 1704 ist damit endgültig erfüllt worden. Vierzehn Jahre hat es gedauert, wobei alleine die Suche nach einem geeigneten Bauplatz für die Dreifaltigkeitskirche über sieben Jahre in Anspruch nahm. Dabei standen insgesamt zwölf Bauplätze zur Diskussion.

2. September 1718 – Kurfürst Max Emanuel erteilt dem Pferdehändler Joseph Mändle Hofschu

München * Kurfürst Max Emanuel erteilt dem Pferdehändler Joseph Mändle als erstem Juden den Hofschutz und damit eine Aufenthaltsberechtigung in München. Die Geschäftsbeziehungen zwischen Mändle und Kurbaiern werden mit der Zeit immer intensiver.

1720 – Von England aus entwickelt sich ein neuer Gartenstil

Großbritannien * Von England aus entwickelt sich ein neuer Gartenstil. Philosophen, Dichter und Landschaftsmaler propagieren ein neues Persönlichkeitsbewusstsein und Naturgefühl. Landschaftsgärten entsprechen immer mehr dem neuen Gartenideal.

1721 – Die Anklage von Diebstahl in Hexerei umgewandelt

Freising * Der Jugendliche Veit Adlwart kommt unter Diebstahlsverdacht in Gewahrsam. Kurzfristig wandelt man die Anklage von Diebstahl in Hexerei um. Im weiteren Verlauf verhaften die Freisinger Behörden über 100 Personen, von denen die meisten jedoch wieder frei kommen.

5. Oktober 1722 – Kurprinz Carl Albrecht heiratet Erzherzogin Maria Amalia von Österreich

Wien * Der baierische Kurprinz Carl Albrecht heiratet in Wien die Erzherzogin Maria Amalia von Österreich, Tochter Kaiser Josephs I.. Zur Finanzierung der Hochzeitsfeierlichkeiten, aber auch für sonstige Luxusbedürfnisse des Hofes und zur Behebung der finanziellen Engpässe der kurfürstlichen Behörden gewährt der pfalz-sulzbachische Oberfaktor Noe Samuel Isaak aus Mergentheim dem Land gewaltige Finanzvorschüsse. Die Rückzahlung der Schulden wird in erster Linie einigen Salzämtern und der Landschaft übertragen. Auch der Wiener Oberhoffaktor und Bankier Simon Wolf Wertheimer wird Gläubiger des kurfürstlichen Hauses.

1723 – Der Rat der Stadt beschließt den Bau einer steinernen Brücke über die Isar

München * Der Rat der Stadt beschließt den Bau einer dauerhaften, steinernen Brücke über die Isar. Dabei sollen zwei getrennte Brücken und nicht mehr eine durchgehende Brücke entstehen.

1723 – Die Ratsgremien beschließen den Bau einer steinernen Brücke

München * Die Ratsgremien beschließen den Bau einer steinernen und damit dauerhaften Brücke über die Isar. Noch im gleichen Jahr beginnen die Arbeiten. Dabei soll jedoch nicht mehr ein durchgehender Flussübergang entstehen, sondern zwei getrennte Brücken unter Einbindung der Insel. Beginnen will man mit der Äußeren Brücke unter Einbeziehung des Auer Mühlbachs vom rechten Isarufer bis zur Insel, denn die Kleine Isar führt weniger Wasser als der linke Arm.

9. August 1723 – Simon Wolf Wertheimer wird zum geheimen Hofjuwelier ernannt

München * Kurfürst Max Emanuel ernennt den Wiener Oberhoffaktor und Bankier Simon Wolf Wertheimer zum geheimen Hofjuwelier. Wertheimer verlegt daraufhin den Schwerpunkt seiner Geschäftstätigkeit nach München. Joseph Mändle, Noe Samuel Isaak, Simon Wolf Wertheimer und Nathan Moyses, der dem Kurfürsten ebenfalls einen Kredit gewährt, werden die ersten kurbaierischen Hofjuden.

18. August 1724 – Johann Georg Messerer erhält die Weißbiergerechtigkeit

Au * Johann Georg Messerer erhält die Weißbiergerechtigkeit und bald darauf auch die Braunbier- und Branntwein-Ausschank-Gerechtigkeit. Messerer muss viel Geld in den Umbau des Hauses und die Urbarmachung seiner Gründe investieren. Die Falkenau ist noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine Isarau. Auch einige Häuser sind entstanden. Da aber Herzog Ferdinand Maria Innocenz, der Bruder des Kurfürsten Carl Albrecht, um das Jahr 1730 die Falkenau zur Hühnerjagd nutzen will, dürfen auf den öden Gründen keine weiteren Häuser errichtet werden. Man überlegt sogar, die vorhandenen Tagwerkerhäuser abzutragen, „weil in den Gebüsch der Auen allerhandt herrnlose Pursch und zimblich ybl renomiertes Angesindl zu großer Beschwerdte vnd besorglichen Unhäyls der ganzen Nachbarschaft“ sich aufhält.

25. Juli 1725 – Papst Benedikt XIII. adelt die Michaels-Bruderschaft

Rom - Berg am Laim * Papst Benedikt XIII. erhebt die St.-Michaels-Bruderschaft zur kurkölnischen Hof- und Erzbruderschaft. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet Violante Beatrice, eine Tante von Kurfürst Clemens August. Die jüngere Schwester seines Vaters Max Emanuel und Gemahlin des Gran Principe Ferdinando de’ Medici setzt sich bei einer päpstlichen Audienz für die Michaels-Bruderschaft ein. Sie hebt deren große Wirksamkeit hervor, die nach damaligem Verständnis „angetrieben vom katholischen Eifer den lutherischen Unglauben auszurotten“ bestrebt ist. Mit dieser Erhebung gewinnt Berg am Laim überregionale Bedeutung

und entwickelt sich zum Verwaltungszentrum eines Netzwerks von mehr als fünfzig Bruderschaftsfilialen in Kurbaiern sowie in den rheinisch-niederdeutschen und habsburgischen Ländern.

1732 – Das St.-Anna-Bündnis wird vom Lehel übertragen

München-Giesing * Das St.-Anna-Bündnis wird vom Hieronymiten-Kloster im Lehel nach Harlaching übertragen. Damit verlagert sich die organisierte Verehrung der heiligen Anna aus der Stadt in den Wallfahrtsort - ein deutliches Zeichen für die wachsende Bedeutung von St. Anna in Harlaching. Das Bündnis ist eine Vereinigung mehrerer Bürger aus München mit der Intention, „dass durch die Fürbitte der hl. Mutter Anna die größten Sünder sollten bekehrt werden“.

1734 – Die älteste Maulbeerallee in Deutschland

Heidelberg - Schwetzingen * In der klimatisch besser begünstigten Pfalz gibt es seit dem Jahr 1734 eine Seidenbaugesellschaft, die innerhalb von nur vier Jahren 12.000 Maulbeerbäume entlang der Straße zwischen Schwetzingen und Heidelberg anpflanzen lässt. Es dürfte damit die älteste Maulbeerallee in Deutschland sein. Da die Maulbeerbäume bei den Pfälzern nicht sonderlich beliebt sind, nennt man die Bäume im Volksmund „Zwing-uff“, also „aufgezwungene Bäume“.

August 1735 – Der Weg zur neuen Berg am Laimer Michaelskirche

Berg am Laim * Die Planungen für den Neubau der Michaelskirche in Berg am Laim beginnen. Da Kurfürst Clemens August durch seine Aufgaben in den Bistümern Köln, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn und Münster sowie in seiner Deutschordensresidenz Mergentheim stark beansprucht ist, überträgt er die Leitung des Bauvorhabens seinem Hofmarkverwalter in Berg am Laim und Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl. Spätestens zu diesem Zeitpunkt lässt Würnzl bei dem Augsburger Kupferstecher Simon Thaddäus Sondermayr einen Entwurf des geplanten Kirchenbaus veröffentlichen. Der Kupferstich dient als Grundlage für eine groß angelegte Sammelaktion im gesamten Heiligen Römischen Reich zur Finanzierung des Neubaus. In dem dazu verbreiteten Prospekt wird angekündigt, anstelle der bisherigen, zu klein gewordenen Erzbruderschaftskapelle St. Michael zu Josephsburg eine größere und repräsentativere Haupt- und Mutterkirche zu errichten. Möglicherweise basiert der veröffentlichte Entwurf auf einer Zeichnung Franz de Paula Würnzls selbst. Vorgesehen ist eine Kirche mit einer

Einturmfassade, die bereits die Bedeutung des geplanten Neubaus erkennen lässt.

11. Februar 1737 – Zustimmung aus Köln für die neue Michaelskirche

Köln - Berg am Laim * Der Kölner Erzbischof und Kurfürst Clemens August erteilt seine offizielle Zustimmung zum Neubau der Michaelskirche in Berg am Laim. Mit diesem wichtigen Schritt erhält das Bauvorhaben die notwendige kirchliche Legitimation. Anschließend bemüht sich Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl darum, auch das Konsilium der Erzbruderschaft von den Planungen zu überzeugen und dessen Unterstützung für das Vorhaben zu gewinnen.

6. September 1737 – Finanzielle Bedenken gegen das Bauvorhaben

Berg am Laim * Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl informiert die Mitglieder der Michaels-Bruderschaft über die Pläne für einen Neubau der Kirche in Berg am Laim. Da er jedoch die bereits laufende Sammelaktion zur Finanzierung des Vorhabens nicht offenlegt, stößt das Projekt auf Ablehnung. Die Verantwortlichen der Bruderschaft verweisen auf die begrenzten finanziellen Mittel und erklären, dass man mit den derzeit in der Kasse befindlichen 400 Gulden nicht in der Lage sei, ein derart umfangreiches Bauvorhaben zu verwirklichen. Statt eines vollständigen Neubaus halten sie eine Erweiterung der bestehenden Michaelskapelle für ausreichend.

25. September 1737 – Von den Widerständen unbeeindruckt

Berg am Laim * Von den Widerständen gegen das Bauvorhaben lässt sich Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl offenbar nicht beeindrucken. Er treibt die Vorbereitungen für den Neubau der Michaelskirche entschlossen voran und veranlasst die Anlieferung von Baumaterialien sowie die Errichtung von Bauhütten. Zu diesem Zeitpunkt liegen ja bereits die Baupläne des Architekten Johann Michael Fischer vor. Diese werden in enger Abstimmung mit François Cuvilliés überarbeitet und aktualisiert. Clemens August kennt Cuvilliés bereits von dessen Arbeiten an den Schlossbauten in Brühl und schätzt ihn als einen seiner bedeutendsten Baumeister. In Kurköln trägt Cuvilliés den Titel des Ersten Baumeisters.

22. Dezember 1737 – Machtkämpfe um den Neubau der Michaelskirche

Berg am Laim * Das Konsilium der Erzbruderschaft beauftragt Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl schließlich doch mit dem Abschluss eines Bauvertrags mit Johann Michael Fischer. Gleichzeitig lässt der Freisinger Fürstbischof Johann Theodor, Bruder des Bauherrn Clemens August, die Planungen in Berg am Laim heimlich überwachen. Mit dieser Aufgabe betraut er den Dekan der Münchner Peterskirche, Dr. Anton Cajetan von Unertl.

7. Februar 1738 – Widerstand des Münchner Maurerhandwerks

Berg am Laim * Nur drei Tage nach dem Abschluss des Bauvertrags zwischen der Erzbruderschaft und Philippus Jakobus Köglsperger regt sich Widerstand gegen dessen Ernennung zum verantwortlichen Baumeister. Das Münchner Maurerhandwerk wendet sich an den Rat der Stadt mit der Bitte, Köglsperger sämtliche Bautätigkeiten zu untersagen. Der Vorstoß verdeutlicht, dass die personellen Entscheidungen rund um den Neubau der Michaelskirche nicht unumstritten sind und bereits zu Beginn des Bauvorhabens Konflikte innerhalb des Baugewerbes auslösen.

28. Oktober 1738 – Freising fordert einen Finanzierungsnachweis

Berg am Laim * Der Geistliche Rat von Freising verlangt einen Bericht über die Finanzierung des Kirchenneubaus und die derzeit verfügbaren Gelder des Bruderschaftssekretärs Franz de Paula Würnzl.

März 1739 – Fischer übernimmt erneut die Bauleitung

Berg am Laim * Johann Michael Fischer übernimmt wieder die Bauleitung der Michaelskirche in Berg am Laim. Köglsperger arbeitet zunächst als Palier weiter, scheidet nach Konflikten mit Fischer jedoch auch aus dieser Funktion aus. Nach seiner Flucht aus München wird er in Freising wegen des Vorwurfs des Ehebruchs verhaftet.

27. Mai 1739 – Kostenaufteilung für die Erweiterung des Haidhauser Friedhofs

Haidhausen * Die Kosten für die Erweiterung des Haidhauser Friedhofs wird dreigeteilt. Ein Drittel soll die Hofmarkherrschaft, ein Drittel die Gemeinde und ein Drittel die Kirche bezahlen.

15. Juli 1739 – Ein Lattenzaun statt einer Mauer um den Friedhof?

Haidhausen * Maria Antonia von Pfitschenthal, die Haidhauser Hofmarkherrin, will für den Haidhauser Friedhof keine teuere Mauer, sondern nur ein Tüll, einen Lattenzaun. Dadurch würden die Kosten für sie, die Kirche und die Gemeinde massiv reduziert werden.

14. Juli 1741 – Maria Josepha Gräfin Fugger auf Zinneberg kauft die Falkenau

Au * Josef Anton von Kern verkauft den in der Au gelegenen Grundbesitz Falkenau an Fräulein Maria Josepha Gräfin Fugger auf Zinneberg. Diese kauft noch eine Wirtschaft dazu.

1744 – Von Harlaching zur Heiliggeist-Kirche

München-Graggenau * Die Gottesdienste des St.-Anna-Bündnisses werden wegen der weiten Entfernung Harlachings auf dem St.-Anna-Altar in der Heiliggeist-Kirche gehalten.

23. Januar 1744 – Fürstbischof Johann Theodor wird zum Bischof von Lüttich gewählt

Lüttich - Berg am Laim * Mit Unterstützung seines älteren Bruders Clemens August wird der Fürstbischof von Freising und Regensburg, Johann Theodor, zum Bischof von Lüttich gewählt. Auch bei der Wahl zum Bischof von Lüttich hat Clemens August - trotz seiner Ämterfülle - die besseren Chancen. Johann Theodor setzt sich gegen den ranghöheren Bruder nur deshalb durch, weil er sich standhaft weigert, in der neuen Berg am Laimer Michaelskirche die Kirchenweihe zu vollziehen. Der Regensburger und Freisinger Bischof Johann Theodor bekämpft gemeinsam mit dem Baumkirchner Pfarrer diesen Neubau. Die Wende kommt erst mit dem Verzicht Clemens Augusts auf das Bistum Lüttich zu Gunsten seines Bruders.

1. Mai 1744 – Neuer Streit um die kirchliche Zuständigkeit

Berg am Laim * Die noch unvollendete Michaelskirche in Berg am Laim wird durch den Baumkirchner Pfarrer Nikolaus Praschler benediziert und für den Gottesdienstgebrauch freigegeben. Nach der Übertragung des Bruderschaftsaltars und des Opferstocks aus der alten Hofkapelle untersagt das Freisinger Ordinariat deren Profanation. Damit flammt der bereits überwunden geglaubte Zuständigkeitsstreit zwischen Kurköln und Freising erneut auf.

24. August 1745 – Gräfin Maria Josepha Gräfin Fugger gerät in Zahlungsrückstand

Untergiesing * Die Gräfin Maria Josepha Gräfin Fugger auf Zinneberg gerät in Zahlungsrückstand. Josef Anton von Kern nimmt daraufhin den Besitz wieder unter seine Verwaltung, zahlt die bereits ausgezahlten 12.000 Gulden zurück und legt weitere 3.000 Gulden für die neue Wirtschaft drauf.

1746 – Das Faberbräu-Theater entsteht

München-Hackenviertel * Johann Paul Reiz, der Besitzer des Faberbräuhauses in der Sendlinger Straße, ließ im Hof seines Wirtshauses einen „Komödienstadel“ für Wander-Schauspieler-Truppen einrichten. Durch die Bereitstellung der stehenden Bühne machte er die Schauspieltruppen, die mit ihren Thepsiskarren durch München zogen, seßhaft. Zu Beginn waren es noch Gaukler und Komödianten, der Stärke über das Niveau der „Hanswurstiarden“ nicht hinaus ging. Humorvolles stand im Vordergrund. Im „Komödienstadel“ saßen die aus dem einfachen Volk stammenden Zuschauer an langen Biertischen und Bänken. Jedermann lebte und spielte lauthals mit den Komödianten, nebenbei wurde getrunken und gegessen. Unter einem Thespiskarren oder Thespiswagen versteht man den Wohnwagen wandernder Schauspieler oder für eine Wanderbühne. Der Name stammt von Thespis, dem ersten griechischen Tragödiendichter. Dies lässt sich jedoch nicht belegen.

1759 – August Joseph von Törring-Jettenbach wird Ehrenmitglied der Akademie der Wissensc

München * Graf August Joseph von Törring-Jettenbach wird Ehrenmitglied der neugegründeten Baierischen Akademie der Wissenschaften.

1762 – Rousseau: „Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten“

Genf * In seiner Publikation „Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechte“ schreibt Jean-Jaques Rousseau: „Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten“.

27. Januar 1763 – Kardinal Johann Theodor stirbt in Lüttich

Lüttich - Freising * Mit dem Tod des Kardinals und Fürstbischofs von Regensburg, Freising und

Lüttich, dem Wittelsbacher Herzog Johann Theodor, endet die öfter unterbrochene Regentschaft des Wittelsbacher Herrscherhauses in Freising.

1765 – Die Nymphenburger Porzellanmanufaktur beschäftigt 187 Personen

Schloss Nymphenburg * Die Nymphenburger Porzellanmanufaktur beschäftigt 187 Personen.

1766 – Montgelas' Unterrichtsschwerpunkte verschieben sich

Nancy * Mit der erfolgten Vertreibung und Enteignung der Jesuiten in Nancy geht die Leitung des Kollegs an ein weltgeistliches Gremium über. Seit dieser Zeit stehen Realien im Mittelpunkt des Unterrichts von Maximilian Joseph von Montgelas, also Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie und neue Sprachen.

20. August 1766 – Die erste Verfolgung eines Haberfeldtreibens

Miesbach - München * Der Gerichtspfleger von Miesbach leitet eine Untersuchung ein, die umgehend zur Inhaftierung von neun Haberern des Parsberger Treibens vom 1./2. April 1766 führt. Der folgende kurfürstliche Erlass vom 20. August 1766 stellte das erste Dokument der Verfolgung des Haberfeldtreibens durch die baierischen Behörden dar.

13. Oktober 1766 – Don Ferdinand von Sterzinger hält Reden gegen den Hexenwahn

München * Der Theatiner-Pater Don Ferdinand von Sterzinger hält eine Rede gegen den Hexenwahn. Sein Vortrag befasst sich mit „dem gemeinen Vorurteil der wirkenden und tätigen Hexen“. Er geht als Vertreter der Aufklärung gegen Aberglauben und Unwissenheit vor. Seine Schriften gegen Hexen sowie das Zauber- und Gespensterwesen bringen ihm grenzüberschreitende Achtung und Anerkennung ein. Der Theatinerpater bricht damit eine langwierige Diskussion vom Zaun, die als Baierischer Hexenkrieg bekannt wird. Im weiteren Verlauf streitet man in 28 Streitschriften um das Für und Wider. Als besondere Gegner des Theatinerpaters offenbaren sich die Benediktiner von Scheyern, deren Kreuzreliquie angeblich gegen Verhexung wirksam ist und die in der Demontage des Zauberei-Tatbestands ihr Geschäft mit den von ihnen vertriebenen heiligen Gegenständen gefährdet sehen. Doch Dank der Stellungnahme der Akademie der Wissenschaften kommt es in Churbaiern zu keinen

Hexenverfolgungen mehr. Auch in anderen süddeutschen Territorien erlahmen schließlich die Hexenverfolgungen.

26. Juni 1770 – Mozart erhält von Papst Clemens XIV. den Orden vom Goldenen Sporn

Rom-Vatikan * Wolfgang Amadeus Mozart wird durch Papst Clemens XIV. mit dem Orden vom Goldenen Sporn ausgezeichnet. Der Träger ist berechtigt, sich cavaliere, Chevalier oder Ritter zu nennen. Selbst der sonst so geschwätzige Leopold Mozart schweigt auffällig über die Auszeichnung seines Sohnes. Der Grund liegt bei den adeligen Ruperti-Rittern in Salzburg, die dem bürgerlichen musicus diesen gesellschaftlichen Aufstieg nicht vergönnen.

10. Oktober 1771 – Johann Nießer übernimmt das Faberbräu-Theater

München-Hackenviertel * Johann Baptist Joachim Nießer, ehemaliges Mitglied der Kurz'schen Schauspielertruppe, kehrt mit dem Ensemble nach München zurück und übernimmt die Leitung des Faberbräu-Theaters. Mit Unterstützung der Baierischen Akademie der Wissenschaften eröffnet er hier die Deutsche Schaubühne, was als ein „Markstein auf dem Weg zu einem Münchner Nationaltheater" gilt. Mit ausgebildeten Schauspielern finden seither regelmäßige Vorstellungen im Faberbräu statt. Der Publikumserfolg stellt sich bald ein, sodass er auch die Anerkennung des Grafen Seeau gewinnen kann. Durch das gebotene hohe Niveau der Schauspielkunst strömt nun auch die gehobene Münchner Bürgerschaft in Scharen in das Faberbräu-Theater. Dadurch erhöhen sich die Eintrittspreise, sodass sich das einfache Publikum den Theaterbesuch einfach nicht mehr leisten kann und so aus dem Kulturbetrieb verdrängt wird. Die Bürger der unteren Schichten suchen ihr Vergnügen nun wieder in den Bretterbuden und „Hanswurst-Theatern" in den Münchner Vorstädten.

21. Juli 1773 – Die Marianische Männerkongregation unter weltlicher Obhut

München-Kreuzviertel * Bis zur Auflösung der Gesellschaft Jesu durch Papst Clemens XIV. liegt die geistliche Leitung der Marianischen Männerkongregation unter jesuitischer Obhut. Die Betreuung geht nun auf Weltgeistliche über.

4. April 1775 – Die als Hexe verurteilte Anna Maria Schweglin soll hingerichtet werden

Kempten * Die zum Tode mit dem Schwert wegen Schadenszauber und Teufelsbuhlschaft verurteilte Hausmagd Anna Maria Schweglin aus Kempten soll hingerichtet werden. Sie gilt als die letzte hingerichtete bayerische Hexe. Doch sie stirbt - wie man erst 1995 entdeckt - anno 1781 im Gefängnis.

1. Mai 1776 – Johann Adam Weishaupt gründet den Geheimbund der Illuminaten

Ingolstadt * Der Ingolstädter Professor für Kirchenrecht und praktische Philosophie, Johann Adam Weishaupt, gründet den Geheimbund der Illuminaten, dem ein Großteil der baierischen Beamtenschaft, zahlreiche Mitglieder der Landstände und Geistliche angehören und dessen Ziel die Errichtung eines fürsten- und religionslosen Weltstaates ist. Die Vereinigung hat von den Freimaurern wesentliche aufklärerische Grundpositionen, Organisationsformen und Rituale übernommen. Weishaupts Motive bewegen sich durchaus in die Richtung eines gesellschaftspolitischen Umsturzes. Auch Maximilian Joseph von Montgelas gehört den Illuminaten unter dem Ordensnamen „Musäus“ an. Obwohl der Freiherr zum „Illuminatus maior“ aufsteigt, spielt er innerhalb des Geheimbundes nie eine größere Rolle.

4. Juli 1776 – Die europäische Aufklärung will den Menschen befreien

München * Freiherr Maximilian von Montgelas erfährt seine politische Prägung in der Zeit der Aufklärung, die der Philosoph Immanuel Kant als den Ausgang des Menschen aus seiner Unmündigkeit beschreibt. Die europäische Aufklärung will den Menschen emanzipieren und ihn von den geistigen und gesellschaftlichen, den kirchlichen und staatlichen Zwängen befreien. Ihre Philosophen und Publizisten sprechen dem Menschen eine gottgegebene Würde und natürliche Rechte zu: So auch das Recht, kraft seiner Vernunft und Dank seiner Erfahrung sein Leben zu gestalten. Außerdem soll der freie Mensch sich mit seinesgleichen zusammentun und die alten Gewalten - Monarchie und Aristokratie - in die Schranken weisen, wenn nicht sogar beseitigen. Die befreiten Menschen sollen eine neue Gesellschaft bilden und einen neuen Staat gründen, welcher die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen ermöglicht und somit dem Fortschritt Aller dient. In Amerika werden diese Gedanken in Taten umgesetzt, als sich am 4. Juli 1776 die dreizehn englischen Kolonien zu „freien und unabhängigen Staaten“ erklären. Die Grundlage bildete die Erkenntnis, dass alle Menschen gleich geschaffen, sowie von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet worden sind. Dazu gehört Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Freie und gleiche Menschen wählen sich eine Regierung, die, wenn sie nicht mehr ihre Zustimmung hat, durch eine andere ersetzt werden muss.

1777 – Ignaz Mayer kommt nach München

München * Die Familie des Ignaz Mayer kommt nach München, als Kurfürst Carl Theodor das Erbe der baierischen Regentschaft antritt. Er wird später dem erlauchten Kreis der Kreditgeber des baierischen Königs zählen. Alleine in den Jahren 1807 und 1808 gewährt er der königlichen Centralkasse Anleihen in Höhe von 100.000 Gulden.

1779 – Benjamin Thompson wird Mitglied der Royal Society

London * Benjamin Thompson wird Mitglied der Royal Society, der 1660 gegründeten Gelehrtengesellschaft Englands. Seinen Namen darf er jetzt mit dem Kürzel FRS [Fellow of the Royal Society] zieren.

1779 – Benjamin Thompson stattet britische Streitkräfte in den Kolonien aus

London * Benjamin Thompson wird zum Bevollmächtigten für die Ausstattung der britischen Streitkräfte in den Kolonien. Er kauft die Uniformen oder den Stoff, aus dem sie hergestellt werden, in London und verkauft sie der Armee in den Kolonien zum besten Preis, den er erzielen kann. Bei diesem höchst spekulativen Geschäft verdient Thompson sehr viel Geld.

1779 – Thompson wird Mitglied der Britischen Akademie der Wissenschaften

London * Benjamin Thompson wird Mitglied der Königlichen Britischen Akademie der Wissenschaften.

5. Juli 1779 – Ernestine Rupertina Walburga von Arco wird geboren

Oberköllnbach * Ernestine Rupertina Walburga Gräfin von Arco, die spätere Ehefrau von Maximilian Joseph Freiherr wird von Montgelas, wird in Oberköllnbach geboren. Ihr Vater, Ignatz Graf von Arco, ist der Sprecher der Baierischen Landschaft, mit dem Montgelas bereits vor seinem Weggang von München zusammengearbeitet hat. Ihre Mutter, Antonia Rupertina Gräfin von Trauner, ist eine Nichte seiner Mutter, Maria Ursula Gräfin von Trauner. Sie ist die Schwester von Carl Graf von Arco, dem Hof- und Generalkommissär in Tirol sowie Ludwig Graf von Arco, der die Witwe Carl Theodors, Maria Leopoldine von Österreich-Este heiraten wird.

1781 – Anna Maria Schweglin stirbt im Gefängnis

Kempten * Die Hausmagd Anna Maria Schweglin aus Kempten, die 1775 zum Tode mit dem Schwert wegen Schadenszauber und Teufelsbuhlschaft verurteilt wurde, stirbt im Gefängnis. Sie gilt als die letzte hingerichtete bayerische Hexe. Ihr Tod im Gefängnis wird erst 1995 entdeckt.

1781 – 4.243 Militärpersonen sind in München stationiert

München * Die Zahl der in München stationierten Militärpersonen beträgt 4.243. Die Mannschaften sind in Kasernen unergebracht.

1781 – Der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen

Königsberg * Immanuel Kant veröffentlicht seine „Kritik der reinen Vernunft“. Doch auch wenn Immanuel Kant in seinen Aufsätzen schreibt: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, so bleiben solche Gedankengänge in Europa noch lange Zeit pure Theorie. Doch auch hier ändert die Aufklärung sowie der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik - langsam - das Weltbild. Die Welt wird plötzlich erklärbar. Für viele Phänomene, die man zuvor dem direkten Eingreifen Gottes zugeschrieben hat, findet man jetzt logische Erklärungen. So macht beispielsweise die Erfindung des Blitzableiters den bislang üblichen Wettersegen überflüssig. Damit waren die Zeiten, in denen der Blitz als Zeichen oder gar als Strafe Gottes galten, endgültig vorbei. Schriftsteller der Aufklärung, darunter Lorenz Westenrieder, versuchen die neuen Denkanstöße in zahlreichen Artikeln zu verbreitern. Sie benutzen dazu die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften und Journale, aber auch Flugschriften. Westenrieders Schriften widersprechen oft der Lehrmeinung der katholischen Kirche und werden deshalb verboten. Und selbst wenn die verbreiteten Denkansätze zum Teil die Unterstützung des Kurfürsten finden, so sollen die Inhalte - schon aus reinen Machterhaltungsbestrebungen heraus - kanalisiert werden. Die Gedanken der Aufklärung zu Ende gedacht ,bedeuten diese aber auch, dass sich die Menschen früher oder später nicht mehr in ihre Untertanenrolle fügen, sondern die Teilnahme am politischen System einfordern werden. Das ist der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen.

1783 – Lorenz Westenrieder lobt das Hofkrankenhaus am heutigen Kolumbusplatz

Au * Lorenz Westenrieder lobt das Hofkrankenhaus am heutigen Kolumbusplatz in seinen

Beschreibungen des kf. Gerichts Au in den schillerndsten Farben: „Es hat für epidemische Kranheiten eine vortreffliche Lage an einem reinen Isarkanal, genießt der gesündesten Luft, und hat eine musterhafte Einrichtung. Anfangs waren fünf Krankenzimmer, jedes mit sieben Betten vorhanden, wozu aber durch die Sorgfalt des itzigen Pflegers im Jahre 1782 von großmüthigen Gutthätern noch zwey schöne Zimmer mit 14 Betten errichtet wurden, welche zuverläßig unter die reinlichsten, und niedlichsten Krankenzimmer in ganz Deutschland zu rechnen sind“.

1784 – Baron von Aretin verkauft sein Grundstück an Kurfürst Carl Theodor

Schwabing * Nachdem Baron Carl Albert von Aretin eine Erbschaft macht, verkauft er sein Grundstück in der Schwabinger Hayd, auf dem später Schloss Biederstein entstehen wird, an Kurfürst Carl Theodor.

1784 – Beschwerden wegen der Anwesenheit der Juden

München * In München leben inzwischen 119 Juden. Zugleich häufen sich Beschwerden der Bürgerschaft über ihre Anwesenheit.

22. Juni 1784 – Kurfürst Carl Theodor verbietet die Illuminaten

München * Kurfürst Carl Theodor verbietet alle Communitäten, Gesellschaften und Verbindungen, die ohne seine landesherrliche Bestätigung gegründet worden sind. Damit wird auch der Geheimbund der Illuminaten verboten und seine Mitglieder mit der Verfolgung und Amtsenthebung bedroht. So kommt auch Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas auf die Schwarze Liste. Auch wenn er nie persönlich verfolgt wird, so ist das Vertrauen Carl Theodors in Montgelas zerstört und damit seine Karriere am Hof des Kurfürsten am Ende. Seine Aussichten auf eine fest besoldete Stelle ist dadurch in weite Ferne gerückt.

1785 – Planungen, die Au als Carlsvorstadt nach München einzugemeinden

München - Au * Um die Auer der polizeilichen und wirtschaftlichen Kontrolle der Stadt zu unterwerfen entsteht der Plan die Au als Carlsvorstadt nach München einzugemeinden.

1785 – Baiern erhält eine Nuntiatur

Rom-Vatikan - München * Der Heilige Stuhl richtet im Kurfürstentum Baiern eine Nuntiatur ein. Sie bleibt die Einzige auf deutschem Gebiet, bis ihr im Jahr 1920 in der Reichshauptstadt Berlin eine zweite päpstliche Gesandtschaft folgt.

1785 – Montgelas wird Mitglied der baierischen Akademie der Wissenschaften

München * Maximilian Joseph von Montgelas wird Mitglied der baierischen Akademie der Wissenschaften.

18. Juni 1785 – Die Mitgliedschaft bei den Illuminaten ist unvereinbar mit dem Glauben

Rom-Vatikan - Freising * Papst Pius VI. erklärt erstmals in einem Brief an den Bischof von Freising, dass die Mitgliedschaft bei den Illuminaten unvereinbar mit dem katholischen Glauben ist. Diese Auffassung unterstreicht er in einem weiteren Brief vom 12. November 1785 an den selben Empfänger.

1786 – Peter Paul Maffei wird als Bürger in München aufgenommen

München * Der aus Trient stammende Glockengießersohn Peter Paul Maffei wird als Bürger und Handelsmann in München aufgenommen. Der Neubürger heiratet Walburga Mayer, die 5.400 Gulden als Aussteuer in die Ehe mitbringt. Er selbst hat 2.000 Gulden und den ausgeprägten Willen, dieses Vermögen zu vermehren. Als Tabakfabrikant in der Bruderstraße im Lehel, mit der er jährlich 25.000 Gulden Gewinn erwirtschaftet, und mit seinen Einkünften als Großhändler bringt es Maffei zu einem ansehnlichen Vermögen.

1788 – Piaggino will ein Arbeitshaus für beschäftigungslose Menschen errichten

München - Au * Auf Initiative des Hofkammerrats Joseph Maria Friedrich Piaggino soll in München ein Arbeitshaus für beschäftigungslose arme Menschen errichtet werden. Doch staatliche und städtische Stellen wollen kein Geld für dieses Projekt bereitstellen. Stattdessen wird Piaggiono aufgefordert, selbst einen Vorschuss in Höhe von 8.000 Gulden zu leisten. Als Gegenleistung soll er die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über alle Gewinne der Anstalt haben - und natürlich auch für alle Verluste haften.

4. November 1788 – Erste Kunstausstellung der Zeichnungsakademie

München-Graggenau * Im Galeriegebäude am Hofgarten wird die erste Kunstausstellung der Zeichnungsakademie, einer Vorläuferin der späteren Kgl. Akademie der bildenden Künste, abgehalten.

Dezember 1788 – Vertrag zur Errichtung eines Arbeitshauses geschlossen

München - Au * Zwischen Hofkammerrat Joseph Maria Friedrich Piaggino und der Oberlandesregierung wird ein Vertrag zur Errichtung eines Arbeitshauses für beschäftigungslose arme Menschen geschlossen.

12. Januar 1789 – Flächendeckende Pflanzung von Maulbeerbäumen im Englischen Garten

München * Kurfürst Carl Theodor erlässt eine Landesverordnung zur Seidenraupenzucht und Seidenraupenmanufaktur, da man sich von diesem Landwirtschaftszweig eine wirksame Maßnahme zur Beschaffung von Arbeit erhofft. Der neue Militärgarten an der Schönfeldstraße, im damals neu entstehenden Theodors-Park, dem Englischen Garten, soll zum Aufzuchtgebiet für flächendeckende Pflanzungen mit Maulbeerbäumen werden. Im Zuge der ersten Maßnahmen zur Entfestigung der Stadt werden Maulbeerbäume außerdem „um die ganze Stadt herum“ angepflanzt.

2. März 1789 – Thompsons Vorschlag für ein Militärisches Arbeitshaus wird angenommen

München * Vermutlich aus Kostengründen entscheidet sich Kurfürst Carl Theodor für Thompsons Vorschlag für ein Militärisches Arbeitshaus und ordnet die Errichtung „einstweilen in jeder Stadt und Garnison, in Zukunft aber sobald thunlich in jedem beträchtlichen Orte“ an. Militärische Arbeitshäuser entstehen aber nur in München und Mannheim. Die Arbeitshäuser sollen folgenden Zwecken dienen: Der Beschäftigung von Armen und Bettlern. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für verarmte Angehörige der unterständigen Schichten. Nicht an Arbeit gewöhnte Menschen sollen in diesen Anstalten die Arbeitsfähigkeit erlernen. Gleichzeitig sollen Armenverwaltungen eingerichtet werden, die die „Hausarmen“ erfassen und in die Arbeitshäuser einweisen.

April 1789 – Urheberstreit über das Arbeitshaus-Projekt

München - Au * Hofkammerrat Joseph Maria Friedrich Piaggino gibt seine Pläne zur Errichtung eines Arbeitshauses für beschäftigungslose arme Menschen auf. In der Folge kommt es zwischen Piaggino und Sir Benjamin Thompson zur Auseinandersetzung über die Urheberschaft des Arbeitshausplanes.

13. August 1789 – Der Auftrag zur umgehenden Verwirklichung des Englischer Gartens

München-Englischer Garten - Hirschanger * Kurfürst Carl Theodor unterzeichnet ein Dekret, wonach er „den hiesigen Hirsch-Anger [...] zur allgemeinen Ergötzung für Dero Residenzstadt München herstellen zu lassen, und diese schönste Anlage der Natur dem Publikum in ihrem Erholungs-Stunden nicht länger vor zu enthalten gnädigst gesonnen“ sei. Sir Benjamin Thompson erhält den Auftrag, den Landschaftspark unverzüglich zu verwirklichen. Der geplante Volksgarten wird zunächst Theodors-Park, später Englischer Garten genannt.

1790 – Die Münchner und die Auer Armenpflegschaft wird vereinigt

München - Au * Die Münchner und die Auer Armenpflegschaft wird wegen der chronisch leeren Kasse der Auer Gemeinde vereinigt.

1790 – Kurfürst Carl Theodor führt den Illuminateneid ein

München * Kurfürst Carl Theodor führt den sogenannten Illuminateneid ein. Jeder Beamte und Geistliche muss versichern, dass er keiner geheimen Gesellschaft angehört. Zusätzlich gibt es Inquisitorische Untersuchungsverfahren gegen verdächtige Personen und Gruppen. Es herrscht „eine gewisse finstere Stimmung in Baiern, jener ähnlich, welche zu den Zeiten der Hexenprozesse durch ganz Deutschland geherrscht hatte. Der geringste Verdacht, die unbedeutendste Veranlassung reichte hin, um für einen Illuminaten gehalten zu werden“.

1790 – Südlich des Chinesischen Turms entsteht die Chinesische Wirtschaft

München-Englischer Garten - Lehel * Die Aufbauarbeiten am Chinesischen Turm sind abgeschlossen. Südlich des China-Turms entsteht die Chinesische Wirtschaft. Es ist ein Rechteckbau mit vier niedrigen Eckpavillons, sowie Haupt- und Nebengebäuden aus Holz mit den charakteristisch geschweiften Dächern. Im Inneren befindet sich sogar ein

„Porcellain-Zimmer“.

1790 – Der Gotische Pavillon im Englischen Garten entsteht

München-Englischer Garten - Lehel * In der Nähe der Wirtschaft des Chinesischen Turms entsteht der Gotische Pavillon. Der Holzbau wird von der Münchner Bevölkerung ebenso exotisch und bizarr betrachtet wie die chinesische Baukunst. Er verschwindet - wie die meisten Holzkostruktionen - bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

1790 – Ein Bierausschank für die im Englischen Garten beschäftigten Arbeiter

München-Englischer Garten - Schwabing * An der ursprünglichen nördlichen Grenze des Englischen Gartens befinden sich zwei kleine Holländische Bauernhäuser, die dem Parkwächter Josef Tax als Wohnung dienen. Er hält Kühe und Esel und betreibt außerdem einen Bierausschank für die im Englischen Garten beschäftigten Arbeiter und Tagelöhner. Damit legt er den Grundstein für das später so beliebte Ausflugslokal Kleinhesselohe, das anfangs im Volksmund auch Kleines Eselsloch genannt wird.

1790 – Die Schwaige mit den Ökonomiegebäuden wird erbaut

München-Englischer Garten - Lehel * Zwischen 1790 und 1791 wird die Schwaige mit den Ökonomiegebäuden hinter dem Gasthaus am Chinesischen Turm nach Plänen von Johann Baptist Lechner erbaut. Sie sind „zur Errichtung einer sogenannten Schweizerey [Hornviehzucht] von wenigstens 60 Stücken bestimmt“.

1. März 1790 – Kurfürst Carl Theodor übernimmt das Reichsvikariat

Wien * Nach dem Tod Kaiser Josephs II. übernimmt Kurfürst Carl Theodor das Reichsvikariat. Er führt damit die laufenden Geschäfte bis zur Wahl beziehungsweise Krönung des neuen Kaisers.

14. Juli 1790 – Dank- und Huldigungsadresse der Bürgerschaft an den Kurfürsten

München * Um den immer lauter werdenden Klagen über den „Missbrauch der Fürstenmacht“

und die „Missachtung der Bürgersorgen“ die Wirkung zu nehmen, tritt Benjamin Thompson die Flucht nach vorne an. Er organisiert für den ersten Jahrestag des Sturmes auf die Bastille eine öffentliche Dank- und Huldigungsadresse an den Kurfürsten. Zu diesem Zwecke lässt er eine Druckschrift vorbereiten, die im Namen anonymer Bürger - in einer äußerst unterwürfigen Formulierung - die Reformmaßnahmen des vergangenen Jahres preisen und Kurfürst Carl Theodor als „Quelle aller wahrhaft bürgerlichen Glückseligkeit“ hervorhebt. Damit verletzt der Amerikaner die „magistratische Alleinvertretungskompetenz in Angelegenheiten der Bürgerschaft“. Der Magistrat, den man bei der Formulierung der Adresse übergangen hat, sieht sich in seiner verfassungsrechtlichen Position als Sprecher der Bürger verletzt und distanziert sich von dem ganzen Vorgang.

21. Juli 1790 – Gegen die Danksagung der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten

München * Der Rat der Stadt befasst sich mit der gedruckten Danksagung der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten. Der Magistrat verwehrt sich in keinster Weise gegen einen Dank für die neue Armeneinrichtung oder die Militärakademie, lehnt aber eine generelle Danksagung ab. Außerdem sollte die Danksagung aus eigenem Antrieb erfolgen und nicht „durch einen besonderen Auftrag“.

27. Juli 1790 – Die Huldigungsadresse der Münchner Bürgerschaft wird veröffentlicht

München * Die vermutlich von Sir Benjamin Thompson verfasste - aber anonym unter dem Datum vom 14. Juli 1790 erschienene - allgemeine „Dank- und Huldigungsadresse der Münchner Bürgerschaft“ an den Kurfürsten, kommt in der Stadt in Umlauf. Außerdem sieht sich der Magistrat mit einer weiteren von Thompson veranlassten Druckschrift konfrontiert, in der er den „Undank“ der Stadträte anprangert.

28. Juli 1790 – Der Magistrat greift die verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn an

München * Der Magistrat, den man bei der Formulierung der „allgemeinen Dank- und Huldigungsadresse der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten“ übergangen hat, sieht sich in seiner verfassungsrechtlichen Position als Sprecher der Bürger verletzt und distanziert sich von dem ganzen Vorgang. Der Magistrat verbreitet eine Rechtfertigungsschrift, in welcher er die Intrige Sir Benjamin Thompsons aufdeckt und eine „Verbindung zwischen einer verfehlten Regierungspolitik und den revolutionären Vorgängen in Frankreich“ herstellt.

22. Dezember 1790 – Kurfürst Carl Theodor verweigert die Bestätigung der Wahlmänner

München * Bei der turnusmäßig vorgenommenen Neuwahl der Stadträte verweigert Kurfürst Carl Theodor die Bestätigung der Wahlmänner und überträgt bis auf Weiteres die Führung der magistratischen Geschäfte einer landesherrlichen Kommission. Die Verfasser der Flugschrift werden lebenslang von den Ratsgeschäften ausgeschlossen.

1791 – Titel in Hülle und Fülle

München * Sir Benjamin Thompson führt nachstehende Titel: „Exzellenz Sir Benjamin Thompson Ritter, Seiner Kurfürstlichen Durchlaucht zu Pfalzbaiern Kämmerer, Wirklicher Geheimer Rat, Generalmajor der Kavallerie und Generalleibadjutant, des Kgl. Polnisch Weißen Adlers- und Stanislausordens Ritter, der Kgl. Gesellschaft zu London, der Kgl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin, der Kurfürstlichen Akademie der Wissenschaften zu Mannheim und zu München und der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften Mitglied“.

18. März 1791 – Maßnahmen zur Niederlegung der Stadtmauer werden eingeleitet

München * Kurfürst Carl Theodor leitet den Wandel Münchens von der befestigten barocken Residenzstadt zu einer offenen und modernen Hauptstadt ein. Er beauftragt dazu Sir Benjamin Thompson „das Neuhauser Thor so herzustellen, daß die bißherigen Umwege und engen Durchgänge gänzlich vermieden, und der Thorweeg in gerader Linie mit der Neuhausserstrasse über den Wall und bis auf den Punkt, wo sich die Augsburger und Landsberger Strassen trennen, geführt werde“. Damit wird die erste, von staatlichen Behörden geplante und vom Kurfürsten sanktionierte Maßnahme zur Niederlegung eines bedeutenden Teilstückes der barocken Festungswerke eingeleitet. Es hat eine für die Stadtentwicklung Münchens herausragende Bedeutung, deren zukunftsweisenden Aspekte man damals in ihrer Gesamtheit noch gar nicht erkennen kann. Zur Realisierung dieses Vorhabens muss die Neuhauser-Bastion eingeebnet, der Festungsgraben verfüllt und eine Fahrstraße mit Fußwegen auf beiden Seiten über das planierte Gelände hergestellt werden. Damit entsteht unmittelbar vor dem Stadttor ein großer Platz. Thompson lässt darüber hinaus auch einen ausgedehnten Sektor der Fortifikationen im Westen der Altstadt mit Wall und Graben niederlegen, sodass das eingeebnete Festungsgelände vom heutigen Lenbachplatz bis zur Herzogspitalstraße reicht. Damit wird eine breite Lücke in das System der Münchner Fortifikation geschlagen und so die Festungseigenschaft der Stadt aufgehoben.

9. Mai 1791 – Carl Theodor will nichts tun, was gegen das Wohl der Stadt gerichtet ist

München * Kurfürst Carl Theodor dementiert die Gerüchte, wonach die ganze Stadt entfestigt werden soll und versichert, er werde nichts tun, was gegen das Wohl der Stadt gerichtet sei. Gleichzeitig zeigt er sich über den Bürgerprotest verwundert, „da es ja gerade die Bürgerschaft gewesen ist, die im Jahre 1612, bei der Projektierung der neuen Wallanlage, sich gegen diese mit der Begründung aufgelehnt hätte, die neue Befestigung würde einst, bei veränderter Kriegsführung, unnütz und unbrauchbar“.

21. Mai 1791 – Auf den Knien Abbitte leisten

München * Die Verfasser der Rechtfertigungsschrift des Magistrats vom 28. Juli 1790 werden lebenslang von den Ratsgeschäften ausgeschlossen. Die übrigen an der Aktion Beteiligten müssen in der Herzog-Maxburg - wie gewöhnliche Verbrecher - vor dem Porträt des Kurfürsten auf den Knien Abbitte für ihr Vorgehen leisten. Das gilt als ungeheure Schmach und stellt einen Tiefpunkt in der Geschichte des städtischen Ratsgremiums dar.

1792 – Montgelas: „Ausweitung der grundlegenden Rechte auf alle Klassen“

München * Unter dem Eindruck der „Französischen Revolution“ schreibt Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas an seinen Münchner Freund, Maximilian Joseph Clemens Graf von Seinsheim: Er wünscht sich „eine gerechtere Vertretung, eine Ausweitung der grundlegenden Rechte auf alle Klassen der Gesellschaft, gleiche Besteuerung ohne jede Unterscheidung“.

1. April 1792 – Die Gaststätte beim Chinesischen Turm wird eröffnet

München-Englischer Garten - Lehel * Die Gaststätte beim Chinesischen Turm wird eröffnet. Damit steht die Gartenanlage endlich der Öffentlichkeit zur Verfügung.

20. April 1792 – Frankreich erklärt Österreich und seinen Verbündeten den Krieg

München * Die französische Nationalversammlung erklärt Österreich und seinen Verbündeten den Krieg, um so die Errungenschaften der Revolution auch in den anderen Ländern durchzusetzen. Das Kurfürstentum Baiern versucht anfangs bei diesem Ersten

Koalitionskrieg neutral zu bleiben.

Juli 1793 – Ausweitung der Zwangsaushebungen

München * Die Zwangsaushebungen zur Rekrutierung der Soldaten wird auf „liederliche Ehemänner [...] welche wegen ihrer verschwenderischen Hauswirthschaft und öfters corrigirt- oder fruchtlos ermahnten Schwärmerey und Liederlichkeit Weib und Kinder in das Verderben stürzen“ ausgeweitet.

11. Dezember 1793 – In Paris wird der erste moderne öffentliche Zoo eröffnet

Paris * In Paris wird mit der Ménagerie du Jardin des Plantes der erste dauerhafte und moderne öffentliche Zoo eröffnet. Er ist aus der Französischen Revolution hervorgegangen. Die Tiere werden aus aufgelösten königlichen Menagerien (z. B. Versailles) hier zusammengeführt.

3. Dezember 1794 – Die Altgesellen solidarisieren sich

München * Die Altgesellen von 21 Zünften fordern die Zurücknahme des Urteilsspruchs gegen die verhafteten und zum Militärdienst verurteilten Schlossergesellen.

15. Dezember 1794 – Gesellen von 30 Zünften treten in den Streik

München * Nachdem der Magistrat und die inzwischen eingeschaltete Regierung die bis zu einem endgültigen Urteil geforderte Freilassung der inhaftierten Schlossergesellen verzögerten, treten die Gesellen von insgesamt dreißig Zünften in den allgemeinen Streik. Der Kurfürst lässt ihnen daraufhin mitteilen, dass er in der Sache nicht nachgeben wird und sich die Gesellen umgehend an die Arbeit begeben und Gehorsam zeigen sollen.

17. Dezember 1794 – Der Streik der Gesellen und Meister eskaliert

München * Gesellen und Meister nehmen Ratsmitglieder im Rathaus fest und ziehen protestierend zur Residenz. Kurfürst Carl Theodor sieht sich zum Nachgeben gezwungen und gesteht den Handwerkern die Erfüllung ihrer Forderungen sofort zu. Die Inhaftierten werden

umgehend in die Freiheit gelassen.

6. Januar 1795 – Die Vorzüge und Nachteile der Braut werden ausführlich beschrieben

Mailand * Graf Maximilian Wunibald von Waldburg-Zeil und Trauchburg trifft als von Kurfürst Carl Theodor beauftragter Brautwerber in Mailand ein. Die Braut, Maria Leopoldine, erhält ein reich mit Brillanten verziertes Porträt ihres künftigen Ehemannes. Carl Theodor erhält einen Bericht seines Beauftragten, in dem die Vorzüge und Nachteile der Braut ausführlich beschrieben werden. Ihr Aussehen und ihre Charaktereigenschaften hebt der Brautwerber hervor, sodass der „kleine Defekt“ nicht ins Gewicht fällt: ihr linkes Bein war etwas kürzer als das rechte. Doch die Braut könne ohne Schwierigkeiten spazieren gehen und auch sei „im Tanzen von einer Ungemächlichkeit nicht das mindeste“ erkennbar. Durch eine Erhöhung des linken Stöckels an den Schuhen konnte dieser „Mangel“ letztlich aufgehoben werden.

12. März 1795 – Bitte um Abschaffung der freien Ausfuhr des Getreides

München * Eine Delegation der Bürgerschaft und des Magistrats bittet den Kurfürsten um Abschaffung der freien Ausfuhr des Getreides. Da der fürs Finanzwesen zuständige Geheime Rat Stephan Freiherr von Stengel trotz der Beschwerden am Prinzip der freien Ausfuhr festhält, taucht in der selben Nacht ein aufrührerisches Flugblatt auf, dass den Freiherrn an den Galgen wünscht.

23. September 1795 – Einige Hundert verärgerte Münchner fordern eine Getreide-Ausfuhrsperr

München • Nachdem zwei Tage zuvor das Gerücht in Umlauf gesetzt worden war, dass mehrere Tausend Scheffel Getreide ausgeführt werden sollen, versammeln sich einige Hundert verärgerte Menschen vor dem Rathaus und fordern vom Magistrat das energische Eintreten für eine Getreide-Ausfuhrsperre. Eine Delegation begibt sich zum Kurfürsten, der wegen der Vorgänge einen Theaterbesuch absagen muss und schon deshalb zu hartem Vorgehen entschlossen ist. Er lässt seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzen, die Stadttore verschließen und in den Straßen berittenes Militär patroullieren. Auf Vermittlung der Kurfürstin-Witwe Maria Anna empfängt Carl Theodor die Delegation. Obwohl der Kurfürst die Verhandlungen verzögern möchte, können die Bürgervertreter dennoch Sofortmaßnahmen durchsetzen.

4. Dezember 1795 – Carl Theodor akzeptiert das aufständische Verhalten der Bürger nicht

München * Trotz seiner Nachgiebigkeit ist der Kurfürst nicht gewillt, das aufständische Verhalten der Münchner Bürgerschaft zu akzeptieren. Eigens lässt er die Dragoner und das Leibregiment der verstorbenen Kurfürstin Elisabeth Auguste von Mannheim nach München verlegen. Außerdem werden vier Verdächtige und als Revolutionsfreunde denunzierte Handwerker verhaftet. Sie waren angeblich die Haupträdelsführer der Vorgänge im 23. September 1793.

9. Dezember 1795 – Appell an die Großmut und Gnade des Kurfürsten

München * Der Stadtmagistrat appelliert an die Großmut und Gnade des Kurfürsten und bittet um Freilassung der vier als Haupträdelsführer verhafteten Handwerker.

9. Januar 1796 – Die vier Haupträdelsführer werden ohne Gerichtsurteil freigelassen

München * Da sich die Vorwürfe gegen die vier als Haupträdelsführer verhafteten Handwerker nicht erhärten lassen, werden sie ohne Gerichtsurteil wieder freigelassen.

12. Januar 1796 – Eine Polizeioberdirektion für München und die Au wird eingerichtet

München - Au * In einem Mandat macht Kurfürst Carl Theodor deutlich, dass er Ereignisse wie im vergangenen Herbst (23. September 1795) nicht mehr tolerieren wird. Es wird eine Polizeioberdirektion für München und die Au eingerichtet. Neben der Verhaftung von Verbrechern hat die Polizeioberdirektion die Aufgabe „alle tumultuarischen Aufläufe, Rumoren, und dergleichen sogleich mit aller Thätigkeit abzustellen, [...] vorzüglich aber auch den für die allgemeine Ruhe und Sicherheit verdächtigen, geheimen, oder öffentlichen Zusammenkünften mit aller Wachsamkeit nachzuspüren, und selbe gleich bey ihrem ersten Entstehen mit allem Ernste, jedoch auch mit der hiebey benöthigten Klugheit und Vorsichtigkeit zu zernichten“. Zu diesem Zweck soll die Polizeioberdirektion regelmäßige Kontrollstreifen und Hausdurchsuchungen in München und der Au durchführen. 32 Mann Polizeiwache stehen ihr dafür zur Verfügung.

13. August 1796 – Graf Rumford wieder in München

München * Graf Rumford trifft wieder in München ein. Inzwischen hat Kurfürst Carl Theodor eine

Kriegsdeputation unter dem Vizekanzler Franz von Pettenkofer und ein Landesdirektorium unter der Leitung des Freiherrn von Hertling eingerichtet. Damit können für die Kriegsdauer bei Abwesenheit des Herrschers die Staatsgeschäfte wahrgenommen werden.

22. August 1796 – Kurfürst Carl Theodor flieht als Graf von Haag nach Pillnitz

München - Schloss Pillnitz * Kurfürst Carl Theodor flieht - mit kleinem Gefolge und inkognito unter dem Namen eines Grafen von Haag - über Altötting, Linz und Prag nach Schloss Pillnitz, das von der sächsischen Verwandtschaft zur Verfügung gestellt wird.

September 1796 – Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken flieht ins preußische Ansbach

Mannheim - Ansbach * Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken muss aus Mannheim fliehen und begibt sich - auf Einladung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. - in das seit dem Jahr 1791 preußische Ansbach. Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas übernimmt die Leitung der Geschäfte und macht sich bald zum unentbehrlichen Ratgeber und Vertrauten des Herzogs.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Baiern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der baierischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Baiern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbaiern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Oberaufsicht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges

Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein baierisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

6. Oktober 1796 – Das Landesdirektorium wird vom Kurfürsten wieder entlassen

München * Kurfürst Carl Theodor entlässt das Landesdirektorium, das in seiner Abwesenheit die Regierungsgeschäfte führte, wieder aus seiner Verantwortung.

10. August 1797 – Franz Xaver Zacherl heiratet Maria Elisabeth Schmederer

München * Franz Xaver Zacherl heiratet Maria Elisabeth Schmederer. Durch diese „vorteilhafte Eheschließung” erhält er die Voraussetzung für eine Münchner Braugerechtsame - und mit der Aussteuer der Braut von 7.000 und seiner eigenen in Höhe von 3.000 Gulden steht der geplanten Übernahme der Hallerbrauerei in der Neuhauser Gasse - gleich gegenüber der Michaelskirche - noch im Jahr der Hochzeit nichts mehr im Wege.

1798 – In München leben 220 Juden

München * 220 Juden leben in München. „Oberhäupter der Familien 35, deren Weiber 33, Kinder 98, Dienerschaft 54.“

1798 – Die erste große Industrieausstellung findet in Paris statt

Paris * Die erste große Industrieausstellung findet in Paris statt. Bewusst stellt man einen Bezug zur Französischen Revolution von 1789 her und will die engen Zusammenhänge zwischen der politisch-gesellschaftlichen und technisch-wirtschaftlichen Revolution darstellen und zeigen, zu welchen Leistungen der „befreite menschliche Erfindungsgeist“ fähig sei.

16. Februar 1799 – Kurfürst Carl Theodor stirbt

München-Graggenau * Kurfürst Carl Theodor erliegt am Abend seinem am 12. Februar erlittenen Schlaganfall. Herzog Wilhelm von Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld-Gelnhausen wohnt als Zeuge dem Tod des pfalz-baierischen Regenten bei. Protokollarisch wird die 22-jährige Kurfürstin-Witwe von Herzog Wilhelm und vom Vertreter des kaiserlichen Hauses, Joseph Anton August Graf von Seilern, befragt, ob sie ein Kind vom verstorbenen Kurfürsten erwartet. Maria Leopoldine antwortet daraufhin mit einem klaren „Nein!“. Mit dieser Aussage entzieht sie den Österreichern die Gelegenheit, Baiern auf friedlichem Weg an sich zu ziehen. Bei den Münchnern ruft das Ableben des Kurfürsten keine allzu große Trauerstimmung hervor. Im Gegenteil, als sich die Trauernachricht verbreitet, „frohlockte alles, und jeder wünschte dem anderen Glück“, schreibt Lorenz von Westenrieder. Carl Theodors Nachfolger auf dem baierischen Thron wird Kurfürst Max IV. Joseph aus der wittelsbachischen Linie Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld, von dem sich die Baiern eine ganze Menge erwarten und der unter dem Jubel der Bevölkerung in München einzieht.

20. Februar 1799 – Kurfürst Max IV. Joseph zieht umjubelt in München ein

München * Der neue Kurfürst Max IV. Joseph zieht unter dem Jubel der Bevölkerung in München ein. Der Neue will sich von seinem Vorgänger positiv abheben, aber auch das Land verändern. Er vertraut seinem Berater Maximilian Joseph von Montgelas und lässt ihn nach eigenem Ermessen schalten und walten. Für Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas bedeutet das die Chance, das Kurfürstentum Pfalz-Baiern zu einem modernen Staat umzubauen. Da Kurfürst Max IV. Joseph stark zur Bequemlichkeit neigt, kommt ihm das Engagement Montgelas gelegen. Montgelas übernimmt bis 1817 die Aufgaben eines Ministers der Auswärtigen Geschäfte.

März 1799 – Der Englische Garten ist dem kurfürstlichen Kabinett unterstellt

München-Englischer Garten * Der Englische Garten ist inzwischen nicht mehr der Militärbehörde,

sondern dem kurfürstlichen Kabinett unterstellt. Reinhard Freiherr von Werneck ist hauptamtlicher Direktor des 375 Morgen großen Englischen Gartens. Er untersteht aber dem zum Gartenbaudirektor für die Rheinpfalz und ganz Baiern ernannten Friedrich Ludwig Sckell. Werneck achtet hauptsächlich auf die wirtschaftliche Rentabilität der Gartenanlage. Durch landwirtschaftliche Einrichtungen soll sich das Gartenprojekt selbst tragen - und möglichst sogar einen Gewinn erwirtschaften. Dies will Werneck durch die Erweiterung der Wiesen- und Waldflächen, durch eine Vergrößerung des Viehbestandes und den Ausbau der Ökonomie und der Mühlen erreichen. Die Ökonomie und die Schweizerey wird dem Englischen Garten einverleibt.

April 1799 – Die Brauerei der Paulaner-Mönche wird staatlich

Au * Mit der Auflösung des Paulanerklosters kommt der einträglichste Besitz der Paulaner - das Bräuhaus, die Klosterwirtschaft und der Ruf, das beste Bier zu brauen - unter staatliche Regie. Die kommissarische Leitung obliegt dem kurfürstlichen Hofrat Graf Arco-Valley. Für die Qualität des Bieres steht der Paulaner-Braumeister Peter Ludwig an der Spitze des „Auer Hofbräuhauses“.

8. August 1799 – Die Kurfürstin-Witwe Maria Leopoldine muss München verlassen

Laibach * Die Kurfürstin-Witwe Maria Leopoldine wird „auf einige Zeit ins Friaulische versetzt“. Der Grund: Die Liebschaft zu dem Hof-Musikanten Franz Eck „wird immer größer und bedenklicher“. Dem Violisten im Hoforchester wird ein schlechter Ruf nachgesagt. Maria Leopoldine wird in Laibach einen unehelichen Sohn zur Welt bringen.

9. Dezember 1799 – Der Wirtschaftsbetrieb Englischer Garten

München-Englischer Garten * Die beiden im Jahr 1798 errichteten Säge- und Mahlmühlen werden ebenfalls dem Wirtschaftsbetrieb Englischer Garten einverleibt.

13. Januar 1800 – In der Stadt und im Burgfrieden bestehen 163 Bierschenken

München * In der Stadt und im Burgfrieden bestehen 163 Bierschenken.

26. April 1800 – Ausnahmeprivilegien für Bürgersöhne bleiben auch weiterhin erhalten

München * Angesichts der englischen Subsidienzahlungen verbreitet sich in München das Gerücht, dass zur Erreichung der geforderten militärischen Mannschaftszahlen nun auch Bürgersöhne „ausgehoben“ werden. Polizeidirektor Anton Baumgartner erklärt, dass die Ausnahmeprivilegien für Bürgersöhne auch weiterhin erhalten bleiben.

8. September 1800 – Marschall Moreau kündigt den Waffenstillstand von Parsdorf

München * General Jean-Victor-Marie Moreau kündigt den Waffenstillstand von Parsdorf. Nun sammeln sich in München erneut die französischen Truppen. Da die Kasernen sofort voll sind, quartiert man die Mannschaften im kurfürstlichen Seidenhaus, im ehemaligen Jesuiten-Seminar und in den Klöstern der Franziskaner, Theatiner und Karmeliter ein. Neben den Besatzungssoldaten bevölkern auch zunehmend immer mehr Deserteure der kaiserlichen Armee die Stadt. Auch pfalz-baierische Soldaten, die sich schlecht behandelt fühlen und aus diesem Grund nicht mehr unter österreichischem Befehl kämpfen wollen, laufen den Kaiserlichen reihenweise davon. Zeitweise halten sich etwa 500 dieser Fahnenflüchtigen in München auf.

3. Dezember 1800 – Falsche Siegesmeldungen aus Hohenlinden

München * Da sich in München zunächst die Nachricht verbreitet, die Österreicher hätten in der Schlacht in Hohenlinden gewonnen, macht sich die Angst breit, nun könnten die zurückgebliebenen französischen Truppenteile Verteidigungsmaßnahmen ergreifen, die sich für die Stadt als gefährlich erweisen würden. Um ihn davon abzubringen, bietet man dem Platzkommandanten Briant 100 Luisdors an. Briant lehnte das Ansinnen ab, weil diese Summe für einen Platzkommandanten zu „unwürdig“ sei, mit 200 Luisdors wäre er allerdings schon einverstanden gewesen. Der Magistrat lässt ihm daraufhin den Betrag überreichen. Erst später verbreitet sich die Siegesmeldung der Franzosen. Anschließend ziehen sich die Österreicher hinter ihre Grenze zurück. Die Baiern haben dagegen die Franzosen als Besatzungsmacht im Land und müssen sechs Millionen Gulden Kontribution, die Staatseinnahmen eines Jahres, zahlen. Die Landschaft verlangt daraufhin, dass das Kurfürstentum Baiern kein Bündnis gegen Frankreich mehr eingehen dürfe. Ein politisches Zusammengehen mit Österreich ist somit für die nächsten Jahre ausgeschlossen.

29. Juli 1801 – Einbürgerungsbefehl an den Stadtmagistrat

München - Mannheim * Verärgert und sehr deutlich im Ton schreibt Kurfürst Max IV. Joseph nach der Ablehnung des Münchner Bürgerrechts an den Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim dem Stadtrat: „Nach reifer Überlegung und mit der Gewißheit, daß das Recht auf meiner Seite ist, befehle ich hiermit dem meinen Stadtmagistrat, spätestens morgen Abends 6 Uhr, dem Handelsmann Michel von Mannheim, das Bürgerrecht zu ertheilen, widrigenfalls ich mich genöthigt sehen würde, die strengsten Mittel zu ergreifen.Für den geringsten Exceß haftet jedes Magistratsglied persönlich“.

30. Juli 1801 – Münchens erster Protestant wird eingebürgert

München - Mannheim * Zähneknirschend wird der Kaufmann Johann Baltasar Michel in die Münchner Bürgerschaft „gnädigst großgünstig an- und aufgenommen“. Gleichzeitig gibt der Magistrat der Stadt seine Zustimmung zum geplanten Kauf der Rasp’schen Gastwirtsgerechtsame an Johann B. Michel. Die zu entrichtende Aufnahmegebühr ist mit 470 Gulden allerdings deutlich überhöht.

25. August 1801 – Kurfürst Max IV. Joseph nimmt die Reform Baierns in Angriff

München * Mit tatkräftiger Unterstützung seines Ministers Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas nimmt Kurfürst Max IV. Joseph eine Reform seines Landes in Angriff. Zur dauerhaften Stabilisierung des Staates ist eine Umverteilung von Rechten, Pflichten und Chancen notwendig. Zu dieser Revolution von oben gehört auch die revolutionäre Gleichbehandlung aller Baiern, mit dem Anspruch des Herrschers, „allen Untertanen, Reichen und Armen, Witwen und Waisen, Geistlichen und Weltlichen, gleiches Recht und Schirm zu verschaffen“. Durch diese Reformen kann der Baiernregent einen Großteil der Kritik, die zu Beginn seiner Regierung die öffentliche Debatte geprägt hatte, den Boden entziehen. Vieles von dem wird beseitigt, was unter der Regentschaft des Kurfürsten Carl Theodor als willkürlich und korrupt angegriffen worden ist. Gleichzeitig lässt er energisch eingreifen und setzt sich mit Militärgewalt durch, wenn seiner Politik offene Auflehnung entgegen schlägt. Beides, die umfangreichen und weitreichenden Reformen sowie das energische und harte Durchgreifen, lassen die heftige Kritik der Anfangsjahre und jedes Auflehnen gegen seine Politik allmählich verstummen. Durch sein leutseliges Verhalten kann Kurfürst Max IV. Joseph sogar die Zuneigung der Münchnerinnen und Münchner erringen und sich so zu einer der beliebtesten Persönlichkeiten der Wittelsbacher hocharbeiten. Schon bald gehören die anfänglichen Differenzen zwischen dem Herrscher und

dem baierischen Volk der Vergangenheit an.

25. Februar 1802 – Es ergeht eine wichtige Instruktion zur Klosteraufhebung

München-Graggenau * Es ergeht eine weitere wichtige Instruktion zur Klosteraufhebung. Sie ist unmittelbar für das Franziskanerkloster St. Anton in München bestimmt, wird aber richtungweisend für die tatsächliche Durchführung der Klosteraufhebungen. Sofort nach Erhalt der Instruktion muss sich Graf Arco in das Kloster begeben, das Bargeld zählen und das übrige Klostervermögen feststellen. Anschließend haben sich alle Klostermitglieder im Refektorium zu versammeln, wo ihre Personalien, Beschäftigungen und besonderen Einsätze schriftlich festgehalten werden. Bei diesem überfallartigen Vorgehen geht es um Geld und sonstiges für die Staatskasse interessantes Vermögen und um weitere Einsparungen für den Staat. Dem Kommissar ist eingeschärft worden, „diesen Auftrag in der vorgeschriebenen Ordnung mit allem Eifer, Schnelligkeit und der Sache angemessenen Anstand in Vollzug zu bringen“. Die Ergebnisse gehen an die Spezial-Klosterkommission. Der weitere Inhalt der Instruktion lautet kurz gefasst: Alle Ausländer sind umgehend in ihre Heimat zu schicken; sie erhalten 25 Gulden Zehrgeld und einen Reisepass; aber Abreisetag und Reiseroute werden genau festgelegt. Wer gesund und nicht zu alt ist, muss drei Tage nach der Mitteilung auswandern; nur einige Alte und Gebrechliche erhalten Aufschub bis April. Das Sammeln auf der Reise ist den Mönchen strengstens verboten. Alle inländischen Laienbrüder, die in das bürgerliche Leben zurückkehren wollen, erhalten zum Auszug 25 Gulden und die nötigen Kleider.
Diejenigen, die den Ordensstand nicht verlassen wollen, sind - bis auf wenige, die noch zu den nötigsten Hausarbeiten als Gärtner, Köche, in der Brauerei und so weiter benötigt werden - auf die oberpfälzischen oder baierischen Prälatenklöster als Konventdiener oder Pfründner zu verteilen. Die nach Abzug der Kranken und Ausländischen verbliebenen sieben Laienbrüder des Münchener Franziskanerklosters sind in ständische Abteien zu schicken. Die kurfürstliche Verordnung gibt auch Anweisung über den möglichen Rücktritt von Priestermönchen der Mendikantenorden in den Weltpriesterstand. Diese Mönche müssen sich einer Prüfung durch die Spezial-Klosterkommission unterziehen. Dabei werden weniger ihre theologischen Kenntnisse begutachtet, sondern vielmehr festgestellt, „ob die Austretenden auch im Sinne der Staatsauffassung genügend aufgeklärt“ sind. Haben die Aspiranten ihre Prüfung bestanden, erhalten sie von der Kommission die Erlaubnis zum Überwechseln mit einer jährlichen Pension von 125 Gulden.

26. Februar 1802 – Die Säkularisation und die Michaels-Bruderschaft

Hofmark Berg am Laim * Die seit dem Jahr 1693 bestehende Zusammenarbeit zwischen der Michaels-Bruderschaft und dem Franziskaner-Orden dauerte bis zur Klosteraufhebung im Rahmen der Säkularisation an. Bis diese staatlich verordnete Zwangsmaßnahme eintritt, verrichten die Münchner Franziskaner zum heiligen Antonius von Padua den Gottesdienst und die Seelsorge in den franziskanischen Frauenklöstern der Stadt und leiteten auch deren Wirtschaftsbetriebe. Bei den etwa sechzig Klarissen zu Sankt Jakob am Anger besitzen die Mönche eine ständige Niederlassung. Dieses Hospiz wird zumeist von zwei Patres und einigen Brüdern bewohnt.

19. August 1802 – Die Grafschaft Werdenfels wird durch baierische Truppen besetzt

Werdenfelser Land * Kurfürst Max IV. Joseph lässt die zu Freising gehörende Grafschaft Werdenfels durch baierische Truppen besetzen.

November 1802 – Auch das Franziskaner-Klostergebäude verschwindet

München-Graggenau * Mit dem Abbruch der Franziskaner-Klostergebäude verschwindet auch der Friedhof mit seinen Gruftkapellen und den Gräbern zahlreicher Persönlichkeiten. Einige Grabplatten werden vorsorglich als historische Monumente an die Frauenkirche übergeben. Graf Törring-Gronsfeld lässt drei Epitaphen von Familienangehörigen in die Bogenhauser Georgskirche bringen. Das Epitaph des im Jahr 1594 verstorbenen Renaissancekomponisten Orlando di Lasso befindet sich im Nationalmuseum, den Schädel des Wilhelm von Occam erhielt die Bayerische Akademie der Wissenschaften. Und noch beim Bau der Tiefgarage auf dem Max-Joseph-Platz beförderten die Bagger eine große Zahl von Knochen zutage.

27. November 1802 – Freising und die Zugspitze werden bairisch

Freising * Da sich der kranke Freisinger Bischof Joseph Conrad Freiherr von Schroffenberg-Mös in Berchtesgaden aufhält, überreicht der kurfürstliche Generalkommissär Johann Adam von Aretin dem Freisinger Hofrat das Besitzergreifungspatent. Damit nimmt er für das Kurfürstentum Baiern zivilrechtlich Besitz von Freising, wozu auch die Herrschaft Isen-Burgrain und die Grafschaft Werdenfels gehören. Dadurch werden nicht nur viele Untertanen, sondern auch die Zugspitze baierisch. Für Freising bedeutet das das Ende der geistlichen Herrschaft. Die Stadt wird eine ganz normalen baierischen Municipalgemeinde.

3. Dezember 1802 – Aretin übernimmt die Zivilbesitzergreifung der Grafschaft Werdenfels

Werdenfelser Land * Freiherr Johann Adam von Aretin erhält den kurfürstlichen Auftrag, die „Zivilbesitzergreifung der Reichsgrafschaft Werdenfels“ nicht auf dem normalen Verwaltungsweg über Freising aus, sondern vor Ort durchzuführen.

6. Dezember 1802 – Besitzergreifungsfeierlichkeiten in der Reichsgrafschaft Werdenfels

Werdenfelser Land * Freiherr Johann Adam von Aretin eröffnet um 8:30 Uhr mit einem Festgottesdienst die Besitzergreifungsfeierlichkeiten der Reichsgrafschaft Werdenfels. Damit endet die über 500 Jahre andauernde bischöfliche Herrschaft über das Werdenfelser Land. An den öffentlichen Gebäuden wird das kurbaierische Wappen angebracht und die „Zivilbesitzergreifung durch Verruf“ bekannt gemacht. An der großen mittäglichen Festtafel dürfen allerdings nur geladene Gäste teilnehmen.

1803 – Es bestehen noch zwei Baierweinschenken

München * Es bestehen noch zwei Baierweinschenken, die jedoch mit Rücksicht auf den Geschmack des Publikums zugleich als Bierwirschaften zugelassen sind.

1803 – Max IV. Joseph gründet die Musterlehranstalt für Landwirtschaft

Weihenstephan * Kurfürst Max IV. Joseph gründet im säkularisierten Klostergut von Weihenstephan die erste baierische Musterlehranstalt für Landwirtschaft. Damit wird das Bierbrauen erstmals zum wissenschaftlichen Lehrgegenstand erhoben.

1803 – Die profanierte Klosterkirche am Lilienberg dient als Eisenfronfeste

München - Au * Mit der Verstaatlichung des Münchner Gerichtswesens und der Polizei gibt die Stadt ihre Fronfeste im Rathaus und die Haftstube im Rathausturm an das nunmehr staatliche Stadtgericht ab. Die profanierte Klosterkirche am Lilienberg und der nördlich daran anschließende Seitenflügel dient als Eisenfronfeste, als Strafvollzugsanstalt.

1803 – Friedrich Ludwig Sckell übernimmt die Oberaufsicht über das Gartenwesen

München-Englischer Garten * Friedrich Ludwig Sckell wird die Oberaufsicht über das gesamte Gartenwesen übertragen. Der von Rumford angelegte Theodor-Park war - wenn auch dem allgemeinen Publikum gestiftet - in seiner Ausstattung doch auf eine Gesellschaft abgestimmt, die eher im höfischen Leben beheimatet ist.

1803 – Das heutige Stadtgebiet gehört zu vier verschiedenen Gerichtsbezirken

München * Das heutige Stadtgebiet gehört - neben dem Münchner Burgfrieden zu vier verschiedenen Gerichtsbezirken, den Landgerichten Dachau, Starnberg, Wolfratshausen und Kranzberg sowie der als Ausland geltenden Grafschaft Ismaning.

25. Februar 1803 – Die letzte Tagung des Immerwährenden Reichstags

Regensburg * Die letzte Tagung des Immerwährenden Reichstags befasst sich mit der Annahme des Reichsdeputationshauptschlusses. Es ist das letzte bedeutende Gesetz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und behandelt die Neuordnung des Reiches. Im Reichsdeputationshauptschluss erfolgt die Kompensation für die Abtretung der linksrheinischen Gebiete an Frankreich. Grundlage für den Text ist ein im Juni 1802 zwischen Frankreich und Österreich vereinbarter Entschädigungsplan, der wiederum auf den am 9. Februar 1801 geschlossenen Friedensvertrag von Lunéville zurückgeht. Die Wittelsbacher haben aber nicht nur die Herzogtümer Zweibrücken und Jülich sowie die linksrheinische Kurpfalz verloren, sondern müssen jetzt auch noch die rechtsrheinische Kurpfalz um Mannheim und Heidelberg an Baden abgeben. Doch durch den § 2 des Reichsdeputationshauptschlusses erhält das kurfürstliche Baiern das Fürstbistum Freising mit der dazugehörigen Grafschaft Werdenfels und die Herrschaft Isen-Burgrain offiziell überschrieben; dazu die Fürstbistümer Augsburg, Bamberg und Würzburg sowie Teile von Eichstätt, Passau und Salzburg. Zu den genannten Territorien kommen noch 15 Reichsstädte und 13 Reichsabteien dazu. Freilich noch nicht die Großen: Augsburg und Nürnberg. Doch damit werden wesentliche Teile Schwabens und Frankens bairisch. Insgesamt stehen dem Verlust von 200 Quadratmeilen und 730.000 Einwohnern ein Gewinn von 288 Quadratmeilen und 834.000 Einwohnern aus den aufgelösten geistlichen Staaten und wirtschaftliche Werte von über 43 Millionen Gulden von den Klöstern gegenüber.

28. April 1803 – Den Bruderschaften wird das Tragen von Kutten verboten

München * Den Bruderschaften wird das Tragen von Kutten verboten.

9. Mai 1803 – Kurfürst Max IV. Joseph kauft von Stephan von Stengel Schloss Biederstein

Schwabing * Kurfürst Max IV. Joseph kauft von Stephan von Stengel um 18.000 Gulden den Edelsitz Biederstein. In der Folge wird das Schloss durch den Hofbaumeister Franz Thurn aufgestockt und um zwei Seitenflügel zu einem „Feensitz“ erweitert. Die Umgebung wird durch Friedrich Ludwig Sckell im englischen Stil zu einem Landschaftsgarten umgestaltet.

25. August 1803 – Österreich zieht einen Gewinn aus der baierischen Säkularisation

München-Angerviertel - Wien * In der Haupt- und Residenzstadt München gibt es nur ein ständisches Kloster: das Klarissen-Kloster zu Sankt Jakob am Anger, dessen Äbtissin Mitglied der Landschaft ist. Es ist eines der siebzig Landsässigen Klöster in Altbaiern, das durch den verfassungsrechtlichen Schutz erst im Jahr 1803 aufgehoben werden kann. Auch Österreich zieht - damals noch als baierischer Verbündeter - einen erheblichen Gewinn aus der Aufhebung der baierischen Klöster. Diese haben ihre Aktiva - aufgrund der in Baiern nicht vorhandenen Bankhäuser - bei der Wiener Bank angelegt. Nach der Klosteraufhebung kassiert Österreich diese Guthaben ein und beschlagnahmt deren Grundherrschaften, vor allem Weingüter in Südtirol und in anderen habsburgischen Gebieten. Baiern muss dagegen die Schulden der Klöster übernehmen.

20. Oktober 1803 – Altäre und Gerätschaften der Augustiner-Kirche werden versteigert

München-Kreuzviertel * Die Altäre und Gerätschaften der Augustiner-Kirche werden öffentlich versteigert.

1804 – Untersuchungen über die Verleihung der Hofmarksrechte

Untergiesing * Die eingeleiteten Untersuchungen, ob bei der Verleihung der Hofmarksrechte alles mit rechten Dingen zugegangen ist, ziehen sich bis zum Jahr 1804 hin und werfen alles über den Haufen. Sie kommen zum Ergebnis, dass sowohl die Erteilung der Jurisdiktion über die 68 Untertanenfamilien, als auch die Edelsitzverleihung an Franz Anton von Pilgram unstatthaft war und damit ungültig sei. „Pilgramsheim“ muss wieder der Niedergerichtsbarkeit der Hofmark Falkenau, die einverleibten Auer Häuser wieder der Auer Gerichtsbarkeit unterstellt werden. Im Laufe der Untersuchungen geht das Pilgram'sche Besitztum in mehrere Hände über.

1804 – „Sie heiraten gern und sehr früh, erzeugen viele uneheliche Kinder“

Marquartstein * Joseph Hazzi berichtet in seinen „Statistischen Auffschlüsse über das Herzogthum Baiern“ über die Bewohner in dem Gebiet um Marquartstein bei Traunstein: „Sie heiraten gern und sehr früh, erzeugen viele Kinder, mitunter eben so viele uneheliche, das man nicht nur für kein sündhaftes, sondern vielmehr für ein gutes Werk hält“.

9. März 1804 – Friedrich Ludwig Sckell übernimmt die Hofgartenintendanz in München

München * Friedrich Ludwig Sckell übernimmt die extra für ihn geschaffene Hofgartenintendanz mit Sitz in München. Zu diesem Zeitpunkt ist der Englische Garten bereits weitgehend angelegt. Freiherr Reinhard von Werneck wird seiner Stellung als Direktor des Englischen Gartens enthoben. Er wird vom Kurfürsten zum Trost zum Generalmajor á la suite befördert und mit der Reorganisation des Kadettenkorps in München beauftragt. Für den Englischen Garten treten nun ökonomische Gesichtspunkte zugunsten der Anlage eines großflächigen Landschaftsgartens in den Hintergrund. Friedrich Ludwig Sckell legt aus diesem Grund einen Plan A an, der den vom ihm vorgefundenen Zustand der Gartenanlage festhält.

21. Juli 1804 – Auf dem Franziskaner-Friedhof stampfen Soldatenstiefel

München-Kreuzviertel - München-Graggenau * In einem kurfürstliches Reskript an die Oberbaierische Militär-Inspektion“heißt es: „Wir haben gnädigst beschlossen, den bisherigen Parade-Platz dem Vergnügen des Publikums allein zu widmen, und zu diesem Zwecke verschönern zu lassen. Dagegen bestimmen Wir den Platz des ehemaligen Franziskaner-Klosters zur Zeit als Parade-Platz, und eröffnen solches Unserer oberbaierischen Militär-Inspektion zu Anweisung der hiesigen Kommandantschaft“. Das Franziskanerkloster ist inzwischen abgerissen und der dazugehörige Friedhof eingeebnet worden. Der dadurch entstandene große Raum erhält bald darauf die Bezeichnung Max-Joseph-Platz. Über den Gräbern des Franziskanerfriedhofs stampfen seither Soldatenstiefel, vor allem aus der Kosttor-Kaserne und der Kreuzkaserne. Bis zum Frühjahr 1826 dient der heutige Max-Joseph-Platz als Exerzierplatz der Münchner Garnison, um sich auf einen potenziellen Einsatz sorgfältig vorbereiten zu können. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt es keine militäreigenen großen Truppenübungsplätze. Die eigentliche Truppenausbildung muss daher auf den Kasernenhöfen und auf Exerzierplätzen stattfinden.

1805 – Rumford wird Präsident der Akademie der Wissenschaften

München * Reichsgraf Benjamin von Rumford wird Präsident der Akademie der Wissenschaften in München.

1805 – Eine Armen- und Spinnschule wird eingerichtet

München-Angerviertel * Auf Veranlassung des General-Schul- und Studiendirektors wird im Münchner Beschäftigungshaus am Anger eine Armen- und Spinnschule eingerichtet. Anlass hierfür ist die Befürchtung der Schulbehörden, „dass die Sittenlosigkeit der im Beschäftigungshause auf dem Anger arbeitenden Kinder sehr zunehme, und dass die Hauptquelle davon die Gesellschaft schlechter Weibspersonen sei, an derer Seite die ersteren arbeiten müssen“. Die Schule richtet sich an Kinder armer Familien, deren Eltern von der Stadt München unterstützt werden. Für diese Kinder ist die Teilnahme am Elementar- und Industrieunterricht verpflichtend. Die Einrichtung soll auf ihre besonderen sozialen und wirtschaftlichen Lebensumstände eingehen und ihnen Bildung sowie praktische Fertigkeiten vermitteln. Verweigern die Eltern den Schulbesuch ihrer Kinder, kann ihnen die städtische Unterstützung entzogen werden. Kinder aus wohlhabenden Familien sind von diesem Unterricht ausdrücklich ausgeschlossen. Zum Lehrplan gehören die Fächer Lesen, Schreiben, Rechnen und Religion. Ergänzt wird der Unterricht durch praktische Ausbildung in handwerklichen Tätigkeiten wie Spinnen, Nähen und Stricken. Die Schule verbindet damit schulische Bildung mit dem Ziel, die Kinder auf ein arbeitsames und selbstständiges Leben vorzubereiten.

1805 – Joseph Sulzbeck tritt in verschiedenen Wirtschaften auf

München * Joseph Sulzbeck tritt mit seiner dreisaitigen Bassgeige in verschiedenen Wirtschaften auf.

22. März 1805 – Die Militärbehörde erhält das säkularisierte Kloster der Hyronymiten

München-Lehel * Kurfürst Max IV. Joseph überträgt der Militärbehörde das säkularisierte Kloster „der Hyronymitaner im Lehel nebst dem Garten, jedoch mit Ausnahme der Kirche, welche Wir zur Pfarrkirche bestimmt haben“. Der Regent will das Kadetten-Korps vom Wilhelminum hierher verlegen. Doch dazu müssen erst für die das Kloster noch bewohnenden drei Hieronymiten und drei kurfürstliche Jäger eine Unterkunft gefunden werden. Und selbst dann ist das Gebäude

noch höchst ungeeignet, da zwischen dem südlich der Kirche liegenden Konventtrakt und dem an der Kirchen-Nordwand neu anzubauenden Erweiterungsbau das Gotteshaus liegt. Die vorgelegten Baupläne stoßen auch wegen der zu gering bemessenen Kadettenplätze, der nicht ausreichenden Unterrichtsräume und des fehlenden Zimmers „für die physikalischen Apparaturen“ auf Kritik. Vor allem missfällt dem Kadettenerzieher, dass die Schlafräume für die zivilen Dienstmägde mitten im Unterkunftsbereich der Kadetten liegen und so „die skandalösesten Auftritte und Ausschweifungen“ zu befürchten wären. Langsam setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass „die Lage des Hieronymitaner-Klosters, sowohl wegen dessen Verbindung zu den übrigen Kasernen, und hauptsächlich wegen dem nahe vorbeifließenden Wasser ungemein vorteilhaft zu einer Kaserne“ ist.

17. Juni 1805 – Ein wichtiger Schritt für die jüdische Gemeinde in München

München * Das „Regulativ über die Verhältnisse der hiesigen Judenschaft“ ist ein wichtiger Schritt für die jüdische Gemeinde in München. Es stellt erstmals eine staatlich geregelte Eingliederung der Juden in das bürgerliche Leben dar, bleibt aber von starken Einschränkungen geprägt. Das Regulativ erlaubt jüdischen Familien die offizielle Niederlassung in München, begrenzt ihre Zahl jedoch streng durch eine Judenmatrikel. Anfangs dürfen nur 32 Familien und fünf Witwen dauerhaft in der Stadt leben. Auch Eheschließungen stehen unter staatlicher Kontrolle und sind nur mit polizeilicher Genehmigung sowie ausreichendem Vermögen möglich. Zugleich bringt das Regulativ einige Verbesserungen: Juden werden von diskriminierenden Sonderabgaben wie Leib- und Pflasterzöllen befreit, durften ihre Religion privat ausüben und einen eigenen Friedhof anlegen. Öffentliche Synagogen bleiben allerdings weiterhin verboten. Zudem erhalten jüdische Händler mehr Möglichkeiten zur Teilnahme am Wirtschaftsleben, allerdings unter staatlicher Aufsicht. Historisch markiert das Regulativ den Übergang von der bloßen Duldung einzelner Juden hin zu einer staatlich anerkannten, aber streng kontrollierten jüdischen Gemeinde. Es ist damit sowohl ein erster Schritt zur Emanzipation als auch ein Instrument staatlicher Kontrolle. Gleichzeitig bildet es eine wichtige Grundlage für die spätere Entwicklung der jüdischen Gemeinde Münchens und gilt als Vorläufer des Bayerischen Judenedikts von 1813.

6. September 1805 – Die österreichische Armee belagert Schloss Nymphenburg

Schloss Nymphenburg * Einhundert österreichische Husaren und Dragoner umzingeln - unter der Leitung des kaiserlichen Feldmarschalls Carl Philipp Fürst zu Schwarzenberg - Schloss Nymphenburg. Sie nötigen den sich dort aufhaltenden Kurfürsten Max IV. Joseph „ultimativ“ zum Eintritt in die antifranzösische Koalition. Zur Unterstreichung seiner Forderung lässt der

Feldmarschall das Schloss umstellen und von München abriegeln, worüber die baierische Bevölkerung entsetzt ist. Offensichtlich will der Kurfürst, der den Vertrag von Bogenhausen noch nicht unterschrieben hat, schon dem österreichischen Drängen nachgeben, als Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ernsthaft mit seinem Rücktritt vom Amt des Außenministers droht. Dem Kurfürsten und seinem leitenden Minister gelingt es immerhin, die Verhandlungen mit dem österreichischen Bevollmächtigten zu verzögern und die Österreicher über die baierischen Absichten bis zum 9. September im Unklaren zu lassen. Unter dem Vorwand, den gerade in Frankreich weilenden Kronprinzen Ludwig nicht zu gefährden, erzielt Max IV. Joseph einen Zeitaufschub. Bis dahin hat die kurfürstliche Familie die Haupt- und Residenzstadt München heimlich in Richtung Würzburg verlassen. Auch die baierische Armee war inzwischen in Franken und in der Oberpfalz zusammengezogen worden.

24. Oktober 1805 – Napoleon Bonaparte zieht triumphal in München ein

München * Napoleon zieht triumphal durch das Karlstor in München ein. Kurfürst Max IV. Joseph befindet sich noch in seinem Exil in Würzburg. Die Kurpfalzbaierische Staats-Zeitung von München berichtet am 25. Oktober 1805: „Endlich hatten wir gestern das sehnlich erwartete Vergnügen, Se. Majestät Napoleon Kaiser in Frankreich und König in Italien hier eintreffen zu sehen. Se. Majestät kamen von Augsburg, fuhren in einem 6-spännigen Reisewagen, welchen der Herr Reichs-Marschall Bernadotte, nebst noch einigen H.H. Reichsmarschallen zu Pferde begleitete, unter dem Donner der Kanonen, und dem Zusammengeläute aller Glocken durch die Neuhauser-Kaufinger- über den Platz durch die Diener- in die Residenz-Gasse heran, und stiegen […] in der kurfürstl. Residenz ab. Die ganze Stadt war zur Tageshelle beleuchtet, und die Mittags zuvor angekommenen kaiserl. königl. Garde-Regimenter hatten sich durch die ganze Einzugsstrecke à la haie aufgestellt. Es war ½ 8 Uhr Abends, und die Menge des hier befindlichen, zum Theile noch mit der Einquartierung beschäftigten Militärs nebst dem zusammenströmenden Volke zeigte das Bild eines durch Ströme aufgetriebenen Meeres, das sich schwer und langsam dahinwälzt.“

25. Oktober 1805 – Die Presse berichtet über Napoleons Einzug in München

München * Die Kurpfalzbaierische Staats-Zeitung von München berichtet vom Einzug Napoleons: „Endlich hatten wir gestern das sehnlich erwartete Vergnügen, Se. Majestät Napoleon Kaiser in Frankreich und König in Italien hier eintreffen zu sehen. Se. Majestät kamen von Augsburg, fuhren in einem 6-spännigen Reisewagen, welchen der Herr Reichs-Marschall Bernadotte, nebst noch einigen H.H. Reichsmarschallen zu Pferde begleitete, unter dem Donner der Kanonen, und

dem Zusammengeläute aller Glocken durch die Neuhauser-Kaufinger- über den Platz durch die Diener- in die Residenz-Gasse heran, und stiegen […] in der kurfürstl. Residenz ab. Die ganze Stadt war zur Tageshelle beleuchtet, und die Mittags zuvor angekommenen kaiserl. königl. Garde-Regimenter hatten sich durch die ganze Einzugsstrecke à la haie aufgestellt. Es war ½ 8 Uhr Abends, und die Menge des hier befindlichen, zum Theile noch mit der Einquartierung beschäftigten Militärs nebst dem zusammenströmenden Volke zeigte das Bild eines durch Ströme aufgetriebenen Meeres, das sich schwer und langsam dahinwälzt“.

5. Dezember 1805 – Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein

München * Frankreichs Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein. Sie bezieht die Steinzimmer der Residenz und bemüht sich im Interesse der Bündnispolitik Frankreichs erfolgreich um die Sympathien des kurfürstlichen Hofes und der Bevölkerung der Landeshauptstadt. Die kaiserliche Gefolgschaft erregt gerade aufgrund ihrer prächtigen Ausstattung großes Aufsehen. Wegen des ungünstigen Münchner Wetters erkranken in den darauf folgenden Tagen viele der kaiserliche Hofdamen.

26. Dezember 1805 – Baiern erhält die Souveränität und die erbliche Königswürde

Bratislava * Österreich schließt mit Napoleon den Frieden von Preßburg, in dem es die im Vertrag von Brünn vom 10. Dezember 1805 festgesetzten Bestimmungen anerkennt. Der Friedensvertrag von Pressburg beendet den Dritten Koalitionskrieg. Das hat zur Folge, dass Baiern die Markgrafschaft Burgau im heutigen Bayerisch-Schwaben, die Reste der Hochstifte Eichstätt und Passau, die freien Reichsstädte Augsburg und Lindau zugesprochen bekommt. Österreich muss die Rangerhöhung des baierischen Kurfürsten zum König und Gebietsabtretungen akzeptieren.

1806 – Bier als Grundnahrungsmittel im Königreich Bayern

Königreich Baiern * Auch im neu gegründeten Königreich Baiern gilt Bier weiterhin als Grundnahrungsmittel. Der Gerstensaft ist ein nahrhaftes und vergleichsweise gesundes Getränk, keineswegs jedoch ein Luxusgut. Jede Erhöhung des Bierpreises bedeutet zugleich eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Besonders für die unteren Bevölkerungsschichten verschärft sie angesichts der ohnehin niedrigen Löhne die soziale Not. Deshalb verfolgt die Bevölkerung die Entwicklung des Bierpreises mit großer Aufmerksamkeit und begegnet jeder

Preiserhöhung mit Misstrauen und Argwohn.

22. Januar 1806 – Baiern übernimmt die ehemals gefürstete Grafschaft Tirol

Tirol * Das Königreich Baiern übernimmt die ehemals gefürstete Grafschaft Tirol. Im Besitzergreifungspatent findet sich kein Hinweis mehr auf die gegebenen Zusagen zur Beibehaltung der Tiroler Landesverfassung und andere Sonderrechte. Dagegen wird die Gleichbehandlung aller Untertanen im Königreich hervorgehoben.

22. Januar 1806 – Weitere Gebietserweiterungen für das Königreich Baiern

Schönbrunn * Im Vertrag von Schönbrunn erhält das Königreich Baiern weitere Gebietserweiterungen: Als Ersatz für das Herzogtum Berg erhält Baiern das Markgrafentum Ansbach, dazu sieben Herrschaften in Vorarlberg, die Grafschaften Hohenems und Königsegg-Rothenfels, die Herrschaften Tettnang und Argen am Bodensee sowie die ehemals gefürstete Grafschaft Tirol, die Baiern samt Trient und Brixen bekommt. Dafür müssen sie allerdings auf Würzburg verzichteten.

April 1806 – Ins Hieronymiten-Kloster soll ein Dragoner-Regiment

München-Lehel * Eine Entscheidung über die künftige Verwendung des Anna-Klosterareals erfolgt jedoch erst, nachdem sich das Dragoner-Regiment über die zerstreute Unterbringung seiner Pferde beklagt. In der folgenden Entscheidung heißt es, dass „inwendig an die Garten Mauer des Hieronymitanerklosters eine doppelte Stallung, welche wenigstens für 250 Pferde, oder womöglich mehrere Platz geben kann, erbaut [...] werden soll. - Das Kloster selbst ist alsdann zu der Unterbringung der Mannschaft zu verwenden“.

16. April 1806 – Die Michaels-Kirche in Berg am Laim wird Pfarrkirche

Berg am Laim * König Max I. Joseph erhebt die vormalige Hof-, Erzbruderschafts- und Ritterordenskirche St. Michael zur Pfarrkirche und den Pfarrer zum Vorstand der Michaels-Bruderschaft. Die Stephanskirche in Baumkirchen, die ehemalige Pfarrkirche, wird Filialkirche der Michaelskirche.

12. Juli 1806 – Der Rheinbund wird als Militärbündnis gegründet

München * Der Rheinbund als Konföderation von zunächst 16 Staaten wird als Militärbündnis gegründet. Die Unterzeichner verpflichten sich zum gegenseitigen Beistand im Kriegsfall. Baiern muss mit 30.000 Mann das stärkste Kontingent stellen. Mit dem Beitritt zum pro-französischen Rheinbund verlässt das Königreich Baiern endgültig und offiziell das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Im Gegenzug erhalten die Bundesgenossen enorme territoriale Zuwächse. Das junge Königreich Baiern erhält die Reichsstadt Nürnberg und deren Territorien, darüber hinaus die bislang reichsunmittelbaren Herrschaften der Fürsten Hohenlohe, Öttingen, Fugger, Thurn und Taxis, der Grafen von Vastell, Pappenheim, Stadion und Schönborn sowie fränkische und schwäbische Reichsrittergüter.

1807 – Das Theater der breiten Masse wird heftig kritisiert

München * Im Morgenblatt für gebildete Stände heißt es zum Theater der breiten Masse: „Endlich sind die bretternen Bühnen, auf welchen Schweiger und Lorenzoni den Sommer hindurch unser Publikum belustigen, geschlossen. Trauriges Zeichen der Zeit, wenn solche Gesellschaften auf eine sichere und im Verhältnis zu ihrem Werte glänzende Unterstützung zählen dürfen! Manches Stück, das auf unserem Nationaltheater nicht ohne allen Eifer gespielt ward, fand ein leeres Haus, indessen Lorenzonis und Schweigers Hütten mit Zuschauern aller Stände angefüllt waren. [...] Dass übrigens beide Banden auf den ästhetischen Sinn unseres Publikums nachteilig einwirken, ist nicht zu bezweifeln. Der häufige Anblick des Rohen, Plumpen und Ungeschliffenen, die gänzliche Geschmacklosigkeit, die in der Komposition und Deklamation der Stücke liegt, die Misstöne, welche besonders in den Singspielen unzählig sind, erzeugen Nachlässigkeit im Urteil und jene ärgerliche Genügsamkeit, die immer nur um den billigen Preis lachen will.“

1807 – Im Bogenhausener Brunnthal besteht ein Badebetrieb mit Wirtschaft

Bogenhausen * Der französische Emigrant Dumenyl betreibt im Bogenhausener Brunnthal einen Badebetrieb mit Wirtschaft.

1807 – Die Badeanlage in Bad Brunnthal

Bogenhausen * Die aus Frankreich stammende Magdalena Dumenyl betreibt in Brunnthal bei

Bogenhausen eine Badeanlage mit angeschlossener Gastwirtschaft. Das schlossähnliche Hauptgebäude der Anlage wird von einem markanten Türmchen geprägt. Die Badetradition in Bad Brunnthal lässt sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen. Nun fließt das kohlensäurehaltige Quellwasser in die Badebecken von Frau Dumenyl.

3. April 1807 – Mandat zur Neuorganisation des Bürgermilitärs

München * Das „Mandat über die Uniformierung und Organisation des bürgerlichen Militärs in den Städten, Flecken und Märkten des Königreichs“ wird erlassen. Es bildet eine allgemein verbindliche Rechtsgrundlage für den Wach- und Sicherheitsdienst des Bürgermilitärs, denn bisher hatten die Bürger diese Aufgabe ja freiwillig erfüllt. Wichtigster Punkt für den Staat ist die neue allgemeine Musterungspflicht aller Bürger zum Bürgermilitär. Untaugliche müssen eine Wehrersatzgebühr bezahlen. Als Gegenleistung gesteht der Staat den Offiziers- und Unteroffizierskorps der einzelnen Waffengattungen des Bürgermilitärs ihre Ergänzung und Beförderung zu höheren Chargen zu. Über die Aufgabe des Bürgermilitärs sagt das Mandat folgendes: „[...] Nie kehrt der Bürger seine Waffen gegen den äusseren Feind. Seine Bestimmung bleibt ausschliessend, den friedlichen, rechtlichen Einwohner zu beschützen, und die Wirkungen des Gesetzes gegen polizeiliche Vergehungen und das Verbrechen zu unterstützen. Er übernimmt demnach bei dem Abzuge der Feldregimenter aus den Garnisonen den Dienst daselbst, besorgt denselben in jenen Städten, wo keine gewöhnliche Garnison liegt, für beständig, um durch auszusendende Sicherheits-Patrouillen die Umgebungen vor allem, der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gefährlichen Gesindel rein zu halten.“ Das unmittelbare Kommando über das lokale Bürgermilitär hat der jeweils ranghöchste beziehungsweise rangälteste Bürgeroffizier. Dieser untersteht wiederum in einer Garnisonsstadt der militärischen Stadtkommandantschaft, ansonsten dem zivilen Landrichter oder Polizeidirektor. Der Vorschlag für ein Pferderennen aus Anlass der Kronprinzenhochzeit (1810) kommt aus den Reihen der Königlich-Baierischen Nationalgarde III. Klasse. Diese entwickelte sich aus dem Städtischen Wehrwesen. Dieses Münchner Bürgermilitär gehört nicht im eigentlichen Sinne zur Münchner Garnison. Die traditionelle Abgrenzung von Armee und Bürgertum beziehungsweise von Garnison und Bürgerwehr bleibt bis weit ins 19. Jahrhundert bestehen.

1808 – Fleiß, Lernbereitschaft und den „Industriegeist“ fördern

München-Angerviertel * Bis zum Jahr 1808 erhalten Knaben und Mädchen in der Armen- und Spinnschule des Münchner Beschäftigungshauses am Anger denselben Industrieunterricht. Um Fleiß, Lernbereitschaft und den sogenannten „Industriegeist“ zu fördern, werden die Kinder regelmäßig mit kleinen Geschenken und Prämien belohnt. Die Mittel hierfür stammen aus dem Münchner Armenfonds. Praktische Beschäftigung finden die Schülerinnen und Schüler in den Flachs-, Werg- und Hanfabteilungen des Beschäftigungshauses. Ab 1808 kommt zudem die Kartätschenmacherei hinzu, also die Herstellung von Kartätschen – einer damals gebräuchlichen Art von Artilleriemunition, die mit zahlreichen kleinen Metallkugeln gefüllt war. Die Verbindung von schulischer Bildung und produktiver Arbeit entspricht dem damaligen pädagogischen Leitbild, durch Arbeitserziehung sowohl die wirtschaftliche Selbstständigkeit als auch die sittliche Entwicklung der Kinder zu fördern.

20. Januar 1808 – Die Landesfreiheitserklärung wird aufgehoben

München * Die Landesfreiheitserklärung, die das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn bestimmt, wird aufgehoben.

13. Februar 1808 – Montgelas legt den Entwurf einer Verfassung vor

München * Minister Maximilian Joseph von Montgelas legt dem Staatsrat den zum Teil skizzenhaften Entwurf einer Verfassung vor. Noch ist man sich in München nicht sicher, wie schnell Napoleon Bonaparte eine eigene zentralistische „Verfassung für den Rheinbund“ durchsetzen wird.   Eile war demzufolge angebracht.
Und so kann die „Konstitution des Königreichs Baiern“ bereits am 1. Mai 1808 verkündet werden.

1. Mai 1808 – Die Konstitution für das Königreich Baiern tritt in Kraft

München * Die Konstitution des Königreichs Baiern tritt in Kraft. Die erste einheitliche Verfassung des Königreichs Baiern besteht aus 45 Paragraphen, die auf acht Seiten Platz finden.   Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem großen Gebietszuwachs, den Baiern erfahren hat, ist es notwendig geworden, das Recht zu vereinheitlichen und die Rechtsgleichheit in den verschiedenen Landesteilen herzustellen. Nur Altbaiern war, bis auf wenige Enklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Ansonsten gleicht das neue Baiern mit seiner Anhäufung von Besitzungen verschiedener Fürsten, Grafen, Herren und

Ritter eher einem Fleckerlteppich. Baiern muss nun zusammenwachsen und nach einheitlichen gesellschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Grundsätzen regiert werden.

Damit werden „alle besonderen Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen“ aufgehoben.   Die Verfassung garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Steuerbehörden sowie beim Zugang zu den Staatsämtern.   Die Rechte des Adels werden darin eingeschränkt und deren bisherigen politischen Vorrechte ausdrücklich abgelehnt. In einer neu eingeführten „Adelsmatrikel“ muss der Adelstitel erst staatlich anerkannt werden.   Die Leibeigenschaft wird ersatzlos abgeschafft. Die Sicherheit des Eigentums wird ebenso gewährleistet, wie die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit. Letztere wird allerdings durch Gesetze teilweise wieder eingeschränkt. Das Gesetz sieht ein stehendes Volksheer und eine Bürgermiliz vor. Mit 21 Jahren muss jeder Staatsbürger vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid ablegen, dass er „der Konstitution und den Gesetzen gehorchen - dem König treu sein wolle“. Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Monarchen darf kein Staatsbürger auswandern oder ins Ausland reisen. Zum „Königlichen Hause“ wird in der Konstitution festgelegt, dass die Krone erblich ist „in dem Manns-Stamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge“. Die Prinzessinnen sind für immer von der Regierung ausgeschlossen, so lange noch männliche Nachkommen vorhanden sind. Sämtliche Familienmitglieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust Ihres Erbfolge-Rechts nur mit dessen Einwilligung zur Ehe schreiten.   Nach den Bestimmungen der Konstitution besteht zur Verwaltung des Königreiches Baiern das Ministerium aus fünf Departements, dem des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, des Inneren und des Kriegswesens.   Zudem teilte sie das Königreich in Kreise ein, um so einen einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaat zu schaffen. Auch das Justiz- und Militärwesen werden neu organisiert.   Ein Parlament ist in Form einer National-Repräsentation vorgesehen, kommt aber nicht zustande.   Gleichwohl werden die Vertretungen der einzelnen Teilgebiete des Königreichs mit Inkrafttreten der Verfassung abgeschafft.   Die National-Repräsentanten sollten für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden.   Dazu sollten in jedem der acht Kreise,von den 200 höchstbesteuerten „Land-Eigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten“ von Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt werden. Diese 56 Gewählten hätten dann die Reichs-Versammlung gebildet.   Durch die Einführung der Konstitution verhindert Minister Maximilian Joseph von Montgelas, dass der auf Napoléon Bonapartes Drängen geschlossene Rheinbund die Souveränität des Königreichs Baiern zu stark einschränkt.

12. Juli 1808 – Staatliche Vorschriften zur Verehelichung

München - Königreich Baiern * In einer erlassenen Verordnung zur Beförderung der Heiraten auf dem Lande wird die Verehelichung von der Bewilligung der ordentlichen Polizeiobrigkeit des Ortes abhängig gemacht, wo die Heiratenden mit hinreichender Aussicht auf ihre Nahrung den Wohnsitz nehmen. Damit wird den Gemeinden auch in Fragen der Verehelichung die Mitwirkung entzogen. Zusätzliche Haftungsbestimmungen gegenüber den entscheidenden Beamten schränken die Wirksamkeit der Verordnung stark ein. Sollte sich die Familie doch nicht selbst ernähren können, fällt der Unterhalt der genehmigenden Behörde zur Last. Wenn Geistliche eine Eheschließung ohne die vorherige staatliche Heiratsbewilligung vornehmen, haften sie für Schäden und Kosten, welche hieraus irgendeiner Gemeinde zuwachsen. Eheschließungen außerhalb Baierns werden für ungültig erachtet und sind strafbar.

1809 – Die freiwillige Bürgerwehr wird in die Nationalgarde eingegliedert

München * Durch eine Neuorganisation des Militärs wird die bisher freiwillige Bürgerwehr nach französischem Vorbild in die dreigliedrige Nationalgarde eingegliedert. Die Nationalgarde I. Klasse bildet das Stehende Heer, die II. Klasse wird zur Landesverteidigung innerhalb des Königreichs verpflichtet. Die Nationalgarde III. Klasse ist die ehemalige Bürgerwehr. Sie untersteht jetzt den staatlichen Behörden für polizeiliche Aufgaben. Seit dem Spätmittelalter hatte die Bürgerwehr in zunehmenden Maße repräsentative Funktionen bei festlichen Anlässen der Städte und des Fürstenhauses wahrgenommen. Die vornehmsten Aufgaben - Ehrengeleit und Ehrenwache für höchste Herrschaften blieb der Bürger-Kavallerie vorbehalten. Eine Kavallerie-Division gibt es - neben dem Invanterie-Regiment und der Artillerie-Kompanie - auch in München. Sie wird unter ihrem Major Andreas von Dall'Armi das Pferderennen aus Anlass der Hochzeit von Kronprinz Ludwig I. und Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen austragen. Eine „Schicki-Micki-Armee".

Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die baierische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich

vereinen. Damit wären die Tiroler keine baierischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und wer dann gegen die Baiern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die baierische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit baierischer Beamter, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum baierischen Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Baiern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbaiern gemacht wurden.

28. Februar 1809 – Eine einheitliche Mass für Bayern

München * Durch die territorialen Erweiterungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wächst Bayern zu einem Königreich aus Regionen mit unterschiedlichen Traditionen und Wirtschaftssystemen zusammen. Besonders unübersichtlich ist das Maßwesen: Schätzungen zufolge bestehen bis zu 93 verschiedene Flüssigkeitsmaße. Zwar heißen sie fast überall „Maß“, doch ihr Inhalt unterscheidet sich erheblich. Im oberfränkischen Lauenstein fasst eine Maß knapp einen halben Liter, im ehemals salzburgischen Laufen dagegen rund 1,6 Liter. Diese Unterschiede erschweren Handel, Besteuerung und Preiskontrolle. Am 28. Februar 1809 erlässt König Max I. Joseph auf maßgebliche Initiative seines Reformministers Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas eine Verordnung zur Vereinheitlichung der bayerischen Maße und Gewichte. Als verbindliche Norm für Flüssigkeiten dient künftig die Münchner Maß mit einem Inhalt von rund 1,069 Litern. Zur Durchsetzung der neuen Regelung lässt die Regierung kupferne Messzylinder mit dem bayerischen Staatswappen und der Aufschrift „BAIER. MAAS. 1809“ an Landgerichte, Rentämter, Städte und Märkte versenden. Diese sogenannten Muttermaße sind amtliche Vergleichs- und Eichgefäße. Als Trinkgefäße dürfen sie ausdrücklich nicht verwendet werden. Mithilfe der Muttermaße stellen die örtlichen Behörden weitere geprüfte Gefäße her und verbreiten sie in ihren Amtsbezirken. Eine allgemeine Eichpflicht für die Trinkkrüge besteht zunächst jedoch nicht. Viele Gäste bringen ihre eigenen Gefäße mit in das Wirtshaus. Neben Holzkannen und Zinngefäßen kommen zunehmend große Krüge aus Steinzeug auf. Um 1820 entwickelt sich daraus die charakteristische Form des bayerischen Masskrugs. Die neue Maß setzt sich allmählich im gesamten Königreich durch. Sie vereinheitlicht nicht nur den Ausschank, sondern wird auch zu einem sichtbaren Zeichen für das Zusammenwachsen von Altbayern, Franken und Schwaben. Obwohl die alte Maßeinheit 1872 durch den Liter ersetzt wird, bleibt ihr Name erhalten: Bis heute bezeichnet die „Mass“ einen Liter Bier und gilt als Symbol bayerischer

Lebensart.

12. März 1809 – Die baierischen Behörden wollen in Tirol Rekruten „ausheben“

Innsbruck * Die baierischen Behörden wollen in Axams bei Innsbruck erstmals in Tirol Rekruten „ausheben“. Weil sich die betroffenen Burschen in den Wäldern verstecken, schwärmen Patrouillen aus, um die Entlaufenen festzunehmen. Als eine baierische Patrouille zwei bewaffnete junge Männer festnehmen will, werden sie in die Flucht geschlagen. Daraufhin wird das Militär in Alarmbereitschaft gesetzt. Jetzt greifen die Bauern zu den Waffen, nehmen baierische Soldaten gefangen, entwaffnen sie und schicken sie nach Innsbruck zurück.

24. März 1809 – Religionsfreiheit und Gleichbehandlung der Konfessionen bestätigt

München-Kreuzviertel * Das Edikt über die äußeren Rechtsverhältnisse des Königreiches Baiern in Bezug auf Religion und kirchliche Gesellschaften bestätigt die Religionsfreiheit und verankert die Gleichbehandlung der Konfessionen.

24. März 1809 – Bitte um Gründung einer Landwirtschaftlichen Gesellschaft

München * Sechzig „wirklich hochsinnige Maenner“, Aristokraten und geadelte Mitglieder der Baierischen Akademie der Wissenschaften sowie höhere Beamte, aber kein einziger aktiv praktizierender Landwirt, bitten König Max I. Joseph eine „Landwirthschaftliche Gesellschaft“ gründen zu dürfen. Sie beabsichtigen die „practische Beförderung der Landwirthschaft“ und des in „näherer Verbindung stehenden Gewerbes“.

23. Mai 1809 – General Deroy setzt seine Truppen in Alarmbereitschaft

Tirol * General Bernhard Erasmus von Deroy erkennt die von Andreas Hofer ausgehende Gefahr und setzt seine Truppe in Alarmbereitschaft.

Juni 1809 – Tirol wird seinem Schicksal überlassen

Tirol * Da Frankreich alle baierischen Truppen bei Wien braucht, überlässt man Tirol zunächst

seinem Schicksal. In Baiern werden Stimmen laut, die für eine friedliche Verständigung mit den Tirolern plädieren. Statt ein Volk mit Gewalt zu unterwerfen, solle man ihm lieber Zugeständnisse in wirtschaftlichen und religiösen Fragen machen.

9. Oktober 1809 – Wieder wird die Seidenzucht in Baiern eingeführt

München * König Max I. Joseph bestätigt die Statuten der neu gegründeten Landwirthschaftlichen Gesellschaft, die umgehend eine Seidenzucht-Section einrichtet. Erneut führt man damit den Seidenbau in Baiern ein.

9. Oktober 1809 – Die Statuten des Landwirtschaftlichen Vereins werden bestätigt

München * Die Statuten des Landwirtschaftlichen Vereins, Sitz München, werden vom König bestätigt. Laut seiner Satzung will der Landwirtschaftliche Verein in Baiern seine Zwecke erreichen, „durch mündliche und schriftliche Mittheilungen seiner Mitglieder; durch Ankauf und Vertheilung vorzüglicher Viehzuchtracen, nützlicher Sämereien und Gewächse, dann zweckmäßiger Geräthe; [...], Herausgabe einer Wochenschrift, [...]; Vertheilung von Preisen für wichtige mit besonderem Fleiße und entsprechendem Erfolge ausgeführten Versuche und Abfassung wichtiger vom Verein veranlaßter Abhandlungen; endlich durch Unterstützung würdiger, unverschuldet verunglückter Arbeiter, Gewerbe- und Landleute.“

27. November 1809 – Das Ende der baierischen Herrschaft über Südtirol

Südtirol * Das Ende der baierischen Herrschaft über Südtirol zeichnet sich ab. Französische Truppen haben die Kontrolle über das Gebiet südlich des Brenners und des Reschenpasses übernommen.

1810 – Anton Gruber's Belustigung Zum lustigen Dörflein auf der Isarinsel

München-Lehel * Als Anton Gruber, ein Münchner Gastwirt und Schnürrleibmacher erfährt, dass die Isarinsel zu kaufen sei, kratzt er seine Reserven zusammen, nimmt einen Kredit auf und erwirbt das Eiland um 1.033 Gulden. Von der Polizey-Direktion erhält er die Konzession zum Bierausschank. Nun baut er einige Holzhütten, nennt den Platz Zum lustigen Dörflein und verabreicht während der Sommermonate frisches Bier und Bratwürst. Der Zuspruch der

Münchner ist bald so groß, dass Anton Gruber seine Insel-Gaststätte das ganze Jahr bewirtschaftet.

1810 – Franz Xaver Zacherl und der Landwirtschaftliche Verein

München * Der Braumeister Franz Xaver Zacherl beteiligt sich an der Gründung des Landwirtschaftlichen Vereins Bayerns.

6. Januar 1810 – Andreas Hofer wird verhaftet

Mantua * Andreas Hofer wird verhaftet und nach Mantua gebracht.

28. Februar 1810 – Im Pariser Abkommen wird Tirol aufgeteilt

Tirol * Im Pariser Abkommen wird Tirol aufgeteilt. Der südliche Teil Tirols wird Italien zugeschlagen. Napoléon Bonaparte wirft Baierns Verwaltung in Tirol Versagen vor. Salzburg, Regensburg und die Markgrafschaft Bayreuth sollen an das Königreich Baiern fallen.

August 1810 – Die neue Grenzziehung in Tirol ist abgeschlossen

Tirol * Der Aufstand der Tiroler und die zunächst vergeblichen Versuche Baierns, Tirol zurück zu erobern waren in den Augen Napoleon Bonapartes eine militärische Schande, die seinen Ruf als unbesiegbaren Feldherrn beschädigt hat. Das führt zu einer neuen Grenzziehung in Tirol.
Baiern behält Nordtirol, den Vinschgau sowie das obere Eisack- und das Pustertal. Der südliche Teil geht an das Königreich Italien, Osttirol und Innichen werden zum Bestandteil der illyrischen Provinzen. Baierischen Berechnungen zufolge hatte Gesamt-Tirol im Jahr 1807 exakt 618.857 Einwohner. Etwa 289.000 davon lebten in „Welschtirol“, dem italienisch sprechenden Süden. Das Königreich Baiern muss also einen Bevölkerungsverlust von 300.000 Einwohnern verkraften.
Doch nahezu gleichzeitig kann das Baiernland einen Zugewinn von rund 700.000 Einwohnern verzeichnen, nachdem sie die Herrschaft über Berchtesgaden, das Innviertel und Teile des Hausruckviertels, aber auch über Bayreuth und Regensburg erlangt.

9. Oktober 1810 – Die Hochzeitsgesellschaft übernachtet in der Landshuter Residenz

Regensburg - Landshut * Der Weg der Hochzeitsgesellschaft der Prinzessin von Sachsen-Hildburghausen führt von Regensburg nach Landshut. Die herzogliche Familie übernachtet dort in der königlichen Residenz.

12. Oktober 1810 – Die Kgl. priv. Hauptschützengesellschaft organisiert ein Festschießen

München * Die Königlich privilegierte Hauptschützengesellschaft organisiert im Rahmen der Hochzeitsfeierlichkeiten ein mehrtägiges Festschießen in ihrer Schießstätte.

13. Oktober 1810 – Neugierige wollen die Braut des Kronprinzen sehen

München * Am Morgen macht das Militär und die Beamtenschaft ihre Aufwartung. Die bayerische Haupt- und Residenzstadt ist festlich geschmückt; den Straßenrand säumen jubelnde, neugierige Menschen, die einfach sehen wollen, wie sich die Braut des Kronprinzen denn so geben würde.

13. Oktober 1810 – Ganz München erstrahlt im Lichterschmuck

München * Am Abend findet eine große Festbeleuchtung statt. Ganz München erstrahlt im Lichterschmuck. Mit den Aufbauten zur Illumination auf dem Max-Joseph-Platz ist bereits sechs Wochen zuvor begonnen worden. An den öffentlichen und privaten Gebäuden der Stadt leuchteten „transparente Gemälde und Inschriften“. So trägt die Fassade des Rathauses ein allegorisches, zur Vermählung passendes Bild mit den Wappen des Brautpaares. Am Gebäude der Königlichen Akademie der Wissenschaften und Künste leuchtet „Hymens Fackel, und Ludwigs und Theresens Namenszüge von Blumen“ mit den Worten: „Der neuen Hoffnung des alten Hauses der Wittelsbacher huldigen Wissenschaft und Kunst.“ Soweit die staatlich verordnete Fürstenhuldigung. Unter den Adelspalais erregt das des Freiherrn Maximilian Joseph von Montgelas besondere Aufmerksamkeit. „Letzteres war eigentlich hinter einem prächtigen dorischen Tempel verschwunden, der um dasselbe ausgeführt reichlich mit Grün und Blumengirlanden geschmückt, und durch die Lichtmassen wie in eine Feuerwohnung verwandelt war.“ Auch der Bankier Andreas von Dall’Armi hatte sein Haus am Rindermarkt festlich ausstaffiert. Die Fassade trägt „eine kolossale Bavaria mit einem ruhenden Löwen und […] mit der Inschrift, die den ganzen oberen Stock einnahm: Wittelsbachs Stamm blühe ewig!“ Auch die anderen privaten Gebäude sind, soweit es sich die Bewohner finanziell leisten können, aufwändig geschmückt und erleuchtet. Für Kaufleute, Gastwirte, Cafétiers, Weinhändler, Juweliere und Bierbrauer, kurz gesagt, für die besonders gut situierten Kreise der Münchner

Bewohnerschaft, bietet sich hier die einmalige Gelegenheit, miteinander mit prunkvollen Illuminationen zu Ehren des Königshauses sich gegenseitig zu übertreffen und nur das Beste vom Besten zu zeigen.

13. Oktober 1810 – Das einfache Volk und die bessere Gesellschaft feiern

München * Nicht das einfache Volk benimmt sich während der Hochzeitsparty in der Innenstadt schlecht, sondern die bessere Gesellschaft. Das belegt ein Geheimprotokoll des damaligen Vizedirektors der Münchner Polizei, Markus von Stetten. Im einfachen Volk kommt es weder zu Ausschreitungen noch zu Raufereien oder grobem Unfug. Er notiert lediglich: „[…] dem Bacchus und der Liebe wurde in der letzten Nacht treulich geopfert […]“ und berichtet weiter von Bierleichen, die im Polizeigebäude gestapelt werden und auch am Abend des nächsten Tages ihren Rausch noch nicht ausgeschlafen haben. Von Stetten: „Doch dies gehört zu dem Ganzen und ist ein wesentlicher Teil eines Volksfestes.“ Er stoppt den Ausschank von Bier und Wein, als er merkt, dass die Menge auf den Festplätzen der Stadt nur noch lallt und wankt. Dann widmete sich der Polizeivize der Münchner Gesellschaft, die in der Hofoper feiert. Dort kommt es zu Schlachten am kalten Buffet, Herren in staatlichen Spitzenpositionen sitzen mit hochrotem Kopf inmitten von geleerten Flaschen. Ein Offizier schlägt eine Garderobenfrau nieder, ein Geheimer Rat gibt eine Portion Eis zurück, als er hört, dass er sie selbst bezahlen muss. Nach dem Fest wird ein Haufen Silber vermisst. Mehrere Besucher schickt man volltrunken aus der Oper, eine Dame bleibt bewusstlos auf der Straße liegen. „Ein Fall, der sich unter Frauen bei einem Volksfeste nicht ereignete.“

13. Oktober 1810 – Zahnweh in der Hochzeitsnacht

München * Die Kronprinzessin ist durch die Aufregungen der letzten Tage erschöpft und will den Ball frühestmöglich verlassen. Das liegt aber nicht nur an den anstrengenden Festivitäten, sondern vor allem an ihren seit Tagen anhaltenden Zahnschmerzen, die ihr schon die Hochzeitsnacht verleidet hatten. Therese verlässt den Hofball sehr zeitig. Ludwig begleitet seine Frau in die Residenz, kehrt aber alleine noch einmal zu den Tanzenden zurück. Seinem Tagebuch vertraut der Bayernprinz am Morgen danach seine entlarvenden und berechnenden Gedanken an, indem er schreibt: „Mir machte es wenig Vergnügen, aber ich tat es, um meine Freiheit zu zeigen und damit meine Frau nicht glaube, ich müsse, weil sie es getan, wegbleiben. […] So tue ich schon jetzt so viel möglich, bei Nacht schlafe ich in meinem Zimmer, nur zu Besuch zu meiner Frau kommend. […] Man muß sich gleich anfangs auf den Thron setzen, wie man ihn für die Folge will. So schicke ich mich in den Ehestand, fühle mich nicht unglücklich“.

Und seiner Lieblingsschwester Charlotte bekennt Ludwig: „Ausgezeichnet ist Therese durch ihr Herz, durch Vernunft, Schönheit, keine bessere Frau würde ich mir wünschen, aber leidenschaftslos verehelichte ich mich, es mag vorteilhafter sein für die Zukunft.“ Vertraute Kreise sehen die Zukunft der Ehe weniger rosig und trauen ihr - ganz im Gegenteil - nur sehr wenig Bestand zu.

14. Oktober 1810 – Kronprinz Ludwig wird Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises

München - Salzburg * König Max I. Joseph ernennt Kronprinz Ludwig I. zum Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises mit Sitz in Innsbruck. Er wird mit seiner Frau Therese im Schloss Mirabell in Salzburg wohnen. Die Ernennung soll nicht zuletzt dazu dienen, den Kronprinzen mit den Verwaltungsgeschäften vertraut zu machen. Außerdem will ihn sein Vater in Distanz zur Regierungszentrale in München halten, um Auseinandersetzungen zwischen dem Kronprinzen und dem Außen-, Innen- und Finanzminister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas, die sich beide nicht sonderlich mochten, zu vermeiden. Der Super-Minister hat eine Menge Arbeit mit der Reorganisation des neuen Staates, um tiefgreifende Reformen und um die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaates. Gegen seine Aufgabe ist die Deutsche Wiedervereinigung ein Kinderspiel. Eine wichtige Voraussetzung für die zentralistisch geführte Verwaltung war die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte. So gibt es alleine 93 verschiedene Flüssigkeitseinheiten, die anno 1809 durch die Einführung der baierischen Maaß ersetzt werden. Das Baierische Maaß fasst 1.069 Kubikzentimeter und wird Mass ausgesprochen.

17. Oktober 1810 – Das erste Oktoberfest beginnt mit einem Pferderennen

München * An diesem Mittwoch, es ist ein milder Herbstag mit hellblauem Himmel, wird nochmals eine breite Bevölkerungsschicht in die Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit einbezogen, nachdem die zuvor abgehaltenen Opernaufführungen und Bälle nur einem kleinen ausgesuchten Kreis geladener Gäste vorbehalten waren. Diese Festveranstaltungen wurden vom Staat ausgerichtet und finanziert. Doch angesichts von Kriegszeiten und leeren Staatskassen hält sich der sonst bei Fürstenhochzeiten übliche Glanz und Glamour in Grenzen. Und da im Jahr 1808 die städtische Selbstverwaltung abgeschafft worden ist, verfügt München über kein Vermögen, aus dem sie einen eigenen Beitrag zu den Feierlichkeiten hätte leisten können. Dankbar überlässt man deshalb die Ausrichtung der Feier der gehobenen Bürgerschaft, die dazu in der Lage ist und die die eigentliche Volksbelustigung, ein als Huldigung gedachtes Pferderennen, das in der Tradition des Scharlachrennens steht, durchführen kann. Es ist der Kavallerie-Major der

Nationalgarde 3. Klasse, der Bankier Andreas Michael Edler von Dall'Armi, der im Namen der Nationalgarde, also des Bürgermilitärs, ein Schreiben an den König richtet, in dem er bittet, eine solche Veranstaltung ausrichten zu dürfen. Das Pferderennen soll den Abschluss, aber zugleich auch den Höhepunkt der Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit bilden.

17. Oktober 1810 – Ein Siebenbürgener Apfelschimmel gewinn das 1. Oktoberfest-Pferderenne

München-Theresienwiese * Nachdem die hohen Herrschaften ein kleines Dejeuner eingenommen haben, kann das Pferderennen gestartet werden. Dreißig Pferde werden zur Startlinie geführt. Der dann folgende Startschuss gibt das Rennen über drei Runden frei. Diese drei Runden entsprechen ziemlich exakt einer Strecke von zehn Kilometern. Die Pferde werden - ohne Sattel - von Rennbuben geritten. Diese sind in der Regel unter zwanzig Jahre. Der Jüngste bei diesem Wettkampf ist gerade einmal zehn Jahre alt. Allerdings werden die Rennknaben, die Jockeys, als derart nebensächlich betrachtet, dass sie teilweise nicht einmal in den Rennbüchern namentlich auftauchen. Als Rennrichter fungieren Johann Schwangart, der Bierbrauer Cajetan Trappentreu und der Bäcker Anton Seidl. Gewonnen wird das erste Oktoberfest-Pferderennen von dem Münchner Lohnkutscher und Erfinder des Oktoberfest-Pferderennens, Franz Baumgartner, oder besser gesagt von seinem zwölfjährigen Rennbuben, der auf einem Siebenbürger Apfelschimmel nach 18 Minuten und 14 Sekunden als Erster durchs Ziel reitet. Franz Baumgartner erhält 20 von 98 Gulden. Mit der Preisverleihung endet das Fest.

November 1810 – Vereinbarung für ein jährliches Münchner Oktoberfest

München * Zwischen den Gründern und Veranstaltern des ersten Münchner Oktoberfestes und dem Generalkomitee des landwirtschaftlichen Vereins wird eine Vereinbarung getroffen, „wonach die Volksfeier in der Maximilianswoche [12. Oktober] fortan jährlich als gemeinsames Fest begangen" werden soll - unter Einbeziehung landwirtschaftsbezogener Aktivitäten. Bis 1818 organisiert der Landwirtschaftliche Verein das Gesamtfest: Pferderennen und Landwirtschaftliche Präsentation.

3. November 1810 – Eine Verordnung über die neuen Posttarife

München * Eine Verordnung über die neuen Posttarife bringt keine wesentlichen Fortschritte gegenüber dem alten System. Die Berechnung der Brieftaxe erfolgt nach dem Gewicht des

Briefes und der Entfernung des Bestimmungsortes. Der billigste Brief kostet drei Kreuzer. Er darf nicht mehr wiegen als ein halbes baierisches Lot [8,75 Gramm] und der Bestimmungsort darf nicht weiter als sechs Meilen entfernt sein. Für den Briefe schreibenden „Untertanen“ bedeutet die Übernahme der Posthoheit durch die souverän gewordenen Einzelstaaten einen Rückschritt gegenüber dem unter dem Schutz des Reiches entwickelten europäischen System der Thurn und Taxis, da es auf der Grundfläche des aufgelösten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nun nicht weniger als 43 verschiedene Postanstalten gibt. Da auch auf dem Wiener Kongress nichts für die Wiederherstellung der Posteinheit und die Verbesserung der Postbedingungen unternommen worden war, muss jedes Land seine Postangelegenheiten in eigener Zuständigkeit ordnen. Den Vorschlag Bayerns, zumindest das Portosystem für das Gebiet des Deutschen Bundes zu vereinheitlichen und das Porto - nach baierischem Muster - zu verbilligen, lehnen die anderen Länder aber kategorisch ab. Im Königreich Baiern, in dem zahlreiche fränkische und schwäbische ehemalige reichsunmittelbare Gebiete aufgegangen sind, kommt der Post eine wichtige Rolle bei der Aufgabe zu, die neubayerische Bevölkerung zu integrieren. Ein funktionierendes Post- und Verkehrswesen ist dabei ein wichtiges Mittel der bayerischen Regierungspolitik. Es sollen damit die Vorteile des neuen und größeren Wirtschaftsraumes demonstriert werden und den vom neuen Staatsverband eher weniger begeisterten Neubürgern das Königreich attraktiver machen.

1811 – Joseph Anton von Maffei will Bildhauer werden

München - Italien * Joseph Anton Ritter und Edler von Maffei, Peter Paul von Maffei's Sohn, spielt während eines längeren Italienaufenthalts mit dem Gedanken Bildhauer zu werden. Erst nach strengen väterlichen Ermahnungen widmet sich der feinsinnige und vielseitig interessierte Schöngeist der Tätigkeit im Familienunternehmen. Dort erweist er sich bald als vorausschauender Geschäftsmann.

27. Mai 1811 – Grundsteinlegung für die Neue Isarkaserne

München-Isarvorstadt * Grundsteinlegung für die Neue Isarkaserne an der Zweibrückenstraße. Auf dem Baugelände befinden sich noch die Obst- und Gemüsegärten des Stifts der Englischen Fräulein. In der Nachbarschaft liegen der Holzlagerplatz der Münchner Kistlerzunft und eine Werkstatt der Stadt, in der die hölzernen Wasserleitungsrohre gebohrt werden. Der Flurname An den Schweineställen, in früherer Zeit auch Plärrer, kommt vom Verbot der Schweinehaltung in der inneren Stadt.

Oktober 1811 – Die Nachbarschaft von Kaserne und Anna-Klosterkirche bietet Anlass zu Klage

München-Lehel * Die unmittelbare Nachbarschaft von Kaserne und Anna-Klisterkirche bietet manchen Anlass zu Reibereien und Klagen. Im Herbst 1811 wird das Generalkommando München ermahnt, dafür zu sorgen, dass den Bewohnern des Lehels der Zutritt zu ihrer Pfarrkirche nicht durch Militärangehörige, insbesondere Chevaulegers, verwehrt wird. Um den Kircheneingang zu sichern, grenzt man ihn beiderseits mit einem Zaun gegen den Kasernenbereich ab.

13. Oktober 1811 – Das 2. Oktober-Fest wird mit einem Pferderennen eröffnet

München-Theresienwiese * Das vom Landwirtschaftlichen Verein ausgerichtete Oktober-Fest wird mit einem Pferderennen eröffnet. „Eine zahllose Menge von Zuschauern“ verfolgt den Wettkampf der 60 teilnehmenden Pferde und ihrer Reiter.

14. Oktober 1811 – Die erste baierische Landwirtschaftsausstellung beginnt

München-Theresienwiese * Am zweiten Tag des Oktoberfestes, einem Montag, beginnt die erste baierische - und gleichzeitig deutsche - Landwirtschaftsausstellung. 23 Hengste, 29 Zuchtstuten, 31 Kühe, 27 Schafböcke und 3 Schweine werden präsentiert und ausgezeichnet. Mit einem Viehmarkt, bei dem 1.026 Stück Vieh zum Kauf angeboten werden, endet das erweiterte Oktoberfest des Jahres 1811.

1812 – Kinder mit „feinem Gefühl in den Fingern“ in der Strohhutmacherei

München-Angerviertel * Zum Industrieunterricht in der Armen- und Spinnschule des Münchner Beschäftigungshauses am Anger kommt noch eine Strohhutmacherei dazu. Kinder mit „feinem Gefühl in den Fingern“ werden hier besonders gerne beschäftigt. Die Bedingungen, unter denen die Kinder in die industrielle Produktion einbezogen werden, sind katastrophal.

1812 – Kronprinz Ludwig I. übernimmt offiziell die Planungen für den Königsplatz

München-Maxvorstadt * König Max I. Joseph überlässt seinem Sohn Ludwig I. offiziell die Planungen für den Königsplatz. Dieser macht ihn zu seinem persönlichen Kampfplatz gegen die

französische Vorherrschaft in Europa.

Oktober 1812 – Erstmals wird der Begriff Central-Landwirtschaftsfest gebraucht

München-Theresienwiese * Das Volksfest auf der Theresienwiese wird als Central-Landwirtschafts- oder Oktoberfest bezeichnet. Für die landwirtschaftlich ausgerichteten Programmpunkte des Oktober-Festes wird erstmals der Begriff Central-Landwirtschaftsfest gebraucht. Es gibt ein Pferderennen und einen Nutzviehmarkt. Die preisgekrönten Tiere werden auf der Wiese vor dem Königszelt im Beisein von König Max I. Joseph prämiert und ausgezeichnet.

1813 – Erfolgsanreize für die Seidenzucht

München * Das Generalcomité der Landwirtschaftlichen Gesellschaft gründet eine Deputation für die Seidenzucht. Doch bis zum Jahr 1824 dümpeln die Aktivitäten dieser Abteilung vor sich hin, obwohl König Max I. Joseph die Unternehmung unterstützt und als Erfolgsanreiz sogar Preise ausgesetzt werden.

27. März 1813 – Preußen erklärt Frankreich den Krieg

Berlin - Paris * Preußen erklärt Frankreich den Krieg. Damit beginnen die sogenannten Befreiungskriege. Nach dem gescheiterten Russlandfeldzug sind in ganz Europa - und damit natürlich auch in Baiern - Befreiungsbewegungen gegen Napoléon Bonaparte gewachsen. Es geht um die Beseitigung der französischen Vorherrschaft und Fremdherrschaft in Europa.

10. Juni 1813 – Im Königreich Baiern tritt das Judenedikt in Kraft

München - Königreich Baiern * Das sogenannte „Baierische Judenedikt“ regelt erstmals einheitlich die „Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche Baiern“. Es stellt einen wichtigen Schritt zur rechtlichen Eingliederung der Juden in den baierischen Staat dar, enthält jedoch zugleich zahlreiche Einschränkungen. Einerseits bringt das Edikt Verbesserungen: Juden erhalten mehr bürgerliche Rechte, dürfen Grundbesitz erwerben und werden stärker in das staatliche Leben integriert. Das Edikt schafft zusätzlich die rechtliche

Grundlage für die Bildung jüdischer Kultusgemeinden sowie für die Einrichtung von Gotteshäusern und Friedhöfen. Damit wird jüdisches Gemeindeleben offiziell anerkannt und gefestigt. Andererseits bleibt das Edikt stark von staatlicher Kontrolle geprägt. Besonders bedeutend war das sogenannte Matrikelgesetz. Für jede Gemeinde wird eine feste Höchstzahl jüdischer Familien festgelegt. Nur wer eine Matrikelstelle besitzt, darf sich dauerhaft niederlassen, heiraten und eine Familie gründen. Viele junge Juden konnten deshalb keine eigene Familie in ihrer Heimat gründen und sind zur Auswanderung gezwungen, häufig nach Nordamerika. Außerdem begünstigt das System wohlhabendere Familien, die leichter Matrikelstellen sichern können. Das Judenedikt ist einerseits ein Schritt zur rechtlichen Konsolidierung und Emanzipation der jüdischen Bevölkerung, andererseits aber auch ein Instrument zur Begrenzung und Kontrolle jüdischen Lebens in Baiern.

13. September 1813 – Die Grabstätte eines Hochwasser-Opfers

München-Isarvorstadt * Am Alten Südlichen Friedhof findet sich ein Grabmal der Familiengrabstätte des Lohnkutschers Strehle und der Kornkäufler Ostermayr und Reuther. Sie beschreibt den Tod des Kornkäufler Josef Reuther: „Zum Andenken Des Herrn Josef Reuther bürgerlicher Kornkäufler in München,der den 13. September 1813 im 73. Jahres Altersein Leben leider kläglich vollenden mußte. Mein Lieber Leser, fasse dich !Steh still !Und lies jetzt mein Trauer- und Todesgeschicht !!!Im Jahre achtzehnhundert und dreizehn mußten die Bewohner Münchens Der schaudernden Geschichte Jammernsvoll entgegen sehen: Wo am dunklen Abend des Septembers Zum Schreckensbild an dem dreizehnten Tag Die Isarbrücke jäh nach 6 Uhr Schlag Mit vielen Menschen durch des Stromes Wuth Scheußlich-grausam unter Schutt und Wellen lag. Entrissen war dem Weib der Mann !Vermißt auf ewig hin ein Vater. Den fünfen seiner theuren Kinder. Nun Freund und wer du immer bist: Und wenn dein Herz noch edel und gefühlvoll ist, So weine. Um diesen seltnen Mann, den edlen Baier Bei seinem Leichensteine: Und werde auch wie Er ein Mann !So tugendhaft - so gut - und dann, Dann wird auch einst dein Leichenstein Mit Thränen von den wenig Edlern Sicher und gewiß umflossen sein“.

19. Oktober 1813 – Die französischen Truppen müssen Leipzig räumen

Leipzig • Die französischen Truppen unter Napoleon Bonaparte müssen Leipzig räumen. Die dreitägige Schlacht hatte schwere Verluste gefordert. Viele Franzosen kommen auch auf der Flucht ums Leben, andere müssen sich in Kriegsgefangenschaft begeben.

1814 – Grundwasserverunreinigung durch die Pferde der Lehel-Kaserne

München-Lehel * Durch die jahrelange dichte Bewirtschaftung des Areals der Lehel-Kaserne mit Pferdeställen treten ernsthafte Probleme mit dem Grundwasser auf. Die Probleme, die zu zahlreichen Erkrankungen bei den Pferden durch schlechtes Wasser führt, wird übrigens erst ein Jahrzehnt später in Form einer zusätzlichen Wasserleitung beseitigt.

30. Mai 1814 – Die Befreiungskriege sind beendet

Paris * Mit dem Ersten Frieden von Paris werden die napoleonischen Befreiungskriege beendet. Es ist ein Versöhnungsfrieden, der Frankreich als Großmacht in den Grenzen von 1792 bestehen lässt. Das Land erhält sogar besetzte Kolonien und Handelsniederlassungen zurück. Der Erste Pariser Frieden legt in einer völkerrechtlich verbindlichen Formel fest: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein.“ Damit ist die Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ebenso ausgeschlossen, wie die Gründung eines deutschen Einheitsstaates. Durch die von Napoleon initiierte große Flurbereinigung der deutschen Landkarte ist die Zahl der deutschen Staaten auf ein überschaubares Maß reduziert worden. Das hat jedoch an den zum Teil enormen Größenunterschieden nichts geändert. Durch die erheblich vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten Baiern, Württemberg, Baden und anderer war ein neuer Machtfaktor entstanden.
Die Neuordnung erfolgt freilich unter den Eindrücken der bürgerlichen Reformprojekte der Französischen Revolution, die bereits zuvor in den deutschen Einzelstaaten Resonanz gefunden und dort manche Impulse zur Modernisierung der Staats- und der Gesellschaftsordnung ausgelöst hat.

9. Juni 1814 – Carl Philipp Joseph von Wrede wird gefürstet

München - Ellingen * Generalfeldmarschall Carl Philipp Joseph von Wrede wird der Fürstentitel verliehen und ihm die fürstliche Herrschaft Ellingen überlassen.

26. Juni 1814 – Österreich ergreift offiziell Besitz von Tirol

Innsbruck - Wien * Österreich ergreift offiziell Besitz von Tirol. Damit endet dort die baierische Herrschaft endgültig. Österreich übernimmt die meisten Errungenschaften der baierischen Verwaltung und hütet sich davor, zu den alten Strukturen zurückzukehren. Selbst die alte

Ständeverfassung, deren Abschaffung eine der Hauptursachen des Aufstands von 1809 war, wird nur in sehr mild abgeänderter Form wiederbelebt.

7. August 1814 – Papst Pius VII. stellt den Jesuitenorden wieder her

Rom-Vatikan * Papst Pius VII. stellt die Gesellschaft Jesu, den Jesuitenorden, wieder her.

18. September 1814 – Der Wiener Kongress regelt die Neuordnung Europas

Wien * Der Wiener Kongress beginnt. Er tagt bis zum 9. Juni 1815. Im Mittelpunkt der vom österreichischen Staatskanzler Fürst Clemens Menzel von Metternich geleiteten und unter starkem Einfluss des Zaren Alexander I. und England stehenden Verhandlungen steht die Neuordnung Europas nach den Befreiungskriegen und dem Zusammenbruch des napoleonischen Herrschaftssystems. Ein wesentlicher Punkt auf der Tagesordnung der europäischen Politik ist die Schaffung einer neuen Friedensordnung, die der Wiener Kongress vornehmlich dadurch umzusetzen versucht, indem er die Macht zwischen den Großmächten ins Gleichgewicht bringen will. Für die Königreiche, darunter Baiern, sowie die Großherzogtümer, Herzogtümer und Grafschaften des Rheinbundes ist vordringlich, dass nach ihrem Wechsel zur antinapoleonischen Allianz die Eigenstaatlichkeit und Souveränität ihrer bestehenden Staaten vertraglich festgeschrieben wird.

12. Oktober 1814 – Ein Oktoberfest ohne Pferderennen

München-Theresienwiese * Aufgrund der Befreiungskriege findet das Oktoberfest nur in begrenztem Umfang statt. Das Pferderennen fällt aus. Nur das Landwirtschaftliche Zentralfest mit seinem Viehmarkt wird abgehalten. Von der königlichen Familie erscheint nur Prinzessin Auguste auf der Wiesn.

31. Oktober 1814 – Prostitution rund um die Isarinseln

München * Der Münchner Polizeidirektor von Stetten vermerkt in seinem Rapport: „[...] Man mag ein Wirtshaus betretten, welches man wolle, so werden in demselben Husaren getroffen und in der Regel nicht alleine, sondern in der Gesellschaft ihrer Schönen, welche nicht neben, sondern auf ihnen sitzen. Gewöhnlich sind diese Damen aus der Vorstadt Au oder aus

Haidhausen oder Dienstmägde.“

1815 – Der Große Wasserfall wird von Menschenhand erschaffen

München-Englischer Garten - Lehel * Der Große Wasserfall an der Kreuzung des Schwabinger Bachs und des Eisbachs wird geschaffen. Seither stürzen die durch ein Stauwehr zurückgehaltenen Wassermassen über von Menschenhand platzierte Felsen. Die Szenerie erinnert an ein romantisches Landschaftsgemälde.

Februar 1815 – Bemühungen um ein offizielles jüdisches Gotteshaus

München * Das Generalkommissariat der Münchner jüdischen Gemeinde bemüht sich frühzeitig um den Erwerb geeigneter Räumlichkeiten, „worin die kirchliche Gemeinde versammelt werden kann“. Dieses Vorhaben wird von der Stadt unterstützt – allerdings weniger aus Fürsorge für die jüdischen Bürgerinnen und Bürger, sondern vielmehr, um die damals noch mit Misstrauen betrachtete Religionsgemeinschaft in einem „offiziellen“ Gotteshaus besser kontrollieren zu können. Die seit 1763 in einem Privathaus im Tal 13 eingerichtete Betstube ist inzwischen für die Gottesdienste deutlich zu klein geworden.

8. Juni 1815 – Auf dem Wiener Kongress wird der Deutsche Bund gegründet

Wien * Auf dem Wiener Kongress wird der Deutsche Bund gegründet. Der Zusammenschluss aller souveränen deutschen Fürsten und Freien Städte tritt an die Stelle des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. In der Bundesakte wird der Deutsche Bund als Staatenbund organisiert. Ohne Zentralgewalt, unter der Präsidialmacht Österreichs, ohne Gerichtshof und ohne gewähltes Parlament. Die Bundesversammlung, inoffiziell auch Bundestag genannt, ist eine Gesandtenversammlung. Darin ist sie dem alten Reichstag ähnlich, wie auch das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation ein Staatenbund war. Der Artikel 13 der Deutschen Bundesakte bestimmt für alle Mitgliedsstaaten eine landständische Verfassung. Doch diesem Auftrag kommt das Königreich Baiern nur unvollständig nach, da die Verwirklichung eindeutig ein Rückschritt gegenüber der Konstitution gewesen wäre. Denn in einer landständischen Verfassung hätte sich die Landschaft wieder aus dem landständischen Adel, den landsässigen Prälaten und den Vertretern der Städte und Märkte zusammengesetzt. Wieder hätte lediglich die Geburt, der Besitz und das Amt die Grundlage zur Beteiligung an der politischen Willensbildung gebildet. Weder eine Wahl, noch eine Legislaturperiode ist

vorgesehen. Dieses ist schlicht systemfremd.

Oktober 1815 – Wieder ein Oktoberfest mit den gewohnten Attraktionen

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest wird wieder mit den gewohnten Attraktionen (Pferderennen, Vieh-Prämierung und Viehmarkt) durchgeführt. Lehrlinge und Feiertagsschüler, die sich durch herausragende Leistungen hervorgehoben haben, werden mit Preisen bedacht. Schüler zeigen gymnastische übungen und liefern sich Wettrennen. Außerdem zeichnet man besonders fleißige und gehorsame Münchner Dienstboten aus, die mindestens 20 Jahre bei der gleichen Herrschaft „treu und fleißig gedient, sich allen Kleiderluxus enthalten und sich einer lobenswerten Sparsamkeit beflissen“ haben.

18. April 1816 – Baupläne zum Neubau einer Sternwarte in Bogenhausen

München - Bogenhausen * Nur wenige Tage nach der Ernennung Johann Georg Soldners zum Direktor der Sternwarte legt die Baierische Akademie der Wissenschaften König Max I. Joseph Baupläne zum Neubau einer Sternwarte in Bogenhausen vor.

4. Juni 1816 – Die Pläne zum Neubau einer Sternwarte in Bogenhausen sind genehmigt

München * König Max I. Joseph genehmigte die Pläne zum Neubau einer Sternwarte in Bogenhausen. Der endgültige und heutige Standort wird von Johann Georg Soldner sowie von Georg Friedrich von Reichenbach und wahrscheinlich Joseph von Fraunhofer festgelegt.

11. August 1816 – Der erste Spatenstich für den Neubau einer Sternwarte in Bogenhausen

Bogenhausen * Der erste Spatenstich für den Neubau einer Sternwarte in Bogenhausen wird getan. Der Bogenhausener Grund kam teils durch Kauf, teils durch Tausch mit dem Ramersdorfer Grundstück in den Besitz der Baierischen Akademie der Wissenschaften.

Oktober 1816 – Erstmals ziehen die Schützen auf die Theresens-Wiese

München-Theresienwiese * Erstmals ziehen die Schützen auf Theresens-Wiese. Die Königlich

privilegierte Hauptschützengesellschaft organisiert mit einem Vogel- und Scheibenschießen. Die damals einzige Schützengesellschaft bleibt fortan Träger des Oktoberfest-Schießens. Als Schützenkönig beim Vogelschießen hebt sich König Max I. Joseph hervor, für den ein Kammerdiener das letzte Stück vom Holzadler herunterschießt. Darüber hinaus werden langjährige landwirtschaftliche Dienstboten geehrt, die „mit dem Schweiße ihres Angesichtes, und bei den Schwielen ihrer Hände, und mit den Beulen an ihren Füßen, den Segen der natur bearbeiten und hereinbringen helfen“.

Oktober 1816 – Eine Gesellschaft für die Oktoberfeste wird neu gegründet

München-Theresienwiese * Die Finanzierung des Pferderennens auf dem Zentrallandwirtschafts- oder Oktoberfest überfordert den Landwirtschaftlichen Verein in Baiern. Deshalb wird sie vorübergehend von der neu gegründeten Gesellschaft für die Oktoberfeste übernommen. Diese Lösung hält bis zum Jahr 1819.

Oktober 1816 – Die Oktoberfest-Gesellschaft richtet einen Glückshafen ein

München-Theresienwiese * Die Oktoberfest-Gesellschaft richtet einen „Glückshafen - Zum Besten der Armen“ ein, der in engem Zusammenhang mit den Missernten des Sommers steht. Gleichzeitig wird ein absolutes Verbot anderer Glücksspiele erlassen.

17. November 1816 – Das Armenwesen wird grundsätzlich reformiert

München - Königreich Baiern * Das Armenwesen wird neu geregelt, durch eine Verordnung wieder dezentralisiert und zur Aufgabe der Heimatbezirke erklärt. Die Kommunen bekommen mehr Mitbestimmung. Die Armenpflege wird jetzt durch kommunale Pflegschaftsräte und Pflegausschüsse, denen der Ortspfarrer, der Gemeindevorsteher und weitere gewählte Gemeindemitglieder angehören, geregelt. Sie entscheiden abschließend über den Anspruch und die Höhe der Unterstützung. Das Betteln wird grundsätzlich verboten. Der Anspruch auf Armenpflege steht nur den „eingehörigen Armen“ zu. Die Gesetze über die Heimat legen den betroffenen Personenkreis fest.

1817 – In der Eisenfronfeste am Lilienberg sitzen 40 Häftlinge ein

Vorstadt Au * In der Eisenfronfeste am Lilienberg sitzen 40 Häftlinge ein.

Februar 1817 – Polizei fordert zentrale Kontrolle jüdischer Gottesdienste

München * Der Polizeidirektion sind die jüdischen Gottesdienste in privaten Betsälen verdächtig, weshalb sie diese als „Geheimversammlungen“ oder „Winkelzusammenkünfte“ verdächtigten Gottesdienste dauerhaft unterbinden will. Gottesdienste sollen künftig nur noch in einer offiziellen „Schule“ stattfinden dürfen. Alle Nebenschulen und heimlichen Zusammenkünfte sind einzustellen. Damit will die Polizei eine bessere Kontrolle der jüdischen Gemeinden gewährleisten.

2. Februar 1817 – Montgelas nutzt den Edel-sitz Stepperg bis zu seinem Tod

Bogenhausen * Nach seiner Entlassung als Minister nutzt Graf Maximilian Joseph von Montgelas den Edel-sitz Stepperg bis zu seinem Tod am 14. Juni 1838 wei-terhin als Sommerresidenz - ein Ort, an dem sich private, öffentliche, wirtschaftliche und politische Interessen oftmals verbinden.

März 1817 – Hungerkrawalle, Magazinplünderungen und Bauernaufstände

Königreich Baiern * Eine Teuerungshysterie beginnt. Man vermutet hinter den horrenden Getreidepreisen das Werk und die Machenschaften von Spekulanten und Wucherern. Die Folge sind Hungerkrawalle, Magazinplünderungen und Bauernaufstände im Ausland und in Baiern.

16. April 1817 – Eine Brandstiftung aus Hungersnot

München-Graggenau * Durch Brandstiftung brennt in der Nacht vom 16. April 1817 der seit zwei Jahren im Hof des Marstalls gelagerte Dachstuhl für das Hof- und Nationaltheater ab. An der Brandstelle findet man Zettel mit der Aufschrift „Brot oder Brand“. Böse Zungen behaupten ernsthaft, der Dachstuhl „hat brennen müssen“, weil letzte Nachmessungen gezeigt hätten, dass die Querbalken zu kurz gewesen seien und dadurch die Unfähigkeit des Architekten Carl von Fischers ans Licht gekommen wäre.

6. Mai 1817 – Klatsch und Tratsch in Hof- und Diplomatenkreisen

Wien * Die Gräfin Ernestine Rupertina Walburga von Montgelas wird in den Sternkreuzorden aufgenommen und ist damit Mitglied des höchsten Damenordens der österreichischen Monarchie. Dennoch bietet die Gräfin breite Angriffsflächen für Klatsch und Tratsch in Hof- und Diplomatenkreisen. Und so flüsterte man in den Salons über ihre außerehelichen Amouren und unterstellt ihr Liebesbeziehungen zu verschiedenen Männern der baierischen Beamtenschaft, darunter auch zum Ministerkollegen ihres Mannes: Johann Wilhelm von Hompesch. König Max I. Joseph befürchtet sogar, Montgelas Ehefrau Ernestine würde durch ihre Unbesonnenheit ihren Mann noch einmal ins Grab bringen. Im Jahr 1825 sagt er: „Wenn sie vor acht Jahren gestorben wäre, so wäre Montgelas noch heute Minister."

1818 – 390 Personen und 352 Pferde in der Lehel-Kaserne

München-Lehel * Die Lehel-Kaserne besitzt eine Maximalkapazität von 390 Personen und 352 Pferdeständen. Im ehemaligen Konventbau der Hieronymitaner, dem sogenannten Altbau, befinden sich vierzehn Mannschaftszimmer und fünf Küchen. Der Mittelbau nördlich der Kirche beherbergt acht Mannschaftszimmer und zwei Küchen. Durch die anschließenden Stallungen getrennt befindet sich der Neubau. Er enthält die Wache, das Verhör- und Rapportzimmer. Darüber befinden sich weitere Büroräume, Magazine und Wohnungen.

April 1818 – Die Neue Kavalleriekaserne an der Isar ist fertiggestellt

München-Isarvorstadt * Die Neue Kavalleriekaserne an der Isar an der Zweibrückenstraße ist insgesamt fertiggestellt. Sie bietet jetzt Platz für 1.558 Soldaten und 359 Pferde. Die Kapazität der Mannschaftszimmer schwankt zwischen 3 und 17 Bettladen für je zwei Personen. Die Standardzimmer haben entweder 8 oder 14 Bettladen.

Juni 1818 – Das Eliteregiment „Garde du Corps" setzt sich durch

München-Isarvorstadt * Das Eliteregiment „Garde du Corps" erhebt erfolgreich Einspruch gegen die Absicht der Militärverwaltung, die Mannschaft in der „Neuen Isarkaserne" sehr dicht zu kasernieren und einen Teil der Zimmer leer stehen zu lassen, um dadurch Brenn- und Beleuchtungsmaterial sparen zu können.

17. November 1818 – Beteiligung beim Erstellen der Heiratslizenz

München - Königreich Baiern * Bei Erteilung der Heiratslizenzen muss jetzt auch der Armenpflegschaftsrat der Heimatgemeinde gehört werden.

1819 – Joseph Baader regt den Bau einer eisernen Comerzstraße an

München * Joseph Baader, ein aus München stammender Ingenieur, regt den Bau einer „eisernen Comerzstraße“ zwischen Nürnberg und Fürth an. Kronprinz Ludwig I. sieht jedoch noch in dem wirtschaftlichen Nutzen des Projekts Probleme.

1819 – Die Auer drängen auf die Eingemeindung

Vorstadt Au - München * Die Handwerker und die häufig arbeitslosen Tagelöhner der Au drängen auf die Eingemeindung. In einem Gutachten des Münchner Magistrats heißt es dazu: „Der Gewerbemann der Vorstadt Au hat seine Kundschaft und seinen Markt nicht auf seinem Wohnplatz, sondern in München. Was sollen Schuhmacher und Schneider in einer Gemeinde mit 7.000 Köpfen, von denen zwei Drittel im Sommer mit bloßen Füßen gehen und sich in Lumpen kleiden.“

Februar 1819 – Begrenzte Niederlassung und wirtschaftliche Auswahl jüdischer Einwohner in

München * Bis Februar 1819 erhalten nur 61 Juden in München eine offizielle Aufenthaltserlaubnis, eine sogenannte „Schutznummer“. Weitere Juden können nur aufgenommen werden, wenn sie reich sind oder mit Unternehmen und Fabriken der Wirtschaft nutzen.

5. Februar 1819 – Der Mittelbau der Lehel-Kaserne wird aufgestockt

München-Lehel * Da dem Fuhrwesen-Bataillon die Lehel-Kaserne immer noch zu klein ist, schlägt das Oberadministrativkollegium der Armee vor, den Mittelbau um eine Etage aufzustocken, um so sechs zusätzliche Zimmer für 102 Unteroffiziere und Mannschaften zu gewinnen. Der Plan wird an diesem Tag genehmigt und das Vorhaben bis zum Sommer ausgeführt.

31. August 1819 – Der österreichische Staatskanzler gegen die bayerische Verfassung

Karlsbad * Der österreichische Staatskanzler Clemens Menzel Fürst von Metternich will in den Karlsbader Verhandlungen vom 6. bis 31. August 1819 nicht nur die Souveränität des Königreichs Baiern, sondern auch die liberalen Errungenschaften der Baierischen Verfassung ernsthaft bedrohen. Es ist hauptsächlich Kronprinz Ludwig, der mit vehementem Einsatz die Errungenschaften verteidigen und bewahren kann - auch gegenüber seinem Vater.

25. September 1819 – Der Magistrat übernimmt die organisatorische Verantwortung für die Wi

München-Theresienwiese * Nachdem die Stadt München ein Jahr zuvor durch das Gemeinde-Edikt und die Verfassung des Königreichs Baiern erste kommunale Selbstverwaltungsrechte zurückerhalten und sich neu konstituiert hat, übernimmt der Magistrat der Stadt die alleinige organisatorische und finanzielle Verantwortung für den Unterhaltungsteil des Oktoberfestes, worunter das Pferderennen und das Vogelschießen gemeint ist. Für diesen Teil wird künftig der Name Oktoberfest gebraucht. Die Ausrichtung des landwirtschaftlichen Teils (Vieh-Prämierung, Ausstellung und Viehmarkt) bleibt in der Verantwortung des Landwirtschaftlichen Vereins. Dieser Teil wird künftig als Landwirtschaftliches Centralfest bezeichnet werden. Bis heute ist die Landeshauptstadt München der alleinige Veranstalter der Wiesn.

1820 – Das Karussell in der Betz‘schen Wirtschaft

Bogenhausen * Im Wirtsgarten des Betz‘schen Gasthauses in Bogenhausen befindet sich neben einer Hühnerbraterei auch ein zwölfeckiger, schindelbedeckter Pavillon mit einem Karussell, das ein Dromedar, einen Steinbock, einen Widder und fünf Pferde, die Kutschen ziehen. Wenn sich jemand findet, der im Keller unter dem Karussell anschiebt, ist das für die Kinder eine Mords-Gaudi. Das Karussell ist die besondere Attraktion.

31. Dezember 1820 – In Bayern leben 3.700.000 Menschen

Königreich Baiern * In Bayern leben 3.700.000 Menschen, wovon 3 Millionen oder 81 Prozent auf die landwirtschaftliche Bevölkerung entfallen, die auf 680.000 land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aufgeteilt sind.

März 1821 – Der griechische Unanhängigkeitskrieg beginnt

Griechenland * Unter dem Kommando des Fürsten Alexandros Ypsilantis beginnen die Griechen im offenen Aufstand für ihre Freiheit und Selbstständigkeit zu kämpfen. Da aber die von Russland erwartete Unterstützung in diesem Unanhängigkeitskrieg nicht erfolgt, wird die „Heilige Schar“ unter Alexandros Ypsilantis innerhalb von nur drei Monaten vollkommen aufgerieben. Es kommt in der Folge zu grausamen Massakern unter der griechischen Bevölkerung. Mit Beginn des Unabhängigkeitskrieges gründen sich in ganz Westeuropa Vereinigungen von Philhellenen (das bedeutet Griechenfreunde), die in der Öffentlichkeit für die griechische Sache werben, diese mit Geldspenden unterstützen und sich auch selbst in die Kampfhandlungen einmischen. Zu diesen Philhellenen zählt sich auch Ludwig I.. Der Bayernkönig unterstützt - leidenschaftlich und mit viel romantischem Pathos versehen - die griechischen Patrioten in ihrem Freiheitskampf. Die Griechen kämpfen einen Guerillakrieg. Die griechischen Freiheitskämpfer werden von einem „Kapetánii“ angeführt und bezeichnen sich selbst als „Klephte“, was eigentlich Dieb oder Räuber bedeutet, oder als „Pallikare“, was junger Mann oder Held heißt. In der Zeit des Unabhängigkeitskrieges sind unter diesen Bezeichnungen aber immer Freiheitskämpfer gemeint.

1822 – Mehr Pferde als Soldaten

München-Isarvorstadt * Die Alte Isarkaserne bieten die Stallungen Raum für insgesamt 236 Pferde, während die Mannschaftsunterkünfte nur noch auf 142 Soldaten ausgelegt sind. Die am Ufer gelegene Neue Isarkaserne übernahm einen Großteil der in der Lehel-Kaserne und der Alten Isarkaserne stationierten Kavallerie.

1822 – Ein aussichtsloser Kampf gegen die Mayer'sche Lederfabrik

Untergiesing * Die bürgerliche Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au entschließt sich, nachdem sie jahrelang dem Geschehen in der Mayer'schen Lederfabrik tatenlos und voller Neid zugesehen hat, zu einem Protest bei „allerhöchster Stelle“ - vermutlich dem Königlichen Ministerium des Inneren - gegen die „gewissenlosen Gewerbebeeinträchtigungen, welche wir von den hiesig- und umliegenden Lederfabrikanten und Israeliten durch die widerrechtliche Anmaßung der Selbstfabrikation ihrer in Accord übernommenen Militärlieferungen viele Jahre hindurch sehr empfindlich zu erdulden hatten“. In der Folge fordert die Behörde den Lederfabrikanten auf, künftige Militäraufträge bei den ansässigen Schuhmachermeistern fertigen zu lassen. Doch die Freude der Schuster über ihren Sieg gegenüber dem Lederfabrikanten

dauert nur kurz. Dem geschäftstüchtigen Fabrikbesitzer Ignaz Mayer gelingt es nämlich, den Schwabinger Schumacher Hanrieder davon zu überzeugen, dass er seine Werkstatt mit „Sack und Pack“ sowie mit der Genehmigung der zuständigen Behörden in die Untergiesinger Lederfabrik verlegt. Der Schuhmacher erhält dafür „eine wöchentliche Entschädigung [...], und [kann] sonach genüßlich sein Leben in Wohltätigkeit durchbringen“. Ignaz Mayer aber kann über den Trick der ausgeliehenen Hanriederischen Konzession - sehr zur Empörung der bürgerlichen Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au - seine Militärlieferungen auch künftig weiter in eigener Regie herstellen lassen. Der Schuhmacherzunft bleibt nur mehr das Beschreiten des Protestwegs. Ihr Protest gegen die „unerlaubte Transferierung einer Gewerbekonzession von einer Vorstadt in die andere“ findet beim Königlichen Landgericht zunächst positives Gehör. Doch die Regierung des Isarkreises hebt das Verbot umgehend wieder auf. Eine königliche Anweisung zieht schließlich einen Schlussstrich unter die Affäre - und zwar zugunsten der industriellen Produktion in der Lederfabrik. Es war das Königliche Handelsministerium, das sich in den Vorgang um die umstrittene Konzession einmischte und die Entscheidung zugunsten des Hoflieferanten beeinflusste. Wenn schon nicht das Einzelmitglied, so hätte doch die Schuhmacherzunft den Einfluss ihres Kontrahenten und damit die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens erkennen müssen. Immerhin ist Ignaz Mayer nicht nur der Schwiegersohn des dem bayerischen Königs als millionenschweren Kreditgebers unentbehrlich gewordenen Leonhard von Eichthal, sondern seit dem Jahr 1809 auch der Schwiegervater von Simon Freiherr von Eichthal, der bei der Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eine zentrale Rolle spielte.

Der Hofbankier organisiert nicht nur die neue Kreditbank, sondern stellte auch dem späteren König Ludwig I. Mittel für seine Kunsteinkäufe zur Verfügung.

Oktober 1823 – Ein erster Denkmalentwurf für das Max-Joseph-Denkmal entsteht

München-Graggenau * Ein großer Schritt in der Planung des Max-Joseph-Denkmals geschieht auf der Italienreise des Kronprinzen Ludwig mit Leo von Klenze vom Oktober 1823 bis Anfang des Jahres 1824. In Zusammenarbeit mit dem in Rom wohnenden Bildhauer Martin von Wagner, dem Kunsteinkäufer Ludwigs, der auch die berühmte Äginetengruppe für die Glyptothek erwerben konnte, entstand ein Denkmalentwurf. Er zeigt den König im Krönungsornat auf dem Löwenthron mit der zum Friedensgruß erhobenen rechten Hand. „Als Grund für die sitzende Stellung führte ich an“, schreibt Leo von Klenze später, „daß der König als Nicht-Feldherr doch am besten in der Stellung dargestellt werden möchte, welche die Alten ihren Obergöttern und namentlich dem Zeus gaben“ und dass diese ruhige Haltung „dem Begriffe der gesetzlichen, sich ihrer Macht und Würde bewußten Herrschaft“ entspricht. Doch König Max Joseph spricht sich prinzipiell gegen eine sitzende Stellung aus, und zwar in der ihm eigenen,

sehr drastischen Ausdrucksweise: Er will nicht „auf dem Cacatojo sitzend“ dargestellt werden. Daraufhin macht Leo von Klenze einen neuen Entwurf, der den König stehend mit vier liegenden Löwen zeigt und die Zustimmung Max Josephs, schließlich auch des Kronprinzen und der Denkmalkommission findet.

1824 – Das Artillerie-Regiment soll vom Max-Joseph-Platz verbannt werden

München-Graggenau * Die Kommission zum Wiederaufbau des Hof- und Nationaltheaters stellt den Antrag, nach der Eröffnung des neuen Theaters das Artillerie-Regiment vom Max-Joseph-Platz zu verbannen. Man verweist dabei auf die Belästigung der ganzen Nachbarschaft durch den täglichen Ausbildungsbetrieb. Außerdem würden in keiner Haupt- und Residenzstadt außer in München, auf einem Stadtplatz ständig Militärübungen stattfinden. Vielmehr sucht sich überall sonst das Militär Exerzierplätze außerhalb der Städte.

1824 – In den Kasernen sind nicht nur die Soldaten untergebracht

München * In den Kasernen sind aber nicht nur die Soldaten, sondern auch deren Ehefrauen untergebracht. Diese müssen sich - gemeinsam mit ihren Männern und ihren Kindern - die Kasernenzimmer mit mehreren Soldaten teilen, sodass sich das ganze Ehe- und Familienleben „vor Publikum“ abspielt. Ein Bericht beschreibt die Situation so: „[...] In Krankheit und Geburtsfällen müssen die Weiber in den nämlichen Zimmern, in denen sich auch die Mannschaft befindet, nur durch einen leichten Vorhang gedeckt, ihr Schicksal erleiden [...] Wenn auch in Geburts Fällen im entscheidenden Augenblicke die Mannschaft aus dem betreffenden Zimmer entfernt, und für einige Zeit in ein anderes Zimmer gewiesen wird, so müssen zur Nachtzeit, wenn die leeren Bettstellen der im Dienst befindlichen Leute nicht hinreichen, drei Mann in einer Bettlade der Ruhe genießen“.

1824 – Politisches und gesellschaftliches Engagement

München - Vorstadt Au * Franz Xaver Zacherl ist seit der Gründung des Polytechnischen Vereins ein engagiertes Mitglied. Für die Vorstadt Au arbeitete er zunächst als Gemeindebevollmächtigter, dann zwölf Jahre lang als Magistratsrat.

26. Juli 1824 – Grundsteinlegung für die Synagoge an der Theaterstraße

München-Angerviertel * Der Grundstein für das jüdische Gebetshaus in der Westenriederstraße, damals noch Theaterstraße genannt, wird gelegt. Eine im Grundstein eingelassene Münze trägt die Inschrift:„Mit allergnädigster Erlaubnis Seiner Majestät des Königs wurde der Grundstein zur Synagoge gelegt am zweyten Tag der Woche am ersten Monatstag Ab 5585.“ Die Pläne für das Bauwerk stammen vom königlichen Baurat Jean Baptiste Métivier. Er steht vor der Herausforderung, dass die Lage des Grundstücks mitten in einer geschlossenen Häuserzeile die traditionelle Anordnung der Eingänge erschwert. Der Thoraschrein muss stets nach Osten, in Richtung Jerusalem, ausgerichtet sein. Da sich unmittelbar an der Ost- und Westseite Nachbarhäuser befinden, können die Zugänge für Frauen und Männer dort nicht angelegt werden. Métivier löst dieses Problem, indem er die Eingänge seitlich in die Straßenfassade integriert. Die Synagoge verfügt daher über zwei getrennte Portale mit jeweils eigenen Zugängen für Männer und Frauen. Kleine vorgelagerte Eingangsrisalite mit klassizistischen Dreiecksgiebeln betonen die Eingangsbereiche. Von dort führt eine Vorhalle in den eigentlichen Betsaal. Bemerkenswert ist zudem die bewusst zurückhaltende Gestaltung der Fassade. Das Gebäude soll sich möglichst unauffällig in die Häuserzeile der damaligen Theaterstraße einfügen und auf den ersten Blick nicht als Synagoge erkennbar sein. Diese Architektur spiegelt die gesellschaftliche Situation der jüdischen Gemeinde im frühen 19. Jahrhundert wider.

6. August 1824 – Johann Peter von Langer stirbt

Haidhausen * Johann Peter von Langer stirbt. Noch kurz vor seinem Tod äußert er sich vor seinen Studenten folgendermaßen: „Meine Herren, es gibt nur drei wahrhaft große Künstler: Der Erste war Raffael, der Zweite ist mein Sohn und den Dritten verbietet mir die Bescheidenheit, Ihnen zu nennen!“ Kritik nahm er nicht mehr wahr. Den Bestrebungen, ihn als Akademiedirektor abzusetzen, muss er sich nicht mehr stellen, da er das Zeitliche segnet. Robert von Langer erhält zwar das väterliche Adelsprädikat übertragen, doch für das Amt des Akademie-Direktors wird im gleichen Jahr Peter Cornelius berufen.

1825 – Joseph Ritter von Hazzi übernimmt die Seidenzucht-Deputation

München * Erst als der Vorstand des Landwirtschaftlichen Vereins, der Staatsrat Joseph Ritter von Hazzi, den Vorsitz der Seidenzucht-Deputation übernimmt, geht es mit dem Vorhaben aufwärts.

11. September 1825 – Jeder Staatsangehörige hat eine Heimat

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Bedeutete bis dahin der Begriff „Heimat“ im wesentlichen Haus- und Grundbesitz, so wird jetzt das Recht auf Heimat, also Angehöriger einer Gemeinde zu sein, einklagbar. Der Heimatberechtigte hat Anspruch auf Unterstützung durch seine Heimatgemeinde, wenn er sich selbst nicht mehr unterhalten kann. Das Gesetz besagt: „Jeder Staatsangehörige soll eine bestimmte Heimat haben.“ Jedermann besitzt entweder eine erworbene, eine ursprüngliche oder eine angewiesene Heimat. Durch das Heimatgesetz soll die „Heimatlosigkeit“ und damit die Zahl der Nichtsesshaften, der Vaganten und der „Gauner“ beseitigt werden. Gleichzeitig entfällt der Erwerb des Heimatrechts nach einem Aufenthalt von zehn Jahren an einem Ort. Diese Vorgabe hat oftmals dazu geführt, dass Anwärter nach neun Jahren abgeschoben wurden. Ebenso wird die Geburt als Rechtstitel des Heimatrechts abgeschafft. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass Schwangere abgeschoben wurden oder sogar kurz vor der Niederkunft aus dem Ort getrieben wurde.

Oktober 1825 – Sanktionskaralog für Wiesnwirte

München-Theresienwiese * Nach einem Erlass der Polizeidirektion wird „jeder Wirt, der als Folge einer polizeilichen Übertretung bestraft wird“, zum Beispiel bei „Nichteinhaltung der Polizeistunde, Unsauberkeit“ oder „nicht anständiger Bierpreis“ mit dem Verlust der Ausübung seiner Wirtschaft auf der Theresienwiese bestraft.

12. Oktober 1825 – König Max I. Joseph stirbt in Schloss Nymphenburg

Schloss Nymphenburg * König Max I. Joseph stirbt. Den Abend verbringt der baierische König auf einem Ball des russischen Gesandten Woronzeff in der Herzogspitalstraße 18. Um 22 Uhr lässt er sich nach Schloss Nymphenburg bringen. Am nächsten Tag findet ihn sein Diener tot im Bett. Max Josephs Sohn Ludwig I. übernimmt nun die Regentschaft über das Königreich Baiern.

1826 – Maulbeerbäume zur Züchtung der Seidenraupen werden angezogen

München * Auf Veranlassung von König Ludwig I. werden in den königlichen Hofgärten Maulbeerbäume zur Züchtung der Seidenraupen angezogen und später im ganzen Land verteilt. Bis zum Jahr 1836 sollen „im Königreiche wenigstens vier Millionen Stück stehen“. Die Verwaltung der Landeshauptstadt München beschließt daraufhin die

Gründung der ersten städtischen Baumschulen im Garten der Landwirtschaftsschule an der Luisenstraße und auf der Kalkofeninsel, in denen rund zehntausend Maulbeerbäume aus Samen herangezogen werden, die drei bis vier Jahre später eine für die Raupenzucht geeignete Größe erreicht haben.

21. April 1826 – Die Synagoge in der Westenriederstraße wird eingeweiht

München-Angerviertel * König Ludwig I. und Königin Therese nehmen an der Einweihung der Münchner Synagoge in der Theaterstraße teil. Auch höchste Hof- und Staatsbeamte nehmen an der Zeremonie teil und machen die Einweihung zu einem außergewöhnlichen gesellschaftlichen Ereignis. Der klassizistische Synagogenbau hat 160 Männer- und Frauenplätze. Mit der Eröffnung des Gotteshauses erreicht die jüdische Gemeinde nach Jahrhunderten der Rechtlosigkeit, Ausgrenzung und Verfolgung eine erste wichtige Etappe auf dem langen Weg zur angestrebten Gleichstellung mit den christlichen Bürgerinnen und Bürgern Münchens. Trotz dieses Fortschritts gelten Juden weiterhin nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Sie unterliegen nach wie vor zahlreichen Einschränkungen – etwa im Berufsleben oder durch Niederlassungsbeschränkungen für ihre Kinder. Zudem werden sie von den staatlichen Behörden misstrauisch beobachtet und von vielen Mitbürgern noch immer als fremd und unerwünscht wahrgenommen. Das Ereignis des Tages führt auch dazu, dass die israelitische Gemeine an hundert christliche Mitbürger je zwei Pfund Fleisch, zwei Mass Bier und Brot spendet.

1827 – Seidenzucht und Seidenspinnerei als neuer Industriezweig in Bayern

Königreich Bayern * Die Seidenzucht und Seidenspinnerei lässt sich als neuer Industriezweig in Bayern nachweisen. Das dafür notwendige Fachwissen wird unter anderem durch Lehrbücher verbreitet, die auf dem Zentral-Landwirtschaftsfest erworben und gewonnen werden können.

1827 – Ein neues Futtermittel für Seidenraupen

Berg am Laim * In den Jahren von 1827 bis 1829 benutzt der Botaniker Alois Sterler in der ehemaligen Unterkunft des Franziskanzer-Hospiz neben der Berg am Laimer Michaelskirche einige Räume für seine „geheimnisumwitterten Experimente“. Er soll ein neues Futtermittel für Seidenraupen entwickeln. Von den 300 Gulden, die er vom Fonds für Industrie als Unterstützung erhält, musste er jährlich 60 Gulden Miete an die Michael-Hofbruderschaft abführen.

1827 – Herzog Max in Bayern sieht sich nach einem geeigneten Stadtpalast um

München-Graggenau * Offenbar will Graf Toerring das Adelspalais an der heutigen Residenzstraße 2 bereits in den 1820er-Jahren verkaufen. Denn als sich Herzog Max in Bayern nach einem geeigneten Stadtpalast umsieht, wird ihm von Klenze das gegenüber der entstehenden Königsresidenz gelegene Palais schmackhaft gemacht. Doch die Pläne des Herzogs zerschlagen sich.

1827 – Münchens Einwohnerschaft beträgt 76.117 Personen

München * Münchens Einwohnerschaft beträgt 76.117 Personen. Ein Zuwachs von 13.827 Menschen oder 22 Prozent in drei Jahren.

1827 – Heinrich Heine im Neuberghausener Biergarten

Bogenhausen * Der Düsseldorfer Heinrich Heine kommt nach. München, um hier Professor für deutsche Literatur zu werden. Da ihn König Ludwig I. nicht leiden kann, bezeichnet er München als „ein Meer von kleinen Seelen“. Nicht einmal die „liebenswürdigsten Aristokratinnen“ und die „wunderschönen Weiberverhältnisse“ wollen dem gekränkten Literaten mehr zusagen. Nur das Bier - „Es schmeckt ganz vortrefflich“ - versöhnte ihn. Die folgende Beschreibung des Neuberghausener Biergartens stammt aus seiner Feder: „Dass man aber die ganze Stadt ein neues Athen nennt, ist, unter uns gesagt, etwas ridikül, und es kostet mich viel Mühe, wenn ich sie in solcher Qualität vertreten soll. Dieses empfand ich aufs tiefste in einem Zwiegespräch mit dem Berliner Philister, der, obgleich er schon eine Weile mit mir gesprochen hatte, unhöflich genug war, alles attische Salz im neuen Athen zu vermissen. ‚Des‘, rief er ziemlich laut, ‚gibt es nur in Berlin. Da nur ist Witz und Ironie. Hier gibt es gutes Weißbier, aber wahrhaft keine Ironie‘. ‚Ironie haben wir nicht‘ - rief Nannerl, die schlanke Kellnerin, die in diesem Augenblick vorbeisprang - ‚aber jedes andre Bier können Sie doch haben‘. Dass Nannerl die Ironie für eine Sorte Bier gehalten, vielleicht für das beste Stettiner, war mir sehr leid, und damit sie sich in der Folge wenigstens keine solche Blöße mehr gebe, begann ich folgendermaßen zu dozieren: ‚Schönes Nannerl, die Ironie is ka Bier, sondern eine Erfindung der Berliner‘. Ich hätte noch mehr gesagt, aber das schöne Nannerl, das ich unterdessen am Schürzenzipfel festhielt, riss sich gewaltsam los, als man von allen Seiten ‚A Bier! A Bier!‘ gar zu stürmisch forderte. [...] Der Ort, wo dieses Gespräch stattfand, heißt Bogenhausen oder Neuberghausen oder Villa Hompesch oder Montgelasgarten oder das Schlössl, ja man braucht ihn nicht einmal zu nennen, wenn man von München dort hinfahren will, der Kutscher versteht uns schon an einem gewissen durstigen

Augenblinzeln, an einem gewissen vorseligen Kopfnicken und ähnlichen Bezeugungsgrimassen. Tausend Ausdrücke hat der Araber für ein Schwert, der Franzose für die Liebe, der Engländer für das Hängen, der Deutsche für das Trinken und der neuere Athener sogar für die Orte wo er trinkt. Das Bier ist an besagtem Orte wirklich sehr gut, selbst im Prytaneum, vulgo Bockkeller, ist es nicht besser, es schmeckt ganz vortrefflich, besonders auf jener Treppenterrasse, wo man die Tiroler Alpen vor Augen hat.“

1827 – Eine Ausflugswirtschaft im Schloss Neuberghausen

Bogenhausen * Im aus dem Edelsitz Neuberghausen hervorgegangene „Hompeschschlössl“ oder „Villa Hompesch“ wird eine Gastwirtschaft eingerichtet, die die „Wirtin vom Tivoli“ Maria Buchmayer kauft, betreibt und zu einem bekannten Vergnügungsort macht. Zusammen mit der Menterschwaige und der Waldwirtschaft Großhesselohe ist Neuberghausen das beliebteste Ausflugsziel der Münchner. Auch deshalb, weil es früher wesentlich billiger ist, seinen Bierdurst in den Ausflugslokalen zu stillen. Das kommt daher, weil außerhalb Münchens für den Bierausschank viel weniger Steuern bezahlt werden müssen.

1828 – Die Notbrücke erhält den Namen Ludwigsbrücke

München-Lehel - München-Isarvorstadt * Eine hölzerne, fünfbogige Notbrücke über die Isar wird eingeweiht. Sie erhält den Namen Ludwigsbrücke. Sie ist bis dahin die einzige Isarüberführung zwischen Bogenhausen und Schäftlarn.

1828 – Im Bazargebäude ist das Hofgarten-Café untergebracht

München-Graggenau * Das Bazargebäude wird eröffnet. Im Erdgeschoss befinden sich Ladengeschäfte. Im südlichen Eckbau wird das von Luigi Tambosi betriebene Hofgarten-Café untergebracht.

1828 – Friedrich Bürklein studiert bei Friedrich von Gärtner

München-Maxvorstadt * Friedrich Bürklein studiert bei Friedrich von Gärtner an der Akademie der Bildenden Künste in München. Er wird nach Gottfried Semper der erfolgreichste und namhafteste Schüler dieses Architekturprofessors. Da Bürklein völlig mittellos ist, muss er sich durch

Stundengeben und Anfertigen von Bauzeichnungen sein Studium finanzieren.

27. April 1828 – Der London Zoo wird für die Wissenschaft gegründet

London * Der London Zoo wird von der Zoological Society of London gegründet und zunächst ausschließlich wissenschaftlich genutzt.

3. Mai 1828 – Die Isarbrücke wird zur Ludwigsbrücke

München * Die neuen Isarbrücken können unter Beteiligung der Münchner Einwohnerschaft endlich eingeweiht und der Öffentlichkeit übergeben werden. Das Ereignis wird als eine Errungenschaft der bayerischen Monarchie gefeiert. Und als auch König Ludwig I. und seine Gemahlin Therese erscheinen, erhält der Flussübergang den Namen Ludwigsbrücke.

1829 – In Wien entsteht die Privilegierte Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft

Wien * Nachdem das Osmanische Reich seine bisherige Kontrolle über die Donau verloren hat, entsteht in Wien die Erste privilegierte Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Oktober 1829 – Ein früherer Wiesnbeginn wird vorgeschlagen - und abgelehnt

München-Theresienwiese * Wegen der oft ungünstigen Witterung im Oktober wird für den Wiesnbeginn den 3. Sonntag im September vorgeschlagen. Der Magistrat lehnt dieses Ansinnen mit der Begründung ab: „Weil bey dem Oktober-Feste die umliegenden änger vieler Privater begangen und befahren werden, was den bestehenden Kulturverordnungen gemäß vor Michaeli um so weniger geschehen darf, da in hiesiger Gegend das Grumet vor Ende September nicht eingebracht wird“.

1830 – Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft lässt ihr erstes Schiff vom Stapel

Wien * Die Erste privilegierte Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft lässt ihr erstes Schiff vom Stapel.

30. Dezember 1830 – Schließung der Universität wieder zurückgenommen

München-Kreuzviertel * König Ludwig I. muss die am Tag zuvor angeordnete Schließung der Universität auf Bitten der Bürgerschaft wieder zurücknehmen. Die Ausschreitungen waren vollkommen unpolitisch motiviert.

1831 – Der Namensgeber Georg von Reichenbach

München-Isarvorstadt * Die Reichenbachstraße und Reichenbachbrücke wird nach Georg von Reichenbach benannt. Die Büste des Mitglieds der Baierischen Akademie der Wissenschaften wurde inzwischen in der Ruhmeshalle aufgenommen.

1. November 1831 – Prinz Carl lehnt die griechische Königskrone ab

München * Die Griechen und die griechischen Schutzmächte Großbritannien, Frankreich und Russland erhoffen sich durch einen über den Parteien stehenden, neutralen „christlichen erblichen Fürsten“ das Land stabilisieren zu können. Da England, Frankreich und Russland um die Einflussnahme in Griechenland konkurrieren, soll der künftige Herrscher jedoch einem politisch eher unbedeutendem Fürstenhaus entstammen. Eine Wahl fällt auf den bayerischen Prinzen Carl, dem jüngeren Bruder König Ludwigs I.. Als ihm über die französische Regierung - vom Bruder nachhaltig unterstützt - die griechische Königskrone angetragen wird, macht dieser aber keinen Hehl daraus, dass ihm an Politik und Macht nichts liegt und er in Hinblick auf die Krone keinerlei Ehrgeiz entwickelt. Prinz Carl widmet sich lieber seiner militärischen Karriere und seiner Familie. Ohne auch nur nachzudenken, lehnt er deshalb das Angebot umgehend ab. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die Lage Griechenlands ist desolat. Das Land ist ausgeblutet und wirtschaftlich kaum entwickelt.

1832 – Gründung der Armen-Industrie-Schule durch Pfarrer Hermann Rabl

Vorstadt Au * In den Jahren 1832/33 gründet der Auer Stadtpfarrer Hermann Rabl eine Armen-Industrie-Schule. Ihr Ziel ist die Erziehung benachteiligter Kinder zu „aufrichtig frommen und wahrhaft tugendhaften Christen“ sowie zu rechtschaffenen, arbeitsamen und verantwortungsbewussten Mitgliedern der Gesellschaft. Aus der „Armenkinderwelt“ soll, nach den Vorstellungen der Zeit, ein tüchtiges und sittlich gefestigtes Geschlecht für Staat und Gesellschaft heranwachsen. Die Schule versteht sich nicht nur als Bildungseinrichtung, sondern auch als

sozialpädagogisches Projekt. In der Armen-Industrie-Schule, in der die Kinder unter ständiger Aufsicht stehen und praktische Fertigkeiten erlernen, soll der Armut nicht länger allein durch Almosen begegnet werden. Stattdessen setzt man auf das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Durch die Erziehung zur Arbeit sollen die Kinder Fähigkeiten erwerben, die ihnen eine eigenständige Lebensführung ermöglichen und sie zugleich von Bettelei und Verwahrlosung fernhalten. Der Gründung liegt die Überzeugung zugrunde, dass regelmäßige Arbeit und praktische Ausbildung einen positiven Einfluss auf die Charakterbildung ausüben und dadurch auch die gesellschaftlichen Verhältnisse verbessert werden können. Vor diesem Hintergrund gilt die Armen-Industrie-Schule vielen Zeitgenossen als wirksames Mittel zur Bekämpfung sozialer Missstände und insbesondere der Armut. Die Armen-Industrie-Schule wird damit zu einem „Allheilmittel gegen alle gesellschaftlichen Widersprüche und Schäden, einschließlich der Armut“.

1. März 1832 – Der Preß- und Vaterlandsverein wird verboten

München * Der Preß- und Vaterlandsverein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit wird verboten. Johann Georg August Wirth wird zwei Wochen später wegen Hochverrats verhaftet.

20. April 1832 – Einladung für ein Volksfest auf dem Hambacher Schloss

Neustadt * 32 Neustadter Bürger laden zu einem Volksfest ein, das der „politischen Diskussion über die Gestaltung eines demokratischen Nationalstaats und über die Mittel zu seiner Durchsetzung“ gewidmet ist. Der Kreis der Einladenden für das „Volksfest auf dem Hambacher Schloss“ setzt sich überwiegend aus wohlhabenden Geschäftsleuten und Gutsbesitzern zusammen. Als äußeres Zeichen dafür, dass das Fest einem künftigen und nicht bereits erreichten politischen Ziel gilt, wird es vom bayerischen Verfassungstag am 26. auf den 27. Mai verschoben. Das ist zudem ein Sonntag und damit für die arbeitende Bevölkerung ein wesentlich günstigerer Termin. Ausdrücklich werden auch die Frauen zu dieser politischen Versammlung aufgerufen.

17. Juni 1832 – Dr. Philipp Jakob Siebenpfeiffer wird verhaftet

Haardt/Neustadt * Der Jurist Dr. Philipp Jakob Siebenpfeiffer, ebenfalls ein Wortführer des Hambacher Festes, wird in seinem Haus in Haardt/Neustadt verhaftet.

28. Juni 1832 – Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede unterdrückt die

Hambach * Feldmarschall Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede verordnet in 16 Paragraphen detaillierte Maßnahmen, mit denen die oppositionelle Volksbewegung unterdrückt werden soll. Im Einzelnen verbietet er öffentliche Versammlungen, politische Vereine und Verbindungen sowie das Tragen von schwarz-rot-goldenen Abzeichen und Fahnen. Er befiehlt die Entfernung der Freiheitsbäume und kündigt die Bestrafung der Verfasser und Verbreiter unzensierter politischer Flugschriften an. Für den Fall, dass die angeordneten Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung unzureichend sein sollten, kündigt Wrede die Verhängung des Kriegszustandes an. Im weiteren Verlauf kommt es zu 142 Gerichtsprozessen, in denen sogar sieben Todesstrafen ausgesprochen werden. Diese werden allerdings in lebenslange Haft umgewandelt.

14. Oktober 1832 – „... die arbeitende, ärmere Klasse der Gesellschaft kann hier mitgenießen“

München-Theresienwiese * Auf dem Oktoberfest kann man beobachten, „dass die arbeitende, ärmere Klasse der Gesellschaft, die anderwärts nur draußen steht und neidisch und begehrlich zusieht, hier mitgenießen kann“.

30. Januar 1833 – König Otto von Griechenland trifft in Nauplia ein

Nauplia * König Otto von Griechenland trifft im Geleit von 33 Segelschiffen mit der britischen Fregatte Madagaskar in der damaligen griechischen Hauptstadt Nauplia ein. Mit Otto reisen 3.500 bayerische Soldaten, eine größere Zahl Wissenschaftler und Verwaltungsbeamte sowie ein dreiköpfiger Regentschaftsrat, bestehend aus dem ehemaligen bayerischen Finanzminister Joseph Ludwig Graf von Armansperg, dem Kgl. Staatsrat Georg Ludwig von Maurer und dem Generalmajor Karl Wilhelm von Heideck. Der Regentschaftsrat soll bis zur Volljährigkeit Ottos - in zweieinhalb Jahren - die Regierungsgeschäfte führen.

29. Juli 1833 – Prozess gegen die Wortführer des Hambacher Festes endet mit Freispruch

Landau/Pfalz * Der Prozess gegen die Wortführer des Hambacher Festes findet in Landau statt. Er dauert bis zum 16. August und endet mit dem Freispruch der Angeklagten. König Ludwig I. versucht die Freilassung des Juristen und Publizisten Dr. Johann Georg August Wirth sowie des Juristen Dr. Philipp Jakob Siebenpfeiffer zu verhindern, indem er aufgrund

napoleonischer Gesetze eine „Präventivhaft“ anordnet. Aus seiner Sicht sind von den Beiden „staatsgefährdende Aktivitäten“ zu befürchten. Wegen kleinerer Vergehen (Beamtenbeleidigung) werden sie vor ein Zuchtpolizeigericht gestellt und zur Höchststrafe von zwei Jahren verurteilt.

1. September 1833 – Leo von Klenze legt die Grundzüge seiner Planungen vor

München-Graggenau * Leo von Klenze legt dem König die Grundzüge seiner Planungen für den Platz vor der Oper in Form von zwei Baulinienalternativen vor. Die eine führt zu einer symmetrischen Platzgestalt, indem der Königsbau und die geplante neue Fassade der Hauptpost zwei gleich große Flächen beidseitig der Mittelachse begrenzen, die ihrerseits durch die Längsachse des Nationaltheaters und den geplanten Aufstellungsort des Max-Joseph-Denkmals festgelegt ist.Diese Symmetrie ist allerdings nur um den Preis einer „ganz in die Karikatur fallende Breite“ des Postgebäudes von etwa vier Metern zu erreichen. Der zweite Vorschlag rückt die Bauflucht weiter in den Platz, ausgerichtet auf die Südecke der Perusagasse, was erheblichen Gewinn an Raumtiefe für das Postgebäude bedeuten würde. König Ludwig I. entscheidet sich für die erste Lösung, da im anderen Falle das Denkmal für seinen Vater aus der Platzmitte geraten würde. Mit der Hauptpost soll ein markantes Beispiel für die hauptsächlich auf Stadtverschönerung ausgerichtete Baupolitik Ludwigs I. entstehen. Es ist aber zugleich ein Musterbeispiel dieser höchst fragwürdigen Baupolitik. Um seine Planungen verwirklichen zu können, braucht der König öffentliche und private Investoren, die seine gestalterischen Ideen unter Vernachlässigung von wirtschaftlichen und funktionalen Überlegungen akzeptieren. Private Bauherren lassen sich unter solchen Bedingungen kaum noch finden. Das haben nicht zuletzt die Erfahrungen in der Ludwigstraße gezeigt. Doch auch die Veranlassung öffentlicher Bauaufträge gestaltet sich zunehmend schwierig. Die staatlichen Aufwendungen für königliche Luxusbauten geraten immer stärker in die Kritik. Insbesondere im Umgang mit der Ständeversammlung, die die Ausgaben bewilligen oder, wie bei der Hauptpost, im Hinblick auf weitere Bauaufgaben zumindest akzeptieren soll, findet Ludwig eigene Wege. Im Fall des Postgebäudes ist dies eine Mischung aus Täuschungsmanövern, neoabsolutistischer Herrscherwillkür sowie einer Instrumentalisierung von teils opportunistischen, teils ahnungslosen Beteiligten. Denn letztlich werden bei den äußerst komplizierten und kaum durchschaubaren Vorgängen, bei denen man auch den Einsatz eines Strohmannes und die bewusste Verfälschung und Verschleierung wichtiger Tatsachen nicht scheut, nahezu alle mit den Plänen befassten Instanzen, von der Postadministration über das Ministerium des Königlichen Hauses, des Innen-, Außen- und Finanzministeriums und der Ständevertretung, in unterschiedlicher Form und in jeweils anderen Punkten getäuscht und ausgenutzt.

31. Dezember 1833 – Die gewerbliche Bevölkerung übertrifft die bäuerliche ums Neunfache

Haidhausen * Aus einem Bericht des Königlichen Landgerichts Au geht hervor, dass die rein landwirtschaftlich tätige Bevölkerung in Haidhausen - einschließlich der ansässigen und nichtansässigen Tagelöhner und Dienstboten - 445 Personen umfasst. Die rein gewerbliche Bevölkerung - mit Gesellen, Lehrlingen, Dienstboten und Taglöhnern - beträgt 4.053 Menschen, wovon 1.764 Personen in Haidhausen ansässige Tagelöhner sind. Das bedeutet, dass die gewerbliche Bevölkerung zahlenmäßig die bäuerliche um das Neunfache übertrifft.

19. Februar 1834 – König Ludwig I. will weitere Eisenbahnen genehmigen

Nürnberg * König Ludwig I. gibt der von Geschäftsleuten gegründeten Nürnberg-Fürth-Ludwig-Eisenbahngesellschaft seine Zustimmung zum Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Nürnberg und Fürth. Er merkt dabei an, dass weitere Eisenbahnen genehmigt und sogar vom Staat gebaut werden könnten.

Juli 1834 – Die Vermessungsarbeiten für die Eisenbahn Nürnberg - Fürth beginnen

Nürnberg - Fürth * Nachdem die Aktien schnell verkauft sind, kann der Königlich-Bayerische Bezirksingenieur Paul Denis mit den notwendigen Vermessungsarbeiten zur Errichtung der Eisenbahnlinie zwischen Nürnberg und Fürth beginnen. Aufgrund eines trockenen Sommers kommen die Schienenverlegungsarbeiten für die 6,05 Kilometer lange Strecke zwischen Nürnberg und Fürth schnell voran.

1. Juli 1834 – Gesetzesvorlagezur Begrenzung des Bevölkerungswachstums

München-Kreuzviertel * Innenminister Ludwig Fürst von Oettingen-Wallerstein bringt in die Ständeversammlung einen Gesetzentwurf zur Revision des Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetzes ein. Ziel der Gesetzesvorlage ist die Begrenzung des Bevölkerungswachstums durch Verhinderung der Verehelichung und Familiengründung durch Besitzlose. Damit sollen gleichzeitig die Lasten der Armenkasse gesenkt sowie die Unzufriedenheit der sozialen Unterschichten und die damit verbundene Revolutionsbereitschaft unterbunden werden. Der Innenminister kommt damit der überwältigenden Mehrheit der Abgeordnetenkammer entgegen, die bereits am 13. September 1831 derartige Schritte forderte. Fürst Ludwig von Oettingen-Wallenstein schafft mit diesem Deal auch die Zustimmung zu

anderen Gesetzesvorlagen wie die Zivilliste, den Festungsbau in Ingolstadt und den Ludwig-Main-Donau-Kanal.

1. Juli 1834 – Eine städtische Klassengesellschaft

München * Durch die Novellierung des Gemeindeedikts von 1818 unterteilt man die Angehörigen eines Gemeindebezirks in Gemeindebürger und Nichtbürger ein. Gemeindebürger sind Personen, die im Gemeindegebiet ein Anwesen besitzen und eine Grundsteuer bezahlen oder ein besteuertes Gewerbe ausüben. Zu diesen gesellen sich die „einem Gemeindebezirk angehörigen, aber mit Gemeindebürgerrecht nicht begabten Personen“, die in verschiedenen Klassen eingeteilt sind: Die erste Klasse der Nichtbürger bilden die Schutzverwandten oder Passivbürger, in den Städten auch Insassen genannt. Das sind Personen, die sich auf Lohnerwerb oder wegen definitiver Einstellung in einem öffentlichen Amt des Staates, der Kirche oder einer Gemeinde ansässig machen konnten. Dieser Personenkreis ist nicht wahlberechtigt. Die zweite Klasse der Nichtbürger besteht aus den ohne Ansässigmachung Heimatberechtigten. Die dritte Klasse der Nichtbürger aus den Heimatberechtigten anderer Gemeinden. Das ist der größte Teil der unverheirateten zugezogenen Arbeiter und Tagelöhner.

1835 – Die Vision des Simon von Eichthal zum Eisenbahnbau

München * Die Vision von Simon von Eichthal, dem Bankier und Mitbegründer der Eisenbahngesellschaft München - Augsburg, zum Eisenbahnbau lautet: „Die Großartigkeit des Unternehmens wird es dann auch möglich machen, im Inlande Anstalten ins Leben zu rufen, aus welchen Dampfwägen und alle diejenigen Gegenstände, welche zur Verfertigung und Befahrung der Eisenbahnen sonst aus England und den Niederlanden bezogen werden müssen, hervorgehen können“.

1835 – Gründung einer Aktiengesellschaft zum Betrieb der Donaudampfschifffahrt

München * Gründung einer Aktiengesellschaft zum Betrieb der Dampfschifffahrt auf der Donau zwischen Ulm und Linz durch bayerische Bankiers und Unternehmer.

1835 – Joseph Anton von Maffei investiert in den Schiffs- und Lokomotivenbau

München-Englischer Garten - Hirschau * Joseph Anton von Maffei investiert in einen riskanten Zukunftsmarkt: dem Schiffs- und Lokomotivenbau. Um den Ausbau des bayerischen Eisenbahnnetzes zu forcieren, beteiligt er sich - als einer der Initiatoren und Hauptaktionäre von Münchner und Augsburger Bank- und Kaufleuten - an der Gründung einer Aktiengesellschaft zum Bau der Eisenbahn München - Augsburg.

1. Juni 1835 – König Otto von Griechenland ist volljährig geworden

Nauplia * König Otto von Griechenland ist volljährig geworden und übernimmt damit vom dreiköpfigen Regentschaftsrat die Regierung. Obwohl die griechischen Schutzmächte England, Frankreich und Russland den Griechen bereits vor König Ottos Einsetzung eine Verfassung versprochen haben, regiert Otto zunächst als nahezu uneingeschränkter Herrscher. Bestärkt wird der darin von seinem Vater, dem Bayernkönig Ludwig I., der ihm schreibt: „Nicht zu reiflich überdacht kann die Einführung einer Verfassung werden; es ist die Höhle des Löwen, aus der keine Fußstapfen gehen; sie hat Folgen, die man gar nicht voraussieht."

24. September 1835 – Stimmen gegen Faulheit, Liederlichkeit und Sittenlosigkeit

München - Königreich Bayern * Da sich nach 1830 die wirtschaftliche Lage im Königreich Bayern verschlechtert hat, werden jetzt Stimmen laut, die die Faulheit, Liederlichkeit und Sittenlosigkeit der unteren Bevölkerungsgruppen anprangern. Für die Behörden sind viele Arme und die meisten Bettler nur „Scheinarme", die sich auf Kosten anderer ein schönes Leben machen wollen.

7. Dezember 1835 – Mit der Adler erstmals zwischen Nürnberg und Fürth

Nürnberg - Fürth * Der englische Lokomotivführer Wilson befährt auf seiner ebenfalls aus England stammenden 10-PS-Lokomotive Adler erstmals die Strecke zwischen Nürnberg und Fürth mit einer Geschwindigkeit von knapp zwanzig Stundenkilometern. Der Lokomotiv-Führer verdient - mit einem Jahresgehalt von 2.571 Mark - mehr als der Eisenbahndirektor.

15. Dezember 1835 – Zustimmung zur Bahnlinie München - Augsburg

München - Augsburg * Nach dem Erfolg des „Adlers" gibt König Ludwig I. die Zustimmung zum

Bau der sechzig Kilometer langen Strecke zwischen München und Augsburg. Mit den Planungen der Neubaustrecke wird erneut Paul Denis beauftragt. Noch während man in Nürnberg die Schienen nach Fürth verlegt, treffen sich in München und Augsburg vermögende Herren, um den Bau einer Eisenbahn zwischen den beiden Städten zu planen. Als Probleme mit verkaufsunwilligen Grundstückseigentümern auftreten, beschließt der Landtag ein Gesetz, das Enteignungen erlaubt.

1836 – Die Lederfabrik verfügt über die erste Lederspaltmaschine

Untergiesing * Die Untergiesinger Lederfabrik verfügt - damals mit dreißig Beschäftigten - über die erste Lederspaltmaschine auf dem Kontinent. Franz Kester hat die lange geheim gehaltene englische Erfindung - nicht ohne Schwierigkeiten - gekauft und lässt sie nach Giesing transportieren. Im gleichen Jahr wird in dem als Sohlen- und Lederfabrik gegründetem Unternehmen mit der Herstellung von lackiertem Leder begonnen. Das ist eine absolute Novität.

1836 – Gegen das Ausschankverbot des Salvators

München * Graf von Seinsheim schreibt in seiner Funktion als Präsident des Isarkreises zur Preisgestaltung des Salvator-Bieres: „Seit ich denke, und das ist schon eine geraume Zeit von Jahren, findet dieser Ausschank um das Fest des Hl. Franz von Paula statt. Das Publikum ist nicht nur daran gewöhnt, sondern es hängt demselben wie dem Einbocke [= Bockbier]mit einer Art von Leidenschaftlichkeit an, ja manche Menschen erblicken in dem Genusse des Einbockbieres den Beginn einer Art Frühjahrskur. […] Sollte auf dem Verbote des Ausschanks des Salvators bestanden werden, so bin ich überzeugt, daß, um Selbes zu verwirklichen, die ernstesten Maßregeln, ja sogar militärische Assistenz erforderlich werden.“

16. Juni 1836 – Die Bayerisch-württembergische Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft

München - Donau * König Ludwig I. erteilt der Bayerisch-württembergischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ein auf vierzig Jahre befristetes Privileg zum Betrieb der Dampfschifffahrt auf der bayerischen Donau.

Oktober 1836 – Regensburg als Zentrum der bayerischen Seidenzucht

Regensburg - München-Theresienwiese * Regensburg hat sich zum Zentrum der bayerischen Seidenzucht entwickelt. Die Qualität der erzeugten Seide findet Anerkennung und die Regensburger Gesellschaft zur Beförderung der Seidenzucht bekommt auf dem Oktoberfest des Jahres 1836 eine Auszeichnung.

1837 – Ein Statutenentwurf zur Errichtung einer Walz-Getreidemühle

München-Englischer Garten - Tivoli * Christian August Erich legt König Ludwig I. einen Statutenentwurf zur Errichtung einer Walz-Getreidemühle vor, die von einer Aktiengesellschaft betrieben werden, an der sich vornehmlich die ansässigen Müller beteiligen sollten.

1837 – 2.300 von 3.500 bayerische Soldaten in Griechenland gestorben

Griechenland * Von den 3.500 Soldaten, die König Otto von Griechenland begleitet haben, sind 2.300 an den mangelhaften hygienischen Verhältnissen und den ständig kursierenden Epidemien gestorben.

6. März 1837 – Die Zugehörigkeit der Ramersdorfer Lüften zum Landgericht Au

Haidhausen - Ramersdorf * In der Auseinandersetzung um die Zugehörigkeit der Ramersdorfer Lüften zum Landgericht Au wird folgendes festgelegt: „Zur Beseitigung der Nachteile, welche die gegenwärtig bestehende teilweise Unterordnung der Landgemeinde Ramersdorf unter die Landgerichte Au und München zur Folge hat, haben S.M. der König [...] zu beschließen geruht, daß der dem Steuerdistrikt Haidhausen und infolgedessen bisher dem Landgericht Au angehörige Teil der Landgemeinde Ramersdorf dem Landgericht München, welchem bereits der größere Teil dieser Gemeinde angehört, sowohl in Bezug auf Justizpflege als auch auf Administration zugewiesen und demnach der Landgemeinde Ramersdorf in ihrem ganzen Umfang und in jeder Beziehung des landgerichtlichen Geschäftskreises einem und demselben Landgericht untergeordnet werde.“ Das ist zwar sehr positiv formuliert, doch werden damit lediglich die Ramersdorfer Lüften in den Bezirk des Landgerichts München überstellt, nichts aber am Bestand der Gemeinde Ramersdorf und an der Zugehörigkeit zum Steuerdistrikt Haidhausen verändert. Außerdem werden die „Lüftler“ - aufgrund der weiten Wege - nach Haidhausen eingepfarrt.

3. Juli 1837 – Marquartskreith geht an Franz Xaver Zacherl

Vorstadt Au * Der Brauereibesitzer Franz Xaver Zacherl kauft vom Krebsbauern Balthasar Peter um 14.000 Gulden das Anwesen Marquartskreith. Er wandelt das lediglich zur Unterkunft für die Sommerfrische [= Sommervillegiatur] errichtete Salettl des Herrn Nockher in eine „Gastwirtschaft zum Nockhergarten“ um, die von den Münchnern wegen der schönen Aussicht gerne besucht wird. Kein Wunder also, dass die Kinder später singen werden: „Des is da Nockher-Berg, der wo an Zacherl g'hört!“

23. Juli 1837 – Joseph Anton von Maffei setzt die Visionen von Simon von Eichthal um

München * Der Münchner Unternehmer Joseph Anton von Maffei setzt die Visionen von Simon von Eichthal in die Tat um, in dem er sich intensiv um die Förderung des bayerischen Eisenbahnbaus kümmert. Nachdem die München - Augsburger Eisenbahngesellschaft ihre endgültige Konzessionierung erhalten hat, wird Joseph Anton von Maffei auf der konstituierenden Verwaltungsratssitzung zunächst ins Direktorium und danach zum Vorsitzenden gewählt.

August 1837 – Die Bayerisch-württembergische Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft

Regensburg * Der erste Dampfer der Bayerisch-württembergischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, ein Seitenraddampfer, wird vom Stapel gelassen. Er war in der Regensburger Werft von Maffei gebaut worden.

Oktober 1837 – Der erste Dampfer der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft fährt nach Linz

Regensburg - Linz * Der erste Dampfer der Bayerisch-württembergischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft fährt erstmals bis nach Linz. Im folgenden Jahr wird der fahrplanmäßige Verkehr zwischen Regensburg und Linz aufgenommen.

1838 – Übernahme der Bahnhofswirtschaft an der Leipzig-Dresdner Eisenbahn

Dresden * Heinrich Jeremias Kreutzkamm übernimmt die Bahnhofswirtschaft an der neu eröffneten Ferneisenbahnstrecke Dresden–Leipzig. Nachdem sich seine 1825 gegründete Konditorei wirtschaftlich nicht wie erhofft entwickelt hat, erschließt er sich mit diesem Schritt ein

neues Geschäftsfeld.

1838 – Simon von Eichthal verkauft sein Palais an den Konditor Carl Rottenhöfer

München-Graggenau * Simon von Eichthal verkauft sein Palais an der Residenzstraße 26 an den Konditor Carl Rottenhöfer. Dessen Geschäft floriert derart, dass es schon bald nach seiner Eröffnung zur Königlich-Bayerischen Hofkonditorei ernannt wird. Bis Mitte 2013 trägt es den Namen Confiserie Rottenhöfer Café Hag und befand sich an der selben Adresse.

29. Januar 1838 – Kaufvertrag für den Lindauer'schen Hammer ausgestellt

München-Englischer Garten - Hirschau * Obwohl der Kaufvertrag für den Lindauer'schen Hammer erst am 20. März unterschrieben wird, führt „von diesem Tage an [...] der Herr Käufer das Geschäft auf seine Rechnung und hat auch von diesem Tage an alle laufenden Kapitalzinsen, Staats-, Haus- und Kommunallasten zu tragen“.

1839 – Die Maffei'sche Fabrik beschäftigt bereits 160 Arbeiter und Tagelöhner

München-Englischer Garten - Hirschau * Angeblich beschäftigt die Maffei'sche Fabrik bereits 160 Arbeiter und Tagelöhner. Doch diese Angabe scheint weit überzogen. Das Münchner Kunst- und Gewerbeblatt vom Juni 1852 beziffert die von Maffei im Jahr 1839 bezahlten Wochenlöhne auf 12.500 Gulden. Davon kann er unmöglich 160 Arbeiter bezahlt haben. Das wären lediglich 1 ½ Gulden in der Woche.

17. Mai 1839 – Herzog Max in Bayern kauft das Anwesen Priel 1

Bogenhausen * Die Witwe Anna Schlutt und ihren Sohn Johann Baptist verkaufen die Immoblilie Priel 1 bei Bogenhausen an Herzog Max in Bayern („Zither-Maxl“). Dieser hat 1½ Jahre zuvor das Montgelas-Erbe in Bogenhausen erworben und erweitert jetzt durch Zukäufe seine Liegenschaft zum späteren Herzogpark.

9. September 1839 – Vorschriften für Kinderarbeit in Fabriken in Preußen

Berlin - Königreich Preußen * Das „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ in Preußen tritt in Kraft. Danach dürfen Kinder unter 17 Jahren erst dann arbeiten, wenn sie nachweisen können, dass sie eine dreijährige Schulbildung genossen haben. Unternehmer umgehen diesen Punkt jedoch leicht, wenn sie eine Fabrikschule führen. Diese sind dann aber mehr Alibischulen. Kinder unter 17 dürfen nicht mehr als zehn Stunden täglich arbeiten. Die Ortspolizei kann jedoch die Arbeitszeit für maximal einen Monat erhöhen. Zwei Pausen von mindestens 15 Minuten und eine einstündige Mittagspause müssen eingeräumt werden. Sonntags- und Feiertagsarbeiten sowie die Nachtschicht ist für Kinder völlig verboten. Fabrikbesitzer haben Buch über die Kinder in ihren Unternehmen zu führen. Nichteinhaltung der Vorschriften werden mit Geldstrafen geahndet. Die Vorgaben gelten nicht für Arbeiterkinder in der Landwirtschaft. An das Gesetz zum Schutze der Fabrikkinder halten sich allerdings die wenigsten Unternehmer. Das liegt zum einen an den noch nicht vorhandenen Gewerkschaften, die sich für die Fabrikkinder einsetzen, zum anderen an der fehlenden Kontrolle. Selbst die Geldstrafen sind so niedrig, dass sie nicht ernstgenommen werden.

1840 – Pfarrer Rabl erwirbt für die Armen-Industrie-Schule ein Grundstück

Vorstadt Au * Der Auer Stadtpfarrer Hermann Rabl kann durch Spenden ein Grundstück an der Hochstraße 11 erwerben. Dort richtet er eine Obstbaumschule ein, in der die Knaben und Mädchen der Armen-Industrie-Schule praktische Kenntnisse in der Obstbaumzucht, im Gartenbau und in landwirtschaftlichen Tätigkeiten erwerben. Die Einrichtung verbindet Bildung mit praktischer Arbeit. Ziel ist es, Kindern aus wirtschaftlich benachteiligten Familien nicht nur eine sinnvolle Beschäftigung zu bieten, sondern ihnen zugleich Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die ihre späteren Lebens- und Erwerbschancen verbessern sollen. Damit folgt die Obstbaumschule dem Grundgedanken der Armen-Industrie-Schule, Armut durch Bildung, Arbeit und Hilfe zur Selbsthilfe zu begegnen.

15. Januar 1840 – Eine Kinderschutzverordnung für Kinder unter 12 Jahren

München * Eine Kinderschutzverordnung legt fest, dass „Kinder unter 12 Jahren nicht regelmäßig in Fabriken, Berg-, Hütten- und Pochwerken“ beschäftigt werden dürfen.

April 1840 – Adolf Friedrich von Schack tritt in Mecklenburgische Dienste ein

Mecklenburg * Adolf Friedrich von Schack wird Kammerjunker des Großherzogs Paul Friedrich

von Mecklenburg und Legationssekretär bei der Mecklenburgischen Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt am Main.

12. Juni 1841 – Die Deutsche Werktagsschule der Englischen Fräulein in Berg am Laim

Berg am Laim * Die Klosterfrauen der Englischen Fräulein eröffnen im ehemaligen Jagdschlösschen der Wittelsbacher - weit vor den Toren Münchens - mit dreizehn Zöglingen zwischen sechs und sechzehn Jahren die Deutsche Werktagsschule der Englischen Fräulein in Berg am Laim. Im Gegensatz zum Nymphenburger Institut werden in Berg am Laim keine Töchter der höheren Stände erzogen. „Hier wird das Institut für bürgerliche Stände bestimmt, die Gränzen einer guten Elementarschule, nach dem Schulplan des Königreichs Bayern, nicht überschritten. Nur ausnahmsweise wird theoretischer Musikunterricht, sowie Unterricht in der französischen Sprache [...] ertheilt. Dagegen werden die Zöglinge in allen Zweigen der weiblichen Hand-Arbeiten, und der Haushaltung, der Küche, der Wäsche, des Gartens usw. vorzugsweise eingeübt.“ Das angesprochene Bildungsziel für Mädchen unter König Ludwig I. lautet: „Es [das Weib] soll das von Männern gefundene bloß lernen, um es zu benützen, und nur lernen, was sich in seinem Wirkungskreis als künftige Magd oder Frau, Gattin, Mutter, Gesellschafterin anwenden lässt.“ Der Elementarunterricht findet täglich je zwei Stunden vormittags und nachmittags statt. Es bleibt also genügend Zeit für Hausfrauenarbeiten.

11. September 1841 – Maffei's Lokomotive heißt „Der Münchner“

München - Berchtesdaden * Das von Joseph Anton von Maffei aufgesetzte Schreiben zur Namensgebung seiner in der Hirschau gefertigten Lokomotive erhält der Verfasser mit einem von König Ludwig I. ausgeführten handschriftlichen Vermerk aus Berchtesgaden zurück: „Mit vielem Vergnügen erfuhr des Dampfwagens Erbauung aus München und dem ausgesprochenen Wunsche gemäß, daß ich ihm einen Namen geben möchte, soll er der „Münchner“ heißen“. Von einem Kaufangebot für die Lokomotive ist nichts zu lesen. Das wird bis noch 1845 dauern. Überhaupt muss Joseph Anton von Maffei seine erste Lokomotive wie Sauerbier anbieten, denn „Der Münchner“ war keine Auftragsarbeit, sondern eher ein Gesellenstück, mit dem er die Leistungsfähigkeit seines Unternehmens unter Beweis stellen will. Räder, Treibachse, Kesselbleche und einige feinmechanische Teile mussten noch aus England bezogen werden. Und die München - Augsburger Eisenbahngesellschaft hat sich schon mit acht Lokomotiven eingedeckt und ist damit überversorgt.

7. Oktober 1841 – Die „Münchner“ wird zum Bahnhof auf dem Marsfeld gebracht

München-Englischer Garten - Hirschau * Die „Münchner“ genannte Lokomotive wird von „zehn Pferden gezogen und aufs Schönste mit Blumen und Girlanden geschmückt“ zum Bahnhof auf dem Marsfeld gebracht. Denn in der Zwischenzeit hatte Joseph Anton von Maffei, der Vorsitzende der München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft, im Maffeischen Eisenwerk in der Hirschau, mit dem Bau von Lokomotiven begonnen. Das erforderliche technische Know-how brachte der Engländer Joseph Hall in das Unternehmen ein.

1842 – Die Brauerei Zum Oberpollinger wird ein Gasthof

München-Kreuzviertel * Die Brauerei Zum Oberpollinger in der Neuhauser Straße wird eingestellt, die Wirtschaft zum Gasthof umgewandelt.

6. Juli 1842 – Kronprinz Max II. wird Vorstand des Landwirtschaftlichen Vereins

München * König Ludwig I. ernennt seinen ältesten Sohn, Kronprinz Max II., zum Vorstand des General-Comités des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern.

16. Oktober 1842 – Ein Festzug mit Brautpaaren bewegt sich auf die Theresienwiese

München - München-Theresienwiese * An diesem Sonntag versammeln sich 35 Brautpaare, die aus den acht Regierungsbezirken des Königreichs Bayern stammen, samt ihren Eltern oder deren Stellvertreter, mit den Trauzeugen und der sonst an jedem Ort üblichen Begleitung eines Brautzuges. Sie werden in der katholischen Michaelskirche beziehungsweise der evangelischen Matthäus-Kirche verehelicht. Nach einem gemeinsamen Mittagsmahl im Saal des Alten Rathauses bewegt sich der etwa 400 Personen umfassende und in den unterschiedlichen Trachten gekleidete „Hochzeiter“-Zug zur Theresienwiese, in die die 24 katholischen und elf protestantischen Brautpaaren in bayerischer Tracht einbezogen werden. Das Kronprinzenpaar eröffnet das Oktoberfest. Danach wohnen die Brautpaare gemeinsam mit der Herrscherfamilie dem Hauptpferderennen und der Preisverleihung des Landwirtschaftsfestes bei.

1843 – Der Münchner Bierkrawall von 1843

München-Graggenau * Ausführlichere Nachrichten liegen erstmals über den Münchner Bierkrawall von 1843 vor. Der Maler und Schriftsteller Friedrich Pecht erinnert sich später: „Ganz charakteristisch für München hatten sie als Veranlassung eine unbedeutende Erhöhung des Bierpreises, welche aber die Massen sehr verbitterte.“ Der Preisanstieg beendet eine längere Phase guter Ernten, niedriger landwirtschaftlicher Rohstoffpreise und weitgehend ausgebliebener Naturkatastrophen. Nun verteuert sich das Getreide so stark wie seit den Hungerjahren 1816/17 nicht mehr. Getreidehändler aus Württemberg, Baden und sogar aus der Schweiz kommen zur Münchner Schranne und bieten hohe Preise für Gerste, Roggen, Weizen und Hafer. In ihren Herkunftsregionen führen schwere Unwetter, anhaltender Regen, Hagelschlag und frühe Nachtfröste zu erheblichen Ernteausfällen und Getreidemangel. Für die Münchner Biertrinker sind dennoch schnell Schuldige gefunden: die Brauer. Dass diese für Gerste plötzlich bis zu dreimal so viel bezahlen müssen wie noch im Vorjahr und die gestiegenen Rohstoffkosten an ihre Kunden weitergeben, findet in der aufgebrachten Bevölkerung wenig Beachtung. Im Bockkeller an der Münzgasse kommt es schließlich zum ersten überlieferten Münchner Bierkrawall. Bei den Ausschreitungen wird mindestens eine Person schwer verletzt.

1. Mai 1843 – Die erste öffentliche Maiandacht auf deutschem Boden

München-Hackenviertel * Die erste öffentliche Maiandacht auf deutschem Boden findet in der Wallfahrtskirche der „Schmerzhaften Muttergottes“ in der Herzogspital-Kirche statt. Die Herzogspitalkirche ist aber keine Pfarrkirche.

3. September 1843 – Auf dem Athener Schlossplatz kommt es zur Revolte

Athen * Auf dem Athener Schlossplatz kommt es zu einer unblutigen Revolte. König Otto von Griechenland muss seine absolutistische Herrschaft aufgeben und eine parlamentarische Verfassung mit königlicher Oberhoheit anerkennen. Außerdem werden alle bayerischen und fremdländischen Offiziere und Beamten entlassen.

1844 – Flucht vor den Schulden

Obergiesing * Der Pächter der Theres Feldmüller in Obergiesing setzt sich unter Hinterlassung von Schulden ab. Vermutlich ist die Ökonomie wegen der fortdauernden Grundstücksverkäufe nicht mehr Gewinn bringend zu bewirtschaften. Die Strafanzeige erbringt nichts.

1844 – Die Maffei'sche Maschinenfabrik beschäftigt 150 Arbeiter

München-Englischer Garten - Hirschau * Die Maffei'sche Maschinenfabrik in der Hirschau beschäftigt 150 Arbeiter.

1844 – Das Maderbräuschlössl entsteht

Berg am Laim * In Berg am Laim lässt der Münchner Brauer Joseph Lochner das sogenannte Maderbräuschlössl errichten. Es befindet sich ungefähr auf Höhe des heutigen Piusplatzes, nahe der Kreuzung von Aschheimer Straße und Haager Straße. Lochner gelangt 1844 durch die Heirat mit der Witwe des letzten Besitzers in den Besitz der Maderbrauerei im Tal. Da Michael Neher das Schlösschen bereits 1850 auf zwei Ölgemälden festhält, dürfte es zwischen 1844 und 1850 entstanden sein. Ein genaues Baujahr ist bislang nicht bekannt. Das neugotische Gebäude erinnert mit seinem Erker, dem Türmchen und den wehrhaft wirkenden Formen an eine kleine Ritterburg. Wer den für seine Zeit ungewöhnlichen Bau entwirft, ist nicht überliefert. Heute ist das Maderbräuschlössl vollständig verschwunden. Auch der Zeitpunkt seines Abbruchs lässt sich nicht sicher bestimmen. Gemälde von Michael Neher und August Seidel sowie historische Pläne bewahren jedoch das Aussehen und den Standort des Gebäudes vor dem Vergessen.

1844 – Ist nicht die Chemie der Stein der Weisen ?

xxx * Justus von Liebig, einer der „Gründungsväter der Chemie“, schrieb in seinen Chemischen Briefen aus dem Jahr 1844: „Der Stein der Weisen, den die Alten im dunkeln unbestimmten Drange suchten, ist in seiner Vollkommenheit nichts anderes gewesen, als die Wissenschaft der Chemie. Ist sie nicht der Stein der Weisen, der uns verspricht, die Fruchtbarkeit unserer Felder zu erhöhen und das Gedeihen vieler Millionen Menschen zu sichern? Ist nicht die Chemie der Stein der Weisen, welcher die Bestandtheile des Erdkörpers in nützliche Producte umformt, welche der Handel in Gold verwandelt; ist sie nicht der Stein der Weisen, der uns die Gesetze des Lebens zu erschliessen verspricht, der uns die Mittel liefern muss, die Krankheiten zu heilen und das Leben zu verlängern?“

23. April 1844 – Der Münchner Bierkrawall von 1844

München * Nur ein Jahr nach den Ausschreitungen von 1843 erhebt sich die biertrinkende Bevölkerung erneut. Dieses Mal kommt es zu einem schweren Krawall, bei dem Menschen

verletzt und zahlreiche Einrichtungen beschädigt werden. Mit dem Beginn des sommerlichen Brauverbots am Georgstag gibt die Obrigkeit den Preis für das Sommerbier bekannt. Da dessen Herstellung aufwendiger ist und das Bier einen höheren Alkoholgehalt besitzt als das Winterbier, liegt auch sein Preis höher. Mit dem Beginn des Sommerbierausschanks steigt der Preis um einen halben Kreuzer beziehungsweise zwei Pfennige. Eine Maß kostet nun sechseinhalb statt sechs Kreuzer - oder 26 statt 24 Pfennige. Die Erhöhung entspricht etwa dem damaligen Preis einer Semmel. Auf den ersten Blick erscheint der Aufschlag moderat, zumal die Verbraucher dafür ein gehaltvolleres Bier erhalten. Dennoch löst er heftigen Widerstand aus. Der Zorn der Aufständischen richtet sich weniger gegen den König und die königliche Regierung, die den Bierpreis festsetzen, als gegen die Brauereien und deren Einrichtungen. In der Bevölkerung gelten die Brauer zunehmend als rücksichtslose Unternehmer, die technische Neuerungen vor allem zur Vergrößerung ihres Gewinns einsetzen. Viele Biertrinker haben den Eindruck, mit jeder Maß zum wachsenden Wohlstand der Brauereibesitzer beizutragen. Diese Wahrnehmung mobilisiert offenbar mehr Menschen als manche politische Forderung oder Ideologie. Klagen über den Bierpreis sind in München weit verbreitet und keineswegs auf die unteren Bevölkerungsschichten beschränkt. Ein zeitgenössischer Beobachter stellt fest, der Fremde werde, „wohin er sich auch fragend wendet“, stets auf Beschwerden über den hohen Bierpreis sowie über den vermeintlich unverhältnismäßigen Gewinn und die „unmäßige Bereicherung der Brauer auf Kosten des Publikums“ stoßen. Solche Klagen seien sogar „in den höheren Schichten der Bevölkerung, in den Gesellschaften der gebildeten Stände“ zu hören.

1. Mai 1844 – Der Ausbruch der Münchner Bierrevolution

München-Graggenau * Eigentlich soll dieser Tag für die Stadt ein besonderer Festtag werden: In der Allerheiligen-Hofkirche vermählt Erzbischof Lothar Anselm von Gebsattel den österreichischen Erzherzog Albrecht mit Prinzessin Hildegard von Bayern. Noch während der Trauungszeremonie wächst im „Maderbräu“ im Tal der Unmut über den erhöhten Bierpreis. Dort sitzende Artilleriesoldaten und Fuhrleute beginnen zu protestieren. Ein zeitgenössischer Bericht vermerkt, es seien „über den hohen Bierpreis verschiedene Aeußerungen“ gefallen, ohne diese näher zu beschreiben. Anschließend heißt es: „Sie weigerten sich, mehr als sechs Kreutzer für die Maaß zu bezahlen.“ Die Erklärungsversuche des Wirtes bleiben wirkungslos und heizen die Stimmung weiter an. Die Aufständischen beginnen, „einige steinerne Maaßkrüge zu zerschlagen“. Innerhalb kürzester Zeit schließen sich ihnen weitere Angehörige der arbeitenden Bevölkerung an. Der Bericht schildert die Eskalation: „Es verging keine Viertelstunde, so waren in genanntem Bräuhause alle Fenster und Krüge zerschlagen, Thüren und Kreutzstöcke aus den Mauern gerissen und eine allgemeine Zerstörung aller Meublen in den Gastzimmern

angerichtet.“ Aus dem anfänglichen Streit über den Bierpreis entwickelt sich ein offener Aufruhr. Der zeitgenössische Bericht stellt fest: „Nun wurde die Sache ernsthafter und nahm einen weit schlimmeren Charakter als ein gewöhnlicher Bierexzeß an.“ Mit Steinen und Knüppeln bewaffnet zieht die Menge zu weiteren Brauhäusern im Tal. Dort setzt sich die Zerstörung fort: „Man zog, mit Steinen und Prügeln versehen, nach den anderen Bräuhäusern im Thal, und auch hier wurde alles zerschlagen. Zum Einsprengen der geschlossenen Thüren bediente sich die tobende Menge der Wagendeichsel – das Pflaster wurde aufgerissen, die stärksten Thorflügel eingeschlagen. […] In der Zeit von ein und einer halben Stunde waren in sämtlichen Bräuhäusern der Stadt alle Fenster eingeschlagen, Thüren und Kreutzstöcke zertrümmert, Meubel und Geräthschaften zerschlagen.“ Die herbeigerufenen Gendarmen sind nicht in der Lage, die Ausschreitungen unter Kontrolle zu bringen.

2. Mai 1844 – Die Unruhen greifen auf die Stadt über

München * Die Unruhen setzen sich unvermindert fort. Erneut nehmen sie ihren Ausgang beim „Maderbräu“ im Tal. Schon bald gehen auch beim Löwenbräu Fenster und Mobiliar zu Bruch. Anschließend ziehen die Aufständischen zu den Brauereien Pschorr und Augustiner. Zeitgenössischen Berichten zufolge werden während der mehrtägigen Unruhen insgesamt 33 Brauereien und Brauhäuser verwüstet. Die Obrigkeit ruft das Militär zu Hilfe. Ein Reiterregiment, das den Befehl zum Aufsitzen erhält, verweigert jedoch den Einsatz. Die in der Bevölkerung verhassten Polizisten und Gendarmen werden von den Aufständischen angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Das Militär hält sich zunächst zurück und sieht weitgehend untätig zu. Auf den Wachstationen ersetzen Soldaten die dort gewöhnlich eingesetzten Polizeikräfte. Wegen ihres besseren Verhältnisses zur Bevölkerung gelten sie als weniger feindselig, zeigen jedoch kaum Bereitschaft zum Einschreiten. Erst als die königliche Residenz angegriffen wird, greifen die Soldaten ein. Selbst dann gehen sie so zurückhaltend vor, dass sie die Randalierer kaum ernsthaft aufhalten. Die Tumulte dauern an. Mobiliar fliegt auf die Straßen, Bilderrahmen und Porträts wohlhabender Münchner Brauereibesitzer prallen gegen die Hauswände, Fensterstöcke und Türrahmen zersplittern. Gleichzeitig zapfen die Aufständischen das frische Sommerbier direkt aus den geöffneten Fässern und füllen damit kostenlos ihre Krüge. Erst der zunehmende Rausch lässt selbst die wildesten Teilnehmer vorübergehend ermüden.

2. Mai 1844 – Unruhen vor dem Nationaltheater

München-Graggenau * Am Abend des 2. Mai 1844 besucht König Ludwig I. gemeinsam mit der Hochzeitsgesellschaft das Theater. Nach dem ersten Akt versammelt sich eine Menschenmenge

vor dem Gebäude und droht, es zu stürmen. Daraufhin verlassen zahlreiche Zuschauer ihre Plätze, um das Geschehen zu beobachten. Schließlich folgen auch der König und seine hochrangigen Gäste. Die französische Presse berichtet, Ludwig I. habe dem vor dem Theater stationierten Militär befohlen, auf die Menschenmenge zu schießen. Die Soldaten sollen diesen Befehl verweigert haben. In der deutschen Presse findet sich keine entsprechende Meldung, was sich möglicherweise mit der damals herrschenden Zensur erklären lässt. Ob sich der Vorfall tatsächlich so ereignet, bleibt ungewiss. Ausländische Zeitungen sind über die Ereignisse in München nicht immer zuverlässig informiert, und weitere Belege für den angeblichen Schießbefehl fehlen. Fest steht jedoch, dass die Unruhen König Ludwig I. in eine äußerst bedrängte politische Lage bringen.

11. September 1844 – Der Kopf der Bavaria wird gegossen

München-Maxvorstadt * Der Kopf der Bavaria wird gegossen. „Bei dem Herausziehen aus der Dammgrube war große Feierlichkeit im Gießhaus, es war die königliche Familie eingeladen und sehr viele hohe Herrschaften, ist das ganze Gießhaus dekoriert gewesen. 25 Arbeiter haben sich in dem Kopf versteckt und sich aus der Grube herausziehen lassen. […] Wie der Kopf herausgezogen war […] stiegen die 25 Arbeiter einer nach dem andern aus dem Kopf heraus, jeder solle ein Kompliment gegen den König machen. Viel Spaß machte es den König und der ganzen Gesellschaft.“

1. Oktober 1844 – König Ludwig I. senkt den Bierpreis im Hofbräuhaus

München * König Ludwig I. reagiert auf die angespannte Lage. Im königlichen Hofbräuhaus lässt er den Preis für das weniger gehaltvolle Winterbier auf fünf Kreuzer je Maß senken. Damit will er, wie es in der Begründung heißt, „der arbeitenden Klasse und dem Militär einen gesunden und wohlfeilen Trunk […] bieten“. Die Preissenkung beruhigt die Lage zunächst, kann die wachsende politische und soziale Unzufriedenheit jedoch nicht dauerhaft beseitigen. Vier Jahre später gerät die Monarchie während der Revolution von 1848 erneut unter starken Druck. Am 20. März 1848 dankt Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Max II. ab.

7. November 1845 – Die Teuerung hält München in Unruhe

München * Trotz der Bemühungen König Ludwigs I., die wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, bleibt die Lage in München angespannt. Ministerpräsident Karl von Abel warnt den

König in einem Antrag: „Es ist eine nicht zu mißkennende Tatsache, daß die herrschende und bis jetzt in der Zunahme begriffene Teuerung eine große Aufregung und gereizte Stimmung unter einem großen Teil der Bewohner der Haupt- und Residenzstadt München erzeugt hat.“ Die Regierung befürchtet weitere Ausschreitungen. In den folgenden Jahren versetzt der König die Armee deshalb jeweils vor Beginn der Sommerbiersaison in erhöhte Alarmbereitschaft.

1846 – Giovanni Maria Mastai Ferreti wird als Pius IX. zum Papst gewählt

Rom-Vatikan * Giovanni Maria Mastai Ferreti wird zum Papst gewählt. Er nimmt den Namen Pius IX. an. Seine Regentschaft wird bis 1878 dauern und ist geprägt vom Kampf der römisch-katholischen Kirche um Macht und Einfluss im Verhältnis zu den Staaten und zur eigenen Anhängerschaft.

1846 – Der bayerische Staat rettet die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft

München * Der bayerische Staat rettet die privatrechtlich organisierte Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft durch die Übernahme vor dem Konkurs.

1846 – Der Lenzbauernhof wird zum Übernachtungsbetrieb umgebaut

Haidhausen * Den Tafernwirtsleuten Johann und Maria Welsch gehört der Lenzbauernhof in Haidhausen. Er wird zum Übernachtungsbetrieb umgebaut. Die Witwe Welsch heiratet Joseph Ellwanger. Seither heißt das Anwesen und die Wirtschaft Zum Ellwanger.

1846 – Die Maffei'sche Maschinenbauanstalt beschäftigt 372 Arbeiter

München-Englischer Garten - Hirschau * Die Maffei'sche Maschinenbauanstalt in der Hirschau beschäftigt 372 Arbeiter. Das ist eine für das damalige München „gewaltige“ Zahl.

Mai 1846 – Die befürchtete Eskalation bleibt aus

München * In den ersten Maitagen kommt es zwar zu einzelnen Ausschreitungen, doch die schweren Unruhen von 1844 wiederholen sich nicht. Der Preis für eine Mass Bier schwankt

zwischen fünf und sechs Kreuzern. Selbst als sich neun der 29 Münchner Brauer für einen Preis von sieben Kreuzern entscheiden, bleibt die Lage weitgehend ruhig. Für die Zeitgenossen ist kaum vorstellbar, dass die Bierrevolution von 1844 als politisches Wetterleuchten einer weit größeren Krise gelten könnte. Vier Jahre später erfasst die Revolution von 1848 auch das Königreich Bayern und trägt zum Ende der Herrschaft Ludwigs I. bei. Am 20. März 1848 dankt der König zugunsten seines Sohnes Maximilian II. ab. Damit endet in Bayern eine politische Epoche.

1847 – Das Schyrenbad wird als städtisches Männerfreibad eröffnet

Untergiesing * Das Schyrenbad wird als städtisches Männerfreibad eröffnet. Schwimmen dürfen hier in der Anfangszeit nur Männer, da Gleiches für Frauen als unschicklich gilt. Vorkämpfer für die Errichtung von Badeanstalten sind die Anhänger der deutschen Volksbadebewegung. Sie wollen durch eine Verbesserung der Körperpflege die sittliche Verwahrlosung und den sozialen Unfrieden in der Arbeiterbevölkerung abschaffen. Die minderbemittelte Bewohnerschaft soll einen Teil ihrer Freizeit in einer Badeanstalt verbringen können. Die Gruppierung teilt sich in die Befürworter der Regenerationsbäder und in jene, die den Reinigungsbädern den Vorrang einräumen. Das städtische Männerfreibad wird damals vom Aubach oder Auerbach gespeist. Er zweigt im heutigen Tierpark Hellabrunn aus dem Auer Mühlbach ab. Nach dem Auslass unterhalb der Thalkirchner Überfälle wechselt der Bach seinen Namen in Freibadbächl. Da das Wasser direkt aus der Isar kommt und schon aufgrund seiner Temperatur nicht unbedingt für das Badevergnügen einladend ist, muss das Wasser erst in zwei großen, flachen Aufwärmseen gesammelt und wird erst danach dem Schyrenbad zugeführt. Einer dieser Aufwärmseen hat sich noch bis heute im Rosengarten erhalten. Kein Wunder also, dass selbst der Münchner Magistrat das Schyrenbad als „ein hervorragendes Bad“ bezeichnet. Das Schwimmbad war etwa dreihundert Meter lang und rund zwanzig Meter breit. Es verfügt über einen schönen Baumbestand und über ein angenehmes Bachwasser, das „stets mild bleibt“.
Das Freibadbächl fließt heute unterirdisch durch das Schyrenbad und mündet als Freibad-Auslaufkanal zwischen der Reichenbachbrücke und der Corneliusbrücke in die Kleine Isar zurück.

7. Februar 1847 – König Ludwig I. legt den künftigen Bahnhof-Standort fest

München-Maxvorstadt * König Ludwig I. legt sich auf das Gelände der „Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft“ als künftigen Bahnhof-Standort fest.

19. Februar 1847 – Ludwig I. entzieht Professor Ernst von Lasaulx die Lehrerlaubnis

München-Maxvorstadt * Der Universitätsprofessor Ernst von Lasaulx fordert im Senat der Universität, dass man dem abgetretenen Innenminister Karl August von Abel für sein „mannhaftes Eintreten für die Sache des Rechts und der Moral“ eine Dankaufwartung machen sollte. Daraufhin wird ihm von König Ludwig I. die Lehrerlaubnis entzogen.

13. März 1847 – Lola Montez wohnt jetzt in der Theresienstraße 8

München-Maxvorstadt * Lola Montez wohnt jetzt in der Theresienstraße 8, beim Maurerpolier Lüglein, zur Miete. Die Solotänzerin hatte bei einem Hausball dem Geschäftsführer des Gasthofs Zum Goldenen Hirschen in aller Öffentlichkeit eine Watschen verpasst. Deshalb erhält sie - nach fünf Monaten - ein Hausverbot. Das Zimmer dient ursprünglich nur als Zwischenlösung, bis das am 1. Dezember 1846 vom König angekaufte, neu gestaltete und standesgemäße Palais an der Barer Straße 7 bezugsfertig ist. Doch kann sie dieses Haus erst am 28. April 1847 beziehen.

3. Mai 1847 – Das Gelände der Schießstätte wird an die Eisenbahn verkauft

München-Ludwigsvorstadt - München-Maxvorstadt * Das Gelände der Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft wird an die staatliche Generalverwaltung der Kgl. Eisenbahnen um 150.000 Gulden verkauft. Weil aber viele Bürger die Notwendigkeit der Eisenbahn nicht anerkennen, beschweren sie sich in einer Petition über den Verkauf der Schießstätte. Für die Beschwerdeführer ist die Eisenbahn ein „unnützes Spielzeug finanzkräftiger und prestigesüchtiger Bürger“. Außerdem, so die Kritiker, schadet das Reisen mit der Eisenbahn - durch die Rauchentwicklung, der die Passagiere schutzlos ausgeliefert sind - der Gesundheit. Tatsächlich verfügt damals nur die erste Wagenklasse über verglaste Fenster; die Wagen der 4. Klasse sind nicht einmal überdacht. Und da die München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft statt der teuren Kohlen mit Torf und Holz heizt, regnet es nicht selten auch brennende Funken und Späne auf die Passagiere nieder. Die Argumente änderten letztlich aber nichts am Verkauf der Schießstätte. Doch zur Beruhigung der Situation lässt König Ludwig I. die zu fällenden Kastanien ausgraben und am Wittelsbacher Palais wieder einpflanzen.

23. Juli 1847 – Verkauf des Langer-Schlösschens

Haidhausen * Robert von Langers Cousine Josepha verkauft das Schlösschen an den Wirt Johann Baptist Riemer, der die Künstlervilla an der heutigen Einsteinstraße in eine Gastwirtschaft mit dem Namen Schlosswirtschaft oder Riemerwirt umwandelt. Das Anwesen kommt nach mehreren Weiterverkäufen in den Besitz der Münchner-Kindl-Brauerei, die unter den Wandbildern durchreisende Handwerksburschen übernachten lässt.

25. August 1847 – Aus Lola Montez wird die Gräfin Maria von Landsfeld

München-Graggenau * Lola Montez erhält an König Ludwigs I. 61. Geburtstag in der Hofkirche ihr Adelsdiplom, das sie zur Gräfin Maria von Landsfeld macht. Das Adelsdiplom hat den folgenden Wortlaut: „Wir Ludwig von Gottes Gnaden König von Bayern, Franken und in Schwaben urkunden und bekennen hiermit, dass Wir beschlossen haben, die aus Spanischem Adel geborene Maria von Porrys und Montez, Lola Montez, in den gräflichen Stand unter der Benennung einer Gräfin von Landsfeld allergnädigst zu erheben“. Das gräfliche Wappen hat der König höchstpersönlich entworfen. Es ist, wie der Name selbst, ein Phantasiegebilde, denn eine Grafschaft Landsfeld gibt und gab es nie.

2. September 1847 – Das Geschäft mit dem Adelsdiplom für Lola Montez

München * Wenn Freiherr Georg Ludwig von Maurer schon das Adelsdiplom für Lola Montez unterzeichnen soll, will er wenigstens daraus ein Geschäft machen und retten, was zu retten ist. Er selbst will zum Reichsrat befördert werden und seinem Sohn Konrad will er durch den Ruf an die juristische Fakultät der Universität die Zukunft sichern. Der Titel eines Reichsrats wird Minister Maurer zwar verwehrt, aber sein Sohn Konrad erhält an diesem 2. September 1847 eine außerordentliche Professur der Rechte.

15. November 1847 – Der abgebrannte Bahnhof wird behelfsmäßig wiederhergestellt

München-Maxvorstadt * Zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebs lässt man den alten, aus Holz erbauten und auf dem Marsfeld stehenden Bahnhof behelfsmäßig wiederherstellen und gleichzeitig die Gleise zur Schießstätte verlängern. Der Bahnhof war am 4. April 1847 einem Brandanschlag zum Opfer gefallenen. Am neuen Standort werden die behelfsmäßigen Betriebs- und Empfangsräume eingerichtet, um den Bahnverkehr an diesem Tag dort

aufzunehmen. Als Architekten für das neue Bahnhofsgebäude wird der Friedrich-von-Gärtner-Schüler, Friedrich Bürklein, beauftragt. Es sollte der spektakulärste Bahnhofsbau werden, den er von 1847 bis 1849 im Rundbogenstil ausführt. Die kühn konstruierte und wegen ihrer Zweckmäßigkeit von den Zeitgenossen bewunderte Bahnsteighalle darf mit Recht als eine der ersten Ingenieurbauten bezeichnet werden, das den Bedürfnissen der Zeit entspricht. Auf dem Platz des neuen Bahnhofs haben die Münchner Armbrustschützen, später Feuerschützen, ihre Schießstatt. Die Schützengesellschaft lässt sich dafür auf der Theresienhöhe ein Neues Schießhaus von Bürklein errichten.

30. November 1847 – König Ludwig I. bildet das Kabinett um

München-Kreuzviertel * Auch deshalb, weil sich die „Herren Minister“ weigern, die Gräfin von Landsfeld zu gesellschaftlichen Veranstaltungen einzuladen, bildet König Ludwig I. - gleich nach Beendigung der Stände-Versammlung - das Kabinett um. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein wird Minister des Königlichen Hauses und des Äußeren sowie Minister des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

1848 – Im Münchner Löschwesen herrschen primitivste Verhältnisse

München * Während in Bayern bereits 173 gut ausgebildete Feuerwehren vorhanden sind, herrschen in München die primitivsten Verhältnisse. Das Münchner Löschwesen besteht einerseits aus der städtischen Feuerwache, die durch städtische Arbeiter im Nebenamt gebildet wird, und andererseits aus den kgl. Feuer-Piquetts, die die königlichen und militärischen Liegenschaften schützen. Der Polizeidirektor ist gleichzeitig der Kommandant der Löschmannschaft.

1848 – Maffei beschäftigt 500 Mitarbeiter

München-Englischer Garten - Hirschau * Maffei beschäftigt 500 Mitarbeiter in der Hirschau.

1848 – Das Bauerntum als staatstragende Schicht

München * Nach der Revolution von 1848 betrachten die politischen Führungskräfte das Bauerntum als staatstragende Schicht und unterstützen und fördern dieses, während

sie den Auswirkungen des Fabrikwesens - Proletarisierung der Arbeiter und Niedergang alter Handwerksbetriebe - sehr widersprüchlich gegenüberstehen. Und tatsächlich bildet das traditionell wirtschaftende Bauerntum und die dörfliche Sozialverfassung eine starke Abwehrfront gegen alle Einflüsse der Industrialisierung.

6. Januar 1848 – Die Stimmungslage wird für München positiv eingeschätzt

München * Zu Beginn des Jahres 1848 herrscht eine positive Lage in München. In Geheimberichten heißt es: „Die Stimmung gegen die Frau Gräfin von Landsfeld ist gleichfalls von Seiten der Bürgerschaft gut zu nennen und wenn auch hie und da sich ein oder das andere bürgerliche Individuum beygehen lassen sollte, Resonements auszusprechen, so ist dies eine Folge von hochgestellten Personen, die in Gast- oder Kaffeehäusern Abends zusammen kommen und dort Gespräche führen, woraus sich Ressonements gegen die Frau Gräfin entnehmen lassen.“

24. Januar 1848 – Der Goldrausch bricht aus

San Francisco * Am American River wird das erste Gold gefunden. Der Goldrausch bricht aus. Das Land wird von Metallgräbern und Glücksrittern, von Geschäftsleuten, Gaunern und Spielern überschwemmt.

3. Februar 1848 – Ein öffentlicher Protest der katholisch-konservativen Partei

München * Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 29. Januar 1848 verstorbenen Joseph von Görres führen an der Residenz vorbei. Es ist ein öffentlicher Protest der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft. Wieder steht Ernst von Lasaulx, der Neffe von Joseph von Görres, im Mittelpunkt. Er will aus den Trauerfeierlichkeiten um den Verstorbenen eine Großdemonstration der Ultramontanen Partei inszenieren. Die Polizeidirektion versucht solche Selbstdarstellungen zu verhindern und verbietet zunächst einen geplanten Fackelzug. Dies auch aus Angst vor Krawallen verfeindeter Studentenverbindungen, deren eine das neu gegründete Korps Alemannia ist.

9. Februar 1848 – König Ludwig I. lässt die Universität schließen

München-Maxvorstadt * König Ludwig I. lässt wegen der öffentlichen Proteste der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft die Universität schließen und verfügt, dass alle Studenten umgehend München zu verlassen haben.   Als der der Burschenschaft Alemannia zugehörige Eduard Graf von Hirschberg am Odeonsplatz von anderen Burschenschaftlern bedrängt wird, zieht der Graf sein Messer und fuchtelt damit in der Luft herum. Dadurch eskaliert die Situation. Verletzt wird bei dieser Aktion jedenfalls niemand.   Lola Montez mischt sich unter die Schaulustigen und sieht sich sofort einer bedrohlichen Verfolgungsjagd ausgesetzt. Sie kann gerade noch vor der aufgebrachten Menge in die Theatinerkirche flüchten, wo sie von ausgerückten Kürassieren in die Residenz eskortiert werden muss.   König Ludwig I. tobt und lässt daraufhin umgehend die Universität bis zum Wintersemester schließen.   Außerdem verfügt er, dass alle nicht aus München stammenden Studenten innerhalb von 48 Stunden die Stadt zu verlassen haben.   In München sind etwa 1.500 Studenten immatrikuliert. Rund die Hälfte davon zieht vor das Haus des Rektors Friedrich Wilhelm von Thiersch, der die Betroffenen mit den Worten beruhigt: „Sagen Sie überall, Sie seyen arme Studenten aus München, die man aus der Stadt gewiesen, aus Gründen, die Sie vor aller Welt aussprechen dürfen.“

10. Februar 1848 – Bürgerprotest bei König Ludwig I.

München * Doch jetzt werden die Münchner richtig sauer. Die Bürgerschaft sieht sich in ihrem „friedlichen Handel und Wandel“ bedroht und übernimmt die Forderungen der Studenten. Steine fliegen, Militär sichert das Palais der Montez. Tausend Bürger eilen zum Rathaus und von dort zur Residenz und fordern die Wiedereröffnung der Universität.   Bürgermeister Kaspar von Steinsdorf nimmt die Protestadresse der Münchner Bürger entgegen und setzt - begleitet von 2.000 angesehenen Münchner Bürgern - eine Audienz beim König durch. Eine Deputation, bestehend aus sieben Vertretern, will mit dem König sprechen, der jedoch einen Empfang der Abordnung kategorisch ablehnt und nur unter großem Einsatz seiner Familienmitglieder dazu überredet werden kann.   Bei den Verhandlungen lehnt König Ludwig I. jegliches Zugeständnis kategorisch ab und droht der Stadt im Umkehrschluss mit der Verlegung der Residenz an einen anderen Ort. Cholerisch verabschiedet er die Mitglieder der Deputation: „Es bleibt dabei, ich lasse mich nicht schrecken; man kann mir mein Leben nehmen, aber meinen Willen nicht. Meinen gefassten Entschluss werden Sie alsbald durch das Ministerium und schriftlich erhalten.“

11. Februar 1848 – Die Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs ist durchgesetzt

München * König Ludwig I. verfügt nach einer heftigen Diskussion mit seinen Ratgebern die Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs. Die bayerische Monarchie hat eine ernsthafte Niederlage erlitten !

13. Februar 1848 – Lola Montez reist nach Lindau am Bodensee

Lindau * Lola Montez reist nach Lindau am Bodensee. Dort wartet sie auf ihre Habseligkeiten, Dienerschaft, Hunde und briefliche Antwort von Ludwig.

1. März 1848 – Das Ziel heißt: Überwindung der Restaurationspolitik

Deutschland * Innerhalb weniger Wochen greifen die revolutionären Vorgänge auch auf die übrigen Staaten des Deutschen Bundes über. Ein wesentliches Ziel der Märzrevolution ist die Überwindung der Restaurationspolitik, die die Zeit seit dem Wiener Kongress geprägt hat. Einer der bedeutendsten Verfechter der politischen Restauration ist der österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich. Die Politik der Restauration wurde auf dem Wiener Kongress am 9. Juni 1815 von den meisten europäischen Staaten beschlossen. Sie sollte innenpolitisch und zwischenstaatlich die politischen Machtverhältnisse des Ancien Régime in Europa wiederherstellen, wie sie vor der Französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten. Dies bedeutet die Vorherrschaft des Adels und die Wiederherstellung seiner Privilegien. Weiterhin sollte die napoléonische Neuordnung Europas, die mit dem Code civil auch bürgerliche Rechte etabliert hatte, rückgängig gemacht werden. Innenpolitisch wurden im Zuge der Restauration Forderungen nach liberalen Reformen oder nach nationaler Einigung unterdrückt, Zensurmaßnahmen verschärft und die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Vor allem die studentischen Burschenschaften sind zu dieser Zeit die Träger der Forderung nach nationaler Einigung und demokratischen Bürgerrechten. In manchen Ländern des Deutschen Bundes lenken die Fürsten rasch ein. Dort kommt es bald zur Errichtung von liberalen „Märzministerien“, die den Forderungen der Revolutionäre nachkommen, durch Einrichtung von Schwurgerichten, der Abschaffung der Pressezensur, und der Bauernbefreiung. Oft bleibt es jedoch bei bloßen Versprechungen.

3. März 1848 – Die Münchner erstellen einen Forderungskatalog an den König

München * In einem Forderungskatalog verlangen die Münchner Untertanen vom König: Die Verabschiedung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit. Die Einführung voller

Pressefreiheit und eines Pressegesetzes. Die Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren. Die Unterstützung des Wunsches nach Schaffung einer Volksvertretung für den Frankfurter Bundestag. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes. Die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Die Entlassung des Verwesers des Innenministeriums Berks. Die Resolution liegt im Rathaus auf und „innerhalb von nur vier Stunden sollen bereits mehr als 10.000, bald gar 20.000 Unterschriften gesammelt worden sein“. Der Magistrat und zwei aus dem Bürgerstand ausgewählte Vertrauensmänner überreichen die Resolution. Noch am Abend verkündet der Leitende Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein, dass die Stände zur Prüfung der Resolution vorzeitig einberufen werden sollen. Als Termin wird der 31. Mai festgesetzt. König Ludwig I. kann und will die Forderungen der Bürger nicht akzeptieren, verspricht aber die Entlassung Berks. Außerdem soll die nächste Stände-Versammlung auf den 31. Mai 1848 vorverlegt werden. Als die Münchner diese Forderungen aufstellen, hat Lola Montez das Königreich Bayern bereits seit drei Wochen in Richtung Schweiz verlassen. Es geht nicht mehr um die Affäre mit der Spanischen Tänzerin, es geht nur noch um das autokratische und neoabsolutistische Herrschaftssystem König Ludwigs I., das nicht mehr länger aufrechtzuerhalten ist.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

17. März 1848 – Lola Montez verliert das bayerische „Indigenat“ und wird gesucht

München * Ludwig Fürst zu Öttingen-Wallersteins Posten geht an Gottlieb Freiherr von Thon-Dittmer, der mit seiner ersten Amtshandlung der Lola Montez das „Bayerische Indigenat“ entzieht. König Ludwig I. muss öffentlich verkünden, dass Lola Montez das bayerische „Indigenat“ nicht mehr besitzt, sie als „Unruhestifterin“ mit Haftbefehl gesucht und nach ihrer Festnahme in die nächstgelegene Festung gebracht wird.

18. März 1848 – In Berlin kommt es zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf

Berlin * In Berlin kommt es in der Nacht vom 18. auf den 19. März zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf. Vor dem Berliner Stadtschloss hat sich eine große Menschenmenge versammelt, um auf die Antwort des Königs auf die Märzforderungen der Berliner Bürgerschaft zu warten. Als während der Verlesung eines Patents von König Friedrich Wilhelm IV. zu den Reformen in Preußen auf der anfangs friedlichen Versammlung revolutionäre Parolen laut wurden, fallen zwei - angeblich versehentlich ausgelöste - Schüsse. Das ist das Signal für einen Barrikadenkampf.   Innerhalb von wenigen Stunden türmen sich im Zentrum von Berlin die Barrikaden auf. Das Militär geht mit großer Härte und Brutalität auch gegen Unbeteiligte in den Häusern vor. Dennoch kann sich das Militär nicht durchsetzen. Als Bedingung für einen Waffenstillstand muss der König am 19. März seine Truppen abziehen.

20. März 1848 – „Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“

München * König Ludwig I. stellt in einer Proklamation an das bayerische Volk die zentralen Momente seiner Herrschaft - aus seiner Sicht - dar: „Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; - als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit dem Staatsgeldern um. [...] Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend Mein Herz für Bayern, für Teutschland.“ Den liberalen Forderungen der Märzrevolution kann und will der Autokrat Ludwig I. nicht entsprechen. „Regieren konnte ich nicht mehr und einen Unterschreiber abgeben wollte Ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“.

28. April 1848 – 70 bayerische Abgeordnete für das Paulskirchenparlament gewählt

München * Die Wahlmänner wählen die bayerischen Abgeordneten für das Frankfurter Paulskirchenparlament. Bayern hat siebzig Abgeordnete zu stellen. Die in München gewählten 125 und 59 Wahlmänner wählen in einer Honoratioren-Auslese aus der lokal bekannten Bürger- und Beamtenschaft zwei Abgeordnete.

4. Juni 1848 – Die ständischen Privilegien des Adels werden endgültig gebrochen

München-Kreuzviertel * Mit einem weiteren Reformgesetz werden auch die letzten Elemente der feudalen Grundherrschaft im Königreich Bayern beseitigt. Im I. Abschnitt des Gesetzes über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten hebt König Max II. die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit auf. Das Gesetz entzieht den Gutsherren die Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt ohne Entschädigung und überträgt diese Befugnisse auf den Staat. Damit sind die letzten Reste des feudalen Staatsaufbaus abgeschafft worden. Dem Aufbau einer modernen einheitlichen Justizverwaltung steht nun nichts mehr im Weg.

22. Juni 1848 – Ein bewaffneter Aufstand in Paris fordert über 3.000 Tote

Paris * In den Straßen von Paris tobt zwischen dem 22. bis 26. Juni 1848 eine Schlacht, an der bis 50.000 Menschen kämpfen. Über 400 Barrikaden werden errichtet, über 3.000 Tote sind das Ergebnis. Kein anderes Ereignis in der Revolution von 1848/49 hat so viele Menschenleben gekostet. Der Auslöser des Protests, der sich von anfänglichen Arbeiter-Demonstrationen schnell zum bewaffneten Aufstand ausweitet, ist die Beseitigung der Nationalwerkstätten. Diese waren im Februar 1848 unter dem Eindruck der hohen Arbeitslosigkeit eingerichtet worden. Damals war über die Hälfte der Pariser Arbeiter ohne Arbeit. Durch die Nationalwerkstätten konnten insgesamt 100.000 Menschen mit Erd- und Kanalisationsarbeiten beschäftigt und damit das Recht auf Arbeit verwirklicht werden.

11. Juli 1848 – Erzherzog Johann zieht unter großem Jubel in Frankfurt ein

Frankfurt am Main * Erzherzog Johann zieht unter großem Jubel in Frankfurt ein. Als Reichsverweser ist er das provisorische Oberhaupt des Deutschen Reiches, eines Staates, der noch in der Entstehung ist. Aufgabe des Reichsverwesersmist es, die Reichsminister zu ernennen und zu entlassen. Außerdem unterschreibt er die Reichsgesetze. Doch die Macht der Zentralregierung und der Nationalversammlung ist gering. Die Armeen der Großmächte

Österreich und Preußen weigern sich, dem Reichsverweser zu huldigen und die Staaten England sowie Frankreich versagten ihm die völkerrechtliche Anerkennung. Und weil sie über keine eigenen Streitkräfte verfügt, muss die Zentralgewalt auf die ehemaligen Bundestruppen zurückgreifen, die aber letztlich ihre Befehle von den einzelstaatlichen Regierungen empfangen. Diese intervenieren immer dann, wenn Ruhe und Ordnung durch linke Volksaufstände gefährdet sind. Wenn aber die Errungenschaften des März verteidigt werden sollen, ist mit den Bundestruppen nicht zu rechnen.

18. September 1848 – Es kommt es zum sogenannten September-Aufstand

Frankfurt am Main * In Deutschland kommt es zum sogenannten September-Aufstand. Dieser beginnt, nachdem sich eine Demonstration in Frankfurt zu einem Barrikadenkampf zwischen revolutionären Arbeitern, Bauern und Handwerkern einerseits und dem preußischen und österreichischen Militär auf der anderen Seite, auswächst. Der Aufstand wird sehr schnell unterdrückt, da die Handwerker, Tagelöhner und Gesellen spontan und planlos vorgehen. Sie haben zwar an rund vierzig Stellen in der Stadt Barrikaden errichtet, aber versäumt, wichtige militärische Zufahrtswege zu sperren und aus den Dörfern Unterstützung zu holen. Gegen Mitternacht ist der Aufstand niedergeschlagen. Bei den Kämpfen fallen dreißig Aufständische und zwölf Soldaten. Doch mit diesem September-Aufstand sind die revolutionären Veränderungen von Staat und Gesellschaft gescheitert. Den Demokraten geht es nur mehr um die Wahrung der Märzerrungenschaften.

5. Oktober 1848 – Das Patrimonialgericht Berg am Laim wird aufgelöst

Berg am Laim * Das Patrimonialgericht Berg am Laim wird aufgelöst. Als Ergebnis der Märzunruhen des Jahres 1848 wird eine neue bayerische Verfassung verabschiedet, die unter anderem die Leibeigenschaft und die letzten ständischen Privilegien des Adels aufhebt. Damit sterben auch die Hofmarksgerichte. Die Bauern können nun den Grund und die von ihnen bewirtschafteten Bauernhöfe günstigst dem Staat abkaufen.

18. Oktober 1848 – Brauer unter dem Druck der Aufständischen

München * Auch andere Münchner Brauer geraten in Bedrängnis. Der Inhaber des Löwenbräus bringt sich und seine Familie vor der anrückenden Menge in Sicherheit. Nach einem zeitgenössischen Bericht gelingt die Flucht „mittels einer von großem Mute getragenen Abseilung

aus dem im zweiten Stockwerke gelegenen Fenster“. Simpert Floßmann, der Besitzer des Stubenvollbräus am Anger, berichtet dem Bürgermeister: „Als ich des Abends in mein Haus zurückkam, ist ein großer, von Soldaten geführter Volksschwarm meist betrunkener Leute in meine Wirtschaft gedrungen, um nach dem Bierpreis zu fragen. Ich sagte: ‚Viereinhalb Kreuzer, aber heute könnt ihr so viel ohne Geld trinken, wie ihr wollt!‘ Sie aber machten geltend, dass, wenn mir mein Leben und mein Eigentum geschützt werden solle, ich das Bier um vier Kreuzer abgeben müsse. Dann forderten die Rädelsführer Handschlag auf Ehrenwort, dass ich diesen Preis den ganzen Winter über halten würde. Als dies geschehen, bildeten sie einen sogenannten ‚Sicherheitsausschuß‘ für mich, meine Frau und mein Eigentum und zogen, gleiches zu tun, wenn er sich als willig erweise, zum Menterbräu ab. Freilich nicht, ohne vorher noch zwei Stunden lang tüchtig zu zechen.“ Auf diese Weise zwingen die Aufständischen Floßmann, den geforderten Bierpreis mit Handschlag zuzusichern. Im Gegenzug stellen sie ihn, seine Familie und seinen Besitz unter ihren Schutz. Anschließend ziehen sie zum Menterbräu weiter. Ähnlich ergeht es Mathias Pschorr, dem damaligen Inhaber des Hackerbräus.

26. Oktober 1848 – Die Niederschlagung des Wiener Aufstands fordert über 2.000 Tote

Wien * Nach Ablauf des Ultimatums gibt der Oberbefehlshaber aller österreichischen Truppen, Alfred Fürst zu Windischgrätz, den Befehl zum Kampf. Innerhalb von fünf Tagen nehmen seine Truppen die Stadt ein. Die Bilanz: über 2.000 Tote. Zwei Wochen nach der Niederschlagung des Wiener Aufstands werden 1.600 Personen verhaftet, davon 966 wieder entlassen. 24 Todesurteile kommen zur Vollstreckung. Das prominenteste Opfer ist der Nationalversammlungs-Abgeordnete Robert Blum, der - trotz seiner Immunität - am 9. November 1848 standrechtlich erschossen wird.

1849 – Eine Turner-Feuerwehr wird gegründet

München * Eine Turner-Feuerwehr wird gegründet. Es ist der erste Versuch, in München ein organisiertes Löschwesen mit eingeübter Mannschaft ins Leben zu rufen.

3. April 1849 – Friedrich Wilhelm IV. will nicht Kaiser von Volkes Gnaden sein

Berlin - Frankfurt am Main * Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnt die ihm von der Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ab. Die von Volksvertretern angebotene Krone besteht für Friedrich Wilhelm IV., der in seinem monarchischen Selbstbild vom traditionellen

Gedanken des Gottesgnadentums ausgeht und die Idee der Volkssouveränität ablehnt, nur aus „Dreck und Letten“. Ein „Kaiser von Volkes Gnaden“ will er keinesfalls sein. Damit sind auch die Deutsche Einheit und die Reichsverfassung gescheitert. Die Zurückweisung der Kaiserkrone durch den preußischen König liegt an dessen innerlichen Ablehnung der Frankfurter Reichsverfassung, weil diese von Demokraten und Liberalen beschlossen worden ist. Denn während der Revolutionszeit hat der Preußenkönig immer wieder seine Bereitschaft signalisiert, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten. Er wünscht sich allerdings eine konservativere Verfassung und scheut sich vor dem Titel eines Kaisers. Viel wichtiger ist ihm, die Zustimmung seiner Standesgenossen, der anderen deutschen Fürsten, zu erhalten. Bereits am 3. April 1849, als Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone des Frankfurter Parlaments ablehnt, lässt er die übrigen deutschen Staaten wissen, dass er an die Spitze eines deutschen Bundesstaates treten wolle, an dem diejenigen Staaten teilnehmen sollen, die dies wünschen.

9. Mai 1849 – Niederschlagung des Dresdner Maiaufstands

Dresden * Sächsische und preußische Truppen schlagen den Dresdner Maiaufstand nieder. Die provisorische Revolutionsregierung wird aufgelöst, zahlreiche Revolutionäre fliehen oder werden verhaftet. Damit scheitert der Versuch, Sachsen zu einer republikanischen Staatsordnung umzugestalten.

14. Juli 1849 – Die Landtagswahlen sollen andere Mehrheiten ermöglichen

Königreich Bayern * Die für diesen Tag angesetzten Landtagswahlen werden von der Staatsregierung sorgfältig vorbereitet. Sie setzt dabei vor allem auf den Einfluss der kirchlichen Oberhirten und Pfarrer sowie auf das Engagement der(höheren) Beamtenschaft. Der Regierung genehme Vereine werden gefördert; nach den Wahlen jedoch alle politischen Vereine wieder verboten. Die Wahlkreise werden erstmals von der Regierung nach wahltaktischen Gesichtspunkten gebildet. Eine Praxis, die die Regierung von nun an bis zur Wahlrechtsreform von 1906 beibehalten wird. Mit den so gewonnenen neuen Mehrheitsverhältnissen kann König Max II. eine Politik der Reaktion verfolgen und versuchen, die Änderungen der Bayerischen Verfassung wieder rückgängig zu machen.

17. September 1849 – Die Gebrüder Schmederer übernehmen den Zacherlbräu

Vorstadt Au * Nach dem Tod des Bierbräus Franz Xaver Zacherl geht die Zacherlbrauerei das

Grundstück auf dem Nockherberg erbschaftsweise an Heinrich Schmederer und dessen Bruder Ludwig, resp. auf die Firma Gebrüder Schmederer über.

1850 – Der lange Weg zum Künstlerhaus

München * Die Idee eines eigenen Hauses für die Münchner Künstlerschaft begleitet die Kunstszene über viele Jahrzehnte. Zahlreiche Künstlervereinigungen – darunter die „Künstlergenossenschaft“, der „Künstlersängerverein“, „Jung-München“, „Fidelio“ und der „Künstlerunterstützungsverein“ - greifen die Vision eines gemeinsamen Künstlerhauses immer wieder auf und entwickeln dazu konkrete Pläne und Vorstellungen. Erstmals werden diese Überlegungen bereits 1850 in einem Protokoll schriftlich festgehalten. Darin formulieren die Initiatoren das Ziel, „dem deutschen Künstler für alle Zeiten eine Heimat in München bereiten und zugleich der Wissenschaft eine Unterkunft bieten“.

1850 – Der Kreuzlgießergarten wird zur Gastwirtschaft zum Salzburger Hof

Haidhausen * Der Kreuzlgießergarten an der Ecke Gasteig und Rosenheimer Straße wird zur Gastwirtschaft zum Salzburger Hof.

1850 – Maffei ist Hauptaktionär der Eisenwerk-Gesellschaft-Maxhütte

Burglengenfeld * Joseph Anton von Maffei ist Hauptaktionär und Vorstand der oberpfälzischen Eisenwerk-Gesellschaft-Maxhütte bei Burglengenfeld. Das Unternehmen hat sich vor allem auf die Herstellung von Eisenbahnschienen spezialisiert.

1850 – Ein Programm zur Hebung des bayerischen Nationalgefühls

München-Haidhausen * Als das Maximilianeum-Projekt konkrete Formen annimmt, will König Max II.,den von ihm erkannten Gefahren entgegenwirken, die die Eigenständigkeit Bayerns und seine Monarchie bedrohen. Da sind - nach der kaum überwundenen Revolution des Jahres 1848 - die immer stärker werdenden demokratischen Umtriebe, die unaufhaltsame industrielle Revolution von Eisenbahn, Telegraph und Dampfmaschine, die nach immer größeren Wirtschaftsräumen und damit größeren Staatseinheiten verlangt und der die Kleinstaaterei des Deutschen Bundes viel zu eng geworden ist, und da ist schließlich Preußen, das im Namen der

deutschen Einheit auf Machterweiterung hinarbeitet und in diesem Zusammenhang auch ein Auge auf das Königreich Bayern wirft. König Max II. will diese Gefahren durch ein Programm zur Hebung des bayerischen Nationalgefühls bekämpfen.

1850 – Richard Wagners antisemitisches Essay

Zürich * Während seines Exils in Zürich verfasst der Komponist Richard Wagner das Essay „Das Judenthum in der Musik“, das zunächst anonym erscheint. Darin vertritt er antisemitische Positionen, die über die damals weit verbreiteten Vorurteile hinausgehen. Wagner behauptet, Juden seien der deutschen Kultur fremd und nicht zu wahrer künstlerischer Kreativität fähig. Besonders scharf greift er die Komponisten Giacomo Meyerbeer und Felix Mendelssohn an. Seine Ausführungen richten sich aber nicht nur gegen einzelne Künstler, sondern gegen Juden als gesellschaftliche Gruppe. Die historische Forschung bewertet den Text heute als eines der bedeutendsten Dokumente des modernen Antisemitismus im 19. Jahrhundert.

1. Mai 1850 – J. Schweiger erhält eine Konzession für ein Theater in der Vorstadt Au

Vorstadt Au * Mit der Unterstützung Auer Bürger erhält Johann Schweiger - trotz des Widerstand der Hoftheaterintendanz - die Konzession für ein eigenes Theater in der Vorstadt Au. Es befindet sich im Garten der Wirtschaft Kaisergarten in der Lilienstraße 2. Jetzt haben die Münchner die Qual dar Wahl. Und schon bald heißt es: „Heut‘ geh‘ ich zum Schani, morgen zum Maxl“.

9. Oktober 1850 – Bei strahlendem Sonnenschein wird die Bavaria enthüllt

München-Ludwigsvorstadt * Noch während des Oktoberfests und bei strahlendem Sonnenschein kann die Bavaria enthüllt werden. In der ganzen Stadt aufgehängte Plakate künden von einem „Festprogramm zur Feier der Kunsttätigkeit König Ludwigs bei Gelegenheit der Enthüllung des Bayern-Standbildes“. Ein schier endloser Festzug mit geschmückten Wagen der Künstlerschaft und der Handwerker bewegt sich vom Maximiliansplatz zur Theresienwiese. Endlich kann die Bavaria vor den königlichen Gästen und weiteren Tausenden von Zuschauern enthüllt werden. Unter der extra dafür errichteten überdachten Tribüne haben sich das Ex-Königspaar Ludwig I. und Therese eingefunden, begleitet sind sie von König Otto von Griechenland und der Gemahlin des Prinzen Luitpold. Nach dem Fall der Bretterverschalung fallen die großen Worte des abgedankten Königs Ludwig I.: „Ich bin 64 Jahre alt, hab‘ viel Schönes gesehen, so Schönes noch nie, ich habe viele Freuden erlebt, eine solche Freude noch nie.“ Voller Bewunderung und in

Erinnerung an Kaiser Neros Kolossalstatue, die dem Colosseum in Rom den Namen gab, sprach er: „Nero und ich sind die einzigen, die so großes gemacht haben, seit Nero keiner mehr.“ Das Standbild ist als Personifikation des Landes Bayern gedacht. Von der Sohle zum Scheitel misst die Bavaria 15,78 Meter, bis zum Kranz 18,1 Meter, und vom Sockel sind es gar 30 Meter. Es ist seinerzeit das größte erzene Standbild der Welt. Allein das Erzgewicht beträgt 1.438,66 Zentner. Über eine Treppe von 126 Stufen kann man innen bis in den Kopf steigen.

6. November 1850 – Ein Gutachten für den Bau der Maximilianstraße

München-Graggenau - München-Lehel * Der Vorstand der Obersten Baubehörde, Direktor Schierlinger, gibt ein Gutachten ab, worin er die Durchführung der projektierten Straße „als eine gerade Verbindung des Max-Joseph-Platzes mit Brunntal“ für möglich hält, gleichzeitig aber auch auf die zu erwartenden Terrainschwierigkeiten hinweist. Das Gebiet rund um die heutige Maximilianstraße ist ein von zehn mehr oder weniger großen Bächen durchzogenes Isar-Schwemmland, in dem zahlreiche Mühlen liegen. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ist das Verfüllen der Bäche und eine damit verbundene Stilllegung der Mühlen nicht möglich. Außerdem fällt das Gelände zur Isar hin deutlich ab, weshalb auf der ganzen Strecke ein Niveauausgleich vorgenommen werden muss.

10. November 1850 – Erneut ein Haberfeldtreiben gegen den Pfarrer

Wöllkauer Anhöhe bei Irschenberg * Dem Nachfolger von Ignaz Kalm, Pfarrer Zänger, wird in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1850, gemeinsam mit dem Kooperator Bartl, dem Schulmeister Strahler und noch ein paar anderen Dorfbewohnern das Haberfeld getrieben. Der neue Pfarrer hatte zur Hebung des angekratzten Images von Kirche und Dorf einen katholischen Jungfernbund gegründet. Doch noch im gleichen Jahr hatten zwei junge Frauen „das theure Guth der Jungfrauenschaft“ verloren, ohne verheiratet zu sein. Die Haberer behaupten zudem, dass eine weitere Jungfer ein „Pfaffenkind“ ausgetragen hat. Während beim ersten Treiben vom 20./21. Januar 1849 die Beteiligten ungeschoren davon kamen, werden im zweiten Verfahren alle dreißig Haberer verurteilt. Sie erhalten Zuchthausstrafen, die obligatorischen Rutenstreiche und müssen zudem fünf Gulden Strafe zahlen.

1851 – Erste Entwürfe und Standortsuche für das Künstlerhaus

München-Graggenau * Als einer der ersten ernsthaft geprüften Standorte für das Künstlerhaus

rückt die Maximilianstraße in den Fokus. Ihr Architekt, Oberbaurat Friedrich Bürklein, legt einen ersten Entwurf für das geplante Künstlerhaus vor. Das Projekt wird jedoch nicht umgesetzt. Die veranschlagten Baukosten betragen rund 70.000 Gulden - für die damalige Zeit eine beachtliche Summe. In den folgenden Jahren steht die Suche nach einem geeigneten, repräsentativen Bauplatz im Mittelpunkt der Bemühungen der Münchner Künstlerschaft.

2. Dezember 1851 – Staatspräsident Napoleon Bonaparte löst die Nationalversammlung auf

Paris * Kurz vor Ablauf seiner Amtszeit löst der französische Staatspräsident Charles Louis Napoleon Bonaparte die Nationalversammlung auf und lässt führende Oppositionspolitiker verhaften.

5. Dezember 1851 – Charles Louis Napoleon Bonaparte siegt

Paris * Die nach der Auflösung der Nationalversammlung und Verhaftung führender Oppositionspolitiker folgenden blutigen Kämpfe kann Charles Louis Napoleon Bonaparte am 5. Dezember schließlich für sich entscheiden.

1852 – Turbulenzen bei der Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft

München-Englischer Garten - Tivoli * Es kommt zum Zerwürfnis zwischen Christian August Ernst und der Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft wegen nicht ausbezahlter Dividenden.

11. Dezember 1852 – König Max II. will die revolutionären Errungenschaften zurückdrehen

München * König Max II. schreibt an seinen Innenminister: „Ich will die gegenwärtige ruhige Zeit nicht ungenützt vorübergehen lassen, um [...] die Regierung der lähmenden und auf geradezu antimonarchische Grundlagen gebauten Gesetze zu entledigen, welche das Jahr 1848 förmlich oktoyiert hat.“

1853 – „Aktiengesellschaft für die Dampfschiffahrt auf Inn und Donau“

München * Joseph Anton von Maffei übernimmt den Vorsitz der „Aktiengesellschaft für die

Dampfschiffahrt auf Inn und Donau“.

1853 – Eine Eisenbahnstrecke zum Starnberger See

München - Starnberg * Der weitere Ausbau des Eisenbahn-Streckennetzes wird angegangen. Ulrich Himbsel, der ehemalige Baudirektor der München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft, beginnt, trotz der anfänglich auftretenden Probleme mit der Finanzierung, mit dem Streckenbau zu dem „an Naturschönheiten so reichen Starnberger See“. Die Linie zweigt hinter Pasing nach Süden ab und erfreut sich beim „gebirgssinnigen Münchner Publikum“ bald großer Beliebtheit.

1. April 1853 – Theres Feldmüller pachtet ein Wirtshaus in Eggenfelden

Eggenfelden * Theres Feldmüller pachtet - gemeinsam mit ihrem Vetter Franz-Xaver Huber, Gastwirtssohn aus Zolling bei Freising, - die Wirtschaft beim „Freiherrlich von Closen‘schen“ Bräu- und Wirtsanwesen zu Eggenfelden und betreibt diese bis zum 1. Mai 1855.

18. Juli 1853 – Beginn der Bauarbeiten an der Maximilianstraße

München-Graggenau - München-Lehel * Nachdem das königliche Einverständnis zur Erhöhung des Pflasterzolls, der Weinsteuer und des Malzzuschlags vorliegt, beginnt die Stadt, unter Leitung des noch jungen Bauingenieurs beim Stadtbauamt, Arnold Zenetti, mit den Straßenbauarbeiten zur Maximilianstraße. Die gewünschte Auffüllung der Bäche wird abgelehnt, da dies den wirtschaftlichen Ruin für den Münchner Osten bedeuten würde. Deshalb werden später viele Kellergeschosse aus den massiv gemauerten Bacheinfassungen hergestellt.

28. November 1853 – König Max II. stiftet den Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst

München * An seinem 43. Geburtstag stiftet König Max II. den Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst. Der Bayernregent beruft bedeutende Gelehrte nach München, die von der Bevölkerung als „Nordlichter“ tituliert werden. Er will so die Hofgesellschaft mit den geistigen Koryphäen beleben. Da diese Elite aber häufig nicht-adelig ist, erhalten sie keinen Zutritt zum Königlichen Hof. Mit der Verleihung des Maximiliansordens erwirbt man die dritte Rangklasse und damit den Hofzutritt.

1854 – Die demokratisierende Macht des Bieres

München * Paul Heyse schreibt: „Die demokratisierende Macht des Bieres hatte doch eine Annäherung bewirkt. Der geringste Arbeiter war sich bewusst, dass der hochgeborene Fürst und Graf keinen besseren Trunk sich verschaffen konnte als er; die Gleichheit vor dem Nationalgetränk milderte den Druck der sozialen Gegensätze. Und wenn im Frühling noch der Bock hinzukam, konnte man in manchen Wirtsgärten eine so gemischte Gesellschaft zwanglos beisammen finden, wie sie in Berlin nirgends anzutreffen war."

1854 – König Max II. verzettelt sich

München * Bis das Preisgericht zur Beurteilung der eingereichten Arbeiten erstmals zusammenkommt, vergehen nochmal eineinhalb Jahre. Diese erneute Verzögerung liegt ausschließlich in der Person des Königs begründet, weil dieser sich zunächst mit jedem einzelnen Entwurf selbst beschäftigt. Doch bei den anstehenden Staatsaufgaben und sonstigen Neigungen findet er für diese Tätigkeit nur gelegentlich Zeit und Muße. Seine Einschätzung gibt er nicht preis, um dem Schiedsspruch der Fachleute nicht vorzugreifen. Das ist zunächst eine weise Entscheidung, die jedoch sofort wieder relativiert wird, da ja die letzte Entscheidung doch wieder beim König liegt. Das Protokoll der Sitzung des Preisgerichts ist verschollen. Es ist nur bekannt, dass der Berliner Oberbaurat Wilhelm Stier den ersten Preis in Höhe von 4.000 Gulden zuerkannt bekommt und dass ein zweiter und ein dritter Preis nicht vergeben wird. Es ist aber auch klar, dass die Planungen Wilhelm Stiers - „der ungeheueren Kosten wegen" - nicht zur Ausführung kommen werden. Die übrigen Konkurrenzentwürfe verschwinden in der Versenkung.

Friedrich Bürklein wird - vollkommen unabhängig vom Konkurrenzergebnis - mit der Ausführung der Pläne für das Maximilianeum und der Ausführung des umfangreichen Bauprogramms beauftragt. Über das Preisgericht und die eingelaufenen Bewerbungen legt man den Mantel des Schweigens.

31. März 1854 – Joseph Schülein wird in Thalmässing geboren

Thalmässing * Joseph Schülein wird in Thalmässing, einer Gemeinde nahe Roth bei Nürnberg, geboren. Der Ort ist zu dieser Zeit von einer bedeutenden jüdischen Gemeinde geprägt. Viele jüdische Familien sind im Vieh-, Geld- und Hopfenhandel tätig und tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Leben des Marktes bei.

September 1854 – Wegen der Cholera wird das Oktoberfest abgesagt

München-Theresienwiese - München-Au - München-Maxvorstadt * Wegen der grassierenden Cholera sagt die Regierung das Oktoberfest ab, was zu zahllosen Klagen der Geschäftsleute führt. Als auch noch die Auer Herbstdult storniert werden soll, bitten die Geschäftsleute, „dem ohnedieß diesem Sommer schwerheimgesuchten Gewerbestand“ nicht auch noch dieses „Bißchen Brot“ zu entziehen. Weder zur Auer Herbstdult noch zu der seit 15. Juli stattfindenden Industrie-Ausstellung im Glaspalast finden sich viele Interessenten ein.

30. September 1854 – Die Cholera ist in München erloschen

München * Das Komitee zur Beschließung von Maßnahmen gegen die epidemische Brechruhr beschließt, das die Cholera in München erloschen ist. Nur drei Ärzte stimmen dagegen. Alle Ärztlichen Besuchsanstalten werden geschlossen, die Suppenanstalten wieder auf vier reduziert. Die ärztliche Versorgung in den Vorstädten wird eine Woche länger aufrecht erhalten. 2.143 von rund 114.000 Münchner Einwohnern fallen bis dahin der sogenannten Kalten Pest zum Opfer, das sind 1,9 Prozent. In den Vorstädten Au, Haidhausen und Giesing sterben 781 von 21.000 Bewohnern, das ist mit 3,7 Prozent eine fast doppelt so hohe Sterbequote. Kinder, Frauen und ältere Menschen machen die Mehrzahl der Opfer aus. In München liegt der Anteil der Frauen bei 45,7 Prozent, der der Kinder unter zehn Jahren bei 19,7 %. In den Vorstädten liegt die Sterblichkeit bei den Frauen bei 39,5 und bei den Kindern bei 25,2 Prozent. An der Cholera sterben stets mehr Frauen als Männer. Das liegt daran, dass Frauen immer einer größeren Infektionsgefahr ausgesetzt sind, da sie die Kranken versorgen und die Wäsche waschen. Während der Anteil der über 60-jährigen Opfer in der Stadt München fast 27 Prozent beträgt, sind es in den Vorstädten „nur“ 17,7 Prozent. Das liegt aber an der sowieso wesentlich geringeren Lebenserwartung. In Haidhausen wird fast kein Haus von der Cholera verschont. Hier liegt die Sterbequote bei 4,8 Prozent. Darunter sind 57 Mütter und 42 Väter, wodurch 102 Kinder einen Elternteil verlieren. Zwanzig Kinder werden zu Vollwaisen.
Von den in der Strafanstalt in der Au einsitzenden 541 Häftlingen sterben 63, gleich 11,6 Prozent.

28. November 1854 – Adolf Friedrich von Schack wird Mitglied des Maximiliansordens

München * Adolf Friedrich von Schack wird Mitglied des neu gestifteten Maximiliansordens für Wissenschaft und Kunst.

20. Juli 1855 – Regierung erlaubt einer privaten Bahngesellschaft den Streckenausbau

München * Die jahrelang hohen Belastungen des Staatshaushaltes durch die Bayerische Staatsbahn führen zu einer ständig wachsenden kritischen Stimmung. Deshalb legt der Bayerische Staat nur noch den Gesetzesentwurf zum Bau und Betrieb der Bahnstrecke Lichtenfels - Coburg vor und betrachtet im Anschluss daran seine aktive Beteiligung am Eisenbahnwesen als abgeschlossen. Allerdings verbindet das Staatsbahnnetz zu diesem Zeitpunkt lediglich Oberbayern mit Schwaben sowie Franken und schließt damit die altbaierischen Gebiete Oberpfalz und Niederbayern vollkommen aus. Die Königliche Eisenbahn-Commission hat aber für die vier wichtigsten Strecken nach Ostbayern bereits Vorbereitungen getroffen, weshalb die Bayerische Staatsregierung den Bau und den Betrieb der Eisenbahnstrecken nach Ostbayern einer privaten Bahngesellschaft erlauben will. Die notwendigen Voraussetzungen werden an diesem Tag mit Allerhöchster Verordnung geschaffen.

1856 – König Max II. lehnt die Gründung eines zoologischen Gartens ab

München * König Max II. lehnt die Gründung eines zoologischen Gartens ab, da „die Gründung einer solchen Anstalt als zu kostspielig und von wenig Nutzen für die Wissenschaft nicht zu befürworten ist“.

12. April 1856 – Die Ostbahn-Aktiengesellschaft erhält die Baumaßnahme übertragen

München * Der Kgl. privilegierten Aktiengesellschaft der bayerischen Ostbahnen wird die Durchführung der „längst allgemein als dringendes Bedürfnis erachteten“ Baumaßnahme übertragen. Die Ostbahn-Aktiengesellschaft besitzt ein Kapital von 60 Millionen Gulden. Beteiligt sind unter anderem die Bankhäuser Rothschild, Eichthal, Hirsch und Bischofsheim, die Fabrikbesitzer Cramer und Klett, die Kgl. Bank in Nürnberg sowie Maximilian von Thurn und Taxis. Als Direktor der Gesellschaft, dem der gesamte Bau und die Betriebsführung anvertraut wird, kann Paul Camille von Denis gewonnen werden, der schon beim Bau der Strecke Nürnberg - Fürth und München - Augsburg tätig war.

Juli 1856 – Christian August Ernst muss zurücktreten

München-Tivoli * Christian August Ernst wird von der Generalversammlung der Aktionäre gezwungen, von der Leitung der Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft zurückzutreten und

die Mühle verhältnismäßig günstig an die Gemeinschaft der Aktionäre zu verkaufen. Für die Mühle und und das Ausflugslokal Tivoli erhält er 59.000 Gulden. Die Aktionäre wollen keinesfalls auf das Tivoli verzichten.

1857 – Die Preußische Gesandtschaft befindet sich im Palais Dürckheim

München-Maxvorstadt * Die Preußische Gesandtschaft befindet sich im Palais Dürckheim in der Türkenstraße 4.

1857 – Adolf Friedrich von Schack will junge Künstler fördern

München-Maxvorstadt * Adolf Friedrich von Schack erwirbt von dem Historienmaler Bonaventura Genelli das erste Gemälde seiner Sammlung. Er wendet sich den unbekannten oder verkannten Malern seiner Zeit zu. „Junge Kräfte zu entdecken oder auch solche zu beschäftigen, welche, der Gunst des großen Publikums entbehrend, brach lagen“, erscheint ihm lohnender, als Bilder von jenen Künstlern besitzen zu wollen, die den Ruhm des Tages für sich haben. „Ich dachte“, so äußerte er sich später, „meine Galerie würde so einen eigentümlichen Charakter erhalten, während sie sonst nur Bilder von Malern aufgewiesen hätte, von denen man schon überall welche sehen konnte“.

4. April 1857 – Startschuss für die Gartenanlage auf der Isaranhöhe

München-Haidhausen * Bayernkönig Max II. gibt ein halbes Jahr vor der Grundsteinlegung für das Maximilianeum - den Startschuss für die Entstehung der Gartenanlage auf der Isaranhöhe, indem er schreibt: „Ich lasse auf Kosten Meiner Kabinettskasse einen Fußweg auf dem rechten Isarufer zwischen Haidhausen und Bogenhausen herstellen, welcher zu beiden Seiten mit Bäumen und Gebüschgruppen bepflanzt werden soll - die dazu nötigen Gewächse sind, soweit es nur immer thunlich ist, aus Meinen Hofgärten unentgeltlich […] abzugeben.“ König Max II. will damit eine Naturkulisse für sein Maximilianeum erschaffen lassen, die zunächst das Terrain nördlich der Maximiliansbrücke bis zur Ausflugswirtschaft Neuberghausen umfassen soll. Damit kann die Spazier- und Erholungszone des Englischen Gartens auf das neu eingemeindet östliche Flussufer übergreifen und die Stadt in eine breitere Grünbasis einbinden.

Mai 1857 – König Max II. lässt das östliche Isar-Steilufer in einen Park umgestalten

München-Haidhausen * König Max II. lässt - im Rahmen der Erbauung des Maximilianeums - das östliche Steilufer der Isar in einen Park umgestalten, um damit die Spazier- und Erholungszone des Englischen Gartens auf das neu eingemeindete rechte Flussufer übergreifen. Der 26-jährige Carl Effner wird mit der Realisierung der Maximilians-Anlagen nördlich des im Bau befindlichen Maximilianeums beauftragt. Der König hatte schon während seiner Kronprinzenzeit ein umfangreiches Programm zur gärtnerischen Gestaltung seiner künftigen Residenzstadt München erstellen lassen. Nach dem Vorbild von Paris, London und Berlin sollten auch in München Alleen, begrünte Stadtplätze und kleine Parkanlagen das Stadtbild auflockern. Die Ortschaften Haidhausen und Bogenhausen sollten durch große Grünanlagen zu Villenkolonien zusammengefasst werden.

14. Juli 1857 – Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erleidet mehrere Schlaganfälle

Berlin * König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erleidet mehrere Schlaganfälle, wodurch auch sein Sprachzentrum in Mitleidenschaft gezogen wird. Er wird von seinem Bruder Prinz Wilhelm vertreten.

September 1857 – Lola Montez tritt in der Goldgräbersiedlung Sacramento auf

Sacramento * Lola Montez tritt in der Goldgräbersiedlung Sacramento auf. Sie fühlt sich in der Gesellschaft der rauen Gesellen wohl, die sich gerne in der Rolle der Beschützer sehen.

1858 – Die Spuren der Theres Feldmüller verlieren sich

München-Obergiesing * Nachdem die Beziehung zu ihrem Vetter Franz-Xaver Huber in die Brüche geht, verlieren sich die Spuren der Theres Feldmüller. Ihr Sterbedatum ist unbekannt. Man sagt ihr ein wechselhaftes Leben nach, weshalb sie noch heute einen schlechten Ruf besitzt.

1858 – Philosophen und Naturwissenschaftler als Maximilianeer

München-Maxvorstadt * Ab diesem Jahr werden auch Studenten der philosophischen und

naturwissenschaftlichen Fakultät in der Stiftung Königliches Maximilianeum aufgenommen, doch sollen sie jeweils nur ein Sechstel der Gesamtzahl der Stipendiaten ausmachen.

1858 – Die Dr. Steinbach Naturheilanstalt im Bogenhausener Brunnthal

Bogenhausen * Die „Leipziger Illustrierten“ loben die damalige „Dr. Steinbachs Naturheilanstalt“ im Brunnthal, die sich einen international bekannten Namen gemacht hat: „Auf mit weichen Teppichen belegtem Boden schreitet man in ein großes Viereck, an dessen Wänden, mit dunklem Farbgrund bedeckt, feenhafte Figuren schweben, von Künstlerhand gemalt; vom reichen Plafond herab beleuchtet ein magischer Lichtstrahl die Räume, wo Ruhebänke, Stühle und Tische mit kostbaren Stoffen umkleidet sind, und in sinnvoller Ordnung von schimmerndem Metall stehen reichlichst die verschiedenartigsten Apparate zum Heilbehelfe“. Die Heilbehandlung ist, „insbesondere wirksam bei Verstopfungen, wodurch die wurmartige Bewegung der Därme erreicht wird. Ferner in allen Fällen von Unterleibsschwäche und Impotenz, Muskellähmungen, Stimmlosigkeit, Schwerhörigkeit“.

7. Oktober 1858 – Wilhelm I. wird preußischer Prinzregent

Berlin * Nachdem die Stellvertretung des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV. durch seinen Bruder Prinz Wilhelm von Preußen dreimal verlängert worden ist, unterzeichnete der kranke König die Regentschaftsurkunde für Wilhelm I., der damit die Funktion des Prinzregenten übernimmt.

1859 – Bis zu 17.000 Arbeiterinnen und Arbeiter bauen an der Ostbahn

Geiselhöring - Passau - Regensburg * Ab dem Verkehrsknotenpunkt Geiselhöring wird auf zwei Strecken die Ostbahn weitergebaut. Die eine Strecke führte nach Passau, die andere nach Regensburg, Amberg und Nürnberg. Mit einem Aufgebot von bis zu 17.000 Arbeiterinnen und Arbeitern wird das 453 Kilometer umfassende Grundnetz der Bayerischen Ostbahnen fertiggestellt werden. Paul Camille von Denis schafft das in einer fünfeinhalbjährigen Bauzeit. Der Direktor der Ostbahngesellschaft unterschreitet damit nicht nur die zeitliche Vorgabe der staatlichen Eisenbahn-Commission, die dafür eine Bauzeit von sieben Jahren vorgesehen hatte, sondern auch die Baukosten gegenüber dem Voranschlag von 46,5 Millionen Gulden um 12,8 Millionen Gulden. Das sind nahezu dreißig Prozent. Damit ist Paul Camille von Denis, dem „Altmeister des Eisenbahnbaus“, die allgemeine Anerkennung sicher. In

Zeitungsartikeln halten sich die Zeitgenossen mit ihrer Bewunderung für diese Leistung nicht zurück: „Der Erfahrungssatz, der leider bei uns in Deutschland viel zu wenig bekannt oder anerkannt scheint - ‚Zeit ist Geld' -, spricht sich in allen Anordnungen der Ostbahn-Direction aus."

1859 – Bierboykott statt Straßenkrawall

München * Als der Münchner Magistrat den Schankpreis auf sechs Kreuzer je Mass festsetzt, reagiert die Bevölkerung mit einer neuen Form des Protests: Viele Menschen verzichten bewusst auf Bier. Die Münchner Stadtchronik berichtet: „Bei dem Eintritt des erhöhten Bierpreises ließ, wie wenn es allgemein verabredet gewesen wäre, der Bierkonsum mit einem Male auffallend nach. Die sonst am zahlreichsten besuchten Gastlokalitäten blieben spärlich besucht und waren sehr lange vor der Polizeistunde gänzlich leer. Es bildeten sich förmlich Bierenthaltungsvereine. […] Arbeiter der großen, bei vierhundert Köpfe zählenden Maschinenfabrik von Maffei [verpflichteten sich] durch eigene Unterschriften, [bei] Eintritt des Feierabends kein Bier zu trinken, so lange die hohen Bierpreise bestünden." Der Boykott zeigt Wirkung. Mehrere Brauer und Wirte bieten ihr Bier schließlich unter dem amtlich festgelegten Preis an. Dennoch bleibt der Verbrauch deutlich niedriger als in den Vorjahren. Die Stadtchronik hält fest: „Aber dem ohngeachtet blieb die Bierkonsumtion im heurigen Winter gegen frühere Jahre bedeutend zurück, denn viele Hunderte hatten sich bereits daran gewöhnt, weniger Bier zu trinken." Anders als bei den früheren Bierkrawallen setzen die Münchner ihren Protest nun mit Konsumverzicht und wirtschaftlichem Druck durch.

1859 – Johann Valentin Fey arbeitet bei Karl Falk als Geschäftsführer

München-Au * Johann Valentin Fey übt beim Auer Tapezierer Karl Falk in der Entenbachstraße 63 die Tätigkeiten eines Geschäftsführers und Vorarbeiters aus.

1859 – Die Gastwirtschaft zum Roten Turm

München-Lehel - München-Isarvorstadt * Im nördlichen Anbau des ehemaligen Roten Turms wird die Gastwirtschaft zum Roten Turm eingerichtet. Sie erhält die Taferngerechtsame des Heiliggeistspitals. Die Gäste dieses Lokals sind hauptsächlich Soldaten der nahen Schwere-Reiter-Kaserne.

12. September 1859 – Reinhold Hirschberg eröffnet eine Ziegelei in Steinhausen

Bogenhausen * Der Unternehmer Reinhold Hirschberg gründet eine oHG (= offene Handelsgesellschaft) und eröffnet eine Ziegelei mit dem Namen Fabrik Steinhausen.

21. November 1859 – Die Kreisirrenanstalt in der Hochau wird eröffnet.

München-Au * Die Kreisirrenanstalt für Oberbayern wird eröffnet. Das neue Nervenkrankenhauses liegt bei ihrer Errichtung in einem völlig unbebauten Gebiet zwischen der Rosenheimer- und der Auerfeldstraße. Unter der Leitung des Obermedizinalrats Dr. Bernhard von Gudden gilt die Einrichtung als Musteranstalt. Der quadratische Gebäudekomplex hat vier Höfe. Die Länge der Flügelbauten betragen hundert Meter. Im Südflügel sind die Verwaltungsräume, in der Mittelachse die Küche, die Anstaltskapelle mit Werkstätten ist im Erdgeschoss, ebenso eine Turnhalle mit dem zentralen Bad und den Beschäftigungsräumen.

In den beiden südlichen, nur auf drei Seiten geschlossenen Höfen sind die „ruhigen Irren“, in den beiden nördlichen geschlossenen Höfen die „unruhigen Kranken“ untergebracht. Die Zimmer der „ruhigen“ Patienten liegen außen. Die Räume der „unruhigen“ Kranken sind genau umgekehrt angeordnet. Nur die Fenster und Türen im Erdgeschoss haben Gitter und da sie die Form der rundbogigen Fenster aufnehmen, bleiben sie relativ unauffällig. Die Anlage um die vier Höfe entspricht den zeitgemäßen Forderungen nach Trennung der Patienten nach Geschlechtern und der Schwere ihrer Erkrankung. Eine Trennung nach Klassen ist nicht vorgesehen. Die Beschäftigten der Kreisirrenanstalt finden allerdings keine mustergültigen Arbeitsbedingungen vor. Das Pflegepersonal untersteht der Gesindeordnung. Es gibt weder eine Pflegequote, noch Urlaubsregelungen oder eine Altersversorgung für die Pflegekräfte. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt einhundert Stunden und mehr. Der Dienst beginnt um 5:00 Uhr und endet um 21:00 Uhr. Selbst verheiratete Pfleger müssen in der Anstalt schlafen und dürfen nur einen Nachmittag pro Woche bei ihren Familien verbringen. Durch das rapide Bevölkerungswachstum der Stadt - München wächst vom Jahr 1854 von 100.000 Einwohnern auf fast 500.000 im Jahr 1900 - kommt es in der Kreis-Irrenanstalt zu einer über fünfzigprozentigen Überbelegung und wird unter diesen Umständen den Bedürfnissen nicht mehr gerecht.

1860 – Durch die private Ostbahn muss der Centralbahnhof erweitert werden

München-Maxvorstadt * Der ständige Ausbau des Schienennetzes zieht für den Centralbahnhof“Erweiterungen und Umbaumaßnahmen nach sich. Durch die Aktivitäten der privaten Ostbahn-Aktiengesellschaft droht der Centralbahnhof zusätzlich aus allen Nähten zu

platzen. Deshalb erbaut man nördlich des Bahnhofgebäudes eine eigene Einsteighalle für die Ostbahn. Sie überspannt vier Gleise, hat eine Länge von rund 145 und eine Breite von 24 Metern. Um das einheitliche Bild des Centralbahnhofs zu erhalten, blendet Friedrich Bürklein der Ostbahnhalle einen dreigeschossigen Pavillon als Kopfbau vor. Zur Symmetrie erhält der Bahnhof am südlichen Ende einen von der Post genutzten Erweiterungsbau.

1860 – Die Suche nach dem richtigen Standort für das Künstlerhaus

München-Kreuzviertel * Der Münchner Künstlerschaft wird am Maximiliansplatz ein Grundstück für das geplante Künstlerhaus als Schenkung angeboten. Für diesen Standort entwickelt der Professor für Baukunst an der Königlichen Akademie der Künste, Ludwig Lange, einen Entwurf. Noch während der Kostenplan entsteht, scheitert das Vorhaben: König Max II. lehnt es ab, die Eschenanlage am Maximiliansplatz für den Bau des Künstlerhauses aufzugeben. Daraufhin bietet der Münchner Magistrat ein Palais in der Sonnenstraße an, das damals als Gebärklinik genutzt wird und später das Postscheckamt beherbergt. Doch auch diese Lösung erweist sich letztlich als nicht realisierbar.

1860 – Zu jedem Haus in der Birkenau gehört ein Gartenanteil

München-Untergiesing * Zu jedem Haus in der Birkenau gehört ein Gartenanteil, der bei einigen Häusern bereits mit Stallungen und sonstigen Gebäuden bebaut ist. Der Gartenanteil wird von den meisten Bewohnern für gewerbliche Zwecke genutzt, denn sie sind fast ausschließlich Gänsemäster, Geflügel- und Federnhändler sowie Fiaker, also Pferdefuhrunternehmer. Daneben siedeln sich in der Birkenau auch Tagelöhner an und es gibt hier eine Bierwirtschaft, nämlich das Gasthaus zum Fiakerheim.

1861 – Die Wirtschaft Neuberghausen wird eröffnet

Bogenhausen * Auf dem Grundstück des Rappelhofes in der Neuberghausener Straße, der mit rund 100 Tagwerk Wirtschaftsfläche zweitgrößte Bauernhof Bogenhausens, wird die Wirtschaft Neuberghausen eröffnet.

1861 – Exotische Tiere von König Max II. abgelehnt

München * Graf Emil von Bentheim bietet dem Bayernkönig Max II. eine Sammlung an, die er unter anderem auf Java und Borneo zusammengetragen hat. Zur Sammlung gehören neben Kartenmaterial, Mineralien, getrockneten Pflanzen und ausgestopften auch lebende Tiere, nämlich ein Orang-Utan, ein Affe, zwei Sumpfhirsche und eine Boa. Nach der erfolgten Ablehnung schreibt der Graf, „dass dieselben in Deutschland nirgends fruchtbarer für die Wissenschaft werden könnten, als in der Hauptstadt eines Königreiches, dessen erhabener Herrscher im Ruhm eines hochherzigen Protektors der Wissenschaften glänzt“. Zu dieser Zeit ist in München das wissenschaftliche Interesse der Zoologie eben mehr auf tote als auf lebende Tiere ausgerichtet.

1861 – Die Arbeiten an der Maximilians-Anlage sind abgeschlossen

München-Haidhausen - Bogenhausen * Die Arbeiten an der Maximilians-Anlage sind weitgehend abgeschlossen. Carl Effners Hauptarbeit und Hauptleistung bestand zunächst darin, aus dem unansehnlichen, zum Teil unterspülten Steilhang eine künstlerisch geformte Landschaft zu bilden. Der Uferhang war stark erodiert. Der Höhenunterschied hinunter zur Isar lag bei fast fünfzehn Meter. Das Gelände fiel nahezu senkrecht zum Fluss ab. Den am Hangfuß gelegenen Uferbereich konnte Carl Effner zunächst gar nicht in seine Planungen einbeziehen, da die Isar zu diesem Zeitpunkt noch nicht hochwasserfrei verbaut und reguliert war. Dennoch erkannte Effner, welche Möglichkeiten ihm die Terraingewinnung durch die Isarregulierung bot und nutzte geschickt die Gegebenheiten am Fluss und am Steilufer aus. Er gestaltete aus der ganzen Wildnis und dem Geröllbett der Isar mit ihren Wassertümpeln eine künstliche Parkanlage im Stil eines englischen Parks. Effner ließ dazu mehrere hundert Fuhren Erde anschütten und mit großem Arbeitsaufwand die zerklüfteten Hangkanten abböschen, um die Schroffheit des Geländes durch eine sanft wellige Bodenmodellierung abzumildern. Die Auftragung des Bodens diente gleichzeitig auch dem Zweck, den zu pflanzenden Gehölzen auf dem kargen, wasserdurchlässigen Boden das Anwachsen zu erleichtern. Insgesamt lässt Carl Effner 740 Bäume und 445 Sträucher, überwiegend heimische Arten aus den Münchner und Schleißheimer Schlossgärten und dem Englischen Garten, hierher verpflanzen. Der Hofgärtner unternimmt dabei für seine Zeit etwas Revolutionäres: Er lässt große Bäume mit gefrorenen Wurzelballen dorthin verpflanzen - und „die Bäume waren so gütig einzuwurzeln und bald waren die Maximilians-Anlage die beliebteste Promenade der Münchner”.

6. Juni 1861 – Die Gesellschaft zur Beförderung der Seidenzucht löst sich auf

München * Die Gesellschaft zur Beförderung der Seidenzucht in Bayern löst sich auf.

10. November 1861 – Der sogenannte Matrikelzwang wird aufgehoben

Königreich Bayern * Der bayerische Landtag hebt den „Matrikelzwang“ auf, der die Anzahl jüdischer Familien und ihre Niederlassungsmöglichkeiten bisher stark eingeschränkt hat. Damit werden wichtige Diskriminierungen beseitigt und jüdische Menschen erhalten mehr Rechte und Freiheiten. Nach der Aufhebung können jüdische Familien ihren Wohnort freier wählen. Viele ziehen aus ländlichen Gemeinden in Städte wie München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Fürth. Dadurch wachsen die städtischen jüdischen Gemeinden stark, während viele Landgemeinden Mitglieder verlieren. In München führte das Bevölkerungswachstum dazu, dass die bestehende Synagoge in der Westenriederstraße bald zu klein wird und die Voraussetzungen für den Bau weiterer Synagogen schafft. Die Aufhebung des Matrikelzwangs ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Juden. Gerade in München wächst die jüdische Bevölkerung nun stark an. Jüdische Bürger werden sichtbarer in Handel, Wissenschaft, Kultur und den freien Berufen.

1862 – Die Wirtsleute Wagner verkaufen die Tafernwirtschaft Zum Salzburger Hof

München-Haidhausen - München-Au * Die Wirtsleute Johann und Susanne Wagner verkaufen die Tafernwirtschaft Zum Salzburger Hof und übernehmen dafür die Braustätte mitsamt der Bäcker- und Metzgergerechtsame in der Lilienstraße in der Au. Aus ihr wird später die Wagner-Brauerei.

1862 – Ein Zoologischer Garten am Englischen Garten

München-Maxvorstadt * Der zur Münchner Oberschicht zählende Großhandelsaufmann Benedikt Benedikt erwirbt ein Gelände am Westrand des Englischen Gartens, wo er einen Zoologischen Garten anlegen möchte. Zuvor war seine Initiative zur Gründung einer Aktiengesellschaft für diesen Zweck gescheitert, da die Mehrheit der von ihm Eingeladenen nicht an die Rentabilität eines solchen Unternehmens glauben wollten.

1862 – Das Sexualleben auf dem oberbayerischen Land

München * Carl Kern beschreibt in seinem Buch „Oberbayerisches Sittenbild: Die Haberfeldtreiber“ das Sexualleben auf dem Land als „durchaus nicht nach den Ansprüchen einer sittlichen Warte geartet“. Anders gesagt: „Wer eine hohe Idee von Sitteneinfalt und

Sittenreinheit nach dem Oberlande mitbrächte, würde sich getäuscht finden. Die Geschlechter genießen einer zügellosen Freiheit im gegenseitigen Umgang, und das Kammerfenstern hat sich zur bedauerlichen Berechtigung verholfen. Dass ein Brautpaar eine Familie von vier und fünf Kindern mit an den Traualtar bringt, ist weder eine Seltenheit, noch eine Schande. Sind die Leute aber verheiratet, dann tritt Ordnung und Mäßigung an ihren Sinn auf das Erwerben“. Und weiter: „Weit häufiger als in den Städten sieht man auf dem Lande die ungleichartigsten Paare zusammengekoppelt, den 60-jährigen Greis mit dem 20-jährigen Weibe, oder die 50-jährige Frau mit dem 25-jährigen Manne, ohne dass diese Ehen zu solchen schauderhaften Experimenten werden, wie in den Städten“.

1862 – Die Königlich-Ethnographische Sammlung wird gegründet

München * Die Königlich-Ethnographische Sammlung wird gegründet. Sie zählt zu den ältesten Sammlungen ihrer Art in Deutschland. Mit dem Forschungsreisenden Moritz Wagner übernimmt ihr erster Konservator die wissenschaftliche Leitung.

1862 – Die Wiener Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft übernimmt

München - Wien * Der bayerische Staat gibt seinen gesamten Schifffahrtsbesitz an der Donau an die Wiener Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ab.

1862 – Der Westernheld William Frederick Cody alias Buffalo Bill

Nordamerika - Kanada * Der Westernheld William Frederick Cody, besser bekannt unter seinem Pseudonym Buffalo Bill, ist ein ehemaliger Offizier der amerikanischen Nordstaaten, der als Militärkundschafter und Fährtensucher im Rang eines Colonels steht. Seinen Namen macht er sich in den Indianerkriegen der Jahre 1862 bis 1872, wo er als gefürchteter Kämpfer seine Opfern - nach Indianer-Vorbild - sogar eigenhändig skalpiert. Zusätzlich ist der exzentrische Abenteurer und Glücksritter auch als Expreß-Pony-Reiter unterwegs und verdient sein Geld mit der Büffeljagd in Nordamerika und Kanada. Für ein Gehalt von monatlich 500 Dollar dezimiert der hoch verschuldete Buffalo Bill im Auftrag der amerikanischen Eisenbahngesellschaften in kürzester Zeit ganze Büffelherden. Aus übelster Profitgier ist der Offizier zum brutalen Massenschlächter geworden, der innerhalb von eineinhalb Jahren 4.280 Büffel [eigentlich Bisons, denn in Amerika gibt es keine Büffel] zur Strecke bringt.

24. September 1862 – Otto von Bismarck wird Preußischer Ministerpräsident

Berlin * Der Preußische Gesandte in Paris, Otto von Bismarck, wird zum Preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Bismarck ist als hochkonservativ und als „personifizierte Konterrevolution“ gefürchtet. Er verspricht König Wilhelm I. die Stabilisierung der königlichen Macht und die Niederwerfung der liberalen Parlamentsherrschaft. Ihm geht es aber um mehr. Bismarck versteht seine Ministerpräsidentschaft nur als Mittel zur Erreichung eines höheren Zieles. Er will die Oberherrschaft [= Hegemonie] Preußens in Deutschland - auf Kosten Österreichs.

1863 – Joseph Anton von Maffei wird lebenslänglicher Reichsrat

München * Die Ernennung zum Adeligen lebenslänglichen Reichsrat der ersten Kammer des Landtags durch König Max II. ist der Höhepunkt der politischen Karriere von Joseph Anton von Maffei. Damit gehört er dem höchsten bayerischen Gremium an und sitzt an der Spitze der Entscheidungsträger. Dieses politische Engagement verschafft dem Geschäftsmann und dem gesamten Geldadel seiner Zeit einen massiven Informationsvorsprung. Mit diesem Insider-Wissen ist es vergleichsweise einfach, sein Geld in gewinnbringende Projekte und Immobiliengeschäfte zu investieren. Von der Karmelitenbrauerei in Regensburg über das Gut Weichs bei Ohlstadt zu einer Villa in Feldafing und einem weiteren Großanwesen in der Nähe von Iffeldorf, das Gut Staltach.

1863 – Die Familie des Steyrer Hans zieht nach München

München - München-Maxvorstadt * Die Familie des Steyrer Hans nach München, wo sie die Gastwirtschaft Wilhelm Tell führt. Standesgemäß erlernt der Hans das Metzgerhandwerk in einem Laden am Maximiliansplatz. Zwischendurch holt er sich Ochsenviertel vom Haken und stemmt sie zur Ertüchtigung.

Januar 1863 – Zukäufe für den Zoologischen Garten

München-Englischer Garten - Schwabing * Der Großhandelsaufmann Benedikt Benedikt vergrößert durch Zukäufe sein für einen Zoologischen Garten vorgesehenes Grundstück am Westrand des Englischen Gartens. Es hat jetzt die Größe von sechs Fußballfeldern und ist damit etwa ein Zehntel des heutigen Tierparks Hellabrunn. Die landschaftliche Anlage des

Zoologischen Gartens übernimmt der königliche Hofgärtner August Klein. Die Bauten erstellt der Münchner Architekt Carl Schönhammer. Als nächstes werden Tiere angeschafft, die das Münchner Klima vertragen müssten.

1864 – Der Maderbräu fällt auf den neunten Rang zurück

München-Graggenau * Im wechselhaften Münchner Brauereigeschäft verliert der Maderbräu an Boden. Gemessen am Malzverbrauch belegt die Brauerei im Sudjahr 1863/64 unter den zehn größten Betrieben der Stadt nur noch den neunten Platz. Sie liegt damit jedoch weiterhin vor dem Königlichen Hofbräuhaus.

1864 – Die Gasteig-Anlage südlich des Maximilianeums entsteht

München-Haidhausen * Carl Effner legt im Auftrag der Stadt das an der Südseite des Maximilianeums angrenzende Ufergelände als Parklandschaft an. Es erhält den Namen Gasteig-Anlage. Die Pflanzungen der Anlage gruppieren sich mehr am Randbereich und entlang dem Fluss, da sie unter anderem den Blick auf die Wäsch'aufhängen im Lehel verdecken sollen.

24. März 1864 – Richard Wagner hält sich in München auf

München-Kreuzviertel * Richard Wagner hält sich bis 26. März in München auf und wohnt im Hotel Bayerischer Hof. Er ist wieder auf der Flucht, da er in Österreich wegen seiner hohen Schulden täglich mit Inhaftierung rechnen muss.

8. April 1864 – Richard Wagner: „Ein Licht muss sich zeigen, sonst ist's aus!“

Stuttgart * Der geniale Musiker Richard Wagner schreibt an seinen Freund Peter Cornelius: „Ein Licht muss sich zeigen: Ein Mensch muss mir erstehen, der jetzt energisch hilft. Ein gutes, wahrhaft hilfreiches Wunder muss mir jetzt begegnen; sonst ist's aus!“

21. April 1864 – Max Weber kommt in Erfurt zur Welt

Erfurt * Der Soziologe Max Weber kommt in Erfurt zur Welt. Der Begründer der deutschen

Soziologie wird durch seine Forderung nach Wertfreiheit der Wissenschaft bekannt, die jede Wertung aus den Hörsälen und Laboratorien verbannt: „Ein Wissenschaftler kann nie sagen, was sein soll, sondern immer nur beschreiben, was ist.“

4. Mai 1864 – „Ich will Sie für vergangenes Leid entschädigen“

München * Am Nachmittag treffen der Komponist Richard Wagner und der fast dreißig Jahre jüngere Bayernkönig Ludwig II. das erste Mal zusammen. Mit der Anstellung am bayerischen Hof endet für Wagner die Zeit der Schulden und seine schier ausweglose finanzielle Notlage. König Ludwig II. verspricht Richard Wagner in einem Brief: „Seien Sie überzeugt, ich will alles tun, was irgend in meinen Kräften steht, um Sie für vergangenes Leid zu entschädigen, die niedrigen Sorgen des Alltagslebens will ich von Ihrem Haupte auf immer verscheuchen, die ersehnte Ruhe will ich Ihnen bereiten, damit Sie im reinen Äther Ihrer wonnevollen Kunst die mächtigen Schwingen Ihres Genius ungestört entfalten können!“ Die Großzügigkeit des Wittelsbachers gegenüber den von ihm vergötterten Komponisten kennt keine Grenzen: Der Musiker erhält ein Jahresgehalt von 4.000 Gulden, was dem Gehalt eines „Ministerialrats“ nach achtzehn Dienstjahren entspricht. Als „öffentlichen Beweis der königlichen Freundschaft“ erhält Richard Wagner vom bayerischen Regenten die Gartenvilla an der Brienner Straße 18 (heute Haus Nr. 37) mietfrei gestellt. Und er bekommt darüber hinaus 16.000 Gulden, womit er seine in Wien hinterlassenen Schulden begleichen kann. Und weil das immer noch nicht reicht, verlangt der Neu-Münchner einen Vorschuss von 30.000 Gulden für die Fertigstellung des „Rings der Nibelungen“, obwohl er die „Partituren“ bereits anderweitig verkauft hat. Er bekommt den Vorschuss, wenn auch nur in Raten. Daneben eröffnet der König dem Musiker die Aussicht, für sein „unvergleichliches Werk“ - wie es der König nennt - eine eigene Spielstätte errichten zu können.

22. Juli 1864 – Hochschnellende Mitgliederzahlen im Konsumverein

München * Nur elf Tage nach der Geschäftseröffnung des Konsumvereins von 1864 ist die Zahl der Mitglieder auf 400 gestiegen. „Sie [die Konsumvereine] sind daher geradeso für die Reichen wie für die Unbemittelten. Jene ziehen aus ihnen, weil sie am meisten verbrauchen, verhältnismäßig den größten Gewinn, während wieder die Unbemittelten dadurch, daß sie einem Verein mit großen Warenumsatz angehören, die Waren für den möglichst billigen Preis bekommen, also auch bei kleinen und kleinstem Bedarf die höchst möglichen Ersparnisse bei bester Qualität der Waren machen.“

29. Oktober 1864 – Johann Valentin Fey erwirbt das Münchner Bürgerrecht

München-Au - München * Johann Valentin Fey, der Vater von Karl Valentin, erwirbt das kostenpflichtige und mit einem direkten Steuersatz verbundene Münchner Bürgerrecht, das nur etwa 5 Prozent der Münchner Einwohnerschaft besitzen. Damit verbunden ist beispielsweise das kommunale Wahlrecht. (siehe auch 5. Dezember 1893)

1865 – An der Stelle des Landschaftsgebäudes entsteht das Neue Rathaus

München-Graggenau * Die Stadt München kauft das ehemalige Landschaftsgebäude, um an seiner Stelle den ersten Bauabschnitt des Neuen Rathauses zu errichten.

9. Mai 1865 – Hans von Bülow veröffentlicht eine Gegendarstellung

München * Hans von Bülow veröffentlicht eine Gegendarstellung. In dieser stellt er klar, dass es sich bei dem von ihm im Ärger geäußerten Satz keinesfalls um eine „Gesammt-Verunglimpfung des gebildeten Münchner Publikums“ handelt, sondern er damit jene Theaterbesucher meint, „welche verdächtig sind, an den in Wort und Schrift gegen den hochverehrten Meister [Richard Wagner] gesponnenen Verleumdungen und Intrigen Teil genommen zu haben“. Doch trotz aller Entschuldigungen bleibt die „Schweinehunde-Affäre“ an Hans von Bülow haften. Der Neue Bayerische Courier bezieht am schärfsten Stellung gegen Hans von Bülow und wiederholt am 9., 11., 12. und 13. Mai: „Hans v. Bülow ist noch hier“.

29. Mai 1865 – Gründung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger

Kiel * Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wird in Kiel gegründet.

26. November 1865 – Richard Wagner hat den Bogen endgültig überspannt

München * In einem Brief schlägt Richard Wagner dem König vor, den Kabinettssekretärs Franz Seraph von Pfistermeister durch Max von Neumayr und den bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten durch Ludwig von Edelsheim zu ersetzen. Der König wird die Entlassungen erst im Oktober 1866 umsetzen. Nun kommt es zum Eklat. Denn durch sein massives Einmischen in die bayerischen Staatsangelegenheiten hat Richard Wagner

den Bogen endgültig überspannt. Der Komponist, der wie kaum ein anderer Zugang zum König hat, wird von der Regierung sowieso mit großem Misstrauen beobachtet. Nun stellt der Ministerrat dem König ein Ultimatum. Ludwig II. habe zu wählen „zwischen der Liebe und Verehrung Ihres treuen Volkes und der Freundschaft Richard Wagners“. Eine breite öffentliche Opposition gegen den Komponisten hat sich gebildet. Sie wirft Richard Wagner vor, er halte den König von den Regierungsgeschäften ab und beanspruche die Kabinettskasse übermäßig. Bald darauf übergeben Münchner Bürger 810 Unterschriften mit der Forderung der Landesverweisung des Komponisten Richard Wagner an den Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister.

27. Juli 1866 – Der spätere „Krokodilwirt" Georg Lang wird geboren

Nürnberg * Georg Lang kommt in der Nähe der Hadermühle als Sohn des Gastwirtschaftspächters Georg Lang und dessen Ehefrau Margarethe, geborene Schwab, zur Welt. Er wächst in einem vom Gastgewerbe geprägten Umfeld auf und schlägt später selbst die Laufbahn eines Wirts und Großgastronomen ein. Seit 1889 betreibt Lang in Nürnberg das Wirtshaus „Krokodil", dem er seinen überregional bekannten Beinamen „Krokodilwirt" verdankt. Auf Volksfesten sammelt er Erfahrungen mit der Bewirtung großer Menschenmengen und entwickelt neuartige Unterhaltungs- und Werbekonzepte. 1898 tritt Lang erstmals als Festwirt auf dem Münchner Oktoberfest auf. Mit seiner „1. Bayerischen Riesenhalle", einer großen Musikkapelle und gemeinschaftlich gesungenen Stimmungsliedern prägt er entscheidend die Entwicklung des modernen Festzelts. Bis heute gilt er als einer der bedeutendsten Wegbereiter der Münchner Bierzeltkultur.

18. August 1866 – Der durch Preußen beherrschte Norddeutsche Bund wird gegründet

Berlin * Der Deutsche Krieg führt zur Auflösung des Deutschen Bundes. Gleichzeitig wird der durch Preußen beherrschte Norddeutsche Bund gegründet, um Preußens Hegemonie [= Vorherrschaft] zu festigen und zu legitimieren. Unabhängig bleiben vorerst die süddeutschen Staaten: das Königreich Bayern, das Königreich Württemberg, das Großherzogtum Baden und das Großherzogtum Hessen, das dank russischer Fürsprache mit einigen kleinen Gebietsabtretungen davonkommt.

21. August 1866 – Der Zoo des Kaufmanns Benedikt Benedikt ist bankrott

München-Englischer Garten * Der Zoo des Kaufmanns Benedikt Benedikt am Westrand des Englischen Gartens ist nach drei Jahren schon wieder bankrott. Die Versteigerung des auf 118.000 Gulden geschätzten Geländes wird anberaumt, doch es findet sich kein Käufer. Das Gelände übernimmt die Stadt, die Wirtschaftsgebäude werden für den Betrieb eines Kaffeehauses verpachtet.

23. August 1866 – Mit dem Frieden von Prag ist Österreich aus Deutschland hinausgedrängt

Prag - Wien - Berlin - München * Mit dem Frieden von Prag drängt Preußen Österreich aus Deutschland. Außerdem annektiert Preußen die umstrittenen Elbherzogtümer Holstein und Lauenburg, das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau und das Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie die Freie Stadt Frankfurt am Main. Geblieben ist ein Bundesstaat mit 15 Klein- und Mittelstaaten nördlich der Mainlinie, der politisch, wirtschaftlich und militärisch im Norddeutschen Bund von Preußen dominiert wird. Eine sonderbare staatsrechtliche Konstruktion, die keinen langen Bestand haben wird. Der Norddeutsche Bund erhält ein eigenes Parlament. Seine Verfassung nimmt bereits die des 1870/71 begründeten Deutschen Reiches vorweg.

September 1866 – Die Vermessungsarbeiten für die Eisenbahn nach Braunau beginnen

München * Die Vermessungsarbeiten, um den genauen Verlauf der Bahnstrecke nach Braunau am Inn festzulegen, beginnen. Die angedachte Trasse soll südlich von Untergiesing durch die Isarauen verlaufen, dann die Hangkante auf der Höhe des späteren Stadions an der Grünwalder Straße durchschneiden und östlich von Obergiesing durch die Hochau nach Haidhausen führen. Damit wären die drei Stadtviertel des Münchner Ostens direkt an die Eisenbahn angebunden.
Als nächste Entscheidung steht die Standortwahl für den nach dem Zentralbahnhof zweiten großen Staatsbahnhof auf der Tagesordnung. Für das betroffene Stadtviertel hätte das weitreichende Folgen auf die wirtschaftlichen, sozialen und städtebaulichen Entwicklungen, denn es geht bei dieser Entscheidung immerhin um die Drehscheibe für den künftigen Güter- und Personenverkehr im Münchner Osten.

9. September 1866 – Grundsteinlegung für die neue Heilig-Kreuz-Kirche in Obergiesing

München-Obergiesing * Die Grundsteinlegung für die neue Heilig-Kreuz-Kirche in Obergiesing findet statt. Der Bau entsteht auf einem Gebiet, das landwirtschaftlich nicht genutzt werden kann, nachdem hier die Toten der Pest des Jahres 1636 begraben worden sind. Geldgeber Ex-König

Ludwig I. verlangt von vom Architekten Dollmann, dass die Kirche „noch schöner werde, als die Auer Kirche“. Die Stadtbaukommission besteht auf die Erhöhung des Kirchturms von achtzig auf 95 Meter. Damit ist die Heilig-Kreuz-Kirche - bis zum Bau des Fernsehturms - der höchste Punkt Münchens. Niemand fragt zum Entstehungszeitpunkt der Kirche, ob der Bau in die Gegend passt oder ob er von der armen Vorstadtgemeinde überhaupt finanziert werden kann. „Wieder wurde hier ein Denkmal gesetzt, für das die Nutzung nur Anlass und zweitrangige Funktion war“, schrieb G. Schickel im Jahr 1987.

Oktober 1866 – Das Haidhauser Komitee ist für einen Bahnhof in Haidhausen

München-Haidhausen - München-Giesing - München-Au * Nachdem Einzelheiten über den Streckenverlauf und den Bahnhofsstandort der Eisenbahnstrecke nach Braunau am Inn durchgesickert sind, gründen sechs Haidhauser Unternehmer und Geschäftsleute ein Komitee. Nach den Planungen der Eisenbahn-Generaldirektion soll der künftige Ostbahnhof an der heutigen Regerstraße, auf damals Giesinger Gebiet, entstehen. Dieser Standort gilt als ideal, da er von den Zentren der drei Stadtviertel Au, Giesing und Haidhausen nahezu gleich weit entfernt ist und einer möglichen Erweiterung des Bahnhofs sowie der Ansiedelung von Industrie- und Gewerbebetrieben nichts im Wege steht. Das Haidhauser Komitee spricht sich gegen den Bahnhofsstandort in Giesing und für einen solchen in Haidhausen - nahe dem heutigen Rosenheimer Platz - aus. Der Vorsitzende des Haidhauser Komitees ist der Besitzer der Franziskaner-Leistbrauerei, Joseph Sedlmayr. Nach Auffassung der Haidhauser Unternehmer spricht für den Standort Haidhausen, dass der Hauptpersonen- und Hauptgüterverkehr schon immer über diesen Ort lief und demzufolge alle verkehrstechnischen Infrastruktureinrichtungen vorhanden sind. Die „gefährliche Verkehrsanbindung“ über den steilen und nicht regulierten Giesinger Berg und dem gleich abschüssigen Nockherberg sprechen gegen Giesing. Hinzu kommen die fehlenden Brückenverbindungen für die Pferdefuhrwerke. Der Münchner Magistrat und das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten schließen sich umgehend den Forderungen der Haidhauser an. Doch das für den Eisenbahnbau in Bayern zuständige Handelsministerium steht den Vorschlägen völlig konträr gegenüber, da nach seiner Auffassung der zweite Bahnhof höchstens ein kleiner Nebenbahnhof werden soll, an dem nur wenige Züge halten.

31. Dezember 1866 – Prinz Otto fordert eine dritte Person zum Duell

München-Graggenau * Prinz Otto fühlt sich bei einer Teegesellschaft seiner Mutter grundlos provoziert und fordert eine dritte Person zum Duell. König Ludwig II. schließt eine eventuelle

Thronfolge seines Bruders aus.

1867 – Arbeiten an der Braunauer Eisenbahnbrücke

München-Untergiesing - München-Isarvorstadt * Die Arbeiten an der Braunauer Eisenbahnbrücke, die einen Bestandteil der neuen Eisenbahntrasse von München nach Simbach/Braunau am Inn darstellt, dauern bis 1870 an. Nach vorhergehenden Probebohrungen wird mit den Fundamentierungsarbeiten der vier Brückenpfeiler begonnen. Für die beiden inneren Pfeiler sind dafür aufwändige Arbeiten auszuführen. Im Gegensatz dazu werden die beiden äußeren Pfeiler durch die sie umgebenden Hochwasserdämme stabilisiert. Mit sogenannten Lokomobilen, das sind auf Schienen bewegbare Dampfmaschinen, können Bagger, Förderbänder sowie Pumpen betrieben und über einen Dynamo Strom erzeugt werden. So eine Lokomobile leistet sechs PS. Um sie aufzubauen oder zu versetzen und zur Montage der Baggermaschine sind acht Arbeiter zehn Tage beschäftigt. Die Bedienungsmannschaft der Lokomobile setzt sich aus dem Baggerführer, dem Führer der Lokomobile und vier weiteren Arbeitern zusammen. Die elektrischen Lichtbogenlampen kommen zum Einsatz, nachdem die Spundwände für die Pfeiler gesetzt und mit den Betonierungsarbeiten begonnen worden ist. Um diese Arbeiten zügig fertig zu stellen, arbeiten die Brückenbauer bis spät in die Nacht hinein. Der riesige, schwenkbare Scheinwerfer ist dazu auf einem zwölf Meter hohen Holzturm angebracht. Die ursprünglich ausschließlich für militärische Zwecke - von der Telegraphenbau-Anstalt Siemens & Halske entwickelte Beleuchtungsanlage kommt beim Bau der Braunauer Eisenbahnbrücke erstmals im zivilen Bereich zum Einsatz. Nachdem die Fundamente errichtet worden sind, baute die aus Nürnberg stammende Eisenbaufirma Cramer-Klett, von der schon die Großhesseloher Brücke stammt, auch diese Brücke. Nun überspannen zwei unabhängig voneinander parallel verlaufende Fachwerkträgerkonstruktionen mit drei gleichen Öffnungen auf 150 Meter das Isarbett. Die sieben Meter hohen Eisenfeldträger können rationell in Serienproduktion hergestellt werden und werden anschließend an den Stößen vernietet. Der hölzerne Werksteg wird nach Beendigung der Bauarbeiten abgebaut und circa siebenhundert Meter isarabwärts - in der Höhe der heutigen Wittelsbacher Brücke wieder montiert. Er diente bis zur Fertigstellung dieser für Giesing so wichtigen Verkehrsanbindung - im Jahr 1875 - als provisorischer Flussübergang. Er darf bis dahin jedoch nur von Fußgängern benutzt werden.

1867 – Arnold Zenetti übernimmt als Baurat die Leitung des Stadtbauamts

München * Der inzwischen zum Oberingenieur ernannte Arnold Zenetti übernimmt als Baurat die Leitung des Stadtbauamts. Nun besteht für ihn die Möglichkeit, einmal gefasste Ideen und

Bauvorhaben in die Tat umzusetzen. Max von Pettenkofers leidenschaftliche Forderungen und Vorschläge, München endlich zur colera- und typhusfreien Stadt zu machen, fallen bei Arnold Zenetti auf fruchtbaren Boden und finden in ihm einen energischen Unterstützer. Es beginnt eine fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Männer, zu denen sich ab dem Jahr 1870 noch der Erste Bürgermeister von München, Alois von Erhardt, hinzugesellt. Die gewaltigen Aufgaben, denen sich die Drei stellten, sind die Errichtung einer neuzeitlichen Kanalisation, verbunden mit einer einwandfreien zentralen Wasserversorgung sowie der Errichtung eines städtischen Vieh- und Schlachthofs. Dadurch können die mehr als achthundert Schlachtstätten der Metzgereien, die in denkbar unhygienischer Art und Weise arbeiten, geschlossen werden.

1867 – Auszeichnung als Königlicher Hofkonditor

Dresden * Heinrich Julius Kreutzkamm macht seine Konditorwaren weit über Dresden hinaus bekannt. Als Anerkennung verleiht ihm Kronprinz Albert den Titel eines Königlichen Hofkonditors. Die Auszeichnung stärkt den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und ermöglicht den Erwerb eines repräsentativen Hauses am Dresdner Altmarkt.

1867 – Heben von Steinblöcken mit nur einem Finger

Lenggries * Als Metzgergeselle in der Alten Wirtschaft in Lenggries beginnt der Steyrer Hans mit dem Heben von Steinblöcken unter erschwerten Bedingungen, nämlich mit nur einem Finger.

Februar 1867 – Eine weitere Interessengruppe meldet sich zu Wort

München-Haidhausen * Eine weitere Interessengruppe meldet sich zur Standortfrage des Ostbahnhofs zu Wort. Diese Gruppierung hat für den Bahnhof ebenfalls einen Standort in Haidhausen vorgesehen. Dieser liegt aber etwa einen Kilometer östlicher, bei einem Kuisl genannten alleinstehenden landwirtschaftlichen Anwesen, das dem Perlacher Gärtnereibetreiber Peter Ballauf gehört. Das ist der Platz, auf dem sich heute der Ostbahnhof befindet. Der genannten Interessengemeinschaft gehören - neben Peter Ballauf - ausschließlich Personen an, die in der Nachbarschaft des Kuisl-Anwesens ausgedehnte Grundstücke besitzen. Sprecher und Vorsitzender dieses Konsortiums ist der Hofbankier Carl von Eichthal, der kurz zuvor ein riesiges und unbebautes, Auf der Ramersdorfer Lüften bezeichnetes Gelände erworben hat.

Februar 1867 – Noch eine Interessengemeinschaft zur Ostbahnhof-Standortfrage

München-Au - München-Giesing - München-Haidhausen * Noch eine Interessengemeinschaft zur Standortfrage des Ostbahnhofs tritt auf. Ihr gehören Handels- und Gewerbetreibende aus der Au, Giesing, Haidhausen und südlicher Stadtteile an. Sie wollen einen Südbahnhof in Untergiesing, südlich des im Jahr 1847 als Männerfreibad eröffneten Schyrenbades installiert sehen. Der Bahnhof soll die Anlage eines ausgedehnten Industrieviertels in den Isarauen ermöglichen. Ein Vorschlag, der heute möglicherweise Erstaunen hervorruft. Aber am Auer Mühlbach war von Hellabrunn bis hinauf zur Bäckerkunstmühle sogar ein Gebiet für schwerindustrielle Güter im Entstehen. Mit den genannten Vorschlägen liegen vier Standorte für einen Bahnhof und zwei alternative Streckenführungen zur Auswahl: eine innere, unmittelbar am Haidhauser Zentrum, und eine äußere, am östlicher gelegenen Kuisl-Anwesen vorbeiführende Linie.

Mai 1867 – Eichthal unterbreitet dem Innenministerium ein lukratives Angebot

München-Haidhausen * Carl von Eichthal unterbreitet dem Innenministerium ein lukratives Angebot: Wenn die Braunauer Eisenbahnlinie am Kuisl vorbei geführt wird, tritt die Interessengemeinschaft - „der guten Sache halber und im Interesse der Vorstadt Haidhausen und zum allgemeinen besten“ - dem Staat schenkungsweise einen Tagwerk Grund ab. Gleichzeitig bietet er an, die zusätzlich für die Anlage des Bahnhofs und der Bahnstrecke benötigten Flächen zu einem Preis von lediglich 2.000 Gulden pro Tagwerk zur Verfügung zu stellen. Natürlich liegt dem Konsortium an der Wertsteigerung ihrer noch unerschlossenen Grundstücke. Das vorgelegte Angebot liegt zwar weit unter dem Verkehrswert, doch durch die geänderte Streckenführung würde sich das Entgegenkommen durch die in die Höhe schnellenden Baulandpreise schnellstens wieder ausbezahlen.

September 1867 – Der Ostbahnhof-Standort wird neu festgelegt

München-Haidhausen * Nur wenige Wochen nach der vorhergehenden Entscheidung, stell die Generaldirektion der kgl. Staatseisenbahnen fest, dass sie wegen bautechnischer Schwierigkeiten auf den Bau der Sedlmayr‘schen Alternative zugunsten der Eichthal‘schen verzichten muss. Und diese Entscheidung steht felsenfest. Da bewirkten selbst die Proteste des Besitzer der Franziskaner-Leistbrauerei, Joseph Sedlmayr, der die getroffene Entscheidung lauthals als „Resultat gelungener Agitation und Privatspekulation“ bezeichnet, nichts mehr. Als eindeutiger Gewinner geht aus diesem monatelangen Tauziehen Carl von

Eichthal hervor. Der Hofbankier hat anno 1856 zusammen mit den bedeutendsten deutschen Großunternehmern und Bankchefs die Ostbahn-Aktiengesellschaft ins Leben gerufen. Carl von Eichthal gehört unter anderem dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten sowie der Abgeordnetenkammer an und verfügt damit über einen massiven Informationsvorsprung, der seine Eisenbahngeschäfte mit der Bodenspekulation verschmelzen lässt. Bei der Entscheidungsfindung für die äußere Bahnlinie und dem Bahnhofsstandort am Kuisl war es zumindest nicht hinderlich, dass Gustav von Schlör vor seiner Ernennung zum Handelsminister lange Jahre Direktor bei der Ostbahngesellschaft war. Eichthal und Schlör kennen sich persönlich gut und dem entsprechend gut sind die geschäftlichen Verbindungen zwischen dem Bankier und dem Minister. Darüber, ob es interne Absprachen zwischen den beiden Akteuren gab oder dass der einflussreiche Bankenchef Druck auf den Staatsminister ausübte, lässt sich nur spekulieren.

30. Januar 1868 – Bayern führt - als letztes deutsches Land - die Gewerbefreiheit ein

München * Das Königreich Bayern führt - als letztes deutsches Land - die Gewerbefreiheit ein. In dem Gesetz heißt es: „Alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und des Glaubensbekenntnisses sind zum Betriebe von Gewerben im ganzen Umfange des Königsreichs berechtigt. In dieser Berechtigung liegt insbesondere die Befugnis, verschiedenartige Geschäfte gleichzeitig an mehreren Orten und in mehreren Lokalitäten desselben Ortes zu betreiben, von einem Gewerbe zum andern überzugehen, ein Geschäft auf den Bereich anderer Gewerbe auszudehnen und Hilfspersonen aus verschiedenartigen Gewerbszweigen in beliebiger Anzahl in und außer dem Hause zu beschäftigen.“ Das bedeutet, dass jeder, ob Mann oder Frau, ob Christ oder Jude, beliebig viele Gewerbeunternehmungen an beliebig vielen Orten in Bayern betreiben kann. Nur für Apotheken und Gastwirtschaften bleibt auch weiterhin ein Konzessionssystem erhalten.

24. Oktober 1868 – Walburga Hierl sichert die Zukunft des Zengerbräu

München-Graggenau * Nur wenige Wochen nach dem Gerichtsurteil erwirbt Walburga Hierl, die Ehefrau von Franz Xaver Hierl, am 24. Oktober 1868 die Braugerechtsame des Zengerbräu für den Standort an der Kellerstraße von der Bank zurück. Noch im selben Jahr nimmt sie den seit mehreren Jahren ruhenden Braubetrieb wieder auf und schafft damit die Grundlage für den Fortbestand der Brauerei. Das ist besonders auffällig, weil Franz Xaver keineswegs gestorben ist – er lebt bis zum 12. Januar 1883. Walburga Hierl übernimmt die Verantwortung für die Brauerei und trennt ihre wirtschaftlichen Interessen zunehmend von denen ihres Ehemanns.

1869 – Einführung einer neuen Gemeindeordnung

München * Mit der Einführung der neuen Gemeindeordnung wird auch Bayerns Hauptstadt aus der Vormundschaft des Staates entlassen und die Stadt mit allen erforderlichen organisatorischen und finanziellen Kompetenzen ausgestattet.

1869 – Die Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft bittet um eine staatliche Finanzhilfe

München-Englischer Garten - Tivoli * Wegen Misswirtschaft und sinkenden Umsätzen muss die Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft um eine staatliche Finanzhilfe bitten. Diese wird nicht gewährt.

1869 – Erster Anlauf zur Aktienbrauerei

München-Graggenau * Es entstehen Pläne, den Zengerbräu in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Das neue Unternehmen soll den Namen „Erste Münchner Actienbrauerei“ tragen. Ein gedruckter Prospekt liegt bereits vor, doch das Vorhaben kommt nicht zustande. Zunächst stößt der Plan auf den Widerstand von Franz Xaver Hierl, offenbar weil er nicht in die Vorbereitungen einbezogen ist. Schon bald einigen sich die Beteiligten jedoch: Hierl erklärt sich bereit, die Brauerei in der Burgstraße 16 sowie die Brauerei in Eichenried in die geplante Aktiengesellschaft einzubringen. Trotzdem wird das Projekt nicht verwirklicht – vermutlich finden sich nicht genügend Kapitalgeber. Die geschäftstüchtige Walburga Hierl verfolgte die Pläne für die Umwandlung ihrer Zengerbrauerei in eine Aktiengesellschaft weiter.

1869 – Die zweischläfrigen Mannschaftsbetten werden abgeschafft

München * Die zweischläfrigen Mannschaftsbetten werden abgeschafft. Es dauert aber noch etliche Jahre, bis in allen Kasernen tatsächlich Einzelbetten für alle Soldaten vorhanden sind. Bis dahin müssen sich zwei ausgewachsene Männer ein Bett teilen, das eine Länge von 1,79 Metern und eine Breite von 1,30 Metern nicht überschreiten darf. Als Schlafunterlage dient ein gemeinsamer Strohsack, über den ein Leintuch gespannt ist. Darüber liegt eine große Decke.

3. Juli 1869 – Adolf Friedrich von Schacks Mutter stirbt

München-Maxvorstadt * Adolf Friedrich von Schacks Mutter stirbt. Mit einem Teil des Geldes aus

der Erbschaft kauft der Kunstmäzen die Grundstücke an der Brienner Straße 21 und 22.

1870 – Der Mittelbereich des Neuen Rathauses wird von Bildhauern gestaltet

München-Graggenau * Der Mittelbereich des Neuen Rathauses wird von Bildhauern gestaltet. Er zeigt in Standbildern die bürgerlichen Tugenden: Gewerbefleiß, Häuslichkeit, Wehrhaftigkeit und Mildtätigkeit.

1870 – Verlegung der Fabrik auf die Praterinsel

München-Graggenau - Praterinsel * Die zunehmende Expansion des Unternehmens sowie die intensive Bautätigkeit entlang der neu entstehenden Maximilianstraße veranlassen Anton Riemerschmid, die Fabrik auf die inzwischen erworbenen Grundstücke der Praterinsel zu verlegen. Dort entsteht ein moderner Neubau mit Versuchslabor, in dem die Rezepturen zahlreicher Erzeugnisse entwickelt werden. Das Labor dient zugleich als Arbeitsstätte bedeutender Wissenschaftler wie Justus von Liebig, Friedrich Wöhler und Max von Pettenkofer. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die Essigproduktion, zu deren wissenschaftlicher Erforschung Liebig wichtige Beiträge leistet. Von Beginn an setzt das Unternehmen auf hohe Produktqualität und eine anspruchsvolle Gestaltung seiner Erzeugnisse. Dabei wirkt später auch Richard Riemerschmid mit, der als Künstler, Designer und bedeutender Vertreter der Münchner Reform- und Kunstgewerbebewegung das Erscheinungsbild von Flaschen und Verpackungen prägt.

1870 – Das Gebäude des Spitals der Unheilbaren muss abgebrochen werden

München-Au * Mit dem Bau der Eisenbahnlinie muss sich der Magistrat gegenüber der Eisenbahn-Gesellschaft verpflichten, das Gebäude des neuen St.-Nicolai-Spitals der Unheilbaren am heutigen Kolumbusplatz abzubrechen.

1870 – Die Altkatholiken spalten sich von der römisch-katholischen Kirche ab

Rom-Vatikan - München * Das Erste Vatikanische Konzil beschäftigt sich mit der Lehrgewalt des Papstes, bei der die Mehrzahl der Bischöfe die „Unfehlbarkeit des Papstes“ in Glaubensfragen bejaht. Daraufhin spalten sich - unter Führung von Ignaz Döllinger - die Altkatholiken von der römisch-katholischen Kirche ab, da sie die Konzilsentscheidung nicht anerkennen wollen.

1870 – Jährlich kommen etwa 15.000 Saisonarbeiter aus der Gegend von Udine

Königreich Bayern * Die bayerischen Ziegeleibarone holen jährlich etwa 15.000 Saisonarbeiter aus der Gegend von Udine und dem Friaul ins Land, da sie - so die offizielle Begründung - als „streng katholisch“ sowie „genügsam und anspruchsvoll“ gelten. Auch würden sie „am Montag früh stets vollständig zur Arbeit erscheinen, eine Eigenschaft, auf die man bei den einheimischen Arbeitern nicht bestimmt rechnen kann“. Wesentlich interessanter war für die „Loambarone“ allerdings, dass die italienischen Arbeitskräfte gegenüber ihren deutschen Kollegen erheblich billiger waren und dass sie das in Italien traditionelle Akkordanten-System von jeglicher sozialer Verantwortung gegenüber den Ziegeleiarbeitern entband. Die Anwerbung der Ziegelarbeiter, den Fornaciai, übernahmen die Akkordanten oder Capuzats. Das waren Friulaner, die mit den hiesigen Verhältnissen bestens vertraut und sprachkundig waren und so als Bindeglied zwischen den Ziegeleibesitzern und den Arbeitern fungierten.

1870 – Der Zechmeister’sche Pferde-Omnibus ist wirtschaftlich erfolgreich

München * Die Strecke des Zechmeister’schen Pferde-Omnibus vom Zentralbahnhof zur Ludwigsbrücke wird in der Zeit von 8:00 Uhr bis 20:30 Uhr im 20-Minuten-Takt befahren. Auf Drängen der Polizei müssen die Linien beschildert und nummeriert werden, bei Dunkelheit farbige Lampen die Richtung anzeigen. Der Tarif beträgt nur mehr drei Kreuzer. Es gibt bunte Fahrscheine, die sogar schon mit einem Reklameaufdruck versehen sind. Da die Nachfrage inzwischen angestiegen ist, kann das Unternehmen auf einen wirtschaftlichen Erfolg hoffen. Das Zechmeister‘sche Streckennetz wird in der Folgezeit ständig erweitert. Bei Unrentabilität werden Streckenabschnitte aber auch wieder eingestellt oder nur mehr zu besonderen Anlässen angefahren. So verkehrten bestimmte Sonderwagen nur während des Oktoberfestes oder fahren nach Nymphenburg.

13. Juli 1870 – Der Preußenkanzler Otto von Bismarcks brüskiert Frankreich

Berlin * Der Preußische Kanzler Otto von Bismarck weis, dass die Deutsche Einigung nur durch den Druck von Außen vollendet werden kann. Diesen Druck von Außen liefert ihm der französische Kaiser Napoleon III., nachdem das spanische Parlament den vakanten Thron einem Mitglied des Haus Hohenzollern-Sigmaringen anbietet. In Frankreich kommen daraufhin Einkreisungsängste hoch, die sich in der scharfen Ablehnung des spanischen Vorhabens durch Kaiser Napoleon III. niederschlagen. Preußens König Wilhelm I. erklärt sich daraufhin öffentlich bereit, den französischen Wünschen nachzukommen und den Thron einem nicht-deutschen

Kandidaten zu überlassen. Doch das ist für die französische Öffentlichkeit zu wenig. Sie fordert die Garantie, dass auch zukünftig die Kandidatur hohenzollerischer Prinzen ausgeschlossen wird. Mit dieser Forderung reist der französische Botschafter Benedetti nach Bad Ems, wo sich der Preußenkönig zur Kur aufhält. Wilhelm I. und Bismarck erkennen die isolierte Position der Franzosen, da weder England noch Russland Interesse an dem Vorgang zeigen. Schon deshalb lehnt König Wilhelm I. die Forderung ab und informiert darüber seinen Kanzler in einer sachlich gehaltenen Depesche. Bismarck überarbeitet den Inhalt der Emser Depesche in scharfer Form und gibt den veränderten Text noch am selben Tag an die Presse weiter. Durch den brüsken Ton der Depesche fühle sich Frankreich tief gedemütigt. Damit geht Otto von Bismarcks Rechnung auf.

18. Juli 1870 – Die Unfehlbarkeit des Papstes wird beschlossen

Rom-Vatikan * Die Konzilsmehrheit beschließt auf dem Ersten Vatikanischen Konzil die „Unfehlbarkeit des Papstes“ in Fragen des Glaubens und des Lebens der Christen sowie seine oberste und alleinige Rechtsgewalt in der Kirche. Ignaz von Döllinger sieht durch das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit die apostolische Tradition verraten. Doch die Reaktion der römischen Kurie folgt umgehend. Alle Katholiken, die aus Gewissensgründen die neuen Glaubenssätze nicht annehmen und ihnen öffentlich widersprechen, werden exkommuniziert, also aus der sakramentalen Gemeinschaft der Kirche ausgeschlossen.

1. August 1870 – Der Bayer rettet den preußischen Husaren

Stürzelbronn * In der Nähe der elsässischen Ortschaft Stürzelbronn stößt deutsche Kavallerie überraschend auf französische Truppen. Die Deutschen müssen sich unter heftigem Feuer zurückziehen. Herrmann Weihnacht vom bayerischen 5. Chevaulegersregiment nimmt dabei einen preußischen Husaren, der sein Pferd verloren hat, mit auf das seine und bewahrt ihn so vor Gefangenschaft.

2. September 1870 – Kaiser Napoleon III. begibt sich in preußische Gefangenschaft

Sedan * Nachdem über der Festung Sedan eine weiße Flagge gehisst worden ist, schweigen die Waffen. Preußenkönig Wilhelm I. schickt daraufhin zwei deutsche Parlamentäre zur Festung, um die Übergabe zu fordern. Sie werden direkt zu Kaiser Napoléon III. geführt, von dessen Anwesenheit die Deutschen bisher nichts gewusst haben. Gegen 19 Uhr wird das

Kapitulationsangebot an König Wilhelm von Preußen übergeben. Der französische Kaiser Napoleon III. begibt sich in preußische Gefangenschaft und mit ihm 83.000 Offiziere und Soldaten. Zusätzlich waren schon während der Kampfhandlungen 21.000 Mann gefangen genommen worden. Frankreich hat damit keine handlungsfähige Armee mehr im Felde, weil die anderen 180.000 Mann nach wie vor in Metz eingeschlossen sind. Nur ein Korps hat sich der Einkesselung bei Sedan entziehen können und ist damit der letzte einsatzfähige Rest des französischen Feldheeres.

3. September 1870 – Die Siegesbotschaft aus Sedan trifft in Berlin ein

Berlin * Am Vormittag trifft die Siegesbotschaft aus Sedan in Berlin ein. In den Kirchen der deutschen Länder werden Dankgottesdienste gefeiert und „Nun danket alle Gott!“ gesungen. Beseelt von der Überzeugung, dass der Krieg nun bald beendet sein würde, umarmen sich unbekannte Menschen in den Straßen.

3. September 1870 – Napoleon III. flieht nach Kassel

Sedan - Kassel * Als ab dem 3. September 1870 rund 104.000 französische Soldaten, darunter 4.000 bis 5.000 Offiziere, in die Kriegsgefangenschaft gehen, ist Kaiser Napoleon III. schon auf dem Weg nach Wilhelmshöhe bei Kassel, wo er den Friedensschluss abwarten soll. Der französische Noch-Kaiser will schnellstens durch Belgien nach Kassel reisen. Seinem eigenen Volk misstraut er. Und seinen Soldaten tritt er nicht mehr gegenüber, so groß ist die Schmach der Niederlage.

4. September 1870 – Die Französische Republik wird ausgerufen

Paris * Volksmassen stürmen die Deputiertenkammer, kurz danach wird die Absetzung des Kaisers verkündet und die „provisorische“ Französische Republik ausgerufen, die den Krieg gegen die Deutschen fortsetzt. Die französischen Volksheere können zunächst die deutschen Angriffe zurückdrängen, zu keiner Zeit aber den deutschen Sieg ernsthaft gefährden.

13. September 1870 – Ein Programm zum raschen Beitritt Bayerns

Berlin - München * Rudolph von Delbrück, der Präsident des Bundeskanzleramtes und Bismarcks

Beauftragter für die Verhandlungen mit Württemberg und Bayern, legt ein Programm zum raschen Beitritt Bayerns vor. Das Deutsche Reich soll ein föderaler Staatenbund auf Grundlage des Norddeutschen Bundes werden, dem die Süddeutschen beitreten, ohne ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Daraufhin gibt König Ludwig II. dem Kanzler des Norddeutschen Bundes und preußischen Ministerpräsidenten, Otto von Bismarck, seine Bereitschaft zu einem Verfassungsbündnis bekannt.

20. September 1870 – Die weltliche Herrschaft der Päpste beendet

Rom • Die weltliche Herrschaft der Päpste endet mit dem Einzug der italienischen Truppen in Rom. Der Kirchenstaat mit Latinum wird dem Königreich einverleibt.

27. September 1870 – Straßburg kapituliert

Straßburg • Straßburg fällt. Nach deutschen Angaben feuerten 241 Geschütze 193.722 Geschosse in die Stadt. 500 Häuser werden vollständig zerstört. Am Straßburger Münster wurde der Dachstuhl beschädigt und eines der kunstvollen Fenster zerstört. Karl von Rambaldi: „Leider gingen hiebei gegen 400 Häuser, darunter die berühmte Bibliothek mit wertvollen Büchern, zugrunde und wurden aus der Bürgerschaft Straßburgs 1.700 Personen teils getötet, teils verwundet.“

23. November 1870 – Das Bündnis mit dem Norddeutschen Bund verbessert die Regelungen f

Berlin - München * Eine Verbesserung der Kinder-Schutzvorgaben in Bayern bringt der Bündnisvertrag des Königreichs mit dem Norddeutschen Bund vom 23. November 1870. Mit der Ausrufung des Deutschen Reichs werden deren Gesetze und Verordnungen auch in Bayern maßgeblich. Für die regelmäßig beschäftigten Fabrikarbeiter gilt nun ein Mindestalter von zwölf Jahren, für unter 14-jährige Beschäftigte eine maximale Arbeitszeit von sechs Stunden am Tag. die Arbeit an Sonn- und Feiertagen war verboten. Der Schulunterricht, der den Kindern zu erteilen war, die in Fabriken arbeiteten, sollte mindestens drei Stunden am Tag betragen. Das ist eine erhebliche Verbesserung gegenüber der bisher in Bayern geltenden Verordnung.

5. Dezember 1870 – Die Auflösung der Ludwigs-Walzmühle am Tivoli beschlossen

München-Englischer Garten - Tivoli * Weil im Gebäude der Ludwigs-Walzmühle am Tivoli inzwischen weder Tische noch Stühle vorhanden sind, findet die Generalversammlung der Königlich bayerischen Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft im Nebenzimmer des Gasthauses Zum Tivoli statt. Diese beschließt die Auflösung der Gesellschaft.

1871 – Ein vielfältiges Volksbildungswesen entwickelt sich

Königreich Bayern * Im Zeitraum von der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges entwickelt sich in Bayern ein vielfältiges Volksbildungswesen, das von verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Richtungen getragen wird. Im Bereich des bürgerlich-liberalen Lagers entstehen Volksbildungsvereine, die als Vorläufer der Volkshochschulen angesehen werden können.

30. Januar 1871 – König Ludwig II. unterzeichnet die Beitritts-Verträge

München * König Ludwig II. setzt mit seiner Unterschrift die Beitritts-Verträge rückwirkend zum 1. Januar 1871 in Kraft. Doch trotz aller Zugeständnisse bedeutete die Reichsgründung für Bayern und seinen König eine deutliche Einschränkung der Souveränität, den Verlust der staatsrechtlichen Unabhängigkeit und eine Unterstellung der Monarchie der Wittelsbacher unter die Vorherrschaft der Hohenzollern.

15. März 1871 – Gründung der Kunstmühle Tivoli von K. Kurlaender & Comp.

München-Englischer Garten - Tivoli * Frühere Aktionäre der Königlich bayerischen Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft gründen unter dem Namen Kunstmühle Tivoli von K. Kurlaender & Comp. - Commanditgesellschaft in Tivoli bei München eine neue Gesellschaft.

10. Mai 1871 – Die Gründerzeit bringt eine große wirtschaftliche Euphorie

Deutsches Reich * Nach der Gründung des Deutsches Kaiserreich herrscht in Deutschland eine große wirtschaftliche Euphorie. Diese Phase wird als „Gründerzeit“ bezeichnet. Der sogenannte „Gründerboom“ dauert von 1871 bis 1873. Deutschland hat nach dem Sieg im

Deutsch-Französischer Krieg von Frankreich 5 Milliarden Francs Reparationszahlungen erhalten. Viele Menschen investieren in Aktien. Hunderte neue Banken, Eisenbahngesellschaften und Industrieunternehmen werden gegründet. Die Aktienkurse steigen oft weit stärker als die tatsächlichen Unternehmensgewinne.

10. Mai 1871 – Die Provinzen Elsaß und Lothringen fallen an Deutschland

Berlin * Der Frankfurter Friedensschluss kostet Frankreich im Wesentlichen die Provinzen Elsass und Lothringen sowie eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Gold-Franc. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 war ein Krieg der modernen Technik und der Massenheere, der zu den Schrecken des ungebändigten totalen Kriegs des 20. Jahrhunderts führen wird. Bismarcks wichtigstes Kriegsziel, die „dauerhafte Beseitigung der Kriegsgefahr an der deutschen Westgrenze“, ist schon beim Friedensschluss bedroht, weshalb zwei grausame Weltkriege mit Millionen Toten folgen werden. Eine betont kriegerische und verherrlichende Geschichtsschreibung verstellt auf beiden Seiten den Blick auf das Kriegselend. „Das erste Preußengrab für Deutschlands Einheit - Der Schwur auf die Fahne führte sie alle zum Heldentod fürs Vaterland - Gott verleihe den Helden droben die Siegespalmen - für Deutschlands Ehre weiht jedes deutsche Frauenherz Gatten, Sohn und Bruder gern dem Heldentod“. Diese Worte werden in ein Denkmal auf dem Gaisberg, nahe Weißenburg, geschlagen.

28. Mai 1871 – Die „Blutige Woche“ endet

Paris * Die „Blutige Woche“, in deren Verlauf grausame Rache an den aufständischen Frauen und Männer aus Paris geübt wird, endet auf dem Friedhof von Père-Lachaise. Rund 30.000 Tote, mindestens 50.000 Verschwundene, fast 40.000 Verhaftete sind die Opfer. Die Mehrzahl der 13.000 Verurteilten werden nach Neukaledonien deportiert. So etwas, darüber sind sich die konservativen Politiker und Militärs - in Hinblick auf die deutsche Sozialdemokratie - einig, darf in Deutschland nie passieren. Die in Paris gemachten Erfahrungen münden später in das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen“, kurz gesagt, das „Sozialistengesetz“ vom 21. Oktober 1878.

1. August 1871 – Der erste tödliche Unfall nach der Eröffnung der Eisenbahnlinie

München-Untergiesing * Schon wenige Monate nach Eröffnung der Eisenbahnlinie über den Ostbahnhof nach Braunau kommt es zum ersten tödlichen Unfall. Die Frau des

Gemeindebevollmächtigten Wilhelm Kanzler, der in Obergiesing die bekannte Gastwirtschaft Zum Giesinger Weinbauern betreibt, stirbt. Mutter Kanzler ist mit ihrem Sohn in der Kutsche über den Giesinger Berg in Richtung Innenstadt gefahren. Bei der Eisenbahnbrücke erschreckt ein heraneilender Zug das Pferd so sehr, dass es scheut, die Kutsche umwirft und beide Insassen unter sich begräbt. Während der Sohn mit leichten Blessuren davonkommt, stirbt die Mutter an ihren Verletzungen. Es kommt fast täglich zu solchen Unfällen, „weil die Bauernpferde aus den außergelegenen Dörfern noch keinen Kurs bezüglich der Vorsichtsmaßregeln genommen und jetzt wie früher scheuen und durchgehen“.

11. November 1871 – Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt für Oberbayern wird gegründet

München * Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt für Oberbayern wird als Lehranstalt für weltliche Lehrerinnen durch einen Beschluss des Bayerischen Landtags gegründet. Damals werden Schulen nur von klösterlichen Lehrerinnen geleitet. Für interessierte und begabte Frauen ist es jedoch nur über Einrichtungen dieser Art möglich, eine beruflich gehobene Qualifikation zu erreichen und damit zu gesellschaftlichem Ansehen zu kommen. Da die Universitäten „frauenfrei“ gehalten werden, ist der Beruf der Volksschullehrerin eine der wenigen, möglichen Alternativen.

21. Februar 1872 – Ein Großbrand vernichtet die Kunstmühle von K. Kurlaender & Comp.

München-Englischer Garten - Tivoli * Ein Großbrand vernichtet die Kunstmühle Tivoli von K. Kurlaender & Comp.. Da die Gesellschaft gut versichert war, ist man eher „aufgebrannt“ statt abgebrannt.

12. Juni 1872 – Die Gewerbeordnung gilt über ein Reichsgesetz auch für Bayern

München * Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund wird mit einem Reichsgesetz auch auf Bayern übertragen. Diese allgemeine Gewerbefreiheit ermöglicht es Unterhaltungskünstlern, ihre Darbietungen im ganzen Kaiserreich anzubieten, Singspielgesellschaften zu gründen und Bühnen oder Schauspielbetriebe zu eröffnen. Damit blühen viele Theaterbetriebe, besonders aber deren Mischformen wie Varieté, Revue, Tingeltangel und Singspielhalle auf. Da das Reichsgesetz die Restaurationsbetriebe mit Unterhaltungsdarbietungen zwar wie Theater unter die Gewerbeordnung stellt, schränkt sie deren Tätigkeit jedoch umgehend wieder ein, denn die Betreiber sind weiterhin in erster Linie

Gastronomen und keine Theaterdirektoren.

4. Juli 1872 – Das Jesuitengesetz erklärt die Gesellschaft Jesu zu Reichsfeinden

Berlin * Reichskanzler Otto von Bismarcks Jesuitengesetz erklärt die Mitglieder der Gesellschaft Jesu zu Reichsfeinden.

29. November 1872 – Die Aktiengesellschaft Kunstmühle Tivoli wird gegründet

München-Englischer Garten - Tivoli * Nahezu alle Gründer der Kommanditgesellschaft Kunstmühle Tivoli von K. Kurlaender & Comp. gründen eine neue Aktiengesellschaft. Diese firmiert jetzt endgültig unter dem Namen Kunstmühle Tivoli.

1873 – Umbenennung in „Kunstmühle Tivoli Aktiengesellschaft“

München-Englischer Garten - Tivoli * Die „Königlich Bayerische privilegierte Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft“ wird in „Kunstmühle Tivoli Aktiengesellschaft“ umbenannt. Damit hat sich der Name des „Ausflugslokals Tivoli“ endgültig auf die ehemalige „Neumühle“ übertragen.

1873 – Ignaz von Döllinger wird „Präsident der Akademie der Wissenschaften“

München * König Ludwig II. ernennt Ignaz von Döllinger zum „Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften“. Die „Universitäten“ Oxford, Edinburgh, Wien und Marburg verliehen ihm die „Ehrendoktorwürde“.

1873 – Joseph Schülein kommt als Jungunternehmer nach München

München * Der gerade 19-jährige, geschäftstüchtige Jungunternehmer Joseph Schülein übersiedelt nach München und wird Teilhaber der Firma „Julius Schülein & Söhne“. Mit seinem unternehmerischen Geschick legt er früh den Grundstein für seine spätere erfolgreiche Tätigkeit als Brauereibesitzer und Wirtschaftspionier.

1873 – Es kommt zum „Gründerkrach“, einem Börsencrash

Deutsches Reich * Es kommt zum sogenannten „Gründerkrach“, einem Börsencrash, dem die Gründerkrise folgt. Sie bedeutet eine rund zwanzig Jahre andauernde Phase wirtschaftlicher Stagnation. Der Ausdruck Gründerzeit bezieht sich nur auf die kurze Phase des Wirtschaftsaufschwungs.

Januar 1873 – Der Magistrat genehmigt den Bau einer „Pferdeeisenbahn“

München * Der wirtschaftliche Erfolg von Michael Zechmeisters „Pferdeomnibus-Linie“ überzeugt den Magistrat, weshalb er sich für den Aufbau einer schienengebundenen Pferdestraßenbahn ausspricht. Die Bedingung ist aber die Hinterlegung von 100.000 Gulden, „da man mit Aktiengesellschaften bisher schlechte Erfahrungen gemacht habe“.

21. Februar 1873 – Die Kunstmühle Tivoli A.G. wird ins Handelsregister eingetragen

München-Englischer Garten - Tivoli * Die Kunstmühle Tivoli A.G. wird mit ihrer Rechtsnachfolgerin Tivoli Handels- und Grundstücks-Aktiengesellschaft, München ins Handelsregister eingetragen. Dieses Datum gilt als Geburtstag der Kunstmühle Tivoli.

9. Mai 1873 – Der Gründerkrach führt zur Wirtschaftskrise

Wien - Deutsches Reich * Der „Gründerboom“ ist schlagartig beendet. Die Wiener Börse bricht zusammen. Der Kurssturz greift rasch auf Deutschland und andere europäische Länder über und führt zu einer schweren Wirtschaftskrise. Die Folgen: Viele Banken gehen bankrott. Unternehmen müssen schließen. Aktien verlieren einen großen Teil ihres Wertes. Zahlreiche Anleger verlieren ihr Vermögen. Der Börsenkrach löst eine lang anhaltende wirtschaftliche Unsicherheit aus. Der Börsenkrach ist aber nicht die Ursache der Krise, sondern der Moment, in dem allen klar geworden ist, dass die Erwartungen nicht mehr der Realität entsprechen. Die eigentlichen Probleme haben sich über Jahre aufgebaut. Das waren: überhöhte Aktienkurse, zu viele Unternehmensgründungen, unrealistische Gewinnerwartungen. Es ist wie ein Ballon, der immer weiter aufgeblasen wird. Lange passiert scheinbar nichts. Doch irgendwann reicht ein kleiner Stich - und der Ballon platzt sofort. Die Luft war schon vorher zu viel geworden.

9. Mai 1873 – Der Beginn des modernen politischen Antisemitismus

Deutsches Reich * Die durch den Gründerkrach ausgelöste schwere Wirtschaftskrise führt dazu, dass viele Menschen nach Schuldigen suchen. Antisemiten behaupten nun, Juden seien für wirtschaftliche Probleme verantwortlich: jüdische Bankiers und Unternehmer sind für den Börsenboom verantwortlich, Juden kontrollieren die Wirtschaft, Juden profitieren auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Für diese Behauptungen gab es keine sachliche Grundlage. Dennoch finden sie in der Krisenzeit bei manchen Menschen Anklang. Bis dahin waren Vorurteile gegenüber Juden meist religiös begründet gewesen. Nun ist etwas Neues entstanden: Juden werden als angeblich fremde „Rasse“ dargestellt. Ihre vollständige Integration wird infrage gestellt. Antisemitismus wird zu einem politischen Programm.

2. September 1873 – Der „Sedantag“ wird als patriotischer Feiertag begangen

Deutsches Reich * Im Deutschen Kaiserreich wird am 2. September der „Sedantag“ als patriotischer Feiertag an Stelle eines noch nicht existierenden Nationalfeiertages gefeiert. Es ist vor allem ein Feiertag des kaisertreuen Bürgertums, des Adels sowie des Militärs, der preußischen Beamtenschaft und der ländlichen Bevölkerung gewesen, nicht oder nur kaum einer der Arbeiterschaft.

1874 – Gründung von „Krieger- und Veteranenvereinen“

München * Nach dem erfolgreichen Verlauf des Siebzigerkrieges und der Reichsgründung kommt es zur Hinwendung des Bürgertums und der Arbeiterschaft zur Armee; und selbst sozialdemokratisch geprägte Arbeiter sind stolz auf ihre aktive Dienstzeit. In der Folge kommt es zur Gründung von militärischen Vereinen, wie der Münchner Gesellschaft der Offiziere des Beurlaubtenstandes von 1879, aber auch einer Reihe von Krieger- und Veteranenvereinen.
Den Dachverband für den überwiegenden Teil dieser Vereine bildet der im Jahr 1874 gegründete Bayerische Veteranen-, Krieger- und Kampfgenossenbund, der bis zum Jahr 1899 im gesamten Königreich Bayern 2.573 Einzelvereine mit knapp 190.000 Mitgliedern umfasst. Die Kriegervereine werden bei ihrer Gründung auch als ein „Bollwerk gegen die sozialdemokratischen Umtriebe“ verstanden. Vollkommen unnötig. Denn so mancher „Fürstenfeind“, der beizeiten durchaus lautstark und öffentlich den Umsturz verkündete, schmettert zur rechten Zeit „ein bayerisches Soldatenlied voller martialischer Treue zum angestammten Herrscherhaus“.

1874 – Bierboykott mit Milch und Limonade

München * Im seit Jahren andauernden Bierpreisstreit greifen Münchner Arbeiter erneut zu einem wirkungsvollen Protestmittel: Ganze Belegschaften meiden jene Gaststätten, die den Preis für einen Liter Bier auf neun Kreuzer erhöhen. Zeitgenössisch ist noch häufig vom englischen „Strike“ die Rede. Genau genommen legen die Arbeiter ihre Arbeit jedoch nicht nieder, sondern organisieren einen gezielten Bier- und Wirtsboykott. Auch Maurer aus Haidhausen und Giesing schließen sich der Bewegung an. Sie versprechen auf Ehrenwort, so lange Milch statt Bier zu trinken, bis der Preis wieder auf acht Kreuzer sinkt. Münchner Zeitungen stärken die Durchhaltemoral der Boykottierenden und veröffentlichen sogar Rezepte für preiswerte Ersatzgetränke. Unter der Überschrift „An das durstige Publikum“ empfiehlt die „Volksstimme“ eine selbst hergestellte Brauselimonade: „Wer da glaubt, das Bier nicht entbehren zu können, der mache den Versuch: Kaufe bei einem Materialisten ungefähr für 18 Kreuzer Weinsteinsäure, um neun Kreuzer doppeltkohlensaures Natron, nehme zu einem halben Liter Wasser zwei Teile Natron, einen Teil Weinsteinsäure, und das billigste Selterswasser ist fertig. Um 27 Kreuzer hat man eine ganze Woche Selterswasser – statt saurem Bier!“ Der organisierte Konsumverzicht zeigt einen Wandel der Protestformen: An die Stelle gewaltsamer Bierkrawalle tritt zunehmend der wirtschaftliche Druck auf Wirte und Brauer. Wer das Bier verteuert, soll darauf sitzen bleiben.

20. Juni 1874 – 25.000 Münchner beginnen den Bierboykott

München * Zu Beginn des Sommers erreicht der Bierpreisstreit einen neuen Höhepunkt. Am Morgen des 20. Juni beginnt ein groß angelegter Bierboykott. Nach Angaben der Zeitung „Zeitgeist“ beteiligen sich mindestens 20.000 bis 25.000 Männer. Sie meiden alle Gaststätten, die für einen Liter Bier mehr als acht Kreuzer verlangen. Die Aktion zeigt rasch Wirkung: Zahlreiche Wirte, deren Gäste überwiegend der Arbeiterschaft angehören, nehmen die Preiserhöhung zurück.

24. Juni 1874 – Ein Bierstreik als organisierter Verbraucherboykott

München * Auf der Titelseite seiner Ausgabe vom Mittwoch, dem 24. Juni 1874, ruft der „Zeitgeist“ unter der Überschrift „An die Arbeiter Münchens!“ dazu auf, den Boykott bis zu einem vollständigen Erfolg fortzusetzen: „Der am Morgen des 20. Juni von wenigstens 20–25.000 Männern begonnene Bierstreik hat bis heute bereits namhafte Erfolge zuwege gebracht. Eine erhebliche Anzahl von Wirten, bei denen die Arbeiter zahlreich zu verkehren pflegen, haben den Bierpreis, so wie gefordert, herabgesetzt. Dieser teilweise Sieg war ein über Erwarten rascher.“ Die Zeitung warnt davor, in der Entschlossenheit nachzulassen. Der Aufruf endet mit der eindeutigen Parole: „Kein Arbeiter darf auch fernerhin irgendwo ein Glas Bier trinken, wo der Liter

mehr als acht Kreuzer kostet!“ Der sogenannte Bierstreik erweist sich damit als organisierter Verbraucherboykott. Statt die Arbeit niederzulegen oder gewaltsam gegen Brauereien vorzugehen, setzen die Münchner Arbeiter Wirte und Brauer durch gemeinsamen Konsumverzicht wirtschaftlich unter Druck.

22. Juli 1874 – Arbeiter der Zentralwerkstätten setzen sich durch

München * Nach einem zehntägigen Bierboykott erzielen die Arbeiter der Zentralwerkstätten einen Erfolg. Der betroffene Wirt gibt ihrem wirtschaftlichen Druck nach und senkt den Preis für einen Liter Bier auf acht Kreuzer. Die Zeitung „Der Zeitgeist“ meldet knapp: „Die Arbeiter der Zentralwerkstätten haben nach zehntägigem Strike gesiegt, der Liter Bier kostet 8 Kr.“ Der Erfolg bestätigt die Wirksamkeit des gemeinsamen Konsumverzichts und bestärkt andere Arbeiter darin, den Boykott fortzusetzen.

23. Juli 1874 – Brauer drohen Wirten mit Lieferstopp

München * Die Münchner Brauer reagieren auf die Erfolge des Bierboykotts. Sie setzen Gastwirte unter Druck, die den Liter Bier bereits wieder für acht Kreuzer ausschenken. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Volksstimme“ drohen sie damit, diesen Wirten kein Bier mehr zu liefern. Einige Gaststätten müssen deshalb erneut neun Kreuzer verlangen: „Verschiedene Wirte, welche das Bier schon für 8 kr. gaben, mussten auf Drängen der Bräuer und die Drohung derselben, ihnen kein Bier mehr zu liefern, wieder den erhöhten Preis von 9 kr. verlangen.“ Damit verschärft sich die Auseinandersetzung: Die Arbeiter antworten mit Boykott, die Brauer mit wirtschaftlichem Druck auf die Wirte.

8. August 1874 – Karl Valentins Geburtshaus wird um drei Fensterachsen erweitert

München-Au * Unter der Bauherrschaft des bürgerlichen Tapezierermeisters Karl Falk wird von den Maurermeistern Muckenthaler & Sepp an das vier Fensterachsen umfassende Wohnhaus in der Entenbachstraße 63 ein Neubau mit drei Fensterachsen angefügt. In diesem Teil der heutigen Zeppelinstraße 41 befindet sich der Geburtsort von Karl Valentin.

1875 – Der moderne Antisemitismus breitet sich aus

München * Obwohl die jüdische Bevölkerung in München weniger als zwei Prozent der Einwohner ausmacht, stößt ihr wachsender Einfluss und ihr gesellschaftlicher Erfolg bei manchen Menschen auf Ablehnung. Ab den 1870er-Jahren breitet sich der moderne Antisemitismus aus. Mithilfe pseudowissenschaftlicher Rassentheorien werden Juden diskriminiert und als Bedrohung für die deutsche Gesellschaft dargestellt. Gleichzeitig entstehen antisemitische Parteien und Organisationen.

1. Januar 1875 – Ein Kompromiss beendet den Bierkrieg

München * Nach jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Wirten und Brauern endet der Münchner Bierboykott. Der allgemeine Preis für einen Liter Bier pendelt sich bei achteinhalb Kreuzern ein. Damit liegt er zwischen den von den Arbeitern geforderten acht Kreuzern und den von zahlreichen Wirten verlangten neun Kreuzern. In gehobenen Gaststätten müssen die Gäste allerdings weiterhin deutlich mehr bezahlen: Dort kostet der Liter Bier bis zu zehn Kreuzer. Der gefundene Kompromiss beendet zwar den organisierten Protest, beseitigt jedoch nicht die Preisunterschiede zwischen den Münchner Wirtschaften.

9. November 1875 – Adam Alfred Rudolf Glauer wird in Hoyerswerda geboren

Hoyerswerda * Rudolf von Sebottendorff, eigentlich Adam Alfred Rudolf Glauer, wird in Hoyerswerda geboren.

1876 – „Bruderschaft zur Verehrung der hl. fünf Wunden Jesu Christi“

München-Kreuzviertel * Die Bruderschaft zur Verehrung der hl. fünf Wunden unseres Herrn Jesu Christi wird in die Bürgersaalkirche verlegt.

1876 – Franz Lenbach wird Ehrenmitglied der Künstlervereinigung Allotria

München * Die Künstlervereinigung Allotria trägt dem aufstrebenden Maler Franz Lenbach die Ehrenmitgliedschaft an.

1876 – „Papa“ Jakob Geis tritt mehrmals in der Woche im Oberpollinger auf

München-Kreuzviertel * Zwischen 1876 und 1899 tritt „Papa“ Jakob Geis, der bekannte Münchner Komiker und Direktor einer Singspielgesellschaft, tritt - mehrmals in der Woche - im Oberpollinger auf.

26. März 1876 – Ein Vorvertrag für die Pferdestraßenbahn wird geschlossen

München - Brüssel * Bürgermeister Alois von Erhardt schließt mit dem aus Brüssel stammenden Industriellen Edouard Otlet - vorbehaltlich der Genehmigung durch die beiden Ratskollegien - einen Vorvertrag ab. Dieser sieht eine Konzession auf dreißig Jahre vor. Edouard Otlet, der bereits zuvor in Prag und Wiesbaden erfolgreich Pferdebahnen aufgebaut hat, verpflichtet sich, auch in München ein weit gespanntes Linienkreuz zu errichten. Die West-Ost-Achse soll vom Nymphenburger Schlosspark über Neuhausen zum Stachus führen und sich dort verzweigen. Ein Nebenast soll über den Lenbachplatz zum Promenadeplatz und den dort gelegenen Hotels und Geschäften führen. Der Hauptast soll - die Altstadt umfahrend - über die Sonnenstraße den Sendlinger-Tor-Platz erreichen und von dort über den Gärtnerplatz zur Isarbrücke, weiter durch die Rosenheimer- und Weißenburger Straße und am damals noch Haidhauser Bahnhof genannten Ostbahnhof enden. Der Verlauf der Nord-Süd-Linie beginnt am Großen Wirt in Schwabing und führt weiter über die heutige Leopoldstraße zum Odeonsplatz, von dort über die Brienner Straße zum Stachus, weiter zum Bahnhofsplatz und endet am Fuße der Theresienhöhe. Mit dieser Linienführung können die engen Altstadtstraßen geschickt umfahren werden. Außerdem soll die Pferdetram in einem zehnminütigen Abstand verkehren und Otlets Gesellschaft - für die Benutzung des städtischen Straßengrundes ein Prozent der Bruttoeinnahmen an die Stadtgemeinde abführen.

25. August 1876 – Die Wittelsbacherbrücke wird der Öffentlichkeit übergeben

München-Ludwigsvorstadt - München-Au * Am 31. Geburtstag König Ludwigs II. wird die Wittelsbacherbrücke der Öffentlichkeit übergeben. Die eiserne Brücke stammt von der Münchner Tochtergesellschaft der Cramer-Klett'schen Eisenwerke Nürnberg, der Süddeutschen Brückenbaugesellschaft. Einen besonderen Aufwand betreibt man mit den zwei Brückenportalen, die reich ausgestattet waren. Den bisherigen Holzsteg reißt man kurz vor Fertigstellung der Brücke ab. Zweifellos ist eine leistungsfähige Brücke für Untergiesing überlebensnotwendig, da hier bisher nur sehr wenig funktioniert hat: kein Bahnhof, kein Schlachthof, dafür aber der städtebaulich stark behindernde Bahndamm. Eine Brücke ist Untergiesings letzte Chance, denn nur durch sie ist mit einer großflächigen Ansiedlung von Industriebetrieben und Unternehmen zu rechnen, nur durch sie entstehen neue Impulse für die

Entwicklung des Stadtviertels, nur durch den neuen Isarübergang kann der Wohlstand der Bewohner gefördert werden und nur durch ihn kann bei der Vorstadt-Bevölkerung „Bildung und bürgerlicher Freisinn“ zunehmen.

September 1876 – Die erste, noch sehr bescheidene Völkerschau auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Die erste, noch sehr bescheidene Völkerschau wird auf dem Oktoberfest gezeigt. Präsentiert werden: „Die Lappländer Polarmenschen, bestehend aus 2 Männlichen und 2 Weiblichen, produzieren sich hier während des Oktoberfestes auf der Festwiese, und zwar mit ihren 4 Renntieren, Eishunden (Bärenfänger), Hütten, Fahrzeugen und vielen Originalgerätschaften in einem eigens zu diesem Zwecke elegant hergerichteten Theater“.

22. Oktober 1876 – Das neue Verkehrsmittel wird positiv angenommen

München * „Auf dem Promenadeplatz hatte sich eine speziell geladene Gesellschaft eingefunden. Es rollten sieben mit sehr hübschen, mutigen Pferden bespannte elegante Waggons heran. Signalpfeifen der sechs in blauer Uniform gekleideten Kondukteurs ertönten und die Fahrt begann. In ca. 20 Minuten hatte der Zug sein Ziel, die Endstation Burgfrieden an der Nymphenburgerstraße, erreicht“, heißt es im Bericht der „Münchner Neuesten Nachrichten“.
Trotz anfänglicher Probleme wird das neue Verkehrsmittel von den Münchner äußerst positiv angenommen. Edouard Otlets Unternehmen schafft für München 49 „geschlossene Waggons mit zwei offenen Plattformen an jeder Seite“ an. Gebremst wird das Gefährt vom Wagenführer per Fuß mit einer einfachen Hebelbremse. Als jedoch bei einer Probefahrt ein Wagen auf dem abschüssigen Rosenheimer Berg beim Gasteig nicht zum Stehen kommt, sondern einfach weiter rutscht, wird die Fertigungsfirma zum Einbau einer Spindelbremse verpflichtet. Die weiß-blau gestrichenen Trambahnwagen sind mit bequem gepolsterten Sitzen ausgestattet. Für Kinder ist in den Waggons eigens eine Messlatte angebracht, da sie bei einer Körpergröße unter einem Meter - in Begleitung eines Erwachsenen - kostenlos mitfahren können. Haltestellen gibt es zwar, aber jeder steigt ein und aus, wo es ihm passt. Eine Münchner Zeitung berichtet: „Ein weiterer Übelstand ist das leider viel zu wenig kontrollierte Absteigen. Es wird vielen Mitfahrenden geradezu angst und bange, wenn jemand Anstalten zum Absteigen macht. Ohne große Ausnahme geschieht dies immer in entgegengesetzter Fahrtrichtung, und ... bums, da liegen sie im Kot.“

1877 – Die Eberl-Faber-Aktiengesellschaft

München * Der Faber-Bräu und die Eberlbrauerei verschmelzen endgültig zur Eberl-Faber-Aktiengesellschaft.

März 1877 – Polizeidirektion beendet Ausschank bereits um 18 Uhr

München-Au * Nach erheblichen Störungen und Pöbeleien verschärft die Polizeidirektion die Vorschriften erneut. Gruppen betrunkener Randalierer, in zeitgenössischen Berichten abwertend als „Strizzi“ bezeichnet, sorgen wiederholt für Unruhe. Daraufhin darf das Salvatorbier nur noch bis 18 Uhr ausgeschenkt werden. Doch selbst diese drastische Verkürzung bringt keine dauerhafte Besserung. Die Menschenmengen, der hohe Alkoholkonsum und die wiederkehrenden Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Besuchergruppen bleiben ein erhebliches Sicherheitsrisiko.

1878 – Das katholische Stadtpfarramt lehnt die Leichenverbrennung ab

Gotha * In Gotha entsteht Deutschlands erste Leichenverbrennungsanlage. Der Münchner Magistrat befragt daraufhin die drei Religionsgemeinschaften über Einwände gegen die Feuerbestattung. Während die Israelitische Kultusgemeinde keinerlei Einwand sieht und das protestantische Stadtpfarramt Änderungen des Ritus für unnötig erachtet, lehnt das katholische Stadtpfarramt die Leichenverbrennung kategorisch ab. Fürsprecher findet diese Bestattungsform bei den Sozialdemokraten. Sie fordern eine allgemeine Einführung der Feuerbestattung als einzige Möglichkeit, Chancengleichheit zu gewähren, da mit der Leichenverbrennung endlich die Klassenbegräbnisse hinfällig werden würden.

1878 – Die Heilig-Kreuz-Kirche besitzt zwei bemerkenswerte Nebenaltäre

München-Obergiesing * Die Heilig-Kreuz-Kirche besitzt zwei bemerkenswerte Nebenaltäre: den Marienaltar und den Josephsaltar. Das Programm des Marienaltars wird im Rahmen einer Altarstiftung zum Tode des Papstes Pius IX. festgelegt. Es geht hierbei um den Kampf der katholischen Kirche um Macht und Einfluss im Verhältnis zu den Staaten und zur eigenen Anhängerschaft.

1878 – Jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ muss polizeilich genehmigt werden

Berlin * In einer Reichspolizeiverordnung wird festgelegt, dass jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ polizeilich genehmigt werden muss, dass diese Genehmigung nur für ein bestimmtes Lokal gilt und dass die Erlaubnis zudem zurückgezogen werden kann. Außerdem wird die Aufführung von Dramen, Lustspielen, Possen, Opern, Operetten, Sing- und Liederspielen, Tänzen und Balletts als unzulässig erklärt. Nur Gesangs- und Deklamationsstücke mit einer Besetzung von höchstens zwei Personen sind erlaubt. Die vortragenden Personen dürfen aber nur in bürgerlicher Kleidung (Gesellschaftsanzug) auf der Bühne erscheinen. Alle Vorträge im Kostüm sind verboten. Als Ausnahme wird der Auftritt im „wirklichen Nationalkostüm“ (Tracht) genehmigt. Auch Kulissen, Vorhänge und jede Art von Requisiten werden von der Bühne verbannt. Außerdem durften die vorgetragenen Gesangs- und Deklamationsstücke in Inhalt und Vortragsweise nicht gegen die Religion, die Sittlichkeit, die staatlichen Einrichtungen, den öffentlichen Anstand und die öffentliche Ordnung verstoßen. Die Vorträge dürfen frühestens um 18 Uhr beginnen und müssen spätestens um 23 Uhr beendet sein.

25. Februar 1878 – Die Münchner Pferdetrambahn geht faktisch in neue Hände über

München * Der belgische Unternehmer Edouard Otlet, vertraglich alleiniger Besitzer der Münchner Pferdebahn, gründet die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ mit Sitz in Brüssel und einer Vertretung in München. Damit geht die Münchner Pferdetrambahn faktisch in neue Hände über. Die Münchner Stadtväter vermuten, dass Otlet lediglich als Strohmann einer französischen Investorengruppe fungiert. Tatsächlich handelt es sich bei der Gesellschaft um eine Aktiengesellschaft mit einem Betriebskapital von fünf Millionen Franc, finanziert durch eine französische Kommanditgesellschaft. In der Münchner Stadtverwaltung stößt dieses Vorgehen auf deutliche Kritik – auch deshalb, weil die von Otlet eingesetzten Direktoren in München kaum Deutsch sprechen.

26. Februar 1878 – Joseph Schülein wird Miteigentümer eines Bank- und Wechselgeschäfts

München * Joseph Schülein wird gemeinsam mit Gustav und Jakob Schülein Miteigentümer eines Unternehmens für Bank- und Wechselgeschäfte. Das Unternehmen beteiligt sich unter anderem an der Finanzierung des Münchner Vieh- und Schlachthofs und zählt damit zu den wichtigen Akteuren der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt.

5. Oktober 1878 – Das Kil's Colosseum erhält die Konzession für Singspielhallen

München-Isarvorstadt * Die Singspielhalle Kil's Colosseum erhält die Konzession für Singspielhallen und Café chantants. Sie wird in Bezug zum Bayerischen Polizei-Strafgesetzbuch vom 16. Dezember 1871 gestellt, in dem festgelegt ist: „das sogenannte Chansonetten-Kostüm selbst in der abgeschwächten Form des kurzen ausgeschnittenen Kleides mit kurzen Ärmeln und mit Trikot ist verboten. Die Chansonetten und Coupletsängerinnen dürfen nur in langem Gesellschaftskleide auftreten. Nur das National-Costüm von echten National-Sängern ist von den Bestimmungen [...] ausgenommen“.

1879 – Friedrich Fabri stellt die Frage nach deutschen Kolonien

Deutsches Reich * Friedrich Fabri, ein aus Franken stammender Missionsleiter, Expansionspublizist, Kolonial- und Sozialpolitiker, veröffentlicht eine aufsehenerregende Broschüre, in der er die Frage stellte: „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ Fabri gilt gemeinhin als Vater der deutschen Kolonialbewegung. Er sieht in der Überbevölkerung, der Überproduktion und dem Kapitalüberschuss die eigentlichen Ursachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen des Kaiserreichs. Friedrich Fabris Krisentherapie besteht aus einer Exportoffensive an Waren, Kapital und Menschen. Durch eine „gelenkte Auswanderung“ und gegebenenfalls auch der Deportation der Kräfte aus der sich emanzipierenden sozialistischen Arbeiterschaft, die an ihren systemverändernden Absichten festhielten, könnte auch die Soziale Frage nach Übersee exportiert werden. Friedrich Fabri stilisierte damit die Frage nach deutschen Kolonien zu einer deutschen Überlebensfrage hoch.

1879 – Eine Beschreibung Untergiesings

München-Untergiesing * Im Münchner Fremdenblatt sind - 25 Jahre nach der Eingemeindung - über Giesing folgende Zeilen zu lesen: „[...] Viel berechtigter wäre der Ausspruch: Die neue Wittelsbacherbrücke sei über die Isar gebaut, um bei ihrem prächtigen Anblick zu vergessen, welche Enttäuschung folgt, wenn man sie überschritten hat und sich einer Vorstadt nähert. Da wir einmal auf dem Wege sind, wollen wir uns auf dem Schyrenplatz, so genannt zum Andenken der Wittelsbacher Ahnen, weiter wagen; denn es ist Schönwetter und die Police der Unfallversicherung in unserer Tasche. Die Stadt hat aufgehört und liegt hinter uns - das Dorf beginnt, und zwar ein schmutziges Dorf. Lassen wir den Tummelplatz des Rieser und niederbayerischen Federviehs (den Weideplatz der Martinsvögel, die jedoch hier zu jeder Zeit vertilgt werden, wenn sie nur 'gansln'), links liegen und haben wir die blauweiße Tafel passiert, auf der geschrieben steht Gänsemarkt, so kommen wir rechts vor dem Eingang in das eigentliche

Giesing, an eine eigentümliche Fallgrube. Auf unser Befragen hin wurde uns mitgeteilt, das sie die Universalabtrittsgrube der Adjazenten [= Anwohner] weit herum bilde, die in ihren Häusern des allernötigsten Rückzugsortes entbehren, der für alle zivilisierten Völker der notwendigste ist. Gleich neben der Kommunegrube arbeitet die Wasserversorgungsanstalt, welche die Vorstadt mit filtriertem Isarwasser beglückt. Und wieder nur einen Schritt weiter kommen wir an eine Pfütze, an ein Stinkwasser, das von Zeit zu Zeit ein ärgeres Parfüm ausströmt, als alle Böcke von Bar el Maserim - und wahrhaftig diese stinken arg. Giesing hat eine Gemeinschaft mit allen orientalischen Städten, nämlich: man soll sie von weitem anschauen, aber nicht hineingehen. [...]

Links ein eingeplankter Garten, rechts Holzhütten, in deren Vergleich die Troglodyten [= Höhlenbewohner] noch besser logiert haben, schließen eine Straße ein, zu deren Herstellung respektive Erweiterung schon längst hätte energisch vorgegangen werden müssen - wenn eben Giesing kein Stiefkind der Stadt wäre. Einstimmig muß man von den Giesingern hören: „Wir sind nur gut genug, Steuern und Abgaben zu bezahlen, im übrigen schert sich kein Mensch um uns“. [...] In dem ganzen zur Stadt gehörigen Giesing ist mit Ausnahme der Tegernseer Landstraße kein Trottoir; bei jedem Regen stehen die Tümpel in den Straßen, die nach längerer Zeit die Luft verpesten und die Gesundheit schädigen. Während in den übrigen Vorstädten die Nacht hindurch die bestimmten Gaslaternen noch Licht haben, ist diese Wohltat für die Giesinger nicht gegeben; um 1 Uhr nachts sind alle Lichter gelöscht - um diese Zeit hat eben der Giesinger nichts mehr auf der Straße zu suchen!“

1879 – München hat 101 Weinwirtschaften

München * München hat 101 Weinwirtschaften.

1879 – Carl von Linde gründet die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen AG

Wiesbaden * Carl von Linde gibt seine akademische Laufbahn auf und gründet in Wiesbaden die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen AG.

1879 – Der Steyrer Hans lässt einen schwereren Steinbrocken anfertigen

München * Droht ihm ein Bewerber beim Steinheben den Rang abzulaufen, lässt der Steyrer Hans einen schwereren Steinbrocken anfertigen. Mit 508 Pfund erreicht er seinen ersten Höhepunkt, den er wenig später um weitere zwanzig Pfund überbietet. Eine Steigerung ist dann allerdings nicht mehr drin. Den schweren Brocken am Mittelfinger der rechten Hand hängend,

verschafft er der linken schließlich noch ein wenig Beschäftigung zum Ausgleich: Mit ihr hält er gleichzeitig eine 100 Pfund schwere Eisenkugel mit gestreckter Hand in der Waagerechten.

Juli 1879 – Der Kampf für städtische Arbeitsvermittler

München * Die Polizeidirektion erlässt Vorschriften für private Stellenvermittler und Vermittlungsbüros der gewerblichen Verbände und Innungen, um arbeitsuchende Menschen vor schlimmer Ausbeutung zu schützen. Es geht um überzogene Gebühren bei un-gewissen Erfolgen. Nach einem Bericht des Münchener Gewerkschaftsvereins aus demselben Jahr liegen die Einschreibegebühren für die privaten Arbeitsvermittler zwischen 50 Pfennigen und einer Mark. Nach der Vermittlung eines Arbeitsplatzes ist eine entsprechende Gebühr fällig, die sich nach dem zu erwartenden Lohn ausrichtet. Sie beträgt, bei einem Monatsverdienst von 10 bis 50 Mark, die Hälfte bis zu einem doppelten Monatslohn. Die Vermittlungsgebühr zahlt zuerst der Arbeitgeber, der sie dann zumeist dem Arbeitnehmer vom Lohn abzieht. Besonders häufig werden die im Stadtleben noch unerfahrenen Mädchen vom Land ausgenutzt, indem man ihnen Unterkunft und Verpflegung zu überhöhten Preisen anbot. Sie müssen häufig ihre Dienstbücher und Zeugnisse dem Arbeitsvermittler aushändigen, womit sie den unseriösen Stellenvermittlern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Die Mädchen vom Land können sich dadurch weder auf eigene Faust eine Arbeit suchen, noch andere Jobvermittler beauftragen. Erst wenn ein Arbeitsverhältnis mit einem neuen Arbeitgeber geschlossen worden ist, erhalten sie ihre Unterlagen wieder zurück. Da die polizeilich erlassenen Vorschriften auch in den folgenden Jahren keine Wirkung zeigen, ist die Einrichtung von zentralen städtischen oder staatlichen Arbeitsvermittlungen ein besonderes Anliegen der Gewerkschaften, deren Einsatz die Münchner Stadtverwaltung letztlich zu einem fortschrittlichen Handeln bewegen wird.

September 1879 – Der Steyrer Hans betreibt eine Braubude auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Von 1879 bis 1903 bewirtschaftet der Steyrer Hans eine Braubude auf dem Oktoberfest. Zuerst betreibt er eine Festbude der Pschorr-Brauerei, um dann in den 1890er-Jahren das Kraftbier der Spatenbrauerei zu verzapfen. Dazu pachtet er gemeinsam mit seinem Schwager, dem Gastwirt Wilhelm Schäffer, zwei nebeneinanderliegende Budenplätze und errichtet darauf eine Doppelbude. Eine Athleten-Kapelle spielt zur Unterhaltung auf. Kraftbier, Kraftfleisch, Kraftsemmeln und eine Kraftbrühe werden angeboten. Hier zeigt er auch sein viel bewundertes Athleten-Kunststück. Der Steyrer packt ein mit dreißig bis vierzig Litern Bier gefülltes Fass mit zwei Fingern am Rand und hebt es vom Boden auf den Schanktisch. Der Steyrer Hans versteht es außerordentlich gut, für sich und seine Geschäfte zu

werben und so seine Popularität zu steigern. Er will in seiner Festbude seine schwergewichtigen Requisiten, darunter seine Schnupftabakdose, ausstellen. Als ihm der Magistrat dazu die Erlaubnis verweigert, drückt er sein Bedauern in Anzeigen aus, nicht jedoch ohne darauf hinzuweisen, dass das Publikum das interessante Schauerlebnis jederzeit im Saal seines Gasthauses nachholen könne.

1880 – Hugo Alois von Maffei, Mitbegründer der Allianz-Versicherung

München * Joseph Anton Ritter von Maffei's Neffe und Nachfolger, Hugo Alois von Maffei, gehört zu den Gründern der Bayerischen Rückversicherungsgesellschaft, aus der später die Allianz-Versicherung hervorgeht.

1880 – Antisemitismus wird gesellschaftsfähig

München * In den 1880er-Jahren entstehen zahlreiche antisemitische Vereine, Zeitungen und Parteien. Die Judenfeindschaft wird zunehmend gesellschaftsfähig. Gleichzeitig verbreiten sich pseudowissenschaftliche Rassentheorien, die Juden als „minderwertig“ darstellen. Je erfolgreicher und sichtbarer die jüdische Gemeinde Münchens wird, desto stärker werden auch die antisemitischen Gegenreaktionen.

1880 – Aus dem Zengerbräu wird die Aktienbrauerei Bürgerliches Bräuhaus

München-Haidhausen * Der Zengerbräu wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und gleichzeitig in Aktienbrauerei Bürgerliches Bräuhaus München umbenannt.

1880 – Die Firma Franz Kathreiner‘s Nachfolger beschäftigt 37 Personen

München-Graggenau * Die Firma Franz Kathreiner‘s Nachfolger beschäftigt 37 Personen.

1880 – Es kommt zum Konflikt mit Edouard Otlet

München * Die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ stellt einen deutschen Geschäftsführer ein. Doch die weitere Handlungsweise des Stadtmagistrats ist maßgeblich

gesteuert von seiner Verärgerung über Otlets Geschäftsgebaren, aber auch von dem im gesamten Deutschen Reich aufkeimenden Nationalismus und der ständig wachsenden Erbfeindschafts-Hysterie gegenüber Frankreich. Hinzu kommt aber auch, dass die Münchner Stadträte nicht nur den Erfolg des Unternehmens erkannt haben, sondern darüber hinaus auch die sozialpolitische und stadtplanerische Bedeutung der Straßenbahn. Es kommt zum Konflikt mit Edouard Otlet mit der Folge, dass der Magistrat der belgisch-französischen Gesellschaft die Konzession versagt.

1880 – Josefine Hierl heiratet den Bauunternehmer Jakob Heilmann

München * Josefine Hierl, Tochter aus der Zengerbräu-Familie, heiratet den Bauunternehmer Jakob Heilmann. Die Verbindung mit der vermögenden Brauerfamilie Hierl stärkt Heilmanns wirtschaftliche Grundlage und schafft günstige Voraussetzungen für die Verwirklichung seiner ambitionierten Projekte im Hochbau und in der Stadtentwicklung. Jakob Heilmann entwickelt sich in den folgenden Jahrzehnten zu einem der bedeutenden Münchner Bauunternehmer und prägt mit seinen Projekten die bauliche Entwicklung der wachsenden Stadt entscheidend mit.

1880 – Die Kirchengemeinde Lehel erbt ein Grundstück

München-Lehel * Der Privatier Georg Herndl stirbt und vermacht der Kirchengemeinde ein Grundstück gegenüber der Klosterkirche. Vorsorglich hat Herndl eine Bedingung an die Erbschaft geknüpft. In seinem Testament heißt es, dass die Entscheidung über den Kirchenbau innerhalb einer Frist von fünf Jahren erfolgen muss, ansonsten fällt der Bauplatz an seine Erben zurück. Damit setzt der Verstorbene die Kirchenplaner und Entscheider gehöhrig unter Druck.

1880 – Die Münchner-Kindl-AG erwirbt die Singlspielerbrauerei

München-Au * Ein anonymes Finanzkonsortium erwirbt die Singlspielerbrauerei und betreibt sie unter dem Namen Münchner-Kindl-Aktiengesellschaft weiter. Die neue Leitung der Aktiengesellschaft vermehrt den Immobilienbesitz an der Rosenheimer Straße beachtlich. Der Bierausstoß kommt aber nicht über den einer mittleren Brauerei hinaus.

März 1880 – Behörden erwägen das Ende des Salvatorausschanks

München-Au * Die wiederkehrenden Ausschreitungen auf dem Zacherlkeller, auf dem während der Fastenzeit Salvatorbier ausgeschenkt wird, beunruhigen zunehmend die Behörden. Angesichts von Trunkenheit, Schlägereien und Maßkrugwürfen wird ernsthaft erwogen, den stark besuchten Ausschank vollständig zu untersagen. Zur Begründung verweist man auf die Gefährdung der „öffentlichen Sicherheit, Sittlichkeit und Ordnung“. Im Raum steht sogar die Forderung, den „Massenausschank im Zacherlkeller ganz einzustellen“. Zu einem dauerhaften Verbot kommt es jedoch nicht. Die ungelösten Sicherheitsprobleme bestehen fort – und entladen sich 1888 in der sogenannten Salvatorschlacht.

30. Juli 1880 – Die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen kauft die Spießmühle

München-Au * Die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen, Wiesbaden, kauft die Spießmühle in der Au mit den dazugehörigen Wasserechten.

6. Oktober 1880 – Wiggerl Greiner wird im „Gasthaus zum Rheingold“ geboren

München-Isarvorstadt * Ludwig „Wiggerl“ Greiner wird in München geboren. Seine Eltern, Johann und Katharina Greiner, führen im „Henkergassl“, der heutigen Pestalozzistraße, das „Gasthaus zum Rheingold“. Dort wächst Wiggerl inmitten des lebhaften Wirtshausbetriebs auf.

27. Oktober 1880 – Aus Zengerbräu wird Bürgerliches Bräuhaus

München-Haidhausen * Der Zengerbräu wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Der ursprünglich vorgesehene Name „Erste Münchner Aktienbrauerei“ steht jedoch nicht mehr zur Verfügung, da Löwenbräu bereits seit 1872 als Aktiengesellschaft besteht. Das Unternehmen firmiert deshalb fortan als „Aktienbrauerei Bürgerliches Bräuhaus München“.

12. November 1880 – Öffentlicher Protest gegen den Antisemitismus

Deutsches Reich * 75 bedeutende Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker veröffentlichen die „Notabeln-Erklärung“ gegen den Antisemitismus. Sie verteidigen die Gleichberechtigung der Juden.

18. November 1880 – Franz Xaver Schmederer kauft den Anger auf dem Nockherberg

München-Au * Da Franz Xaver Schmederers Wunsch nach Alleineigentum des Angers auf dem Nockherberg immer intensiver wird, so einigt er sich schließlich mit seinem Onkel Ludwig. Die Villa ist zunächst nur als Salettl [= Gartenhaus] geplant, da Franz Xaver Schmederer in der Nähe seiner Brauerei und des Bierkellers ein ganzjährig bewohnbares Heim haben will. Doch dann wird er schwer krank, muss die Brauerei an die Aktiengesellschaft verkaufen und zieht sich danach zur Genesung in sein Salettl - sozusagen aufs Land - zurück.

1881 – Übergang an einen neuen Eigentümer

München-Haidhausen * Der Brauer Balthasar Füger verkauft den mittlerweile in eine Aktiengesellschaft umgewandelten „Fügerbräu“ an seinen Nachfolger, einem Herrn Geyer.

22. März 1881 – Graf von Schack erhält die Münchner Ehrenbürgerschaft

München * Um Graf Adolf Friedrich von Schack bei Laune zu halten, wird ihm die Münchner Ehrenbürger-Würde angetragen.

21. April 1881 – Franz Xaver Schmederer erwirbt die Nockhergartenwirtschaft

München-Au * Franz Xaver Schmederer erwirbt die Nockhergartenwirtschaft zu alleinigem Eigentum, nachdem die Brauerei der Gebrüder Schmederer in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist, und vereinigt sie mit weiteren Grundstücken.

21. Mai 1881 – „Das Münchener Aquarium“, Münchens erstes Panoptikum, wird eröffnet

München-Hackenviertel * Mit dem „Münchener Aquarium“ öffnet das erste stationäre „Panoptikum“ Münchens. Das Etablissement befindet sich am Färbergraben 24 und wird von Johann Baptist Gassner geführt. Vom Vestibül führen Treppen in die einzelnen Sammlungen. Die namengebende Attraktion - das Aquarium - befindet sich im Untergeschoss des Anwesens. Der Raum ist als Tropfstein-Grotte gestaltet und kühl, „wie wenn man zur Sommerzeit in des Tannenwaldes Schatten tritt“. Im Vorderteil befinden sich die Süßwasserbecken, im Mittelbau folgen die Meerwasser-Aquarien. Im Kontrast zum Unterwassererlebnis des Aquariums bietet dem Besucher der Ausstellungssaal im Erdgeschoss ein ganz anderes Ambiente. Der Saal ist salonartig mit Kronleuchtern eingerichtet. An der Wand entlang und zwischen den Fenstern sind

Affen- und Vogelkäfige aufgestellt, die jeder für sich in Architektur und Dekoration ein separates Schauereignis bieten. In einem mit Maschendraht verkleideten Rundtempel sind auf einem dekorativen blätterlosen Baum exotische Vögel zu besichtigen. Im großen Saal im ersten Obergeschoss sind „raffinierte und spektakuläre Produkte menschlicher Kunstfertigkeit“ untergebracht. Das Angebot reicht von alten chinesischen Skulpturen, historischen Waffen, ausgestopften Tieren, Spieluhren bis hin zu mechanischen und automatischen Maschinen. Eine besondere Attraktion ist ein Telefon, das in Zeitungsinseraten von J. B. Gassner extra beworben wird. Ein weiterer Höhepunkt der Ausstellung ist ein elektrisches Harmonium, das verschiedene, über den Raum verteilte Instrumente und Geräuschquellen in Gang setzen kann. Gassner will damit „Eine Reise um die Welt“ inszenieren. Und gefühlt dann noch Hunderte andere Ausstellungsstücke, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. In der zweiten Etage befindet sich zur Unterhaltung und zum Zeitvertreib das Panoptikum. Neben anderen Ausstellungsstücken wie den Zauberspiegeln, sind hier humorvolle, aber auch märchenhafte Szenen mit Wachsfiguren aufgebaut. So beispielsweise das „Rotkäppchen und der böse Wolf“, „Drei Polizeiwidrige Gestalten“ oder „Die Klatschweiber“. Hier sind zwei Frauen wegen „Klatschereien“ in eine Geige gelegt worden. Damit sie sich gegenseitig nicht kratzen konnten, werden ihre Hände in besondere Löcher gesteckt und mit einem Schloss versperrt. Zum Abschluss gibt es noch eine Sammlung von „Totenmasken berühmter Persönlichkeiten“ zu sehen. Das Angebot reicht von Napoleon I. bis Martin Luther, von Isaac Newton bis Ludwig van Beethoven. Im Erdgeschoss ist das Restaurant untergebracht, in dem man „noch ein Stündchen in trautem Gespräch bei einem Glas Spatenbier das Gesehene am Geistesauge vorbeiziehen lassen.“ Hier befindet sich auch der Ausgang. Zurück in die Sammlung ist nicht mehr möglich.

1882 – Im Haus in der Reichenbachstraße 13 ist ein Gastwirtschaft untergebracht

München-Isarvorstadt * Im Haus in der Reichenbachstraße 13, in dem sich heute die Deutsche Eiche befindet, ist ein Gastwirtschaft untergebracht. Der Name Deutsche Eiche entstand nach der Reichsgründung 1870/71 und sollte „Nationalstolz sowie Recht und Ordnung“ demonstrieren.

März 1882 – Die Trambahn AG darf die Pferdebahn konkurrenzlos betreiben

München * Die Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft bekommt das Recht zugesichert, die Pferdebahn konkurrenzlos zu betreiben. Deshalb wird Michael Zechmeister - gegen eine Abfindung in Höhe von 15.000 Mark - im März 1882 verpflichtet, seine Omnibus-Linien zugunsten der schienengebundenen Pferdestraßenbahn einzustellen.

27. Juli 1882 – Die Neugründung einer Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft

München * Edouard Otlets Pferdebahn-Unternehmen agiert sehr erfolgreich und erwirtschaftet zwischen 1878 und 1882 jährlich einen Überschuss von 290.000 Mark, doch die Spannungen mit dem Magistrat haben sich verstärkt. Die Stadt München erzwingt die Auflösung der Brüsseler „Société Anonyme des Tramways de Munich“ und die Neugründung einer Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft. Das geschieht unter der Beteiligung des Privatbankiers und Löwenbrauerei-Mitbesitzers Baron Wilhelm von Flick, der zuvor bei Pariser Banken Aktien des belgischen Unternehmens aufgekauft hat.

15. August 1882 – Die Attraktivität des neuen Kommunikationsmittels Telephon

München * Die Bedenken der Landesregierung sind ausgeräumt, nachdem die Menge der eingegangenen Anmeldungen die Attraktivität des neuen Kommunikationsmittels Telephon bewiesen haben. Der erste Auftraggeber ist der Verleger und Schriftsteller Dr. Georg Hirth. Ihm folgen weitere Geschäftsleute.

25. August 1882 – Die Trambahn-AG verpflichtet sich zum Bau von acht neuen Strecken

München * Die Gesellschafter der Münchner Trambahn AG sehen sich noch im Übernahmejahr gezwungen, ihr Betriebskapital durch die Herausgabe weiterer Aktien von zwei auf 3,3 Millionen Mark zu erhöhen. Die Aktiengesellschaft hat sich nämlich verpflichtet, zu den bestehenden drei Strecken acht neue zu bauen.

16. September 1882 – Die erste deutsche Elektrizitätsausstellung im Münchner Glaspalast

München-Maxvorstadt * Aufgrund einer Initiative Oskar von Millers, dem späteren Gründer des Deutschen Museums, findet im Münchner Glaspalast die erste deutsche Elektrizitätsausstellung statt. Neben der Bogenlampe, der Glühlampe und der Anwendung des Dynamos können die Münchner das Telephon als weitere technische Errungenschaft bewundern. Dieses neuartige Kommunikationsmittel findet in München großen Anklang und zählt bald zu den wichtigsten Einrichtungen jeder werdenden Großstadt.

1883 – Die Allotria schafft neue Perspektiven

München-Kreuzviertel * Die Künstlergesellschaft Allotria findet auf der Suche nach einem geeigneten Treffpunkt einen Ort an der ehemaligen Stadtmauer. Dort steht das historische Hofbrunnenhaus „Beim Leinfelder“, ein Relikt der früheren Hofleinwandkammer. Der Architekt und Kunsthandwerker Lorenz Gedon entwirft ein Vereinshaus, das ganz auf die Bedürfnisse der Künstler zugeschnitten ist – mit Ateliers, Gesellschaftsräumen und Raum für das gesellige Vereinsleben. Durch die Initiative des langjährigen Allotria-Präsidenten und Malerfürsten Franz von Lenbach gewinnt auch das Projekt eines Münchner Künstlerhauses entscheidend an Dynamik. Die Stadt München und das Königshaus überlassen der Künstlerhauskommission ihre Grundstücke am Maximiliansplatz zu einem symbolischen Kaufpreis. Darüber hinaus stellt die Stadt einen Zuschuss zu den Baukosten bereit und schafft damit die finanzielle Grundlage für die weitere Planung.

1883 – Johann Valentin Fey führt das Möbeltransport-Geschäft Falk & Fey selbst

München-Au * Johann Valentin Fey führt das Möbeltransport-Geschäft Falk & Fey in eigener Regie.

1883 – Vorgetäuschte Pannen für Stammkunden

München * Zur Schonung der Pferde darf mit den weiß-blau gestrichenen Trambahnwagen nur noch an den hierfür bestimmten Stellen gehalten werden. Das Fahrpersonal ermöglicht aber Stammkunden - durch vorgetäuschte Pannen - das Einsteigen vor ihrem Haus. Außer bei Zusammenstößen gibt es bei den Pferdebahnen keinerlei Betriebsbehinderungen. Bei Hindernissen im Gleis hebt man den Wagen aus den Schienen und fährt darum herum. Das Fahrpersonal der Pferdebahn rückt morgens mit dem Wagen aus- und spät abends wieder ein. Die Mittagspause wird durch vorzeitiges Ankommen und verspätetes Abfahren von der Endstation erreicht. Bei manchen Linien verlässt der Kutscher an einer nahe der Endhaltestelle gelegenen Wirtschaft den Wagen und lässt den Kondukteur alleine weiterfahren. Auf der Rückfahrt geht dann der Kondukteur zum Essen. Den Pferden kann jedoch eine zwölf- bis dreizehnstündige Dienstschicht nicht zugemutet werden. Sie werden daher alle zwei bis zweieinhalb Stunden ausgewechselt. In einer Schicht sind also sechs Pferde pro Wagen erforderlich. Nach fünf bis sechs Jahren sind die Pferde dienstuntauglich. Der Zeittakt der ersten Münchner Pferdetrambahn ist fast attraktiver als beim heutigen öffentlichen Nahverkehr. Außer mittags und abends verkehrt die Pferdebahn im Fünf-Minuten-Takt, die restliche Zeit zwischen 7:30 Uhr und 21:30 Uhr fährt die Bahn immerhin noch alle zehn Minuten. Das privatrechtlich organisierte Unternehmen orientiert ihren Linienausbau allerdings ausschließlich

an den zu erwartenden Gewinnaussichten. Die Pferdebahn fährt daher nur in dicht besiedelte Stadtteile - und auch nur dorthin, wo Bürger leben, die sich eine Fahrt mit dem weiß und blau gestrichenen Wägelchen leisten können.

1883 – Das Fahrrad ist ein Luxusartikel

München * Das Fahrrad ist ein Luxusartikel. Es kostet um die fünfhundert Mark. Das „Rad fahren“ ist ein Modesport und ein Privileg wohlhabender bürgerlicher Kreise, „die darin ein Mittel sahen, sich gegen die 'niederen Schichten' des Volkes abzusetzen“. Durch steigende Produktionszahlen und Rationalisierung in der Herstellungstechnik sinken die Preise und das Fahrrad wurde zum Gebrauchsgegenstand. Obwohl „die Arbeiterschaft im Allgemeinen (...) eine ausgesprochene Abneigung diesem neuen Verkehrsmittel gegenüber an den Tag legte - sie betrachtete das Radfahren als einen Sport für Bourgeoisjünglinge“ - wird das Fahrrad für sie nun zum Gebauchsgegenstand, mit dem sie den täglichen Arbeitsweg wesentlich schneller bewältigen können.

1883 – Oskar von Miller verlässt München in Richtung Berlin

München - Berlin * Oskar von Miller verlässt München. In Berlin nimmt er die Aufgabe eines Technischen Direktors bei der Deutschen Edison-Gesellschaft, der späteren Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft - AEG, wahr. Seine Hauptaufgabe besteht im Bau elektrischer Zentralstationen zur Versorgung kleiner Stadtbezirke.

März 1883 – Frühes Ausschankende und Musikverbot

München-Au * Da die bisherigen Maßnahmen keine dauerhafte Besserung bringen, verschärfen die Behörden erneut die Vorschriften für den Salvatorausschank. Die Bierausgabe muss nun bereits um 19.30 Uhr enden. Für den Eröffnungstag gilt außerdem ein vollständiges Musikverbot. Dahinter steht die Überlegung, dass ohne die beliebte „Salvatormusik“ auch das begleitende Johlen, Pfeifen und Singen abnimmt. Tatsächlich unterbleibt dadurch weitgehend das rhythmische und ohrenbetäubende Schlagen mit Bierkrügen und Stöcken. Die Stimmung heizt sich deutlich weniger auf. Der Vorschlag, das Musikverbot auf sämtliche Sonn- und Feiertage auszudehnen, findet bei der Polizeidirektion jedoch keine Zustimmung. Dagegen sprechen auch die wirtschaftlichen Interessen der Brauerei: Sie befürchtet, dass eine gedämpfte Stimmung die Trinkfreude und damit den Bierumsatz vermindert.

5. April 1883 – Der Landtag beschäftigt sich mit den königlichen Schulden

München-Kreuzviertel * Der 30. Landtag dauert vom 5. April 1883 bis zum 1. Juli 1886 und steht ganz im Zeichen der wachsenden Schulden des Märchenkönigs Ludwig II. auf Grund seiner Schlösserbauten. Weitere Themen sind die Entmündigung sowie der Tod Ludwigs II..

1. Juli 1883 – Jeder muss sich um eine Konzession bemühen

München * Mit dem Ergänzungsparagraphen 33a der Gewerbeordnung müssen Personen, die „gewerbsmäßig Singspiele, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen oder theatralische Vorstellungen“ öffentlich veranstalteten, „ohne Rücksicht auf die etwa bereits erwirkte Erlaubnis zum Betriebe des Gewerbes“, um eine gesonderte Erlaubnis dafür nachzusuchen. Das bedeutete, dass nicht nur der Besitzer und damit Betreiber der Singspielhalle, sondern auch der Direktor der Singspielhalle und der Direktor der Volkssänger-Gesellschaft eine Konzession benötigt. Außerdem muss jeder Unterhaltungskünstler für jede Stadt, in der er auftritt, eine ortspolizeiliche Erlaubnis vorweisen.

23. August 1883 – Die Direktion der Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft

München-Lehel * Die Direktion der Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft kommt zunächst provisorisch im Café Metropol am Frauenplatz unter, bis sie am 23. August 1883 in dem neu errichteten Betriebshof an der Fabrikstraße, der heutigen Thierschstraße, eine neue Heimat findet.

1884 – Neuguinea erhält einen kaiserlichen Schutz

Neuguinea - Berlin * Mehrere Erwerbsverträge“für den Erwerb von Neuguinea werden abgeschlossen, mit denen ein Gebiet von mehr als 200.000 Quadratkilometern für die Gesellschaft abgesichert werden können. Es erhält einen kaiserlichen Schutz, weshalb die deutsche Flagge über Neuguinea gehisst werden kann.

28. März 1884 – Carl Peters gründet die Gesellschaft für deutsche Kolonisation

Berlin * Carl Peters gründet die Gesellschaft für deutsche Kolonisation, in der überwiegend kleine

Gewerbetreibende, Offiziere und Beamte sowie kleinere und mittlere Kaufleute vertreten sind. Während der Deutsche Kolonialverein das gehobene Besitz- und Bildungsbürgertum repräsentiert, ist die Gesellschaft eher nationalistisch-rassistisch geprägt und steht in harter Konkurrenz zum Deutschen Kolonialverein.

28. März 1884 – Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft wird gegründet

Berlin * Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft wird gegründet, um eine deutsche Ackerbau- und Handelskolonien in Übersee zu errichten. Die deutsche Reichsregierung steht dem Projekt von Anfang an ablehnend gegenüber. Reichskanzler Otto von Bismarck spricht über das, was Peters der Regierung vorlegt abschätzig: „ein Stück Papier mit Neger-Kreuzen drunter“. Nachdem aber Carl Peters damit drohte, das Land an König Leopold von Belgien zu geben, lenkt Bismarck ein und lässt einen kaiserlichen Schutzbrief für die Erwerbungen der Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft ausstellen. Damit ist der Grundstein für die spätere Kolonie Deutsch-Ostafrika gelegt.

28. Oktober 1884 – Über das Kolonialfieber die Reichstagswahlen beeinflussen

Berlin * Reichskanzler Otto von Bismarck ändert seine Einstellung gegenüber der Kolonialpolitik in Hinblick auf die Reichstagswahlen aus innenpolitischen Gründen. Über das Kolonialfieber will Bismarck die am 28. Oktober angesetzten Reichstagswahlen zugunsten der regierungsfreundlichen Parteien zu beeinflussen, da die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie offen zu ihrer Kolonialgegnerschaft steht. Und tatsächlich verliert das linksliberale Lager, bestehend aus der Deutschen Fortschrittspartei, der Liberalen Vereinigung, der Deutschen Freisinnigen Partei und der Deutschen Volkspartei 41 Sitze im Reichstag und fällt von 115 auf 74 Mandate zurück. Unabhängig davon können die Sozialdemokraten - trotz der Behinderungen durch das Sozialistengesetz - ihre Mandate von 12 auf 24 verdoppeln.

15. November 1884 – Die Kongo-Konferenz legt die Abgrenzung der Besitzstände fest

Berlin * Im Reichskanzler-Palais in Berlin, dem ehemaligen Hôtel Radziwill, findet unter dem Vorsitz von Otto von Bismarck eine internationale Konferenz, bei der es um Lösungen von Konflikten geht, die im Zusammenhang mit dem Wettlauf um Afrika stehen. Dreizehn europäische Staaten, die USA und das Osmanische Reich beteiligen sich an der sogenannten Kongo-Konferenz. Es geht dabei um die Festlegung von Kriterien für die völkerrechtliche

Anerkennung von Kolonialbesitz. Immerhin waren in etwas mehr als zwei Jahrzehnten über zehn Millionen Quadratmeilen afrikanischen Bodens und mindestens einhundert Millionen Afrikaner unter europäische Herrschaft gelangt. Um die Besetzung der restlichen Gebiete und der abschließenden Abgrenzung der Besitzstände geht es auf dieser Konferenz. Das Ergebnis sind die wie mit dem Lineal gezogene Demarkationslinien, wobei die Grenzen oft quer durch die Lebensräume einheimischer Ethnien verlaufen. Afrika wird als herrenloses Land definiert, das nunmehr als Kronland und Eigentum europäischer Staaten an Kolonialgesellschaften, Konzessionäre und Siedler vergeben werden kann. Damit folgt die schrittweise Verdrängung der Eingeborenen aus ihren Wohn- und Lebensgebieten bis hin zur Eingrenzung in Reservate. Zu dieser Konferenz ist kein einziger afrikanischer Vertreter eingeladen worden und die Souveränitätsrechte der betroffenen Staaten werden schlicht ignoriert. Wozu auch, es geht doch den europäischen Mächten um so hehre Ziele wie den Zivilisationsauftrag und die Verbesserung der „sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“. Die Kongo-Konferenz endet mit der Verabschiedung einer Generalakte am 26. Februar 1885.

Januar 1885 – Die Au drängt auf eine eigene Isarbrücke

München-Au * Um die wirtschaftliche Entwicklung der Vorstadt Au zu fördern, wird der Antrag gestellt, eine Brücke über die Isar in Verlängerung der Corneliusstraße bis zum Mariahilfplatz zu errichten. Bereits beim Bau der Corneliusstraße ist ein solcher Brückenanschluss vorgesehen gewesen. Die Stadtverwaltung scheut jedoch die hohen Kosten, da neben dem Brückenbau auch umfangreiche Veränderungen am Flussbett und am Wehr erforderlich sind. Es wird eine Verbreiterung der Ludwigsbrücke vorgeschlagen und der neue Isarübergang südlich der Museumsinsel auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Bewohner der Au sind mit dieser Entscheidung unzufrieden, da sich die Verkehrsverhältnisse auf den Brücken und Zufahrtsstraßen weiter verschlechtern. Verschiedene Initiativen forderten deshalb seit Jahren zusätzliche Isarübergänge im Münchner Burgfrieden.

3. April 1885 – Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika übernimmt

Berlin - Deutsch-Südwestafrika * Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika übernimmt als Verwaltungsgesellschaft das von Adolf Lüderitz erworbene Land und ihre Verbindlichkeiten und Rechte, darunter vor allem auch die Bergbaurechte.

29. August 1885 – Weitere Schulden. Es muss etwas geschehen!

München * Finanzminister Emil von Riedel muss feststellen, dass König Ludwig II. inzwischen weitere sechs Millionen Mark Schulden aufgehäuft hat. Damit ist der Schuldenstand des Königs auf die wenig märchenhafte Summe von fast 14 Millionen Mark angewachsen. Johann von Lutz, der Vorsitzende des bayerischen Ministerrats stellt daraufhin - devot zwar im Ton, aber unmissverständlich in der Aussage - die Forderung nach Sanierung des königlichen Haushaltes. Er meint damit konkret die Unterbrechung des Schlösserbaus. Da aber König Ludwig II. keinerlei Verständnis für die Vorschläge zeigt, muss - auch in Hinblick auf den Ansehensverlust der Monarchie - etwas geschehen. Man hat zwar in Bayern das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie eingeführt und zusätzlich verschärft, aber dennoch das unaufhaltsame Anwachsen der Arbeiterbewegung nicht verhindern können.

1886 – Die Pschorrbrauerei erwirbt die Wirtschaft des Johann Georg Messerer

München-Au * Die Pschorrbrauerei erwirbt die ehemalige Wirtschaft des Johann Georg Messerer.

1886 – Joseph Selmayr jun. übernimmt den Hansmarterhof

Bogenhausen * Joseph Selmayr jun., der Bürgermeister von Bogenhausen, übernimmt den Hansmarterhof. Neben der Landwirtschaft betreibt er noch Ziegeleien an der Ismaninger Straße. 16,7 der 22,4 Hektar (~ 75 Prozent) Grund des entstehenden Villenviertels gehören Joseph Selmayr.

1886 – Die Firma Gebrüder Schmederer wird eine Aktiengesellschaft

München-Au * Die Firma Gebrüder Schmederer wird eine Aktiengesellschaft.

1886 – Ludwig Thoma studiert Forstwirtschaft und Jura

München - Erlangen * Ludwig Thoma studiert zunächst Forstwirtschaft, dann Jura in München und Erlangen. Er gehört der schlagenden Studentenverbindung Suevia an.

1886 – Buffalo Bill hält sich mit seiner Wildwest-Schau in München auf

München - München-Untergiesing * William Frederick Cody, besser bekannt unter seinem Pseudonym Buffalo Bill, hält sich mit seiner Wildwest-Schau in München auf. Die Münchner sind begeistert von den „tollkühnen Zugstücken“, worunter man die Reiterkünste bei einem nachgespielten Überfall auf einen Eisenbahnzug versteht. In der Schau treten neben der „ritterlich schönen Erscheinung“ Buffalo Bills noch nordamerikanische Indianer und mexikanische Baqueros auf. Die Zuschauer schwärmen von den „Künsten der Naturreiter“ und ihren „wahrhaft schönen und sicheren Sitz und ihrer prächtigen Haltung“ und vom Anblick der Indianer, „deren nackte, ebenmäßige Glieder so bunt bemalt sind, als trügen die braunen Herrschaften grellfarbene Tricots“.

1886 – Fleischer erschafft das Gemälde „Schichtwechsel beim Bau des Gotthardtunnels“

München - Berlin * Ernst Philipp Fleischer erschafft das Gemälde „Schichtwechsel beim Bau des Gotthardtunnels“, das in München und Berlin ausgestellt wird und das sich heute in der Nationalgalerie Berlin befindet. Dieses Werk gilt als Auslöser für die späteren Panorama-Aufträge, die er von englischen und schottischen Gesellschaften erhält.

23. März 1886 – Ein Gutachten soll die Geisteskrankheit des Königs beweisen

München * Da König Ludwig II. kein Verständnis für die Forderungen nach Sanierung des königlichen Haushalts aufbringt und er sich auch sonst als beratungsresistent zeigt, beauftragt der Bayerische Ministerpräsident Freiherr Johann von Lutz den Psychiater und Leiter der Kreisirrenanstalt von München und Oberbayern, Dr. Bernhard von Gudden, mit der Erstellung eines wissenschaftlichen Gutachtens, das die Geisteskrankheit und Handlungsunfähigkeit des Königs beweisen soll. Vor der Erteilung des Auftrags muss der Ministerpräsident aber erst die Einwilligung des Hauses Wittelsbach einholen. Und nachdem Ludwigs Bruder Otto wegen seiner Geisteskrankheit als Verhandlungspartner ausscheidet, wendet sich der Regierungschef an dessen Onkel, den Prinzen Luitpold. Dieser gibt nach langem Zögern seine Zustimmung, hätte es aber lieber gesehen, wenn sein Neffe von sich aus abdanken würde. Mit Reichskanzler Otto von Bismarck wird über das weitere Vorgehen gegen König Ludwig II. Einvernehmen hergestellt, um jede mögliche Intervention und Missbilligung Preußens und des Deutschen Reiches auszuschließen.

1. Mai 1886 – Am Haymarket in Chicago kommt es zu blutigen Straßenkämpfen

Chicago * Am Haymarket in Chicago kommt es zu blutigen Straßenkämpfen mit der Polizei. In der Folge werden acht Gewerkschaftsführer verhaftet und nach einer konstruierten Anklage zum Tode verurteilt. Vier davon werden auch hingerichtet.

7. Juni 1886 – Die entscheidenden Schritte zur Entmündigung werden eingeleitet

München * In den Ministerrats-Sitzungen vom 7., 8. und 9.Juni 1886 werden - unter dem Vorsitz des Bayernprinzen Luitpold - die entscheidenden Schritte zur Entmündigung von König Ludwig II. und der Übernahme der Regentschaft durch Prinz Luitpold in die Wege geleitet.

8. Juni 1886 – Professor Bernhard von Gudden attestiert eine unheilbare Paranoia

München * Professor Dr. Bernhard von Gudden und drei weitere Ärzte attestieren König Ludwig II. - rund zehn Wochen nach Auftragserteilung - eine sehr weit fortgeschrittene und unheilbare Paranoia. Sie stützen sich dabei im Wesentlichen auf Aussagen der Hofbediensteten und ohne mit dem Patienten auch nur ein einziges Wort gesprochen zu haben. Mit dem psychiatrischen Gutachten sind aber die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Beendigung der Regentschaft von König Ludwig II. gegeben. Ludwigs Onkel, Prinz Luitpold, erklärt sich nach längerem Zögern und Zaudern zur definitiven Übernahme der Regentschaft - nach der Entmündigung des Königs - bereit und verständigt noch am selben Tag die größeren deutschen Souveräne und Kaiser Franz Joseph von Österreich.

9. Juni 1886 – Die Ministerkonferenz stellt die Regierungsunfähigkeit des Königs fest

München * Prinz Luitpold lädt zur Ministerkonferenz ein, auf der die Regierungsunfähigkeit des Königs festgestellt, seine Entmündigung vollzogen und dem Einladenden die Regentschaft - vorbehaltlich der Unterrichtung des Landtags - übertragen wird. Zur Wahrung der privatrechtlichen Interessen des Märchenkönigs Ludwig II. setzt man die Grafen Clemens Maria von Toerring-Jettenbach und Max von Holnstein als Vormund ein.

10. Juni 1886 – Prinzregent Luitpold unterzeichnet die Regentschaftsproklamation

München * Die Regentschaftsproklamation des Prinzen Luitpolds wird vom Gesamtministerium gegengezeichnet. Der 65-jährige Luitpold von Bayern wird damit zum

Verweser des Königreichs Bayern, oder kurz gesagt zum Prinzregenten. In der Zwischenzeit hat sich eine elfköpfige „Fang-Kommission“ - unter Beteiligung des Ministers Krafft Freiherr von Crailsheim, der Vormünder, Dr. Bernhard von Gudden und anderen - auf den Weg nach Schloss Neuschwanstein gemacht. Sie sollen den König von seiner Regierungsunfähigkeit und der Übernahme der Regentschaft durch Prinz Luitpold unterrichten und ihn in irrenärztliche Pflege übernehmen. Der rechtzeitig informierte König Ludwig II. lässt die Kommission von Gendarmen aus Füssen festnehmen. Erst am Nachmittag, nachdem sich die Regentschaftsproklamation Luitpolds auch in Füssen herumgesprochen hat, werden die Gefangenen wieder freigelassen.

14. Juni 1886 – Prinz Luitpold tritt auch die Regentschaft für König Otto I. an

München - Schloss Fürstenried * Nachfolger auf dem Thron des Märchenkönigs und damit Bayerns fünfter König wird dessen 38-jähriger, schwer geisteskranke, seit dem 16. März 1878 entmüdigte und seit März 1880 in Schloss Fürstenried weggesperrte Bruder Otto I.. Er wird offiziell zum König proklamiert, wobei man die feierliche Ausrufung durch einen Herold allerdings unterlässt. Pro forma werden aber die Truppen auf den neuen König Otto I. vereidigt. Obwohl er den Königstitel seit dem Tag seiner Proklamation bis zu seinem Lebensende - am 11. Oktober 1916 - trägt, wird er in den bayerischen Geschichtsbetrachtungen kaum erwähnt. Otto ist dreißig Jahre lang bayerischer König; so lange wie kein anderer Wittelsbacher. Der um drei Jahre jüngere Bruder des Märchenkönigs ist allerdings wegen „schwerer und unheilbarer geistiger Umnachtung“ nicht in der Lage, die Regierungsgeschäfte wahrzunehmen. Ein von drei unabhängigen Ärzten verfasstes und in Einstimmigkeit unterzeichnetes Gutachten „über den Geisteszustand seiner Majestät Otto I. von Bayern“ kommt zu dem abschließenden Ergebnis, dass „Seine Majestät Otto I. König von Bayern in Folge langjähriger und unheilbarer Geistesstörung als verhindert an der Ausübung der Regierung zu betrachten sei, und daß diese Verhinderung mit Bestimmtheit für die ganze Lebenszeit andauern werde“. Auch der „Besondere Ausschuß der Kammer der Reichsräte“ befasst sich mit dem Gesundheitszustand des fünften Bayernkönigs. Deshalb tritt Prinz Luitpold auch die Regentschaft für König Otto I. an und damit in die in der Bayerischen Verfassung aus dem Jahr 1818 vorgesehene Regelung der Reichs-Verwesung ein. Diese ist vorgesehen, „während der Minderjährigkeit des Monarchen“ oder „wenn derselbe an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit verhindert ist, und für die Verwaltung des Reichs nicht selbst Vorsorge getroffen hat, oder treffen kann“. Der Regent unterzeichnet als „des Königreichs Baiern Verweser“ oder - populär ausgedrückt - als Prinzregent. Die Bayerische Verfassung schließt also die Thronfolge trotz der gegebenen Regierungsunfähigkeit nicht aus.

15. Juni 1886 – König Otto I. wird die Thronfolge- und Regentschaftsproklamation verlesen

Schloss Fürstenried * Oberhofmarschall Ludwig Freiherr von Malsen und General Siegmund Freiherr von Pranckh besuchen den neuen König Otto I. und melden ihm den Tod seines Bruders Ludwig. II.. Otto zeigt keine Regung auf die Todes-Nachricht. Danach wird ihm die Thronfolge- und Regentschaftsproklamation verlesen. Er freut sich offensichtlich darüber, künftig mit Majestät angesprochen zu werden. Ob er jedoch die Nachricht in Gänze begriffen hat, wird schon damals bezweifelt.

17. Juni 1886 – Geheimes Protokoll über den Gesundheitszustand König Ottos I.

München * In einem geheimen Protokoll wird über den Gesundheitszustand des fünften bayerischen Königs das Nachfolgende ausgeführt: „Der Zustand seiner Majestät des Königs Otto sei ein solcher, daß auch der Laie die Regierungsunfähigkeit zu bestätigen vermöge. Das Leiden hat seinen Anfang genommen [...] wie bei Seiner Majestät König Ludwig. Zuerst seien Seine Majestät König Otto zur Führung einer längeren Conversation befähigt gewesen, jetzt könnten sich Seine Majestät gar nicht mehr artikuliert ausdrücken, wenn auch ein gewißes Verständnis und Erkennungsvermögen bestehe. Wenn Ihre Majestät die Königinmutter oder ein Curator das Schloß Fürstenried besuche, so erkennen Seine Majestät dieselben, lachen und springen davon, weil Seine Majestät außer Stande sind, zusammenhängend zu sprechen.“
Und an einer anderen Stelle der gleichen Protokollnotiz steht geschrieben: „Hienach finden sich bei Seiner Majestät König Otto bald Exaltations-, bald Depressions-Zustände mit Aufregungen, lebhaften Sinnestäuschungen, zuckende Bewegungen, Wahnideen sowie Geistesschwäche vor, und ist dieser Zustand als ein unheilbarer zu erachten.“

21. Juni 1886 – Die Kammer der Reichsräte stimmt der fortgesetzten Regentschaft zu

München-Kreuzviertel * Die Kammer der Reichsräte gibt seine Zustimmung zu der für König Ludwig II. übernommenen und für den geisteskranken König Otto I. fortzusetzende Regentschaft durch den Prinzen Luitpold.

26. Juni 1886 – Auch die Abgeordnetenkammer stimmt der fortgesetzten Regentschaft zu

München-Kreuzviertel * Die Kammer der Abgeordneten erteilt seine Zustimmung zu der für König Ludwig II. übernommenen und für den geisteskranken König Otto I. fortzusetzende

Regentschaft durch den Bayernprinzen Luitpold.

1887 – Die Allotria bekommt ein neues Vereinsheim

München-Maxvorstadt * Das Vereinshaus „Beim Leinfelder“ genügt den Anforderungen der Künstlergesellschaft Allotria nicht mehr. Gabriel von Seidl errichtet deshalb in der Barer Straße ein neues Vereinsheim, das als „Weißes Lamm“ bekannt wird.

1887 – Das Gartenlokal Rosenau wird eröffnet

Milbertshofen * Die Rosenau, ein Gartenlokal in der Schleißheimer Straße 128, wird eröffnet. Es wird besonders an den Wochenenden von Soldaten und ihren Liebschaften frequentiert.

1887 – Kommentierte Berichte der Fabrikinspektoren

München * Dr. Bruno Schoenlank, Vordenker in der SPD, kommentiert die Berichte der Fabrikinspektoren in seinem Buch „Zur Lage der arbeitenden Klasse in Bayern“, das während der Zeit der Sozialistengesetze verboten ist, wie folgt: „[...] Das harte Werk, der lange Arbeitstag, der in den oberbayerischen Ziegeleien, diesen Musteranstalten rücksichtslosester Ausbeutung der Arbeitskraft herrscht, ist vom Fabrikinspektor oft genug denunziert worden. Aber was nützt es? Die Herren Ziegeleibrenner lassen sich, um den einheimischen Arbeitern die Lebenshaltung noch tiefer als sie bereits steht, herabzudrücken, beständig neue Waggonladungen italienischer Kulis von ihren Lieferanten aus dem Lande kommen, wo die Citronen und die Schmutzconkurrenz blüh‘n. So nimmt es Keinen, der die Verhältnisse selbst zu beobachten Gelegenheit gehabt, Wunder, wenn es über die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Kinderarbeit von den Ziegeleien heißt: ‚In einer namhaften Zahl derartiger Anlagen, die ich im Berichtsjahr theils zum erstenmale, theils nach mehrjähriger Zwischenpause besucht habe, fanden sich nicht einmal die Arbeitsbücher und man war anscheinend entweder noch in völliger Unkenntniß der die jugendlichen Arbeiter betreffenden Vorschriften, oder man hat sie mangels genügender Controle einfach außer Acht gelassen. Das behufs dieser Mißstände weiter Erforderliche ist eingeleitet‘. Mangel an Controle, weil Mangel an Aufsichtspersonal, und darum eine Gesetzesverletzung nach der anderen, begangen durch die sittenstrengen Stützen der bürgerlichen Gesellschaft, die Moral, Ehrbarkeit, Gesetzlichkeit und Schutz nationaler Arbeit in Erbpacht haben, ferner Unkenntnis der Gesetze, d.h. derjenigen, die den Profit der Kapitalisten ein wenig zu beschneiden bestimmt sind. O diese unschuldvollen, ahnungslosen Engel von

Kapitalisten!“

August 1887 – Münchens neue Hauptsynagoge prägt das Stadtbild

München-Kreuzviertel * Im Sommer 1887 können die Außen- und Innenarbeiten an der Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7 abgeschlossen und der Sakralbau seiner Bestimmung übergeben werden. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbstständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Das „Münchener Tagblatt“ vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmückkästchen München“ nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ sei. „Besonders markant und in die Augen springend ist der Turm, der an der westlichen Front über der Vorhalle des Männerraumes und einem Teile der Frauen-Empore errichtet ist. Den Hauptteil der Synagoge bildet der dreischiffige, in 5 Joche gegliederte Hallenbau, der bei einer Länge von 50 Metern rund 30 Metern Breite hat. Das Mittelschiff hat eine Höhe von 18 Metern, die Seitenschiffe von 15 Metern.“ Über die Ausgestaltung im Inneren schreibt der Rabbiner Leo Baerwald: Sie ist „von wohtuender Harmonie in Farbe und Proportionen und wirkt, ohne überladen zu sein, prächtig, da die Synagoge sonst Schlichtheit ausweist“. Und tatsächlich entstand mit der neuen Synagoge ein Bauwerk, das das gewachsene Selbstverständnis der jüdischen Gemeinde Münchens für jedermann weithin sichtbar macht. Das imposante Bauwerk an prominenter Stelle ist ein Symbol und die stolze Demonstration der Zugehörigkeit der jüdischen Mitbürger zur Münchner Stadtgesellschaft. Die nichtjüdische Gesellschaft hat die jüdische Religiosität und Kultur inzwischen weitgehend respektiert. Bis zur Akzeptanz ist es allerdings noch ein weiter Weg. Das zeigt auch die Formensprache der Synagoge. War schon das Gebäude an der Westenriederstraße äußerlich ein schlichtes, architektonisch unauffälliges Gotteshaus, so lehnt sich auch der Neubau in seiner gestalterischen Orientierung stark an christliche Sakralbauten an. Selbst wenn das Bauwerk beeindruckender ausfiel, so musste die Israelitische Kultusgemeinde dennoch weitgehend auf eine eigenständige architektonische Ausdrucksweise verzichten.

September 1887 – Der Steyrer Hans zieht mit festlich geschmückten Wagen zur Wiesn

München-Theresienwiese * Der Steyrer Hans zieht mit festlich geschmückten Wagen zur Theresienwiese. Er selbst fährt mit seiner Familie im Vierspänner, es folgen sieben Zweispänner, beladen mit Musikanten sowie Schank- und Bedienungspersonal. Der Aufzug beginnt am Restaurant Steyrer Hans in der Tegernseer Landstraße in Obergiesing. Nach einem Umtrunk im Schneider Weißen im Tal wird Steyrers Wiesneinzug von der Polizei gestoppt. Ein

Gerichtsverfahren endet mit einer Geldbuße wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, was jedoch die Sympathie für den bayerischen Kraft-Athleten bei der Bevölkerung vermehrt. Das wiederum wirkt sich positiv aufs Geschäft aus. Damit ist der Steyrer Hans der Erfinder des Einzugs der Wiesnwirte.

16. September 1887 – Die neue Hauptsynagoge wird feierlich eingeweiht

München-Kreuzviertel * Um 17 Uhr erfolgt - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus. Architekt der Münchner Synagoge ist Albert Schmidt, der zuvor schon die Planungen für die protestantische Lukas-Kirche, die Deutsche Bank und den Löwenbräukeller ausgeführt hat. Der gesamte Kostenaufwand von über 1,5 Millionen Mark für die Kirche und das danebenstehende Gemeindehaus hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Jüdischen Kultusgemeinde bis an die Grenzen des Erträglichen belastet. Die Finanzierung des ehrgeizigen Bauvorhabens erfolgt in erster Linie durch Geld- und Sachspenden, aber auch durch den Verkauf von Betstühlen, die zwischen 200 und 1.700 Mark kosten. Der Preis richtet sich nach seinem Platz innerhalb des Sakralraums und der Nähe zur Heiligen Lade. Die neue Haupt-Synagoge entwickelte sich rasch zu einem Mittelpunkt des religiösen und kulturellen Lebens der Münchner Juden. Neben den Gottesdiensten wird das Haus auch für Konzerte und Vorträge genutzt. Das Anwachsen der Kultusgemeinde und der damit verbundene erhöhte Verwaltungsaufwand macht den Bau eines neuen Gemeindehauses notwendig.

1888 – Die Gambrinusbrauerei erhält den Namen Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Die „Gambrinusbrauerei“ an der heutigen Einsteinstraße 42 wird in „Unionsbrauerei“ umbenannt. Der wirtschaftliche Erfolg bleibt jedoch aus: Unter dem Eigentümer Geyer gerät der Betrieb in Schwierigkeiten, die Brauerei verfällt zunehmend und muss schließlich stillgelegt werden. Damit wird der Weg für die spätere Übernahme durch Joseph Schülein und seine Geschäftspartner frei.

1888 – Das Aktienkapital der Trambahn-AG wird angehoben

München * Das Aktienkapital der Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft wird auf 3,7 Millionen Mark angehoben.

1888 – Die Ausgestaltung der Frühlingsanlagen beginnt

München-Untergiesing - München-Au * Bis 1893 erfolgt die eigentliche, planmäßige Ausgestaltung der Frühlingsanlagen. Dabei wird das gesamte Gelände um den Kulturgarten als Bestandteil der Isaranlagen im spätlandschaftlichen Stil mit geschwungenen Wegen gestaltet.
Da mit der Zunahme der städtischen Grünflächen und Alleen die Stadtgärtendirektion ein erweitertes Aufgabengebiet erhalten hat, wird die Einrichtung einer Stadtgärtnerei und eines größeren Kulturgartens notwendig.

1888 – Das Weinrestaurant und Wiener Café Isarlust auf der Feuerwerkinsel

München-Lehel - Praterinsel * Stadtbaurat Friedrich Loewel erbaut das Weinrestaurant und Wiener Café Isarlust auf der Feuerwerkinsel. Er realisiert hier ein Rokoko-Schlösschen, das mit seinem hohen Mittelbau fast an einen Theaterbau erinnert und deren mächtige Kuppel und reiche Dachlandschaft sich schön zwischen die hohen Bäume einfügt. „Die prunkvolle Rokokoausstattung des Innern lässt noch deutlich den seinerzeitigen Einfluss der Prachtbauten Ludwigs II. erkennen.“ Nach der Kunstgewerbe-Ausstellung wird die Isarlust eine gehobene Restauration für die feine Gesellschaft, in der auch Künstlerfeste stattfinden.

1. Januar 1888 – Die Deutschen Kolonialgesellschaft wird gegründet

Berlin * Der Deutsche Kolonialverein und die Gesellschaft für deutsche Kolonisation schließen sich offiziell zur Deutschen Kolonialgesellschaft als Dachverband der organisierten Kolonialbewegung zusammen. Sie bringt wöchentlich die Deutsche Kolonialzeitung heraus und kann ihren Mitgliederstand von 14.838 im Dezember 1887 auf über 42.000 zu Beginn des Ersten Weltkriegs steigern.

9. März 1888 – Staatstrauer überschattet die Starkbiersaison

Berlin - München-Au * Die Starkbiersaison steht von Beginn an unter einem schlechten Stern. Am 9. März stirbt Kaiser Wilhelm I. im Alter von 90 Jahren in Berlin. Sein Tod löst im gesamten

Deutschen Reich eine mehrwöchige Staatstrauer aus. Auch in München prägen Trauerbeflaggung und Einschränkungen öffentlicher Vergnügungen das gesellschaftliche Leben. Die ausgelassene Stimmung des Salvatorausschanks steht damit in einem deutlichen Gegensatz zur offiziell angeordneten Trauer. Nur wenige Wochen später kommt es dennoch zur gewaltsamen „Salvatorschlacht“.

August 1888 – Johann Bucher kauft die Anwesen Entenbachstraße 11

München-Au * Johann Bucher kauft die Anwesen Entenbachstraße 11 (heute Zeppelinstraße) und Lilienstraße 89. Dort kann er im Innenhof eine große Werkstätte mit Schmiedefeuer und einem Webstuhl zur Drahtgitterherstellung einrichten und betreiben. In Handarbeit stellt er und seine Beschäftigten Siebe, Wurfgitter für Baustellen sowie Kies- und Sandgewinnungs-Unternehmen Rabitzgewebe und verschiedene Formen von Ziergitter her.

7. August 1888 – Patent für die Drehtür

USA * Der niederländisch-amerikanische Erfinder Theophilus Van Kannel das US-Patent für seine neuartige Drehtür. Die Erfindung löst ein alltägliches Problem: Während herkömmliche Flügeltüren Zugluft, Regen und Staub ins Gebäude lassen, ermöglicht die Drehtür einen kontinuierlichen Personenverkehr, ohne dass das Gebäudeinnere den Witterungseinflüssen ausgesetzt ist. Van Kannels Konstruktion erweist sich als ebenso praktisch wie wirtschaftlich. Sie verhindert das unkontrollierte Aufschlagen der Türen bei Wind, reduziert Wärmeverluste und eignet sich besonders für stark frequentierte Eingänge von Hotels, Kaufhäusern, Banken und später auch Bürohochhäusern. Damit trägt sie wesentlich zur Entwicklung moderner öffentlicher Gebäude bei. Obwohl bereits 1881 in Deutschland ein ähnliches Türsystem patentiert worden ist, ist es Van Kannel, der die Drehtür zur Marktreife bringt und weltweit verbreitet. Seine Erfindung gehört bis heute zu den wichtigsten Innovationen im Bereich der Gebäudetechnik und ist aus dem Stadtbild moderner Metropolen nicht mehr wegzudenken. Die Legende besagt, dass Van Kannel die Drehtür nur deshalb erfunden hat, weil er es hasst, anderen Menschen – insbesondere Damen – die Tür aufzuhalten. Für diese oft zitierte Anekdote gibt es jedoch keine belastbaren historischen Belege.

September 1888 – Der Wiesnwirt Steyrer Hans muss eine Strafe von 100 Mark zahlen

München-Theresienwiese * Als sich der Wiesnwirt Steyrer Hans nicht an das polizeiliche Verbot

hält und erneut mit seiner Belegschaft in festlich geschmückten Wagen zum Oktoberfest fährt, muss er eine Strafe von 100 Mark zahlen.

1889 – Erweiterungsarbeiten am Neuen Rathaus beginnen

München-Graggenau * Erweiterungsarbeiten am Neuen Rathaus beginnen im Bereich Diener- und Landschaftsstraße.

3. Juli 1889 – Ein Pferdestraßenbahn-Betriebshof wird errichtet

München-Haidhausen * Die Verwaltung der Landeshauptstadt München kauft von der Münchner-Kindl-Brauerei das Anwesen des Schloßwirths, das an der Stelle des ehemaligen Langerschlößls steht. Die Wirtschaft wird abgerissen und an seiner Stelle ein Pferdestraßenbahn-Betriebshof errichtet. Der im Münchner Volksmund seit altersher als Depot bezeichnete Betriebshof entsteht auf einem 4.800 Quadratmeter großen Areal. Es beherbergt ein dreistöckiges Wohngebäude mit Bureaux, eine zweistöckige Etagenstallung für 180 Pferde mit einer Rampe zum Obergeschoss, eine achtzehngleisige Wagenhalle für vierundfünfzig Trambahnwagen mit dem darüber befindlichen Hafer-, Heu- und Strohmagazin und ein zweistöckiges Werkstättengebäude mit einer Schreinerei und einer Schlosserei im Parterre sowie einer Lackiererei und einer Sattlerei im ersten Stock. Die Wagen können mit einem Aufzug in die letztgenannten Werkstätten hochgezogen werden. Außerdem ermöglicht eine besondere Durchfahrt im Werkstättengebäude das Ein- und Ausrücken der Trambahnwagen.

1890 – Werbung: „Auftreten einer Komiker- und Sängergesellschaft“

München-Isarvorstadt * Die Kapuziner-Brauerei wirbt mit „Jeden Samstag und Sonntag Auftreten einer Komiker- und Sängergesellschaft“.

1890 – Eine starke Geruchsbelästigung in der Lohe

München-Untergiesing * Die inzwischen zur Aktiengesellschaft umgewandelte Produktionsstätte der Untergiesinger Lederfabrik umfasst einen Personalbestand von 360 Arbeitern und Angestellten. Der Fabrikbesitzer, inzwischen Julius von Eichthal, ist zu einem der wichtigsten

Münchner Arbeitgeber aufgestiegen. Auf dem 8,8 Hektar großen Fabrikgelände zwischen der Pilgersheimer- und der Lohstraße werden jährlich 60.000 Rinder- und 15.000 Schweinehäute in fünfzig hölzernen Wasserkästen, 420 Gargruben und diversen Gartrommeln verarbeitet und schließlich im Freien zum Trocknen aufgehängt. Die Bewohner der Lohe sind dadurch ständig einer starken Geruchsbelästigung ausgesetzt.

1890 – Das Briefgeheimnis scheint bei den Damen nicht sicher

München * Auch wenn der Arbeitsplatz der Telephonistin früher als typischer Beruf für Mädchen aus gutem Hause gilt, so ist der Dienst am Klappenschrank ursprünglich eine männliche Domäne. Denn weder die Königlich-bayerische Post, noch die Reichspost wollen etwas von Frauen in ihren Reihen wissen. So erklärt der spätere Reichspostminister Heinrich von Stephan, dass „keine Anstalten weniger als die Reichs-Verkehrsanstalten dazu geeignet sind, Frauen in Beschäftigung zu setzen“. Das Briefgeheimnis scheint bei den Damen nicht sicher und für gehobene Stellungen gelten Frauen sowieso als ungeeignet.

1890 – Die Trambahn ist ein Beförderungsmittel für das Bürgertum

München * Die Trambahn ein Beförderungsmittel für das Bürgertum und noch kein Massenverkehrsmittel. Und das liegt nicht nur an den Verkehrszeiten der Pferdebahnen, die erst ab sieben Uhr fahren, während die Arbeiter in den Fabriken bereits seit sechs Uhr früh schuften. Die Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft lehnt die Einführung einer Arbeiterfahrkarte mit der Argumentation ab, dass die Trambahn nicht für den Massenbetrieb eingerichtet ist. Ein Blick auf die Netzstruktur der Pferdebahn von 1890 zeigt folgendes Bild: Die vorwiegend bürgerlichen Stadtviertel Maxvorstadt, die Nymphenburger Straße, der Süden Schwabings und das Lehel weisen ein dichtes Netz mit drei Linien auf. In die Proletenviertel im Westend, Untersendling, Au sowie Giesing führt jeweils nur eine Stichstrecke. Der Ostbahnhof - und damit Haidhausen - ist mit zwei Linien erschlossen.

1890 – Die Gastwirtschaft zum Roten Turm muss weichen

München-Lehel - München-Isarvorstadt * Die Gastwirtschaft zum Roten Turm muss dem Neubau der Ludwigsbrücke weichen.

1890 – Der Steyrer Hans ist eine stattliche, auch furchteinflößende Erscheinung

München-Obergiesing * Mit einem Körpergewicht von beinahe zweieinhalb Zentnern und seinem vierzig Zentimeter langem Schnurrbart ist der Steyrer Hans eine stattliche, mitunter auch furchteinflößende Erscheinung. Kein Wunder, dass ihm die Münchner unterstellten, er würde „Oachkatzln“ schnupfen, die er in seiner zigarrenschachtelgroßen, dreiundvierzig Pfund schweren Tabakdose aus Marmor und Zinn untergebracht hätte. Dieses Ungetüm reicht der Steyrer Hans mit besonderem Vergnügen herum, weil sie kaum jemand halten konnte. Verheiratet ist er mit Mathilde, der Tochter des Schweinemetzgers Schäffer. Sie betreiben nacheinander mehrere Gaststätten in München, so das Gasthaus Zum bayerischen Herkules in der Lindwurmstraße, ein weiteres in der Bayerstraße. Dann übernehmen sie eine kleine Wirtschaft in Obergiesing, den Tegernseer Garten, den sie ausbauen und bis zu seinem Tod als Restaurant Steyrer Hans bewirtschaften. Dieses Wirtshaus an der Tegernseer Landstraße 75 ist ein beliebter Treffpunkt der Athleten und Kraftmenschen.

1890 – Ernst Philipp Fleischer lebt dauerhaft in München

München * Ernst Philipp Fleischer lebt dauerhaft in München: zunächst in der Ottostraße 1, später in der Leopoldstraße 20.

20. April 1890 – Die Wild-West-Show des Buffalo Bill

München-Ludwigsvorstadt * In seiner Show zeigte der „Ochsen-Willi“ vor täglich ausverkauftem Haus den Wilden Westen, wie es ihn im Jahr 1868 noch gab. In Amerika wurde zu dieser Zeit die Eisenbahn gebaut. In der Prärie lebten Tausende Arbeiter, die Cody mit Fleisch versorgen musste. Für ein Gehalt von monatlich 500 Dollar dezimierte der Massenschlächter im Auftrag der amerikanischen Eisenbahngesellschaften ganze Bisonherden. Er brachte innerhalb von nur eineinhalb Jahren 4.280 dieser Rinder zur Strecke, weshalb ihn die Eisenbahnarbeiter bald schon „Buffalo Bill“ nannten. Auch wenn sich in seinem Gefolge unzählige Indianer befinden, besteht kein Zweifel daran, wer die eigentliche Hauptattraktion der Show ist.

30. September 1890 – Das Aktienkapital der Trambahn-AG wird erneut angehoben

München * Das Aktienkapital der Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft wird auf vier Millionen Mark angehoben.

Oktober 1890 – Friedrich von Bodelschwingh und die Brockensammlung

Bielefeld-Bethel * Friedrich von Bodelschwingh verfasst den Aufruf: „Sammelt die übrigen Brocken, auf dass nichts umkomme.“ Dieser Satz wird später zum Leitspruch der Brockensammlung. Mit dieser neuartigen Form einer Sozialeinrichtung verfolgt Bodelschwingh ein doppeltes Ziel: Zum einen sollen durch das Einsammeln und Wiederaufbereiten beschädigter oder nicht mehr benötigter Haushaltsgegenstände arbeitslose und erwerbsbeschränkte Menschen sinnvoll beschäftigt werden. Zum anderen sollen hilfsbedürftige Personen Zugang zu günstigen Gebrauchsgegenständen erhalten.

1891 – Die Marke „Kathreiner‘s Kneipp Malzkaffee“ wird patentiert

Berg am Laim * Die Marke „Kathreiner‘s Kneipp Malzkaffee“ wird patentiert. Das Produkt steigt zum namhaftesten Markenartikel der deutschen Kaffeebranche auf.

1891 – Deutschland will seinen Kolonialbesitz ausweiten

Berlin * Neben der Deutschen Kolonialgesellschaft zählt bald auch der im Jahr 1891 gegründete, extrem nationalistische Alldeutsche Verband, dessen Programm stark von rassistischem und antisemitischem Gedankengut geprägt ist. Nun versucht Deutschland durch den Erwerb weiterer Handelsvertretungen seinen Kolonialbesitz auszuweiten. Im Vordergrund stehen jetzt aber Fragen des nationalen Prestiges und der Selbstbehauptung in einer sozialdarwinistisch verstandenen Konkurrenz der Großmächte. Denn Deutschland als kolonialpolitischer Nachzügler muss den ihm zustehenden Anteil jetzt einfordern.

1891 – Der Reichstag bewilligt finanzielle Mittel für Strafaktionen

Kamerun * Um den Widerstand der in Kamerun lebenden Völker zu brechen, bewilligt der Reichstag finanzielle Mittel zum Aufbau einer bewaffneten Streitmacht, die die Interessen der deutschen Handelsgesellschaften durchsetzen sollen. Die Polizeitruppe für Kamerun wird vom Premierleutnant Hans Dominik geleitet. Er erhält mit seinen Kriegszügen und den nachfolgenden Straf- und Säuberungsaktionen den Namenszusatz „Schrecken von Kamerun“. Dominiks Grundsatz lautet: „Die Neger müssen wissen, dass ich der Herr bin und der Stärkere; so lange sie das nicht glauben, müssen sie es eben fühlen, und zwar hart und unerbittlich, so dass ihnen für alle Zeiten das Auflehnen vergeht; ist das erreicht, dann kann man sie mit großer Freundlichkeit

und Milde behandeln.“

1891 – Die Münchner Trambahn AG zwischen Ausbaupflicht und Gewinninteressen

München * Die Münchner Aktiengesellschaft sieht sich nicht mehr in der Lage, das ihr auferlegte Bauprogramm zu erfüllen. Zwar sind seit 1882 sechs der acht zugesagten Streckenverlegungen ausgeführt worden, doch das Flächenwachstum der Stadt erfordert eine großzügige Erweiterung des Schienennetzes. Die Trambahn AG will die notwendigen Kapitalien aber nur dann investieren, wenn die Stadtverwaltung die Konzessionsdauer erheblich verlängert. Außerdem plant das privatrechtlich organisierte Unternehmen ausschließlich nach der zu erwartenden Ertragslage.

1891 – Mitglieder des Winzerer Fähndls beginnen mit dem Armbrustschießen

München * Mitglieder des Winzerer Fähndls beginnen mit dem Armbrustschießen. Sie nennen sich Armbrustschützengilde des Winzerer Fähndls. Dabei war die Armbrust - im Gegensatz zum Spieß, der Hellebarde und dem Bihänder, dem zweihändig geführten Schlachtschwert, nie eine Landsknechtswaffe und gehörte damit eher in das städtische Wehrwesen. Anders verhielt es sich bei der Armbrust als Jagdwaffe. Doch bei höfischen Jagdgesellschaften hatten Landsknechte nichts verloren.

1891 – Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründet das Brockenhaus

Bethel - Berlin * Der evangelische Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründet in Bethel und Berlin ein sogenanntes Brockenhaus. Mit dieser neuen Form einer Sozialeinrichtung will Bodelschwingh durch die Abholung und Verarbeitung schadhafter oder im Haushalt nicht mehr verwendeter Gegenstände arbeitslosen und erwerbsbeschränkten Personen Beschäftigung verschaffen und gleichzeitig Hilfsbedürftigen billige Gebrauchsgegenstände vermitteln. Die Idee setzt sich rasch durch und schon bald darauf arbeiteten die Brockenhäuser in allen größeren Städten Deutschlands.

1891 – Das Ausflugslokal in der Hirschau

München-Englischer Garten - Hirschau * Über das zur Schwabinger Brauerei gehörende

Ausflugslokal in der Hirschau heißt es: „Diese Wirtschaft steht ganz abseits. Werktags kommen nur Maffei-Arbeiter zum Essen. Die Gassenschänke ist nur für diese da. Ohne Maffei wäre das Gasthaus nicht lebensfähig“.

Februar 1891 – Eine Strafexpedition in Deutsch-Ostafrika kostet 200 Menschen das Leben

Deutsch-Ostafrika [= Tansania] * Hermann Wißmann leitet eine Strafexpedition gegen den Häuptling Sina von Kobisho, nachdem dieser es gewagt hatte, die deutsche Flagge vom Mast zu reißen. Die Strafexpedition kostet 200 Menschen das Leben. Das Offizierskorps ist eine „Brutstätte von Kolonialchauvins und nationalistischen, antidemokratischen Frondeuren. Mit Mord und Terror versuchen sie, die deutsche Herrschaft bis in die entferntesten Gebiete auszudehnen“.

9. Mai 1891 – Die Münchener Gasgesellschaft unterzeichnet einen Ablösungsvertrag

München * Die Private Münchener Gasgesellschaft, die das Beleuchtungsmonopol in München bis zum Jahr 1899 besitzt, unterzeichnet einen Ablösungsvertrag. Dadurch kann die Stadtgemeinde eine Kraftanlage zur Erzeugung von Strom aufbauen.

1. Juni 1891 – Weitere Verbesserungen für Kinderarbeiter in Fabriken

Berlin * Nach einer weiteren Änderung der Reichsgewerbeordnung wird das Mindestalter von Fabrikarbeitern auf 13 Jahre erhöht und die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Fabriken grundsätzlich verboten.

1. Juli 1891 – Georg von Vollmar (SPD) hält seine sogenannten Eldorado-Reden

München * Der bayerische Sozialdemokrat Georg Heinrich von Vollmar hält am 1. und am 6. Juli seine sogenannten „Eldorado-Reden“ [so genannt nach dem Lokal]. Nach dem Auslaufen der „Sozialistengesetze“ - so Vollmar - könne man „den Weg der Verhandlungen betreten und versuchen, auf der Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Verbesserungen wirtschaftlich und politischer Art herbeizuführen“. Die Idee, eine gewaltsame soziale Revolution sei unvermeidlich, ist damit ebenso aufgegeben wie die Theorie von Karl Marx. Außerhalb Bayerns werden Vollmars Ansichten nur wenig akzeptiert.

Dezember 1891 – Die erste antisemitische Gesellschaft in München gegründet

München * Mit dem Deutsch-Sozialen-Verein wird in München erstmals eine antisemitische Gesellschaft gegründet. Er fordert unter anderem die Aufhebung des Emanzipationsgesetzes von 1869, das die jüdische Bevölkerung erstmals offiziell vor dem Gesetz gleichstellt. Darüber hinaus die Beschränkung der Gewerbefreiheit, die Einführung von Befähigungsnachweisen sowie ein Verbot der neuen, die Existenz der ortsansässigen Detailhändler und des heimischen Handwerks bedrohende Verkaufsformen, worunter in erster Linie die gerade aufkommenden Warenhäuser gemeint sind.

1892 – Almon B. Strowger installiert die erste Vermittlungsstelle der Welt

La Porte * Die Strowger Automatic Telephone Exchange Company installiert in La Porte, Indiana, die erste Vermittlungsstelle der Welt. Weil Almon B. Strowger mit der Bell Telephone Company in Amerika nicht so recht ins Geschäft kommen kann, konzentriert er sich auf den Export.

1892 – Wirtschaftskonzession für Bad Brunnthal

Bogenhausen * Für den Bad- und Heilanstaltsbetrieb Bad Brunnthal wird letztmals eine Wirtschaftskonzession erteilt.

Februar 1892 – Die Standortfrage für das Künstlerhauses ist geklärt

München-Kreuzviertel * Die Entscheidung als Standort „Beim Leinfelder“ als endgültigen Bauplatz des Münchner Künstlerhauses. Die Künstlergenossenschaft übernimmt selbst die Bauherrschaft. Mit der Planung wird der Architekt Gabriel von Seidl beauftragt. Er entwirft ein repräsentatives Gebäude im Stil der italienischen Renaissance – ein architektonisches Bekenntnis zum kulturellen Selbstverständnis und hohen Anspruch der Münchner Künstlerschaft. Zur Finanzierung des Bauvorhabens leisten Veranstaltungen wie das „Winterfest der Münchner Künstler“ und das „Arkadienfest“ einen wichtigen Beitrag. Gemeinsam mit zahlreichen Spenden kommen rund 320.000 Mark zusammen. Den Vorsitz der Baukommission übernehmen Ferdinand von Miller und Franz von Lenbach.

29. Februar 1892 – Gründung des Vereins Bildender Künstler Münchens e.V. - Secession

München * Im Atelier des 29-jährigen Josef Block kommt es zu einem Treffen von elf Künstlern und Kunstprofessoren. Sie gründen einen neuen Verein und verfassen ein Pamphlet, in dem es heißt: „Die heute versammelten haben sich als Club zur Verfolgung derjenigen Maßregeln constituirt, welche ihrer Überzeugung nach im Interesse der münchner Kunst unabhängig von der münchner Künstlergenossenschaft erforderlich sind.“ Sie begründen damit den späteren Verein Bildender Künstler Münchens e.V. - Secession. Unterzeichnet ist das Papier von Josef Block und dessen Professor Bruno Piglhein sowie den Professoren Fritz von Uhde, Hugo Freiherr von Habermann und Paul Hoecker. Außerdem von Franz Stuck, Heinrich Zügel, Gotthardt Kuehl, Victor Weishaupt, Ludwig Dill und Otto Hierl-Doronco. Sieben der elf Unterzeichner des Ursprungspamphlets haben während der Münchner Jahresausstellungen relevante Funktionen ausgeführt. Habermann, Hoecker, Piglhein, Uhde und Weishaupt gehörten der Vierzehner-Commission an. Mitglieder in der 1889er-Jury waren Dill, Habermann, Hoecker, Piglhein und Weishaupt. Franz Stuck und Fritz von Uhde waren Mitglieder der 1891er-Jury.

12. März 1892 – Denkmal für den 70er-Krieg in der Feldherrnhalle

München-Graggenau * Aus Anlass des 71. Geburtstags des Prinzregenten Luitpold wird ein Mahnmal an der Rückwand der Feldherrnhalle beauftragt und vom Erzgießer Ferdinand von Miller ausgeführt. Die auf einem hohen Sockel stehende Figurengruppe aus Bronze symbolisiert Krieg und Frieden. Ein Krieger, der mit der linken Hand triumphierend die Fahne schwingt, schützt mit seinem rechten Arm und einem Schild eine Frauengestalt - den Frieden. Sie trägt in ihren Händen einen Palmzweig und einen Lorbeerkranz, die Zeichen des Friedens und des Sieges. Den Bezug zu Bayern stellte ein liegender Löwe her. Die Sockelinschrift lautet: „Dem treuen tapferen bayerischen Heere in Dankbarkeit und Anerkennung / Luitpold Regent von Bayern / 1892.“ Die Enthüllungsfeierlichkeiten finden ausschließlich im militärischen Rahmen statt, Zivilpersonen werden nicht eingeladen. Ebenfalls anwesend sind freilich die Vorstandschaften der Münchner Veteranen- und Kriegervereine. Der eigentlichen Enthüllung folgte eine Geschützsalve von 36 Kanonenschüssen und eine Ansprache des bayerischen Kriegsministers. Pazifistisch eingestellte Münchner deuteten das Standbild so um: „De Fahna könnt‘s ham, aba des Madl lasst‘s ma!“ - oder eher militärverachtend: „Raffa bis d‘Fetzn fliagn, d´Fahna auf‘d Höh, abas Mensch ned aus‘m Arm lassen!“

September 1892 – Kein Bierausschank wegen fehlender Toiletten

München-Theresienwiese * Wegen fehlender Toiletten darf der Ochsenbrater Johann Rössler kein Bier ausschenken. Und weil Ochs‘ ohne Bier in München gar nicht geht, erleidet Rössler

einen geschäftlichen Misserfolg.

22. September 1892 – Die neue Anna-Pfarrkirche erhält ihre Glocken

München-Lehel * Festlich geschmückte Wägen bringen insgesamt sieben Glocken für die neue Anna-Pfarrkirche. Sie sollen die Lechler künftig zum Gottesdienst rufen und ihnen viertelstündlich - weithin hörbar - mitteilen, wie viel es geschlagen hat. Auch für die Glocken haben die Vorstädter wieder fleißig gespendet. Die Analen sprechen von Einzelpersonen oder anonym von Wohltätern der Pfarrei, daneben vom örtlichen Jungfrauenverein, vom Frauenbund und Mütterverein St. Anna und von der Sankt-Anna-Bruderschaft.

31. Dezember 1892 – 177 Beschäftigte bei der Firma Franz Kathreiner‘s Nachfolger

Berg am Laim * Die Zahl der Beschäftigten der Firma Franz Kathreiner‘s Nachfolger ist auf 177 angewachsen.

1893 – „Den Ruf als Bierstadt büaß ma ein, ...“

München-Lehel * Aus Anlass der Eröffnung des Café Prinzregent - in der Prinzregentenstraße 4 - dichtete ein namentlich nicht überlieferter Münchner Volkssänger folgende Zeilen: „Jetzt werd, wohin man schaut, Kaffeehaus um Kaffeehaus baut. Den Ruf als Bierstadt büaß ma ein, bald wern ma a Kaffeestadt sein! “ Und tatsächlich genossen die Cafés in München bis zum Ersten Weltkrieg einen hohen Stellenwert im gesellschaftlichen Leben.

1893 – Bis dahin ist das Fräulein vom Amt ist ein Mann

Deutsches Reich * Bis dahin ist das Fräulein vom Amt ist ein Mann. Erst ab jetzt wird verstärkt weibliches Personal für den Fernsprechdienst eingestellt. Aufgrund der steigenden Nachfrage bei den Telefonanschlüssen ist die Einstellung von Frauen ein betriebswirtschaftlicher Faktor, da die Lohnkosten der weiblichen Vermittlungskräfte um über 25 Prozent unter denen ihrer männlichen Kollegen liegen.

1893 – Alois Wolfmüller beschäftigt sich intensiv mit den Motorproblemen

Landsberg * Alois Wolfmüller beschäftigt sich in seiner Geburtsstadt Landsberg intensiv mit den Motorproblemen. Beim Lesen der Zeitschrift Radfahr-Humor und Radfahr-Chronik wird der Ingenieur auf den Münchner Chefredakteur und Sportjournalisten, aufmerksam. Es kommt zu einer geschäftlichen Vereinbarung zwischen Alois Wolfmüller und Heinrich Hildebrand. Unter Mithilfe seines Jugendfreundes aus Landsberg, des Ingenieurs Hans Geisenhof, entstehen die ersten Modelle. Die Tüftler mieten dafür den Stadel des Unterzehetmayrhofes in der Münchner Straße 133 in Unterföhring an und bringen dort den neuartigen Motor zum Laufen. Doch bei den ersten Fahrversuchen „zeigte das Vehikel eine Neigung zum Krebsgang“, wie es Alois Wolfmüller ausdrückt. Das heißt, dass das Gefährt rückwärts läuft. Als er wenige Tage später vorwärts lief, ist die Beschleunigung so groß, dass der Motor abgestellt werden muss und danach einfach nicht mehr anspringen will. Die Zündung ist eines der noch nicht gelösten Probleme. Die Polizei untersagt zeitweise alle Fahrversuche, da wegen „der großen Schnelligkeit die Leute auf dem Trottoir (...) einen Nervenschock bekommen“ könnten. Alois Wolfmüllers Ansuchen, sein Motorrad auf dem Hauptplatz in Landsberg erproben und vorführen zu dürfen, wird abgelehnt, da man alles absperren und sämtliche Vierbeiner, vor allem Pferde und Kühe, aus der Stadt verbannen müsste, da keines dieser Tiere je ein mit einem Verbrennungsmotor angetriebenes Fahrzeug gehört, gerochen oder gesehen habe. Nachdem das Motorrad seine erste Einhundert-Kilometer-Strecke bestanden hat, reichen die Konstrukteure das Patent für ihr Zweirad mit Petroleum- oder Benzinmotorbetrieb ein.

Februar 1893 – Zeitungsbericht löst aufsehenerregenden Prozess um Ritter von Klug aus

München * Sofort, nachdem der Bericht in den Münchner Neuesten Nachrichten über die geschäftlichen Machenschaften von Ludwig Peter Ritter von Klug erschienen ist, verklagt dieser den verantwortlichen Journalisten, Wilhelm Bogler, wegen verleumderischer Beleidigung. Der Prozess erregt großes Interesse in der Öffentlichkeit - auch weil einige für Klug äußerst unangenehme Dinge zur Sprache kommen. Und obwohl Wilhelm Bogler vom Amtsgericht München zu einer Geldstrafe von 1.000 Mark verurteilt wird, hat Ritter von Klug mit dieser Anzeige einen entscheidenden Fehler begangen. Denn der Journalist geht in die Berufung, weshalb das Landgericht München I den Sachverhalt nun neu verhandeln muss.

20. April 1893 – Johann Reichhart kommt in Tiefenthal zur Welt

Tiefenthal * Der spätere Scharfrichter Johann Reichhart kommt in Tiefenthal im Landkreis Regensburg zur Welt. Sein Vater besitzt eine kleine Landwirtschaft und ist im Nebenerwerb Wasenmeister.

14. August 1893 – In Paris findet die weltweit erste Fahrprüfung statt

Paris * Paris führt mit dem „certificat de capacité“ die weltweit erste verpflichtende Befähigungsprüfung für Kraftfahrer ein. Polizeipräfekt Louis Lépine erlässt eine Verordnung, die erstmals eine amtliche Befähigungsprüfung für Kraftfahrer vorschreibt. Deshalb gilt dieses Datum als Geburtsstunde der Fahrprüfung. Der historische Hintergrund: Automobile waren noch selten, teilten sich die Straßen aber bereits mit Fußgängern, Pferden und Kutschen. Wer im Pariser Polizeibezirk ein Motorfahrzeug führen wollte, benötigte fortan ein „certificat de capacité“, den Vorläufer des Führerscheins. Ein Ingenieur der Bergbauverwaltung prüfte, ob der Bewerber anfahren, lenken und anhalten konnte. Auch grundlegende Kenntnisse zur Behebung technischer Störungen wurden verlangt. Eine moderne Theorieprüfung, Fahrschule oder einheitliche Prüfungsstrecke gab es noch nicht. Zugelassen waren zunächst nur Männer ab 21 Jahren. Frauen erhielten ab 1897 Zugang. Gleichzeitig galten frühe Tempolimits: 12 km/h in Ortschaften und 20 km/h außerhalb. Die Regelung betraf zunächst nur Paris und Umgebung; 1899 wurde das System auf ganz Frankreich ausgeweitet.

Oktober 1893 – Die antisemitische Aktion „Kauft nicht bei Juden“

München * Im Deutschen Volksblatt wird die von den Antisemiten propagierte Aktion „Kauft nicht bei Juden“ mit dem Abdruck einer Liste jüdischer Geschäftsinhaber in München begleitet. Ziel ist dabei der Boykott der jüdischen Geschäfte durch die christlichen Konsumenten.

Oktober 1893 – Organisierter Boykott jüdischer Geschäfte

München * Der Antisemitismus in München nimmt eine neue Dimension an. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ veröffentlicht eine Liste jüdischer Geschäftsinhaber der Stadt und unterstützt damit die Parole „Kauft nicht bei Juden“. Ziel der Kampagne ist es, christliche Kunden zum Boykott jüdischer Geschäfte zu bewegen. Die Aktion verdeutlicht, dass antisemitische Ausgrenzung in München bereits Jahrzehnte vor der NS-Herrschaft organisiert und öffentlich propagiert wird.

5. Dezember 1893 – Nur 19.292 Münchner haben das Wahlrecht für die Stadtratswahl

München * Kommunalwahl: Von den rund 380.800 Einwohner Münchens haben gerade einmal 19.292 das Wahlrecht für die Stadtratswahl. Die Wahlberechtigten setzen sich vor allem Haus-

und Grundbesitzern, selbstständigen Handwerkern, Geschäftsleuten und Industriellen zusammen. Nur der darf wählen, der das (gebührenpflichtige) Bürgerrecht besitzt. Voraussetzung dafür sind unter anderem der Besitz des Heimatrechts, ein ständiger Wohnsitz in München, die Entrichtung von Steuern sowie Unbescholtenheit und Volljährigkeit. Tagelöhner, Handwerksgesellen, kleine Gewerbetreibende und Frauen sind vom politischen Leben nahezu ausgeschlossen. Trotzdem kann Georg Birk als erster Sozialdemokrat in das Gemeindekollegium einziehen.

1894 – Es kommt zur massenhaften Einstellung von Frauen bei der Post

Deutsches Reich * Es kommt zur massenhaften Einstellung von Frauen bei der Post. Um eine klare Abgrenzung der Aufgabenbereiche zu schaffen, wird der Telegraphendienst in seiner Gesamtheit von den männlichen Beschäftigten übernommen. Damit kann der Fernsprechdienst ausschließlich mit weiblichem Personal aufgebaut werden. Die Frauen werden also für ein Arbeitsgebiet eingestellt, das dem direkten Vergleich mit der Arbeit der Männer entzogen ist. Damit schließen die Männer eine Konkurrenz ihrer Berufszweige gegenüber den Frauen aus. Sofort kommt es zur Aufspaltung des behördlichen Arbeitsmarktes in einen weiblichen - bis zum Jahr 1922 sogar laufbahnlosen [!] - Beschäftigungszweig und in männliche Berufsfelder mit vielfältigen Aufstiegsmöglichkeiten.

1894 – Für die neue Heilig-Kreuz-Kirche wird ein Pfarrhof erbaut

München-Obergiesing * Für die neue Heilig-Kreuz-Kirche wird an der Gietlstraße ein neuer Pfarrhof erbaut, da das alte Pfarrhofgebäude wegen der Regulierung des Giesinger Berges abgebrochen werden musste. Der nach den Plänen des damaligen Bauamtmanns und späteren Professors an der TH München, Carl Hocheder, errichtete Pfarrhof „enthält im Erdgeschoss die Geschäftsräume, im ersten Stock die Wohnung des Stadtpfarrers, in einem vollständig ausgebauten Dachgeschoss die Wohnräume der Hilfsgeistlichen. Im Nebengebäude sind Waschküche und Holzlege untergebracht“.

1894 – Das Deutsche Theater entsteht als Spekulationsobjekt

München-Ludwigsvorstadt * Der geschäftstüchtige Münchner Kommerzienrat Friedrich Haenle, der mit der Herstellung von Silberbeschlägen reich geworden ist, besitzt an der Schwanthalerstraße ein 5.400 Quadratmeter großes Grundstück. Dieses will er gewinnbringend

veredeln und sein Geld mit einem weiteren Projekt vermehren. Zusammen mit dem aus Frankreich stammenden Architekten Alexander Bluhm, der auch als Konzessionär verantwortlich zeichnet, baut er ein Theater für Aufführungen von Schauspiel, Lustspiel, Schwank und Ballett.
Und wer mit einem Unterhaltungspalast sein Geld verdienen möchte, darf „nicht knausern“. Die beiden lassen es also krachen und setzen auf mondänen Luxus, sodass die Münchner Fremdenzeitung über die ehrgeizige Ausstattung euphorisch jubiliert „Überall ist nur das Beste gewählt, die ersten Firmen der Welt wurden mit Lieferungen betraut, ohne Rücksicht auf Entfernung oder Unkosten, die bis jetzt schon sechs Millionen verschlungen haben. Welches Finanzkonsortium hat diese sechs Millionen gezahlt? Was kümmert‘s uns und Euch!“. Das Bauprogramm hat sich aber keineswegs nur auf das Deutsche Theater beschränkt. Die sogenannte Schwanthaler Passage ist eine interessante Kombination. Neben dem Bühnenhaus besteht die Schwanthaler Passage aus dreißig Wohnungen mit insgesamt 114 Zimmern. Zusätzlich bieten zwanzig Läden vielfältige Möglichkeiten für einen Einkaufsbummel.

1. März 1894 – Friedensmonument am Weißenburger Platz

München-Haidhausen * Der Antrag des Haidhauser Gemeindebevollmächtigte und Wachsfabrikant Anton Forster zur Errichtung eines monumentalen Brunnens am heutigen Weißenburger Platz wird genehmigt. Im Verlauf der Planungen nimmt man vom Standort Wörthplatz [= Weißenburger Platz] Abstand, da abzusehen war, dass sich die Weißenburger Straße zu einer Hauptverkehrsader entwickeln würde und entscheidet sich für das Forum in der Wörthstraße, dem heutigen Bordeauxplatz. Weitere Vorschläge folgen. Universitätsprofessor Johann Nepomuk Sepp konkretisiert die Planungen, indem er der Abgeordnetenkammer in einem „leidenschaftlichen Appell an das deutsche Nationalgefühl“ ein Thema aus der Siegfried-Sage vorschlägt. Als Hauptfigur soll Siegfried in dem Augenblick dargestellt werden, als er aus der Quelle Wasser schöpft und Hagen nach seiner einzigen verwundbaren Stelle Ausschau hält.

1895 – Kurt Tucholskys Kritik an den Musterungen

??? * Es gibt eine grundsätzliche Kritik an der Institution Musterung und der Art ihrer Durchführung. Der Schriftsteller Kurt Tucholsky beschreibt den Typus des Musterungsarztes als einen „Hausknecht des Krieges“, einen „Zuhälter des Todes, der sich Arzt nannte“, der als „Auftreiber in Diensten der Kanonenfutterzentrale“, gemeint ist damit das Musterungsamt, das sich der Aufgabe verschrieben hat, Menschen in „ein paar hunderttausend Liter Blut, zum Schmieren der Kriegsmaschine“ zu verwandeln. Durch ihre Bereitschaft, hieran mitzuwirken sind die betreffenden Ärzte von ihrer eigentlichen Aufgabe, Feinde der Krankheiten und des

Todes zu sein, zu Feinden des Lebens, also zum Gegenteil dessen, was ihr Berufsstand eigentlich sein sollte, geworden.

1895 – Die Schüleins übernehmen die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Joseph Schülein erwirbt gemeinsam mit seinen Brüdern Gustav und Julius Schülein, zusammen mit dem Ehemann ihrer Schwester Amalie, dem Nürnberger Hopfenhändler Josef Aischberg, den konkursreifen und stillgelegten „Gambrinusbräu“ an der Äußeren Wiener Straße, der heutigen Einsteinstraße. Mit dem Kauf legen die Unternehmer den Grundstein für den Wiederaufbau und die erfolgreiche Entwicklung des Brauereistandorts. Die Unionsbrauerei firmiert nun als „Unionsbrauerei Schülein & Compagnie“. Durch umfangreiche Investitionen und den konsequenten Ausbau entwickelt sich die Brauerei zu einem erfolgreichen und wirtschaftlich bedeutenden Braubetrieb. Nach den Erinnerungen von Werner Cahnmann, einem Neffen Joseph Schüleins, erfolgt die Übernahme ursprünglich, um eine festgefahrene Bankhypothek zu retten. Entscheidend für den späteren Erfolg sind jedoch weniger brautechnische Kenntnisse als vielmehr unternehmerisches Geschick sowie ein ausgeprägtes Verständnis wirtschaftlicher und industrieller Entwicklungen.

1895 – Im Sinne der Sozialdemokratie

München * Die Inbetriebnahme der elektrischen Trambahn ist auch im Sinne der immer stärker werdenden Sozialdemokratischen Partei, die die Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe der Stadt fordert. Damit sind auch die Verkehrsbetriebe und die Straßenbeleuchtung gemeint, die nach ihrer Auffassung der „Privatausbeutung zu entziehen“ waren. Entgegen dem wirtschaftsliberalen Kurs der Stadtgemeinde-Kollegien wollen die Münchner Sozialdemokraten die Zerschlagung der Monopole. Das vor allem deshalb, weil sie in der Straßenbahn ein volksnahes und preisgünstiges Verkehrsmittel sehen.

1895 – Amazonen-Wettrennen zwischen Pferd und Fahrrad

München-Untergiesing * Nicht nur die Männer liefern sich die ungleichen Wettrennen zwischen Pferd und Fahrrad. Es kommt auch zu einem Wettkampf zwischen einer amerikanischen Präriereiterin und einer Münchner Radfahrerin. „Daß Damen sich auch an den öffentlichen Wettfahrten betheiligen, ist [...] das Eigenartigste auf diesem Gebiete des Sports. [...] Dieser Wettkampf fand kürzlich zu München auf dem „Neuen Sportplatze“ zwischen der amerikanischen

Prairiereiterin Miß Nelly und der Münchener Radfahrerin Fräulein Amanda Löschke statt. Das Publikum hatte sich zu dieser noch nie dagewesenen Schaustellung überaus zahlreich eingefunden und verfolgte mit lebhaftester Spannung den Verlauf dieses Wettkampfes, aus dem die Reiterin als Siegerin hervorging.“

März 1895 – Premierleutnant Hans Dominik bekämpft das Volk der Bakoko

Kamerun * Hans Dominik bekämpft das Volk der Bakoko, das vom Zwischenhandel zwischen Nordkamerun und der Küstenregion lebt. Da den deutschen Kolonialherren damit die Ausbeutung des Kameruner Hinterlandes entgeht, wird diese Strafexpedition eingeleitet.

1. März 1895 – Die Firma Hildebrand & Wolfmüller hat 850 Beschäftigte

München * Der Briefkopf der Firma Hildebrand & Wolfmüller weist folgende Fabrikationslokalitäten auf: Colosseumstraße 1, Müllerstraße 44, Müllerstraße 48, Baumstraße 4a und Zenettistraße 11. Im Frühjahr 1895 sind bereits 850 Beschäftigte in den über die Stadt verteilten Betriebe tätig. Die Zahl der Arbeiter steigt bis zum Konkurs der Firma noch auf 1.200 Arbeiter an.

September 1895 – Die Armbrustschützengilde Winzerer Fähndl erhält eine Bierburg

München-Theresienwiese * Der Verein Winzerer Fähndl bekommt für seine Beteiligung am Wiesnumzug das Recht eingeräumt, eine eigene Bierbude auf dem Oktoberfest zu bewirtschaften. Dafür wird ein Vertrag mit der Thomas-Brauerei geschlossen. Die Bierbude entsteht neben der Oktoberfest-Zielstatt für das Adler-, Stern- und Scheibenschießen der Armbrustschützengilde Winzerer Fähndl. Die Festburg Winzerer Fähndl ist die erste große Bierhalle auf der Theresienwiese, die außerhalb des bisherigen Wirtsbudenrings Aufstellung findet. Ein 26 Meter hoher Lueg-ins-Land überragt sie. Seine Vorderfront ziert eine riesige Darstellung eines Geharnischten, der einen Humpen Thomasbräubier schwenkt.

27. September 1895 – Ein Militärverbot für die Bierbude Nr. 3

München-Theresienwiese * Von der Polizei-Kommandantur wird über die Bierbude Nr. 3 ein

Militärverbot verhängt. Der Grund ist die Erklärung des Budeninhabers, er werde dem sozialistischen Gewerkschaftsverein für jeden auf der Festwiese gezapften Hektoliter eine Mark spenden.

1. November 1895 – Das Städtische Arbeitsamt München öffnet seine Pforten

München-Isarvorstadt * Das Städtische Arbeitsamt München öffnet seine Pforten für arbeitsuchende Münchnerinnen und Münchner. Die bayerische Hauptstadt übernimmt mit dieser Einrichtung im Bereich der kommunalen Arbeitsvermittlung - neben einigen Städten in Württemberg - eine Vorreiterrolle. Mit sieben Mitarbeitern beginnt die Arbeitsvermittlung von gewerblichen Arbeitern, Handlungsangestellten, Dienstboten, Tagelöhnern und Lehrlingen im Südpavillon auf der Kohleninsel. Das Arbeitsamt München bezieht den Südpavillon, ein von der Alten Isarkaserne etwas abgelegenes Gebäude: die Kleine Fuhrwesenkaserne, ein Dienstgebäude mit Schreibstuben. Das Amt nimmt das ganze Gebäude ein und verfügt über zwei Telefonanschlüsse mit den Rufnummern 49 und 85, doch der Standort für den Arbeitsnach-weis wird auch von der Stadtverwaltung als nicht ideal eingestuft. Die Kohleninsel liegt zwar an einer Hauptverkehrsstraße, auf der die elektrische Straßenbahn fährt, doch aus entfernteren Stadtteilen, selbst vom Westend oder von Schwabing, muss man auf kompli-zierte Fahrverbindungen der Pferdebahn zurückgreifen. Die Abteilungen des Arbeitsamtes sind noch nicht nach Be-rufsgruppen unterteilt, sondern in eine männliche und eine weib-liche Abteilung gegliedert, was der damals gängigen Trennung von Männer- und Frauenberufen entspricht. Für beide Abteilungen gibt es getrennte Eingänge; auch die Arbeitgeber hatten ihren eigenen Zugang. Für die Arbeitsuchenden gestaltet sich die Stellensuche äußerst unkompliziert und Öffnungszeiten auch an Sonn- und Feiertagen zeugen von der kundenfreundlichen Grundeinstel-lung der neuen Arbeitsvermittlungs-Behörde. Der 124 Quadratmeter große Wartesaal der Männer kann nach Einschätzung der Verwaltung 200 bis 250 Personen fassen. Die drei Wartesäle für die Frauen befinden sich im ersten Obergeschoss. Hier hatte man Aufenthaltsräume für verschiedene Berufsgruppen eingerichtet. Der größte Warteraum war für das Privat-Personal vorgesehen, worunter man Köchinnen, Dienstmädchen usw. ver-steht. Ein weiterer Warteraum ist für Tagelöhnerinnen, der dritte für „wirtschaftliches und Ladenpersonal“ eingerichtet worden. Nach dem Ausfüllen eines Formulars mit der Bezeichnung „Stellengesuch“ im Warteraum muss der Arbeitnehmer sich gedulden, bis ihn ein Glockenzeichen zum Eintreten in den Schalterraum und zur Abgabe des Formblattes auffordert.

22. Dezember 1895 – Röntgenaufnahmen von Anna Bertha Röntgens Hand

München * Die Hand von Anna Bertha Röntgen wird zum Motiv der ersten Röntgenaufnahme und zum Symbol wissenschaftlicher Innovation. „Ich habe meinen Tod gesehen“, soll sie beim Anblick des Bildes gesagt haben. Die Aufnahme gilt als Beginn der modernen medizinischen Bildgebung.

1896 – Der „Kaisergarten“ an der Lilienstraße wird abgerissen

München-Au * Die seit dem 17. Jahrhundert bestehende Gastwirtschaft „Zum Kaisergarten“ wird abgerissen. Das Grundstück der Wirtschaft gehörte lange Zeit nicht zur Vorstadt Au, sondern lag auf dem Gebiet des Münchner Burgfriedens. Selbst als die Au am 1. Oktober 1854 nach München eingemeindet wurde, war dieses Grundstück noch immer ein Teil der Isarvorstadt. Es dauerte noch bis zum Jahr 1875, bis der „Kaiserwirt“ der Vorstadt Au zugeschlagen wurde. Der Garten des „Kaisergartens“, auf dem sich auch die Vorstadt-Theater der Familie Schweiger befanden, war aber auf Auer Gemeindegebiet.

1896 – Martin Dülfer erbaut die herrschaftliche Villa Berchtoldsheim

München-Bogenhausen * Der Architekt Martin Dülfer erbaut die herrschaftliche Villa in der Maria-Theresia-Straße 27 für Clemens von Berchtolsheim, dem Erfinder der Milchzentrifuge. Es handelt sich hier um eines der ersten Jugendstilhäuser in München.

4. Februar 1896 – Prinzregent Luitpold übernimmt die Schirmherrschaft

München * Prinzregent Luitpold gibt die Zusage für das Protektorat, die Schirmherrschaft, über die II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung. Nun muss die Standortfrage gelöst werden.

April 1896 – Die erste Film-Vorführung im Internationalen Handels-Panoptikum

Wien - München * Der Cinématographe der Herren August und Louis Lumiére wird im Jugendstil-Salon der französischen Botschaft in Wien gezeigt. Der Schausteller Carl Gabriel kann ein Aufnahme- und Wiedergabegerät erwerben. Noch im gleichen Monat findet die erste öffentliche Vorführung im Internationalen Handels-Panoptikum in München durch den Operateur Francis Doublier statt.

15. Juni 1896 – Erwerb eines Bauplatzes für das Marianum

München-Untergiesing * Nachdem die Eichthal'sche Lederfabrik den Vertrag mit dem Marianum aufgekündigt hat, ist die Vereinsleitung zum Handeln gezwungen. Die Generalversammlung beschließt den Erwerb eines Bauplatzes an der Humboldt-/Ecke Claude-Lorrainstraße. Im diesem Jahr werden im Marianum 139 Mädchen ausgebildet, davon sind neunzehn „mit körperlichen Gebrechen derart behaftet, dass sie sich anderswo nicht hätten durchbringen können“, ist im Geschäftsbericht zu lesen.

Juli 1896 – Der Turnverein Haidhausen ist schon bald am Ende

München-Haidhausen * Schon seit der Mitte der 1890er-Jahre treffen sich Haidhauser Arbeiter zu sportlichen Übungen im Turnverein Haidhausen. Doch nur wenige Monate später ist der Verein finanziell schon wieder am Ende und muss Ende 1896 aufgelöst werden. Um vor allem die finanziellen Probleme des Vereins in den Griff zu bekommen, nehmen Mitglieder des aufgelösten Vereins Kontakt mit der SPD und den Gewerkschaften auf. Nachdem den Arbeitersportlern Unterstützung zugesagt worden ist, kann eine zweite Gründung erfolgen. Ein solches Wohlwollen war zu dieser Zeit keineswegs selbstverständlich, da viele Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre den Sportvereinen ablehnend gegenüberstehen und diese als „Klimbim-Vereine“ abqualifizieren. In Gewerkschaftsversammlungen werden alle Debatten über Sportvereine abgelehnt, da man fürchtet, dass deren Mitglieder über ihr sportliches Engagement die politische Arbeit total vergessen könnten.

11. Juli 1896 – Im Panoptikum werden erstmals lebende Bilder gezeigt

München-Hackenviertel * In der bayerischen Haupt- und Residenzstadt werden erstmals „lebende Bilder“ gezeigt. Die Aufführung findet - „unter lebhafter Anteilnahme des Münchner Publikums“ - in Carl Gabriels und Emil Eduard Hammers Panoptikum statt. Der Vorführapparat wird mit Theaterkulissen umspannt und dann „drauflos gekurbelt“. Die Vorführungen richtet Carl Gabriel nach französischem Vorbild ein. Das ganze Programm ist circa 100 Meter lang und läuft innerhalb von einer Viertelstunde ab. Drei bis fünf kleine Filme werden gezeigt: Ein heranbrausener Eisenbahnzug, Eine Schlangendomteuse, Ein Kettensprenger und Das Aufziehen der Hauptwache. Schon einer der ersten Filme verursacht einen Skandal. Er heißt „Endlich allein“ und zeigt ein Brautpaar am Hochzeitstag. Die Schlussszene wird umgehend zensiert.

1897 – Das „Kaiser-Franz-Joseph-Rundgemälde“ von Fleischer

München - Wien * Ernst Philipp Fleischer malt für die Wiener Rundgemälde-Gesellschaft im Panorama-Atelier an der Schwabinger Landstraße das ähnlich wie die „Hohenzollern-Galerie“ konzipierte „Kaiser-Franz-Joseph-Rundgemälde“.

1897 – Das um 25 Prozent in den Lohnkosten billigere Fräulein vom Amt

Deutsches Reich * Die Zahl der Beschäftigten im Telephondienst nimmt zwischen 1897 und 1907 um fast das Vierfache zu. Da ist die Kostenersparnis durch das um 25 Prozent in den Lohnkosten billigere „Fräulein vom Amt“ schon von erheblicher Bedeutung.

1897 – Die Gesellschaft Hausmüllverwertung München

München - Puchheim * Die Stadtverwaltung schließt mit der Gesellschaft Hausmüllverwertung München einen Vertrag, worin sich die Stadt verpflichtet, dieser Gesellschaft den gesamten Hausunrat ohne Ausnahme zur Trennung in verwertbare und nicht verwertbare Teile zu überlassen. Die Gesellschaft baut dafür in Puchheim eigens eine entsprechende Anlage. Die Stadt sorgt dafür, dass der Müll mit der Eisenbahn nach Puchheim transportiert wird. Aufgabe der Gesellschaft ist es, aus dem Hausmüll landwirtchaftlich verwertbaren Dünger herzustellen und die hierfür nicht geeigneten Bestandteile des Mülls „hygienisch einwandfrei zu verwerten“. Ausgesondert werden Glas, Papier, Knochen, Lumpen und Metalle, außerdem Gummi, Kork und Holz. Was übrig bleibt, wird auf unfruchtbarem Moorgrund aufgeschüttet. Nach Darstellung der Süddeutschen Sonntagspost ist danach der Moorboden so fruchtbar, dass darauf sogar Futterrüben angebaut werden können.

1897 – Die Unternehmensgründer scheiden aus

Berg am Laim * Die beiden Gründer der Firma Franz Kathreiner‘s Nachfolger scheiden aus dem Unternehmen aus. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 217.

1897 – In Deutsch-Südwestafrika bricht eine Rinderpest aus

Deutsch-Südwestafrika * Die Herero erwirtschafteten ihren Lebensunterhalt traditionell mit der

Rinderzucht. Als es im Jahr 1897 zu einer Rinderpest ausbricht, werden die Herden der Herero stark dezimiert. Durch die zunehmende Aneignung des Landes, insbesondere wertvoller Weidegründe, durch die sich die deutschen Siedler in den Besitz der Rinder bringen wollen, kommt es in der Folge zu empfindlichen Einbußen der Herero. Das betrifft nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Werte. Hinzu kommen noch Betrügereien der Siedler. Durch die daraus resultierende Verarmung waren viele Herero gezwungen, Lohnarbeit auf deutschen Farmen anzunehmen. Andere, noch Vieh besitzende Herero, geraten immer öfter in Konflikte mit den Siedlern, wenn sie ihre Herden auf dem nunmehr von den Deutschen beanspruchtem Land weiden ließen. Zornige Siedler vertreiben die Hirten oftmals gewaltsam.
Neben dem existenzbedrohenden Verlust immer größerer Weidegebiete war es die rassistische Diskriminierung der Herero, die als Auslöser für den Aufstand wirkt. Weitere schwere Vergehen waren Vergewaltigung und Mord, deren sich Siedler gegenüber den Herero schuldig gemacht hatten. Dass diese Fälle vielfach nicht oder nur milde bestraft werden, verstärkt die Spannungen weiter.

1897 – Einsprüche gegen die „Verdrahtung des einmaligen Münchner Stadtbildes“

München * Die Münchner Künstlerschaft erhebt erbitterte Einsprüche gegen die „Verdrahtung des einmaligen Münchner Stadtbildes“. Eine Entschließung, die unter anderem von Franz von Lenbach und den Gebrüdern von Seidl unterschrieben worden ist, fordert das definitive Verbot von Oberleitungen. Auf „Allerhöchsten Wunsch“ hin wird in der Ludwigstraße ab der Galeriestraße eine Oberleitung nur provisorisch und widerruflich angebracht und bis zur Erfindung eines geeigneten Systems genehmigt. Eine Oberleitung in der Brienner Straße und am Odeonsplatz hält man für unverträglich.

1897 – Widerstand gegen den ersten Zionistenkongress in München

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München lehnt die von Theodor Herzl initiierte zionistische Bewegung entschieden ab. Herzl plant, den ersten Zionistenkongress in München abzuhalten, da die Stadt als gastfreundlich gilt und über günstige Verkehrsverbindungen verfügt.
Der Zionismus, der die Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina anstrebt, stößt bei vielen bayerischen Juden auf Ablehnung. Sie verstehen sich als deutsche Staatsbürger und befürchten, dass zionistische Bestrebungen ihre gesellschaftliche Integration gefährden könnten. Zudem wollen sie vermeiden, antisemitischen Vorurteilen Vorschub zu leisten, die Juden mangelnde Verbundenheit mit ihrem Vaterland unterstellen. Der Widerstand der Münchner Juden führt schließlich dazu, dass der erste Zionistenkongress 1897 nicht in München, sondern in

Basel stattfindet. Das Ereignis verdeutlicht das starke Selbstverständnis weiter Teile des bayerischen Judentums als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

1897 – Die SPD fordert die Trennung von Staat und Kirche

München * Der Bayerische Bauernbund - BBB fordert unter anderem die Aufhebung der kirchlichen Schulaufsicht und die Abschaffung der aristokratischen Ersten Kammer. Georg von Vollmar, der Führer der SPD fordert die Trennung von Staat und Kirche und kritisiert die Vormundschaft der Kirche über die Lehrer. Das Zentrum sieht darin ein Streben nach Entchristlichung der Schule, wie sie auch den Liberalen vorschwebe, und fordert im Umkehrschluss „die volle Emanzipation der Kirche von den Fesseln staatlicher Bevormundung“.

4. Februar 1897 – Ludwig Erhard wird in Fürth geboren

Fürth * Ludwig Erhard, der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, wird in Fürth geboren.

16. März 1897 – 56 Turngenossen gründen den Arbeiter-Turn-Verein-München Ost

München-Haidhausen * 56 sportbegeisterte Turngenossen gründen in einem Gaststättensaal an der Pariser Straße 30 den Arbeiter-Turn-Verein-München Ost. Der Arbeiter-Turn-Verein München-Ost hat die benötigte finanzielle Hilfestellung von der SPD und den Gewerkschaften erhalten. Damit können die Turner wieder ihre organisierten Übungsstunden abhalten. Als monatlichen Beitrag müssen die Mitglieder 50 Pfennige aufbringen. Im ersten Monat liegt das Beitragsaufkommen - inclusive Spenden - bei 28 Reichsmark. Nach Abzug von 40 Mark für die Anschaffung des notwendigen Turngeräts und der fälligen Turnhallenmiete muss ein Minderbetrag von zwölf Reichsmark von der SPD und der Gewerkschaft übernommen werden. Da es in Haidhausen keine anmietbare Turnhalle gibt, findet der Turnbetrieb des Arbeiter-Turn-Vereins München-Ost in den Nebenzimmern von Gaststätten statt. Dazu müssen die eigenen Geräte mitgebracht werden.

4. Juli 1897 – Karl May begeistert die Münchner*innen

München-Ludwigsvorstadt * Der berühmte Schriftsteller und Verfasser von Wild-West-Romanen,

Karl May, kommt mit seiner Ehefrau nach München und wohnt im noblen Hotel Trefler in der Sonnenstraße. Seine Vorträge, die er im Kleinen Saal hält, sind von der staunenden Zuhörerschaft gut besucht. Sie hängen an seinen Lippen, als er von seiner Freundschaft mit dem Apachenhäuptling Winnetou, von tapferen Westmännern wie Old Surehand, Old Firehand oder Sam Hawkens erzählt. Diese sind inzwischen alle in die Ewigen Jagdgründe eingegangen, nur er, Karl May alias Old Shatterhand, hat überlebt und ist „im Wilden Westen ein bekannter Mann".

September 1897 – Die 24 Plätze für die Wirtsbuden werden jährlich neu versteigert

München-Theresienwiese * Die 24 Plätze für die Wirtsbuden werden jährlich neu an die meistbietenden „in München gewerbsberechtigten Inhaber von Schankwirtschaften" versteigert.

25. Oktober 1897 – Die Stadt kontrolliert den Trambahn-Betrieb

25. Oktober 1897: München * Da im ersten Schritt nur die beiden Gemeindestrecken elektrifiziert worden sind und die Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft auf eine Konzessionsverlängerung als Voraussetzung für die Elektrifizierung ihrer Strecken plädiert, kommt es zu einem neuen „Vertrag über die Umwandlung des Pferde- und Dampfbetriebes auf elektrischen Antrieb". Mit dem Vertrag kontrolliert die Stadt die nur mehr formell private Trambahn-Aktiengesellschaft in Bauangelegenheiten und im Linienbetrieb. Zum städtischen Kontrollorgan des Betriebs hatte sich der Trambahn-Ausschuss herausgebildet, der im Jahr 1892 zur Aufsicht der zwei Gemeindestrecken als Verwaltungsrat eingerichtet worden war. Der Vertrag bedeutete aber auch, dass die Stadt die Kosten der Umstellung und Modernisierung zu übernehmen hatte.

November 1897 – Gründung des Theaterunternehmens „Münchner Schauspielhaus"

München-Graggenau * Das Theaterunternehmen „Münchner Schauspielhaus" wird gegründet, nachdem sich das Deutsche Theater in der Schwanthalerstraße zunehmend dem Varieté zuwendet. Ziel der neuen Gesellschaft ist die Förderung eines künstlerisch anspruchsvollen Sprechtheaters in München. Ausgangspunkt der Gründung ist der Wunsch, dem ernsthaften Schauspiel eine eigene Bühne zu schaffen. Ein Teil des Ensembles und der künstlerischen Kräfte des Deutschen Theaters sucht hierfür neue Perspektiven. Zu den maßgeblichen Initiatoren und Trägern des Unternehmens zählen der Theaterdirektor Ignaz Georg Stollberg sowie der Brauereibesitzer und Mäzen Cajetan Schmederer. Gemeinsam prägen sie die Entwicklung des Hauses und legen den Grundstein für eine der bedeutendsten Schauspielbühnen Münchens.

Der Spielbetrieb findet zunächst in den „Zentralsälen“ in der Neuturmstraße 1 statt.

Dezember 1897 – Ein Monumentalbau, der nie entstand

München * Gottfried Sempers hat die Planunterlagen und das des Festspielhauses fertiggestellt. Sie zeigen den berühmten Architekten auf der Höhe seines Könnens. Mit dem 175 mal 102 Meter - oder 600 mal 350 bayerischen Fuß - messenden Theater, dem Halbrund des Zuschauerraumes und dem darüber liegenden Bühnenhaus sowie den beiden Seitenflügeln, die die Treppenhäuser und die Gesellschaftsräume beinhaltet hätten, wäre ein Monumentalbau geschaffen worden, mit dem Ludwig II. der Architektur des Maximilianeums ein gleichwertiges Bauwerk an die Seite gestellt hätte. Das von Gottfried Semper eingeforderte schriftliche Auftragsdekret trifft jedoch nie in Zürich ein, da zwischenzeitlich feststeht, dass der fünf Millionen Gulden teuere Theaterbau nicht entstehen wird.

1898 – Ludwig Weinberger gründet eine Wagnerei

München-Au * Ludwig Weinberger senior gründet eine Wagnerei in der Brunnthaler Straße und beschäftigt sich zunächst mit der Herstellung von Pferdefuhrwerken.

1898 – Die arische Wiener Alpine Gesellschaft D‘Reichensteiner

Wien * Die Wiener Alpine Gesellschaft D‘Reichensteiner beschließt bei ihrer Gründung einen Arier-Paragraphen, um damit jüdische Mitbürger von der Mitgliedschaft auszuschließen.

1898 – Hohe Geldstrafen für Verstöße gegen die Betriebsordnung

Berg am Laim * Bei der Firma Franz Kathreiner's Nachfolger beträgt das Wochenleistungsmaß 57 Stunden. Die Beschäftigten müssen nach der geltenden Betriebsordnung um 7 Uhr morgens im Betrieb sein und dürfen ihn vor abends 19 Uhr nicht mehr verlassen. Es gibt zwar eine allgemeingültige Gewerbeordnung für alle Unternehmen, doch wird diese durch innerbetriebliche spezielle Arbeitsordnungen, in der die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer noch eindeutiger festgelegt sind, ergänzt. Verstöße gegen diese Hausordnung werden durch von der Firmenleitung einseitig festgelegte Geldstrafen geahndet. Es gibt eine Paragraphen-Liste für die sogenannten „50-Pfennig-Strafen“. Diese können fällig werden, wenn ein Beschäftigter während

der Arbeitszeit schlafend angetroffen wird. Das ist zwar ein nicht akzeptierbares Verhalten, doch bei einer 57-Stunden-Arbeitswoche, oftmals verbunden mit schweren körperlichen Arbeit kann das schon vorkommen. Selbst das Führen von Unterhaltungen am Arbeitsplatz, die von der Geschäftsleitung als „arbeitsstörend“ eingestuft werden, führen zu dieser Strafe. Das gilt gleichfalls für das „Müßiggehen“ in den Geschäftsräumen. Daneben regelt die Arbeitsordnung das Verhalten der Arbeitnehmer. So darf niemand die Arbeit niederlegen, bevor nicht das Glockenzeichen oder die Dampfpfeifen ertönt sind. Die Geldstrafen für Verspätungen sind bei der Firma Franz Kathreiner's Nachfolger GmbH noch differenzierter geregelt. Da müssen jene Beschäftigte, die zu spät an ihren Arbeitsplatz kommen, außer beim ersten Mal, eine Mindeststrafe von 20 Pfennigen entrichten. Sind die Verspätungen größer als zwanzig Minuten, dann ist pro Minute ein Pfennig fällig.

1898 – Carl Ungerer lässt sich das Doppelhaus Brienner Straße 38/40 erbauen

München-Maxvorstadt * Der Fabrikant Carl Ungerer lässt sich das hochherrschaftliche Doppelhaus an der Brienner Straße 38/40 erbauen. Architekt ist Eugen Drollinger. Carl Ungerer lebt hier bis 1905.

1898 – Das sogenannte Fünf-Prozent-Grün wird eingeführt

München - München-Haidhausen * Mit einer Ministerialentschließung wird das sogenannte „Fünf-Prozent-Grün“ eingeführt. Diese legt fest, dass in allen zu erstellenden Baulinienplänen fünf Prozent der Gesamtfläche als Grünanlagen und Spielplätze auszuweisen sind. Haidhausen und das Franzosenviertel ist mit Grünanlagen nicht gerade gesegnet. Eine Begründung lässt sich auch darin finden, dass eine Sicherung von Grünanlagen ohne staatliche Verordnung seinerzeit nicht denkbar ist. Daran hat sich übrigens bis heute nichts geändert. Bei der Bebauung eines Gebiets durch Terraingesellschaften sind die Flächen unentgeltlich an die Stadt abzutreten. Diese städtebaulich und sanitär bedeutende Entscheidung betrifft anfänglich nur die großen Grundbesitze, da die entsprechenden fünf Prozent hier auch tatsächlich eine größere zusammenhängende Fläche ergeben. Später werden die Fünf-Prozent-Flächen durch Grundabtausch erstellt. Zwar sind im Franzosenviertel mit dem Orleans-, Weißenburger-, Pariser- und Bordeauxplatz die ersten stadtteilbezogenen Grünanlagen geschaffen worden. Diese dienen jedoch mit ihren regelmäßigen Formen und überschaubaren Größen rein als Schmuckplätze und Mittelpunkt eines Wohngebiets. Zum Spielen und als Aufenthalt für Kinder sind sie jedoch nicht geeignet, da zudem noch der Straßenverkehr über diese Plätze führt. Zu diesem Zeitpunkt hat sich im dicht besiedelten Franzosenviertel lediglich noch zwischen Orleans-,

Lothringer- und Pariser Straße ein unbebautes Areal erhalten: die Postwiese. Walter Heerde weist in seinem Haidhausen-Buch darauf hin, dass die Postwiese ihren Namen völlig zu unrecht trägt, „denn es handelte sich nicht um eine Wiese, sondern um eine große, häßliche Grube, die zwar von der Haidhauser Jugend von je her als Spielplatz und winterliche Rodelstätte benützt wurde, aber sonst einen Schandfleck und ein Sorgenkind Haidhausens bildete“.

1898 – Josef Turner eröffnet im Frankfurter Hof eine Volkssänger-Bühne

München-Ludwigsvorstadt * Im Frankfurter Hof wird von dem Pächter Josef Durner eine Volkssänger-Bühne eröffnet, in der die Gesellschaft von Hans Blädel spielt, bis sie 1907 in den Peterhof am Marienplatz umzieht.

1898 – Das Münchner Arbeitsamt vermittelt Arbeitsplätze

München-Isarvorstadt * Das Münchner Arbeitsamt ist die Hauptvermittlungsstelle für die Bezirke Oberbayern, Schwaben und Neuburg. Seine Hauptaufgabe ist, möglichst viele am Münchner Arbeitsmarkt gemeldete Arbeitslose auf das Land zu vermitteln. Doch für die Landbevölkerung stellt das Leben in der Stadt die wünschenswertere Perspektive dar, weshalb die meisten Zuzügler nicht zur Rückkehr zu bewegen sind. Deshalb bietet man diesen Arbeitern und Dienstboten nur mehr landwirtschaftliche Stellen an. Die anderen Stellenangebote werden dagegen nur den Münchnern vorgelegt.

11. Juni 1898 – Der Prinzregent eröffnet die II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung

München-Isarvorstadt * Am Samstag, dem 11. Juni 1898, eröffnet Prinzregent Luitpold die II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung 1898 auf der Kohleninsel, die auch „zu etwas anderem gut sei als zu schmutzigen Schuppen, nächtlichem Aufenthalt lichtscheuen Gesindels und ab und zu einer verschwiegenen Mord- oder Gewalttat“. München ist damit Gastgeber eines der bedeutendsten technischen Ereignisse des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die Ausstellung ist als Leistungsschau konzipiert, die einem breiten Publikum die technischen Neuerungen, industriellen Errungenschaften und den Fortschritt der Maschinenbauindustrie zugänglich machen soll. Sie ist sowohl für Fachbesucher, als auch für die breite Öffentlichkeit zugänglich und stellt eine bedeutende Leistungspräsentation für moderne Technik und Industrie dieser Zeit dar. Dadurch wird sie zu einem Meilenstein für die Technik und zu einem Symbol des technischen Fortschritts im Deutschen Kaiserreich. Als ein Spiegelbild der Industrialisierung und

des Innovationsgeists der damaligen Zeit zieht die Ausstellung Ingenieure, Unternehmer, Wissenschaftler und Technikinteressierte aus ganz Europa an. Sie präsentiert die gesamte Bandbreite der modernen Maschinen und Arbeitsgeräte - von Dampfmaschinen und Elektromotoren über Werkzeugmaschinen bis hin zu landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen. Viele der vorgestellten Maschinen finden rasch Eingang in den industriellen Alltag und tragen zur Steigerung der Produktivität und maßgeblich zur Entwicklung des Maschinenbaus im Deutschen Kaiserreich bei. Sie bietet zudem den heimischen Unternehmen die Gelegenheit, ihre Produkte international zu vermarkten und so die Exportwirtschaft zu stärken. Der Ausstellungsbau ist ein gewaltiges Gebäude im neoklassizistischen Stil mit einer imponierenden, säulengeschmückten Eingangshalle, einem 45 Meter hohen Rundturm, dessen Aussichtsgalerie über einen elektrischen Fahrstuhl erreicht werden kann, und weiteren Nebengebäuden. Zusammen mit der integrierten Isarkaserne stehen rund 4.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zur Verfügung. Architektonisch folgt man zwar den großen Vorbildern der Weltausstellungen, doch der schöne Schein ist trügerisch, denn die Bauten bestehen aus zusammengenagelten und weiß getünchten Brettern, die Säulen und der üppige Figurenschmuck sind lediglich Gips und Stuck - und damit nur für eine begrenzte Dauer konzipiert. Im südlichen Teil der Insel erreicht man über einen Park das Hauptrestaurant. Dem gegenüber befindet sich das Automatenrestaurant, in dem man sich - eine absolute Neuheit für die Münchner - gegen Geldeinwurf verpflegen kann. Im Park gibt es außerdem eine große Gartenschau und täglich stattfindende Standkonzerte. Eine weitere Attraktion der II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung ist die Wasserrutschbahn am östlichen Ufer der Kohleninsel. Für 20 Pfennige kann man von der Plattform eines Turmes - in 13 ½ Metern über dem Wasserspiegel und auf einer schiefen Ebene von 67 Metern Länge - in zwei, auf Schienen laufenden flachen, durch ihre eigene Schwerkraft angetriebenen Boote in die Isar hineinrutschen. Das Abenteuer ist völlig harmlos und ohne Gefahr, und ruft sowohl bei den Teilnehmern als auch bei den Zuschauern das „unbändigste“ Vergnügen hervor.

September 1898 – „Ein Prosit der Gemütlichkeit“ wird zum Wiesnlied

München-Ludwigsvorstadt * Georg Lang macht das Trinklied „Ein Prosit der Gemütlichkeit“ in seiner Riesenhalle bekannt. Den heute geläufigen Ausruf „Oans, zwoa, drei – g’suffa!“ fügt er dem Lied hinzu. Damit die Gäste mitsingen können, lässt Lang Tausende Liederhefte auf den Tischen verteilen. Eine Tafel am Musikpodium zeigt jeweils die Nummer des nächsten Liedes an. Zusätzlich erhalten die Gäste kleine Stäbe, mit denen sie den Takt schlagen oder die Kapelle spielerisch dirigieren können. Auf diese Weise wird das Publikum selbst zum Teil der Unterhaltung. Das Lied wird häufig dem Chemnitzer Komponisten und Kirchenmusiker Bernhard

Traugott Dietrich zugeschrieben. Seine Urheberschaft ist jedoch nicht zweifelsfrei geklärt; in anderen Darstellungen wird der Bremer Komponist Georg Kunoth genannt.

September 1898 – Georg Lang macht sich selbst zur Marke

München-Ludwigsvorstadt * Georg Lang wirbt mit ungewöhnlichem Aufwand für seine „1. Bayerische Riesenhalle“. Plakate, Liederhefte, Ansichtskarten, Wertmarken, Medaillen und Bierkrüge zeigen sein Porträt mit dem markanten Schnurrbart. Dadurch werden sowohl die Festhalle als auch ihr Wirt über München hinaus bekannt. Lang verbindet Gastronomie, Unterhaltung und Werbung zu einem einheitlichen Konzept. Er verkauft seinen Gästen nicht nur Bier und Speisen, sondern ein gemeinschaftliches Erlebnis aus Musik, Gesang und Selbstdarstellung. Damit wird der Nürnberger „Krokodilwirt“ zu einem Wegbereiter der modernen Bierzelt- und Veranstaltungswerbung.

September 1898 – Georg Lang erhält die Genehmigung für ein Großzelt

München-Ludwigsvorstadt * Der Münchner Stadtmagistrat genehmigt dem aus Nürnberg stammenden „Krokodilwirt“ Georg Lang bei nur einer Gegenstimme die Errichtung eines Großzelts auf der Theresienwiese. Dabei erfüllt Lang mehrere der geltenden Zulassungsbedingungen nicht: Er stammt nicht aus München, bewirtschaftet den Ausschank nicht selbst und benötigt für seine Halle die Fläche von fünf herkömmlichen Wirtsbuden. Die fünf Standplätze lässt er von zugelassenen Münchner Wirten ersteigern, die als Strohmänner für ihn auftreten. Noch 1881 weist der Magistrat einen vergleichbaren Antrag des Festwirts Michael Schottenhamel zurück. Mit der nun erteilten Genehmigung schafft die Stadt eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung der großen Bierhallen auf dem Oktoberfest.

10. Oktober 1898 – Die II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung erbringt ein Defizit

München-Isarvorstadt * Die II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung endet. Die Veranstalter müssen trotz einer der höchsten bisher erreichten Besucherzahlen von 600.000 Zahlenden ein Defizit von 200.000 Mark zur Kenntnis nehmen, was man von den 700.000 Mark betragenden Baukosten herleitet. Die Entstehungskosten der Bauten waren angesichts ihrer nur kurzzeitigen Verwendbarkeit viel zu hoch und trugen so zu den defizitären Abschlüssen der Veranstaltung bei. Ein Fakt, das der Stadt später einerseits die Abhaltungen solcher Veranstaltungen als zu kostspielig erscheinen lässt, andererseits den Ruf nach dauerhaften Ausstellungsbauten

verstärkt.

6. Dezember 1898 – Gründung der Deutschen Grammophon Gesellschaft

Hannover * Die Deutsche Grammophon Gesellschaft wird von Emil Berliner und seinem Bruder Joseph gegründet. Es ist das erste Schallplattenunternehmen Deutschlands und zugleich das älteste Plattenlabel der Welt. Emil Berliner ist an der Gründung maßgeblich beteiligt. Noch im selben Monat beginnt in Hannover die erste kommerzielle Schallplattenproduktion auf deutschem Boden. Das Unternehmen ist damit das älteste bestehende Plattenlabel der Welt. Die Deutsche Grammophon entwickelt sich in den folgenden Jahrzehnten zu einem der bedeutendsten Klassiklabels der Welt.

1899 – Die Münchner Künstlergenossenschaft bezieht das Künstlerhaus

München-Kreuzviertel * Die Münchner Künstlergenossenschaft kann ihre Büroräume im neuen Künstlerhaus beziehen.

1899 – Hubert Herkomer wird in den deutschen Adelsstand erhoben

Berlin * Hubert Herkomer wird von Kaiser Wilhelm II. zum Ritter des Ordens Pour le Merite für Künste und Wissenschaft ernannt.

1899 – Das Kaufhaus Hermann Tietz wird als erstes Kaufhaus eröffnet

München * Das Kaufhaus Hermann Tietz, der spätere Hertie, wird als erstes Kaufhaus in München eröffnet. Der Kaufhausbesitzer muss sich mehrmals vor Gericht den Anschuldigungen der Antisemiten erwehren, dass er durch ihre niedrigen Löhne die Verkäuferinnen zur Prostitution treiben würde. Das bringt zwar den Anschuldigern hohe Geldstrafen ein, hat aber auch Auswirkungen auf das Geschäft des Warenhauses Tietz.

16. Mai 1899 – Pläne für die Erweiterung des Münchner-Kindl-Kellers

München-Au * Friedrich von Thiersch und das Baugeschäft Heilmann & Littmann unterzeichnen

Pläne für die Erweiterung des Münchner-Kindl-Kellers an der Rosenheimer Straße. Thiersch gestaltet einen in den Proportionen wesentlich verbesserten Bau in Formen des Jugend- und Heimatstils. Die Fassadengestaltung strahlt eine Münchner Behäbigkeit aus. Der weit über Münchens Grenzen hinaus bekannte Biertempel wird so beschrieben: „Die neue Hauptfront des Erweiterungsbaues ist in Deutschrenaissance gehalten. Die Mitte des Baues besteht aus einem 25 Meter hohen Giebel, an dessen beiden Seiten Türme angebracht sind; eine geräumige Terrasse, von Kreuzgewölben getragen, mit seitlichen Treppentürmchen versehen, erstreckt sich in der Höhe des ersten Stockwerkes. Dass man sich vor einem modernen Bierpalast befindet, kennt man sofort an der originellen, dekorativen Weise, in der der Bau ausgeführt ist. Die an Maßkrugdeckel erinnernden Turmhauben und das große Bild des Münchner Kindls aus farbigen Tonplatten an der oberen Giebelfläche ist der beste Beweis hierfür". Mit einem Flächeninhalt von 1.600 Quadratmetern und einem Fassungsvermögen von über 5.000 Personen entsteht hier der größte Saalbau Münchens und der viertgrößte im Reich. Hinzu kommt noch ein 500 Plätze fassendes „Bräustüberl" und ein Biergarten, in dem ebenfalls 5.000 Sitzplätze zur Verfügung stehen. Am weithin sichtbaren Giebel, der von zwei Türmen mit kupfergedeckten Hauben flankiert ist, findet sich ein Mosaik mit dem Münchner Kindl. Zwischen den Turmgeschossen sind stilisierte Eichenbäume mit Blattwerk angebracht. An der Ecke zur Hochstraße, an der die Stützmauer des Biergartens mit schönen alten Kastanienbäumen die Höhe eines Vollgeschosses erreicht, schiebt sich ein Balkon zur Straße vor, überwölbt von einem Bogen, auf dem ein maßkrugschwingendes „Münchner Kindl" steht. Thiersch hat die Baugruppe zu einem Blickfang an der von der Isar her ansteigenden Rosenheimer Straße gestaltet. Die Formensprache seines Anbaus zeigt keinerlei Anklänge an die Renaissancearchitektur des bestehenden Altbaus, der streng symmetrisch gegliedert war. Sehr geschickt löst er die Aufgänge zum Biergarten und die Stützmauern aus Sichtbeton. Als Abschluss des Wirtschaftsgartens ist an der südlichen Grenze desselben noch eine gedeckte hölzerne Halle errichtet, die die unschönen Brandmauern der benachbarten Brauereien abdeckt.

27. Mai 1899 – Positive Kritiken für den Kaisergarten

München-Au * Im „Münchener Lokal-Anzeiger", der ehemaligen Zeitschrift „Münchener Ratsch-Kathl" ist zu lesen: „Der neue ‚Kaisergarten' am Eingange der Au, nächst der äußeren Ludwigsbrücke, hat in seinem jetzigen Besitzer, Herrn Betz, den richtigen Mann gefunden hinsichtlich des Betriebs dieser altbekannten Volksquelle. Der große Parterre-Saal ist wie geschaffen zur Abhaltung volkstümlicher Unterhaltungen, die denn auch alle Sonn- und Feiertage, sowie Samstage, durch Sing- und Komikergesellschaften veranstaltet werden und sich eines recht regen Besuches erfreuen."

20. Juli 1899 – Salvator wird ein gesetzlich geschütztes Warenzeichen

Berlin * Die Bezeichnung „Salvator“ wird vom Kaiserlichen Patentamt in Berlin als gesetzlich geschütztes Warenzeichen anerkannt. Der Firmenname wird daraufhin von Gebrüder Schmederer Aktienbrauerei in Paulaner-Salvator-Brauerei umbenannt.

15. September 1899 – Das erste Demonstrations-Fußballspiel auf Münchner Boden

München * Im Rahmen der Allgemeinen Deutschen Sportausstellung findet ein Demonstrations-Spiel statt. In diesem ersten offiziellen Fußballspiel auf Münchner Boden spielt eine Mannschaft aus der damals führenden süddeutschen Fußballstadt Karlsruhe gegen die noch junge Mannschaft des Männerturnvereins von 1879 - MTV, um beim Münchner Publikum Begeisterung für die Sportart des Association Football zu erzeugen. Das Spiel wird für die Münchner zum Desaster, denn die Karlsruher gewinnen mit 10:0 Toren. Am Anfang distanzieren sich noch viele bürgerliche und Arbeiter-Turnvereine von dieser Form des Wettkampfsports. Verhindern können sie diese Sportart auf Dauer natürlich nicht, da sie sonst zu viele fußballbegeisterte Sportler an andere Vereine verloren hätten.

15. Dezember 1899 – Finanzielle Absicherung für einen Theaterneubau

München * Auf Betreiben Ernst von Possarts wird - noch bevor es einen offiziellen Bauherrn gibt - ein Vertrag geschlossen, der festgelegt, dass der geplante Theaterneubau für zehn Jahre und gegen einen geringen Zins an die Königliche Civilliste verpachtet und von der Königlichen Hofbühne bespielt werden wird. Damit ist der Gewinn gesichert, weshalb die drei Immobiliengesellschaften des Konsortiums am darauffolgenden Tag die Gesellschaft Prinzregenten-Theater [GmbH] als Auftraggeber des Theaterneubaus gründen.

17. Dezember 1899 – Die Gesellschaft Prinzregenten-Theater wird gegründet

München * Die „Gesellschaft Prinzregenten-Theater [GmbH]“ als Auftraggeber des Theaterneubaus wird gegründet. Da trifft es sich gut, dass der Architekt Max Littmann noch vor der endgültigen Entscheidung über den neuen Theaterbau, fünf Projektskizzen für ein Wagnertheater nach Bayreuther Vorbild und Volkstheater ohne soziale Rangunterschiede, ausgestattet mit den modernsten bühnentechnischen Mitteln erstellt hat.

1900 – Die Künstlergenossenschaft pachtet das Künstlerhaus

München-Kreuzviertel * Die Künstlergenossenschaft pachtet das Münchner Künstlerhaus.

1900 – Brauereien stehen unangefochten an der Spitze der Münchner Wirtschaft

München * Die Brauereien stehen unangefochten an der Spitze der Münchner Wirtschaft.

1900 – Einstellungsbedingungen für Frauen im Fernsprechdienst

München * Für Frauen im Fernsprechdienst gelten folgende Einstellungsbedingungen: „Die Bewerberinnen - Mädchen oder kinderlose Witwen - müssen zwischen 18 und 25 Jahre alt sein, eine gute häusliche Erziehung erhalten und sich sittlich tadellos geführt haben, von entstellenden Gebrechen frei und körperlich vollkommen gesund sein, namentlich ein gutes Seh- und Hörvermögen sowie normale Atmungswerkzeuge besitzen und nicht zu Ohrenleiden, Nervosität und Bleichsucht neigen. Zur Einstellung als Telegraphengehülfin ist im allgemeinen eine Körpergröße von mindestens 158 cm erforderlich. Die Bewerberinnen dürfen keine Schulden haben. Es können in der Regel nur solche Bewerberinnen angenommen werden, welche in dem Orte der Beschäftigung dauernd festen Familienanhalt durch nahe Verwandte haben und bei diesen wohnen. Ausnahmen hiervon unterliegen der Genehmigung der Ober-Postdirektion. [...] Die Beschäftigung ist eine widerrufliche und gewährt keinen Anspruch auf Zulagen, Unterstützungen usw. Die Verheiratung hat den Verlust der Stelle zur Folge.“ Neben den günstigen Lohnkosten werden die Damen auch wegen ihrer - als weibliche Sozialisation beschriebenen - geschlechtsspezifischen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen, Aufmerksamkeit, Genauigkeit, Höflichkeit, Geduld, einfach „die ausgleichenden und vermittelnden Qualitäten der Frau“, eingestellt. Gerade in der Anfangsphase des Vermittlungsdienstes müssen die Frauen die Pannen, Störungen und Kapazitätsprobleme der Technik mit ihrer „natürlichen Veranlagung“ ausgleichen. Sie kommen meistens aus gutem Hause, sind unverheiratet, besitzen eine ordentliche Schulbildung - zum Teil sogar mit Fremdsprachenkenntnissen - und verfügen über einen einwandfreien Leumund. Mit diesen Voraussetzungen garantieren sie ein adäquates Benehmen im Umgang mit den „sozial hochgestellten Telefonabonnenten“. Aus einer Vielzahl von Bewerberinnen können die bestqualifiziertesten Frauen ausgewählt werden, die aufgrund ihrer Vorbildung, Sozialisation und Jugend als hoch motivierte Arbeitskräfte mit wenig anderen Berufs- oder Aufstiegschancen anerkannt sind. Die jungen Damen haben eine Aufnahmeprüfung in Rechnen, Geographie und Aufsatz zu absolvieren. Nach einer halbjährigen Probezeit müssen sie eine mündliche Prüfung ablegen und praktisch beweisen, dass sie Telefon-

und Telegrafenapparate bedienen können. Die Tätigkeit in der Telefonvermittlung wird jetzt als dauerhafte Beschäftigung für Frauen verstanden. Wie schwer der Beruf der Telefonistin war, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, beispielsweise von der Größe der Stadt und der Art der Vermittlungsstelle. Die Arbeit einer Ortsvermittlungskraft gilt als monoton und - darüber sind sich die Arbeitsmediziner einig - stellt hohe Anforderungen an das Nervensystem. „Eine über mehrere Jahre tätige Telephonistin musste einfach hysterisch werden". Die wöchentliche Arbeitszeit schwankt - je nach Schwere des Dienstes - zwischen 42 und 48 Stunden, nur jeder dritte Sonntag ist frei. Die Dienstschicht dauert elf Stunden; Urlaub gibt es keinen. Der Durchschnittsverdienst einer Telefonvermittlungskraft liegt etwas über dem von weiblichen Kaufhausangestellten und etwas unterhalb der Einkünfte von Lehrerinnen. Nur einzelne Kräfte können zur Aufsicht aufrücken. Während des Dienstes ist das Tragen einer einheitlichen Dienstbluse aus dunkelblauem Stoff vorgeschrieben, da man befürchtet, dass „bei der Eigenart der weiblichen Natur nur zu leicht ein gegenseitiges Überbieten in der äußeren Erscheinung Platz greifen würde".

1900 – Afrika und Asien werden für die Landnahme auserkoren

Deutsches Reich * Im Deutschen Reich herrscht die Auffassung vor, dass das Alte Europa nicht genügend Platz hat, um die sich ständig vermehrende Bevölkerung auf Dauer angemessen zu ernähren und am Wohlstand teilhaben zu lassen. Afrika und Asien sind für die Landnahme auserkoren. Aus der Evolutions-Theorie von Charles Darwin wird die Überlegenheit des weißen Mannes gegenüber anderen „Rassen" abgeleitet.

1900 – Wilhelm Conrad Röntgen wohnt in der Prinzregentenstraße 61

München-Bogenhausen * Wilhelm Conrad Röntgen und seine Ehefrau Anna Bertha wohnen in den Jahren 1900 bis 1919 in dem neubarocken Herrschaftshaus an der Prinzregentenstraße 61.

1900 – Das Haus in der Richard-Wagner-Straße 27 ist bezugsfertig

München-Maxvorstadt * Das Wohn- und Geschäftshaus in der Richard-Wagner-Straße 27 ist bezugsfertig. Sein Eigentümer, Clemens Schuster, betreibt im Erdgeschoss sein Geschäft für Polsterei, Tapeten und Linoleum.

1900 – Otto Bohner lässt ein Haus in der Richard-Wagner-Straße 16/18 erbauen

München-Maxvorstadt * Der Installationsgeschäftsinhaber Otto Bohner lässt sich von Leonhard Romeis in der Richard-Wagner-Straße 16 und 18 ein Wohn- und Geschäftshaus erbauen.

27. Februar 1900 – Die Fußball-Abteilung des FC Bayern München wird gegründet

München * Die Fußball-Abteilung des FC Bayern München wird gegründet. Während sich innerhalb des Turnvereins München von 1860 - wie er damals noch hieß - eine eigene Fußballriege herausbilden kann, die den aus England kommenden Association Football pflegen, ist die Geburt des Fußballclubs Bayern München etwas komplizierter. Zwar entstammen die Fußballer dem Männerturnverein von 1879 - MTV, der sich schon sehr früh dieser Sportart geöffnet hat und die Spiel- und Trainingsmöglichkeiten fördert. Zur Abspaltung der Fußball-Abteilung vom MTV 1879 kommt es aber, nachdem sich die Deutsche Turnerschaft gegen diese ausländische Kampfsportart ausspricht, eine Doppelmitgliedschaft im Verband Süddeutscher Fußballvereine ablehnt und dem Männerturnverein von 1879 eine solche untersagt. Daraufhin treten die Fußballer aus ihrem bisherigen Verein aus und gründen den Fußballclub Bayern München, der die Landesfarben weiß-blau als Clubfarben übernimmt.

15. März 1900 – Gründung des Goethe-Bundes zum Schutze freier Kunst und Wissenschaft

München * In München wird der Goethe-Bund zum Schutze freier Kunst und Wissenschaft gegründet. Ihm gehören unter anderen an: Paul Heyse, Max Halbe, Georg Hirth, Friedrich August von Kaulbach, Otto Falckenberg, Franz von Lenbach, aber auch der Volkssänger Jakob Geis. Das Ziel der Vereinigung ist, den „Angriffen auf die freie Entwicklung des geistigen Lebens, insbesondere von Wissenschaft, Kunst und Literatur gemeinsam entgegenzutreten“.

31. März 1900 – Ein „Prunkfest“ im Münchner Künstlerhaus

München-Kreuzviertel * Im Münchner Künstlerhaus findet ein glanzvolles Festbankett statt, zu dem der Prinzregent seinen Enkel, Prinz Rupprecht, als offiziellen Vertreter entsendet. Fanfaren und eine festliche Illumination des Künstlerhauses sowie zahlreicher repräsentativer Gebäude prägen den festlichen Abend. Die Eröffnung gilt als eines der bedeutendsten gesellschaftlichen Ereignisse Münchens. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ würdigen das Fest als „Prunkfest“,

das den Ruf der Münchner Künstlerschaft als Ausrichter glanzvoller Veranstaltungen eindrucksvoll bestätigt. Auch die künstlerische Gestaltung des Hauses findet große Anerkennung. Gabriel von Seidl entwirft das Gebäude im Stil der italienischen Hochrenaissance und stattet die Innenräume mit außergewöhnlicher Sorgfalt aus. Edle Materialien, kunstvolle Möbel, Wandmalereien, Spiegel, Gobelins und Stuckdecken verleihen dem Künstlerhaus seine repräsentative Ausstrahlung. Von der ursprünglichen Ausstattung sind bis heute das fünfjochige Foyer sowie das sogenannte Venezianische Zimmer – der ehemalige Muschelsaal des Restaurants – im Original erhalten geblieben.

15. April 1900 – Kaiserwitwe Cixi und die „Boxer“ als Verbündete gegen die Ausländer

Shandong - China * Die „Boxer“ werden offiziell verboten. Da sich jedoch reguläre kaiserliche Truppen mit ihnen verbünden, lässt sich das Verbot nicht durchsetzen. Nun ändert die Kaiserinwitwe Cixi und ein Teil der hohen Beamtenschaft erneut ihre Meinung und beginnen, in den „Boxern“ Verbündete gegen die Ausländer zu sehen.

5. Mai 1900 – Herzog Carl Theodor in Bayern veräußert Stepperg

Bogenhausen * Herzog Carl Theodor in Bayern veräußert das inzwischen auf 389 Tagwerk angewachsene Bauerwartungsland für vier Millionen Mark an die Terrain-Aktiengesellschaft Herzogpark München-Gern, geführt von Jakob Heilmann und Max Littmann. Mit der Parzellierung der ehemaligen herzoglichen Ländereien in der Isarau zwischen Bogenhausen und dem Oberföhring-Grüntal beginnt die Bebauung des Areals mit repräsentativen Villen für wohlhabende Münchner Bürger - unter dem bis heute geläufigen Namen „Herzogpark“.

5. Mai 1900 – Die Firma Heilmann & Littmann bebaut den Herzogpark mit Villen

München-Bogenhausen * Zunächst verkauft Graf Maximilian Joseph von Montgelas gleichnamiger Sohn seine Bogenhausener Besitzungen an Herzog Max in Bayern. Über dessen Erben geht das Bauerwartungsland an die Terrain-Aktiengesellschaft Herzogpark München-Gern von Jakob Heilmann und Max Littmann. Unter der Bezeichnung Herzogpark wird es mit Villen für betuchte Münchner Bürger bebaut.

15. August 1900 – Der Pferdebahn-Betrieb wird eingestellt

München * Die Pferdebahn wird mit einer Feier der Münchner Künstler- und Bürgerschaft in den Ruhestand verabschiedet. Damit ist die Elektrifizierung der Münchner Trambahn abgeschlossen. Doch eine Maschine, die weder von Pferden noch mit Dampf betrieben wird, ist vielen Münchnern unheimlich.

21. Oktober 1900 – Das Museum für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen wird eröffnet

München-Au * In den aufgelassenen Räumen der München-Dachauer-Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation, am Kegelhof 3 in der Au, wird das Museum für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen eröffnet Es ist das erste Museum dieser Art im deutschsprachigen Raum.

1. November 1900 – Der Ostfriedhof wird eingeweiht

München-Obergiesing * Der Ostfriedhof wird eingeweiht. Die Baukosten betragen 1.052.510 Mark und sind für damalige Verhältnisse sehr hoch. Die Gräberanlagen werden nach Bedarf angelegt und deren Ausführung erst im Jahr 1912 abgeschlossen. Der 28,43 Hektar große Friedhof wird dann Platz für 34.300 Gräber bieten. Zum ersten Mal in Deutschland werden die Grabdenkmäler und die Grabbepflanzung einem strengen Reglement unterworfen, das gleichzeitig mit der Eröffnung des Friedhofs in Kraft tritt. Der Architekt will dadurch die Gräber einer Sektion in einem Typus halten und die Gleichheit der Menschen vor dem Tod auf dem Friedhof nicht durch prunkvollen und teuren Grabschmuck durchbrechen. Seine Vorbilder sind die Friedhöfe von Glaubensgemeinschaften älterer Zeit und noch intakte Dorffriedhöfe in Oberbayern und Tirol. Ein Zugeständnis an die bürgerliche Oberschicht Münchens schafft der Architekt Hans Grässel allerdings mit den Gruftarkaden in den Umfassungsmauern als traditionelle Grabplätze für das reiche Bürgertum. Interessenten wird allerdings zur Verpflichtung gemacht, „den Grabplatz, sei es durch Aufführung einer Kapelle, sei es durch eine sonstige offene, den ästhetischen Anforderungen entsprechende Überdachung, abzudecken“, um eine einheitliche architektonische Wirkung zu erzielen. Die Pläne mussten zur Baugenehmigung vorgelegt werden.

1901 – Doppelte Aufnahmekapazität durch den Neubau

München-Untergiesing * Durch den Neubau des Marianums für Arbeiterinnen e.V an der Humboldtstraße 2 kann die Zahl der aufzunehmenden Mädchen verdoppelt werden. Die Zahl der ständigen Heimbewohner wächst auf 43, wovon die Hälfte körperliche Gebrechen hat. Gearbeitet wird im Nähsaal, im Goldsticksaal, im Weißsticksaal, im Blumenbindesaal oder in Einrichtungen zum Wäschewaschen und Feinbügeln. Mehrfach betonten die Geschäftsberichte, dass die Tage, „für welche Herr Reichsrat Freiherr von Cramer-Klett Chokolade mit Kuchen stiftete, freudig begrüßt waren“.

1901 – Die Gründung eines Brockenhaus-Vereins ist beabsichtigt

München * Die Bürger Münchens wollen nicht abseitsstehen und beabsichtigen die Gründung eines Brockenhaus-Vereins. Da man anfangs gegenüber dem Projekt finanzielle Bedenken äußert, übernimmt zunächst Kommerzienrat Kaspar Baerwindt das geschäftliche Risiko der karitativen Einrichtung - als persönlich Haftender. Um möglichst rasch gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen und die Spendenbereitschaft der wohlhabenden Kreise zu fördern, greift die Initiativgruppe auf ein in der Prinzregentenzeit bewährtes Mittel zurück: Sie sichert sich die Unterstützung eines Mitglieds des königlichen Hauses und wirbt mit dessen Namen für die Vereinigung. Im Falle des Münchner Brockenhauses ist dies Prinzessin Maria de la Paz, die Gemahlin von Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern.

1901 – Für die italienischen Arbeiter genügen die Zustände ohnehin

Oberföhring * Der Oberföhringer Bürgermeister und Ziegeleibesitzer Fritz Meyer antwortet dem Bezirksamt auf detaillierte Beanstandungen folgendermaßen: „Für unsere italienischen Arbeiter [...], die sich vom frühen Morgen bis zum Eintritt der Dämmerung im Freien aufhalten und bei Eintritt der rauheren Jahreszeit wieder in ihre Heimat reisen, genügen die Dachschlafräume in den Trockenstädeln vollkommen. Sie sind leicht ventilierbar und gegen Zugluft abgesperrt und wenn in denselben noch für genügend Abstand der Bettstellen, für mehr Licht, Ordnung und Reinlichkeit gesorgt wird, dann sind sie sogar gesund zu nennen. Auf alle Fälle sind sie viel gesünder als die Schlafstätten der meisten Arbeiter in München“. Die Auflage nach stabil gebauten Toiletten nannte er „sehr wohl gemeint, praktisch aber wirkungslos“, denn, so der Ziegeleibesitzer weiter, „der Italiener kennt am Haus keinen Sitzabort und geht auch bei uns nur ungern in einen solchen und wenn er nicht in nächster Nähe ist, gar nicht, und die für unsere Landwirtschaft so wertvollen Fäkalien gehen verloren“.

1901 – Die Actien-Ziegelei München beteiligt sich am Prinzregententheater

München-Bogenhausen - München-Haidhausen * Die Actien-Ziegelei München beteiligt sich mit 130.000 Goldmark an der für den Bau des Prinzregententheaters zuständigen Gesellschaft.

April 1901 – „20 schöne Mädchen“ im Internationalen Handels-Panoptikum

München-Hackenviertel * Im Internationalen Handels-Panoptikum finden Elite- oder Separatvorstellungen nur für männliche Personen und Mitglieder wissenschaftlicher Vereine unter dem Titel „20 schöne Mädchen“ statt.

19. Mai 1901 – Das Künstlerhaus wird zum gesellschaftlichen Mittelpunkt

München-Kreuzviertel * Mit dem „Münchner Frühlingsfest“ etabliert sich das Künstlerhaus als bedeutender Treffpunkt des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Stadt. Die Berliner Zeitschrift „Moderne Kunst“ beschreibt die Münchner Künstlerschaft als „die Blüte des gesamten Lebens der Stadt“, die in allen Bevölkerungsschichten verwurzelt sei. Prinzregent Luitpold zeigt großes Interesse am künstlerischen Leben und nimmt – trotz seines hohen Alters – nach Möglichkeit persönlich an den Künstlerfesten teil. Sein regelmäßiger Austausch mit etablierten Künstlern ebenso wie mit jungen Talenten unterstreicht seine enge Verbundenheit mit der Münchner Kunstszene. Beim Frühlingsfest findet erstmals eine Versteigerung von Gemälden statt. Zu den Stiftern zählen namhafte Künstler wie Franz von Lenbach und Franz von Defregger. Die Auktion leitet der Volksschauspieler Konrad Dreher, Gründer des Schlierseer Bauerntheaters. Der Erlös kommt dem chronisch unterfinanzierten Künstlerhausverein zugute, der das Gebäude seit 1900 von der Künstlergenossenschaft gepachtet hat.

24. August 1901 – Die Süddeutsche Bauzeitung beschreibt das Prinzregenten-Theater

München-Bogenhausen - München-Haidhausen * Die Süddeutsche Bauzeitung schreibt über das Prinzregenten-Theater: „Das Amphitheater des Prinzregenten-Festspielhauses umfaßt 1.028 Plätze gegen 1.345 des gleich großen Bayreuther Hauses. [...] Die Begeisterung für den hohen Kunstgenuß kann nur bis zu einer gewissen Grenze über die Unbilden eines Martersitzes nach dem Bayreuther Muster hinwegtäuschen und die Durchschnittskorpulenz jener Gesellschaftsklassen, welche sich zur Ausgabe von M. 20 für die Karte und M. 30 für ein Zimmer versteigen können, erfordert gewisse Rücksichtnahmen.“

1902 – Die Unionsbrauerei zählt 173 Beschäftigte

München-Haidhausen * Die Unionsbrauerei beschäftigt 173 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 168 Männer und 5 Frauen. Die Belegschaftsgröße verdeutlicht den erfolgreichen Ausbau des Unternehmens zu einem bedeutenden Arbeitgeber in Haidhausen.

1902 – Kontroverse Diskussionen um die Hellabrunner Nietenfabrik

München-Giesing * Das Protokoll einer Sitzung des Münchner Magistrats macht deutlich, dass die Meinungen über die Nietenfabrikanlage von Johann Feßler in Hellabrunn so kontrovers wie zu Beginn der Planungen geführt wird. Die industriefreundlichen Befürworter betonen, die Fabrikanlage sei durch die Isarauen „dem Auge des Spaziergängers vollkommen entrückt". Außerdem habe die Stadtverwaltung absolut keine Veranlassung, der Entwicklung des Gewerbes und der Industrie schädigende Hindernisse in den Weg zu legen, vielmehr habe sie alle Ursache, die Entwicklung der Industrie zu fördern. Der Gemeindebevollmächtigte Heller betont, er selbst sei Naturfreund „und mir ist auch ein schöner Baum lieber, als ein rauchender Kamin, aber Ausnahmen müssen in diesem Falle unbedingt bei einem so ehrenwerten Bürger Münchens gemacht werden". Dagegen wendet der Gemeindebevollmächtigte Dr. Dürck ein: „Bürgerfreundlichkeit ist eine schöne Tugend, aber der Magistrat ist nicht bürgerfreundlich, der einem einzelnen Bürger zuliebe etwas geschehen lässt, was die Gesamtbürgerschaft auf endlose Zeit hinaus schädigt und belästigt." Es entwickelt sich ein Streit zwischen fundamentalistisch fortschrittsgläubigen und „grün-konservativen" Stadträten.

1902 – Die Zeitschrift „Hammer, Blätter für deutschen Sinn"

Leipzig * Der Publizist Theodor Fritsch, der seine politischen Aktivitäten auf den Mittelstand konzentriert, gibt die Zeitschrift „Hammer, Blätter für deutschen Sinn" heraus. Schon 1887 hatte er einen Antisemiten-Katechismus verfasst, der anno 1907 neu überarbeitet unter dem Titel Handbuch der Judenfrage neu erschienen war. Sein Leipziger Hammerverlag verlegt nicht nur zahlreiche völkische Bücher und Zeitschriften, wie die Antisemitische Correspondenz, die Deutschsozialen Blätter sowie den bereits erwähnten Hammer, Blätter für deutschen Sinn, sondern auch den Deutschen Müller, eine damals bekannte Wirtschaftszeitung. Schon vor dem Ersten Weltkrieg erzielen die Produkte des Hammerverlags Aufmerksamkeit und hohe Auflagen.

1902 – Benno Beckers Villa in der Maria-Theresia-Straße 26

München-Bogenhausen * Benno Becker, Landschaftsmaler und Schriftführer der Münchner Secession, lässt sich in der Maria-Theresia-Straße 26 eine Villa erbauen. Die Pläne stammen von Paul Ludwig Troost, der 30 Jahre später zum Lieblingsarchitekten Adolf Hitlers aufstieg.

1902 – Die Schank- und Bierwirtschaft Hirschau ist erweitert worden

München-Englischer Garten - Hirschau * Durch einen ebenerdigen Anbau wird die Schank- und Bierwirtschaft Hirschau nebst Kegelbahnen und Gartenbetrieb erweitert.

2. Mai 1902 – Der heutige „Isartalverein“ wird im Künstlerhaus gegründet

München-Kreuzviertel * Der „Verein zur Erhaltung landschaftlicher Schönheiten der Umgebung Münchens, besonders des Isarthales“, der heutige „Isartalverein“, wird im Künstlerhaus gegründet. Vorsitzender des Vereins wird der Architekt Gabriel von Seidl.

12. Mai 1902 – Provisorische Eröffnung des Brockenhauses auf der Kohleninsel

München-Isarvorstadt * Provisorische Eröffnung des Brockenhauses auf der Kohleninsel. Die Initiative ist sofort erfolgreich und erwirtschaftet bereits im ersten Jahr ihres Bestehens einen Überschuss.

27. Juli 1902 – Die Sechziger tragen ihr erstes offizielles Fußballspiel aus

München-Untergiesing * Die Sechziger tragen auf dem Schyrenplatz ihr erstes offizielles Fußballspiel gegen einen konkurrierenden Münchner Club aus. Gegner ist der 1. Münchner Fußball-Club von 1896 - 1. MFC. Im gegenseitigen Einvernehmen wird kein Wettspiel sondern ein Gesellschaftsspiel abgehalten. Der TVM 1860 unterliegt mit 2 : 4 Toren. Der Erfolg lässt also noch auf sich warten; aber der Anfang ist immerhin gemacht.

7. Oktober 1902 – Karl Valentin muss ein Engagement in Nürnberg abbrechen

Nürnberg * Noch vor Vorstellungsbeginn erhält Karl Valentin ein Telegramm von seiner Mutter, in dem sie ihm mitteilt, dass sein Vater plötzlich schwer erkrankt ist. Er macht sich sofort auf den Weg nach Hause. Doch als er am nächsten Morgen um 8 Uhr in München ankommt, ist Johann Valentin Fey bereits im Alter von 69 Jahren verstorben. Karl Valentin muss sich jetzt um die Firma Falk & Fey und um seine Mutter kümmern. Der in Geschäftsdingen nicht sonderlich glücklich agierende Valentin fährt das Unternehmen innerhalb von vier Jahren voll an die Wand, sodass nicht nur die Firma, sondern gleich das ganze Anwesen verkauft werden muss.

November 1902 – Proteste gegen die Eisenbrücke

München-Giesing * Gegen die Verschiebung der eisernen Wittelsbacher Brücke an die Stelle der heutigen Tierparkbrücke erheben sich - wegen der Zerstörung des Landschaftsbildes - erhebliche Widerstände. Als Alternative soll nun eine Betonbrücke mit fünf Bögen durch Professor Friedrich von Thiersch ausgeführt werden.

21. November 1902 – Die Brockensammlung erwirtschaftet einen Überschuss

München-Isarvorstadt * Die Brockensammlung ist von Anfang an erfolgreich und erwirtschaftet bereits im ersten Jahr einen Überschuss. Das führt zur offiziellen Gründung des Vereins Münchner Brockensammlung e.V..

Dezember 1902 – Proteste des Isartalvereins gegen die Brückenplanungen

München-Giesing * Der Isartalverein - unter seinem Vorsitzenden Gabriel von Seidl - will sowohl die Verlegung der eisernen Wittelsbacher Brücke verhindern, befürchtet aber zugleich die Zerstörung des Landschaftsbildes durch eine Betonbrücke.

1903 – Schmederer beschränkt die künftige Bebauungsmöglichkeit seines Parks

München-Au * Franz Xaver Schmederer beschränkt die künftige Bebauungsmöglichkeit seines Parks rechtsverbindlich für seine Erben und alle nachfolgenden Eigentümer, um Terrainspekulationen mit seinem wunderschönen Garten zu verhindern. Er trifft „Fürsorge, daß auf dem Objekt nicht etwa eine Reihe von Mietkasernen entstehen, sondern nur insgesamt fünf einzelne Familienhäuser zulässig sein sollen, damit ein zusammenhängendes landschaftliches

Gesamtbild, wie es sich gegenwärtig so schön zeigt, erhalten bleibt.“

1903 – Theresia Herzog lässt sich ein Haus in der Richard-Wagner-Straße 15 bauen

München-Maxvorstadt * Die Metzgerswitwe Theresia Herzog lässt sich durch das Baugeschäft Carl und August Zeh ein Mietshaus in der Richard-Wagner-Straße 15 mit 8 Wohneinheiten erbauen.

30. März 1903 – Das erste allgemeine Kinderschutzgesetz

Berlin * Der Deutsche Reichstag verabschiedet mit dem „Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben“ ein erstes allgemeines Kinderschutzgesetz, von dem die landwirtschaftliche Kinderarbeit jedoch weiterhin ausgeklammert ist.

8. Juni 1903 – Die Unionsbrauerei Schülein & Cie wird zur Aktiengesellschaft

München-Haidhausen * Die Unionsbrauerei Schülein & Cie wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. In den ersten Jahren liegt die Leitung des Unternehmens ausschließlich in den Händen von Joseph Schülein und seines ältesten Sohnes Julius Schülein, die bis 1912 den Vorstand der Gesellschaft bilden.

1904 – Adolf von Hildebrand entwirft den Neubau der Preußischen Gesandtschaft

München-Lehel * Adolf von Hildebrand entwirft im Auftrag des Preußischen Gesandten Friedrich Graf von Pourtalès den Plan für einen Neubau der der Preußischen Gesandtschaft und der Schack-Galerie genügend Platz bietet.

1904 – Das Wirtshaus Neuberghausen liegt zu Nahe an der Kirche

München-Bogenhausen * Da nach Auffassung des Bogenhausener Pfarrers das Wirtshaus Neuberghausen zu Nahe an der Kirche, dem Friedhof und der Schule liegt, werden die beliebten Musik- und Tanzveranstaltungen, vor allem im Garten, nicht mehr gestattet. Nur sanfte Musik, ohne Blech- und Schlaginstrumente werden im Ausnahmefall genehmigt. Die Gastwirtschaft

verliert dadurch ihre Attraktivität und Anziehungskraft, weshalb die Brauerei anno 1904 den Rückgang des Bierkonsums innerhalb von zwanzig Jahren auf ein Zehntel beklagen muss.

1904 – Die Pschorrbrauerei errichtet einen Neubau für den Falkenhof

München-Au * Die Pschorrbrauerei errichtet für die ehemalige Wirtschaft des Johann Georg Messerer einen Neubau, der im Zweiten Weltkrieg durch Bomben zerstört wird.

1904 – Grunderwerb für einen neuen Ausstellungspark

München-Theresienhöhe * Die Stadt kauft vom Landwirtschaftlichen Verein für 1,1 Millionen Mark Grundstücke auf der Theresienhöhe, um dort einen neuen Ausstellungspark zu errichten.

Januar 1904 – Drei Monate Haft wegen Majestätsbeleidigung für Rosa Luxemburg

Zwickau * Rosa Luxemburg verbüßt in Zwickau eine dreimonatige Haftstrafe wegen Majestätsbeleidigung.

12. Januar 1904 – Die Herero erheben sich in Deutsch-Südwestafrika

Deutsch-Südwestafrika * Es kommt zur Erhebung der Herero. Die Taktik der Herero-Krieger ist einfach. Mit ihren rund 8.000 Mann wollen sie die nur aus 2.000 Mann bestehende deutsche Schutztruppe überrumpeln. Dass jedoch das Deutsche Reich in kürzester Zeit zusätzliche Truppenkontingente nach Afrika verlegen kann, kommt in den Planungen der Herero nicht vor.
Der damalige Gouverneur und Kommandeur der Schutztruppe, Theodor Leutwein, versucht den Krieg so zu führen, dass die spätere wirtschaftliche Ausbeutung des Landes unter Zuhilfenahme der Herero nicht gefährdet wird. Seine Strategie ist darauf angelegt, die Herero in eine ausweglose Lage zu bringen, danach aber - im Rahmen eines Friedensvertrages - zumindest ein weiteres Zusammenleben zu ermöglichen. Doch diese Strategie ist den Verantwortlichen im Berliner Generalstab zu langwierig, weshalb man Theodor Leutwein ablöst und den Generalleutnant Lothar von Trotha nach Deutsch-Südwestafrika schickt.

23. Februar 1904 – Südteil der Kohleninsel für das Deutsche Museum vorgesehen

München-Isarvorstadt * Die städtischen Kollegien beschließen am 23. Februar und am 17. März 1904, dem neu gegründeten „Deutschen Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik“ den südlichen Teil der Kohleninsel im Wege des Erbbaurechts zu überlassen.

20. April 1904 – Für einen Tiergarten in Hellabrunn

München-Giesing * Eine Versammlung aus Befürwortern eines Münchner Zoos einigt sich auf Hellabrunn als künftigen Standort. Natürlich äußern sich die Bedenkenträger wieder lautstark und bemängeln, dass der Platz für den Tierpark so weit draußen wäre. Doch der Zoologische Garten befindet sich natürlich im Münchner Burgfrieden und es war jedermann klar, dass „ein Terrain, das für einen Zoologischen Garten in Frage käme, inmitten der Stadt überhaupt nicht vorhanden ist. Es kommt also nur die Peripherie in Betracht.“ Das Hellabrunner Gelände im südlichen Isartal zwischen Harlaching und der Marienklause gelegen, ist das Beste für diesen Zweck, denn hier war „die Luft wegen der in München vorherrschenden West- und Südwinde reiner als in allen übrigen Teilen der Stadt“. Weitere Vorteile ist der schier unendliche Wasserreichtum, ein alter, hoher Waldbestand in der Isarauen-Landschaft, der dicht bewaldete Harlachinger Isarsteilhang, der das Gelände vor Wind und Wetter schützte und eine malerische Kulisse für einen Zoologischen Garten bietet sowie die Wiesen, die den ganzen Tag von der vollen Sonne beschienen sind.

16. Oktober 1904 – Georg Lang wird in Nürnberg beigesetzt

München-Giesing - Nürnberg * Nach einer Aufbahrung auf dem Münchner Ostfriedhof wird Georg Lang seinem Wunsch entsprechend auf dem Johannisfriedhof in Nürnberg beigesetzt. In München und Nürnberg nimmt eine große Zahl von Menschen Abschied vom weithin bekannten „Krokodilwirt“. Lang hinterlässt ein bleibendes Vermächtnis: Mit seiner „1. Bayerischen Riesenhalle“, einer fest engagierten Blaskapelle, gemeinschaftlich gesungenen Stimmungsliedern und einer modernen Werbestrategie prägt er das Erscheinungsbild des Oktoberfests nachhaltig. Viele Elemente seines Konzepts gehören bis heute zur Bierzeltkultur.

20. Dezember 1904 – Konzentrationslager als Internierungslager für Unterstützer

Deutsch-Südwestafrika * Das Erscheinungsbild des Krieges gegen die Herero und Nama ist nicht nur durch die eigentlichen Kampfhandlungen geprägt, sondern mindestens ebenso sehr durch die von der Militäradministration errichteten Konzentrationslager. Sie dienen als Internierungslager,

in denen auch Stämme aus dem Gebiet des Guerillakampfes festgesetzt werden, um so den Kämpfern den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen. Es sind also keine reinen Kriegsgefangenenlager nach europäischen Standards, sondern werden auch zur Inhaftierung von Frauen, Greisen und Kindern genutzt. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass es sich hierbei um einen Krieg gegen ein ganzes Volk handelte. Die Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern sind völlig unzureichend. Es fehlte an allem, von den Lebensmitteln bis zum Brennmaterial. Viele Insassen erkranken an Skorbut und Typhus. Die Sterblichkeit ist entsetzlich hoch. „Es kamen an manchen Tagen bis 27 Sterbefälle vor. Karrenweise wurden die Toten zum Friedhofe gebracht."

23. Dezember 1904 – Die Münchner Kindl AG fusioniert mit der Unionsbrauerei

München-Haidhausen - München-Au * Die Generalversammlung der Aktionäre der Münchner Kindl AG beschließt die Fusion mit der Haidhauser Unionsbrauerei. Der Zusammenschluss bündelt die Stärken beider Unternehmen und stärkt die Position der Brauerei auf dem Münchner Biermarkt nachhaltig. Das Unternehmen wächst deutlich und zählt nun zu den fünf größten Brauereien Münchens. Die Fusion markiert einen bedeutenden Meilenstein in der Entwicklung der von Joseph Schülein geführten Brauerei. Mit der Übernahme der Münchner Kindl AG gewinnt die Unionsbrauerei einen wirtschaftlich gleichwertigen Betrieb, der neue Wachstumsmöglichkeiten eröffnet und das Geschäft nachhaltig stärkt. Gleichzeitig geht der Zusammenschluss mit einer erheblichen finanziellen Belastung einher: Die Brauerei übernimmt hohe Schulden, die ihre weitere Entwicklung maßgeblich prägen.

1905 – 141 Weinwirtschaften in München

München * Die Zahl der Weinwirtschaften in München ist auf 141 angewachsen.

1905 – Antisemitische Kampagnen gegen das Kaufhaus Tietz

München * Die Firma Hermann Tietz, die seit 1899 das erste Kaufhaus Münchens betreibt, sieht sich wiederholt antisemitisch motivierten Anschuldigungen ausgesetzt. Gegner des Unternehmens behaupten öffentlich, die niedrigen Löhne zwängen Verkäuferinnen zur Prostitution. Gegen diese Verleumdungen geht die Firma mehrfach erfolgreich gerichtlich vor. Zwar werden die Urheber der Anschuldigungen zu hohen Geldstrafen verurteilt, doch die Kampagnen schaden dem Ansehen des Kaufhauses und wirken sich negativ auf dessen

Geschäftsergebnis aus. Die Vorfälle zeigen, wie wirtschaftlicher Erfolg jüdischer Unternehmen zunehmend zum Ziel antisemitischer Angriffe wird.

1905 – Die Kraftdroschken-Gesellschaft wird gegründet

München * Die erste „Kraftdroschken-Gesellschaft“ wird in München von 22 Personen gegründet.

23. Januar 1905 – Der Braubetrieb der Münchner Kindl-Brauerei wird eingestellt

München-Au * Die Münchner Kindl-Brauerei hört auf, selbstständige Aktiengesellschaft zu sein. Zunächst werden noch beide Brauereien parallel in Betrieb gehalten.

25. Februar 1905 – Der „Verein Zoologischer Garten“ wird gegründet

München-Graggenau * Im Ratskeller wird der „Verein Zoologischer Garten“ von einflussreichen Honoratioren gegründet. Dringendste Aufgabe des Clubs ist es, „die erforderlichen Mittel zu beschaffen und dann an die praktische Durchführung des Projektes heranzutreten“. Da der zoologische Garten in sehr fortschrittlichen Überlegungen als gemeinnütziges Unternehmen betrachtet wird, bei dem es in erster Linie nicht um die Gewinnmaximierung gehen soll, wird - im Gegensatz zu anderen Städten in Deutschland - auf die Gründung einer Aktiengesellschaft verzichtet.

15. März 1905 – Das Deutsche Reich will Marokkos Wirtschaftsinteressen verteidigen

Berlin * Reichskanzler Bernhard von Bülow gibt im Reichstag bekannt, dass das Deutsche Reich Schritte zur Verteidigung der Wirtschaftsinteressen in Marokko unternehmen wird. Dabei hatte Deutschland bis dahin niemals Einwände gegen die von Frankreich ausgeübte Kontrolle des Militärs, der Polizei, der Verwaltung, der Banken und des Handels in Marokko erhoben.

23. Mai 1905 – Das Deutsche Museum erhält den Südteil der Kohleninsel

München-Isarvorstadt * Am 23. und 31. Mai 1905 erweitern die Gremien dem Deutschen

Museum die Zusage, den südlichen Teil der Kohleninsel im Wege des Erbbaurechts zu überlassen, auch in Richtung Norden, womit nun auch der südliche Bereich der Alten Isarkaserne einbezogen wird. Damit erscheint eine dauerhafte und sinnvolle Nutzung des verbleibenden, im städtischen Besitz befindlichen Teils der ehemaligen Kaserne als unrealistisch. Mit der Einrichtung des Bauplatzes für das Deutsche Museum müssen erste Nebengebäude weichen.

Juni 1905 – Polemik der „Münchener Bier-Chronik“ gegen die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Die wöchentlich erscheinende „Münchener Bier-Chronik“, eine Fach- und Werbezeitschrift der Münchner Brauereien, berichtet über das Brauwesen, wirtschaftliche Entwicklungen sowie die Münchner Bierkultur. Im Juni 1905 greift sie einen Rechtsstreit zwischen der Unionsbrauerei und einem Münchner Wirt auf. Anlass ist die Klage der Unionsbrauerei gegen den Wirt eines Gasthauses, das den geschützten Namen „Schützenlisl“ führt, obwohl dort Bier von Löwenbräu ausgeschenkt wird. Die Darstellung der Schützenlisl ist als Schutzmarke der Münchner Kindl Brauerei eingetragen und befindet sich nach deren Fusion im rechtlichen Besitz der Unionsbrauerei. Da der Wirt kein Bier der Unionsbrauerei ausschenken kann oder will, muss er den Namen seines Gasthauses ändern. Die „Münchener Bier-Chronik“ nutzt den Fall für eine polemische Attacke auf die Unionsbrauerei und kommentiert: „Dieses Beispiel diene den anderen Herren Brauereibesitzern zum Spiegel, wie ‚kollegialisch‘ die Unionsbrauerei auf die Hektoliterjagd geht.“ Anschließend schlägt die Berichterstattung in offenen Antisemitismus um. Die Zeitung behauptet, eine „jüdische Schützenlisl“ sei ohnehin nicht mehr von Interesse, „denn sobald das Weibsbild einmal ‚jüdisch‘ geworden, beschnüffelt sie kein räudiger Hund mehr, viel weniger ein echter Bajuware.“ Die diffamierenden und antisemitischen Angriffe der „Münchener Bier-Chronik“ führen wenig später zum sogenannten „Dividendenwasser-Prozess“, in dem sich Joseph Schülein erfolgreich gegen die Zeitung zur Wehr setzt.

August 1905 – „Des is ja bloß a luthrischer Komödiant“

München-Au * Johann Royes besucht seine 24-jährige Tochter Gisela, die spätere Ehefrau von Karl Valentin, in der Au. Dabei bemerkt er die unübersehbare Schwangerschaft seiner Tochter. Sie erhält von dem „frommen Katholiken“ eine saftige Watschn, nachdem er erfahren hat, dass der Vater des Kindes „bloß a luthrischer Komödiant“ sei. Also ein Taugenichts und Habenichts.

10. August 1905 – Antisemitische Angriffe auf die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Auch die von jüdischen Unternehmern geführte Unionsbrauerei wird Ziel antisemitischer Kampagnen. In der „Münchener Bier-Chronik“ vom 10. August 1905 wird ihr Bier als die „letzte Brühe“ und als „Dividenden-Wasser“ verunglimpft. Hinter der vermeintlichen Kritik an der Qualität des Produkts stehen vielfach Ressentiments gegen jüdische Geschäftsinhaber und deren wirtschaftlichen Erfolg. Der Vorfall zeigt, wie antisemitische Vorurteile zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend auch im Wirtschaftsleben öffentlich verbreitet und zur Diffamierung jüdischer Unternehmen eingesetzt werden.

1906 – München hat die geringste Straßenbahn-Verkehrsdichte

München * Die Zeit der Münchner Trambahn Aktiengesellschaft nähert sich langsam ihrem Ende, da die Stadt - aufgrund der sich abzeichnenden veränderten politischen Verhältnisse - eine Verlängerung des Vertrages ablehnt. Das aber auch deshalb, weil München im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten die geringste Straßenbahn-Verkehrsdichte aufweist. So treffen hier im Jahr 1904 auf 10.000 Einwohner lediglich 0,97 Kilometer Tramstrecke, während es in Hamburg 1,89 und in Dresden sogar 3,09 Kilometer sind.

16. Oktober 1906 – Ludwig Thoma tritt eine sechswöchige Haftstrafe an

München-Obergiesing * Ludwig Thoma tritt eine sechswöchige Haftstrafe in der Strafvollzugsanstalt Stadelheim an. Er ist für schuldig befunden worden, mit seinem Gedicht „An die Sittlichkeitsprediger“ die Kirche beleidigt zu haben.

Dezember 1906 – Skandale führen zu massivem Mitgliederschwund

München-Au - München-Isarvorstadt * Der „Verein zur Erbauung eines Monuments für König Ludwig II. von Bayern e.V.“ ist in die Krise geraten, weil Vorwürfe der Unterschlagung, Feindseligkeiten und Misswirt-schaft mit dem nicht unerheblichen Vereinsvermögen zu einer Welle von Ausschlüssen und Austritten führen. Der Mitgliederstand sinkt auf nur noch 3.000 Mitglieder.

12. Dezember 1906 – Rosa Luxemburg wird zu zwei Monaten Haft verurteilt

Weimar * Rosa Luxemburg wird in Weimar zu zwei Monaten Haft wegen Anreizung zum

Klassenhass verurteilt.

1907 – Die Preußische Gesandtschaft und die Schack-Galerie wird gebaut

München-Lehel * Der palastartige Bau mit seiner Doppelfunktion als Preußische Gesandtschaft und Schack-Galerie wird bis 1909 verwirklicht.

1907 – Das Arbeitsamt sucht auch nach einer geeigneten Koststelle für Kinder

München-Isarvorstadt * Das Arbeitsamt auf der Kohleninsel übernimmt auch die Vermittlung einer geeigneten Koststelle für Kinder, deren Mütter sie aufgrund ihrer Berufstätigkeit nicht richtig beaufsichtigen können. Dabei handelt es sich überwiegend um die Säuglinge und Klein-kinder lediger Mütter. Uneheliche Geburten sind für die Mütter diskriminierend. Die Kinder werden gesellschaftlich benachteiligt.

25. Januar 1907 – Die Hottentottenwahl bringt massive Mandatsverluste für die SPD

Deutsches Reich * Die Reichstagswahl, die sogenannte Hottentottenwahl, führt im Reich zu einem konservativen Richtungsumschwung in der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichstagswahl bringt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD herbe Mandatsverluste ein. Die Sozis stürzten - auch aufgrund des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts - von 81 auf 43 Sitze im Reichstag ab und verlieren somit 38 Mandate. Das ist die schwerste Wahlschlappe, die die SPD bis dahin einstecken musste. Der Reichsregierung ist dies zweifellos mit ihrem Appell an die vaterländischen Instinkte gelungen. Gleichzeitig war dadurch die Kolonialismus-kritische schwarz-rote Mehrheit im Reichstag gebrochen. Die Konservativen, bestehend aus der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen Partei billigen umgehend den Nachtragshaushalt und damit die weitere Finanzierung des Kolonialkrieges in Übersee. Für die Sozialdemokratie hat der Ausgang der Wahl einen erzieherischen Einfluss. Die SPD-Parteiführung will künftig ihre nationale Zuverlässigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet aber gleichzeitig die „Bereitschaft zur Vaterlandverteidigung“ nach vorne und die Kritik an der deutschen Weltpolitik nach hinten zu stellen. Diesen Schritt will Kurt Eisner - aufgrund seiner aus der „Marokkokrise“ gezogenen Erkenntnisse - keinesfalls mitgehen. In der Fränkischen Tagespost, der er seit März 1907 angehört, warnt er nachdrücklich vor dem „Nachlassen im Kampf gegen den Militarismus“.

17. März 1907 – Dem „Musical-Fantast“ Charles Fey wird gekündigt

Halle * Die Geschäftsführung des „Süssmilch‘s Walhalla-Theaters“ in Halle kündigt dem „Musical-Fantast“ Charles Fey.

15. Juni 1907 – Karl Valentin ist wieder in München gemeldet

München-Angerviertel * Karl Valentin ist wieder in München gemeldet. Sein erster Wohnsitz ist in der Bierwirtschaft Stubenvoll, in der Schlafstellen vermietet werden. Karl Valentin ist ein sogenannter Schlafgänger. Seinen Lebensunterhalt verdient er sich mit Zithervorträgen in verschiedenen Lokalen.

1. Juli 1907 – Die Straßenbahn wird ein städtisches Unternehmen

München * Der Vertrag zwischen der Stadt und der Münchner Trambahn Aktiengesellschaft läuft endgültig aus. Das Unternehmen wird nun als Städtische Straßenbahn von der Gemeinde selbst betrieben.

31. Dezember 1907 – Die Brauereien Beschäftigen etwa 4.000 Menschen

München * Die Brauereien nehmen mit etwa 4.000 Beschäftigten den 9. Platz unter den wichtigsten Gewerbezweigen ein.

1908 – Die Brauerei zum Franziskaner-Leistbräu wird eine Aktiengesellschaft

München-Au * Die Brauerei zum Franziskaner-Leistbräu wird von Gabriel Sedlmayer in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie bleibt jedoch, von kleineren Beteiligungen abgesehen, in Familienbesitz.

1908 – Umzug der Preußischen Gesandtschaft

München-Maxvorstadt - München-Lehel * Der Umzug der Preußischen Gesandtschaft vom Palais Dürckheim in der Türkenstraße 4 in die Prinzregentenstraße 9 erfolgt.

8. Februar 1908 – Ludwig und Therese Greiner erfinden den „Skelett-Gigerl“

München-Angerviertel * Auf der Suche nach einer Unterkunft klopft Karl Valentin auch an die Tür der Gastwirtschaft „Zum Feuerhaus“. „Mit an Stösser am Kopf, an Schirm am Arm und mit a großen Ledermappen“ erscheint der Volkssänger bei Ludwig „Wiggerl“ und Therese Greiner. Die Wirtsleute haben noch ein kleines Kammerl frei. Es ist allerdings nur über das Schlafzimmer des frisch verheirateten Ehepaars zu erreichen. Therese Greiner fragt Valentin, ob ihn das störe. Ihn kümmert es nicht – noch am selben Tag zieht er als „Zimmerherr“ bei den Greiners ein und bleibt dort bis zum 5. Mai 1908. Wiggerl und Therese bringen Karl Valentin auf die Straße des Erfolgs. Sie erfinden die neue Bühnenfigur, den „Skelett-Gigerl“; Therese Greiner näht ihm die hautengen und viel zu kurzen Klamotten, die sein ausgezehrtes, klapperdürres Gestell in unnachahmlicher Weise zur Geltung bringen. Da Wiggerl Greiner Klavier spielt und Karl Valentin musikalisch begleiten kann, entwickelt sich rasch eine enge Freundschaft. Sie hält über Jahrzehnte hinweg.

12. März 1908 – Das Glockenspiel am Neuen Rathaus wird der Öffentlichkeit vorgeführt

München-Graggenau * Das Glockenspiel am Turm des Neuen Rathauses wird der Öffentlichkeit vorgeführt. Die 37 Glocken sind eine Stiftung des Münchner Geschäftsmannes Karl Rosipal.

31. März 1908 – Der Wirtschaftsbetrieb im Café Isarlust auf der Praterinsel endet

München-Lehel * Der Wirtschaftsbetrieb im Café Isarlust auf der Praterinsel wird eingestellt. Der neue Besitzer, der Deutsche und Österreichische Alpenverein - DuOeAV, verfolgt mit der Immobile andere Ziele.

1. Juli 1908 – Karl Valentin tritt erstmals im Frankfurter Hof auf

München-Ludwigsvorstadt * Josef Durmer, der Besitzer des Hotels Frankfurter Hof, Schillerstraße 49, besuchte eine Veranstaltung von Karl Valentin und engagiert ihn umgehend für ein dauerhaftes Engagement an seiner renommierten Volkssängerbühne. Am 1. Juli tritt der 26-jährige Künstler erstmals im Frankfurter Hof für eine Gage von 5.- Mark am Abend auf. Zum gleichen Zeitpunkt meldet er sein Gewerbe als „Singen im Stadtbezirk“ an. Nun ist er „amtlich gemeldeter Volkssänger“.

1909 – Das Schleusenwärterhaus am Auer Mühlbach

München-Giesing * Die Abteilung für Wasser- und Brückenbau der Stadt München übernimmt das Schleusenwärterhaus der Auer Wassergenossenschaft. Es besteht aus dem Wohnhaus, einem Wachgebäude, dem Werkstattgebäude, einem Gartenhaus und einem Schuppen. Die kleinen Bauten liegen zwischen der Einlassschleuse des Auer Mühlbaches und der Marienklause.

1909 – Die Zentrale der städtischen Abfallentsorgung in der Sachsenstraße

Untergiesing * Die Zentrale der städtischen Abfallentsorgung wird in der Sachsenstraße eröffnet. Gleichzeitig werden die Reparaturwerkstätten der städtischen Hausunratabfuhranstalt von der Landsberger Straße hierher verlegt. Es gibt bereits 650 Harritschwägen. Der damalige Jahresbericht erzählt von 19.631 Pferdeschichten und 33.336 Mannschichten die geleistet wurden, um 117.577 Tonnen Unrat bei den 550.000 Münchnern einzusammeln. Rund 69.000 Fuhren werden per Bahn zur Hausmüllverwertungsanlage nach Puchheim verfrachtet. Der Giesinger Wagenschmiedmeister Fischer darf nur die ersten 36 Harritschwägen liefern. Alle weiteren bauen die Schmiede und Wagner der städtischen Unratabfuhr selbst in ihren Werkstätten. Die Wägen bleiben Eigentum der Stadt und werden an private Abfuhrunternehmer für die Mülleinsammlung ausgeliehen. Diese haben eigene Stallungen und beschäftigen die Harritschkutscher. Um 6 Uhr in der Frühe müssen die Müllmänner ihre Pferde striegeln und anschirren. Dann rücken die Gespanne unter Hufgeklapper aus. Dieses Müllsammlungs-, Verwertungs- und Beseitigungssystem ist in Deutschland einmalig und dient vielen Kommunen als Vorbild. Es funktioniert bis zum Zweiten Weltkrieg. Dann kommt die Abfallsortierung in der Puchheimer Verwertungsanlage aus Mangel an Ersatzteilen zum Erliegen. Damit hat München keine geordnete Müllbeseitigung mehr.

September 1909 – Das Zentral-Landwirtschaftsfest findet auf der Theresienhöhe statt

München-Theresienhöhe * Das Zentral-Landwirtschaftsfest findet erstmals im Städtischen Ausstellungspark auf der Theresienhöhe statt.

1910 – Bei Elisabeth Wellano [Liesl Karlstadt] wird das „Theaterfeuer“ gelegt

München-Hackenviertel * Ihr Bruder lädt Elisabeth Wellano im Alter von 17 Jahren in den

Bamberger Hof ein, wo die Münchner Alpensängergesellschaft Schnackl Franz“auftritt. Dadurch wird bei ihr das „Theaterfeuer“ gelegt.

1910 – Prinzregent Luitpold übernimmt die Schirmherrschaft für den Tierpark

München-Giesing * Unter - erfüllbaren - Vorgaben übernimmt Prinzregent Luitpold nach einer erneuten Eingabe des „Vereins Zoologischer Garten“ die ihm angetragene Schirmherrschaft, was weitere Mäzene veranlasst, sich ebenfalls für den Tierpark zu engagieren. Das Unternehmen Franz Kathreiner‘s Malzkaffee-Fabriken stellt die Mittel für die Eisbären- und Seelöwenanlage bereit. Drei Münchner Brauereien - Bürgerbräu, Leistbräu sowie die Spaten-Brauerei - bringen ein Darlehen über 90.000 Mark ins Gespräch, wenn sie dafür „das ausschließliche Recht“ zur Lieferung des Bierbedarfs im Tiergarten überlassen bekommen.

1910 – Emanuel von Seidl plant den Tierpark Hellabrunn

München-Giesing * Der Architekt Emanuel von Seidl erstellt den „künstlerischen Generalplan“ für den Tierpark, den er dem Zoologischen Verein zum Geschenk macht. Unter geschickter Ausnutzung des Hanggeländes mit seinen gewachsenen Nagelfluhfelsen und der vom Auer Mühlbach durchflossenen Auenlandschaft erschafft er eine naturnahe Tierhaltung. Sein Vorbild ist - auf ausdrücklichen Wunsch des Tierpark-Vereins - der Stellinger Tierpark von Carl Hagenbeck, wobei die landschaftlichen Voraussetzungen in Hellabrunn völlig andere waren als beim vermeintlichen Hamburger Zoo-Vorbild.

17. September 1910 – Das Oktoberfest wird 100 Jahre alt

München-Theresienwiese * Das 100. Jubiläums-Oktoberfest wird eröffnet. Gleichzeitig findet das Zentral-Landwirtschaftsfest statt. Organisiert wird die Festlichkeit ausschließlich vom Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt. Zehn Bierhallen bilden das Wahrzeichen des Oktoberfestes. Auf dem Oktoberfest gibt es die Nummer „La Course á la Mort“ zu bewundern. Todesmutige Fahrradfahrer radeln in einer Stahlkonstruktion direkt über den Mäulern von hungrigen und gefährlichen Löwen. Carl Gabriels Teufelsrad dreht sich erstmals auf der Wiesn. Die Feierlichkeiten auf der Jubiläums-Wiesn dauern bis zum 2. Oktober.

November 1910 – Das Ende des „Lustspielhauses“ und ein Neubeginn

München-Maxvorstadt * Das „Münchner Lustspielhaus“ in der Augustenstraße 89 gerät in wirtschaftliche Schwierigkeiten und stellt seinen Spielbetrieb im November 1910 ein. Das Gebäude geht anschließend in den Besitz der Industrie-Werke München-Nord über. Die Übernahme erfolgt dabei weniger aus kulturellem Interesse als vielmehr als Kapital- und Immobilieninvestition. Die neuen Eigentümer verpachten das Haus an den Juristen, Journalisten und Theaterunternehmer Eugen Robert, der die Bühne grundlegend neu ausrichtet. Mit seiner Übernahme beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte des Hauses. Sie bildet den Ausgangspunkt für die spätere Gründung der Münchner Kammerspiele.

1911 – Die Künstlergenossenschaft besitzt das Künstlerhaus

München-Kreuzviertel * Das Münchner Künstlerhaus geht in den Besitz der Künstlergenossenschaft über.

1911 – Umbenennung in Freie Turnerschaft München

München-Au * Der Arbeiter-Turnverein München nennt sich in Freie Turnerschaft München um.

6. Mai 1911 – Elisabeth Wellano unterschreibt einen Bühnenkontrakt

München * Elisabeth Wellano unterschreibt einen Bühnenkontrakt bei Adalbert Meiers „Gesellschaft die lustigen Dachauer“. Ihre monatliche Gage ist doppelt so hoch wie ihr Verdienst im Kaufhaus Hermann Tietz war. Das Engagement dauert vom 1. Juni 1911 bis 1. Juli 1912.

14. November 1911 – Prinzregent Luitpold löst den Landtag vorzeitig auf

München-Kreuzviertel * Das Zentrum verweigert die Beratung des Verkehrsetats, weil ihr der linksliberale Verkehrsminister Heinrich von Frauendorfer zu sozialistenfreundlich ist und dem der SPD nahestehenden Süddeutschen Eisenbahnerverband ein Streikrecht einräumt. Das Zentrum will sich dem Prinzregenten als regierungsfähig darstellen und versucht sich mit einem scharfen antisozialdemokratischen Kurs zu profilieren. Daraufhin macht Prinzregent Luitpold von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, löst den Landtag vorzeitig auf und setzt

Neuwahlen an. Die letzte derartige Landtags-Auflösung fand im Jahr 1869 statt. Bei der Verkündung dieses Beschlusses in der Abgeordnetenkammer vermerkt das Protokoll „lebhaften Beifall links und bei den Sozialdemokraten“.

1912 – Die Thule-Gesellschaft und ihre Wurzeln

München-Graggenau * Die Thule-Gesellschaft hat ihren Ursprung in den vom Mühleningenieur und Publizisten Theodor Fritsch gegründeten Reichshammerbund. Bei der Konstituierung des Reichshammerbundes wird zugleich der Germanenorden aus der Taufe gehoben. Er soll die geheime Kommandozentrale für die gesamte völkische Bewegung werden, ein deutsch-völkischer Generalstab. Nur bis ins dritte Glied reinblütige Deutsche werden in den Orden aufgenommen. Der Orden will die Prinzipien der Alldeutschen auf die ganze germanische Rasse ausdehnen und den Zusammenschluss aller Völker germanischen Blutes anbahnen. Besonderer Wert wird auf die Propaganda der Rassenkunde gelegt. Es sollen die Erfahrungen, die man „im Tier- und Pflanzenreiche gemacht hat, auf den Menschen angewandt“ und gezeigt werden, „wie die Grundursache aller Krankheit, allen Elends, in der Rassenvermanschung liege“.

1912 – Die Gaststätte am Chinesischen Turm geht in Betrieb

München-Englischer Garten - Lehel * Die Chinesische Wirtschaft aus dem Jahr 1790 wird durch die noch heute stehende Gaststätte am Chinesischen Turm ersetzt.

Oktober 1912 – Deutliche Anzeichen einer wirtschaftlichen Depression

München * In München sind deutliche Anzeichen einer wirtschaftlichen Depression spürbar.

11. Dezember 1912 – Der Ministerrat fordert die Beendigung von König Ottos Regenschaft

München * Der Ministerrat fordert die Beendigung von König Ottos Regenschaft.

12. Dezember 1912 – Prinzregent Luitpold stirbt - Ludwig III. wird Prinzregent

München-Graggenau * Der 91-jährige Prinzregent Luitpold stirbt. Er wird von der Kritik - wegen

seines Desinteresses in politischen und wirtschaftlichen Fragen - schlicht für unfähig gehalten. Luitpolds 67jähriger Sohn Prinz Ludwig III. tritt seine Nachfolge als Prinzregent an. Der letzte bayerische Monarch „von Gottes Gnaden“ wird jedoch die Herzen seiner Untertanen nie erreichen.

1913 – Bogenhauser Grundverwertungsgesellschaft erwirbt das Fleischer-Schlössl

München-Bogenhausen * Eine eigens zum Ankauf des Fleischer-Areals gegründete Bogenhauser Grundverwertungsgesellschaft erwirbt das Grundstück einschließlich Rohbau an der Ismaninger Straße. Mehrfach versucht sie in der Folgezeit vergeblich, das Anwesen als Ganzes zu verkaufen. Pläne des bayerischen Staats, das Gebäude in ein Museum umzuwandeln, werden im letzten Kriegsjahr 1918 aus finanziellen Gründen fallen gelassen.

1913 – Faulhabers Kampf gegen die Geburtenkontrolle

Speyer * Der Bischof von Speyer, Michael von Faulhaber, bezeichnet die Empfängnisverhütung als „die eigentliche Todsünde unserer Zeit“. Er meint, dass sich „keine Religionsgemeinschaft [...] der Seuche des Geburtenrückgangs so kraftvoll erwehren [wird] wie die katholische Kirche“.

1913 – Die Münchner Theater GmbH entsteht

München-Maxvorstadt * Im Jahr 1913 gründen theaterbegeisterte jüdische Mäzene die „Münchner Theater GmbH“, um die künstlerische Arbeit der Münchner Kammerspiele langfristig zu sichern und deren wirtschaftliche Grundlage zu stärken. Mit ihrem finanziellen und persönlichen Engagement schaffen die Gesellschafter die Voraussetzungen dafür, dass sich die Münchner Kammerspiele als künstlerisch ambitionierte Bühne etablieren und weiterentwickeln können. Die Gründung der Gesellschaft markiert einen wichtigen Schritt in der institutionellen Absicherung des Theaters.

1913 – Das Karussell am Chinesischen Turm geht in Betrieb

München-Englischer Garten - Lehel * Das heutige Karussell am Chinesischen Turm, ein Gemeinschaftswerk des Schwabinger Bildhauers Joseph Erlacher und des Dekorationsmalers

August Julier, geht in Betrieb und dreht noch heute seine Runden.

April 1913 – Das Ende der Ära Eugen Robert

München-Maxvorstadt * Die Intendanz von Eugen Robert an den „Münchner Kammerspielen“ in der Augustenstraße 89 endet bereits nach kurzer Zeit. Trotz künstlerischer Erfolge gelingt es ihm nicht, seine Position dauerhaft zu festigen. Zu den Höhepunkten seiner Amtszeit zählt die Uraufführung von Frank Wedekinds Schauspiel „Franziska“, das großes Aufsehen erregt und zu einem vielbeachteten Skandalerfolg wird. Dennoch scheidet Robert aus der Leitung des Theaters aus und macht den Weg für eine neue Phase in der Entwicklung der„Münchner Kammerspiele“ frei.

21. Mai 1913 – Der Komponist Richard Wagner erhält ein Denkmal

München-Bogenhausen - München-Haidhausen * Einen Tag vor dem 100. Geburtstag Richard Wagners wird ihm zu Ehren eine Statue neben dem Prinzregententheater enthüllt. Heinrich Waderé? hat das Monument gestaltet. Aus mehreren zur Verfügung stehenden Entwürfen wählt man denjenigen aus, der den Komponisten in ähnlicher Pose zeigt, wie das berühmte Porträt von Johann Wolfgang von Goethe in der Campagne. Da die ruhende Darstellung des Künstlers extrem stark im Gegensatz zu dem unsteten Leben des Musikers steht, kommt bald Kritik hoch, in die sogar das städtische Kollegium der Gemeindebevollmächtigten einstimmt. Letztlich beruhigt aber ein einziges Argument alle Kritikerstimmen: Da Richard Wagner von Natur aus nur mit einer geringen Körpergröße ausgestattet war, hätte ein stehendes Denkmal die Öffentlichkeit nur wenig beeindruckt. Der Marmor für die Figur stammt vom Untersberg. Er umfasst als Rohblock 14 Kubikmeter Inhalt und wiegt 600 Zentner. Über dreißig Pferde sind notwendig, um diese gewaltige Last vom Untersberger Steinbruch zur nächsten Eisenbahn zu schaffen, mit der er ab Berchtesgaden nach München gebracht wird. Bildhauer Heinrich Waderé hat sich am Ostbahnhof ein provisorisches Atelier eingerichtet. Da die fertige Marmorfigur noch immer 450 Zentner wiegt gestaltet sich der Transport vom Atelier zum Aufstellungsort als besonders schwierig. Er nimmt mehr als zwei Tage in Anspruch. Die Statue muss mit einer Straßenlokomotive der Firma Maffei zum Ort seiner Aufstellung gebracht werden. Dort behindert vor allem der weiche Boden die Arbeiten, da sich die Räder des Transportwagens immer wieder eingraben. Cosima und Siegfried Wagner lehnen ihre Teilnahme an der Denkmalenthüllung ab. Bei Cosima sind es gesundheitliche, bei Siegfried grundsätzliche Gründe. Die Konkurrenz der Münchner Festspiele für Bayreuth sind aber die wahren Beweggründe. Das gesellschaftliche Ereignis an

der Prinzregentenstraße wird durch Richard Wagners „Huldigungsmarsch“ eröffnet. Münchens erster Bürgermeister, Wilhelm von Borscht, hält eine Ansprache und Ernst von Possart, der Initiator des Denkmals, sagt in seiner Rede: „So grüßen wir Dich, Unsterblicher! Möge Dein Antlitz uns leuchten“. Prinzregent Ludwig III. enthüllt schließlich das Wagner-Denkmal. Die sozialdemokratische Tageszeitung Münchener Post kommentiert das Ereignis mit den Worten: „Das Streben Münchens, die seiner Zeit an Bayreuth abgegebene Hegemonie im Reiche von Wagners Kunst an sich zu bringen - das heimliche Agens [die treibende Kraft] unserer Festspiele - hat uns nun endlich ein würdiges Denkmal des Meisters beschert.“ Gleichzeitig kritisiert das Blatt, dass der Eröffnungsakt nicht dem Festwiesenbild der Wagner'schen Meistersinger entsprach und auf den „Wach-auf-Chor“ kein spontaner Jubel des Volkes, sondern ein „hochoffiziell-eisernes Schweigen“ der „aristokratisch-bürgerlichen Festversammlung“ folgt. Den Abschluss der Einweihungsfeierlichkeiten für das Musiker-Standbild bildet der „Tannhäusermarsch“.

30. Oktober 1913 – Verfassungsänderung zur Beendigung der Regentschaft

München-Kreuzviertel * Die Abgeordnetenkammer beschließt ein verfassungsänderndes Gesetz mit 122 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten. Mit diesem Gesetz kann der „Regent die Regentschaft für beendet und den Thron für erledigt erklären“, wenn „wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Königs“ auch „nach Ablauf von zehn Jahren keine Aussicht auf Regierungsfähigkeit“ besteht. Damit hat der Prinzregent die Möglichkeit, seinen noch lebenden geisteskranken Cousin, den legitimen König Otto I., zu entthronen. Prinzregent Ludwig III. wollte politisch eine Veränderung herbeiführen und konnte mit dem Zentrum und den Liberalen auf eine breite parlamentarische Mehrheit bauen. Doch eine schlichte Proklamation Ludwigs III. zum König wurde von den Abgeordneten als nicht ratsam erachtet, da auch der Prinzregent eine Übertragung der Krone durch den Landtag ablehnte. Schließlich wollte Ludwig III. kein „König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ sein.

4. November 1913 – Prinzregent Ludwig III. erklärt die Regentschaft für beendet

München-Kreuzviertel * Auch die Kammer der Reichsräte billigt die Verfassungsänderung. Damit kann Prinzregent Ludwig III. die „Regentschaft für beendet und den Thron für erledigt“ erklären.

5. November 1913 – Prinzregent Ludwig III. proklamiert sich selbst zum König

München * Prinzregent Ludwig III. proklamiert sich selbst zum König. König Otto I. wird damit durch seinen Vetter Prinzregent Ludwig III. entthront. Eine 27-jährige Regentschaft geht dadurch zu Ende. Nachdem diese unumstößlichen Fakten geschaffen sind, erkennt der Landtag an, „daß am 4. November 1913 die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Beendigung der Regentschaft bestanden haben“. Die Abgeordneten stimmen dem Antrag brav zu. Daraufhin erklärt König Ludwig III., dass durch seine Thronbesteigung der Titel und die Ehrenrechte König Ottos I. nicht berührt werden. Bayern hat damit - bis zum Tod König Ottos I. am 11. Oktober 1916 - zwei Könige und damit eine Doppelmonarchie. Doch die Vorgänge um die Inthronisation schadet dem Ansehen König Ludwigs III. und der Monarchie schwer. Deshalb rührt sich auch keine Hand, als exakt fünf Jahre später die Monarchie in Bayern als erster deutscher Einzelstaat sang- und klanglos zusammenbricht.

17. November 1913 – Marie Therese, die erste Katholikin auf dem bayerischen Königinsthron

Lindau * Die Lindauer Volkszeitung schreibt: „Die Gemahlin des Königs Ludwig III. von Bayern wird die erste katholische Königin sein. [...] Die hohe Frau, die weithin als das Vorbild einer christlichen Frau und Mutter schon lange erschien, verdient es wahrhaftig, eine Landesmutter zu sein, verehrt und geliebt von allen treuen Bayern.“

1914 – Die Pferde-Aushebungs-Vorschrift

München-Isarvorstadt * Die Pferde-Aushebungs-Vorschrift verlangt vom Städtischen Wehramt die Aufzeichnung und alljährliche Vormusterung fast sämtlicher im Stadtbezirk vorhandenen kriegsbrauchbaren Pferde, sowie die ständige Fortführung der aufgrund des Vormusterungsergebnisses erstellten Vorführlisten, eine bei der lebhaften Bewegung im Pferdebestand einer Großstadt recht ansehnliche Arbeitsleistung. Die Zahl der Pferde geht in München ständig zurück, was eine Folge der steigenden Verwendung von Kraftwagen ist.

1914 – Karl Winter gründet die Firma „Fisch Winter KG“

München-Untersendling * Karl Winter gründet die Firma „Fisch Winter KG“. Der Fischgroßhändler verkauft Seefische, Feinfische, Süßwasserfische, Räucherfische, Salzheringe und Marinaden. Er beliefert seine Kundschaft mit dem Handkarren und eröffnet gleichzeitig - gemeinsam mit seiner Frau Philippine - die Sendlinger Fischhalle in Untersendling, an der Alram-/ Ecke Aberlestraße.

25. Juli 1914 – Die Serben antworten auf das österreichisch-ungarische Ultimatum

Wien - Belgrad - Petersburg * Die Serben antworten - in Abstimmung mit ihren Bündnispartner Russland - am Abend auf das österreichisch-ungarische Ultimatum und versprechen, dass nahezu alle Forderungen erfüllt werden würden. Lediglich die Untersuchung des Attentats durch eine Kommission unter österreichischer Aufsicht - bei jederzeitiger Einmischung - lehnen sie ab.
Die Entente-Verbündeten Frankreich, England und Russland bewerten die serbische Antwort als ein weitgehendes Entgegenkommen. Österreich-Ungarn weist die Botschaft aber als „ungenügend“ und „vom Geist der Unaufrichtigkeit erfüllt“ zurück. Und die deutsche Regierung unterstützt diese Sichtweise.

27. Juli 1914 – Die Münchner Sozialdemokraten laden zu einer Massenkundgebung ein

München-Au * Die Münchner Sozialdemokraten haben zu einer Massenkundgebung im Münchner-Kindl-Keller eingeladen. Als Referent für diese Veranstaltung ist der Schriftsteller Kurt Eisner angekündigt. Ausgerechnet für Kurt Eisner, dem späteren Kriegsgegner und Revolutionär, ist der Krieg zu diesem Zeitpunkt eine unabänderliche Tatsache und nicht mehr zu verhindern. „Denn niemand von uns will, dass das Kosakentum über Europa herrscht. Sagte doch Bebel, gegen Russland würde auch er noch die Flinte auf seinen alten Buckel nehmen“. Und an anderer Stelle meinte er: „Wir sind bereit, einen Angriff des Feindes abzuwehren und unser Vaterland zu schützen“. Das bedeutet aus Eisners damaliger Sicht für die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft: „Dann muss jeder seine Pflicht tun, nichts weiter“. Und diese Pflicht besteht in der Verteidigung des Vaterlandes gegen den russischen Agressor.

28. Juli 1914 – Der Eine ist zu alt, der Andere zu jung

Wien * Der bei Kriegsbeginn kurz vor seinem 84. Geburtstag stehende österreichisch-ungarische Kaiser Franz Joseph I. ist zu schnellen und grundsätzlichen Entscheidungen kaum noch in der Lage, auch wenn er versucht, täglich seine Akten pflichtbewusst und akribisch zu bearbeiten.
Sein Thronfolger, Erzherzog Karl, ist gerade 27 Jahre alt und politisch wie militärisch noch ohne Erfahrung. Weil aber die Oberbefehlsgewalt von einem adeligen Mitglied des Erzhauses übernommen werden muss, fällt die Wahl auf der 58-jährigen Erzherzog Friedrich. Er besitzt allerdings nur wenige Eigenschaften, die ihn zum Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Armee befähigen. Erzherzog Friedrich wird als eher ängstlich beschrieben, der nur wenig persönliche Initiative entwickelt und sich hauptsächlich mit seiner Frau beratschlagt, welche Uniform er tragen soll.

29. Juli 1914 – Die Leichtigkeit des Seins auch im Krieg

Wien * Die österreichische Heeresführung vertraut sehr stark darauf, dass es schon irgendwie gut gehen wird. Eine Reihe von k.u.k-Offizieren begreifen den Krieg als Fortsetzung ihres Lebensstils unter erschwerten Bedingungen. Sie „legten Wert auf mehrgängige Menüs, die möglichst formvollendet serviert wurden, und ließen sich von Ehefrauen, Mätressen und Prostituierten begleiten, die für körperliches Wohlbefinden zu sorgen hatten“. Eindrucksvoll, aber natürlich karikaturhaft überzeichnet wird die Situation in dem Roman „Der brave Soldat Schweik“ von Jaroslav Hašek.

30. Juli 1914 – Russland erklärt die Generalmobilmachung

Moskau * Zar Nikolaus II. wird von seinem Außenminister zur Generalmobilmachung überredet. Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten am Nachmittag: „Der russische Botschafter hat dem Grafen Berchtold die Mitteilung gemacht, dass die russische Regierung eine bindende Erklärung, die Neutralität zu wahren, nicht geben kann. Infolgedessen steht die allgemeine Mobilisierung der österreichischen Armee innerhalb der nächsten Tage zu erwarten.“ Damit ist der entscheidende Schritt zum Großen Krieg getan und ein Schuldiger gefunden. Denn zu diesem Zeitpunkt ging es nur noch um die Frage, welche Macht als Erste mobilmachen würde. Sämtliche nun folgenden politischen Aktivitäten der beteiligten Regierungen sind ausnahmslos darauf ausgerichtet, der jeweils anderen Seite die Schuld an der kommenden Katastrophe zuzuschieben. Die Öffentlichkeit soll erkennen und davon überzeugt werden, dass man zu einem Verteidigungskrieg gezwungen worden ist. Und Russland hat damit - aus deutscher Sicht - eindeutig und zweifelsfrei seine Bereitschaft zum Krieg gezeigt.

August 1914 – Krisenjahre und wirtschaftliche Herausforderungen

München-Kreuzviertel * Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs enden die glanzvollen Anfangsjahre des Münchner Künstlerhauses. Große Feste und gesellschaftliche Veranstaltungen bleiben aus, da es sowohl an den Anlässen als auch an den finanziellen Mitteln fehlt.

1. August 1914 – Die Gewerkschaften und der Krieg

Berlin * Das Correspondenzblatt, das Organ der Generalkommission der Gewerkschaften, schreibt: „Der Krieg 1870 und 71 wird als bedeutungslos verschwinden, wird keinen Vergleich

aushalten mit dem, was uns an Verwüstungen von wirtschaftlichen, kulturellen Werten und Menschenleben der kommende Krieg in Aussicht stellt“.

1. August 1914 – König Ludwig III. gibt die Mobilmachung bekannt

München-Maxvorstadt * Gegen 19:30 Uhr tritt der greise König Ludwig III. auf den Balkon des Wittelsbacher Palais und gibt die Mobilmachung bekannt. Jubelnd und hüteschwenkend versammeln sich begeisterte Bürger, die den Kriegsausbruch feiern. Der versammelten Menschenmenge ruft er zu, er sei zuversichtlich, dass sich seine Soldaten „im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen ebenso wie vor 44 Jahren tapfer schlagen werden und [er] hoffe zu Gott, er möge sie ehrenvoll mit Sieg gekrönt wieder in die Heimat zurückkehren lassen“. Als erster Mobilmachungstag wird der 2. August bestimmt. Die vollziehende Gewalt geht damit von den Zivilbehörden auf die kommandierenden Generale der drei bayerischen Armeekorps in München, Nürnberg und Würzburg über. In der Pfalz übernimmt der Kommandeur der 3. Division diese Aufgabe. Auch die öffentliche Sicherheit wird den Militärbefehlshabern anvertraut. Für die bayerische Regierung sind weitreichende Anordnungen der Militärs auch dann „statthaft, wenn sie im Widerspruch mit bestehenden Gesetzen stehen und sich nicht auf einen gesetzlichen Vorbehalt gründen“. Damit ist das öffentliche Leben weitgehend unter militärischer Kontrolle.

1. August 1914 – Die Mobilmachung wird Bayern 108 Millionen Mark kosten

Berlin - München * Mobilmachung bedeutet, dass das bestehende Friedensheer erst durch die Reservisten verstärkt und damit operationsfähig gemacht werden muss. Die Reservisten werden eingezogen und damit mobilisiert. In Friedenszeiten umfasst das Heer reichsweit circa 750.000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften und 158.000 Pferde. Nach dem Abschluss beträgt die Stärke des deutschen Heeres 3.840.000 Mann und 880.000 Pferde. Das Heer teilt sich in das Besatzungsheer und das eigentliche Feldheer, das 2.398.000 Mann und 730.000 Pferde umfasst. Die sogenannten Ersatztruppen, deren Soldaten zum Ausgleich der erwarteten Verluste bereitstehen, zählen 954.000 Mann. Damit sind in den Heimatgarnisonen - nach dem Ausmarsch des Feldheeres - mehr Soldaten vorhanden als in Friedenszeiten. Die bayerische Armee ist ein Teil des deutschen Reichsheeres - mit eigener Verwaltung. Im Frieden umfasst sie rund 90.000 Soldaten und 17.000 Pferde. Nach der Mobilmachung steigt die Zahl der Soldaten auf 416.000, die der Pferde auf 90.000. Das bayerische Feldheer zählt 300.000 Mann und 82.000 Pferde. Die Mobilmachung wird Bayern 108 Millionen Mark kosten.

1. August 1914 – Der Kriegsbeginn verschlechtert die Situation im Tierpark Hellabrunn

München-Giesing * In den Friedensjahren von 1911 bis zum Kriegsbeginn am 1. August 1914 hat der Tierpark einen Überschuss von 80.000 Mark erwirtschaftet. Doch die Baukosten von 295.000 Mark und die dafür aufgenommenen Kredite belasten das Tierpark-Unternehmen dann doch sehr. Mit dem Kriegsbeginn verschlechtert sich die Situation im Tierpark Hellabrunn zusehend.

Sofort werden 15 Mitarbeiter zum Dienst an der Waffe eingezogen. Der Mangel an ausreichendem Futter für die Tiere verstärkt sich im Laufe der Zeit. Neue Tiere können nicht mehr angeschafft werden, andere Zoobewohner verenden an Mangelernährung, das Besucherinteresse geht drastisch zurück.

2. August 1914 – Am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten

München * Die Militärpflichtigen nutzen am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten. Denn an diesem 2. August hatten sowohl die Geschäfte, wie auch die Standesämter geöffnet. Im August 1914 heiraten rund vier Mal so viele Paare wie im April. Und auch die katholischen Kirchen sind voll. Man nutzte die Zeit zum Beichten und zur Kommunion.

3. August 1914 – Arbeitskräfte-Mangel zu Kriegsbeginn

München * Der Krieg hat viele und einschneidende Auswirkungen: Von der Löwenbrauerei werden 300 Mitarbeiter zum Kriegsdienst eingezogen. Das Residenztheater muss ihren Spielbetrieb einstellen, weil zu viel Personal eingezogen worden ist.

Das Metzgerhandwerk und die städtischen Straßenbahnen suchen händeringend Arbeitskräfte.

Die Firma Kustermann muss ihre Filiale am Stachus schließen, um wenigstens den Betrieb im Hauptgeschäft aufrecht zu erhalten.

4. August 1914 – Großbritannien tritt in den Krieg ein

Berlin - London * Am Abend hält Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg dem britischen Botschafter vor, wie furchtbar es wäre, wenn es zwischen Deutschland und England - „wegen eines Fetzens Papier“ - zum Krieg kommen würde. Diese abschätzige Bezeichnung Bethmann Hollwegs für den „Vertrag über die belgische Neutralität“ wirft ein grelles Licht auf die deutsche Haltung und wird daher von der englischen Propaganda sofort in einem Plakat umgesetzt. Die Verletzung der belgischen Neutralität durch das Deutsche Reich leistet einen entscheidenden

Beitrag, die öffentliche Meinung in Großbritannien für den Krieg gegen Deutschland zu mobilisieren. Großbritannien erklärt daraufhin konsequenterweise Deutschland den Krieg. Die Armeen der Mittelmächte haben eine Kriegsstärke von 3,5 Millionen Soldaten, davon 2,1 Millionen deutsche; die Entente verfügt dagegen über 5,7 Millionen Soldaten.

4. August 1914 – Eine staatlich reglementierte Kriegszwangswirtschaft wird eingeführt

Berlin * Das Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrates zu wirtschaftlichen Maßnahmen etabliert eine staatliche Planwirtschaft. Damit kann eine staatlich reglementierte Kriegszwangswirtschaft eingeführt, die dem Bundesrat ermöglicht, Maßnahmen zur „Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen“ anzuordnen.

4. August 1914 – König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein

München * König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein. In seiner Bekanntmachung „An meine Bayern!“ wendet er sich nicht nur an die Soldaten, sondern vor allem an die Menschen in der Heimat: „Deutschland hat den Kampf nach zwei Fronten aufgenommen. Der Druck der Ungewissheit ist von uns gewichen, das deutsche Volk weiß, wer seine Gegner sind. In ruhigem Ernst, erfüllt von Gottvertrauen und Zuversicht, Scharen unsere wehrhaften Männer sich um die Fahnen. Es ist kein Haus, das nicht teil hätte an diesem uns frevelhaft aufgedrungenen Krieg. Bewegten Herzens sehen wir unsere Tapferen ins Feld ziehen. Der Kampf, der unser Heer erwartet, geht um die heiligsten Güter, um unsere Ehre und Existenz. Gott hat das deutsche Volk in vier Jahrzehnten rastloser Arbeit groß und stark gemacht, er hat unser Friedenswerk sichtbar gesegnet. Er wird mit unserer Sache sein, die gut und gerecht ist. Wie unsere tapferen Soldaten draußen vor dem Feind, so stelle auch zu Hause jeder seinen Mann. Wollen wir, jeder nach seiner Kraft, im eigenen Land Helfer sein für die, die hinausgezogen sind, um mit starker Hand den Herd der Väter zu verteidigen. Tu jeder freudig die Pflicht, die sein vaterländisches Empfinden ihn übernehmen heißt. [...] Bayern! Es gilt das Reich zu schützen, das wir in blutigen Kämpfen mit erstritten haben. Wir kennen unsere Soldaten und wissen, was wir von ihrem Mut, ihrer Manneszucht und Opferwilligkeit zu erwarten haben. Gott segne unser tapferes deutsches Heer, unsere machtvolle Flotte und unsere treuen österreichisch-ungarischen Waffenbrüder! Er Schütze den Kaiser, unser großes deutsches Vaterland, unser geliebtes Bayern!“.

4. August 1914 – Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien

Berlin - Brüssel * Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gibt vor dem Reichstag eine Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien ab. Die Reaktionen der Abgeordneten finden sich in den eckigen Klammern wieder: „Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; [lebhafte Zustimmung] und Not kennt kein Gebot! [Stürmischer Beifall] Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, [Bravo!] vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. [Erneutes Bravo.] Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. [Hört! Hört!] Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. [Lebhafte Zustimmung.]

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. [Sehr richtig!] Das Unrecht - ich spreche offen - das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. [Bravo!] Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! [Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.] Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn“.

5. August 1914 – Französische und englische Fremdwörter sind verpönt

München * Französische und englische Fremdwörter sind plötzlich verpönt. „Wir brauchen keine Menus, keine Dinners, kein Dejeuner, keinen Five o‘clock tea u.s.f. Wir können ohne sie leben; uns genügt ein schlichter Speisezettel, ein Mittagessen, Frühstück, Fünfuhr- oder Abendtee.“
Der Begriff Restaurant wird durch Speisehaus ersetzt, statt im Delikatessengeschäft kauft man jetzt im Feinkostladen ein. Kinos heißen nun Lichtspielhaus und aus dem Abonnement in der Oper wird die Platzmiete. Über Nacht wird aus dem Hotel Englischer Hof in der Dienerstraße das Hotel Posch und aus dem Hotel Bellevue am Stachus das Hotel Königshof.

8. August 1914 – Auswirkungen des Krieges auf die gewerbliche Wirtschaft

München * Das bayerische Außenministerium beauftragt die Kreisregierungen, innerhalb von sechs Wochen über die Auswirkungen des Krieges auf die gewerbliche Wirtschaft zu berichtigen.

9. August 1914 – Das lärmende Treiben in den Straßen ist einem feierlichen Ernst gewichen

München * In der Münchner Stadtchronik wird festgestellt, dass das „ärmende Treiben in den Straßen einem feierlichen Ernst gewichen sei. Auf den Straßen wird es ruhiger. Der Autoverkehr ist nahezu zum Erliegen gekommen. Wer Benzin kaufen will, braucht einen Erlaubnisschein des Stellvertretenden Generalkommandos. Vor dem Hauptbahnhof und am Stachus warten nur mehr wenige Taxis auf Kundschaft. Die Straßenbahnen fahren nun mehr bis 23 Uhr.

10. August 1914 – Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch während der Kriegszeit

München * Im Bayerischen Innenministerium wird die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch während der Kriegszeit besprochen. Da aus allen Regierungsbezirken eine gute bis sehr gute Heuernte gemeldet wird und sowohl die Kartoffel- wie die Getreideernte zufriedenstellend ausfiel, sehen die Viehzüchter keinen Grund zur Sorge. Nur der Verbrauch von Kalbfleisch sollte eingeschränkt werden. Außerdem sollte die Haltung von Kaninchen gefördert werden, weil diese „innerhalb kurzer Zeit ein großes Quantum von Fleisch für den Haushalt liefern“. Als Bilanz der Besprechung wird festgestellt, dass Bayern hinsichtlich der Fleischversorgung vollkommen sicher sei, selbst wenn sich der Krieg länger hinziehen sollte. Solche Besprechungen machen deutlich, dass man sich über Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderer lebenswichtiger Gebrauchsgüter keine Gedanken machte. Niemand rechnete ernsthaft mit einem längeren Krieg.

15. August 1914 – Das ganze katholische Elsass soll an Bayern fallen

München * König Ludwig III. konfrontiert den preußischen Geschäftsträger in München mit der Klage, dass Bayern im Krieg von 1870/71 zu schlecht weggekommen sei. So etwas darf nie wieder passieren. Der Krieg darf keinesfalls zu einer einseitigen Vergrößerung Preußens führen, da dadurch das staatliche Gefüge des Reiches verschoben würde. Wenn Preußen durch Annexionen wächst, dann müssen auch die anderen größeren Bundesstaaten, insbesondere Bayern, einen Ausgleich erhalten. Danach entwickelt er sein Konzept: eine Aufteilung des Reichslandes Elsass-Lothringen, bei der das ganze katholische Elsass an Bayern fallen soll.

20. August 1914 – Generaloberst Maximilian Freiherr von Prittwitz wird abgesetzt

Berlin - Ostpreußen * Helmuth von Moltke, der Chef der Obersten Heeresleitung, lässt den für

Ostpreußen zuständigen und mit der Situation total überforderten Generaloberst Maximilian Freiherr von Prittwitz und Gaffron absetzen. Denn ein Verlust Ostpreußens als Kornkammer des Reiches hätte nicht nur wirtschaftlich, sondern auch für die Moral der Deutschen unabsehbare Folgen gehabt.

22. August 1914 – Stets überfüllte Straßenbahnwagons

München * Der „Münchner Stadtanzeiger“ berichtet Folgendes: „Der verkürzte Straßenbahnbetrieb macht sich stark fühlbar. Auch tagsüber sind infolge der größeren Wagenabstände die Wagen stets überfüllt. Das Einstellen von Frauen als Schaffner wurde seitens des Magistrats abgelehnt, weil man ein Überangebot an arbeitslosen Männern hat.“ Das ist freilich noch zu einer Zeit, als die deutsche Bevölkerung ernsthaft daran glaubt, dass der Krieg bis Weihnachten 1914 beendet ist.

23. August 1914 – Generalmajor Erich Ludendorff trifft die Entscheidungen

Ostfront * Vor Ort erkennen die hohen Militärs die Problematik der Kriegssituation und entwickeln eine neue Strategie, die allerdings auch mit einem Risiko behaftet ist. Und tatsächlich erweist sich Erich Ludendorff [„Ohne Opfer kein Sieg! Ohne Sieg kein Friede!“] vor und während der Schlacht um Tannenberg als das treibende Element, während der eigentliche Oberbefehlshaber der 8. Armee, Paul von Hindenburg, „mit großer Ruhe und noch größerem Schlafbedürfnis“ die Entscheidungen des Generalstabs-Chefs Erich Ludendorffs absegnet. Der bürgerliche Generalmajor Ludendorff trifft die Entscheidungen, Hindenburg repräsentiert nach Außen hin.

23. August 1914 – Erich Mühsam und der Krieg (IV)

München * Erich Mühsam schreibt in sein Tagebuch: „Wo man hinhört: Gefallen, ermordet, gestorben, verschollen, verhaftet, wahnsinnig. Das ist die große erhebende veredelnde Kriegszeit.“

27. August 1914 – Bei den Masurischen Seen werden die Russen vernichtend geschlagen

Masurische Seen * Zum Glück übermitteln die Russen ihre Planungen ohne Verschlüsselung über Funk. Damit weis der deutsche Generalstab, dass der russische Gegner

Nachschubprobleme hat und deshalb nicht auf breiter Front angreifen kann. Dieses Wissen nutzen die deutschen Befehlshaber und beginnen die russischen Verbände einzuschließen.
Als sich die Russen in eine Verteidigungsstellung bei den Masurischen Seen zurückziehen, werden sie von den Deutschen verfolgt und vernichtend geschlagen. Etwa 10.000 Russen ertrinken in den Masurischen Seen. Insgesamt fallen 50.000 russische Soldaten, 92.000 kommen in Gefangenschaft. Die deutschen Verluste sind dagegen vergleichsweise gering.

30. August 1914 – Der amerikanische Gesandtschaftssekretär beobachtet die Lage in Löwen

Leuven * Der amerikanische Gesandtschaftssekretär Hugh Gibson macht sich ein Bild von der Lage in Löwen. Ein deutscher Offizier erklärt ihm: „Es wird die Belgier lehren, Deutschland zu respektieren und es sich zweimal zu überlegen, gegen Deutschland die Waffen zu erheben“.
Mit der Zerstörung der Löwener Bibliothek hat sich das Deutsche Reich weltweit den Ruf von „Barbaren“ eingehandelt. Als „Hunnen“, denen man das Schlimmste zutraut, werden sie fortan in der alliierten Propaganda verspottet.

30. August 1914 – Die geplante Umzingelung von Paris wird nicht weiter verfolgt

Paris * Die ursprünglich geplante Umzingelung von Paris wird nicht weiter verfolgt. Generaloberst Alexander von Klucks Armee folgt einfach von Generaloberst Karl von Bülow an die Marne - und lässt damit seine gesamte rechte Flanke ungeschützt. Jetzt stehen die Deutschen zwar kurz vor der französischen Hauptstadt, doch sind sie von ihrer eigenen Versorgung abgeschnitten. Sie haben keine Verbindung zum Hauptquartier in Luxemburg und sind durch die anstrengenden Gewaltmärsche für die anstehenden militärischen Auseinandersetzungen geschwächt. Außerdem ist die Kommunikation zwischen den beiden Armeen äußerst mangelhaft. Und weil die Übermittlung drahtloser Nachrichten ins Hauptquartier oft 24 Stunden und mehr dauern, sind die Franzosen bald über die Schwachstelle der Deutschen Armee bestens unterrichtet. Die deutsche Armeeführung glaubt immer noch, dass die Franzosen wie aufgeschreckte Hasen davongelaufen sind. Doch zum Unterschied des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 ist es der französischen Führung gelungen, die Truppen neu zu sammeln. Einige ranghohe französische Offiziere werden dennoch wegen „Unfähigkeit vor dem Feind“ versetzt und die kämpfenden Truppen neu strukturiert.

30. August 1914 – Das Große Hauptquartier der OHL zieht nach Luxemburg

Koblenz - Luxemburg * Das Große Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL zieht vom Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium in Koblenz in die ehemalige Deutsche Botschaft in Luxemburg.

8. September 1914 – Die bayerische Staatsregierung verlässt ihren Sparkurs

München * Auf Druck der betroffenen Wirtschaftskreise, insbesondere des Baugewerbes, verlässt die bayerische Staatsregierung ihren Sparkurs und ordnet eine Fortführung der Staatsbaumaßnahmen an. Mit Kriegsbeginn hatte der Staat - zur Schonung des von kriegsbedingten Einnahmeausfällen Betroffenen Haushalts - seine Aufträge weitestgehend storniert.

25. September 1914 – Das Große Hauptquartier der OHL zieht nach Charleville-Mézières

Luxemburg - Charleville-Mézières * Das Große Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL zieht von der ehemaligen Deutschen Botschaft in Luxemburg nach Charleville-Mézières.

11. Oktober 1914 – Bevor Sie ins Feld ziehen, sollten Sie Ihre Stimme verewigen

München * Der geschäftstüchtige Karl Valentin veröffentlicht in den Münchner Neuesten Nachrichten ein Inserat: „Bevor Sie ins Feld ziehen, sollten Sie Ihre Stimme verewigen. Eine Aufnahme Mark 10.-. Schönstes Andenken!“

28. Oktober 1914 – Der Attentäter Gavrilo Prinzip wird zu 20 Jahren Festungshaft verurteilt

Sarajevo * In Sarajevo wird der Attentäter Gavrilo Princip zu 20 Jahren Festungshaft verurteilt.

10. November 1914 – Aus einem verunglückten Angriff wird ein Mythos gemacht

Berlin - Langemarck - Ypern * Die Oberste Heeresleitung - OHL macht aus einem verunglückten Angriff einen Mythos: „Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange ‚Deutschland, Deutschland über alles’ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie.“ Dabei stimmt nicht einmal der Name der Ortschaft, denn das Dorf Langemarck liegt weiter weg, klingt aber markant und teutonisch, und auf jeden Fall besser als Bixschote oder

Ypern. Gesungen haben die Soldaten bestimmt nicht. Sie mussten mit ihrer 30 Kilo schweren Ausrüstung über den nassen schweren Lehmboden rennen und fühlten sich zu Recht als Kanonenfutter.

1915 – Die Cenovis-Werke werden gegründet

München-Au * Aus der Münchner Hefeverwertungs-Gesellschaft gehen die „Cenovis-Werke“ hervor, ein Unternehmen zur Herstellung von Nahrungsmitteln und Nahrungsergänzungsprodukten. Generaldirektor wird Julius Schülein, der jüngere Sohn des Brauereiunternehmers Joseph Schülein. Die Cenovis-Werke übernehmen die Gebäude der ehemaligen Münchner Kindl-Brauerei an der Rosenheimer Straße. Der Firmenname „Cenovis“ leitet sich aus den lateinischen Begriffen cena (Mahlzeit), ovum (Ei) und vis (Kraft) ab und verweist auf die eiweißreiche Kraftnahrung, die das Unternehmen produziert.

1915 – Lena Christ's Roman „Rumplhanni“ beschreibt den Kriegsbeginn

München * Lena Christ beschreibt in ihrem im Jahr 1916 erschienenen Roman „Rumplhanni“ den Kriegsbeginn auf dem Lande: „[...] Kein Platz ist mehr zum Sitzen; die Bauern haben den Herrgottswinkel und das Ofeneck ausgefüllt, und an den übrigen Tischen hocken die Jüngeren und die Dienstigen. Man redet vom Krieg. Und der eine meint: „Jano; s‘Belgien ham mir scho. s‘Frankreich ham mir aa scho glei; Paris kriagn man auf d‘Woch und s‘Rußland aufn Kirta. Bis Allerheiling ham mir nachher an Engländer umbracht, und z‘Weihnachten sauf i mir mein Friedensrausch o.‘ - ‚Wenn dir der Italiener net ‘s Krüagl aus der Hand haut, deiweil!‘ meint der Meßmer von Niklasreuth; ‚woaßt, den Schlawiner tat i scheucha!‘ Aber, was!? Den Katzlmacha!‘ heißt‘s da; ‚den Polentafresser! Den Maronibruada möchst ferchten! Was willst denn! Was will denn der macha! Hat Ja grad oa Loch, wo er außi kann, der Italiener!‘ - ‚Und dees is zuapitschiert!‘ meint der Hauser. ‚Dees ham eahm d‘Österreicher a so verpappt, daß er a Jahr braucht, bis er si durchefrißt!‘ Und so wird weiter disputiert und politisiert, bis Jeder voll ist und jeder genug hat [..]“. Und solange die militärischen Erfolge Bestand haben, kann der sogenannte „Burgfrieden“ in der Arbeiterschaft auch weiterhin erhalten bleiben.

1915 – Zwischen 60 und 70 Filialen auf Münchner Stadtgebiet

München * Die beiden Konsumvereine betreiben zusammen zwischen 60 und 70 Filialen auf Münchner Stadtgebiet. 32,1 Prozent der Münchner sind Mitglied in einer

Konsumgenossenschaft.

2. Februar 1915 – Faschingstreiben und Starkbierausschank passen nicht zum Krieg

München * Das Stellvertretende Generalkommando gibt folgende Bekanntmachung heraus: „Faschingstreiben und Starkbierausschank in der im Frieden üblichen Weise passen nicht in unsere Zeit. Ich bestimme deshalb auf Grund des Kriegszustandsgesetzes: Faschingstreiben: Während des diesjährigen Faschings ist Faschingstreiben jeder Art, sowie der Verkauf von Karnevalsartikeln auf öffentlichen Plätzen und Straßen und in Wirthschaften, Kaffeehäusern usw. untersagt. Starkbierausschank: Der bisher übliche Sonderausschank von Starkbier darf nur im gewöhnlichen Schankbetrieb und in den diesem Betrieb dienenden Räumen ausgeschenkt werden. Konzerte, Volksgesänge und sonstige Belustigungen sowie der Verkauf von Scherzartikeln sind hiebei verboten“.

18. Februar 1915 – Rosa Luxemburg muss ihre einjährige Haftstrafe antreten

Berlin * Rosa Luxemburg muss in Berlin eine einjährige Haftstrafe im Berliner Frauengefängnis in der Barnimstraße 10 antreten, zu der sie am 14. April 1914 verurteilt worden war.

25. November 1915 – Albert Einstein trägt seine Relativitätstheorie vor

Berlin * Albert Einstein trägt in der Preußischen Akademie der Wissenschaften den Kern seiner Allgemeinen Relativitätstheorie vor.

1916 – Die Münchner können ihren Durst in 120 Weinwirtschaften stillen

München * Die Münchner Weintrinker können ihren Durst in 120 Weinwirtschaften stillen.

1916 – Joseph Schülein erwirbt die Brauerei Kaltenberg

Kaltenberg * Joseph Schülein übernimmt die Brauerei Kaltenberg und erweitert damit seine unternehmerischen Aktivitäten über München hinaus. Mit dem Erwerb stärkt er die wirtschaftliche Stellung seines Brauereiunternehmens und baut dessen Produktions- und Absatzmöglichkeiten

weiter aus.

1916 – An der Vogesenfront wird Wiggerl Greiner zum Frontunterhalter

Vogesen * Ludwig „Wiggerl“ Greiner wird an die Vogesenfront versetzt. Dort entwickelt er sich zu einem vielseitigen Unterhalter für seine Kameraden. Er arbeitet als Kriegszeichner, Stabskoch, Fronttheaterspieler, Schriftenmaler in der Friedhöfe-Abteilung, Kinooperateur, Witzeerzähler und Alleinunterhalter. Dabei kommen ihm seine Erfahrungen als Unterhaltungsmusiker sowie als Komponist und Liedtexter zugute. Als Mitarbeiter der ersten deutschen Schützengrabenzeitung „Der bayerische Landwehrmann“ trägt Greiner mit seinen Bildgeschichten zur Unterhaltung der Soldaten bei. Mit feinem Humor greift er Alltagssituationen an der Front auf und kommentiert sie zeichnerisch. Seine Arbeiten zeigen das Leben der Soldaten ebenso wie die Zerstörungen in den Dörfern und Landschaften der Vogesen.

4. Februar 1916 – Brauverbot fürs Starkbier das beliebte Märzenbier

München * Wegen der zunehmenden Rohstoffknappheit darf weder Starkbier noch das beliebte Märzenbier gebraut werden. Bei Verstößen gegen das Verbot drohen Haftstrafen bis zu einem Jahr oder ersatzweise bis zu 10.000 Mark Geldstrafe. Um das Randalieren der Soldaten auf Heimaturlaub zu unterbinden, appelliert das bayerische Generalkommando an die Verwandten und Freunde der Fronturlauber, diese in Gastwirtschaften nicht mehr freizuhalten. Statt für „Freibier“ sollte das Geld sinnvoller verwendet werden, etwa für den Kauf von „Liebesgaben für die Front“. Das Generalkommando behält sich sogar ein allgemeines Alkoholverbot für Fronturlauber vor.

18. Februar 1916 – Rosa Luxemburg wird nach einem Jahr Haft entlassen

Berlin * Rosa Luxemburg wird nach einem Jahr aus dem Frauengefängnis in der Berliner Barnimstraße 10 entlassen.

24. März 1916 – 18 SPD-ler aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen

Berlin * In der SPD kommt es im Zusammenhang mit einem Not-haushalt zum offenen Bruch in

der Frage der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik. Hugo Haase hält im Reichstag eine Anti-Kriegs-Rede, in der er auch die durch die Regierung verschuldeten Zustände von Unterernährung und Hunger unter Teilen der Bevölkerung anklagt. Im Parlament kommt es zu einem Krawall. Der im Rahmen dieser Parlamentssitzung von der Regierung vorgestellte Notetat wird von jenen 18 SPD-Reichstagsabgeordneten, die bereits am 21. Dezember 1915 gegen die Kriegskredite stimmten, ebenfalls abgelehnt. Die anderen SPD-Abgeordneten bewilligen den Regierungsvorschlag. Mit der Begründung von Disziplin- und Treubruch werden die 18 Abgeordneten in einer anschließenden SPD-Fraktionssitzung aus der Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Abweichler bilden daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG als Fraktionsgemeinschaft. Sie betrachten sich weiterhin als Mitglieder der SPD. Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geht im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD hervor. Die USPD wird bei den revolutionären Ereignissen in Bayern die entscheidende Rolle spielen. Karl Liebknecht und Otto Rühle lehnen den Anschluss an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG ab.

April 1916 – Die staatlich festgelegten Höchstpreise werden deutlich angehoben

München * Die staatlich festgelegten Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte werden in ganz Bayern deutlich angehoben. Man möchte damit den Landwirten, die bislang ihre Vorräte gehortet haben, einen Anreiz bieten. Die Maßnahme führt jedoch zu massiver Verärgerung bei den Bauern, die ihre Waren im Herbst 1915 zu den niedrigen Preisen abgegeben hatten. Damit wird der „ehrliche, rechtzeitig und uneigennützig abliefernde Landwirt zum Gespötte der Kriegswucherer gemacht“.

1. Mai 1916 – Karl Liebknecht wird bei einer Antikriegsdemonstration verhaftet

Berlin * Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht tritt als Führer einer Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin auf. Er ergreift das Wort mit den Worten „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Danach wird er verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt.

17. Juni 1916 – Auf dem Marienplatz kommt es zu Hungerrevolten

München-Graggenau * Es kommt auf dem Marienplatz zu Hungerrevolten, bei denen von Frauen und Jugendlichen Fenster des Rathauses eingeworfen werden. Den erschrockenen Stadtvätern

fällt dabei auf, dass neben den hauptsächlich randalierenden Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren sich auch Frauen und Soldaten angeschlossen haben.

18. Juni 1916 – Mit Militär verstärkte Schutzmannschaft räumt den Marienplatz

München-Graggenau * Die mit Militär verstärkte Schutzmannschaft räumt den Marienplatz von den an den Hunger-Demonstrationen beteiligten Münchnern. Stadtschulrat Dr. Georg Kerschensteiner muss sich später für die „mangelnde staatsbürgerliche Erziehung der gerade entlassenen Schuljugend“ rechtfertigen.

8. Juli 1916 – Militärische Sicherheitshaft für Rosa Luxemburg

Berlin * Gegen Rosa Luxemburg wird eine militärische Sicherheitshaft verhängt.

10. Juli 1916 – Rosa Luxemburg wird in Schutzhaft genommen

Berlin * Rosa Luxemburg wird nur wenige Monate nach ihrem Haftaufenthalt zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reichs in Sicherheitsverwahrung genommen. Zuerst sitzt sie im Polizeigefängnis am Alexanderplatz, dann im Frauengefängnis in der Barnimstraße 10 ein. Sie wird zweimal verlegt, zuerst in die Festung Wronke in der Provinz Posen, dann nach Breslau. Ihre Schutzhaft dauert bis zum 8. November 1918.

Oktober 1916 – Die SPD schließt die Zustimmungsverweigerer aus

Berlin * Die SPD schließt die Zustimmungsverweigerer zu den Kriegskrediten aus der Fraktion aus. Diese gründen daraufhin die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft - SAG.

26. Oktober 1916 – Rosa Luxemburg wird in die Festung Wronke verlegt

Berlin - Wronke * Rosa Luxemburg wird in die Festung Wronke zum abbüßen ihrer Schutzhaft verlegt.

9. November 1916 – Ein Muster an Pflichterfüllung

Berlin * Die Berliner Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt über den gefallenen Wittelsbacher Prinzen Heinrich von Bayern: „Der Gefallene war ein Muster jener hohen und unerschrockenen Pflichterfüllung, von der gerade die Angehörigen unserer regierenden deutschen Fürstengeschlechter während des Krieges so reichlich Zeugnis abgelegt haben.“ Bis Kriegsende wird sich die Zahl der fürstlichen Kriegstoten auf insgesamt 13 erhöhen. Von den kriegsverpflichteten Offiziere und Mannschaften fällt ein Viertel im Kampf.

Dezember 1916 – Die Münchner Kriegsgegner treffen sich jeden Montag im „Goldenen Anker“

München-Ludwigsvorstadt * Die Münchner Kriegsgegner treffen sich jeden Montag in der Wirtschaft „Goldener Anker“ in der Schillerstraße.

3. Januar 1917 – Mata Hari darf mit dem Wissen der Behörden nach Paris einreisen

Paris * Mata Hari darf mit dem Wissen der Behörden nach Paris einreisen. Der französische Geheimdienst lässt sie nun dauerhaft observieren.

5. Januar 1917 – Kaiser Wilhelm II. ruft die Truppen zu unvermindertem Kampf auf

Berlin * In seiner Neujahrsbotschaft ruft Kaiser Wilhelm II. die Truppen „zu unvermindertem Kampf gegen die Entente“ auf.

7. Januar 1917 – Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft lädt zur Reichskonferenz

Berlin * Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft - SAG lädt zur ersten Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition nach Berlin ein. 138 Delegierte und 19 Reichstagsabgeordnete nehmen daran teil. Vor allem der Kreis um Karl Kautsky hatte der SAG-Führung zu diesem Schritt geraten und dabei die Absicht verfolgt, dem Einflussgewinn der radikalen Linken um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch die Organisation einer „verantwortlichen Opposition“ zu begegnen.

18. Januar 1917 – Organisatorische Trennung der SPD beschlossen

Berlin * Der SPD-Vorstand hält an seinem Konfrontationskurs fest und schließt die SAG-Abgeordneten und die führenden Köpfe der Spartakusgruppe aus der SPD aus und fordert die lokalen Parteigliederungen auf, mit deren Anhängern vor Ort ebenso zu verfahren. Obwohl die Führung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft - SAG es bisher vermied, die Bildung einer neuen Partei zu propagieren, treten – zur Überraschung der SAG wie der SPD-Führung - ganze Ortsvereine aus der SPD aus.

18. Januar 1917 – Rosa Luxemburg wird aus der SPD ausgeschlossen

Berlin * Die in der Festung Wronke in Schutzhaft sitzende Rosa Luxemburg wird aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - SPD ausgeschlossen.

28. Januar 1917 – Die deutsche Regierung lehnt Woodrow Wilsons Friedensbotschaft ab

Berlin * Die deutsche Regierung lehnt Woodrow Wilsons Friedensbotschaft „Frieden ohne Sieger“ ab.

9. Februar 1917 – Die SAG-Führung will die Opposition bündeln

Berlin * Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG ruft zur organisatorischen Sammlung der Opposition auf.

3. März 1917 – Bei den Petersburger Putilow-Werken bricht ein Streik aus

Petersburg * Bei den Putilow-Werken, einem Petrograder Rüstungsbetrieb, bricht ein Streik aus. Die Gründe sind in der wirtschaftlichen Zerrüttung und dem erfolglosen Kriegsverlauf zu suchen. Die Direktion des Werkes reagiert darauf mit der Aussperrung von 30.000 Beschäftigten, was umgehend zu einer Protestdemonstration gegen die katastrophale Versorgungslage führt.

12. März 1917 – Das Parlament übernimmt die Regierungsgeschäfte und die Staatsmacht

Petersburg * Der Ältestenrat der Duma konstituiert ein Provisorisches Komitee zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und eröffnet das

Parlament wieder. Dieses übernimmt die Regierungsgeschäfte und die Staatsmacht. Das ist - staatsrechtlich betrachtet - der entscheidende revolutionäre Akt.

13. März 1917 – In Moskau bricht der Aufstand los

Moskau * In Moskau bricht der Aufstand los. Er nimmt einen ähnlichen Verlauf wie in Petrograd. Eine Niederschlagung der Erhebung scheint aussichtslos. Die Generäle zwingen Zar Nikolaus II. dazu, einer neuen „Regierung des gesellschaftlichen Vertrauens“ zuzustimmen. Dies genügte aber den neuen Machthabern in Petrograd aber lange nicht, sie fordern den Thronverzicht des Zaren, einige sogar seinen Tod.

16. März 1917 – Die Machtbefugnisse gehen an die provisorische Regierung über

Petersburg * Zar Michail II. erklärt in einem Schreiben an das russische Volk, dass die Machtbefugnisse zunächst an die provisorische Regierung übergehen. Er selbst erklärt sich bereit, die Thronfolge dann anzutreten, wenn ihn das Volk zu einem späteren Zeitpunkt in geheimen Wahlen wählen würde. Michail hofft mit diesem Schritt die Monarchie in Russland erhalten zu können. Mit dem Thronverzicht Michails endet die über 300-jährige Herrschaft der Romanow-Dynastie. Georgij Jewgenjewitsch Fürst Lwow übernimmt nach der Februarrevolution in der bürgerlichen provisorischen Regierung, in der Zeit vom 16. März bis 21. Juli 1917, das Amt des russischen Ministerpräsidenten und Innenministers.

21. März 1917 – Der Ex-Zar Nikolaus II. und seine Familie werden verhaftet

Petersburg * Die provisorische russische Regierung lässt den Ex-Zaren Nikolaus II. und seine Familie verhaften. Sie werden im Alexander-Palast unter Hausarrest gestellt. Die Romanows müssen zunächst kaum Einschränkungen hinnehmen und können sich ihrem Familienleben widmen.

31. März 1917 – Bayerische SPD gegen die drohende Parteispaltung

Nürnberg * Auf ihrer Landeskonferenz in Nürnberg votiert die bayerische SPD gegen die

Gründung von Sonderorganisationen, um den drohenden Bruch der Partei zu verhindern. „Wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, so werden sich die Kräfte der Arbeiterschaft aufreiben, die Feinde der Arbeiterklassen werden freie Bahn bekommen und Steuern und Industrieorganisationen, Arbeitergesetzgebungen und politische Einrichtungen ihren Wünschen vollkommen anpassen.“

6. April 1917 – Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha

Gotha * Die in Gotha bis zum 8. April stattfindende zweite Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition wird zum Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD. In der neuen Partei finden sich Sozialdemokraten verschiedenster Couleur wieder: Revolutionäre Marxisten wie die Gruppe Internationale, die im Krieg die prognostizierte Krise des Kapitalismus sieht und auf revolutionäre Aktionen drängt; pazifistisch gesinnte Sozialdemokraten, die im Weltkrieg einen Angriffskrieg Deutschlands sehen und sich diesem aus ethischen und moralischen Gründen verweigern; daneben Revisionisten, aber auch führende Vertreter des marxistischen Zentrums. Die USPD ist also keine straffe, einige revolutionäre Linkspartei. Sie zeigt sich nur einig in dem gemeinsamen Ziel: Die Beendigung des Krieges ohne Annexionen. Sie steht demzufolge für die Gegnerschaft zum Krieg, in dem sie längst keinen Verteidigungskrieg, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg sieht. Die USPD ist also in erster Linie der Block der sozialdemokratischen Gegner des Burgfriedens, der gegen die Kriegskredite ist. Sonst herrschen innerhalb der USPD in der Beurteilung der Arbeiterbewegung und ihrer Taktik große Meinungsverschiedenheiten. Zu Vorsitzenden der neuen Partei werden Wilhelm Dittmann und Hugo Haase gewählt. Auch Kurt Eisner ist in Gotha anwesend, obwohl er immer gegen die Spaltung der Partei war. Die Unzufriedenheit mit der SPD hat auch in Bayern zugenommen. Für die SPD sind die USPD-ler „Vaterlandsverräter“, für die USPD sind die SPD-ler „Verräter am Sozialismus und an der Arbeiterschaft“.

7. April 1917 – Kaiser Wilhelm II. verspricht die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts

Berlin * Kaiser Wilhelm II. verspricht in seiner „Osterbotschaft“ die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts nach dem Krieg.

16. April 1917 – 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie treten in den Streik

Berlin * In Berlin treten 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie mit 300.000 Arbeitern in den Streik. Es geht um die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Der Streik wird von den revolutionären Obleuten, oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären, deren Kern die Metallarbeiter bilden, gegen den Willen der Gewerkschaften organisiert.

17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen

Berlin * Am zweiten Tag der Streiks beschließt die Vertreterkonferenz der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierungs- und Militärbehörden zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen und die Zusage gegeben haben, dass niemand wegen der Teilnahme am Streik zum Militärdienst eingezogen werde. Es wird vereinbart, dass Vertreter der Arbeiter künftig bei der Verteilung der Nahrungsmittel mitwirken sollen. Ein Teil der Betriebe streikt weiter und wird daraufhin unter militärische Leitung gestellt.

18. April 1917 – Eine Verhaftungswelle beendet den Streik

Berlin - Leipzig * Eine Verhaftungswelle beendet den Streik. Zahlreiche Streikende werden zum Militärdienst eingezogen.

20. April 1917 – Christliche Gewerkschaften gegen Streik

Berlin * In einem Aufruf wendet sich der Vorstand der christlichen Gewerkschaften gegen jede Arbeitsniederlegung.

5. Juni 1917 – 700 Zentner Mehl ergaunert

München * Das Lebensmittelamt deckt einen umfangreichen Betrug auf: „Die 17 Jahre alte Bäckermeistertochter Margarethe Krug hatte längere Zeit durch geschickte Fälschung von Zwischenscheinen für eingelieferte Brotmarken sich eine Mehrzuweisung von fast 700 Zentnern Mehl verschafft. Dasselbe wurde im väterlichen Geschäft verarbeitet und z.T. um Wucherpreise ohne Marken weiterverkauft.“ Die Schwindlerin kann festgenommen werden.

13. Juli 1917 – Kronprinz Rupprecht: Ludendorff soll politisch gebändigt werden

Lille - München * Kronprinz Rupprecht berichtet seinem Vater, König Ludwig III., es sei „wahrhaft unglaublich, wie es in Berlin zugeht - der Kanzler ist wohl unhaltbar. Ludendorff muss aber unbedingt auf sein militärisches Fach beschränkt werden und darf sich nicht in alle Fragen der inneren und äußeren Politik mengen“. Er bittet seinen Vater zum Kaiser nach Berlin zu fahren, denn es steht „viel auf dem Spiel, um nicht zu sagen Alles!“. Kronprinz Rupprecht fürchtet die Einführung des Parlamentarismus auf Reichsebene am meisten, da das das Ende der Einzelstaaten bedeuten würde.

14. Juli 1917 – Die Reichstagsmehrheit verabschiedet eine Friedensresolution

Berlin * Die Reichstagsmehrheit bestehend aus SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei - FVP verabschiedet im Reichstag die vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger am 6. Juli 1917 geforderte Friedensresolution. In dieser treten sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ ein, mit dem „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ sind.

14. Juli 1917 – Antimonarchische Stimmung durch Kaiser Wilhelm II.

Lille * Kronprinz Rupprecht bedauert in seinem Tagebuch die sich in weiten Teilen des Deutschen Reiches um sich greifende antimonarchische Stimmung. Die Schuld daran gibt er Kaiser Wilhelm II.. „Durch seine fortgesetzten Missgriffe und seine Untätigkeit ist der Kaiser um alles Ansehen gekommen und die Verstimmung geht so weit, dass manche monarchisch gesinnte und ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie der Hohenzollern den Krieg überdauern wird“.

22. Juli 1917 – Rosa Luxemburg wird in das Breslauer Gefängnis überführt

Wronke - Breslau * Rosa Luxemburg wird von der Festung Wronke in das Breslauer Gefängnis überführt.

1. August 1917 – Papst Benedikt XV. fordert einen Frieden ohne Annexionen

Vatikan * Papst Benedikt XV. richtet einen Friedensappell an die kriegführenden Mächte: „Soll denn die zivilisierte Welt nur noch ein Leichenfeld sein?“, fragt der Papst in seiner Friedensnote. „Soll das ruhmreiche und blühende Europa, wie von einem allgemeinen Wahnsinn fortgerissen, in

den Abgrund rennen und Hand an sich selbst anlegen zum Selbstmord?“ Er ruft in seiner Friedensbotschaft zu einem Frieden ohne Annexionen auf, so „wie es jenem ziemt, der als der gemeinsame Vater alle seine Kinder mit der gleichen Liebe umgibt“. Doch sowohl die Entente wie auch die Mittelmächte glauben an ein Komplott und diffamieren Benedikt XV. als „Papst der Gegner“. Für die Franzosen wird er zum „pape boche“; der deutsche Generalquartiermeister Erich Ludendorff spricht dagegen nur noch vom „Franzosenpapst“. Wohl am enttäuschendsten sind für Papst Benedikt XV. aber die Reaktionen der Bischöfe in den kriegführenden Ländern. Die meisten haben sich schon 1914 dem allgemeinen Hurrapatriotismus angeschlossen. Statt sich nun hinter ihr übernationales Oberhaupt der katholischen Kirche zu versammeln, geben sie sich nationalistisch. Nur im kriegsmüden Italien findet der Vorschlag große Zustimmung.

5. August 1917 – Es kommt zu Meutereien in Wilhelmshaven

Wilhelmshaven * Auf Grund mangelhafter Versorgung sowie durch schlechte und teilweise schikanöse Menschenführung kommt es zu Meutereien in der deutschen Hochseeflotte. Heizer des Schlachtschiffes SMS Prinzregent Luitpold und dem Schwesterschiff Friedrich der Große treten daraufhin in den Hungerstreik. Die Anführer des Matrosenaufstands werden nach der Niederschlagung der Gehorsamsverweigerungen und Meutereien verhaftet und teilweise zum Tode verurteilt.

25. August 1917 – Fünf Anführer des Matrosenaufstandes werden zum Tode verurteilt

Wilhelmshaven * Fünf Anführer des Matrosenaufstandes vom 5. August 1917 werden zum Tode verurteilt. Drei Todesurteile werden in Haftstrafen umgewandelt. Der Oberbefehlshaber der deutschen Flotte, Admiral Reinhard Scheer, besteht jedoch auf der Erschießung der beiden Heizer Max Reichpietsch und Albin Köbis, die als Hauptredner bei den Protestversammlungen aufgetreten waren.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und

autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrumspolitiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

3. September 1917 – Michael von Faulhaber besetzt den Münchner Erzbischofsstuhl

München-Kreuzviertel * Die Inthronisation des neuen Erzbischofs von München-Freising, also die liturgische Einführung in sein Amt und die rechtliche Besitzergreifung seiner Diözese, erfolgt. Angesichts des Krieges verzichtet Michael von Faulhaber auf die sonst üblichen großen Feierlichkeiten sowie den Festzug durch die Stadt. Stattdessen fährt er direkt vom Palais Holnstein zum Dom. Äußeres Zeichen für die Besitzergreifung der Erzdiözese durch den Oberhirten ist die Übernahme der Kathetra und des Bischofsstabes. Als Faulhaber seinen Münchner Bischofsstuhl besetzt, ist er 48 Jahre alt. Dreieinhalb turbulente Jahrzehnte übt er das Amt des Erzbischofs von München und Freising aus. Sie bringen das Ende der Monarchie durch eine unblutige Revolution und führen von der Räterepublik über die Weimarer Republik zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und schließlich zum mühsamen Wiederaufbau nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg.

18. September 1917 – Die SPD bringt den Antrag Auer-Süßheim ein

München-Kreuzviertel * Ein von der SPD in der Bayerischen Abgeordnetenkammer eingebrachter Reformantrag, genannt „Antrag Auer-Süßheim“, fordert: Ersetzung des Zweikammersystems durch das Einkammersystem. Aufhebung der Kammer der Reichsräte. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtag für alle volljährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Ausbau der Gesetzesinitiative des Landtags. Beseitigung des königlichen Sanktionsrechts. Ernennung der Minister und Bundesratsmitglieder nach Vorschlag des

Landtags. Selbstbestimmungsrecht des Landtags in Bezug auf Zusammentritt und Vertagung. Einjähriger Staatshaushalt. Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes, Aufhebung der bisherigen Privilegien der Standesherren, Abschaffung des Adels. Verbot der Bildung neuer und der Vergrößerung bisheriger Fideikommisse. Auflösung der bestehenden Fideikommisse. Aufhebung der bisherigen Privilegien des Königs und der Mitglieder der königlichen Familie, insbesondere der Steuer- und Portofreiheit, der Unverantwortlichkeit und des besonderen Gerichtsstandes. Trennung der Kirche vom Staat, Aufhebung der Privilegien der anerkannten Religionsgemeinschaften. Vollkommene Durchführung der Gewissens-, Religions- und Kultusfreiheit.

19. Oktober 1917 – Der Bayerische Beamten- und Lehrerbund wird gegründet

München * Der Bayerische Beamten- und Lehrerbund wird gegründet. Sein Zweck wird in der Satzung festgesetzt: „Die Förderung der rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten der öffentlichen Beamten und Lehrer Bayerns."

1. November 1917 – Ein Hirtenbrief warnt vor einem Frieden

Deutsches Reich * Der deutsche Episkopat warnte in Hinblick auf den Friedensappell von Papst Benedikt XV. vom 1. August 1917 in einem Hirtenbrief vor einem Frieden „als Judaslohn für Treubruch und Verrat am Kaiser“.

7. November 1917 – Kraft- und Pferdedroschkenbesitzer gründen eine Einkaufsgenossenschaf

München * Die Münchner Kraft- und Pferdedroschkenbesitzer gründen eine Einkaufsgenossenschaft, um die durch den Ersten Weltkrieg entstandene Mangelsituation an Kraftstoff, Reifen, Öle und Pferdefutter zu begegnen. Aus dieser Einkaufsgenossenschaft entwickelte sich die heutige Münchner Taxi eG.

8. November 1917 – Bolschewistische Truppen stürmen den Winterpalast

Petersburg * Bolschewistische Truppen stürmen den Winterpalast und verhaften die Regierungsmitglieder. Ministerpräsident Alexander F. Kerenski flieht zu den Truppen an der Nordfront. Der allrussische Rätekongress billigt die bolschewistische Machtübernahme.

9. Dezember 1917 – Britische Soldaten marschieren in Jerusalem ein

Jerusalem * Britische Soldaten marschieren in Jerusalem ein und beenden damit die 673 Jahre währende osmanische Herrschaft.

13. Dezember 1917 – Gespräche in Berlin über den Massenstreik

München - Berlin * Kurt Eisner fährt für mehrere Tage in die Reichshauptstadt Berlin, um dort persönliche Angelegenheiten zu regeln. Er nutzt die Gelegenheit, um mit USPD-Abgeordneten Gespräche über die aktuelle politische Lage und über den Massenstreik zu führen. Doch die Berliner USPD-Funktionäre zögern und stellen ihm dar, dass die Massen für einen allgemeinen Streik nicht zu haben sind, weil sich trotz der erkennbaren Erregung über die Lebensbedingungen eine Erschöpfung eingestellt hat. Nach der Aufnahme der Gespräche über Waffenstillstandsvereinbarungen in Brest-Litowsk am 5. Dezember 1917 hofft die Bevölkerung nun auf Frieden, für den unter diesen Voraussetzungen keine besondere Anstrengung zur Herbeiführung mehr notwendig ist. Kurt Eisner widerspricht dieser Darstellung vehement und unterstellt den Parteifunktionären, dass ihnen selbst zu einer derartigen Aktion das notwendige Vertrauen fehle. Er sieht sehr wohl bei den Massen das lebhafte Bedürfnis nach einer „idealistischen Aktion“.

28. Dezember 1917 – Die US-Eisenbahngesellschaften werden verstaatlicht

Washington * Die amerikanische Regierung verstaatlicht zur Sicherung der Nachschublieferungen für den Krieg die amerikanischen Eisenbahngesellschaften.

8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, […]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, […]“. „Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen

auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, […]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, […]“. „Belgien muss […] geräumt und wiederhergestellt werden, […]“. „Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. […]“. „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns […] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. […]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. […]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; […]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

16. Januar 1918 – Die Wiener Streikbewegung weitet sich aus

Wien - Österreich-Ungarn * Die Belegschaften der Wiener Rüstungsbetriebe verweigern die Arbeit. Ausgehend von den Floridsdorfer Fiat-Werken greift die Bewegung auf 120 Wiener Betriebe über und erfasst danach die steirische, schließlich die ungarische Arbeiterschaft.

20. Januar 1918 – Christliche Gewerkschafter wollen Streik unterbinden

München-Isarvorstadt * Den Gewerkschaftssekretär Wilhelm Bosbach vom Christlichen Metallarbeiterverband, der im Leo-Haus, Hauptstelle katholisch-sozialer Vereine in der Pestalozzistraße 1 sein Büro hat, erhält aus den Betrieben die Nachricht von Flugblättern und einem bevorstehenden Streik. Der christliche Gewerkschafter weist seine Vertrauensleute an, „dass diesen Bestrebungen entgegen getreten werden solle“.

21. Januar 1918 – Streikführer und Aktivisten werden verhaftet

Österreich-Ungarn * Nach dem Ende der Jännerstreiks werden die Streikführer und auch zahlreiche Aktivisten verhaftet oder zur Armee eingezogen.

27. Januar 1918 – Das Innenministerium erfährt von den vorbereiteten Streiks

München-Kreuzviertel * In der Nacht trifft beim bayerischen Innenministerium die Nachricht ein, dass am darauffolgenden Tag ein dreitägiger Generalstreik beginnen und der Streik innerhalb von drei Tagen in ganz Deutschland zum Durchbruch kommen soll. Kuriere reisen von Berlin mit der Eisenbahn in alle größeren Städte des Deutschen Reichs, um Flugblätter zu verteilen und mündliche Nachrichten zu überbringen. Vertrauensleute sollen in Kriegswirtschaftsbetrieben, insbesondere in Munitionsfabriken zur Arbeitsniederlegung auffordern. Demonstrationszüge mit Ansprachen sind geplant. In einer kurzfristig anberaumten Besprechung wird vereinbart, dass keine Gewalt gegen Arbeitseinstellungen angewandt werden soll, die Polizei soll Menschenansammlungen lediglich zerstreuen, bei „Zusammenstößen mit streikenden Arbeitern [muss] nach dreimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, scharf geschossen werden“.

27. Januar 1918 – Kurt Eisners Massenversammlungs-Marathon

München * Kurt Eisner trat in der Zeit vom 27. bis zum 31. Januar 1918 in sieben Massenversammlungen auf und hielt dort jeweils eine Rede. Er wird dadurch zum „geistigen Leiter und Organisator der Aufstandsbewegung in München“. So jedenfalls formuliert es der Staatsanwalt nach Eisners Verhaftung.

27. Januar 1918 – Kurt Eisner soll auf der Krupp-Betriebsversammlung sprechen

München-Isarvorstadt * An der USPD-Versammlung in den Kolosseumbierhallen nehmen einige Vertrauensleute der Krupparbeiter der Bayerischen Geschützwerke teil. Sie fordern Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und Albert Winter sen. auf, am nächsten Tag in der von den Gewerkschaften und den Mehrheitssozialdemokraten einberufenen Betriebsversammlung zu sprechen. Bis dahin gibt es keine Verbindung zwischen der Münchner USPD und den Betrieben. Erst dadurch - und nicht durch die Organisation der USPD - kommt der Kontakt zu den Arbeitern der Münchner Rüstungsbetriebe zustande.

28. Januar 1918 – Noch keine Streikfront in München

München * Kurt Eisner und seiner USPD gelingt es aufgrund der fehlenden Kontakte zu den Rüstungsarbeitern noch nicht, die Münchner Arbeiterschaft auf die Straße zu bringen. Erst am 31. Januar 1918 treten die Rüstungsarbeiter in den Streik ein.

28. Januar 1918 – Kurt Eisner kann vor den Krupp-Arbeitern sprechen

München-Schwabing * In der Schwabinger Brauerei findet am Abend eine von der MSPD und der Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupparbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

28. Januar 1918 – Gemeinsamer Streikaufruf der MSPD und der USPD in Nürnberg

Nürnberg * In der Nacht vom 28. zum 29. Januar 1918 beschließt die Ortsgruppe der Nürnberger Mehrheitssozialdemokraten, sich dem Streikaufruf der USPD anzuschließen. Der fränkische Streikaufruf ist auch als Seitenhieb auf den Opportunismus der Münchner Sozialdemokraten gedacht. In Nürnberg beteiligen sich weit über 40.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an den Streikaktionen und Demonstrationen.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massenstreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

29. Januar 1918 – Die USPD trifft sich mit den Krupp-Vertrauensleuten

München * Im Ingolstädter Hof treffen sich Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und Albert Winter sen. mit den Vertrauensleuten der Krupp-Arbeiter in den Bayerischen Geschützwerken. Es wird eine Empfehlung an die Arbeiter beschlossen, dass sie am Donnerstag, 31. Januar 1918 mit dem Streik beginnen sollen. Kurt Eisner hält sich während der Diskussion vollkommen zurück und beantwortet lediglich Fragen, die an ihn gerichtet werden. Er sieht hier sein Ideal von der Arbeiterschaft erfüllt: Sie soll sich selbst führen, soll sich von niemand vertreten lassen, sollen nur „Sachverständige, zu deren Charakter, Wissen, Intelligenz, Mut sie Vertrauen haben, als Berater hinzuziehen“. Eisner kann sich schon deshalb zurücknehmen, denn - so schreibt er später - „es bedurfte auch gar nicht mehr meiner Einwirkung“.

29. Januar 1918 – Berhördliche Maßnahmen gegen den Streik

Berlin * In Berlin werden alle Versammlungen verboten. Die Polizei besetzt das Gewerkschaftshaus.

30. Januar 1918 – Streik-Aktivitäten der USPD verurteilt

München * Die Delegierten des Münchner Gewerkschaftsvereins beschließen eine Resolution, in der sie die Aktivitäten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik verurteilen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Johannes Timm verständigt sich mit dem MSPD-Parteisekretär Erhard Auer, an der für den nächsten Tag angesetzten Versammlung der Münchner kriegswichtigen Betriebe teilzunehmen. Sie wollen durch ihre Präsenz Gegenmaßnahmen einleiten, die Bewegung in geordnete Bahnen lenken und den Streik so bald als möglich beenden.

31. Januar 1918 – Die Betriebsversammlung der Bayerischen Motorenwerke

München-Ludwigsvorstadt * Im Festsaal der Mathäserbrauerei finden kurz hintereinander die Betriebsversammlungen der Bayerischen Motorenwerke und der Bayerischen Flugzeugwerke statt. Am frühen Nachmittag versammelt sich die Arbeiterschaft des im Jahr 1917 von Rapp-Motorenwerke in Bayerische Motorenwerke - BMW umbenannten Betriebs. Anders als in den Krupp-Werken sind die BMW-Arbeitsausschüsse fest in der Hand der Gewerkschaften und der MSPD. Auch Kurt Eisner ergreift das Wort und erkennt, dass die Mehrheit der Anwesenden den Streik will. Nach seinen Ausführungen stimmen die Teilnehmer für die Arbeitskampfmaßnahme. Ob es bei den Bayerischen Motorenwerken - BMW tatsächlich zum Streik kommen wird, ist fraglich, denn die Versammlung war gegen den Willen der Betriebsvertrauensleute einberufen worden. Und schon deshalb könnten diese dem Streikbeschluss die Anerkennung versagen.

31. Januar 1918 – Die Betriebsversammlung der Bayerischen Flugzeugwerke

München-Ludwigsvorstadt * Am Abend findet im Mathäserbräusaal eine Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Flugzeugwerke AG statt, bei der der SPD-Abgeordnete Erhard Auer spricht und wilde Streiks als „zwecklos und sinnwidrig“ bezeichnet. Als die Versammelten Kurt Eisner zur Stellungnahme ermunterten, blieb dieser still. Die MSPD und die Gewerkschaften können durchsetzen, dass die Arbeit erst dann niedergelegt wird, wenn sich die Parteileitung in Berlin dafür ausgesprochen hat. Die Versammlung nimmt einen erregten Verlauf und muss wegen des „großen Lärms“ vorzeitig beendet werden.

31. Januar 1918 – Kurt Eisner wird verhaftet

München-Isarvorstadt * Am späten Abend treffen sich Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und weitere USPD-Genossen zu einer Besprechung im Restaurant Müllerbad. Kurt Eisner sowie Vater und Sohn Albert Winter werden dort verhaftet.

31. Januar 1918 – Die Münchner Krupp-Belegschaft tritt in den Streik ein

München * Die Münchner Kruppianer der Bayerischen Geschützwerke treten an diesem Donnerstag in den Streik ein. Am frühen Morgen marschieren sie - vorbei an verschiedenen Großbetrieben im Norden Münchens, die sie zum Anschließen auffordern - zum Schwabinger Bräu, wo Kurt Eisner zu ihnen spricht. Die Krupp-Arbeiterschaft nimmt eine von Kurt Eisner verfasste Resolution einstimmig an. Darin erklären sich „die streikenden Arbeiter Münchens mit den Arbeitern der feindlichen Nationen einig in dem feierlichen Entschlusse, den Krieg des Wahnsinns und der Wahnsinnigen sofort ein Ende zu setzen“.

1. Februar 1918 – Die MSPD-Führung gewinnt wieder Einfluss auf die Streikenden

München-Maxvorstadt * Nach der Verhaftung von Kurt Eisner und anderen USPD-Streikführern gewinnt die MSPD-Führung wieder Einfluss auf die Streikenden. In einer Versammlung der Bayerischen Flugzeugwerke im Löwenbräukeller fordert Erhard Auer zur „Mäßigung und zur Beendigung des Streiks“ auf.

1. Februar 1918 – Protestmarsch der Streikenden zum Polizeipräsidium

München-Schwabing * Am Vormittag treffen sich die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Geschützwerke, Teile der Belegschaft der Lokomotivfabrik Maffei sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger und des BMW-Werkes zur Auftaktveranstaltung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie in einem Protestmarsch zum Polizeipräsidium in der Ettstraße. Stand bisher die Friedensfrage im Mittelpunkt, so wird nach der Verhaftungsaktion die Freilassung der Gefangenen zur Hauptaufgabe. Zu diesem Zweck hat die Versammlung eine vierköpfige Kommission gewählt, die beim Polizeipräsidenten die Freilassung der Inhaftierten erwirken soll. Da - nach Aussage des Polizeipräsidenten - die Polizei keine Einflussmöglichkeiten auf die gerichtlichen Entscheidungen hat, muss die Kommission ohne Ergebnis wieder abziehen.

1. Februar 1918 – Die Streikbewegung geht weiter

München-Ludwigsvorstadt * Die streikende BMW-Arbeiterschaft hält ihre Versammlung im Mathäserbräu ab. Um die Mittagszeit marschiert sie zu den Präzisionswerken Deckel.

1. Februar 1918 – Weitere Versammlungen der streikwilligen Belegschaften

München * Am Nachmittag und Abend dieses Tages finden noch weitere Versammlungen der Belegschaften verschiedener Betriebe statt.

1. Februar 1918 – Weitere USPD-Streik-Agitatoren werden verhaftet

München * Am frühen Morgen dieses Freitags werden Sarah Sonja Lerch, Carl Kröpelin, Hans Unterleitner sowie die Schwestern Betty und Emilie Landauer verhaftet.

2. Februar 1918 – Die Beendigung der Streikmaßnahmen wird beschlossen

München-Isarvorstadt * Am Abend finden im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße 40/42 Einigungsverhandlungen zwischen den von der USPD geführten Streikenden und der MSPD statt. Sie führen zu keinem Erfolg. Die Streikleitung erklärt sich allerdings mit der MSPD einverstanden, die die Forderungen der Arbeiter der Reichsregierung unterbreiten will. Ebenso ist sie mit der Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, dem 4. Februar einverstanden. Letztlich ist es den Behörden - in Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften - gelungen, die Streiks zu beenden.

2. Februar 1918 – Die Verhaftung der USPD-Streikführer erfolgte wegen Landesverrat

München * Ein weiterer Versuch durch eine Kommission der streikenden Arbeiter zur Freilassung von Kurt Eisner und den anderen verhafteten USPD-Funktionären ist erneut erfolglos. Die Abordnung erfährt nur, dass die Verhaftungen wegen Landesverrats erfolgt sind.

2. Februar 1918 – Die Streikenden erarbeiten einen Forderungskatalog

München-Theresienwiese * Im Anschluss ziehen die Versammelten zur Theresienwiese, wo sich insgesamt 6.000 Streikende aus verschiedenen Betrieben einfinden. Ein Forderungskatalog wird erarbeitet, der dem der Berliner Arbeiter entspricht: Neben der Freilassung der inhaftierten Streikführer sind das die Umwandlung des politischen Systems in ein demokratisches, die Wiederherstellung der Koalitions-, der Presse- und der Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustands und die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel.

2. Februar 1918 – Eisner wird als geistiger Leiter der Aufstandsbewegung benannt

München * Von den Behörden wird Kurt Eisner für München als „geistiger Leiter und Organisator der Aufstandsbewegung“ bezeichnet, dessen Einfluss auf die Arbeiterinnen und Arbeiter ausschließlich seiner „leidenschaftlichen Redegewandtheit“ zugeschrieben wird. Dabei ignorieren sie, dass das unbestrittene rhetorische Talent Eisners seine Wirkung nur deshalb entfalten kann, weil die Stimmungslage in der Arbeiterschaft in den verzweifelt schlechten Lebensbedingungen begründet liegt.

3. Februar 1918 – Ernst Toller wird verhaftet

München * Ernst Toller wird wegen seiner Beteiligung an den Januarstreiks verhaftet.

4. Februar 1918 – Wilhelm Dittmann zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt

Berlin * Das Außerordentliche Kriegsgericht in Berlin verurteilt Wilhelm Dittmann wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft.

4. Februar 1918 – Gegen Militärdiktatur und Regierungssozialisten

München-Au * Kurt Eisner beschreibt beschreibt die Situation der Januar-Streiks in seinem Gefängnis-Tagebuch: „Wir hatten nicht nur die Militärdiktatur gegen uns, sondern auch die Regierungssozialisten, die die gesamte politische und gewerkschaftliche Organisation fest in Händen hielten, eine Camorra, die vor keinem Mittel zurückschreckten, um sich selbst in ihrer

verworfenen Stellung zu behaupten. Wir waren nur ein kleines Häuflein, ohne die Autorität von Ämtern und Würden, ohne Geld, ohne Presse, ohne die Möglichkeit schriftlicher Propaganda“.

4. Februar 1918 – 75.000 bayerische Arbeiter beteiligten sich am Januarstreik

Königreich Bayern * In den großen bayerischen Industriestädten München, Nürnberg, Fürth, Schweinfurt und Ludwigshafen haben sich zusammen etwa 75.000 Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben an den „Januarstreiks“ beteiligt.

4. Februar 1918 – Lorenz Winkler wird verhaftet

München * Am Nachmittag wird Lorenz Winkler wegen seiner Beteiligung an den Münchner Januarstreiks verhaftet.

4. Februar 1918 – Die Streiks sind beendet, der Anlass bleibt

München * Die Streiks sind beendet. In den Fabriken wird wieder gearbeitet, doch der Anlass der Streiks ist geblieben. Die Christlichen Gewerkschaften lehnen in einer Stellungnahme grundsätzlich jeden politischen Streik ab.

9. Februar 1918 – Die Ukraine unterzeichnet mit den Mittelmächten einen Separatfrieden

Brest-Litowsk * Zwischen der weitgehend von Bolschewisten besetzten Ukraine und den Mittelmächten wird in Brest-Litowsk ein Separatfrieden unterzeichnet. Dieser Brotfriede soll die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte sichern. Zugleich wird die Ukraine wirtschaftlich eng an das Deutsche Reich gebunden.

16. Februar 1918 – Freundlich empfangen - nichts erreicht

München-Kreuzviertel * Die am 8. Februar gewählte Kommission wird von Ministerpräsident Otto von Dandl, Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich und Kriegsminister Philipp von Hellingrath empfangen. Der Sprecher der Kommission, der MSPD-Landtagsabgeordnete Erhard Auer, trägt die Wünsche der Arbeiterausschüsse vor. Die Forderung nach Freilassung der verhafteten

Streikführer ist auf der Liste nicht mehr enthalten. Die Minister beziehen freundlich zu den Forderungen und Anregungen Stellung, Zugeständnisse machen sie jedoch keine. Der Empfang der Kommission wirkt sich dennoch beruhigend auf die Arbeiterschaft aus.

22. Februar 1918 – Das Kriegsministerium kategorisiert die Streikleitungen

München * Das bayerische Kriegsministerium unterscheidet in seiner Analyse die Streikleitungen in „Führer, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch mit dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins Land hereinbringen. „Den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie. […] Sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationsstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel. „Der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.“ Und weiter schlägt das Kriegsministerium vor: „Führer der unter 1) bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines richterlichen Haftbefehls – Wehrpflichtige durch Einberufung, Versetzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Aufenthaltsverbot auf Grund Art. 42 des Kriegszustandsgesetzes.“

26. Februar 1918 – Mit den Forderungen des Beamten- und Lehrerbundes beschäftigt

München * Der Ministerrat beschäftigt sich mit den Forderungen des Beamten- und Lehrerbundes.

3. März 1918 – Paraphierung des Friedensvertrages von Brest-Litkowsk

Brest-Litowsk * Der Friedensvertrag von Brest-Litkowsk zwischen der Sowjetregierung und den Mittelmächten wird durch die Verhandlungsführer paraphiert. Russland verliert über 25 Prozent seiner Bevölkerung, 27 Prozent seines wirtschaftlich nutzbaren Bodens und muss die Unabhängigkeit von Finnland, Estland, Livland, Kurland, Litauen, Polen, Georgien, der Ukraine und von Teilen Armeniens anerkennen.

4. März 1918 – Erstmals taucht der Begriff Reinheitsgebot auf

München-Kreuzviertel * Erstmals taucht der Begriff Reinheitsgebot während einer Debatte im Bayerischen Landtag auf. Es ist der niederbayerische Abgeordnete Hans Rauch, Akademielehrer und Leiter der Buchstelle bei der Akademie für Landwirtschaft und Brauerei Weihenstephan, der sagt: „Wir halten fest am Reinheitsgebote, weil wir der Tradition treu bleiben.“

7. März 1918 – Freier Arbeiterausschuss für einen guten Frieden

München * Der in der Reichsbahnhauptwerkstätte München als Werkzeugschlosser beschäftigte Anton Drexler ruft den Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden ins Leben. Die Gründung erfolgte in Anlehnung an eine fast gleichnamige und gleiche Ziele verfolgende Organisation in Bremen. Aus dem Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden wird später die Deutsche Arbeiterpartei - DAP hervorgehen. . Es ist eine antisemitische und antimarxistische Gruppierung, die nie mehr als vierzig Mitglieder zählt und der es um eine Versöhnung der Arbeiterschaft mit der nationalen Rechten geht. Die bürgerlichen Parteien haben in ihren Augen versagt und der Marxismus erscheint ihnen für ihre nationalistischen Ziele ungeeignet.

7. März 1918 – Freundschaftsvertrag Deutschland - Finnland

Berlin - Helsinki * Zwischen dem Deutschen Reich und der bürgerlichen Regierung Finnlands wird ein Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen.

10. März 1918 – Kaiser Wilhelm II. will den Feinden einen Siegfrieden aufzwingen

München * In der Münchener Allgemeinen Zeitung bekennt sich Kaiser Wilhelm II. zu einem „Siegfrieden“, der den Feinden „aufgezwungen“ werden muss. „Völkerbeglückende Weltbürgerschaftsgedanken finden darin keinen Platz. Nur das nackte eigene Interesse und die Garantie eigener Sicherheit und Größe dürfen maßgebend sein“.

14. März 1918 – Richard Kämpfer wird in Dresden verhaftet

Dresden * Richard Kämpfer wird wegen seiner Beteiligung an den Münchner Januarstreiks in Dresden verhaftet.

14. März 1918 – Kurt Eisner analysiert den Januarstreik

München-Au * Kurt Eisner erklärt bei einer Angeschuldigten-Vernehmung im Gerichtsgefängnis Neudeck die durch seine Verhaftung erfolgte Wendung in den Januarstreiks: „Ich bin […] der Überzeugung, dass in zwei weiteren Tagen die gesamte Münchner Arbeiterschaft gestreikt haben würde, wenn wir freie Betätigung gehabt hätten und wenn uns nicht im eigenen sozialistischen Lager in der Mehrheitspartei ein Gegner in den Rücken gefallen wäre. Wenn die Bewegung noch kurze Zeit gedauert hätte, wären die Mehrheitsführer, die ohnehin in jeder öffentlichen Versammlung, in der ich und meine Gesinnungsgenossen sprachen, eine glatte Niederlage erlitten, sicher völlig aus dem Feld geschlagen worden.“

15. März 1918 – Anna Niedermeier, Franz Xaver Müller und Karl Mettler werden verhaftet

München * Anna Niedermeier, Franz Xaver Müller und Karl Mettler werden wegen ihrer Beteiligung an den Münchner Januarstreiks verhaftet. Die Arbeiterin Anna Niedermeier wird noch am gleichen Tag wieder freigelassen.

21. März 1918 – Die Große deutsche Frühjahrsoffensive beginnt

Bapaume - Nordfrankreich * Mit einem mehrstündigen, für die Gegenseite in seiner Massivheit vollkommen unerwarteten „Sturm aus Feuer und Stahl“, wie man ihn bis dahin noch nicht erlebt hat, beginnen die deutschen Truppen die „Operation Michael“. Es ist die erste von fünf Schlachten der deutschen Frühjahrsoffensive, die zugleich der letzte Versuch des Deutschen Kaiserreichs ist, an der Westfront einen für die Mittelmächte günstigen Kriegsausgang zu erreichen. Was die Briten in der Flandernschlacht in zwei Wochen verschossen hatten, verbrauchen die Deutschen in nur wenigen Stunden. Es werden nicht nur Sprenggranaten, sondern auch Giftgas-Granaten verschossen. Schon am ersten Tag des Unternehmens kann die Verteidigung des Gegners durchbrochen werden. In den Folgetagen dringen die deutschen Truppen auf einer Breite von 80 Kilometern etwa 65 Kilometer tief in französisches Territorium ein. Die Entente soll zurückgeschlagen werden, ehe die US-Amerikaner in Europa landen. Dies würde, so die Überlegung Erich von Ludendorffs, das Deutschen Reich in eine gute Ausgangsposition bei den Friedensverhandlungen setzen. Die Offensive wird nur am Anfang

erfolgreich sein, aber kein Triumphlauf werden. Die Übermacht der alliierten Streitkräfte, erhebliche Versorgungsprobleme und große Verluste sind Ursachen für den Untergang der deutschen Truppen. Am ersten Tag der „Michael-Offensive“ werden auf deutscher Seite von 39.929 Mann 10.851 getötet, 28.778 verwundet und 300 Mann gefangen genommen. Von den eingesetzten 38.512 Briten fallen 7.512, etwa 10.000 werden verwundet und 21.000 gehen in Gefangenschaft.

22. März 1918 – Streikleitungen als Schädlinge

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath äußert sich zu den Führern der Januarstreiks: „Das arbeitsscheue und verbrecherische Gesindel, das besonders die Großstädte als Schlupfwinkel für sein lichtscheues Treiben wählt, bildet in Zeiten politischer Hochspannung oder wirtschaftlichen Kämpfe eine gesteigerte Gefahr für die Sicherheit des Reiches, denn diese Elemente beteiligen sich erfahrungsgemäß in erster Linie an Unruhen und aufrührerischen Umtrieben. Die Säuberung der Großstädte und Industriebezirke von derartigen ordnungsfeindlichen Elementen gewinnt daher für die Bekämpfung künftiger Unruhen besondere Bedeutung“. Von hier aus ist es nicht mehr weit zur unseligen Rhetorik der „Schädlingsbekämpfung“.

25. März 1918 – Immer weniger Beteiligung am USPD-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Nur mehr 30 Personen besuchen den USPD-Diskussions-Stammtisch im Wirtshaus Zum Goldenen Anker. Theobald Michler erklärt: „Der Krieg ist nicht vom Volke, denn das Volk will den Frieden. Der Großkapitalismus aller Völker hat den Krieg heraufbeschworen und dieser wird von einigen unverantwortlichen Elementen, wie Ludendorff und Hindenburg, geführt“. Wenig später wird Michler festgenommen und bleibt bis Oktober in Untersuchungshaft.

1. April 1918 – Sarah Sonja Lerch wird beerdigt

München * Dr. phil. Sarah Sonja Lerch, geborene Rabinowitz, eine der Anführerinnen der Januarstreiks, wird am Ostermontag auf dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Garchinger Straße beerdigt. Ein Vertreter der USPD legt einen Kranz am Grab ab und erklärt, dass die Polizei einen Nachruf verboten hat. Josef Sontheimer ergreift daraufhin das Wort, wird aber sofort verhaftet und mit Handschellen gefesselt abgeführt. Frau Lerch war gemeinsam mit Kurt Eisner,

Albert Winkler, Hans Unterleitner, Emilie und Babette Landauer und anderen wegen Landesverrats verhaftet worden. Die 35-jährige Sarah Sonja Lerch hat sich am 29. März 1918 im Gefängnis Stadelheim erhängt. Sie wird nicht die letzte Sozialdemokratin sein, die im Freitod die Erlösung aus offenbar nicht zu verändernden Verhältnissen sucht.

8. April 1918 – Die USPD-Diskussionsabende werden eingestellt

München-Ludwigsvorstadt * Nachdem sich nur mehr acht Personen am USPD-Diskussionsabend im Gasthaus Zum Goldenen Anker in der Schillerstraße beteiligen, stellt man dieses Bildungsangebot wieder ein. Durch die Verhaftung der Vordenker der Partei sind ihr die Integrationsfiguren weggebrochen, nennenswerte Aktionen finden nicht mehr statt. Die Münchner USPD versinkt in der Bedeutungslosigkeit.

9. April 1918 – Betty und Emilie Landauer werden entlassen

München-Au * Die am 1. Februar 1918 wegen ihrer Beteiligung am Münchner Januarstreik verhafteten Buchhalterinnen Betty und Emilie Landauer werden aus der Untersuchungshaft entlassen.

16. April 1918 – Theobald Michler wird verhaftet

München * Theobald Michler wird wegen seiner Beteiligung an den Münchner Januarstreiks verhaftet.

16. April 1918 – Fritz Schröder wird in Düsseldorf verhaftet

Düsseldorf * Fritz Schröder wird wegen seiner Beteiligung an den Münchner Januarstreiks in Düsseldorf verhaftet.

19. April 1918 – Karl Mettler wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 1. Februar 1918 wegen seiner Beteiligung am

Januarstreik verhaftete Eisengießer Karl Mettler wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

28. April 1918 – Der Attentäter von Sarajevo stirbt in der Haft

Theresienstadt * Gavrilo Princip, der Attentäter von Sarajevo, stirbt in der Haft.

14. Juni 1918 – Nicht den Eindruck der Zusammenarbeit erwecken

München - Nürnberg * Der SPD-Abgeordnete Erhard Auer macht sein Eingreifen bei drohenden Streiks in Nürnberg davon abhängig, dass ihn dabei keine amtliche Stelle bei seinen Bemühungen unterstützt. Denn „es würde unter der Arbeiterschaft sofort die Meinung Platz greifen, dass es sich um eine zwischen ihm und der Regierung abgekartete Sache handle“.

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik

Bayreuth * Der Gautag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“

20. Juni 1918 – Carl Kröpelin wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 1. Februar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schlosser und Werkzeugdreher Carl Kröpelin wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

10. Juli 1918 – Der Reichsgesundheitsrat unterschätzt die Spanische Grippe

Berlin * Der Reichsgesundheitsrat beschäftigt sich mit der Spanischen Grippe, der Influenza. Er hält die durch das Reichsseuchengesetz von 1900 geschaffenen Bekämpfungsmöglichkeiten für ausreichend und ein koordiniertes Vorgehen in Abstimmung mit den Bundesstaaten für möglich. Die Krankheit wird als abklingend eingeschätzt und würde mit der warmen Sommerwitterung eh bald verschwinden.

11. Juli 1918 – Entlassung der Januarstreik-Inhaftierten gefordert

München - Leipzig * Kurt Eisners Rechtsanwalt, Dr. Benedikt Bernheim, beantragt die Entlassung seines Mandanten sowie der am Januarstreik Beteiligten und Inhaftierten Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin. Rechtsanwalt Albert Nussbaum fordert das Gleiche für Ernst Toller, Fritz Schröder, Hans Unterleitner, Franz Xaver Müller, Karl Mettler und Theobald Michler. Der Verteidiger von Emilie und Betty Landauer, Dr. Maximilian Bernstein, erhebt die gleichlautende Forderung für seine Mandantinnen.

12. Juli 1918 – Graf Hertling verteidigt den Krieg

Berlin * Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling erklärt im Reichstag, Deutschland habe den Krieg nur geführt „als Verteidigungskrieg […], weil uns von Anfang an jede imperialistische, jede auf Weltherrschaft gerichtete Tendenz ferngelegen hat“.

13. Juli 1918 – Die MSPD stimmt dem Etat zu

Berlin * Die MSPD-Fraktion stimmt im Reichstag erneut dem Etat zu, obwohl in allen innenpolitischen Fragen, vor allem bei der preußischen Wahlrechtsreform, jeglicher Fortschritt fehlt. Zur Entscheidung der MSPD-Fraktion für die neuen Kredite erklärt Friedrich Ebert in seiner Rede, dass Deutschland niemals „auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen“ eingehen wird, weshalb man „die Mittel bewilligen [muss], die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind“. Das Parlament geht danach in die Sommerpause.

15. Juli 1918 – Die Operation Marneschutz-Reims beginnt

Nordfrankreich - Reims * Die fünfte deutsche Frühjahrsoffensive beginnt als „Operation Marneschutz-Reims“. Sie dauert bis zum 6. August und ist eine der entscheidenden Schlachten des Ersten Weltkriegs. Die Verluste auf beiden Seiten sind enorm. Auf deutscher Seite betragen sie im Verlauf der Schlacht 168.000 Mann, davon 29.000 Gefangene. Bei den Alliierten belaufen sie sich auf 95.000 Franzosen, 16.500 Briten, 12.000 Amerikaner und 10.700 Italiener.

26. Juli 1918 – Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet das deutsche Branntweinmonopol

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet das deutsche Branntweinmonopol. Es wird ein Jahr später in Kraft treten und verpflichtet den Staat, kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Brennereien den Alkohol zu einem fixierten Preis abzunehmen, ihn zu reinigen und zu vermarkten.

26. Juli 1918 – Valentin-Karlstadt bei der 100. Lazarett- und Verwundeten-Vorstellung

München * Bei der 100. Lazarett- und Verwundeten-Vorstellung treten Karl Valentin und Liesl Karlstadt neben anderen Künstlern „Im Dienste des Roten Kreuzes“ im Vereinslazarett der Münchener Rück-Versicherungs-Gesellschaft auf.

27. Juli 1918 – Keine Haftentlassung wegen Fluchtgefahr

Leipzig - München * Die Entlassungsanträge für die Mandantinnen und Mandanten der Rechtsanwälte Dr. Benedikt Bernheim [für Kurt Eisner, Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin], Albert Nussbaum [für Ernst Toller, Fritz Schröder, Hans Unterleitner, Franz Xaver Müller, Karl Mettler und Theobald Michler] und Dr. Maximilian Bernstein [für Emilie und Betty Landauer] werden von den Leipziger Richtern abgelehnt. Die Begründung lautet: „Fluchtgefahr“.

27. Juli 1918 – Das Reichssteuerbiergesetz und das Reinheitsgebot

Berlin * Das Reichssteuerbiergesetz nimmt das Bayerische Reinheitsgebot auf. Dort heißt es: „Zur Bereitung von untergärigem Bier darf [...] nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden.“ Der Begriff Reinheitsgebot war erstmals während einer Debatte im Bayerischen Landtag am 4. März 1918 aufgetaucht. Es ist schon erstaunlich, mit welchen

Problemen man sich nach vier Jahren Krieg beschäftigt.

30. Juli 1918 – SPD und Gewerkschaften wollen kein Regierungslob

München * Der SPD-Abgeordnete Erhard Auer bittet das Innenministerium, „von der Verleihung von Anerkennungsurkunden für Kriegsarbeit an die sozialdemokratische Presse und Gewerkschaften abzusehen“.

2. August 1918 – Durchhalteparolen von Kriegsminister Philipp von Hellingrath

München-Kreuzviertel * In einer Rede vor der Kammer der Reichsräte erklärt Kriegsminister Philipp von Hellingrath: „Die schweren Kämpfe zwischen Aisne und Marne beweisen, daß der Kampf- und Siegeswille der Entente noch nicht gebrochen ist, dass wir ihm die Überlegenheit des härteren und stärkeren Willens entgegensetzen müssen, wenn wir die Friedensbereitschaft unserer Feinde erzwingen wollen. Diesen einheitlichen unbeirrbaren Willen im ganzen deutschen Volk zu wecken und zu festigen, das ist die vornehmste Aufgabe, vor die das fünfte Kriegsjahr die Heimat stellt“.

15. August 1918 – Erneute Haftentlassung für Eisner & Co gefordert

München - Leipzig * Dr. Benedikt Bernheim beantragt beim Reichsgericht in Leipzig erneut die Entlassung von Kurt Eisner, Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin.

17. August 1918 – Einweihung der Germanenloge im Hotel Vier Jahreszeiten

München-Graggenau * Am 17./18. August 1918 findet die Einweihung der Germanenloge im noblen Hotel Vier Jahreszeiten an der Maximilianstraße statt. Auf der Suche nach einer geeigneten Unterkunft war die Thule-Gesellschaft auf die gerade freigewordenen Sitzungszimmer des ehemaligen Marine-Offiziers-Club aufmerksam geworden. Die anvisierten Räumlichkeiten bieten Platz für 300 Personen und haben eine für die Zwecke des Geheimordens gediegene Ausstrahlung. Nachdem die Bewerbung von der Hotelleitung akzeptiert wurde, konnten die gepflegten und herrschaftlich wirkenden Sitzungssäle mit den dazugehörenden Büros mit Hakenkreuzfahnen sowie Kranz und Schwertern dekoriert werden. Das Hakenkreuz, das auch den Briefkopf des Ordens ziert, symbolisiert den „Siegeszug des Ariers“ und steht für das Motto

der Loge: „Denke daran, daß du ein Deutscher bist! Halte dein Blut rein!“. Mitglieder und Gäste begrüßen sich mit „Heil und Sieg“, aus dem wenig später das berüchtigte „Sieg Heil !“ wird.

21. August 1918 – Die Ängste der Gewerkschaftsführer

München - Nürnberg - Fürth * Innenminister Dr. Friedrich Ritter von Brettreich berichtet seinen Ministerkollegen in einem Geheimschreiben über ein Gespräch mit sozialdemokratischen Arbeiterführern aus Nürnberg-Fürth. Diese sagten ihm, dass sie die Zuversicht nicht mehr teilen, „dass wir den Krieg wirtschaftlich durchhalten könnten“. Die Entbehrungen der Bevölkerung haben einen Grad erreicht, dass mit dem baldigen Zusammenbruch gerechnet werden muss.
Das Vertrauen der Arbeiterschaft gegenüber den Gewerkschaften geht verloren, wenn sie weiter zu einer Regierung halten, „die ihre Versprechungen auf Besserung der Lage nicht einlösen vermocht und statt dessen immer nur neue Opfer und Entbehrungen verlangt und dadurch das Vertrauen des Volkes verloren habe. Sie würden für diese Enttäuschung mitverantwortlich gemacht, weil sie durch ihre Mitarbeit keine Besserung erreicht hätten, und sie stünden daher vor der Gefahr, ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft zu verlieren“.

26. August 1918 – Die Entlassungsanträge für Eisner & Co werden abgewiesen

Leipzig - München * Die Entlassungsanträge für Kurt Eisner, Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin werden von dem in Leipzig sitzenden Reichsgericht, dem obersten Gerichtshof im Deutschen Reich, erneut abgewiesen.

28. August 1918 – Österreichs Kaiser Karl sieht den Krieg verloren

München * Der österreichisch-ungarische Kaiser Karl besucht König Ludwig III. und schildert diesem „die verzweifelte Lage unserer Mächtegruppe“, was der König mit den Worten „Also haben wir den Krieg verloren“ bestätigt. Der habsburgische Kaiser bittet den König „inständig, in seiner Eigenschaft als ältester und mächtigster deutscher Bundesfürst, Kaiser Wilhelm die Lage klipp und klar zu schildern und kategorisch auf einen möglichst baldigen Friedensschluss zu drängen“. Bayerns König Ludwig III. erklärt sich damit einverstanden.

2. September 1918 – Der „Sedantag“ wird zum letzten Mal gefeiert

Deutsches Reich * Der „Sedantag“ wird zum letzten Mal gefeiert, da er am 27. August 1919 abgeschafft wird. Der nationalistisch aufgeladene Gedenkrag war nie oder nur kaum ein Festtag der Arbeiterschaft.

10. September 1918 – Kaiser Wilhelm II. spricht in einer Krupp-Werkshalle

Essen * Kaiser Wilhelm II. hält in einer Werkshalle der Firma Krupp in Essen vor einem handverlesenem Publikum ein Propaganda-Rede in der er die weitere bedingungslose Gefolgschaft fordert: „Werdet stark wie Stahl. […] Wir wollen kämpfen und durchhalten bis zum Letzten.“

12. September 1918 – Der Interfraktionelle Ausschuss will eine Regierungsneubildung

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss, das gemeinsame Gremium von MSPD, Zentrum und Linksliberalen, loten erstmals seit den Januarstreiks aus, welche Gemeinsamkeiten ihnen geblieben sind. In der Sitzung suchen die Mehrheitsparteien gemeinsam nach einem Ausweg, zu dem auf jeden Fall eine Regierungsneubildung gehören muss. Man ist sich einig über die Unglaubwürdigkeit unserer Regierung im Ausland. Mit dem Kaiser, der Obersten Heeresleitung und der Regierung Hertling wird es keinen Verständigungsfrieden geben können. Es wird deutlich, was die Spitze der Mehrheitssozialdemokratie will: keine Revolution, keinen Bürgerkrieg, dafür eine rasche Demokratisierung einschließlich einer gleichberechtigten Arbeiterschaft.

14. September 1918 – Käthe Bierbaumer wird Eigentümer des Verlags Franz Eher Nachfolger

München * Käthe Bierbaumer, die Freundin von Rudolf von Sebottendorf [= Thule-Gesellschaft], wird als Eigentümerin des Verlags Franz Eher Nachfolger ins Handelsregister eingetragen.

14. September 1918 – Kurt Eisner wird zum USPD-Kandidaten zur Reichstagswahl nominiert

München * Auf einer Geheimversammlung der Münchner USPD wird der inhaftierte Kurt Eisner zum Kandidaten zur Reichstagsersatzwahl am 17. November nominiert. Der ebenfalls in Haft befindliche Albert Winter senior wird als Kandidat zur Landtagsersatzwahl aufgestellt.

2. Oktober 1918 – Erste Veranstaltung des Arbeiterausschusses für einen guten Frieden

München * Gast der ersten öffentlichen Veranstaltung des „Freien Arbeiterausschusses für einen guten Frieden“ ist Karl Harrer, ein Mitglied der Thule-Gesellschaft und Sportjournalist bei der national-liberal orientierten München-Augsburger Abendzeitung.

2. Oktober 1918 – Das OHL informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen

Berlin * Der Emissär der Obersten Heeresleitung - OHL und Abgesandter des Generalquartiermeisters Erich Ludendorffs, Major Erich von dem Bussche-Ippenburg, informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, dass „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“. „Die Oberste Heeresleitung sieht sich veranlasst, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abzubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen zu lassen.“ Bei den bürgerlichen Parteien herrscht ebenso wie bei den Sozialdemokraten blankes Entsetzen und Niedergeschlagenheit. Doch kein Sozialdemokrat, kein Zentrumsmann, kein Liberaler reißt das Angebot des politischen Handelns an sich. Deshalb geht die Kanzlerschaft an einen adeligen, badischen Prinzen.

5. Oktober 1918 – Beamte fordern eine gründliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation

München - Königreich Bayern * Von den Bayerischen Verkehrsblättern, dem Organ des Bayerischen Beamten- und Lehrerbundes, wird eine gründliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Beamten als Voraussetzung zum „Durchhalten- und Aushalten-Können“ gefordert. Das Blatt warnt: „Kommt diese innere Front, durch Mangel an Erhaltungsmöglichkeiten, zum Wanken, dann wird aus der wirtschaftlichen Krisis der Beamten auch eine Krisis - des Staates.“

5. Oktober 1918 – Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung

Rosenheim * Der Rosenheimer Anzeiger bringt unter der Überschrift „Dem Frieden entgegen - Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung“ ein Extra-Blatt zur Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden im Reichstag heraus: „Im Verlauf seiner vielfach vom Beifall der Linken und des Zentrums unterbrochenen Reichstagsrede erstattete Reichskanzler

Prinz Max von Baden unter lebhafter Spannung des Hauses folgende Mitteilung: ‚Dank des unvergleichlichen Heldentums unseres Heeres ist die Front im Westen ungebrochen. Dieses stolze Bewusstsein lässt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Gerade deshalb ist es aber auch unsere Pflicht, Gewissheit darüber herbeiführen, ob das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluss des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reiche und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober 1918 durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten‘. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch noch in seiner New-Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. (Am Schluss der Rede des Reichskanzlers ertönte wiederholter Beifall).“

6. Oktober 1918 – Neue Pläne zur Fortführung des Krieges

Berlin * Die Aussage des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag lädt die nicht gerade geringe Zahl der Gegner eines Friedens à la Woodrow Wilson ein, neue Pläne zur Fortführung des Krieges zu schmieden. Mit seiner Feststellung, entweder einen ehrenhaften, für Deutschland annehmbaren Frieden oder den Endkampf auf Leben und Tod, schürt er auch die Hoffnung bei Bewohnern von Danzig, die dem Deutschen Reich verloren gehen könnten, wenn Wilsons Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Tat umgesetzt werden würde.

7. Oktober 1918 – Die Haftentlassung für Kurt Eisner wird beantragt

München - Leipzig * Kurt Eisners Rechtsanwalt, Dr. Benedikt Bernheim, beantragt dessen Haftentlassung. Obwohl der Oberreichsanwalt in Leipzig diesem Begehren widerspricht, entscheidet der 1. Strafsenat des Reichsgerichts für die Freilassung.

7. Oktober 1918 – Den unabhängigen polnischen Staat proklamiert

Warschau * Der Regentschaftsrat in Warschau ruft den „unabhängigen polnischen Staat“ aus und

reklamiert das Territorium des historischen polnischen Königreiches vor den Teilungen von 1772 bis 1795 als Staatsgebiet.

9. Oktober 1918 – Eine revolutionäre USPD-Versammlung

München-Isarvorstadt * Die USPD-Mitgliederversammlung wird im Restaurant Müllerbad in der Hans-Sachs-Straße von über 200 Personen besucht. Die Polizei berichtet darüber: „Die Stimmung der Versammlung muss als durchaus revolutionär bezeichnet werden und erinnerte im allgemeinen an die Zeit kurz vor Ausbruch des letzten Massenstreiks.“ Die im Reich inzwischen eingeleitete formale Parlamentarisierung beeindruckt bei den Unabhängigen niemanden mehr. Alfred Gärtner stellte fest: „Unsere ehemaligen Führer Scheidemann und Genossen sind in die bankerotte Firma eingetreten. […] Es wird eine Zeit kommen, und die ist nicht mehr ferne, wo Männer wie Scheidemann ganz von der Bildfläche verschwinden müssen. Sie werden dann dort Unterschlupf finden, wohin sie gehören, nämlich in der bürgerlichen Partei, der sie die ganze Arbeiterschaft ausgeliefert haben. […] Aber es wird nicht mehr lange dauern und die Kerker werden sich öffnen und alle unsere lieben Kämpfer werden wir dann in unseren Reihen begrüssen können.“

10. Oktober 1918 – Karl Harrer ruft einen nationalistischen Arbeiter-Ring ins Leben

München * Karl Harrer wird von der Thule-Gesellschaft beauftragt, Arbeiter für die völkische Politik zu gewinnen. Zu diesem Zweck ruft er einen Arbeiter-Ring ins Leben. Noch vor dem Sturz der Monarchie in Bayern - gründen Harrer und Anton Drexler gemeinsam den Politischen Arbeiterzirkel, der sich - laut seiner erst am 24. März 1919 festgelegten Satzung - als „eine Vereinigung ausgewählter Persönlichkeiten zwecks Besprechung und Studium politischer Angelegenheiten“ versteht. Die vom Vorstand zu Mitgliedern des Zirkels ernannten Personen werden zum Stillschweigen über die Tätigkeit und die personelle Zusammensetzung der Gruppe verpflichtet, woraus alleine schon der Einfluss der exklusiven und elitären Thule-Gesellschaft erkennbar ist. Die dominierende Figur und der geistige Führer dieses Politischen Arbeiterzirkels, dem zum größten Teil Arbeitskollegen Drexlers angehören, ist demzufolge auch nicht Drexler, sondern Karl Harrer, der vor diesem zwar vorwiegend, aber nicht ausschließlich im Hotel Vier Jahreszeiten tagenden kleinen Kreis - besonders im Winter 1918/19 - auch ständig Vorträge zu verschiedenen aktuellen Themen hält.

12. Oktober 1918 – Erhard Auer zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt

München-Au * Der Landesparteitag der MSPD beginnt im Franziskaner-Keller an der Hochstraße. Er dauert bis zum 13. Oktober. Der Parteitag wählt Erhard Auer als Nachfolger für Georg von Vollmar zum Landesvorsitzenden. Auer interprediert die innenpolitischen Vorgänge der vorangegangenen Tage, die Bildung einer Reichsregierung unter Beteiligung der MSPD, wie folgt: „Wir erleben die größte Revolution, die es je gegeben hat. Nur die Form ist heute eine andere, deswegen eine andere, weil durch die Disziplinierung der Arbeiterschaft – und das ist das Verdienst der Arbeiterbewegung – andere Formen möglich sind, weil es möglich ist, auf legalem Wege zu erreichen, wofür wir seit Jahrhunderten stritten."

12. Oktober 1918 – Enteignung der Türklinken und Fenstergriffe aus Buntmetall

München * Der Verbandstag der Bayerischen Haus- und Grundbesitzer beschäftigt sich mit den Ausführungsbestimmungen der bevorstehenden Enteignung der Türklinken und Fenstergriffe aus Buntmetall zur Verwendung als Kriegsmaterial.

14. Oktober 1918 – Kurt Eisner wird aus der Haft entlassen

München-Obergiesing * Abends, um 20:30 Uhr, kann Kurt Eisner die Haftanstalt Stadelheim verlassen. Er wird auf Entscheidung des 1. Senats des Reichsgerichts Leipzig entlassen, damit er an der am 17. November stattfindenden Reichstagswahl teilnehmen kann. Und das, obwohl sich der Oberreichsanwalt gegen die Entlassung ausgesprochen hatte. In der Begründung zu diesem Gerichtsbeschluss wird aufgeführt, dass eine Fluchtgefahr ausgeschlossen sei und eine Verdunkelungsgefahr nicht besteht.

15. Oktober 1918 – Wilhelm Dittmann wird aus der Festungshaft entlassen

Berlin * Wilhelm Dittmann, Gründungsmitglied der Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD und Aktivist beim Berliner Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, wird aus der Festungshaft entlassen. Wilhelm Dittmann war am 4. Februar 1918 vom Außerordentlichen Kriegsgericht wegen des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden.

16. Oktober 1918 – Keine Hindernisse für eine fortschrittliche bayerische Verfassung

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Otto von Dandl legt in der Abgeordnetenkammer in

seiner Programmrede dar, dass die Regierung und der König einer fortschrittlichen Entwicklung der bayerischen Verfassung keine Hindernisse in den Weg legen wollen. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Heinrich Held, unterstützt die Reformen, wenn sie die Monarchie erhalten und stärken. Auf die Anliegen der Beamtenschaft vom 5. Oktober geht der Ministerpräsident mit keinem Wort ein.

19. Oktober 1918 – Die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht benutzen

Berlin * Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbands - ADV, Heinrich Claß, äußert sich auf der Sitzung der Führungsspitze: „Die Bundesfürsten haben sich ebenso behandeln lassen [wie der Kaiser]. Sollen wir die Monarchie noch verteidigen, nachdem sie sich selbst überall aufgegeben?“

In der selben Sitzung verabschiedet der Vorstand einen Aufruf, in dem sich der Verband erstmals öffentlich zum Antisemitismus bekennt. Es gelte „die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen, Furcht und Schrecken […] in der Judenschaft [zu verbreiten]. […] Ich werde […] vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleist’s, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach Gründen nicht!“

22. Oktober 1918 – Theobald Michler wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 16. April 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schriftsetzer Theobald Michler wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

22. Oktober 1918 – Franz Xaver Müller wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 15. März 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Eisendreher Franz Xaver Müller wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

22. Oktober 1918 – Hans Unterleitner wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 1. Februar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schlosser und spätere Minister für soziale Fürsorge, Hans Unterleitner, wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

22. Oktober 1918 – Albert Winter sen. wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 31. Januar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schreinermeister und Vorsitzende der Münchner USPD, Albert Winter sen., wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Seine Freilassung erfolgt aufgrund seiner Kandidatur für die USPD für die Landtagsersatzwahl.

22. Oktober 1918 – Albert Winter jun. wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 31. Januar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Infanterist Albert Winter jun. wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

23. Oktober 1918 – Karl Liebknecht wird aus der Haft entlassen

Luckau * Karl Liebknecht wird im brandenburgischen Luckau aus der Haft entlassen.

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

23. Oktober 1918 – Kurt Eisner hält im Schwabinger-Bräu seine erste Wahlkampfrede

München-Schwabing * Kurt Eisner hält im Schwabinger Bräu seine erste Wahlkampfrede seit

seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Nur neun Tage nach seiner Haftentlassung lockt er bereits 2.000 Zuhörer in seine Versammlung. Er referiert über das Thema „Regierungssozialisten oder Sozialistenregierung“ und wirft darin dem Flügel um Erhard Auer vor, nicht das Interesse des Volkes, sondern nur das der Regierung im Auge zu haben. In der weiteren Rede fordert Kurt Eisner die Abdankung des Kaisers und einen Frieden ohne Annexion. Kurt Eisner verspricht sich nicht viel vom jetzigen demokratischen System und tritt ein für die Beseitigung aller bestehender Gewalten durch Umsturz und Revolution ein. Am Schluss verlangt er „eine große deutsche Republik mit Einschluss Deutsch-Österreichs“ und die „Rückkehr zu den Idealen der Revolution von 1848“. „Bissig, heiser und mit einem fanatischen Elan rechnete er mit seinen Gegnern ab. Alles um ihn war dicht besetzt. Kopf an Kopf. Er stand auf dem Podium inmitten der hockenden Leute und gestikulierte mitunter wild. Langes Haar, das fast bis auf seine Schultern herabwallte, einen noch zerzausteren Bart hatte er jetzt. Wie ein Apostel sah er aus, nur dass er einen Kneifer trug“, schreibt Oskar Maria Graf über Kurt Eisner.

25. Oktober 1918 – Die Worte Kaiserfrage und Revolution beschäftigen das Volk

Deutsches Reich * Spätestens seit der dritten Note des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober sind die Worte „Kaiserfrage“ und „Revolution“ in aller Munde. Viele Männer in verantwortlichen Positionen, einschließlich des Reichskanzlers Max von Baden und des Vorsitzenden der MSPD-Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, sehen in dem Thronverzicht des Kaisers das einzige Mittel zur „Rettung der Monarchie“. Vizekanzler Friedrich von Payer berichtet: „Die allerwildesten Kaiserstürzler sind die rechts stehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenheit sagen hören: Der Kaiser muss sofort zurücktreten. […] Je länger die Hetzte fortdauert, desto stärker wird die Forderung hervortreten, dass man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“

26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. verkündet den Übergang zur parlamentarischen Monarch

Berlin * Kaiser Wilhelm II. verkündet den Übergang zur parlamentarischen Monarchie. Die Kommandogewalt geht nun vom Kaiser auf den Reichskanzler als Chef der Regierung über, der künftig seinerseits der Kontrolle durch den Reichstag unterworfen ist. Eine Gewerkschaftszeitung schreibt: „Herrlich, es ist das eingetreten, was unsere Alten verheißen haben!“

26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. kontert Ernst Ludendorffs Rücktrittsdrohung

Berlin * Kaiser Wilhelm II. entlässt den Generalquartiermeister Ernst Ludendorff im Schloss Bellevue nach dessen Rücktrittsdrohung mit den Worten: „Na, wenn Sie durchaus gehen wollen, dann meinetwegen“. Dies geschieht auch aufgrund seiner Verärgerung über Ludendorffs politisches Manöver gegen den Reichskanzler Max von Baden und seinem eigenmächtigen Armeebefehl vom 24. Oktober. Das Rücktrittsgesuch des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg ignoriert Kaiser Wilhelm II. und bittet ihn sogar in der Obersten Heeresleitung - OHL im Amt zu bleiben. Sein Rückhalt in der Bevölkerung ist noch so groß, dass man seine Entlassung fürchtet. Hindenburg entspricht dem Wunsch des Kaisers und lässt Ernst Ludendorff fallen wie die berühmte heiße Kartoffel. Der geschasste Generalquartiermeister fühlt sich derart verletzt und hintergangen, dass er sich sogar weigert, gemeinsam mit Hindenburg im Auto nach Spa zu fahren. Mit dem Rausschmiss Ludendorffs will der Kaiser aber auch gegenüber den USA glaubhaft machen, dass im Deutschen Reich neue Männer das Ruder übernommen haben.

29. Oktober 1918 – Soll das Kaisertum überhaupt gerettet werden ?

München * Im Falle einer Thronentsagung des Kaisers wollen die Wittelsbacher den neuen Regenten im Königreich Preußen nicht automatisch als Verweser des Reiches anerkennen. Ministerpräsident Otto von Dandl informiert den bayerischen Gesandten am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, von Überlegungen, „ob das Kaisertum überhaupt gerettet werden soll”, da ein „preußischer Prinz, der eine geeignete Persönlichkeit zur Führung der Regentschaft im Reiche wäre, nicht vorhanden ist”. Wenn, dann müsste „ein Regent präsentiert werden, der dem ganzen deutschen Volk, auch außerhalb Preußens sympathisch“ ist.

29. Oktober 1918 – Eine Militärpatrouille erschießt neun Matrosen

Kiel - Wilhelmshaven * Die Bewegung radikalisiert sich erst, nachdem die meuternden Matrosen verhaftet und mit Kriegsgericht und Erschießung bedroht werden. Jetzt beginnen Tausende in Kiel für die Befreiung ihrer Kameraden zu demonstrieren. Erst nachdem eine Militärpatrouille neun Menschen erschießt, wollen die Matrosen die Macht. Die Matrosen wählen den ersten Soldatenrat in Deutschland und entwaffnen ihre Offiziere. Der Aufstand ist nicht gewalttätig und erschöpft sich im Hissen von roten Fahnen.

29. Oktober 1918 – Es kommt zu Meutereien, die in einem Aufstand gipfeln

Berlin - Kiel - Wilhelmshaven * Die deutsche Admiralität befiehlt in einem „Himmelfahrtskommando“ das Auslaufen der Flotte gegen die Royal Navy. Obwohl es in Marinekreisen heißt, dass man die Landtruppen in Flandern entlasten will, ist der Befehl nicht mit der Obersten Heeresleitung - OHL abgestimmt. Unter den Mannschaften der betroffenen Geschwader in Kiel und Wilhelmshaven verbreitet sich das Gerücht, wonach die Marineleitung einen heroischen Untergang plant. Der Kommandant der „Thüringen“ wird mit folgender Aussage zitiert: „Wir verfeuern unsere letzten 2.000 Schuss und wollen mit wehenden Fahnen untergehen.“ Daraufhin verweigern Einheiten der deutschen Hochseeflotte in Wilhelms-haven den Befehl. Es kommt zu Meutereien, die schließlich in einem Aufstand gipfeln.

30. Oktober 1918 – Schiffsbesatzungen verweigern die Ausfahrt

Wilhelmshaven * Auf der Schilling-Reede vor Wilhelmshaven kommt es zu einer dramatischen Kraftprobe zwischen Matrosen und Seeoffizieren. Die Besatzungen der „Thüringen“ und der „Helgoland“ verweigern die Ausfahrt. Plötzlich stehen sich meuternde und nicht-meuternde Schiffe in nächster Nähe gegenüber und richten die riesigen Kanonen gegeneinander. Die Meuterer geben auf - die Offiziere haben gesiegt. Die Meuterer siegen jedoch insofern, als die Admirale den Flottenvorstoß gegen Großbritannien abblasen, da mit einer derart „unzuverlässigen Mannschaft“ so ein Unternehmen nicht mehr geschlagen werden kann. Die bei Wilhelmshaven versammelte Flotte wird aufgeteilt und in verschiedene Häfen geschickt. Das Dritte Geschwader bringt die rund eintausend verhafteten aufständischen Matrosen nach Kiel ins Militärgefängnis.

1. November 1918 – Der Reichskanzler ist auf allen Gebieten politisch gescheitert

Spa - Berlin * Die nächste Gardinenpredigt erteilt Kaiser Wilhelm II. dem Reichskanzler Max von Baden per Telefon. Das Gespräch nimmt den badischen Prinzen so mit, „dass er in einen Zustand krankhafter Erregung geriet“. Der Reichskanzler ist auf allen Gebieten politisch gescheitert.

1. November 1918 – Tausend aufständische Matrosen kommen ins Militärgefängnis in Kiel

Kiel * Die rund eintausend verhafteten aufständischen Matrosen werden in Kiel an Land und ins

Militärgefängnis gebracht, wo das Kriegsgericht und die Erschießungskommandos auf sie warten.

2. November 1918 – Der Auftakt der Revolution

München * Auf einer vom Liberalen Verein Frei München veranstalteten Volksversammlung ruft Kurt Eisner: „Es kommt nicht zur Reichstagswahl, vor dem 17. November kommt die Revolution.“ Der „struppige Prophet“ wird zwar wegen seines Aussehens belächelt, trotzdem gilt diese Versammlung als der Auftakt der Revolution. Kurt Eisner hat bereits vor seiner Haftentlassung die Strategie der Obersten Heeresleitung - OHL durchschaut, die mit der vorgeschobenen Parlamentarisierung lediglich die Verantwortung für den Ausgang des Krieges und den ungünstigen Friedensschluss auf das Parlament abwälzen wollte. Aus Eisners Sicht sollte nicht nur das verhasste System restlos verschwinden, sondern gleichzeitig mit ihm auch seine Repräsentanten. Gemeint sind jene, die für das vier Jahre dauernde sinnlose Morden die Verantwortung trugen. Schließlich befand sich die Mehrheit der führenden Militärs und Spitzenbeamten in Reich und Länder ebenso in Amt und Würden wie der deutsche Kaiser und die Landesfürsten. Sie aber waren die Symbole einer expansiven Außen- und einer undemokratischen Innenpolitik.

2. November 1918 – Ratlose Matrosen und Dockarbeiter

Kiel * Matrosen und Dockarbeiter diskutieren im Kieler Gewerkschaftshaus wie es weitergehen soll. Sie kommen zu keinem Entschluss und vertagen sich auf den nächsten Tag.

2. November 1918 – Ein bayerisches Abkommen über parlamentarische Reformen

München-Kreuzviertel * Unter dem Eindruck der revolutionären Unruhen im Deutschen Reich schließt die bayerische Regierung mit Delegierten der im Landtag vertretenen Parteien ein Abkommen über parlamentarische Reformen, in der wesentliche Forderungen der SPD erfüllt werden. Sie beinhaltet: Die Einführung der Verhältniswahl zur Kammer der Abgeordneten. Eine ergiebige Verstärkung der Kammer der Reichsräte durch Vertreter der Gemeinden, der Hochschulen und der wichtigsten Berufs- und Erwerbsstände. Von den Prinzen des Königlichen Hauses gehören nur noch der Kronprinz und fünf weitere der Reichsrätekammer an. Keine weitere Ernennung erblicher Reichsräte. Ein Veto der Reichsrätekammer gegen ein Gesetz kann durch dreimalige Abstimmung der Abgeordnetenkammer überstimmt werden. Die

Einjährige Finanzperiode. Als Minister können nur Personen berufen werden, die das Vertrauen der Kammern des Landtags besitzen. Ein Ministerium für Soziale Fürsorge wird neu gebildet und mit einem Sozialdemokraten besetzt. Ferner sollen vier Abgeordnete als Minister ohne Portefeuille [= Ressort, Ministerium] berufen werden, einer davon aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion. Die notwendige Kabinettsumbildung ist für den 8. November angekündigt. Die Verhältniswahl zur Abgeordnetenkammer ist eine alte sozialdemokratische Forderung und die Vereinbarungen über die Kammer der Reichsräte laufen auf eine Demokratisierung der Kammer der Adeligen und des hohen Klerus hinaus. Dadurch hätte die Bayerische Verfassung zugleich parlamentarisiert werden sollen. Auch die Vorschrift aus dem Wahlgesetz von 1896, wonach kein Abgeordneter zum Minister berufen werden darf, würde durch diese Gesetzesvorlage abgeschafft werden. Über den Königlichen Erlass über die Parlamentarisierung Bayerns soll am 6. November 1918 die Abgeordnetenkammer abstimmen und sich am 8. November die Kammer der Reichsräte mit dieser Vorlage befassen. Doch dazu wird es nicht mehr kommen. Obwohl die sozialdemokratische Münchener Post die Vereinbarung als „Beginn der Demokratisierung Bayerns“ feiert, stehen viele Sozis dieser Demokratisierung von oben sehr skeptisch gegenüber.

3. November 1918 – 1.000 Matrosen auf der Durchreise nach Kiel und Wilhelmshaven

Pula - München * Etwa 1.000 Matrosen befinden sich auf der Durchreise von der bisherigen deutschen Werft in dem damals habsburgischen Adria-Hafen Pula in Istrien nach Kiel und Wilhelmshaven. Sie sind von der Kriegseinstellung ihres Verbündeten Österreichs überrascht und nach Kiel in Marsch gesetzt worden, wo ihre Kameraden seit Tagen meuterten, da sie nicht zu einer letzten Seeschlacht gegen England auslaufen wollten. Die Matrosen werden vorübergehend in München in Massenquartieren untergebracht. Die Mannschaften, die ein wärmeres Klima gewohnt sind, beschweren sich über die kalte, ungemütliche Unterkunft und die schlechte Verpflegung. Die Klagen führen jedoch zu keinem Erfolg. Dadurch schafft man ein zusätzliches revolutionäres Potenzial in München.

3. November 1918 – Lorenz Winkler wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Obergiesing * Der am 4. Februar 1918 als Streikführer bei den Bayerischen Motorenwerken - BMW beim Januarstreik verhaftete Schreiner und Werkzeugschlosser Lorenz Winkler wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

3. November 1918 – Richard Kämpfer wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Obergiesing * Der am 14. März 1918 in Dresden wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Handlungsgehilfe Richard Kämpfer wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

3. November 1918 – Fritz Schröder wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Obergiesing * Der am 16. April 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik in Düsseldorf verhaftete Geschäftsführer der Zentralstelle des Deutschen Handlungshilfen-Verbandes Fritz Schröder wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

3. November 1918 – Die Freilassung der Januarstreik-Gefangenen gefordert

München-Stadelheim - Leipzig * Um 13 Uhr verlangt eine Abordnung vor dem Gefängnis Stadelheim die Freilassung der wegen der Januarstreiks noch immer Inhaftierten. Am Abend trifft ein Telegramm des Oberreichsanwalts aus Leipzig in, in dem die Haftbefehle aufgehoben werden.

3. November 1918 – Neun Tote und 29 Verletzte nach einer Schießerei auf Demonstranten

Kiel * Als die Matrosen am Sonntag im Kieler Gewerkschaftshaus weiter diskutieren wollen, finden sie dieses verschlossen und von bewaffneten Posten bewacht. Die Matrosen versammeln sich deshalb auf einem Exerzierplatz. Tausende Arbeiter schließen sich ihnen an. Sie hören Reden und diskutieren miteinander. Dann formiert sich ein großer Demonstrationszug. An einer Straßenkreuzung wird der Demonstrationszug von einer Patrouille untere Leitung eines Leutnant Steinhäuser aufgehalten und zum „Auseinandergehen!“ aufgefordert. Als das die Demonstranten nicht befolgen, kommt der Befehl „Feuer!“. Das Resultat sind neun Tote und 29 Verletzte. Ein bewaffneter Matrose stürzt auf Leutnant Steinhäuser und erschießt ihn. Nun gibt es kein Zurück. Das ist der Startschuss für die deutsche Revolution.

4. November 1918 – Versammlung der Vertrauensleute der SPD und der Gewerkschaften

München-Ludwigsvorstadt * Im Mathäserbräu findet eine gemeinsame Versammlung der

Vertrauensleute der SPD und der Gewerkschaften statt. Sie fassen den einstimmigen Beschluss:

„Da unter dem Streit zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen die Arbeiterinteressen Schaden leiden, appellieren die Obleute an die Leitung beider Parteien, den Bruderkrieg einzustellen und die ganze Kraft des Proletariats zum Kämpfe gegen den gemeinsamen Feind, Kapitalismus und Reaktion, zu vereinigen."

4. November 1918 – Die USPD will die Herbeiführung des sofortigen Friedens

Berlin * Die deutsche USPD fordert in einem Aufruf „An das deutsche Volk" die „Herbeiführung des sofortigen Friedens". Die Arbeiterschaft und das ganze werktätige Volk soll sich zum Eingreifen bereit halten.

4. November 1918 – Deutschland will ein Volksstaat werden

Berlin * Die deutsche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden betont ihren Entschluss, Deutschland in einen Volksstaat umzuwandeln und kündigt den Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg an.

4. November 1918 – Die Vertreter der Berliner Reichsregierung werden freundlich begrüßt

Berlin - Kiel * Als am Abend zwei Abgesandte der Berliner Reichsregierung eintreffen, ist Kiel bereits fest in der Hand von 40.000 aufständischen Matrosen und Marinesoldaten. Der SPD-Abgeordnete Gustav Noske und der Staatssekretär ohne Geschäftsbereich Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP werden jubelnd begrüßt. Noske wird von den Aufständischen sofort zum Gouverneur gewählt. Dabei hat Noske nicht den „Eindruck, dass eine große Revolution begonnen hat". Noch am gleichen Abend übernimmt er, „unter brausender Zustimmung" der Arbeiter und Matrosen, den Vorsitz des Obersten Soldatenrates. Die meuternden Soldaten und revoltierende Arbeiter aus Kiel vertrauen dem prominenten Genossen aus Berlin.

5. November 1918 – Dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen folgen

Hamburg * Der eben aus der Haft entlassene und wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilte

Wilhelm Dittmann fordert vor einer großen Menschenmenge in Hamburg, dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen zu folgen. Er verkündet: „Wir stehen vor entscheidenden Wendungen. Der Krieg hat zur Reife gebracht, was sonst noch Jahrzehnte erfordert hätte. Das Alte stürzt, und das Proletariat sieht sich über Nacht vor die Aufgabe gestellt, die politische Macht zu ergreifen. Alle Kleingeisterei und Angst vor der eigenen Unreife gilt es abzulegen."

5. November 1918 – Bereitschaft der Alliierten zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson teilt der deutschen Regierung die Bereitschaft der Alliierten zu Waffenstillstandsverhandlungen mit. Der französische Marschall Ferdinand Foch wird ermächtigt, die deutsche Regierung zu empfangen.

6. November 1918 – Ein Aufruf zur Friedenskundgebung am 7. November 1918

München * Die sozialdemokratische Münchener Post veröffentlicht auf der Titelseite im Auftrag der Leitung der sozialdemokratischen Partei Münchens einen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens!". Darin heißt es: „Die sozialdemokratische Partei ruft die Bevölkerung Münchens mit Ausnahme der beim Transport und Verkehr beschäftigten Personen auf, am Donnerstagnachmittags 3 Uhr auf der Theresienwiese zu erscheinen. Es gilt, im Geiste der Freiheit und Verantwortung Stellung zu nehmen zu den großen Tagesfragen, die in der letzten Vertrauensmännerversammlung der gesamten Münchener Arbeiterschaft erörtert worden sind.
Die Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften werden aufgefordert, dabei mitzuwirken, daß die Demonstration einen der organisierten Arbeiterschaft würdigen Verlauf nimmt".

6. November 1918 – Radikale und unbelehrbare Angestellte

München * Das Kriegsministerium berichtet über Berichte von Vertrauensleuten, wonach sich „die Arbeiter weit ruhiger als die Angestellten" verhalten. Die Angestellten sind „weit radikaler und unbelehrbarer, ja fast ausnahmslos Anhänger der USPD". Tatsächlich zeigen die wenigen Teilnehmerlisten von USPD-Versammlungen ein eindeutiges Übergewicht von Angestellten und Handwerkern gegenüber der Arbeiterschaft. „Die USPD ist eine Partei von Angehörigen des Mittelstands, die die revolutionäre Potenz der Arbeiterschaft für ihre Revolution verwenden" will.

6. November 1918 – Bayerns Parlamentarisierung in der Abgeordnetenkammer beschlossen

München-Kreuzviertel * Die Kammer der Abgeordneten stimmt dem „Königlichen Erlass über die Parlamentarisierung Bayerns“ vom 2. November im Landtag zu. Damit soll auch das Königsreich Bayern eine parlamentarische Monarchie werden. Die Kammer der Reichsräte soll sich am 8. November 1918 mit dieser Vorlage beschäftigen.

6. November 1918 – Erhard Auer spricht zum Thema: Was wollen wir Sozialdemokraten?

München-Au * Im Franziskanerkeller spricht der SPD-Reichstagskandidat Erhard Auer zum Thema „Was wollen wir Sozialdemokraten“ und fordert die Abdankung des Kaisers und des deutschen Kronprinzen, die Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung, die Änderung des Mannschaftsbeschwerdegesetzes, eine Arbeitslosenversicherung und den Achtstundentag. Die Anwendung von Gewalt lehnt er ab.

6. November 1918 – Kriegsminister Hellingrath und Erhard Auer beruhigen die Minister

München-Kreuzviertel * Am Nachmittag trifft sich das ausscheidende Kabinett mit dem neuen Reform-Kabinett unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto von Dandl. Das eine Kabinett ist nicht mehr handlungsfähig, das andere wird seine Aufgabe erst am 8. November übernehmen. Sorgenvoll blicken sie auf die Massenkundgebung von USPD und MSPD auf der Theresienwiese am nächsten Tag. Man überlegt sogar, Kurt Eisner vorsorglich verhaften zu lassen. Kriegsminister Philipp von Hellingrath erklärt: „Es gibt unruhige und unzuverlässige Elemente auch in der bayerischen Armee, aber, meine Herren, Sie können ganz beruhigt sein. Die Armee als Ganzes ist noch fest in unserer Hand. Es wird nichts passieren.“ Der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, erklärt: „Reden Sie doch nicht immer von Eisner. Eisner ist erledigt. Sie dürfen sich darauf verlassen. Wir haben unsere Leute in der Hand. Ich gehe selbst mit im Zug. Es geschieht gar nichts.“ Dennoch trifft die Regierung Vorkehrungen für den Fall von Gewaltanwendung. Die stationierten Truppen werden in Alarmbereitschaft versetzt und mit Gewehren und Tränengas bewaffnet.

6. November 1918 – Das Militär ist von der neuen Regierung völlig unbeeindruckt

Berlin * Da sich das Militär völlig unbeeindruckt von der neuen Regierung zeigt und die deutschen Wehrbehörden auch weiterhin junge Männer zum Wehrdienst einziehen, als sei nichts

geschehen, protestieren die Unabhängigen Sozialdemokraten gegen die Fortsetzung des Krieges und rufen die Arbeiterschaft auf, sich bereitzuhalten. Denn „die Geschicke des deutschen Volkes werden durch dunkle Mächte gelenkt, die bereit sind, das Verderben des Volkes zu vollenden“. Sie zählen zu den „Mächten der Finsternis“ offenbar auch die „Regierungssozialisten“ mit ihren Aufrufen, die Ruhe zu bewahren: „Jede selbstständige freie Betätigung der Massen soll unterdrückt werden.“

6. November 1918 – Informationen, dass die USPD einen großen Schlag plant

München * Die Polizeidirektion informiert das Innenministerium, dass ihre Überwachungsmaßnahmen „mit Sicherheit“ festgestellt haben, dass die Münchner USPD nach der großen Friedenskundgebung am 7. November einen „großen Schlag plane“. Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich weist daraufhin die Polizeidirektion an, „jede zulässige Maßnahme zur Unterbindung einer solchen Aktion vorzubereiten“. Gleichzeitig wird das Kriegsministerium informiert. Kriegsminister Philipp von Hellingrath versichert, dass in München genügend zuverlässige Truppen sind, die eventuelle Unruhen unterdrücken werden. Den Schutz der Haupt- und Residenzstadt sollen die in München stationierten Truppen übernehmen. Die Polizei wird mit uniformierten Schutzleuten die Residenz, die Preußische Gesandtschaft und die Polizeigebäude schützen. Die übrigen Polizisten sollen in Zivil die Stimmung in der Stadt erkunden.

7. November 1918 – Soldaten sprechen den Arbeitern Mut zu

München * Polizeibeamte in Zivil, die die Stimmung in der Stadt beobachten sollen, melden schon am Vormittag, dass Truppenteile, besonders Mannschaften an den Maschinengewehren, „unzuverlässig“ sein sollen. Vorübergehenden Arbeitern rufen die Soldaten zu, sie sollen ohne Sorge sein, da sie Schießbefehle verweigern würden.

7. November 1918 – Eine erste Initiative zur Bildung von Räten

München * Um 15 Uhr wird eine erste Initiative zur Bildung von Räten beobachtet. Eine kleine Gruppe von Soldaten findet sich „unter der Parole: Schaffung von Soldatenräte“ zusammen. Nach einem Bericht der Münchener Post fordert ein USPD-Redner die „sofortige Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrats“ bereits als die Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter zur Demonstration aufbrechen.

7. November 1918 – Das Teilnahmeverbot der Soldaten wird zurückgenommen

München-Theresienwiese * Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei - USPD hat zu einer Kundgebung auf die Theresienwiese eingeladen. Um die Kontrolle über die Münchner Arbeiterschaft nicht ganz zu verlieren, haben sich die Gewerkschaften und die MSPD dieser Einladung angeschlossen. Soldaten ist zunächst die Teilnahme an der Versammlung von der Stadtkommandatur verboten worden. Zwei MSPD-Abgeordnete, darunter Erhard Auer, veranlassen, dass die Anordnung durch Kriegsminister Philipp von Hellingrath aufgehoben wird. Soldaten, die keinen Dienst haben, wird erlaubt, die Kaserne zu verlassen. Ein Teil der Soldaten wird als Bereitschaft zurück behalten.

7. November 1918 – Der König flüchtet mit seiner Familie nach Schloss Wildenwart

München-Graggenau - Schloss Wildenwart * Als Fluchtziel der königlichen Familie ist zuerst Gut Leutstetten ins Auge gefasst worden, doch dann hält man Schloss Wildenwart für besser geeignet. Da aber eine Fahrt mit der Königlichen Eisenbahn nicht mehr möglich ist, entscheiden sich die hohen Herrschaften für die Automobile. Die Kraftwägen sind aber schon lange nicht mehr bewegt worden, weil sich der König geweigert hatte, in Kriegszeiten mit dem Auto durch die Stadt zu fahren. Nun sind mit Eisen versehene Räder aufgezogen, die noch aus der Zeit stammen, als Ludwig III. die Truppen im Feld besuchte. Und jetzt ist auch noch der scheinbar mit den Aufständischen sympathisierende Oberchauffeur verschwunden, weshalb die Suche nach den eh schon geringen Benzin- und Karbidvorräten weitere Zeit wegfrisst. Erst ein ehemaliger Hofbediensteter kann Benzin in ausreichendem Umfang besorgen. Er erklärt sich zudem bereit, das königliche Paar zu chauffieren. Als dann gegen 21:30 Uhr endlich drei fahrbereite Automobile zur Verfügung stehen, kann die Reise losgehen. Die aufgemalten Kronen werden mit Wagenschmiere übertüncht. Doch kaum ist man zur Abfahrt bereit, ist die Reise für das Königspaar schon wieder zu Ende. Man hat nämlich vergessen, die Reifen aufzupumpen. Also muss man das große Auto gegen ein kleineres eintauschen, in das aber die Notsitze nicht eingefügt werden können. Die Fahrt wird deshalb für die königlichen Insassen ziemlich ungemütlich. Die Flucht der königlichen Familie entwickelt sich zur „Magical Mystery Tour“. Denn erst verfährt sich der Chauffeur mit dem Königspaar, dann kommt das Auto mit den Prinzessinnen von der Straße ab und landet auf einer sumpfigen Wiese.

7. November 1918 – Es lebe die Revolution !

München-Theresienwiese * Kurt Eisner spricht zur gleichen Zeit am anderen Ende

der Theresienwiese - unterhalb vom Hackerbräu. Die Demonstranten haben rote Fahnen, Tafeln und Plakate mitgebracht. Ihre Revolutionsbereitschaft demonstrieren die anwesenden Matrosen und Soldaten auch dadurch, dass sie die Reichskokarden von ihren Mützen genommen haben. Was nach dem Abmarsch der Mehrheitssozialisten und der Gewerkschafter passiert, schildert Felix Fechenbach so: „Drei Redner sprachen an dieser Stelle. Zuerst Kurt Eisner, kurz und bündig. Es sei jahrelang geredet worden, man müsse jetzt handeln! Der Bauernführer Ludwig Gandorfer verspricht, dass das Landvolk die Arbeiter nicht im Stiche lassen werde. Dann trete ich vor in Uniform, die rote Fahne in der Hand, erinnere daran, dass die Soldaten in den Kasernen zurückgehalten werden. Und dann: ‚Soldaten! Auf in die Kasernen! Befreien wir unsere Kameraden! Es lebe die Revolution'. Das war das Signal."

7. November 1918 – Um 15 Uhr beginnt die Kundgebung auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * Um 15 Uhr beginnt die politischen Veranstaltung auf der Theresienwiese, an der sich etwa 40.000 Menschen beteiligen. Andere Quellen sprechen von über 100.000, sogar von 200.000 Teilnehmern.

7. November 1918 – Wenn Versammlungsverbot - dann Revolution

Berlin * Die Unabhängige Sozialdemoktatische Partei - USPD hat für den Abend 26 Versammlungen angesetzt. Die Regierung will diese verbieten. Friedrich Ebert und die SPD sind davon überzeugt, dass ein Versammlungsverbot umgehend die Revolution auslösen würde. Deshalb fordert Ebert vom Reichskanzler Prinz Max von Baden: „Heute abend müssen wir das Ultimatum von jeder Tribüne verkünden, sonst läuft uns die ganze Gesellschaft zu den Unabhängigen. Der Kaiser muss sofort abdanken, sonst haben wir die Revolution."

7. November 1918 – Die Beamten haben dem Volkswohl zu dienen

München - Königreich Bayern * Der Bayerische Verkehrsbeamtenverein schreibt in Hinblick auf die Kieler Matrosenaufstände und der Anspielung des Bayerischen Kuriers auf die Beamten vom Vortag: „Die Beamten haben unbekümmert um die politischen Vorgänge dem Volkswohl zu dienen; sie haben durch rastlose, ununterbrochene Arbeit Handel und Wandel aufrechtzuerhalten und insbesondere alles zu vermeiden, was einer regelmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittel, Brennmaterial usw. hinderlich wäre. Die Wandlung, die sich im Staate vollzieht, muss der Beamte über sich ergehen lassen. Nur dann dient er seinem Volke. Der werdende

Volksstaat braucht unbeeinflusste Diener und die wird er in der derzeitigen Beamtenschaft finden“.

7. November 1918 – Geinsames Flugblatt zum Umsturz entworfen

München * Vertreter der Interessengemeinschaft des Bayerischen Verkehrsbeamtenvereins, des Bayerischen Eisenbahnerverbandes und des Verbandes des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals entwerfen ein gemeinsames Flugblatt, das zu einem möglichen Umsturz Stellung nehmen soll.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Vereidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßregeln, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

7. November 1918 – Die meisten Belegschaften erhalten für die Kundgebung frei

München * Für die Dauer der Massendemonstration hat der Stadtmagistrat die Schließung der städtischen Büros verfügt und den Arbeiterinnen und Arbeitern den Nachmittag unter Fortzahlung des Lohnes arbeitsfrei gegeben. Die meisten gewerblichen Betriebe und Geschäfte sind bereits ab Mittag geschlossen.

7. November 1918 – Eine Revolution ohne Blutvergießen

München * München ist kampflos und ohne Blutvergießen gefallen. Der schnelle und unblutige Sieg der Revolution ist jedoch nur deshalb möglich, da fast alle Bevölkerungsschichten kein Vertrauen mehr in die alten Herrschaftsträger haben und das Regime dem Umsturz nichts entgegensetzen kann. Dabei hätte doch nur „ein einziges zuverlässiges Bataillon genügt, dem Revolutionsspuk ein Ende zu machen“. Doch ein solches Bataillon gibt es nicht mehr!

7. November 1918 – Eine Versammlung nach den Vorstellungen Erhard Auers

München-Theresienwiese * Die Versammlung verläuft zunächst ganz nach den Vorstellungen Erhard Auers. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschafter marschieren geschlossen an. Um 15:15 Uhr beginnen die Ansprachen, dafür sind 15 Minuten vorgesehen. Der MSPD-Führer und weitere Funktionäre halten ihre Reden an der Bavaria, in der sie hervorheben, dass die Sozialdemokratische Partei weder zum Streik noch zur Revolution auffordert, sondern die Entwicklung zum Volksstaat auf parlamentarischen Wegen erreichen möchte.
Um 15.45 Uhr lassen sie dann über eine Resolution abstimmen, danach löst sich die Versammlung auf. Nun formieren sich die Teilnehmer zur großen Friedensdemonstration. Mit einem Musikkorps an der Spitze marschiert der größte Teil der Massendemonstration unter Führung von Erhard Auer in vollkommener Disziplin über die Landwehrstraße, Sonnenstraße, Karlsplatz, Lenbachplatz, Maximiliansplatz, Brienner Straße, Residenzstraße, Maximilianstraße und schließlich längs der Isar entlang bis zum Friedensengel. Hier löst sich der Protestmarsch nach einer kurzen Schlussansprache des MSPD-Reichstags- und Landtagsabgeordneten Franz Schmitt auf.

7. November 1918 – Eine vollkommen hilflose geschäftsführende bayerische Regierung

München-Maxvorstadt * Im Kriegsministerium trifft sich der Königliche Staatsrat zur Lagebesprechung. Um 17 Uhr muss Kriegsminister Philipp von Hellingrath eingestehen, dass er keinen Rat mehr weiß, die Unruhe und den Aufstand mit militärischen Mitteln zu unterdrücken.
In München stellen nur noch die Gewerkschaften eine durchorganisierte Macht dar. Doch deren Mitglieder sind nun nicht mehr bereit, eine Dynastie zu retten, die sich seit Jahrhunderten auf ihre Klassenprivilegien stützte und erst weniger als eine Woche zuvor den parlamentarisch-demokratischen Reformen ihre Zustimmung gab.

7. November 1918 – Die Arbeiter- und Soldatenräte wählen Kurt Eisner zu ihrem Vorsitzenden

München-Au - München-Ludwigsvorstadt * Kurt Eisner zieht sich nach der Einnahme der Guldein-Schule in den Franziskaner-Keller an der Hochstraße zurück. Sicher auch, um einer eventuellen Verhaftung zu entgehen. Als er erfährt, dass der Hauptteil der Soldaten und der Arbeiter zum Mathäserbräu ziehen, begibt er sich auch dort hin. Im Erdgeschoss wird er von den anwesenden Arbeitern zum Ersten Vorsitzenden des Arbeiterrats gewählt. Sein Stellvertreter wird Hans Unterleitner. Anschließend begeben sich er und weitere Mitglieder des Arbeiterrats in das Obergeschoss, in dem er sich mit den Führern des Soldatenrats zur gemeinsamen Sitzung zusammentrifft. Damit ist der Arbeiter- und Soldatenrat gegründet.

8. November 1918 – Der Vorwärts rechnet mit Kurt Eisner ab

Berlin - München * Friedrich Stampfer, Chefredakteur beim Vorwärts in Berlin, rechnet mit seinem ehemaligen Kollegen ab und schreibt am 1. Dezember 1918 mit arroganter Überheblichkeit in der SPD-Zeitung Vorwärts einen Leitartikel über Kurt Eisner und die „Revolution in Bayern“. Darin heißt es: „Als am 8. November 1918 die Kunde kam, dass Eisner bayerischer Ministerpräsident geworden sei, erfüllte Heiterkeit die Redaktionsstuben, sie pflanzte sich fort in die Setzer- und Maschinensäle. Es war keiner unter uns, der Eisner von der alten Zeit her nicht liebte, keiner, der ihm übel wollte oder ihn missachtete. Dennoch: Heiterkeit überall, wohlwollende Heiterkeit. […] Wozu wären wir ein befreites Volk, wenn es nicht erlaubt wäre, einem alten Freund offen und öffentlich zu sagen: Du hast in Deinem Leben schon viele Böcke geschossen, aber dass Du Dich von Deinen revolutionären Schwabinger Literaturfreunden zum Ministerpräsidenten machen ließest, das war Dein größter Bock. […] Du lebst in einer Welt des holden Wahnsinns, wenn Du glaubst, Du eingewandeter Berliner Literat, der im öffentlichen Leben noch nie eine Rolle gespielt hat und den man in Bayern bis vor drei Wochen kaum kannte, Du könntest Dich auf das Vertrauen des bayerischen Volkes stützen. […] Diese Ministerpräsidentschaft […] steht zum Ernst unserer Zeit in erschütterndem Gegensatz. Kasperlekomödie des Lebens, frei nach Frank Wedekind, von Kurt Eisner, mit dem Dichter in der Titelrolle. München - Schwabinger Naturtheater. In fünf Minuten geht der Vorhang herunter und dann ist Schluss.“ Die preußische Sozialdemokratie fühlt sich Kurt Eisner gegenüber weit überlegen. Sie verhöhnt und verlacht ihn und sieht in ihm einen unqualifizierten Abenteurer und absoluten Dilettant, der offensichtlich nichts von Politik versteht und den Ernst der Lage völlig verkennt.

8. November 1918 – Ein MSPD-Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens

München * Die Münchener Post spricht in einem Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens die MSPD von der Schuld am Umsturz frei, bittet und wirbt aber gleichzeitig um „treue Mitarbeit“, vor allem damit die Ernährung der Schwachen gesichert und so gezeigt wird, „dass die herauf kommende neue Zeit die wahre Wohlfahrt und den Frieden der Menschheit bedeutet. An die Arbeit, Genossen! An den Aufbau!“

8. November 1918 – Die Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals

München * Auf Initiative des Verkehrsbeamtenvereins bildet sich am Vormittag ein Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals. Neben den Mitgliedern der Interessengemeinschaft treten der Bayerische Lokführerverein und der Christliche Verkehrs- und Transportarbeiterverband ein. Denn um sich die entsprechende Geltung gegenüber den neuen Regierungsgewalten zu verschaffen, so die Überzeugung, ist ein geschlossenes Vorgehen Voraussetzung.

8. November 1918 – Erste Erfolge bei der Beamtenschaft

München - Freistaat Bayern * Die Gespräche und ersten Kontakte Kurt Eisners mit den Vertretern der organisierten Beamtenschaft und die Aufforderung zur Mitarbeit zeigen Erfolge. Der Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals richtete an das gesamte Verkehrspersonal einen Aufruf, in dem es aufgefordert wird, „den für die gesamte Volkswirtschaft, insbesondere für die Lebensmittelversorgung, wichtigen Verkehrsdienst nach wie vor gewissenhaft auszuführen.“

8. November 1918 – Thomas Mann und die Revolutionäre

München-Bogenhausen * Thomas Mann hatte sich während des Krieges als kaisertreuer Anhänger einer elitären, nicht auf demokratischen, sondern oligarchischen Prinzipien [= Herrschaft von Wenigen] beruhenden Gesellschaftsordnung bekannt und zudem die deutsche Kriegspolitik verteidigt. Er schreibt in sein Tagebuch: „München, wie Bayern, regiert von jüdischen Literaten. Wie lange wird es sich das gefallen lassen? […] Bei uns ist Mitregent ein schmieriger Literaturschieber wie Herzog, der sich durch Jahre von einer Kino-Diva aushalten ließ, ein Geldmacher und Geschäftsmann im Geist, von der großstädtischen Scheißeleganz des Judenbengels, der nur in der Odeonbar zu Mittag aß, aber Ceoni‘s [Zahnarzt auch der Familie Mann] Rechnungen für die teilweise Ausbesserung seines Kloakengebisses nicht bezahlte. Das

ist die Revolution! Es handelt sich so gut wie ausschließlich um Juden.“

8. November 1918 – Augsburg wählt einen Arbeiter- und Soldatenrat

Augsburg * Der Redakteur der sozialdemokratischen Schwäbischen Volkszeitung, Ernst Niekisch, informiert in aller Frühe die Führer der örtlichen Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften über die Vorgänge in München. Da sich keiner der Angesprochenen traut in die Kasernen zu gehen und sich an die Spitze der Revolution zu stellen, begibt sich Niekisch zum Augsburger Divisionskommandeur. Die Ausweglosigkeit seiner Situation erkennend, lässt er Niekisch einen Provisorischen Soldatenrat wählen. Und weil die Augsburger Mehrheitssozialdemokraten inzwischen von der Standfestigkeit der neuen Regierung überzeugen konnten, berufen sie eine Massenveranstaltung der Arbeiter ein, auf der Ernst Niekisch zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats gewählt wird.

8. November 1918 – Thronverzicht des Herzogs Ernst-August von Braunschweig

Braunschweig * Am Nachmittag fordert eine Abordnung Herzog Ernst-August zur Abdankung auf. Nach kurzer Bedenkzeit und nach Beratung mit seinen Ministern unterzeichnet dieser die Urkunde. Anschließend veranlasst Ex-Herzog Ernst-August seine Minister zum Rücktritt und zur Übergabe der Amtsgeschäfte an den Arbeiter- und Soldatenrat.

8. November 1918 – Der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern konstituiert sich

München-Kreuzviertel * Noch in der Nacht konstituiert sich der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern. Er löst die 163 gewählten Abgeordneten des Bayerischen Landtags ab. Voraussetzung ist, dass, entsprechend der Machtverhältnisse und im Interesse der Einigung des Proletariats, die Mehrheitssozialdemokraten beteiligt werden müssen, obwohl sie die Revolution mit allen Mitteln verhindern wollten und sich Erhard Auer mit der „gewaltsamen Niederschlagung der Aufständischen“ noch in der Nacht vom 7. zum 8. November einverstanden erklärt hat. Aber gegen die MSPD kann nicht regiert werden. Deshalb zieht Eisner zur ersten öffentlichen Sitzung des provisorischen Nationalrates am 8. November 1918 - neben den Delegierten des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats sowie Vertretern der Gewerkschaften und Berufsverbände - die sozialdemokratische Fraktion des alten Landtags, die Fraktion des Bauernbundes und drei liberale Abgeordnete - Ludwig Quidde, Hübsch und Kohl - hinzu.

8. November 1918 – Eine Provisorische Bayerische Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Um 15:38 Uhr tritt der Provisorische Nationalrat des Volksstaatse Bayern zu seiner zweiten Sitzung zusammen, um eine Provisorische Bayerische Regierung zu wählen. Eisner schlägt folgende Zusammensetzung der Regierung vor: Das Ministerium des Äußeren und damit das Präsidium übernimmt Kurt Eisner selbst. Vizepräsident und Kultusminister wird der Mehrheitssozialdemokrat Johannes Hoffmann. Ebenfalls MSPD sind der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und der Justizminister Johannes Timm. Das Innenministerium erhält der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer. Das Verkehrsministerium überträgt Eisner einem bürgerlichen Fachmann: Heinrich von Frauendorfer. Das Ministerium der Finanzen vertraut Eisner dem Professor für Staatswissenschaften, Edgar Jaffé an, der den Unabhängigen nahe steht. Das neu geschaffene Ministerium für soziale Angelegenheiten leitet der Unabhängige Sozialdemokrat Hans Unterleitner. Die Benennung Erhard Auers zum Innenminister ruft neben Beifall auch Unmutsäußerungen hervor. Bei der Abstimmung erhält Auer eine überwiegende Mehrheit. Eisner will mit Auers Ernennung seinen schärfsten Gegner unter Kontrolle bringen. Daneben ist ihm bewusst, dass die MSPD die Nichtbesetzung des Innenministeriums mit ihrem Vorsitzenden als Affront empfunden und sich möglicherweise mit der Bourgeoisie gegen die Revolutionsregierung verbünden würde. Auer dagegen kann der MSPD dadurch den Einfluss auf die kommenden Ereignisse sichern. Das Landwirtschaftsministerium wollte Eisner ursprünglich mit einem revolutionären Bauernbündler besetzen. Doch das kann Erhard Auer verhindern. Es wird nicht gebildet, da der MSPD-ler darin eine Beschneidung seines Ressorts sieht und er dem Eisner-nahen Bayerischen Bauernbund - BBB kein zusätzliches Machtinstrument an die Hand geben will.

8. November 1918 – Rosa Luxemburg wird aus der Breslauer Haft entlassen

Breslau * Rosa Luxemburg wird aus der Breslauer Haft entlassen. Sie trifft am 10. November in Berlin ein. Karl Liebknecht hat bis dahin den Spartakusbund reorganisiert.

9. November 1918 – Die Vereinigten Verkehrsverbände laden zur Versammlung ein

München - Freistaat Bayern * Der Ausschuss der Vereinigten Verkehrsverbände ruft per Kreistelegramm und in Zeitungsannoncen seine Mitglieder zu einer Massenveranstaltung in den Münchner Bavariakeller an der Theresienwiese ein. Die Einladung beginnt mit den Worten: „Die Stunde der Erlösung aus tiefster wirtschaftlicher Not ist auch für Euch angebrochen. Jetzt oder

nie gilt es, Euch im Rahmen der jetzigen Regierungsgewalt die politische und soziale Machtstellung zu erkämpfen, auf die Ihr auf Grund Eurer Massen und Eurer für das deutsche Wirtschaftsleben ausschlaggebenden wichtigen Berufsarbeit Anspruch habt“.

9. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft bekämpft die Revolution

München-Graggenau * Nur einen Tag nach der Konstituierung des Provisorischen Nationalrats unter Ministerpräsident Kurt Eisner lädt Freiherr Rudolf von Sebottendorff zu einem konspirativen Treff der Thule-Gesellschaft ins Hotel Vier Jahreszeiten. Das Interesse ist so groß, dass alle wichtigen Vertreter völkischer und antisemitischer Gruppierungen aus München und der näheren Umgebung der Einladung folgen. Nun war man unter sich - und Sebottendorff konnte Klartext reden: „Uns hasst der Feind mit dem grenzenlosen Hasse der jüdischen Rasse, es geht jetzt Auge um Auge, Zahn um Zahn! Unser Orden ist ein Germanenorden, germanisch ist die Treue. [...]. Die gestrige Revolution, gemacht von Niederrassigen, um den Germanen zu verderben, ist der Beginn der Läuterung. Nun wollen wir reden vom Deutschen Reich, jetzt wollen wir sagen, daß der Jude unser Todfeind ist, von heute ab werden wir handeln.“ Ohne Umschweife fordert er den „kompromisslosen bewaffneten Kampf gegen die neue Regierung“, da sie für ihn nur die „Herrschaft der Niederrassigen unter der Führung von Juda“ ist. Und da gibt es für ihn kein Zurückhalten: „Jetzt heißt es kämpfen [...] bis das Hakenkreuz siegreich aufsteigt.“

9. November 1918 – Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrats in Burglengenfeld

Burglengenfeld * In Burglengenfeld, am Standort der Maxhütte wird ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet. Vorsitzender wird Joseph Schmid von der USPD. Burglengenfeld wird zu einem Musterbeispiel der „Räteherrschaft in der Provinz“ im Eisner‘schen Sinn. Kein Wunder, dass Kurt Eisner seinen Antrittsbesuch in der Oberpfalz nicht in Regensburg, sondern in Burglengenfeld abhält.

9. November 1918 – Ein Tanzvergnügen am Totensonntag

Konstanz * In den Konstanzer Nachrichten erscheint ein Artikel, in dem es um ein Tanzvergnügen am gerade zurückliegenden Totensonntag in der Industriestadt Singen geht: „Im Nebenzimmer einer hiesigen Wirtschaft wurde am Sonntagabend ein Tanzvergnügen (!) durch die Schutzmannschaft gestört; etwa 40–50 Personen, unter ihnen halbwüchsige Burschen, Mädchen und sogar Kriegerfrauen, deren Männer im Felde stehen, tanzten nach den Weisen einer

Ziehharmonika trotz dem Ernste der Zeit, trotz Krieg, Elend, Epidemie und was heute sonst noch die Menschheit heimsucht. Auch der Seelensonntag störte die saubere Gesellschaft nicht.“

10. November 1918 – Bauernführer Ludwig Gandorfer verunglückt tödlich

Schleißheim * Der blinde Bauernführer Ludwig Gandorfer wird von Kurt Eisner beauftragt nach Niederbayern zu fahren, um die Ablieferung und den Transport der Lebensmittel nach München zu organisieren. Die Fahrt wird in einem vom Soldatenrat beschlagnahmten Auto erfolgen. Es ist der Fiat des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, ein Verwandter Kaiser Wilhelms II.. In der Nähe von Schleißheim kommt das mit sieben Personen besetzte Fahrzeug in einer Kurve von der Straße ab, prallt gegen einen Baum und stürzt die Böschung hinab. Ludwig Gandorfer, der mit zwei Begleitern auf der Rückbank sitzt, wird aus dem Automobil geschleudert und stirbt am Unfallort an einem Schädelbruch. Der Unfall wird in der Bevölkerung als rätselhaft empfunden: Da ist die Streckenführung nach Niederbayern vom Landtag über Schleißheim, das Unfallauto verschwindet spurlos und taucht nie mehr auf, weder das Unfallprotokoll noch die Aussagen der Überlebenden sind auffindbar. Es gibt Gerüchte, wonach die Leichenfrau auf Gandorfers Stirn einen Einschuss gesehen haben will. Sein Nachfolger als Vorsitzender des Bayerischen Bauernbundes - BBB wird sein Bruder Karl Gandorfer.

10. November 1918 – Hindenburg will den terroristischen Bolschewismus verhindern

Berlin * Der Chef der Obersten Heeresleitung, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, erklärt, er bleibt auf seinem Posten bleiben, bis sich alles geklärt hätte. Er fordert alle Offiziere und die Mannschaften auf, angesichts des drohenden Bolschewismus „unvermindert ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr“. Er selbst und die Oberste Heeresleitung - OHL wollen „mit dem Reichskanzler zusammengehen“, um „die Ausweitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern“.

10. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft gründet einen Kampfbund

München-Graggenau * Mitglieder der Thule-Gesellschaft gründen einen Kampfbund, der die Zerschlagung der Räterepublik mit Waffengewalt zum Ziel hat. Die Leitung übernimmt Freiherr Rudolf von Sebottendorff selbst. Diese Nationalisten, Antisemiten und Deutschnationalen entwickeln eine Doppelstrategie, die maßgeblichen Anteil an der Zerschlagung der späteren Räteherrschaft hat. Die Thule-Gesellschaft wird zum

Organisationszentrum der Münchner Gegenrevolution und Aktionsgemeinschaften organisieren den Aufbau eines umfangreichen Informations- und Spitzelsystems in allen revolutionären und kommunistischen Gruppierungen, die Kontaktaufnahme mit gesprächsbereiten Sozialdemokraten aus der Provisorischen Regierung und der Parteispitze sowie die Errichtung eines illegalen Werbebüros zur Unterstützung bereits existierender nationaler Militärverbände und zum Aufbau einer eigenen militärischen Organisation.

10. November 1918 – Kein Eid vor der Entbindung vom Treueid auf den König

München * Der Vorstand des Bayerischen Beamten- und Lehrerverbandes beschäftigt sich mit der Frage der Vereidigung. Ohne zu übersehen, welche Folgen eine Verweigerung der Eidesleistung nach sich ziehen würde, beschließt man einstimmig, „vor einer Entbindung vom Treueid durch den König keinen Eid zu leisten“. Gleichwohl gibt man der Bereitschaft zum Wohle des Vaterlandes zu arbeiten Ausdruck.

10. November 1918 – Die Beamtenorganisationen fordern das Recht auf Mitbestimmung

München - Freistaat Bayern * Die Beamtenorganisationen dringen unmittelbar nach der Revolution darauf, ihre schon lange vertretene Forderung nach Mitbestimmung der Beamtenschaft zu verwirklichen. Vom neuen Volksstaat, der allen seinen Bürgern das „Recht auf Mitwirkung“ zugestehen will, erwartet man wie selbstverständlich, dass auch den Beamten ein weitgehendes „Recht auf Mitbestimmung“ zugestanden wird.

10. November 1918 – Großveranstaltung der Beamten im Bavariakeller

München-Ludwigsvorstadt * 15.000 bis 18.000 folgen der Einladung des Ausschusses der Vereinigten Verkehrsverbände zur Kundgebung in den Münchner Bavariakeller. Dieser kann die Massen nicht aufnehmen, sodass gleichzeitig drei Kundgebungen abgehalten werden müssen: Eine im Bavariakeller, zwei im anschließenden Garten. Dem Forderungskatalog voraus steht das Bekenntnis: „Die bayerischen Verkehrsangehörigen fügen sich der bestehenden Regierungsgewalt ein. Sie betrachten das Volkswohl als ihr oberstes Gesetz und geloben, ihm ihre volle Kraft zu widmen“. Gefordert wird: „Bildung eines Rates der Verkehrsangehörigen durch die Vereinigten Verbände, der dem Verkehrsministerium beizuordnen ist, Besetzung der oberen leitenden Beamtenstellen der Verkehrsverwaltung nur im Einvernehmen und mit Zustimmung dieses Rates, alle sozialen und volkswirtschaftlichen für das Personal sind nur

gemeinsam mit dem Rate zu treffen, sofortige Aufnahme von Vertrauensmännern des Personals in den Arbeiter- und Soldatenrat, achtstündiger Arbeitstag und sechstägige Arbeitswoche.“ Die Entschließung wird sofort dem Arbeiter- und Soldatenrat zugeleitet.

10. November 1918 – In Berlin herrscht gelöste Feierstimmung

Berlin * Die Revolutionären Obleute stellen fest, dass sich die Stimmung in den Betrieben über Nacht verändert hat. Es herrscht gelöste Feierstimmung, man ist versöhnlich und dankbar dafür, dass die Revolution so wenig Opfer gefordert hat. Die meisten Zeitgenossen sind vom vollständigen Sieg der Revolution überzeugt. Einen nachhaltigen reaktionären Rückschlag halten sie für unvorstellbar. Und tatsächlich ist der größte Teil der politisch und gesellschaftlich einflussreichen Kreise wie gelähmt. Das gilt auch für das vermögende und gebildete Bürgertum.

10. November 1918 – Schadet die MSPD der Revolution ?

Berlin * Die Revolutionären Obleute versuchen auf Versammlungen die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, dass eine gemeinsame Regierung der USPD mit der MSPD-Spitze der Revolution schaden würde. Doch die Arbeiter wollen ein Zusammengehen der beiden Parteien. Die neue Regierung soll paritätisch aus MSPD- und USPD-Mitgliedern zusammengesetzt sein.

10. November 1918 – Kronprinz Rupprecht ersucht um Asyl

Lille - Brüssel * Kronprinz Rupprecht legt seine Armee-Kommandos nieder und begibt sich nach Brüssel. Dort eilt er sich in die Spanische Botschaft und ersucht um Asyl.

11. November 1918 – Bisherige Staatssekretäre mit der Weiterführung der Geschäfte beauftrag

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten teilt in einem Erlass mit, dass die Staatssekretäre und die Leiter der Reichsbehörden von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden sind.

11. November 1918 – Kurt Eisner startet eine unabhängige bayerische Außenpolitik

München - Bern * Nach der Bekanntgabe der harten Waffenstillstandsbedingungen startet Ministerpräsident Kurt Eisner in der Nacht zum 11. November eine eigenständige, vom Reich völlig unabhängige bayerische Außenpolitik. Über den Schweizer Bundesrat in Bern schickt er einen Appell der neuen bayerischen Regierung an die Regierungen der Siegermächte. Er ist zugleich ein Aufruf an die Proletarier aller Länder: „Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und vom endgültigen Erfolg gekrönten Erhebung alles und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. […] In diesem Augenblicke stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. […] Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist.“

11. November 1918 – Österreichs Kaiser Karl I. tritt zurück

Wien * Karl I., der schon eine Woche vorher von einzelnen Medien als „der ehemalige Kaiser“ bezeichnet worden war, wird von den republikanisch gesinnten deutsch-österreichischen Spitzenpolitikern und seiner letzten k.u.k. Regierung dazu bewogen, auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ zu verzichten. Die förmliche Abdankung hatte er zuvor abgelehnt. Am selben Tag entlässt der Ex-Kaiser die funktionslos gewordene k.u.k. Regierung.

12. November 1918 – Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der aus Mitgliedern der SPD und der USPD bestehende Rat der Volksbeauftragten in Berlin verkündet in einem Aufruf an das Deutsche Volk mit Gesetzeskraft unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle

politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.

13. November 1918 – Verfahrensweise für alle Veröffentlichungen

München * Nach einem Aufruf des Münchner Soldatenrats betont die Regierung, „dass alle Veröffentlichungen, die von den frei gewählten Körperschaften [ausgehen], einstweilen vom Ministerpräsidenten oder einem der Fachminister unterzeichnet sein“ müssen. Ohne diese Zeichnung sind sie unzulässig und werden unterdrückt. Die Regierung will von den Räten unabhängig sein und lässt eine Konkurrenz der Räte bei der Ausübung der Staatsgewalt nicht zu.

13. November 1918 – König Karl IV. von Ungarn dankt ab

Wien - Budapest * König Karl IV. von Ungarn verzichtet - zwei Tage nach dem selben Vorgang in Österreich - „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“.

13. November 1918 – Ein Rat geistiger Arbeiter wird gegründet

München * Unter dem Vorsitz des Nationalökonomen Lujo Brentanowird ein Rat geistiger Arbeiter gegründet. Diesem gehören Künstler, Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte und Juristen an. In einem am nächsten Tag veröffentlichten Aufruf heißt es: „Der Volksstaat kann der Mitwirkung der geistigen Arbeiter nicht entbehren. Ihr Zusammenschluß ist daher dringend notwendig. Um ihn herbeizuführen, hat sich heute ein Rat geistiger Arbeiter gebildet. Unser Ziel ist: zum Wohle des ganzen Volkes den Einfluß der geistigen Arbeit geltend zu machen und in diesem Rahmen deren Daseinsbedingung zu sichern.“

14. November 1918 – Wie passen Beamtentum und Volksstaat zusammen ?

München - Freistaat Bayern * Der vom Ministerialrat im Staatsministerium des Innern, Dr. Franz

Xaver Schweyer, verfasste Leitartikel der Bayerischen Staatszeitung beschäftigt sich mit der Frage „Beamtentum und Volksstaat“. Dr. Schweyer schreibt: „Während der einfache Straatsbürger seine Stellung zu der neuen Regierung sich einstweilen vorbehalten und die Entwicklung der Dinge abwarten kann, war der Beamte, vor allem der Staatsbeamte, in die bittere Notwendigkeit versetzt, binnen weniger Stunden sich zu entscheiden, ob er der neuen Regierung seine Arbeitskräfte zur Verfügung stellen und seine Amtsgeschäfte fortführen kann und darf oder ob er, ohne Rücksicht auf weitgehende wirtschaftliche Folgen für sich und seine Familie seine Tätigkeit einstellen soll.”

14. November 1918 – Die Revolutionäre werden zur Minderheit

München * Der am ersten Revolutionstag (7. November) in München entstandene Zentralarbeiterrat hat sich aus dem im Mathäserbräu gewählten Arbeiterrat entwickelt. Er ist gleichbedeutend mit dem Revolutionären Arbeiterrat, der umgehend die Organisation von Betriebsräten in München ergreift. Die Münchner Betriebsräte gaben sich eine Geschäftsordnung und wählten ihren eigenen Münchner Arbeiterrat. Dieser wird von Gewerkschaftsführern geleitet. Er beansprucht für sich die legitime Vertretung des Münchner Proletariats zu sein. An diesem 14. November zwingt der Münchner Arbeiterrat den Revolutionären Arbeiterrat zur Annahme der nachstehenden Forderungen: Die Mitgliederzahl des Revolutionären Arbeiterrats ist auf fünfzig zu beschränken. Der Revolutionäre Arbeiterrat wird sich mit den 550 Vertretern des Münchner Arbeiterrats zusammenschließen. Diese vereinigte Körperschaft wird dann einen neuen Zentralarbeiterrat wählen; von dessen fünfzig Mitgliedern darf der Revolutionäre Arbeiterrat zehn bestimmen. Innerhalb der Arbeiterräte in München bilden die Revolutionäre nunmehr eine Minderheit.

14. November 1918 – Die Bayerische Mittelpartei wird in Nürnberg gegründet

Nürnberg * In Nürnberg wird die Bayerische Mittelpartei - BMP gegründet. Die Anhängerschaft der Partei rekrutiert sich aus protestantischen Kreisen des Bildungsbürgertums und der Beamtenschaft sowie des protestantischen fränkischen Mittelstands, des Kleinbauerntums und der Deutschnationalen. Sie lehnt - wie die Deutschnationale Volkspartei - DNVP, die sie sich im März 1920 als bayerischer Landesverband anschließen wird, - die Staatsform der Republik ab.

14. November 1918 – Der Politische Rat geistiger Arbeiter wird ins Leben gerufen

München * Anhänger Kurt Eisners gründen den Politischen Rat geistiger Arbeiter. Vorsitzender wird der Schriftsteller Heinrich Mann. Der Politische Rat geistiger Arbeiter wird als Gegenstück zum Rat geistiger Arbeiter gebildet. Dessen Vorsitzender Lujo Brentano war Eisner gegenüber sehr kritisch eingestellt und hatte diesen - noch vor der Revolution - in einem Presseartikel wegen „Verunglimpfung der deutschen Wissenschaft“ massiv angegriffen.

15. November 1918 – Die formale Übernahme der bisherigen königliche Rechte

München - Freistaat Bayern * Die provisorische Regierung schafft die Rechtsgrundlage für die formale Übernahme der bisherigen königliche Rechte. Sie erlässt eine Verordnung, nach der die „bisher durch Verfassung, Gesetze und Verordnungen dem König persönlich vorbehaltenen Entscheidungen und Verfügungen […] von den Ministern innerhalb ihrer Geschäftsbereiche erlassen“ werden.

15. November 1918 – Innenminister Auer: Kein Handlungssspielraum für die Räte

München - Freistaat Bayern * Innenminister Erhard Auer informiert die nachgeordneten Regierungsstellen und Behörden auch über die Zusammenarbeit mit den Räten. Er empfiehlt „dringend, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, die sich allerorten gebildet haben, […] tunlichst zu benutzen, einerseits, um dadurch das etwa mangelnde Personal so weit notwendig zu ersetzen, andererseits aber auch diese Räte zu beschäftigen und dadurch das Verantwortungsgefühl in der Bevölkerung wieder zu wecken“. Auer macht aber auch deutlich aufmerksam, dass die Räte den Behörden untergeordnet sein sollen. „Ein eigenständiger Handlungsraum soll ihnen nicht zugestanden werden“.

15. November 1918 – Abkommen zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband

Berlin * Die Gewerkschaften sehen die Chance, endlich als Interessenvertretung der Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Fragen anerkannt zu werden. In Zukunft sollen die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden, die zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossen werden. Die beiden Verhandlungsführer Hugo Stinnes, mächtiger Schwerindustrieller sowie Verhandlungsführer der Unternehmerseite, und Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, unterzeichnen ein weitreichendes, die genannten Punkte beinhaltendes Abkommen.

15. November 1918 – Beratung über Gründung eines Studentenausschusses

München-Maxvorstadt * Um die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Münchner Studentenschaft besser vertreten zu können, wird an der Universität über die Gründung eines Allgemeinen Studentenausschusses beraten.

15. November 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner und der Föderalimus

München * In dem von Ministerpräsident Kurt Eisner ausgearbeiteten Regierungsprogramm findet sich die föderalistische Forderung, „dass die Selbstbestimmung Bayerns innerhalb des Ganzen erhalten und gesichert werden muss“. Er will damit erreichen: die Bildung einer Staatenvereinigung [die Vereinigten Staaten von Deutschland], der auch Deutsch-Österreich angehören soll. Unabdingbar ist dafür die Neugliederung des Deutschen Reichs, damit die Vorherrschaft eines einzelnen Staates ausgeschlossen wird. Die Freiheit und die Selbstständigkeit Bayerns dürfen dabei nicht angetastet werden.

15. November 1918 – Kurt Eisners Regierungsprogramm

München * Die von der Regierung des Volksstaates Bayern veröffentlichte Kundgebung trägt unverkennbar die schwärmerisch-idealistische Handschrift von Kurt Eisner. Der Aufruf „An das bayerische Volk“ mit seinen konkreten Hinweisen wird von den Zeitgenossen „wegen der realistischen Zustandsbeschreibung und der Ausgewogenheit der darin angekündigten Maßnahmen“ als offizielles Regierungsprogramm verstanden und findet selbst bei der bürgerlichen Presse positive Aufnahme. Darin wird einerseits die volle Freiheit der Religionsgesellschaften und die Ausübung ihres Kultus gewährleistet. Andererseits fordert Eisner die gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche. Ein neues Volksschulgesetz mit fachmännischer Schulaufsicht wird darin angekündigt. Das bedeutet die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und damit die Ausschaltung des bisherigen starken kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen. Neu stellen sich auch die Fragen der staatlichen Alimentierung, der steuerlichen Behandlung und dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Kirche sowie der Besetzung der Bischofsstühle und der Pfarreien.

15. November 1918 – Dr. Fritz Gerlich will Eisner-Protegés verhindern

München * Dr. Fritz Gerlich gründet den Verband der Beamten der wissenschaftlichen Anstalten

und Kunstsammlungen Bayerns. Er will damit das Eindringen von Eisner-Protegés verhindern.

16. November 1918 – Kompetenzabgrenzung zwischen Volksbeauftragte und Vollzugsausschu

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsrat beschäftigt sich in einer gemeinsamen Sitzung am 16. und 18. November mit Kompetenzfragen. Ein Ausschuss wird gebildet, der möglichst schnell eine Regelung über das künftige Verfahren erarbeiten soll.

17. November 1918 – Revolution als Aufbruch in die Freiheit und zur sozialen Gerechtigkeit

Frankfurt am Main * Die Deutsche Friedensgesellschaft feiert gemeinsam mit dem Deutschen Frauenausschuss und den Frankfurter MSPD-Frauen in der Frankfurter Paulskirche die Revolution als „Aufbruch in die Freiheit und zur sozialen Gerechtigkeit“.

18. November 1918 – Josef Hofmiller über das alte Regime

München * Josef Hofmiller schreibt in sein Tagebuch über das „alte Regime”: „Es war kernfaul und fiel, weil es fallen musste. Es wurde nicht gestürzt, sondern über Nacht umgeblasen. Es hatte jede Herrschaft über die Seelen verloren. Sobald man aufhörte es zu fürchten, war es erledigt. Wie heißt’s doch bei Goethe? ‚Wären’s Könige gewesen, sie stünden noch alle Unversehrt!’”

18. November 1918 – Hedwig Kämpfer fordert frauenrechtliche Schulungen

München * Hedwig Kämpfer von der USPD fordert auf einer großen Frauen-Versammlung „die frauenrechtlerische Schulung der proletarischen Frauen, besonders der Frauen innerhalb der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften“. Diese Forderung wird in Bayern bald verwirklicht. Frauen der radikalen Frauenbewegung und der politisch linksgerichteten schließen sich schon bald zum „Bund sozialistischer Frauen“ zusammen.

19. November 1918 – Die Einstellung der Rüstungsproduktion

München-Kreuzviertel * Die Frage der Entschädigung für zu entlassende Beschäftigte in der Rüstungsindustrie wird im Kabinett besprochen. Das Waffenstillstandsabkommen sieht die

Einstellung der Rüstungsproduktion vor. Doch Munitionsfabriken und Werke für Metallerzeugnisse bilden in Bayern die während der Kriegszeit aufgebauten Hauptindustrien. Eine Umstellung auf Friedensproduktion verlangt in den Fabriken neue Maschinen und die Umschulung der Arbeiter.

19. November 1918 – Vorauseilende Vorschriften für die Räte

München * Obwohl über die Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte erst am 26. November 1918 abschließend beraten werden wird, macht Innenminister Erhard Auer in einem Schreiben deutlich: „Den Arbeiterräten steht keinerlei Vollzugsgewalt zu. Die bisherigen Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften bleiben in Kraft und werden von den gesetzlich berufenen Behörden, Stellen und Körperschaften vollzogen. Die Arbeiterräte haben lediglich im Benehmen mit den zuständigen staatlichen und gemeindlichen Stellen und im Rahmen einer hierüber getroffenen Vereinbarung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen und allenfalls die Durchführung weiterer Aufgaben dieser Stellen zu unterstützen.“

19. November 1918 – Maßnahmen zur Belebung des revolutionären Geistes

Berlin - München * Der bayerische Gesandte in Berlin, Friedrich Muckle, berichtet an den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner von einem Gespräch mit dem Publizisten und Journalisten Maximilian Harden über die Belebung des revolutionären Geistes. Sie fordern die Säuberung der Reichsregierung von allen unfähigen Elementen, die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, die Verhaftung der Schuldigen und die Einführung eines Staatsgerichtshofs zu deren Aburteilung. Wenn die Berliner Reichsregierung auf diese Forderungen nicht eingeht, so sollte der „Abfall des Südens“ zumindest angedroht werden. Denn: „Preußen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir herauszuarbeiten suchen, hinab drücken.“

20. November 1918 – Pacelli begründet seine Ablehnung der Regierung Eisner

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., berichtet in seinem dritten analytisch-zusammenfassenden Bericht ausführlich an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri zur Deutung und Auswirkung der Revolution nach Rom. In diesem Brief begründet Nuntius Pacelli auch, warum er den Kontakt zur neuen bayerischen Regierung unter Kurt Eisner ablehnt: Die Entscheidung zum Kulturkampf statt zum

pragmatischen Kompromiss. Das Entgegenkommen der neuen Regierung ist nur taktisch bis zur nächsten Wahl, danach beginnt die offene Kirchenfeindschaft. Ein diplomatischer Kontakt wird die Katholiken nur verwirren und demobilisieren, anstatt sie auf den Gegner einzuschwören. Die Regierung Eisner besteht aus Juden, Atheisten und Protestanten, alles Sozialisten. Mit solchen Leuten sind keine anständigen Beziehungen möglich. Eisner ist ein ostgalizischer Jude, der wegen politischer Verbrechen mehrfach bereits eingesperrt war.

20. November 1918 – Kurt Eisners Vorschlag für die Räte-Richtlinie

München * Zwei Tage nach Innenminister Erhard Auer legt auch Ministerpräsident Kurt Eisner seinen Entwurf für die Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte vor. Im Entwurf des USPD-Politikers Eisner nehmen die Arbeiterräte - zumindest für eine Übergangszeit - eine zentrale Position im neugegründeten Staat ein. Gemeinsam mit den Soldaten- und Bauernräten sollen sie bis zur endgültige Regelung durch die zu wählende Nationalversammlung die „revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems“. Eisner und die USPD wollen die Räte und das Parlament als gleichberechtigte Partner in einem demokratischen System. Sie dienen der politischen Willens- und Bewusstseinsbildung und schaffen die Voraussetzungen für die Tätigkeit des Parlaments: „Die Räte sollen die Schulen der Demokratie werden; daraus dann sollen die Persönlichkeiten emporsteigen zu politischer und wirtschaftlicher Arbeit. […] Die Räte sind die Grundmauer der Demokratie, die Nationalversammlung, der Landtag ist die Krönung des Gebäudes. Aber diese Krone würde genauso zusammen stürzen wie die monarchistischen Kronen, wenn sie sich nicht stützen auf die Kraft und den Willen jener Arbeiterräte.“ Die Arbeiterräte sollen „die Massen des Proletariats unmittelbar zur politischen Mitarbeit heranziehen“ und so dazu beitragen, dass „der neue demokratische und sozialistische Geist in Staat und Gesellschaft so tief Wurzeln fasst, dass die kommenden Wahlen die provisorische Ordnung der Dinge bestätigen und befestigen werden“. Im Falle, die Zentralregierung würde den Revolutionszustand ausrufen, sollten die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte umgehend alle notwendigen Maßnahmen einleiten, die zur Erhaltung und Sicherung der revolutionären Regierung erforderlich wären. Der Entwurf Kurt Eisners sieht für die Räte großzügige Kompetenzzuweisungen vor. Von Kontroll-, Vorschlags-, Beratungs- und Auskunftsrechten bis hin zur Fragen der Entlassung und Einstellung von Beamten.

21. November 1918 – Eisner fordert die sofortige Veröffentlichung der Kriegsakten

München - Berlin * In einem Telegramm fordert Kurt Eisner den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, auf, von der Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung der Urkunden

über den Ursprung des Krieges zu verlangen. Außerdem erhebt der bayerische Ministerpräsident Anspruch auf Beteiligung Bayerns in der Waffenstillstands-Kommission. Kurt Eisner ist bestrebt, den Alliierten den Beweis zu erbringen, dass mit der deutschen Revolution nicht nur die alten Herrschaftsträger beseitigt wurden, sondern dass auch ein politischer Umdenkungsprozess eingesetzt hat.

23. November 1918 – Kurt Eisner sucht Beweise für die deutsche Kriegsschuld

München - Berlin * Kurt Eisner und Felix Fechenbach reisen bereits zwei Tage vor der Ministerpräsidenten-Konferenz am 25. November mit dem Zug nach Berlin, um dort Aktenstudium zu Fragen der deutschen Kriegsschuld zu betreiben. In seinem Gepäck befindet sich eine Mappe mit offiziellen Dokumenten, den Berichten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin während der Monate Juli und August 1914. Nach Durchsicht der ihm zugänglichen diplomatischen Unterlagen glaubt Eisner die Beweise gefunden zu haben, dass die deutsche Regierung Österreich geradezu in den Krieg gegen Serbien hinein getrieben hat. Und zwar in der Absicht, einen europäischen Krieg zu entfachen. Außerdem geht daraus beispielsweise hervor, dass deutsche und bayerische Beamte nach dem Attentat von Sarajevo bestens informiert waren, aber Ende Juli 1914 nichts gegen „Wiens gefährliches Spiel“ unternommen haben.

24. November 1918 – Der Ex-König lässt seinem Ärger freien Lauf

Schloss Wildenwart * Ex-König Ludwig III. schreibt an seine Schwester Therese: Wir sind „der Übermacht unterlegen in Folge von Fehlern der Obersten Heeresleitung und der mangelnden Führung der äußeren Politik der Reichsleitung. Wir in Bayern müssen die Folgen mittragen, obwohl wir wahrlich nicht das Geringste dafür können. Die Revolution vom 7. November war zum mindesten sehr überflüssig, da es ein freieres Volk als das bayerische nicht gegeben hat.“ Sein eigenes Versagen als höchster Repräsentant des Königreichs Bayern schiebt er auf die Regierung, die nach seiner Auffassung „keinen Schuss Pulver wert“ gewesen sei. Die Regierung hat ihn „schmählich im Stich gelassen“. Und weil er schon mal ein Feindbild hat, schimpft er weiter über „die Hunde, mit der Gesellschaft habe ich gebrochen, von den Kerlen kommt mir keiner mehr, wenn ich zurück komme“.

28. November 1918 – Kaiser Wilhelm II. dankt ab

Amirong * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet seine Abdankungsurkunde. „Ich verzichte hierdurch

für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen. Urkundlich unter unser höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrücktem kaiserlichen Insiegel. Gegeben Amirong, den 28. November 1918. gez. Wilhelm“

28. November 1918 – Neue Schreibweise Baiern gefordert

Nürnberg * Der Fränkische Kurier fordert die Schreibweise „Baiern“ statt „Bayern“, da diese auf einer „Schrulle König Ludwigs I.“ beruht. Für den Autor S. Günther wäre das eine „revolutionäre Umwälzung, die wohl kaum auf Gegnerschaft stoßen dürfte“.

28. November 1918 – Die Vorherrschaft Preußens brechen

München * In der Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erklärt Kurt Eisner seine Einstellung zur Hegemonie [= Vorherrschaft] Preußens, zur Selbstständigkeit der Länder und zum Föderalismus: „In Berlin ist das Verbrechen ausgekocht worden, und deshalb der Hass gegen Berlin, und ich, der ich dringend wünsche, dass die Zersetzung Deutschlands nicht zu einer endgültigen Auflösung Deutschlands führe, sondern dass dass wir zusammen bleiben, ich bin der festen Überzeugung, dass zunächst einmal die Einzelstaaten sich ihrer eigenen Haut wehren müssen, so lange, bis wir wieder zusammen aktionsfähig werden.“

29. November 1918 – Das II. Bataillon zieht in München ein

München * Das II. Bataillon mit 846 Offizieren und Mannschaften ziehen durch das geschmückte Karlstor zum Bürgerbräukeller.

29. November 1918 – Minister Roßhaupter sagt Waffenlieferung an die Bürgerwehr zu

München * Der Staatsminister für militärische Angelegenheiten Albert Roßhaupter sagt dem

Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann in einem persönlichen Gespräch zu, der Bürgerwehr Waffen zur Verfügung zu stellen und rät ihm, auch die Gewerkschaften offiziell zu beteiligen.

30. November 1918 – Kurt Eisner distanziert sich vom Bolschewismus

München * Ministerpräsident Kurt Eisner distanziert sich sowohl im Ministerrat wie in der Öffentlichkeit mehrmals vom Bolschewismus. Vor den bayerischen Soldatenräten erläutert er, was ihn vom Bolschewismus unterscheidet: Die Ablehnung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Einsetzung von Gewalt gegen politische Gegner.

30. November 1918 – Die freien Gewerkschaften lehnen die Bürgerwehr ab

München * Eine Besprechung zwischen dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann und Vertretern der Christlichen Gewerkschaften und der Freien Gewerkschaften findet zum Thema Bürgerwehr statt. Gustav Schiefer, der stellvertretende Vorsitzende der Freien Gewerkschaften in München, wehrt sich vehement gegen die Pläne. Auch der anwesende Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer raten von einer Zustimmung ab.

30. November 1918 – Die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten wird gegründet

München * Der Kreis um Erich Mühsam gründet die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten - VRI. Sein Ziel ist, die Revolution siegreich zu Ende zu führen - auch gegen den Widerstand des zu wählenden Parlaments. Erich Mühsam lehnt zudem die stark zentralistisch geprägten Positionen des am 11. November 1918 in Berlin ins Leben gerufenen Spartakusbundes strikt ab. Dennoch gehören viele VRI-Mitglieder zur später gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD. In einem Flugblatt fassen sie ihre Ziele zusammen: „Revolutionäre, internationalistisch gesinnte, kommunistische Arbeiter und Soldaten! Männer und Frauen! Nicht alle Volksgenossen sind mit dem bisherigen Verlauf der Revolution einverstanden. [...] Wir verlangen die Verwirklichung des Sozialismus als Krönung der gegenwärtigen Volksbewegung. […] Wir blicken nicht auf den Weg, sonders aufs Ziel. Das Mittel der Revolution heißt Revolution. Das ist nicht Mord und Totschlag, sondern Aufbau und Verwirklichung“. Geschäftsstelle ihrer neuen Vereinigung wird das Wirtshaus Braunauer Hof in der Frauenstraße. Erich Mühsam bezeichnet die Stunden hier als die „eigentlich beste Zeit der Revolution“.

1. Dezember 1918 – Prof. Foerster fürchtet die bayerische Entwicklung

München * Der sich in München aufhaltende bayerischen Gesandte in Bern, Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, veröffentlicht eine Erklärung mit der Überschrift „Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen politischen Lage in Bayern“, in der er sich tief enttäuscht über die Entwicklung in München äußert. Er befürchtet eine Entwicklung zur Vorherrschaft durch die revolutionären Räte.

„Dass aber dadurch eine wahrhaft demokratische Vertretung der Interessen und Rechte aller Klassen noch nicht gesichert wird, ist ohne weiteres klar. Eisner will aber auch solche Gleichheit der Vertretung gar nicht. […] Er hat jeden Glauben an das Bürgertum verloren. Und darum kämpft er verzweifelt gegen die Nationalversammlung.“

1. Dezember 1918 – Der Vorwärts rechnet mit Kurt Eisner ab

Berlin - München * Friedrich Stampfer, Chefredakteur beim Vorwärts, rechnet mit einem ehemaligen Kollegen ab und schreibt mit arroganter Überheblichkeit in der SPD-Zeitung Vorwärts einen Leitartikel über Kurt Eisner und die Revolution in Bayern: „Als am 8. November 1918 die Kunde kam, dass Eisner bayerischer Ministerpräsident geworden sei, erfüllte Heiterkeit die Redaktionsstuben, sie pflanzte sich fort in die Setzer- und Maschinensäle. Es war keiner unter uns, der Eisner von der alten Zeit her nicht liebte, keiner, der ihm übel wollte oder ihn missachtete. Dennoch: Heiterkeit überall, wohlwollende Heiterkeit. […] Wozu wären wir ein befreites Volk, wenn es nicht erlaubt wäre, einem alten Freund offen und öffentlich zu sagen: Du hast in Deinem Leben schon viele Böcke geschossen, aber dass Du Dich von Deinen revolutionären Schwabinger Literaturfreunden zum Ministerpräsidenten machen ließest, das war Dein größter Bock. […] Du lebst in einer Welt des holden Wahnsinns, wenn Du glaubst, Du eingewandeter Berliner Literat, der im öffentlichen Leben noch nie eine Rolle gespielt hat und den man in Bayern bis vor drei Wochen kaum kannte, Du könntest Dich auf das Vertrauen des bayerischen Volkes stützen. […] Diese Ministerpräsidentschaft […] steht zum Ernst unserer Zeit in erschütterndem Gegensatz. Kasperlekomödie des Lebens, frei nach Frank Wedekind, von Kurt Eisner, mit dem Dichter in der Titelrolle. München - Schwabinger Naturtheater. In fünf Minuten geht der Vorhang herunter und dann ist Schluss.“

4. Dezember 1918 – Eine Kommission erstellt ein Sozialisierungskonzept

Berlin * Da der Rat der Volksbeauftragten kein Sozialisierungskonzept hat, wird eine Kommission gegründet, in der Karl Kautsky von der USPD und Ernst Francke, der Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reformen, den Vorsitz übernehmen. Vertreter der MSPD, der

Gewerkschaften und der Unternehmer gehören dem Gremium zusätzlich an. Aufgrund der Zusammensetzung ist kaum mit schnellen Entscheidungen und Einschnitten zu rechnen. Die Kommission dient mehr der Beruhigung in allen Richtungen.

5. Dezember 1918 – Termin für die Landtagswahl auf 12. Januar 1919 festgelegt

München-Kreuzviertel * Im Ministerrat kommt es zu heftigen Diskussionen über die Terminfestsetzung zur Nationalratswahl. Kurt Eisner sieht in einem frühen Termin keinen Vorteil. „Die Massen scheuen sich davor und fürchten die Preisgabe der Errungenschaften." Dagegen fordern die MSPD-Minister einen möglichst frühen Wahltermin. Jeder Tag früher stellt für sie einen „Gewinn gegenüber dem Zentrum" dar. Erhard Auer dringt deshalb auf den 12. Januar 1919. Innenminister Erhard Auer und Justizminister Johannes Timm geben unumwunden ihre Abneigung gegen die Räte zu und treten für die Umwandlung der Arbeiter- und Bauernräte in Arbeiter- und Landwirtschaftskammern ein und sprechen den Räten jede politische Funktion ab. Verkehrsminister Heinrich Ritter von Frauendorfer sieht in den Räten eine „nur notwendige Begleiterscheinung der Revolution". Den Soldatenräten gibt man keine Zukunft.

6. Dezember 1918 – Die Verhaftung des Vollzugsrats verhindert

Berlin * Zur selben Zeit wird der Versuch unternommen, den Vollzugsrat zu verhaften. Er ist neben dem Rat der Volksbeauftragten das wichtigste Organ der Revolution. Weil sich die Betroffenen gegen die Verhaftung wehren und protestieren, kommt der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn mit Kräften der Sicherheitswehr dem Vollzugsrat zu Hilfe. Die Verhaftung scheitert - die Putschisten müssen erfolglos abziehen.

6. Dezember 1918 – Versammlungen und Demonstrationen der Berliner Spartakusgruppe

Berlin * Die Spartakusgruppe hat für den 6. Dezember drei Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen beim Polizeipräsidium angemeldet. Die Protestveranstaltungen werden mit der Auflage genehmigt, dass keine Waffen mitgeführt werden. Die drei Versammlungen finden am späten Nachmittag in den Germania-, Sophien- und Andreas-Sälen statt. Die Redner üben harsche Kritik an der Regierung und protestieren gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Während der Versammlungen verbreitet sich die Nachricht von der mutmaßlichen Verhaftung des Vollzugsrats und von Friedrich Eberts Ausrufung zum Präsidenten. Entsprechend erregt beginnen gegen 16:30 Uhr die Demonstrationen.

6. Dezember 1918 – Erich Mühsam und seine Gefolgschaft stürmen den Bayerischen Kurier

München * Erich Mühsam und seine Anhänger stürmen am Abend das Verlagshaus des Bayerischen Kuriers, einer stramm konservativen Zeitung und Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP. Erich Mühsam übernimmt persönlich die Redaktion. Die Drucker verbünden sich mit den Besetzern, nachdem sie diesen eine Beteiligung an der Zeitung versprochen haben.

7. Dezember 1918 – Ein Verweis für die Krawallmacher

München-Kreuzviertel * In der Ministerratssitzung sprechen sich der Justizminister Johannes Timm und der Kultusminister Johannes Hoffmann für die Verhaftung von Erich Mühsam und anderen aus. Eisner entgegnet: „Es ist gar nichts Ernstes hinter der Sache gestanden. Auch Mühsam war nicht dafür [gemeint ist der Vorfall in Erhard Auers Wohnung], das Ganze war mehr faschingsartig.“ Die Regierung Eisner erlässt lediglich einen Verweis an die Krawallmacher.

7. Dezember 1918 – Der Blutige Freitag im Spannungsfeld der Propagandisten

Berlin * Für die bürgerlichen Parteien sind die Schuldigen an den Vorgängen vom Vortag schnell gefunden: „Die blutigen Krawalle sind anscheinend durch Pläne und Unternehmungen der Spartacus-Leute und der mit ihnen verbündeten Elemente verursacht worden, deren Ziel der Sturz der Regierung Ebert-Haase war.“ Für die Linken erklärt Karl Liebknecht: „Es ist gar nicht mehr zu leugnen, dass der Putsch des gestrigen Tages von der Regierung inszeniert worden ist, denn es muss doch dem Harmlosesten auffallen, dass die Ereignisse des blutigen Freitags alle miteinander in Zusammenhang stehen.“ Es lässt sich weder ein Spartakusputsch noch eine Beteiligung oder Mitwisserschaft der MSPD-Spitze an einem Putschversuch nachweisen. Doch die Faktenlage stört in dieser aufgeheizten Stimmung die Propagandisten weder von Rechts noch von Links.

7. Dezember 1918 – Die Kasernenräte sprechen dem Soldatenrat das Misstrauen aus

München-Ludwigsvorstadt * Im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße tagen die Kasernenräte. Sie verurteilen die nächtliche Demonstration vom Vortag. Dem Soldatenrat sprechen sie ihr Misstrauen aus, weil von den 15 Mitgliedern, die der Soldatenrat in den Nationalrat entsendet, acht befinden, die nicht gewählt worden sind, sondern sich in der Revolutionsnacht selbst dazu ernannt haben. [Darunter: Felix Fechenbach, Fritz Schröder und

Fritz Sauber]. In der Folge tritt der Soldatenrat zurück und leitet Neuwahlen ein.

8. Dezember 1918 – Die politisch-satirische Zeitung Rote Hand wird verboten

München * Die politisch-satirische Zeitung „Rote Hand“, Untertitel: „Führendes Organ für national-anarchistische Gschaftlhuberei“, erscheint erstmalig im Straßenhandel. Polizeipräsident Josef Staimer lässt den Druck einstellen und das weitere Erscheinen verbieten. Er begründet die Maßnahme mit der „Übertretung der Sonntagsruhe“.

9. Dezember 1918 – Die Delegierten der Arbeiterräte Bayerns treffen sich erstmalig

München-Kreuzviertel * Die Delegierten der Arbeiterräte Bayerns treffen sich am 9. und 10. Dezember 1918 erstmalig zu einer zweitägigen Tagung im Gebäude des Bayerischen Landtags. Sie beratschlagen über ihre Position zur politischen und wirtschaftlichen Lage Bayerns, die Aufgaben der Arbeiterräte-Organisation und wählen die 50 Vertreter der Arbeiterschaft zum provisorischen Nationalrat.

9. Dezember 1918 – Gustav Landauers positive Bilanz zu den Räteorganisationen

München * Gustav Landauer zieht eine positive Bilanz zur Tätigkeit der Räteorganisationen:
„Da handelt es sich vor allen Dingen um die Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, […]
dass die Alliiertenwerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist eine sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgearbeitet, dass eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung inngehalten werden musste. Wir haben […] mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs, […] dass Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unseren Produzenten und von unseren Bauern verwertet wird, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag.“

12. Dezember 1918 – Räte als Schule der Demokratie

München-Ludwigsvorstadt * In einer Wahlkampfrede im Mathäserbräu bringt Kurt Eisner seine inzwischen in allen Passagen durchdachte Einstellung zu den Räten zum Ausdruck: „Die Räte sollen die Schulen der Demokratie werden, daraus dann sollen die Persönlichkeiten emporsteigen zu politischer und wirtschaftlicher Arbeit. Das ist der tiefste Sinn des Sozialismus: Selbstständigkeit der Gesamtheit. Die ‚Vertreter' der ‚Masse' - sie mögen noch so tüchtig sein, noch so nützliche Arbeit leisten, aber das sind schon die Leute, die emporgekommen sind. In den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, in der Stadt und auf dem Lande, da kann jeder lernen, politisch und wirtschaftlich tätig zu sein. Darum, Parteigenossen, stehe und falle ich mit diesem Gedanken, dass die demokratische Organisation der Massen selbst künftig die Grundlage aller Entwicklung sein muss. Dort wirkt Idealismus, dort ist freie öffentliche Tätigkeit möglich. Dort gibt es keine Führer und keine Angeführten, sondern dort lebt die Masse selbst."

12. Dezember 1918 – Eisner: Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden

München * In einer Wahlrede vor den Unabhängigen erklärt Kurt Eisner: „Die Revolution war ja schon geplant im Januar". Und weiter: „Sozialismus ist nur ein Wort und Sozialismus, das Wort, erfüllt man mit Leben, indem man es verwirklicht; wie auch Demokratie nicht dekretiert werden kann von oben, wie die Freiheit nur in sich selbst und aus sich selbst reift. Ein Volk, das nicht frei ist, kann niemals die Freiheit gebrauchen lernen; erst wenn es frei ist, lernt es, frei zu sein. Nur so können wir sozialistische Politik treiben. Der Sozialismus wirkt, indem er sich verwirklicht. Er birgt ein Fülle schwerster Probleme. Aber das Ziel ist klar: wir müssen die menschliche Knechtschaft beseitigen. Wir müssen die Güter der Erde allen zuteil werden lassen. Es darf nicht mehr sozial Unterdrückte in der künftigen Gesellschaft geben. Wie immer die Gliederung und der Aufbau in der zukünftigen Gesellschaft sich vollziehen wird, welche wirtschaftlichen Formen wir finden werden, der Mensch darf nicht das Opfer seiner Verhältnisse werden, sondern der Mensch muß Herr über seine Verhältnisse werden. Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden, sondern Herr über die Technik. Der Mensch darf nicht mehr Objekt des Profits werden, sondern jeder, der arbeitet, muß mitbestimmen können an der Gestaltung dieser Arbeit. Wir haben es immer abgelehnt, einen Zukunftsstaat auszumalen. Einen Zukunftsstaat prophezeit man nicht, sondern man schafft ihn."

13. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision ist zu Verhandlungen bereit

Berlin * Die Führung der Volksmarinedivision ist bereit, mit der Stadtkommandantur über die Reduzierung der Mannschaftsstärke auf 600 Matrosen und die Räumung des Stadtschlosses und des Marstall zu verhandeln. Die Vereinbarung wird zunächst nicht umgesetzt, weil die Matrosen

die Zusage wollen, dass die Entlassenen in die Republikanische Schutztruppe übernommen werden.

13. Dezember 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner, das Parlament und die Räte

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner konkretisiert auf der zweiten Sitzung des Provisorischen Nationalrats sein Konzept über die Zusammenarbeit von Parlament und den Räten. Dabei stellt er heraus: „Jeder, der arbeitet, also auch jede Organisation von Arbeitenden, soll nicht nur die persönlichen und beruflich-wirtschaftlichen Interessen vertreten, nicht nur die Standes- und Gewerbsinteressen, sondern sie soll die gesamte Arbeit eines bestimmten Berufs in den Dienst der Demokratie stellen.“ Die „produktive Demokratie“ soll im Gegensatz zur „formalen staatsrechtlichen Demokratie“ nicht nur das „Recht gleicher Teilnahme“, sondern die „Pflicht gleicher Mitarbeit“, also die „lebendige Teilnahme aller Glieder des Volkes an der Gesamtheit der Nation“, beinhalten. „Die Nationalversammlung muss die oberste, souveräne, gesetzgebende Körperschaft sein, sonst wäre sie ja kein Parlament, kein demokratisches Parlament. Die künftige Nationalversammlung ist die Gesetzgeberin, die souveräne Gesetzgeberin, aber in den Räten liegt die moralische Kraft der Massen. Von hier aus soll der lebendige Geist der Demokratie und des Sozialismus hinüber strömen in das Parlament der Abgeordneten.“

18. Dezember 1918 – Militante Demonstration vor dem Münchner Hauptbahnhof

München-Ludwigsvorstadt * Am frühen Morgen ziehen mehrere hundert Menschen zum Hauptbahnhof, um die Bahnhofswache und deren Kommandanten zu verhaften. Die Bahnhofswache gibt einige Schreckschüsse ab und säubert, nach einem erneuten Ansturm der Menge, den Platz. Die Demonstration dauert etwa zwei Stunden. Dabei erhält ein Unbeteiligter zwei Schussverletzungen.

20. Dezember 1918 – Mit Hirtenbriefen gegen Regierungserlasse

Berlin * Die Erzbischöfe und Bischöfe Preußens bezeichnen in einem Hirtenbrief den Erlass des preußischen Kultusministeriums zur Religionsausübung in den Schulen vom 29. November 1918 als „frevelhaftes Unrecht“ und fordern zum Widerstand auf.

21. Dezember 1918 – Reichskanzler Ebert streicht der Volksmarinedivision den Lohn

Berlin * Weil aus Sicht der Regierung Ebert die Volksmarinedivision die Vereinbarung vom 13. Dezember zur Reduzierung der Mannschaftsstärke und der Räumung des Stadtschlosses und des Marstalls nicht nachgekommen ist, wird beschlossen, die an diesem Tag fällige Löhnung in Höhe von insgesamt 80.000 Mark „erst nach Räumung des Schlosses und der Herausgabe aller Schlüssel an die Stadtkommandantur“ zu zahlen.

24. Dezember 1918 – Innenminister Auer feiert mit Graf Arco in der Türkenkaserne

München-Maxvorstadt * Innenminister Erhard Auer verbringt den Heiligabend auf Einladung von Anton Graf Arco-Valley, dem späteren Eisner-Mörder, in der Türkenkaserne. „Auer war in fröhlichster Laune und hielt eine schmetternde Lobrede auf das Leibregiment […]. Die gräflichen Offiziere waren so gerührt, dass bei einem von ihnen eine Träne am Monokel haften blieb. Es fehlte nur noch die Königshymne.“

27. Dezember 1918 – Erhard Auer und Johannes Timm wollen eine Bürgerwehr gründen

München * In einem Aufruf fordern Innenminister Erhard Auer [MSPD] und Justizminister Johannes Timm [MSPD] zusammen mit dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann und dem Verleger Julius Lehmann sowie weiteren 21 namhaften, rechtsstehenden Bürgerlichen die Schaffung einer „freiwilligen Bürgerwehr“ als Organ der „ordnungsliebenden Kreise“.

27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage

Stuttgart * In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die […] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen

erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

28. Dezember 1918 – Erste Bewerber für die Bürgerwehr

München * An allen Anschlagtafeln Münchens findet sich ein Aufruf zur Schaffung einer Bürgerwehr, die die bestehende Staatsform „gegen jeden Angriff verteidigen“ will. Die Botschaft spricht sich schnell herum. Noch am selben Tag melden sich die ersten Bewerber im vorsorglich schon eingerichteten Büro der Bürgerwehr an der Salvatorstraße. Die Münchner Kasernenräte lehnen eine Bürgerwehr umgehend ab.

28. Dezember 1918 – Julius Lehmann wird verhaftet

München * Julius Lehmann, Mitglied der Thule-Gesellschaft, wird erstmals verhaftet. Bei einer Durchsuchung seines Verlags wird das inzwischen umfangreichste Waffenlager entdeckt. Da nützt ihm auch die gerade erteilte Bürgerwehr-Erlaubnis nichts. Er wird ins Polizeipräsidium an der Ettstraße, anschließend ins Gefängnis Neudeck gebracht. Wie aus Briefen Lehmanns hervorgeht, vertreibt er sich hier die Zeit mit antisemitischer Literatur, die ihm von der Gefängnisleitung zur Verfügung gestellt wird.

28. Dezember 1918 – 17 Bürgerwehr-Gründer werden festgenommen

München-Graggenau * In ihrem Versammlungsraum im Hotel Vier Jahreszeiten werden 17 Mitglieder des Ausschusses zur Gründung einer Bürgerwehr, die auch Mitglieder der Thule-Gesellschaft sind, festgenommen. Darunter Freiherr Rudolf von Sebottendorf. Sie werden gegenrevolutionärer Umtriebe verdächtigt. Die meisten Verhafteten werden jedoch nach einem kurzen Verhör wieder entlassen.

30. Dezember 1918 – Verstaatlichung nur für Grundstoffindustrien und für Kraftwerke

München * Vor einer Versammlung von Rätedelegierten führt Kurt Eisner zum Thema Sozialisierung folgendes aus: „Sie wissen, ich bin der Meinung, dass wir heute die ganze Industrie auf einmal sozialisieren können. […] Man kann politische Gewalten stürzen, man kann aber keine wirtschaftliche Organisation durch Revolution aufbauen“. Eisner schlägt deshalb eine Verstaatlichung nur für gewisse Grundstoffindustrien und für Kraftwerke vor.

1919 – Die Planungen und Entwürfe für den Bugatti Royale Typ 41 beginnen

Molsheim * Die Planungen und Entwürfe für den Bugatti Royale Typ 41 beginnen. Ettore Bugatti will ein Luxusfahrzeug konstruieren, das, angetrieben von dem stärksten und laufruhigsten Motor seiner Zeit, der Konkurrenz von Rolls-Royce, Mercedes-Benz, Maybach und Cadillac überlegen ist. Als Kundschaft hat Ettore Bugatti die europäischen Königshäuser und die Reichen der Zeit im Blick. Es werden allerdings nur sechs Fahrzeuge gebaut werden.

1919 – Unionsbrauerei unter wirtschaftlichem Druck

München-Haidhausen * Die Unionsbrauerei schließt das Braujahr 1918/19 mit einem Verlust von mehr als 340.000 Mark ab. Ein Teil der Schulden ist der Auszahlung der Dividende in Höhe von vier Prozent geschuldet. Um das Ergebnis auszugleichen, muss sie ihre Reserven weitgehend auflösen. Am Ende verbleibt ein Gewinn von lediglich 60.000 Mark. Zugleich fehlt der Brauerei ein größerer Immobilienbesitz, mit dessen Erträgen sich anhaltende Verluste im Biergeschäft längerfristig auffangen ließen.

1. Januar 1919 – Schießerei im Katholischen Gesellenhaus

München-Hackenviertel * Im Katholischen Gesellenhaus in der Brunnstraße kommt es in den frühen Morgenstunden zu einer Auseinandersetzung zwischen der aus Soldaten, Matrosen und Zivilpersonen bestehenden Tanzgesellschaft und dem Sicherheitsdienst. Im Verlauf fallen Schüsse, die die Militärpolizei und die Republikanische Schutztruppe mit Handgranaten beantworten. Zahlreiche Personen werden verletzt, davon sieben schwer.

1. Januar 1919 – Die Österreichische Gesandtschaft wird besetzt

München-Graggenau * Karl Mandel, der Vorsitzende des Bundes der Deutsch-Österreicher in München besetzt - unterstützt durch bayerische Polizei und Republikanische Schutztruppen - die Österreichische Gesandtschaft im Prinz-Carl-Palais und das Österreichische Generalkonsulat in der Schackstraße. Die Aktion des Redakteurs richtet sich gegen die angeblich „schlechte und säumige Behandlung österreichischer Staatsangehöriger“. Ministerpräsident Kurt Eisner lässt noch in der Nacht die besetzten Gebäude räumen.

2. Januar 1919 – Verleger Julius Lehmann wird aus der Haft entlassen

München-Au * Der Verleger Julius Lehmann wird wieder aus dem Gerichtsgefängnis Neudeck entlassen. Das Mitglied der Thule-Gesellschaft war am 28. Dezember 1918 im Zusammenhang mit der Bürgerwehr-Affäre verhaftet worden.

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

4. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen. Es bildet die Grundlage der Landtagswahlen am 12. Januar 1919. In der Präambel zur Republik heißt es: „In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste“. Der Freistaat Bayern wird von einem Einkammersystem und einem Kabinett gemeinsam regiert. Dem Kabinett steht die oberste vollziehende Gewalt zu. Ihm bleibt außerdem das Recht vorbehalten, innerhalb von vier Wochen eine Volksabstimmung über jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz zu verlangen. Im Artikel 7 des Staatsgrundgesetzes heißt es dazu: „Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.“ Im Staatsgrundgesetz wird auch festgelegt, dass das Unterrichtswesen in Bayern ab sofort eine staatliche Angelegenheit ist.Der Religionsunterricht ist damit nicht mehr eine allein den Glaubensgemeinschaften obliegende Angelegenheit, die Abschaffung der Adelstitel, die Einführung des Frauenwahlrechts. Dass die Räte im Vorläufigen Staatsgrundgesetz mit keinem Wort erwähnt werden, ist den Liberalen und dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken. Der Artikel 17 bestimmt: „Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muss, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.“ Dadurch kann die Eisner-Regierung auf legaler Grundlage die Herrschaft über Bayern auch noch nach der Wahl am 2. Februar 1919 in der Rheinpfalz ausüben.

5. Januar 1919 – Die Deutsche Arbeiterpartei - DAP wird gegründet

München-Hackenviertel * Eine Woche vor der bayerischen Landtagswahl wird im Fürstenfelder Hof, in der Fürstenfelder Straße 14, die Deutsche Arbeiterpartei - DAP durch den Werkzeugschlosser Anton Drexler und den Sportjournalisten Karl Harrer sowie 22 weiteren Anwesenden gegründet. Die Deutschen Arbeiterpartei - DAP geht aus dem Münchner Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden hervor, der am 7. März 1918 ebenfalls von Drexler gegründet worden war. Als Vorsitzender der neuen Partei wird Anton Drexler gewählt. Zu den ersten Mitgliedern der DAP zählen fast ausschließlich Arbeitskollegen Drexlers aus den Münchner Eisenbahnwerken. Die ersten Parteiversammlungen finden in Hinterzimmern kleiner Bierlokale statt. Der wenig begeisternde Redner Drexler hält zumeist kaum motivierende Reden, die oft in der Geräuschkulisse des Lokals untergehen. Während der Politische Arbeiterzirkel eindeutig eine Schöpfung der Thule-Gesellschaft ist, soll die Deutsche Arbeiterpartei - aus taktischen Erwägungen - als Gründung Anton Drexlers erscheinen.

Vorbereitet wird die konstituierende Parteiversammlung von einem Dreier-Ausschuss, der sich aus Harrer, Drexler und Michael Lotter zusammengesetzt. An der eigentlichen Versammlung nimmt Harrer allerdings nicht teil. Umgekehrt werden Drexler und Lotter keine Mitglieder der Thule-Gesellschaft, verkehren aber als ständige Gäste in den Logenräumen im Hotel Vier Jahreszeiten, wo sie bald auch Personen wie Dietrich Eckart und Gottfried Feder kennenlernen.

In den von der Gründungsversammlung angenommenen Richtlinien der Deutschen Arbeiterpartei heißt es, dass die DAP eine aus „allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation“ ist. Die Deutsche Arbeiterpartei will „die Adelung des deutschen Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zum Mittelstand gerechnet zu werden. Zwischen Arbeiter und Proletarier soll ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden. [...] Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen, sofern nicht rücksichtsloseste Ausbeutung des Arbeiters diesem ein menschenwürdiges Dasein unmöglich macht. Die DAP sieht in der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens einen Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft. [...] Darum darf es nicht Sozialisierung, sondern Gewinnbeteiligung für den deutschen Arbeiter heißen. [...].“

Hier zeichnete sich deutlich eine eigentlich mittelständische Orientierung dieser pseudosozialistischen und antisemitischen Organisation ab. Die anfallende Parteiarbeit der zunächst auf München beschränkten winzigen Vereinigung wird im Wesentlichen von dem mit dem Politischen Arbeiterzirkel nicht identischen Arbeitsausschuss der DAP bewältigt, der in den Anfängen auch die Führung der Gesamtpartei inne hat und dem im Sommer 1919 neben Anton Drexler und Karl Harrer weitere vier Personen angehören. Anton Drexler, der Vorsitzende der Deutschen Arbeiter Partei - DAP, bleibt es bis zum Juni 1921.

7. Januar 1919 – Die Republikanische Schutztruppe zerstreut die Demonstration

München * Am Abend kommt es in der Innenstadt immer wieder zu Menschenansammlungen. Um 22 Uhr will die Menge in die Residenz eindringen, wo sie Eisner versteckt glaubt. Doch der bayerische Ministerpräsident hält sich an diesem Tag in Weiden auf und bekommt die Vorgänge überhaupt nicht mit. Die Republikanische Schutztruppe kann die Demonstration zerstreuen. Gegen 23:30 Uhr verlangt eine rund 200 Mann starke Gruppe vor dem Polizeipräsidium die Freilassung verhafteter Soldaten und Matrosen. Die Menschenansammlung kann zum Abzug bewegt werden.

10. Januar 1919 – Anführer der Linken werden verhaftet

München * Nahezu alle Anführer der Kommunisten und Spartakisten werden verhaftet, darunter

Erich Mühsam, Josef Sontheimer, Eugen Leviné, Max Levien, Hildegard Elisabeth Cramer und weitere.

10. Januar 1919 – Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird gegründet

Berlin * Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird in Berlin gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

10. Januar 1919 – Gefangenenbefreiung durch Demonstrationen

München-Kreuzviertel * Gegen 15 Uhr beginnen die entsetzten Versammelten einen Demonstrationszug zum Montgelas-Palais, in dem Ministerpräsident Kurt Eisner residiert, und fordert die Freilassung der Verhafteten. Eisner erklärt sich zum Empfang einer Abordnung am nächsten Tag bereit, wenn sie ruhig und ohne Massendemonstration käme. Die Demonstranten werden immer erregter. Oskar Maria Graf berichtet: „Hin und her drängte sich alles. Hinter dem verschlossenen Tor, hieß es, stünden schussbereite Maschinengewehrschützen. Man ratschlagte einige Minuten. Auf einmal kletterte ein Matrose auf dem Kandelaber zum Balkon empor, schwang sich drüber und verschwand unter lautem Jubel in der Tür. Kurz darauf erschien er mit Eisner, der fürchterregt auf uns herunter schrie: ‚So holt sie euch, in Gottes Namen! Sie sind enthaftet!‘“ Daraufhin ziehen sich die Demonstranten zurück.

10. Januar 1919 – Demonstration auf der Theresienwiese

München-Ludwigsvorstadt * Gegen 13 Uhr versammeln sich über tausend Demonstranten auf der Theresienwiese. Durch die Redner erfahren sie von den Verhaftungen vom Vormittag.

10. Januar 1919 – Mehrere Tote nach Schießerei am Bahnhofsplatz

München-Ludwigsvorstadt * Die aus der Haft in Stadelheim entlassenen Erich Mühsam und Eugen Leviné sprechen im Festsaal des Mathäserbräu. Es kommt zu einer Schießerei, bei der ein Chauffeur getötet und ein 14-jähriger Lehrling verwundet wird. Gegen 22:30 Uhr kommt es auf dem Bahnhofsplatz zu einer Schießerei zwischen den Demonstranten und der

Bahnhofswache. Als die Demonstranten in den Südbau des Bahnhofs einzudringen versuchen, eröffnet die Bahnhofswache ein Maschinengewehrfeuer, in dem drei Frauen und zwei Männer getötet sowie 15 Personen schwer verwundet werden.

13. Januar 1919 – Dank an die braven Truppen der Republik

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten [= Regierung Ebert] dankt „den braven Truppen der Republik“, denen es gelungen ist, „aus eigener Kraft und durch Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte“. Der Januaraufstand, der als Spartakusaufstand in die Geschichte einging, ist niedergeschlagen.

13. Januar 1919 – Razzia beim Soller und beim Metzgerbräu im Tal

München-Angerviertel * Beim Soller und im Metzgerbräu im Tal werden durch ein umfangreiches Polizeiaufgebot Razzien durchgeführt. 220 Personen werden verhaftet und ein Lastwagen mit aus Miltärbeständen stammendem Hehlergut beschlagnahmt.

14. Januar 1919 – Der neue Tagungsort der Reichsregierung ist Weimar

Berlin - Weimar * Um dem Druck der starken linksgerichteten Arbeiterschaft auszuweichen, drängt Friedrich Ebert bereits im Dezember 1918 auf die Verlagerung der Regierung aus der Reichshauptstadt. Untersucht werden die vier Standorte Bayreuth, Nürnberg, Jena und Weimar. An diesem 14. Januar wird das Deutsche Nationaltheater in Weimar als künftiger Tagungsort bestimmt.

14. Januar 1919 – Die am Januarstreik beteiligten werden amnestiert

München * Aufgrund der Amnestie vom 12. November 1918 stellt das Reichsgericht die Strafverfahren gegen die am Januarstreik Beteiligten ein. Amnestiert werden: der Schriftsteller Kurt Eisner [derzeit Bayerischer Ministerpräsident], der Schlosser Hans Unterleitner [derzeit bayerischer Sozialminister], der Schreinermeister Albert Winter, die Buchhalterin Emilie Landauer und die Buchhalterin Betty Landauer, der Mechaniker Lorenz Winkler, der Eisendreher Franz Xaver Mettler, der Student Ernst Toller, der Handlungsgehilfe Richard

Kämpfer, der Schriftsetzer Theobald Michler, der Werkzeugmacher Georg Lang, der Geschäftsführer Fritz Schröder und der Soldat Carl Kröpelin. Die am 1. Februar 1918 als Rednerin verhaftete und in die Strafvollzugsanstalt Stadelheim gebrachte Privatdozentsgattin Sara Sonja Lerch hat sich dort am 30. März 1918 erhängt.

15. Januar 1919 – Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden brutal ermordet

Berlin * Die beiden Kommunistenführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden verhaftet und ins Hotel Eden gebracht, in dem die Garde-Kavallerie-Schützen-Division ihr Stabsquartier aufgeschlagen hat. Karl Liebknecht wird - nach schweren Misshandlungen - am Abend in den Tiergarten gefahren und von hinten erschossen. Rosa Luxemburg wird niedergeschlagen, in ein Auto gezerrt und während der Fahrt durch einen aufgesetzten Schläfenschuss getötet. Ihren Leichnam werfen die Mörder in den Landwehrkanal. Der Hauptverantwortliche für die Ermordungen, Waldemar Papst, beruft sich später auf einen angeblichen „Schießbefehl“ des SPD-Innenministers Gustav Noske.

15. Januar 1919 – Bei einer Razzia wird Hehlerware beschlagnahmt

München * Bei einer weiteren Razzia werden im Bavaria-Automat in der Bayerstraße, in den Gastwirtschaften Stadt Kempten und Zum Fischmarkt am Viktualienmarkt, einer Kaffeeschenke in der Westenriederstraße und im Gasthaus zum Schwane am Rosenheimer Berg rund einhundert Personen verhaftet und umfangreiches Heeresgut, darunter Pferde, beschlagnahmt.

16. Januar 1919 – USA ratifizieren die Prohibition

USA * Die USA ratifizieren die gesetzlichen Grundlagen für die Prohibition. Ein Jahr später tritt das landesweite Verbot der Herstellung, des Verkaufs und des Transports alkoholischer Getränke in Kraft. Vor allem religiöse Gruppen und die Temperenzbewegung setzen sich für das Alkoholverbot ein. Sie betrachten Alkohol als Ursache zahlreicher gesellschaftlicher Probleme wie Armut, Gewalt und Kriminalität. Die Temperenzbewegung ist damit die treibende Kraft hinter der Einführung der Prohibition in den USA.

17. Januar 1919 – Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet

Berlin * Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet. Die Finanzierung der Freikorps findet aus den Mitteln des Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft statt, der am 10. Januar 1919 in Berlin mit 500 Millionen Reichsmark gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet wurde. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

17. Januar 1919 – Verhandlungen zur Sozialisierung des Kohlebergbaus

Essen - Berlin * Die Essener Neunerkommission führt in Berlin Verhandlungen zur Sozialisierung des Kohlebergbaus. Die Essener Sozialisierungsbestrebungen werden weder von der Reichsregierung noch von der zentralen Gewerkschaftsführung unterstützt. Die Erfolge der Neunerkommission sind überschaubar.

21. Januar 1919 – Diskussion zur wirksamen Weiterführung des Rätesystems

München * In der Plenarsitzung der bayerischen Räte geht es um die wirksame Weiterführung des Rätesystems. Es werden zwei Richtungen diskutiert: Entweder treten die Räte an die Stelle der Beamtenschaft oder sie bilden eine souveräne gesetzgebende Körperschaft, die über die Natur der Gesetze zu entscheiden hat. Die Billigung der Gesetze durch den Landtag ist dann nur noch eine Formalie. Beide Fälle gehen von der Voraussetzung aus, dass die Räte das beherrschende Element im Aufbau der Staatsregierung sind.

27. Januar 1919 – Anton Graf Arco will gegen Kurt Eisner plakatieren

München * Anton Graf Arco auf Valley, der spätere Eisner-Mörder, will mit einem Aufruf die Bevölkerung aufrütteln: „Wer ist Bayerns Vertreter im Reich? Wer greift dem Willen des Bayernvolkes, der durch den Landtag vertreten wird, durch Staatsgrundgesetz? [sic!] Wer macht unser so geachtetes Volk durch kinderhafte politische Manöver im Deutschen Reich und im Ausland lächerlich? Kurt Eisner Ministerpräsident.“ Die Plakatierung des etwas verworrenen Pamphlets wird vom Polizeipräsidenten Josef Staimer verboten.

4. Februar 1919 – Regierungstruppen befreien die Hansestadt Bremen

Bremen * In Bremen, das sich am 10. Januar 1919 zur Selbstständigen Sozialistischen Republik erklärt hat, rücken Freikorps ein. Damit beginnt der Einsatz der meist aus rechtsextremen Offizieren und Mannschaften bestehenden Freikorps zur Niederschlagung von Unruhen und Streiks.

6. Februar 1919 – Die USPD beteiligt sich nicht an der Reichsregierung

Berlin - Weimar * Die Unabhängigen Sozialdemokraten antworten auf das Angebot der SPD-Fraktion zum Eintritt in die Reichsregierung distanziert. Die USPD will sich nur dann beteiligen, wenn sämtliche Mitglieder der Regierung den entschlossenen Willen zeigen, „die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militärautokratie sicherzustellen“.

7. Februar 1919 – Der Kommunistenführer Max Levien wird verhaftet

München * Der Kommunistenführer Max Levien wird wegen „umstürzlerischer Umtriebe“ verhaftet. Sein Geisteszustand wird untersucht.

8. Februar 1919 – Der Revolutionäre Arbeiterrat verlangt die Freilassung von Max Levien

München * Eine Abordnung des Revolutionären Arbeiterrats verlangt bei Justizminister Dr. Edgar Jaffé die Freilassung des am Tag zuvor verhafteten Kommunistenführers Max Levien.

11. Februar 1919 – Der Kommunistenführer Max Levien wird aus der Haft entlassen

München * Der Kommunistenführer Max Levien wird zwar aus der Haft entlassen, doch das Verfahren gegen ihn wird weiterverfolgt.

11. Februar 1919 – Die Mitglieder des Generalsoldatenrats werden verhaftet

Münster * General Oskar Freiherr von Watters lässt im Bereich des VII. Armeekommandos in Münster den Generalsoldatenrat auflösen und seine Mitglieder verhaften.

12. Februar 1919 – Reichspräsident Ebert ernennt die neue Reichsregierung

Weimar * Reichspräsident Friedrich Ebert setzt das neue Reichsministerium ein. Die Reichsregierung wird auch als Weimarer Koalition bezeichnet. Sie besteht aus SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei - DDP. Das Kabinett Scheidemann setzt sich zusammen aus: Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident, SPD; Otto Landsberg, Justizminister, SPD; Gustav Noske, Reichswehrminister, SPD; Rudolf Wissell, Wirtschaftsminister, SPD; Robert Schmidt, Reichsernährungsminister, SPD; Gustav Bauer, Reichsarbeitsminister, SPD; Eduard David, Minister ohne Geschäftsbereich, SPD; Eugen Schiffer, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, DDP; Hugo Preuß, Innenminister, DDP; Georg Gothein, Reichsschatzminister und Minister ohne Geschäftsbereich, DDP; Johannes Bell, Verkehrsminister und Reichsminister für Kolonien, Zentrum; Johannes Giesberts, Reichspostminister, Zentrum; Matthias Erzberger, Minister ohne Geschäftsbereich, Zentrum; Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt, Parteilos. Die Aufgabe des Rates der Volksbeauftragten ist damit erfüllt.

13. Februar 1919 – Reichskanzler Philipp Scheidemann stellt das Regierungsprogramm vor

Weimar * Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann stellt das Arbeitsprogramm der neuen Reichsregierung vor. Es beinhaltet: den sofortigen Friedensschluss, die Demokratisierung der Verwaltung, die Schaffung eines demokratischen Volksheeres, die öffentliche Kontrolle privatmonopolistischer Wirtschaftszweige, die Sozialisierung der Bergwerke und der Energiebetriebe, die verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und soziale Verbesserungen.

13. Februar 1919 – Verhandlungen zur Sozialisierung der Bergbaubetriebe

Weimar - Essen * In Weimar beginnen die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Essener Neunerkommission, dem Bezirksbetriebsrat Halle, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Die Regierung weigert sich, den Betriebsräten außer sozialpolitischen Rechten weitere Funktionen im wirtschaftlichen und politischem Raum zuzugestehen. Der umfassende Kontrollanspruch der Arbeiterräte wird abgelehnt.

19. Februar 1919 – Gegen 16 Uhr beginnt der sogenannte Lotter-Putsch

München * Gegen 16 Uhr beginnt in München der sogenannte Lotter-Putsch, an dem sich rund 600 bewaffnete, überwiegend bayerische Soldaten beteiligen, die am 15. Februar aus Wilhelmshaven kommend hier eingetroffen sind. Die Putschisten unter Führung des Obermatrosen Conrad Lotter schlagen gleichzeitig an drei Stellen zu: Sie besetzen das Telegraphenamt am Hauptbahnhof, verhaften zur gleichen Zeit den Stadtkommandanten Oskar Dürr und den Polizeipräsidenten Josef Staimer in ihren Dienststellen und wollen in das vom Rätekongress besetzte Landtagsgebäude in der Prannerstraße eindringen. Außerdem wollen sie Kurt Eisner festnehmen und in die Tschechoslowakei abschieben. Während die putschenden Matrosen die beiden ersten Aktionen erfolgreich durchführen können, werden sie im Landtag von der Landtagswache mit Maschinengewehrfeuer vertrieben. Die Festnahme von Kurt Eisner verhindert der Landessoldatenrat Richard Scheid. Die Münchner Bevölkerung hält die Putschisten fälschlich für preußische Spartakisten. Es kommt am Bahnhofsplatz zu einer kurzen Schießerei, bei dem der Straßenbahnfahrer Franz Stangl durch einen Kopfschuss ums Leben kommt. Gegen 17:30 Uhr ziehen sich die putschenden Matrosen zurück. Conrad Lotter wird verhaftet.

21. Februar 1919 – Beschäftigte legen die Arbeit nieder und nehmen an Versammlungen teil

München * Infolge verschiedener Aufrufe zum Generalstreik legen viele Beschäftigte die Arbeit nieder und nehmen überall in der Stadt an Versammlungen teil, bei denen Vergeltung für den Mord an Kurt Eisner gefordert wird.

21. Februar 1919 – Der Zentralrat nimmt seine Arbeit auf

München-Kreuzviertel * Gleich nach seiner Ernennung nimmt der Zentralrat seine Arbeit auf.
Der von der USPD spontan ausgerufene Generalstreik wird bestätigt, alle Geschäfte und Vergnügungsstätten werden für drei Tage geschlossen, der Zug- und Straßenbahnverkehr wird eingestellt, eine nächtliche Ausgangssperre wird erlassen und der Belagerungszustand über München verhängt, und damit Raub, Plünderung und Diebstahl unter Todesstrafe gestellt.

21. Februar 1919 – MilitärministerAlbert Roßhaupter kommt in Schutzhaft

München-Kreuzviertel * Kultusminister Johannes Hoffmann tritt von seinem Amt zurück. Albert Roßhaupter, der Minister für militärische Angelegenheiten, wird in Schutzhaft genommen.

21. Februar 1919 – Ein Zentralrat der Bayerischen Republik konstituiert sich

München * Aus Vertretern der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialdemokraten, Kommunisten sowie den Vollzugsorganen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und dem Revolutionären Arbeiterrat bildet sich ein Zentralrat der Bayerischen Republik. Dieser sogenannte Elfmännerausschuss fungiert als Regierungsgremium, das die Geschäfte so lange kommissarisch führen soll, bis eine endgültige Regelung gefunden wird. Zum Vorsitzenden des Zentralrats wird Ernst Niekisch, ein junger Volksschullehrer, Vorsitzender der Augsburger Arbeiter- und Soldatenräte und Mitglied des Landesarbeitsrates gewählt. Ernst Niekisch ist zwar Mehrheitssozialdemokrat, gilt aber aufgrund seiner Befürwortung der Räte als Mann des Ausgleichs zwischen den ideologischen Gegensätzen und wird auch von den rechten Sozialdemokraten akzeptiert. Er gilt als die Integrationsfigur, die der Republik über die schwere Zeit hinweghelfen kann. Neben Ernst Niekisch, Carl Kröplin und Hermann Eisenhut vom Vollzugsrat der Arbeiterräte gehören dem Zentralrat außerdem an: Karl Gandorfer, Wolfgang Hofmann und Johann Wutzlhofer vom Vollzugsrat der Bauernräte, Fritz Sauber, Engelbert Kohlschmidt und Johann Panzer vom Vollzugsrat der Soldatenräte sowie Max Levien und August Hagemeister vom Revolutionären Arbeiterrat. Dem Zentralrat wird ein erweiterter Aktionsausschuss zur Seite gestellt, um die Fülle der anstehenden Arbeiten zu bewältigen. Dieser wiederum konstituiert verschiedene Kommissionen, die das tägliche Leben regeln sollen. So entstehen Kommissionen zur Bewaffnung des Proletariats, zur Ernährung, zur Lebensmittelversorgung, für das Wohnungswesen, für das Gerichtswesen, für Aufklärungs- und Nachrichtendienste, für Heereswesen und zur Produktionsregelung.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[…] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheuerer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flüchen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer

Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[…].“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner‘schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung […] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. […] Die Demokratisierung der Armee […] wurde durchgeführt. […] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am

Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, das die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen könnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag

zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird."

21. Februar 1919 – Josef Hofmiller: Kurt Eisner war Opfer der eigenen Politik

München-Haidhausen * Josef Hofmiller, nationalkonservativ gesinnter Gymnasiallehrer und Verfasser von Essays und Literaturkritiken, dazu Herausgeber der reaktionären Zeitschrift Süddeutsche Monatshefte, betrachtet Kurt Eisner in seinem Revolutionstagebuch als Opfer der eigenen Politik: „Eisner forderte durch sein ganzes Verhalten zu seiner gewaltsamen Entfernung heraus. Er erklärte bei jeder Gelegenheit, dass es ihm nicht einfalle, als Ministerpräsident zu gehen. Er hätte sicher noch die schwerste Opposition gemacht. Es war nicht möglich, mit ihm zu regieren; es wäre vermutlich nicht möglich gewesen, ohne ihn zu regieren, da er einen zwar kleinen, aber zu allem entschlossenen Anhang hinter sich hatte. Unzweckmäßig scheint mir, dass man ihn nicht früher beseitigte, und zwar auf vollkommen harmlose Weise. Der gegebene Augenblick wäre gewesen, als er von der Schweiz zurückkehrte. […] Man hätte ihn z. B. zwischen Füssen und Murnau in irgendeine Jagdhütte des Ammergebirges bringen können, von ihm Verzicht auf sein Amt verlangen, ihn sodann über die Grenze schaffen, ihm seine Papiere usw. abnehmen. Inzwischen wären acht bis vierzehn Tage vergangen, der Landtag wäre eröffnet worden, und der Unruhestifter wäre ohne Blutvergießen erledigt gewesen. So wird sein gewaltsamer Tod einen Bürgerkrieg zur Folge haben. Aber wäre dieser Bürgerkrieg nicht sowieso gekommen? Die Auseinandersetzung mit den Räten ist unvermeidlich. Es fragt sich jetzt nur, wer die Macht hat. Wer sie am Schluss haben wird, ist mir nicht zweifelhaft. Aber einstweilen kann es immerhin ein heftiges Durcheinander geben. Ich bedaure, dass wir heute nicht im ‚Union' zusammenkommen können, nachdem ich schon vor acht Tagen nicht dort war. […] Ich habe den Tod Eisners vorausgesehen und vorausgesagt."

22. Februar 1919 – Bisherige Minister führen ihre Ressorts weiter

München-Kreuzviertel * Die bisherigen Minister Dr. Edgar Jaffé, Hans Unterleitner und Heinrich Ritter von Frauendorfer richten an den Zentralrat des Volksstaates Bayern das nachstehende

Schreiben: „Die Unterzeichneten haben im Interesse des Landes seit dem 21. Februar 1919 die laufenden Geschäfte ihres Ressorts weitergeführt und sind auch bereit, dies fürderhin zu tun, bis eine neue Regierung gebildet ist. Sie erklären ausdrücklich, dass sie lediglich verantwortlich sind für die von Ihnen innerhalb ihres Verwaltungsbereiches getroffenen Maßnahmen. Sie stellen fest, dass sie die allgemeine Führung der Regierungsgeschäfte und für die Maßnahmen des Zentralrats keinerlei Mitverantwortlichkeit tragen, insbesondere auch nicht die Festnahme und Einbehaltung von Geiseln, sowie für die gegenüber der Presse getroffenen Maßnahmen."

22. Februar 1919 – Gespräche zur Überwindung der Spaltung der Linken

München * Ernst Niekisch strebt die Wiederannäherung von USPD und SPD an, weshalb drei Mitglieder des Zentralrats - Niekisch, Sauber und Gandorfer - versuchen, durch Gespräche mit Delegierten der Münchner Ortsgruppen von SPD, USPD und Freien Gewerkschaften die Spaltung der Linken zu überwinden und eine sozialistische Einheitsfront zu begründen. Die sechs Verhandlungsführer bezeichnen sich als „Kommission zur Wiederherstellung der Einheit der sozialdemokratischen Parteien". Sie erarbeiteten eine Vereinbarung als Grundlage für Verhandlungen unter den von ihnen vertretenen Interessengruppen. In der Präambel wird jeder politische Mord verurteilt, „gleich, von welcher Seite er verübt wird", und ein Programm sozialistischer Einheit aufgestellt, das die Sicherung der Erfolge der Revolution gewährleisten und einen Bruder- und Bürgerkrieg vermeiden soll. Artikel 1 sieht vor, dass die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in der Bayerischen Verfassung anerkannt und verankert werden. Rätemitglieder sollen in Ausübung ihres Amtes Immunität genießen. Außerdem sollen sie den Ministerien beratend zur Seite stehen. Nach Artikel 2 sollen die im Amt verbliebenen Minister ihre Stellung behalten und mit anderen Parteigenossen ein sozialistisches Ministerium bilden, dem ein Mitglied es Bayerischen Bauernbundes als Landwirtschaftsminister beitreten soll. Artikel 3 lautet: „Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden." Gemäß Artikel 4 soll das stehende Heer sofort aufgelöst und durch eine republikanische Schutzwehr, die aus Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der organisierten Landarbeiterschaft besteht, ersetzt werden. Nach Artikel 5 wird die Freiheit der Presse grundsätzlich wiederhergestellt, doch werden gleichzeitig - „bis zur Rückkehr geordneter Verhältnisse" - erhebliche Einschränkungen der Pressefreiheit gefordert. Wie vorauszusehen war, geben die SPD-Führung und die Freien Gewerkschaften der Vereinbarung unverzüglich ihre Zustimmung. Anders die Münchner Räte. Sie zeigten sich über die hinter ihrem Rücken stattfindenden Gespräche empört. Eine zur Beratung des Programms einberufene Versammlung löste sich wegen des dritten Artikels in einem Tumult auf. Die Münchner Räte

drohen unverhohlen, dass sie einem Zentralrat, der bereit ist, den Landtag anzuerkennen, die Bestätigung verweigern will. Damit besteht die geforderte und so hoch gelobte Einheitsfront nur noch auf dem Papier. Ernst Niekisch ist jetzt zwar quasi Regierungschef in Bayern. Doch den im Umbruch befindlichen Staat zu lenken, ist alles andere als einfach. Als zentrale Frage bleibt: Welches Regierungssystem - Parlamentarismus oder Räterepublik - soll künftig in Bayern herrschen?

22. Februar 1919 – Geiseln werden in Schutzhaft genommen

München-Kreuzviertel * Um weiteren konterrevolutionären Attentaten vorzubeugen beschließt der Zentralrat Geiseln in Schutzhaft zu nehmen. Diese werden weitgehend zufällig aus Kreisen des Bürgertums und der Offiziere auswählt und in das Hotel Bayerischer Hof gebracht.

22. Februar 1919 – Der Zentralrat wird erweitert

München-Kreuzviertel * Der Zentralrat wird durch die Aufnahme des Mehrheitssozialisten Karl Schmidt und des Gewerkschaftssekretärs Albert Schmid erweitert.

23. Februar 1919 – Arbeiter können unter bestimmten Umständen eine Waffe erhalten

München-Theresienwiese * Auf der Theresienwiese versammeln sich gegen 13 Uhr mehrere Tausend Personen. Hier können freigewerkschaftlich organisierte oder einer sozialistischen Partei zugehörige Arbeiter eine Waffe erhalten, wenn sie mindestens 20 Jahre alt und an der Waffe ausgebildet sind. Ob und in welcher Anzahl Waffen ausgegeben wurden, ist unklar.
Gegen 16 Uhr formiert sich ein Demonstrationszug zur Innenstadt, der sich am Schiller-Denkmal auflöst.

26. Februar 1919 – 100.000 Menschen nehmen an Kurt Eisners Bestattungsfeierlichkeiten teil

München-Giesing * Zeugten schon die Geschehnisse am Ort des Attentats von breiter Betroffenheit über Kurt Eisners Tod, so wird sein Begräbnis zu einer außergewöhnlichen Trauerbekundung der Bevölkerung. Der Zentralrat ordnet für ganz Bayern Landestrauer an. Die öffentlichen Gebäude sind auf Halbmast schwarz und rot beflaggt. Die Arbeit ruht. Annähernd 100.000 Menschen nehmen an den Bestattungsfeierlichkeiten teil. Ab 9 Uhr bewegt sich der

Trauerzug - begleitet von 20 Musikkapellen - von der Theresienwiese zum Ostfriedhof. Matrosen tragen den mit schwarzen Tüchern verhüllten Sarg. Um 10 Uhr beginnt ein halbstündiges Glockengeläut. Die Trauerfeier mit der Einäscherung in der Halle des Krematoriums beginnt um 10:30 Uhr. Sie dauert bis 11:40 Uhr. Gustav Landauer hält eine Gedächtnisrede, in der er ausführt: „Kurt Eisner, der Jude, war ein Prophet, der unbarmherzig mit den kleinmütigen, erbärmlichen Menschen gerungen hat, weil er die Menschheit liebte und an sie glaubte und sie wollte. Er war ein Prophet, weil er mit den Armen und getretenen fühlte und die Möglichkeit, die Notwendigkeit schaute, der Not und Knechtung ein Ende zu machen. Er war ein Prophet, weil er ein Erkennender war, dieser Dichter, der zugleich von der Schönheit, die kommen sollte, träumte und den harten, bösen Tatsachen unerschrocken ins Gesicht sah. Er war ein Prophet, und er wurde so zum Satiriker und zum Geißler der Verlogenheit und Verkleisterung, wie er sie zumal bei seinen Kollegen von der Presse fand, er war ein unermüdlicher, trockener Erforscher der Wirklichkeit. So war er, der Schauend-Gestaltend-Erkennende, auch ein Prophet in dem Sinne, dass er die Zukunft voraus sah. Er wollte mit den Menschen gehen, er wollte auf die Menschen wirken, aber nichts lag ihm ferner als Herrschaft oder unterdrückende Überlegenheit.“ Selbst die bürgerliche Presse ist beeindruckt und schreibt: „In ihrer reichen Geschichte hat die bayerische Hauptstadt wohl viele prunkvolle Leichenzüge zu verzeichnen, aber keinen, der, was Massenentfaltung anlangt, denjenigen übertrifft, der am Vorfrühlingstage des 26. Februar halb München in Bewegung setzte.“

28. Februar 1919 – Demonstrationszüge zur Befreiung der Inhaftierten

München * Im Wagnersaal und im Mathäserbräu tagen die Unabhängigen Sozialdemokraten beziehungsweise die Kommunisten, als die Nachrichten über die Verhaftungen im Landtagsgebäude eintreffen. Spontan bilden sich Demonstrationszüge zur Befreiung der Inhaftierten. Von der Türkenkaserne schließt sich ihnen eine Abordnung des Leibregiments an. Der inzwischen vereinigte Demonstrationszug bewegt sich zum Landtagsgebäude in der Prannerstraße, wo die inzwischen befreiten Gefangenen zur Menge sprechen und sich die Demonstration daraufhin unter Hochrufen auf die Räte auflöst.

28. Februar 1919 – Verhaftungen aus dem Sitzungssaal heraus

München-Kreuzviertel * Noch vor der Abstimmung werden die Delegierten Max Levien, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Franz Michael Cronauer und Wilhelm Reichart von der SPD-nahen und von Innenminister Erhard Auer errichteten Republikanischen Schutztruppe aus dem Sitzungssaal heraus verhaftet. Ernst Niekisch versucht verzweifelt Herr der Lage zu bleiben und

erreicht, dass die Verhafteten wenige Minuten später wieder freigelassen werden. Die Verantwortung für die unübersichtliche Situation übernimmt schließlich der Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer.

28. Februar 1919 – Der Zentralrat äußert sich zum Eisner-Attentat

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint eine Proklamation, in der der Zentralrat über die Vorkommnisse nach dem Attentat schreibt: „Der Schuss, der Kurt Eisner tötete und mit ihm die Revolution vernichten sollte, [musste] das Signal zur Sicherung und Fortführung von Eisners Werk sein. Die Arbeiterschaft aller Richtungen war geschlossen, die gesamte Garnison Münchens stellte sich ihr zur Seite“.Doch das ist reines Wunschdenken.

1. März 1919 – Eine von Martin Segitz (SPD) geführte Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Nachdem am Tag zuvor beschlossen worden ist, dass die Einberufung des Landtags auf unbestimmte Zeit verschoben wird, bestimmt der Rätekongress am Nachmittag des 1. März die neuen Minister. Der gemäßigte [!] Mehrheitssozialdemokrat Martin Segitz wird Ministerpräsident und leitet zudem noch das Außen- und Innenministerium, Ernst Niekisch [SPD] ist zuständig für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] für Justiz, Richard Scheid [SPD] für militärische Angelegenheiten, Joseph Simon [USPD] für Handel, Gewerbe und Industrie, Edgar Jaffé [USPD] für Finanzen, Hans Unterleitner [USPD] für soziale Angelegenheiten und Theodor Dirr [BBB] für Land- und Forstwirtschaft. Der parteilose Heinrich von Frauendorfer übernimmt das Verkehrsministerium. Nun müssen nur noch die betroffenen politischen Parteien ihren Mitgliedern die Annahme des Ministeramtes gestatten.

1. März 1919 – Der Rätekongress wählt einen Aktionsausschuss

München-Kreuzviertel - München-Theresienwiese * Der Rätekongress wählt einen Aktionsausschuss. Noch während der Sitzung kommt es auf der Theresienwiese zu einer Demonstration gegen die Verhaftungen vom Vortag und für die Proklamation der Räterepublik. Die daraufhin aufmarschierende Republikanische Schutztruppe schießt wahllos in die Menge, tötet drei Menschen und verletzt neun schwer. Die Nachricht wird im Rätekongress mit einer Mischung aus Erleichterung und Abscheu aufgenommen. Die Radikalen sehen darin den völligen „Bankrott der Sozialdemokratie“. Für sie erklärte der

Anarchist Gustav Landauer: „In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die Sozialdemokratische Partei.“

1. März 1919 – Die Münchner Garnison stellte sich hinter den Stadtkommandanten Dürr

München * Sämtliche Münchner Truppenteile sprechen in einer Entschließung dem Stadtkommandanten Oskar Dürr, dem die Abteilung der Republikanischen Schutztruppe untersteht, die auf der Theresienwiese das Blutbad mit drei Toten hinterlassen hat, das Vertrauen aus. Sie fordern die sofortige Einsetzung eines rein sozialistischen Ministeriums unter Ausschaltung der Kommunisten und Spartakisten, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und eine Vernünftige Pressezensur, die jede Partei zu Wort kommen lässt.

3. März 1919 – Die Kasernenräte kritisieren die Ausgabe der Waffen an die Arbeiter

München * Die Kasernenräte kritisieren in einem öffentlichen Aufruf die Ausgabe der Waffen an freigewerkschaftlich organisierte und sozialistischen Parteien angehörenden Arbeitern, weil dabei Spartakisten bevorzugt worden sein sollen.

3. März 1919 – Generalstreik in Groß-Berlin beschlossen

Berlin * Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschließt - bei Enthaltung der sozialdemokratischen Delegierten - einen Generalstreik. Die Streikziele sind rein politische. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die sofortige Auflösung aller Freikorps, die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrussland sowie umfassende Kompetenzen für Arbeiter- und Soldatenräte auf wirtschaftlichem Gebiet.

5. März 1919 – Auf dem Heumarkt findet der Aschermittwoch-Pferdemarkt statt

München-Untergiesing * Auf dem städtischen Heumarkt an der Schyrenstraße findet der traditionelle Aschermittwoch-Pferdemarkt statt. Mit 930 Pferden ist das Angebot sehr umfangreich, die Geschäfte gehen aber schlecht.

6. März 1919 – Die sofortige Freilassung der Geiseln gefordert

München * Der SPD-Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Max Süßheim stellt auf dem Rätekongress den Antrag auf sofortige Freilassung der Geiseln, die aufgrund des Beschlusses des Zentralrats vom 22. Februar im Hotel Bayerischer Hof in Geiselhaft genommen worden waren. Zu diesem Zeitpunkt sind noch zwölf Geiseln in Stadelheim untergebracht. Fünfzehn sind bereits entlassen worden. Der Rätekongress beschließt die sofortige Entlassung der Geiseln, „soweit nicht nachweisbare Verdachtsgründe vorliegen“.

7. März 1919 – Der Berliner Generalstreik endet um 19 Uhr

Berlin * Die Sozialdemokraten beantragen in der Vollversammlung des Berliner Arbeiterrats die sofortige Beendigung des Generalstreiks. Auch die Gewerkschaftskommission empfiehlt den Abbruch des Streiks. Die Vollversammlung des Berliner Arbeiterrats beschließt - mit den Stimmen der USPD-Vertreter - den Generalstreik um 19 Uhr zu beenden. Das Ende des Streiks bedeutet aber nicht das Ende der Gewalt.

11. März 1919 – Abkehr von bürgerlicher Demokratie und Parlamentarismus

München * Die Münchner USPD beschließt auf ihrer Generalversammlung eine politische Kundgebung. In dieser erklärt sie die Abkehr von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Parlamentarismus. Sie sieht nur in den „aus der Revolution elementar erwachsenen Räten die Organisationsform, die notwendig ist, die Interessen aller produktiv Schaffenden in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu vertreten und die kapitalistische Ordnung in eine sozialistische umzugestalten“. Erforderlich dazu ist „die Eroberung der politischen Macht durch die Räte“.

13. März 1919 – Der Zentralrat schlägt die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamts vor

München * Der Zentralrat schlägt die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamts mit besonderen Vollmachten vor, das neben der Regierung arbeiten soll.

16. März 1919 – Im Odeon findet eine Trauerfeier für Kurt Eisner statt

München-Maxvorstadt * Im Odeon findet eine Trauerfeier für Kurt Eisner statt. Der Schriftsteller Heinrich Mann und Minister Hans Unterleitner halten die Gedenkrede. Heinrich Mann sagt: „Der verewigte Kurt Eisner wird beispielhaft in unserer Mitte weilen, seinen Tod überdauernd gewiss durch seine Taten, aber noch mehr durch das, was er war. Wir danken ihm nicht einfach den Sturz eines verworfenen Regiments, sondern dass dieses Regiment, das selbst in seinen weniger schändlichen Zeiten nichts anderes gewesen war als geistlose Gewalt, unvermittelt und in sinnbildlicher Art abgelöst wurde von der Menschenart, die Geist will und Geist schafft". Dann folgen die berühmten Worte des Schriftstellers: „Die hundert Tage der Regierung Eisners haben mehr Ideen, mehr Freuden der Vernuft, mehr Bewegung der Geister gebracht, als die fünfzig Jahre vorher. Sein Glaube an die Kraft des Gedankens, sich in Wirklichkeit zu verwandeln, ergriff selbst Ungläubige. In jeder Handlung sah er neben ihrer praktischen Wirkung ihr geistiges Gepräge. Achtstundentag, Demokratisierung des Heeres, eine befreite Schule, die wirtschaftliche Erfüllung der politischen Revolution: durch solche Taten dachte er, gleichwie in seinen Reden, die bis dahin verfemten Wahrheiten zu bezeugen. […] In Bern, auf der Sozialistentagung, hatte, solange er sprach, Deutschland keinen Feind mehr. […] Er ging aus einer Zeit des Wahnsinns und Verfalles mit ungebrochener Vernunft hervor. Er liebte die Menschen, traute ihnen die Kraft zur Wahrhaftigkeit zu und erwartete daher noch so viel von ihnen, dass er sich hütete, alles auf einmal zu verlangen. […] Der erste wahrhaft geistige Mensch an der Spitze eines deutschen Staates erschien jenen, die über die zusammengebrochene Macht nicht hinwegkamen, als Fremdling und als schlecht. Dass er am Quell der Macht doch lauter blieb, widerstrebte ihren Begriffen. Seine Güte, die um keinen Preis, nicht einmal um den seines eigenen Lebens, Blut vergießen wollte, ihnen war sie Schwäche. […] Bewahren wir sein unversehrtes Bild! Solange er da war, hatte die Revolution einen Sammelpunkt, in dem sie einig und ihrer frohen Zukunft gewiss war."

16. März 1919 – Ein kräftiger Wintereinbruch verschärft die Lebensmittelkrise

München * Laut einem Gutachten von Kurt Eisners Wirtschaftsexperten Benno Merkle reichen die Lebensmittel für München noch genau bis Ende Mai, dann ist Schluss. Ein kräftiger Wintereinbruch am 16. März verschärft die Krise der Lebensmittelversorgung.

18. März 1919 – Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben

München-Kreuzviertel * Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben: Ministerpräsident Johannes Hoffmann [SPD] übernimmt das Ministerium des Äußeren sowie das Ministerium für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] wird

Justizminister, Martin Segitz [SPD] übernimmt das Ministerium des Inneren, Staatsrat von Merkel übernimmt in Vertretung das Finanzministerium, Heinrich Ritter von Frauendorfer [Parteilos] leitet das Verkehrsministerium, Hans Unterleitner [USPD] steht an der Spitze des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Josef Simon [USPD] übernimmt das Ministerium für Handel und Gewerbe, Martin Steiner [Bayerischer Bauernbund] führt das Landwirtschaftsministerium und Ernst Schneppenhorst [SPD] wird Minister für militärische Angelegenheiten. Dem neuen Ministerrat werden besondere Vollmachten übertragen. Nach der Regierungserklärung des neu gewählten Ministerpräsidenten vertagt sich der Landtag wieder. Ministerpräsident Johannes Hoffmann stellt in seiner Regierungserklärung fest, dass für ihn nur ein uneingeschränkter Parlamentarismus als Regierungsform in Frage kommt. Die Soldatenräte werden bald verschwinden, die Arbeiterräte zu Arbeiterkammern umgewandelt werden. Den Räten sollen allenfalls wirtschaftliche, keinesfalls aber politische Bedeutung zukommen. Hoffmann erteilt jeglichen bayerischen Partikularismus-Gedanken eine klare Absage: Denn: Bayern steht fest zum Reich. Die Koalitionsregierung wird schon deshalb von Anfang an von der revolutionären Arbeiterschaft abgelehnt und kann auch im weiteren Verlauf kein Vertrauen gewinnen, weil sie sich gegen Zugeständnisse in der Rätefrage sperrt und von ihr auch keine ernsthafte Sozialsierungspolitik zu erwarten ist.

21. März 1919 – Otto Neurath stellt dem Ministerrat sein Sozialisierungskonzept vor

München * Der Wiener Philosoph, Sozialdemokrat und Nationalökonom Otto Neurath stellt auf Betreiben des USPD-Ministers für Handel und Gewerbe, Josef Simon, dem bayerischen Ministerrat seine Sozialisierungspläne vor. Simon leitet damit den entscheidenden Schritt zur Umgestaltung der bayerischen Ökonomie ein, wie sie Ministerpräsident Johannes Hoffmann in seiner Regierungserklärung angekündigt hat. Otto Neurath ist ein Verfechter der Planwirtschaft. Er will die gesamte gesellschaftliche Produktion in Bereiche einteilen, alles nach sozialistischen Grundsätzen erzeugen und verteilen, und so die Versorgung jedes einzelnen mit Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügen gewährleisten. Die Bedarfsdeckung der Bevölkerung und nicht der Reingewinn der Unternehmen stehen im Vordergrund seiner Wirtschaftstheorie. „So wie man die Volkswirtschaft durch ein Hindenburg-Programm dem Kriege dienstbar machen konnte, müsste man sie auch dem Glück aller dienstbar machen können.“ Otto Neurath erhält den Auftrag, seine Pläne im Sozialisierungsausschuss und im Landtag zu erklären.

22. März 1919 – Diskussion um die Installation von Betriebsräten

Weimar * Auf der erste Parteikonferenz der SPD nach dem Krieg kommt es zu kontroversen Diskussionen in der Frage der Installation von Betriebsräten. Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der freien Gewerkschaften, warnt davor, den Arbeiterräten das Recht der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Denn „dann haben die Gewerkschaften keine Existenzberechtigung mehr“.

23. März 1919 – Einführung der Betriebsräte auf SPD-Konferenz beschlossen

Weimar * Die SPD-Parteikonferenz beschließt die Einführung der Betriebsräte: „Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlass wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlass solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der deutschen Republik festzulegen.“

25. März 1919 – Otto Neurath stellt dem Landtag seine Sozialisierungspläne vor

München * Otto Neurath, Philosoph und Nationalökonom, tritt vor dem Landtag auf und stellt seine Sozialisierungs-Pläne vor. Der planwirtschaftliche Ansatz ruft Sympathien selbst bei Sebastian Schlittenbauer von der Bayerischen Volkspartei hervor. Das liegt an der zu dieser Zeit besonders großen Bedeutung des Genossenschaftswesens für die BVP.

25. März 1919 – Die Idee der Sozialistischen Räterepublik wieder populär

München * Unter der großstädtischen Arbeiterschaft wird die Idee der Sozialistischen Räterepublik wieder enorm populär. Man sieht in ihr das Allheilmittel gegen die unerträglich scheinenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten.

27. März 1919 – Der Ministerrat beschließt ein Zentralwirtschaftsamt

München * Der Ministerrat beschließt einstimmig die vom Nationalökonomen Otto Neurath vorgeschlagene Einrichtung eines Zentralwirtschaftsamtes. Ministerpräsident Johannes Hoffmann versucht die Berufung Neuraths zum Leiter dieses Amtes zu verhindern, kann sich aber nicht durchsetzen.

29. März 1919 – Protest gegen den Entwurf der Weimarer Verfassung

München * Dipl.-Ing. Otto Ballerstedt vom Bayernbund legt in einer von ihm einberufenen Versammlung Protest gegen die im Entwurf der Weimarer Verfassung beabsichtigte Beseitigung der bayerischen Reservatsrechte ein. Er sagt: „Für Großpreußen haben wir in Süddeutschland kein Verständnis. Wir wollen ein großes deutsches Reich mit wahrhaft gleichberechtigten Bundesstaaten.“

31. März 1919 – Lenkung der bayerischen Wirtschaft durch ein Zentralwirtschaftsamt

München * Die Mehrheit des Ministerrats beschließt ein Statut, das den wesentlichen Forderungen des Philosophen und Nationalökonomen Otto Neuraths nachkommt. Diese zielen darauf ab, die gesamte Wirtschaft des Landes durch ein Zentralwirtschaftsamt zu lenken, das dem noch zu errichtenden Handelsministerium unterstehen soll. Ziel ist es, mit Hilfe einer Universalstatistik einen Überblick über die vorhandenen Produktionsmittel, die Produktionsmöglichkeiten und den Produktionsbedarf zu gewinnen, der dann von einer Naturalrechnungszentrale für die Erstellung von Wirtschaftsplänen ausgewertet werden soll.
Eine Kompensationszentrale soll den unmittelbaren Warenaustausch mit dem Ausland regeln.
Eine Rationalisierungszentrale die modernen Erkenntnisse der wissenschaftlichen Betriebsführung nach Frederick Taylor zur Anwendung bringen, für Normierung und Typisierung sorgen und insbesondere die Arbeits- und Berufsforschung fördern. Eine Kontrollzentrale soll die Auswirkungen der Sozialisierungsgesetzgebung auf die Wirtschaft dauernd überprüfen. Eine Aufklärungszentrale soll die Arbeit des Zentralwirtschaftsamtes dem Volk nahe bringen. Ebenfalls noch am 31. März genehmigt der Ministerrat den Personaletat für das neue Amt. Zum Sitz des Amtes wird das Prinz-Carl-Palais bestimmt.

31. März 1919 – Über das Ruhrgebiet wird der Belagerungszustand verhängt

Weimar - Ruhrgebiet * Die Reichsregierung verhängt den Belagerungszustand über das vom Streik betroffene Gebiet. Kündigt den Einmarsch von Truppen an und schickt den SPD-Abgeordneten und Gewerkschaftssekretär Carl Severing als Staatskommissar ins Industriegebiet. In der Folge werden zahlreiche Streikführer verhaftet, um die Arbeitskampfmaßnahme zu unterlaufen und zu schwächen.

1. April 1919 – Das Landwirtschaftsministerium wird gegründet

München * In Bayern nimmt das neuerrichtete Staatsministerium für Land- und Forstwirtschaft seine Tätigkeit auf. Leiter wird Martin Steiner vom Bayerischen Bauernbund - BBB.

2. April 1919 – Oskar Maria Graf beschreibt die Münchner Lebenssituation

München * Die Regierung Hoffmann strotzt in den letzten Märztagen nicht gerade vor Tatendrang. Wirtschaftlich geht‘s bergab, das miserable Wetter und der Schnee hindern alle weiteren Bemühungen. Oskar Maria Graf beschreibt die Situation folgendermaßen: „Die Stadt machte seit Tagen einen verwahrlosten Eindruck, und die Menschen fingen an, aufeinander böse zu werden. Im Rathaus und im Landtag berieten Parteien und Ausschüsse in einem fort. Niemand wusste mehr, wer regiert. Ratlosigkeit und Unsicherheit gingen um. In der Stadt nämlich herrschte die Revolution und auf dem Lande die Gegenrevolution. Der Bahnverkehr stockte, wilde Streiks tobten, die Geschäftswelt war in tausend Ängsten, vor den Brotläden stauten sich lange Reihen und krakeelten mürrisch. Manchmal schlugen sie die Fenster ein, aber sie fanden kein Brot. Die ganze Maschinerie des täglichen Getriebes schien aus den Fugen, und ein ungeheuerer Druck lag über der Stadt. Der Hunger wurde immer drohender. Draußen auf den vielen Straßen und Sträßlein des flachen Landes trieb kein Viehtransporter mehr dahin, holperten keine watschelnden Milchfuhrwerke mehr zur nächsten Bahnstation. Jäh, fast von einem Tag auf den andern, gab es keine Milch, keine Butter, kein Ei und kein Fleisch mehr. Auf dem Güterbahnhof standen die leeren Waggons zu Dutzenden auf den angerosteten Schienen, die weiten Hallen gähnten schaurig leer, der Schlacht- und Viehhof lag still, und verlassen dehnten sich die sonst stets belebten Marktplätze aus“.

3. April 1919 – Die Forderungen nach einem Rätesystem werden wieder lauter

Augsburg * Seit Ende März werden die Forderungen nach einem Rätesystem wieder lauter. Das tritt deutlich hervor, als der Vorsitzende des Zentralrats, Ernst Niekisch, auf der großen

Räteversammlung in Augsburg eine Rede zum Thema „Die zweite Revolution“ hält. Niekisch spricht sich zwar für ein Rätesystem aus, hält aber den Zeitpunkt für seine Einführung für noch nicht gekommen. Letztlich verteidigt er die Bildung der parlamentarischen Regierung. In der sich dem Referat anschließenden lebhaften Diskussion wird hauptsächlich von Vertretern der USPD die Ausrufung einer Räterepublik gefordert. Ein entsprechender Antrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Zudem wird ein Bündnis mit den Sowjetrepubliken Ungarns und Russlands gefordert. Um einen Ausweg aus der Bedrängnis zu finden, schlägt Niekisch die Bildung einer Kommission vor, die ihn nach München begleiten und die Forderungen im Ministerrat vortragen soll.

3. April 1919 – Den Gesichtsverlust mit übertriebenen Aktivismus besiegen

München * Da es Ministerpräsident Johannes Hoffmann am 27. März nicht gelungen ist, die Berufung des Wirtschaftssozialisten Otto Neuraths zum Leiter des Zentralwirtschaftsamtes zu verhindern, hat er einen herben Gesichtsverlust erlitten. Diesen versucht er jetzt durch übertriebenen Aktivismus in anderen politischen Bereichen wettzumachen.

4. April 1919 – Dr. Arnold Wadler: Der Landtag wird am 8. April nicht zusammentreten

München-Maxvorstadt * Auf einer vom Zentralrat einberufenen und gut besuchten Veranstaltung im Löwenbräukeller teilt Dr. Arnold Wadler mit, dass der Landtag am 8. April nicht zusammentreten wird. Wadler fordert dagegen: die Schließung des Landtags, die Ausrufung eines Generalstreiks, die Proklamierung der Räterepublik und die Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Der Zentralrat beschließt nach einer lebhaften Diskussion, die für Dienstag [= 8. April] anberaumte Wiedereröffnung des Parlaments abzusagen.

4. April 1919 – Die Kasernenräte unterstützen den Zentralrat

München * Die Münchner Kasernenräte stellen sich voll hinter den Zentralrat. Sie beschließen einstimmig: Beim Zusammentritt des Landtags keine Bereitschaften zu stellen und Schutzmaßnahmen zu treffen. Bei einem Generalstreik liegen die Sympathien der Garnison bei den Arbeitern. „Die Garnison bleibt neutral“.

4. April 1919 – Beratungen zur Ausrufung einer Räterepublik

München-Kreuzviertel * Im Außenministerium im Palais Montgelas treffen sich etwa dreißig Personen, darunter Minister der Regierung Hoffmann, Stadtkommandant Oskar Dürr und Polizeipräsident Joseph Staimer, Gewerkschafter, Vertreter des Zentralrats und weitere. Es geht um die Frage der Ausrufung einer Räterepublik. Doch die Versammlung unter der Leitung von Ernst Niekisch trennte sich ohne gefasste Beschlüsse.

5. April 1919 – Weitreichende Forderungen der Soldaten

München-Maxvorstadt * Die Soldaten des 1. Infanterie-Regiments beschließen die Umbenennung der Marsfeld-Kaserne in Kurt-Eisner-Kaserne. Sie fordern vom Zentralrat die sofortige Proklamierung der Räterepublik, wollen als erstes Regiment der zu bildenden Roten Armee geführt werden, fordern die Aufhebung der Offiziersvorrechte, die sofortige Einstellung der Gehaltszahlungen an Offiziere, eine Neuregelung des Mannschaftsversorgungsgesetzes unter Gleichstellung mit den Offizieren und keine Entlassung der Soldaten, bevor nicht ausreichend Arbeitsstellen geschaffen sind. Das 2. Infanterie-Regiment benennt seine Kaserne an der Lothstraße in Karl-Liebknecht-Kaserne um.

5. April 1919 – Errungenschaften der Revolution auf Dauer erhalten

München * Am 5. und 6. April findet der Gautag der Sozialdemokraten Südbayerns statt. Die Versammelten erklären sich mit der Errichtung einer Räterepublik einverstanden, wenn sich die drei sozialistischen Parteien [SPD, USPD und Kommunisten] an der Durchführung beteiligen. Es geht ihnen um den Erhalt der „Errungenschaften der Revolution gegen alle Anschläge der Reaktion“.

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik

München * „Der revolutionäre Zentralrat Baierns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen. Baiern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung

und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Baiern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der baierische Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Baierische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Baierische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April1919, in ganz Baiern dieArbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Baiern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!“

6. April 1919 – Der Nürnberger SPD-Parteitag spricht sich gegen die Räterepublik aus

Nürnberg - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann ist zum Landesparteitag der SPD nach Nürnberg gereist, um dort die Genossen gegen die Räterepublik zu mobilisieren. Die Reichs-SPD hat Otto Wels geschickt, um die bayerischen Genossen auf Kurs zu halten. Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, zählt die Gründe auf, die aus seiner Sicht unumgänglich für die Einführung der Räterepublik sind. Ministerpräsident Hoffmann

verurteilt die Räterepublik aufs schärfste und sagt den Kommunisten und den Anarchisten den Kampf an. Durch seine Rücktrittsdrohung bringt er eine klare Mehrheit von 47 gegen 3 Stimmen - „aus politischen und wirtschaftlichen Gründen“ - gegen eine bayerische Räterepublik aus.

7. April 1919 – Die Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss

München * Die KPD-Zeitung Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss. Unter dem Titel „Arbeiter! Folgt nur den Parolen der kommunistischen Partei!“ protestiert die Zeitung, dass „durch die Proklamierung einer Scheinräterepublik der Gedanke des Rätesystems verwässert oder erwürgt wird“. Die „Abhängigen“ und die „Unabhängigen“, SPD und USPD, sind nicht befugt und geeignet, „an Stelle des gesamten Proletariats die Räterepublik zu verkünden“. Sie fordert dagegen die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik, da nur sie „die Arbeiterschaft aus aller Not und allem Elend befreien kann“.

7. April 1919 – Die Räterepublik lehnt Zusammenarbeit mit Reichsregierung ab

München * Die Baierische Räterepublik lehnt die Zusammenarbeit mit der Reichsregierung ab und bezeichnet diese als „verächtliche Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des in Schwachheit zusammengebrochenen deutschen Kaisertums unterstützt“.

7. April 1919 – Die neue Räteregierung wird gebildet

München * In der Räteregierung, also dem Rat der Volksbeauftragten, haben die Schriftsteller Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam führende Funktionen. Ihre geringe politische Erfahrung betrachten sie nicht als Mangel, da sie den herrschenden Konventionen der Politik ja sowieso ablehnend gegenüberstehen. Deshalb wird die Erste Räterepublik häufig auch abschätzend als Literatenrepublik bezeichnet. Das oberste Gremium der Räterepublik ist der Revolutionäre Zentralrat. Er ist den Volksbeauftragten übergeordneten. Der Rat der Volksbeauftragten wird jedoch nie zusammentreten. Oberster Repräsentant der Baierischen Räterepublik ist zunächst Ernst Niekisch, der aber bereits nach einem Tag den Vorsitz des Revolutionären Zentralrats niederlegt. Ernst Toller wird ab dem 9. April sein Nachfolger. Toller zählt zum linken Flügel der USPD und ist deren Vorsitzender in

München. Das Amt des Volksbeauftragten für Finanzen übernimmt Silvio Gesell, Volksbeauftragter für Volksaufklärung wird der Anarchist Gustav Landauer. Volksbeauftragter für Äußeres wird Dr. Franz Lipp [USPD], Volksbeauftragter für Inneres wird Fritz Soldmann [USPD], Volksbeauftragter für Volkswohlfahrt, das ehemalige Ministerium für Soziale Fürsorge, wird August Hagemeister [USPD], Volksbeauftragter für Justiz wird Konrad Kübler [BBB], Volksbeauftragter für Verkehr wird Gustav Paulukum [USPD], Volksbeauftragter für Land- und Forstwirtschaft wird der bisherige Minister Josef Steiner [BBB], Volksbeauftragter für Volkswirtschaft wird Edgar Jaffé [USPD], Volksbeauftragter für Militär wird Otto Killer [USPD]. Kommissar für das Ernährungswesen wird Johann Wutzlhofer [BBB] und Kommissar für das Wohnungswesen wird Dr. Arnold Wadler. Max Levien wird von von Erich Mühsam für das Amt als Volksbeauftragter für Militär vorgeschlagen, doch dieser sagt ab, da die KPD die Mitarbeit in der Räterepublik ablehnt. Damit wird weder die SPD noch die KPD bei der Ämterverteilung der Volksbeauftragten berücksichtigt. Mit der Ausrufung der Räterepublik wird der alte Zentralrat für „erledigt“ erklärt. Gustav Landauer teilt mit: „Der alte Zentralrat existiert nicht mehr“. Auch der Aktionsausschuss existiert nicht mehr, was allerdings nirgends offiziell erwähnt wird.   Der Bayerische Landtag wird als „unfruchtbares Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters“ für aufgelöst erklärt und die sofortige Gründung einer Roten Armee angekündigt.

7. April 1919 – Die Mitglieder des Zentralrats rufen die Räterepublik Baiern aus

München * In der Nacht vom 6. auf den 7. April erfolgt im Wittelsbacher Palais - mit Zustimmung von Vertretern der SPD, der USPD, der Gewerkschaften und des Revolutionären Arbeiterrates - die Proklamation der Baierischen Räterepublik. Dieser Vorgang wird als 3. Revolution, als Räterepublik des Zentralrats oder - von den Kommunisten - auch als Scheinräterepublik bezeichnet. Die Regierung Hoffmann hat sich - wahrscheinlich unter dem Einfluss der Parteileitung in Berlin - im letzten Moment gegen die Ausrufung entschieden. Durch den Boykott der Kommunisten und den Rückzug der SPD fallen den Mitgliedern des Revolutionären Arbeiterrats und der USPD eine Schlüsselrolle zu.

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung

München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter

tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

7. April 1919 – Silvio Gesell wird Volksbeauftragter für Finanzen

München * Der Freigeldtheoretiker Silvio Gesell trifft in München ein, wo er aufgrund des Vorschlags von Gustav Landauer zum Volksbeauftragten für Finanzen ernannt wird. Gesell hat sich in der Finanzwelt einen Namen gemacht, indem er die marode Wirtschaft Argentiniens saniert hatte. Er will die Geldwirtschaft zugunsten des Warenaustausches zurückdrängen, er vertraut auf die Kraft des freien Marktes, er will die Attraktivität des Geldes als Anlagemittel senken, indem die Währung nicht länger eine feste Größe bildet, er will das Geld - wie die Ware - einem Wertverlust unterwerfen. Bankguthaben sollen keine Zinsen mehr abwerfen und dadurch ein Konsumanreiz geschaffen werden, der das Geld wieder dem Wirtschaftskreislauf zuführt. Er will, dass unproduktives Kapital keine Gewinne mehr erbringt.

7. April 1919 – In Würzburg wird die Räteherrschaft sofort bekämpft

Würzburg * In Würzburg beginnt der Versuch der Räteherrschaft mit Belagerungszustand, Pressezensur und Generalstreik, die ein Abgesandter aus München am Nachmittag offiziell ausruft. Die SPD reagiert sofort: Sie wendet sich dagegen und fordert ihre Mitglieder auf, „die volle Verantwortung denen [zu] überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Fortführung ihrer Geschäfte unmöglich machten“. Die Revolutionäre nehmen daraufhin Geiseln, eine rätefeindliche Einheitsfront, der auch die SPD angehört, ruft zum Bürgerstreik auf. Es kommt zu Kämpfen um Residenz und Hauptbahnhof mit mehr als 20 Toten.

8. April 1919 – Ein reines Rätesystem wird vom Reichsrätekongress abgelehnt

Berlin * Robert Leinert (SPD), der Vorsitzende des Zentralrats der Deutschen sozialistischen Republik, eröffnet in Berlin den Zweiten Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands. Der Kongress dauert bis zum 14. April. Der Kongress lehnt die Einführung eines reinen Rätesystems als Alternative zur parlamentarischen Demokratie mit großer Mehrheit

ab. Ein Antrag, der eine gleichberechtigte Kammer der Arbeit neben den Reichstag stellen möchte, wird dagegen angenommen. Vom Grundgedanken einer Demokratisierung der Betriebs- und Wirtschaftsverfassung werden nur die Personal- und Betriebsräte übrig bleiben.

8. April 1919 – Beschlagnahme und Rationierung der Wohnräume angeordnet

München * Um der seit Kriegsende immer schlimmer werdenden Wohnungsnot zu begegnen entschließt sich der Zentralrat unter Federführung von Dr. Arnold Wadler, dem Volkskommissar für das Wohnungswesen, zu drastischen Maßnahmen. Er ordnet die Beschlagnahme und Rationierung der Wohnräume in ganz Bayern an. Alle freistehenden Wohnungen in ganz Bayern, darunter auch Schlösser von Adeligen, werden beschlagnahmt und an Wohnungssuchende vermietet. Der Wohnraum wird rationiert. Das bedeutet, dass Einzelpersonen nur ein Zimmer und eine Küche zusteht; Familien können einen Gemeinschaftsraum, eine Küche und für je zwei Kinder einen Schlafraum beanspruchen. Jedes freie Zimmer muss der Gemeinde oder den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten gemeldet werden. Werden Verwandte oder Freunde in überzählige Räume einquartiert, so muss das innerhalb von zwei Wochen geschehen. Nach dieser Frist werden die Räume durch die Gemeinde belegt. Kinderreiche werden gegenüber Kinderlosen bevorzugt, Verheiratete gegenüber Ledigen. Kann sich der Vermieter mit dem Mieter über den Mietpreis nicht einigen, so legt die Gemeinde die Miete fest. Eine private Wohnraumvermittlung ist ebenso streng verboten wie eine kommerzielle. Ein Verstoß gegen die Verordnung kann mit einer Geldstrafe von bis zu 100.000 Mark und einem Jahr Gefängnis geahndet werden.

8. April 1919 – Gesell fordert die Abschaffung der systemlosen Papiergeldwirtschaft

München - Berlin * Der Volksbeauftragte für Finanzen, Silvio Gesell, fordert den Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein auf, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten.

9. April 1919 – Gemäßigte Linke wollen kommunistische Führer der Räterepublik verhaften

München * Führende Männer der gemäßigten politischen Linken planen, die kommunistischen Führer der Räterepublik und die Ausländer und Juden zu verhaften. Zusammen mit Carl Gandorfer, dem Polizeipräsidenten Josef Staimer und Stadtkommandant Oskar

Dürr will der Volksbeauftragte der Justiz, Konrad Kübler, gegen die Kommunisten gewaltsam vorgehen.

9. April 1919 – Erich Mühsam übernimmt kein Amt für die Räterepublik

München * Erich Mühsam teilt in einem öffentlichen Aufruf mit, dass er so lange kein öffentliches Amt für die Räterepublik übernehmen wird, bis die Einigung der Arbeiterschaft, symbolisiert durch die Mitarbeit der Kommunisten, Wirklichkeit geworden ist.

9. April 1919 – Lebensmittelsperre über München und Augsburg verhängt

Bamberg - München * Flugzeuge werfen am Nachmittag Flugblätter der inzwischen nach Bamberg übersiedelten Regierung Hoffmann über München ab. In diesem wird mitgeteilt, dass die Bauernschaft Frankens, der Oberpfalz und des Rieses vom 8. April an eine Lebensmittelsperre über München und Augsburg verhängt haben.

9. April 1919 – Die Kapitalflucht soll unterbunden werden

München * Ernst Tollers erste Verordnung betrifft den Bankensektor. Ein Anschlag des Revolurionären Zentralrats gibt bekannt, dass „Der revolutionäre Bankrat für Baiern“ in München Vertrauensleute bestimmt hat, die „die Auszahlung von Geldern bei den Banken zu überwachen haben, um zu verhindern, dass landesverräterische Kapitalisten ihr Geld ins Ausland verbringen“. Damit soll die Kapitalflucht verhindert werden. Es dürfen nur noch Beträge bis zu 100 Mark täglich oder 700 Mark wöchentlich abgehoben werden. Von dieser Regelung ausgenommen sind ausstehende Rechnungen, Kreditrückzahlungen und Zinstilgungen sowie Lohnzahlungen und Zahlungen im Geschäftsverkehr von Firmen. Die zuletzt genannten müssen vom Betriebsrat gegengezeichnet werden.

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schuften und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen

Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!' steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten."

9. April 1919 – In Würzburg endet die Herrschaft der Räte

Würzburg * In Würzburg endet die Herrschaft der Räte. Für den Würzburger Oberbürgermeister Andreas Grieser ist das „ein einmütiges Bekenntnis zur reinen Demokratie".

10. April 1919 – Im Ruhrgebiet streiken 307.000 Beschäftigte

Ruhrgebiet * Am Generalstreik im Ruhrgebiet beteiligen sich 307.000 Beschäftigte. Das sind 73 Prozent aller Zechenbelegschaften der Region.

10. April 1919 – Ein Anschlag auf Erhard Auer kann verhindert werden

München * Am Abend wird in der Chirurgischen Klinik ein Anschlag auf Erhard Auer verhindert. Die bewaffneten Eindringlinge können überwältigt und verhaftet werden.

10. April 1919 – Einstellungsbeginn für die Rote Armee

München-Schwabing * Um 10 Uhr beginnt im Städtischen Wehramt an der Winzererstraße

die Werbung für die Rote Armee der Räterepublik Baiern. Es melden sich zwar viele Freiwillige, dennoch ist fraglich, ob ein derart zusammen gewürfeltes und mangelhaft ausgerüstetes Heer, das nur wenige Offiziere aufweist, den gut organisierten Reichswehr- und Freikorpstruppen standhalten kann. Jeder Angehörige der Roten Armee erhält bei freier Verpflegung, Unterkunft und Kleidung eine Tageslöhnung von 7.- Mark.   Verheiratete (Selbstverpfleger) erhalten zusätzlich 7,50 Mark. Eintretende Erwerbslose haben nach dem Austritt aus der Roten Armee Anspruch auf Arbeitslosenfürsorge.

10. April 1919 – Hedwig Kämpfer wird als Richterin in das Revolutionstribunal aufgenommen

München * Hedwig Kämpfer wird als einzige Frau als Richterin in das 28 Personen umfassende Revolutionstribunal aufgenommen. Lida Gustava Heymann schreibt über sie: „Niemals erlebte ich, dass ein Mann selbst bei bestem Willen und Bemühen zustande brachte, was einer Frau, Hedwig Kämpfer, beim Revolutionstribunal gelang. […] Ihre Fragestellung war einfach, natürlich, führte von Tatsache zu Tatsache, bis das Eingeständnis unvermeidbar geworden war, ihr psychologisches Einfühlungsvermögen arbeitete untrüglich. Der Abzuurteilende war für sie, was für den Musiker sein Instrument ist, das er meisterhaft zu spielen versteht, ihm die feinsten Töne entlockt.“

10. April 1919 – Die Vossische Zeitung zum Verzicht der systemlosen Papiergeldwirtschaft

Berlin - München * Auf Silvio Gesells Vorschlag gegenüber dem Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten, titelt die auf die Auflage schielende Vossische Zeitung in Berlin: „Abschaffung des Bargeldes in Bayern“. Darin heißt es: „Gesell, der mit einem Kern gesunder währungspolitischer Kritik utopische Ideen der Lösung aller Fragen durch seine sogenannte absolute Währung verband, wurde in Fachkreisen nicht ganz ernst genommen. Sein Auftauchen in der Münchener Räteregierung rief einiges Lächeln hervor, und das neueste Telegramm dürfte auch kaum den Reichsbankdirektorium Anlass zu sehr schwierigen Beratungen geben.“

10. April 1919 – Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten

München * Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten. Er erklärt zu der am Vorabend vom Rat der Revolutionären Betriebsobleute und vom Rat der Revolutionären Soldatenvertreter beschlossenen sofortigen Abdankung des

Zentralrats und seiner eigenen Einsetzung als Träger der gesamten Gewalt, dass die Kommunisten aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen nicht in der Lage sind, die Herrschaft anzutreten und auf Dauer zu behaupten und der Bauernrat einer kommunistischen Räterepublik jede Unterstützung verweigern würde.

11. April 1919 – Die Freilassung aller Kriegsgefangenen beschlossen

München * Ernst Toller und der Revolutionäre Zentralrat veranlassen die Freilassung aller Kriegsgefangenen. Sie sollen nicht durch erneute Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie können sich ab sofort frei bewegen und dürfen den Freistaat Bayern verlassen.

12. April 1919 – Silvio Gesell will die Währung sanieren

München - Berlin * Der Volksbeauftragte für Finanzen, Silvio Gesell, sendet folgendes Telegramm an den Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein: „Ich will mit durchgreifenden Mitteln die Währung sanieren, verlasse die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft, gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.“

12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schneppenhorst wird

beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren.   Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt.   Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

12. April 1919 – Inwieweit fühlen sich die Kommunisten an die Zusagen gebunden?

München-Graggenau * Die Vertreter der sozialistischen Parteien beschließen im Hofbräuhaus - nach zahlreichen Kompromissen gegenüber der KPD - die Zusammenarbeit.   Dabei ist immer unklar, ob und inwieweit sich die Kommunisten an die Zusagen gebunden fühlen und ob sie überhaupt ein ernsthaftes Interesse an der Zusammenarbeit haben oder einfach nur auf Zeit spielen.

12. April 1919 – Münchner Bürger als Geiseln verhaftet

München * In der gleichen Nacht beginnt parallel daneben eine Verhaftungskommission des Zentralrats Geiseln aus der Münchner Bürgerschaft festzunehmen.

12. April 1919 – Eine umfangreiche Liste von festzunehmenden Personen

Bamberg * In der Nacht zum 13. April wird von Alfred von Seifferitz, Franz Guttmann, Emil Aschenbrenner und Walter Löwenfeld eine umfangreiche Liste von festzunehmenden Personen aufgestellt. Die Regierung in Bamberg lässt ihnen dabei größtmögliche Freiheit. Es sollten aber hauptsächlich Leute verhaftet werden, „die entweder als Haupträdelsführer mitgewirkt hätten, oder von denen bekannt und anzunehmen war, dass sie zu den Haupthetzern gehörten“.

12. April 1919 – Ich warne Sie vor Experimenten!

Berlin - München * Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein antwortet in einem Telegramm auf Silvio Gesells Vorschlag, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten, mit dem Satz:

„Ich warne Sie vor Experimenten!“

12. April 1919 – Ministerpräsident Hoffmann setzt auf Rechtsextreme und Völkische

Bamberg - Weimar - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann sieht sich durch das Telegramm des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zum Handeln gezwungen. Er wird die Hilfe von Rechtsextremisten und Völkischen in Anspruch nehmen, in dem er beispielsweise über einen bekannten Augsburger Rechtsanwalt an den Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorf, anfragen lässt, ob dieser für die Regierung tätig sein will. Reichswehrminister Gustav Noske und der Freikorps-Führer Franz Ritter von Epp hoffen auf eine überstürzte militärische Aktion der Regierung Hoffmann. Sie rechnen damit, dass ein Putsch der schwachen bayerischen Verbände fehlschlagen würde. Damit hätten sie die Legitimation für den Einmarsch von Reichswehr und Freikorps in den Freistaat Bayern.

12. April 1919 – Gustav Landauer gibt einen zuversichtlichen Lagebericht ab

München-Maxvorstadt * Auf einer Sitzung des Revolutionären Zentralrats über die politische, militärische und wirtschaftliche Situation der Räterepublik gibt Gustav Landauer einen zuversichtlichen Bericht über die derzeitige Lage ab.

12. April 1919 – Regierungsaufträge an die Thule-Gesellschaft

Augsburg * In der Gastwirtschaft Goldenes Lamm in Augsburg treffen sich der Thule-Gesellschaft-Chef Rudolf von Sebottendorf und der von Ministerpräsident Johannes Hoffmann beauftragte Augsburger Rechtsanwalt. Sebottendorf erhält den Auftrag, die Publikationen der Regierung zu vervielfältigen und die Gegenrevolution mit allen Mitteln zu organisieren, damit die Regierung Hoffmann in Kürze auch in München wieder die Macht hat. Mit diesem Auftrag sind alle Handlungen des Kampfbundes als legal gedeckt.

13. April 1919 – Die Wirtschaftsblockade zwingt die Augsburger Räte in die Knie

Augsburg * Sechs Tage nach der Ausrufung der Räterepublik in Augsburg zwingt die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade die Augsburger Räte in die Knie. „Unter dem Zwang der Verhältnisse“ beenden sie den Versuch einer Räteregierung,

verwerfen die Räteverfassung als „verfrüht“ und setzen sich von der Münchner Räterepublik ab.

13. April 1919 – Bewaffnete Soldaten dringen in das Erzbischöfliche Palais ein

München-Kreuzviertel * Fünf mit Handgranaten und Pistolen bewaffnete Soldaten, die sich als Beauftragte der Militärpolizei ausgeben, dringen an diesem Palmsonntag, um 1:30 Uhr, in das Erzbischöfliche Palais ein, um Michael von Faulhaber zu verhaften. Die Soldaten durchsuchen das ganze Gebäude, können den Bischof aber nicht finden, weil sich dieser bereits seit dem 11. April in Freising aufhält.

13. April 1919 – Die Verhaftungskommission des Zentralrats nimmt Geiseln

München * Zwischen 2 und 3 Uhr nimmt die Verhaftungskommission des Zentralrats Geiseln aus der Münchner Bürgerschaft und dem Adel fest. Die Festgenommenen werden in die Polizeidirektion gebracht. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Bahnhofskommandant Emil Aschenbrenner, der aber später von seinem Stellvertreter wieder befreit wird und sich danach umgehend zum Hauptbahnhof begibt.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch der Regierung Hoffmann

München-Maxvorstadt * Bewaffnete Mitglieder der Republikanischen Schutztruppe unter der Führung von Alfred Seyfferitz dringen - entgegen der ursprünglichen Abmachung - bereits in der Nacht zum Palmsonntag in das Wittelsbacher Palais ein und verhaften den Wohnungskommissar Dr. Arnold Wadler und die USPD-Volksbeauftragten August Hagemeister und Fritz Soldmann. Auch der Ex-Minister Dr. Franz Lipp wird festgenommen. Er hatte sich trotz seiner Entlassung Zutritt in sein ehemaliges Ministerium verschafft. Insgesamt werden 13 Personen verhaftet. Ernst Toller wird rechtzeitig gewarnt und kann so seiner Festnahme entkommen.

13. April 1919 – Erich Mühsam wird verhaftet und nach Eichstätt gebracht

München * Um vier Uhr früh wird auch Erich Mühsam von Angehörigen der Republikanischen Schutztruppe aus seinem Bett heraus verhaftet. Alle Festgenommenen werden zum Hauptbahnhof gebracht und von dort sofort mit der Bahn nach Eichstätt gebracht, wo sie in der

Willibaldsburg inhaftiert werden.

13. April 1919 – Soldaten und demonstrierende Arbeiterschaft erklären sich solidarisch

München-Theresienwiese * Auf Massenversammlungen am Vormittag auf der Theresienwiese haben sich bereits Teile des 1. und 2. Infanterie-Leibregiments mit der demonstrierenden Arbeiterschaft solidarisch erklärt.

13. April 1919 – Die Verstärkung der Thule-Gesellschaft bleibt aus

München * Die von der Thule-Gesellschaft angebotenen „mehrere hundert Mann“ Unterstützung reduzieren sich auf insgesamt zehn Personen. So aber hat die Republikanische Schutztruppe keine Chance gegen die anstürmenden Räterepublikaner, besonders als die KPD am Nachmittag ihre Anhänger zum Widerstand aufruft.

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die

Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann bittet das Reich um militärische Unterstützung

Bamberg * Die im Exil in Bamberg befindliche Regierung Hoffmann bittet nach dem gescheiterten Palmsonntag-Putsch das Reich um militärische Unterstützung im Kampf gegen die Münchner Räteherrschaft.

14. April 1919 – Karl Gandorfer wird ins Zuchthaus Straubing gebracht

Straubing * Der Bauernführer Karl Gandorfer wird von Angehörigen der Regierungstruppen verhaftet und ins Zuchthaus Straubing gebracht.

14. April 1919 – Am Ostbahnhof werden elf Geiseln genommen

München-Haidhausen * Am Ostbahnhof werden elf aus Rosenheim stammende Bürger als Geiseln genommen. Sie sollen im Austausch für mehrere kommunistische Geiseln, die in Rosenheim inhaftiert sind, übergeben werden.

15. April 1919 – Hans Köberl wird Polizeipräsident

München * Der mit 21 Vorstrafen behaftete Hans Köberl, bisher stellvertretender Polizeipräsident, übernimmt von Johann Dosch das Amt des Polizeipräsidenten. Dosch wird nun sein Stellvertreter.

15. April 1919 – Von der Eichstätter Willibaldsburg ins Zuchthaus Ebrach

Eichstätt - Ebrach * Die von der Republikanischen Schutztruppe im Wittelsbacher Palais festgenommenen Personen, darunter der Münchner Arbeiterrat Erich Mühsam, werden von der Eichstätter Willibaldsburg ins Zuchthaus Ebrach gebracht und dort in Isolierhaft verwahrt.

16. April 1919 – Erich Mühsam tritt in den Hungerstreik

Ebrach * Erich Mühsam tritt im Zuchthaus Ebrach in einen Hungerstreik, um gegen seine Verhaftung und die Zustände im Zuchthaus zu protestieren.

16. April 1919 – Gustav Lanauer distanziert sich von der kommunistischen Räterepublik

München * Gustav Landauer schreibt an den Aktionsausschuss: „Ich habe mich um der Sache der Befreiung und des schönen Menschenlebens willen der Räterepublik zur Verfügung gestellt; als der alte Zentralrat von einer Organisation ersetzt worden war, die vom Vertrauen der Münchner Arbeiterschaft getragen zu sein schien. Sie haben meine Dienste bisher nicht in Anspruch genommen. Inzwischen habe ich Sie am Werke gesehen, habe Ihre Aufklärung, Ihre Art den Kampf zu führen, kennengelernt. Ich habe gesehen, wie im Gegensatz zu dem, was Sie ‚Schein-Räte-Republik' nennen, Ihre Wirklichkeit aussieht. Ich verstehe unter dem Kampf, der Zustände schaffen will, die jedem Menschen gestatten, an den Gütern der Erde und der Kultur teilzunehmen, etwas anderes als Sie. Ich stelle also fest - was schon vorher kein Geheimnis war - , dass die Abneigung gegen eine gemeinsame Arbeit gegenseitig ist. Der Sozialismus, der sich verwirklicht, macht sofort alle schöpferischen Kräfte lebendig; in Ihrem Werke aber sehe ich, dass Sie auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet […] sich nicht darauf verstehen. Diese Mitteilung bleibt von mir streng privat; es liegt mir fern, das schwere Werk der Verteidigung, das Sie führen, im geringsten zu stören. Aber ich beklage aufs schmerzlichste, daß es nur noch zum geringsten Teil mein Werk, ein Werk der Wärme und des Aufschwungs, der Kultur und der Wiedergeburt, ist, das jetzt verteidigt wird."

16. April 1919 – Bewaffnung und militärische Organisation der Arbeiterschaft

München * Eugen Leviné spricht vor einer Vollversammlung der Räte zur Bewaffnung und der militärischen Organisation der Arbeiterschaft: „Es nützt nichts, dass wir die Waffen haben und nicht auch gleichzeitig alle anderen Sicherungen treffen, um der Situation gewachsen zu sein. […] Was wir jetzt durchleben ist nicht eine Periode des plötzlichen Umschwungs, sondern es beginnt jetzt ein schwerer Kampf, und deshalb müssen wir verlangen, dass alle Mann an Bord bleiben."

16. April 1919 – Karl Gandorfer wird nach zwei Tagen aus der Haft entlassen

Straubing * Karl Gandorfer wird nach zwei Tagen aus der Haft im Zuchthaus Straubing entlassen.

16. April 1919 – Die Wirtschaftskommission des Vollzugsrats droht Unternehmen

München * In einem Anschlag der Wirtschaftskommission des Vollzugsrats heißt es: „Wer sein Geschäft böswillig schließt, wird sofort dem Revolutionstribunal übergeben und sein Geschäft wird nationalisiert.“ Diese Anordnung gilt für Lebensmittelgeschäfte, Speditionen, Apotheken, Drogerien, Konditoreien und Cafés.

16. April 1919 – Die Mitglieder des Revolutionstribunals werden inhaftiert

München-Maxvorstadt * Die Mitglieder des Revolutionstribunals werden im Justizpalast von Soldaten festgenommen und in Haft genommen.

17. April 1919 – Ein Aufruf „An die Bauernschaft des baierischen Landes“

München * In einem Aufruf „An die Bauernschaft des baierischen Landes“ heißt es: „Es besteht überall Ruhe und Ordnung und jedermann weiß, dass die geschichtliche Entwicklung mit Notwendigkeit zum Rätesystem führt, dass diese Entwicklung nicht aufzuhalten ist, dass jeder Vernünftige sich ihr anpasst“.

17. April 1919 – Offizieller Haftbefehl erlassen und nachgeschoben

München * Gegen die am 13. April im Wittelsbacher Palais festgenommenen Personen, darunter Erich Mühsam, wird erst jetzt ein offizieller Haftbefehl erlassen. Eine schriftliche Haftanordnung des Staatsanwalts lag bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor.

18. April 1919 – Der fünfte Tag des Generalstreiks

München * Karfreitag: An diesem fünften Tag des Generalstreiks dürfen die Friseurgeschäfte auf Anordnung der Streikkommission wieder öffnen.

18. April 1919 – Die Betriebsräte kontrollieren die Leitung der Betriebe

München * Der Aktionsausschuss der Betriebs- und Soldatenräte beschließt „Leitsätze für die Geschäftskontrolle durch Betriebsräte“. Die Betriebsräte kontrollieren die Leitung der Betriebe vollständig. Jedes Mitglied des Betriebsrates ist jederzeit durch die Belegschaft abwählbar.

19. April 1919 – Die Regierung Hoffmann genehmigt das Freikorps Oberland

Bamberg - München * Der Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorff erhält nach kurzen Verhandlungen von der Bamberger Regierung die Ermächtigung, in Treuchtlingen das Freikorps Oberland aufzustellen. Das Freikorps Oberland setzt sich aus dem Kampfbund Thule und aus Freiwilligen zusammen, die in Treuchtlingen und Eichstätt angeworben werden.

19. April 1919 – Die Belieferung mit Lebensmitteln ist extrem mangelhaft

München * Die Belieferung mit Lebensmitteln ist extrem mangelhaft. Das Angebot reicht nur teilweise für die ausgegebenen Lebensmittelkarten. Selbst der Viktualienmarkt wird nur sehr schlecht beliefert.

19. April 1919 – Blumengeschäfte und Theater dürfen wieder öffnen

München * Blumengeschäfte und Theater, nicht jedoch Kinos, dürfen - trotz des Generalstreiks - wieder öffnen.

19. April 1919 – Ein Regierungs-Telegramm geht an alle Pfarrämter Bayerns

Bamberg * Ministerpräsident Johannes Hoffmann lässt in seinem Auftrag auf Staatskosten vom Bischöflichen Generalvikariat Bamberg folgendes Telegramm an alle Pfarrämter Bayerns übermitteln: „Ein Haufen von Ausländern hat sich der Hauptstadt München bemächtigt, übt daselbst eine Schreckensherrschaft aus und bedroht von dorther die Provinzen, namentlich die Landbevölkerung, mit Raub und Brandstiftung. Die rechtmäßig bestehende Regierung hat einen Aufruf zur Bildung von Freikorps ergehen lassen.Von seinem Erfolg hängt das Wohl und Wehe des Vaterlandes ab. Wir ersuchen die Geistlichkeit, durch Hausbesuche und auch von der Kanzel aus kräftigst dafür einzutreten, dass möglichst viele tüchtige

Gemeindeangehörige dem Rufe folgen.“

20. April 1919 – Ein weiterer Verhaftungsversuch misslingt

München-Kreuzviertel * Ein weiterer Versuch Erzbischof Michael von Faulhaber zu verhaften misslingt.

20. April 1919 – Regierungstruppen marschieren in Augsburg ein

Augsburg * Obwohl die Augsburger Räteregierung am 13. April durch die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade aufgegeben hat, marschieren an diesem 20. April Regierungstruppen in aller Frühe in Augsburg ein. Die Augsburger gelten bei den Regierenden als „politisch unzuverlässig“.

22. April 1919 – Pfarrer Hans Meiser wird als Geisel verhaftet

München-Maxvorstadt * Am frühen Morgen wird Pfarrer Hans Meiser, der spätere Landesbischof der evangelischen Kirche, mit zwölf weiteren Personen als Geisel verhaftet und zunächst in die Guldeinschule, später auf die Polizeiwache in der Astallerstraße gebracht. Durch Bestechung eines Postens können die Geiseln Kontakt mit einem Mitglied des Vollzugsrats aufnehmen, der die Verhaftung als Eigenmächtigkeit der Soldaten erklärt und die Geiseln ab 18 Uhr wieder in die Freiheit entlässt. Bei Hans Meiser dauert die Entlassung am längsten, weil er als Geistlicher dem „System Kirche“ angehört, das gegen die Räterepublik eingestellt ist.

22. April 1919 – Der Dentist Johann Clemens Waldschmidt wird Polizeipräsident

München * Polizeipräsident Hans Köberl und sein Stellvertreter Johann Dosch werden abgesetzt und verhaftet. Neuer Chef im Polizeipräsidium wird der ebenfalls vorbestrafte Dentist Johann Clemens Waldschmidt.

22. April 1919 – In Sachsen entsteht eine Landesstelle für Gemeinwirtschaft

Sachsen * Obwohl in Sachsen die sozialistischen Parteien die absolute Mehrheit im Landtag haben und dadurch prädestiniert scheinen, die Sozialisierung umzusetzen, entsteht nur eine „Landesstelle für Gemeinwirtschaft“, die den politischen Handlungsdruck verringern soll.

24. April 1919 – Ein Drittel der Belegschaften streikt im Ruhrgebiet noch immer

Ruhrgebiet * Noch immer streikt ein Drittel der Belegschaften im Ruhrgebiet.

25. April 1919 – Gewerkschaften bekennen sich zum Mitbestimmungsrecht der Arbeiter

Berlin * Die Spitzen der Gewerkschaft beschließen nahezu einstimmig eine Resolution, in der sie sich zu einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bekennen.

26. April 1919 – Mit gefälschten Freisfahrtsscheinen nach Eichstätt

München-Isarvorstadt - Eichstätt * Vom 18. April bis zur Besetzung der Thule-Büros im Hotel Vier Jahreszeiten und der Verhaftung der noch in München verbliebenen Thule-Mitglieder am 26. April werden weit über 500 Personen zum Teil mit gefälschten Freifahrtscheinen aus München herausgeschleust und nach Eichstätt gebracht. Unter den Reisenden befinden sich auch Rudolf Heß und der Berufssoldat Ernst Röhm, der sich dem Freikorps Epp anschließen will. In kürzester Zeit ist das Freikorps Oberland zu einem voll bewaffneten Regiment mit 250 Mann ausgebaut.

26. April 1919 – Die Aktivitäten der Thule-Gesellschaft werden aufgedeckt

München * Die Aktivitäten der Thule-Gesellschaft werden von der Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution aufgedeckt. Mit Hilfe von gefälschten Stempeln und Ausweisen hat sich die Thule-Gesellschaft Zugang zur Roten Armee verschafft und alle gesammelten Informationen an die Regierung Hoffmann in Bamberg weitergegeben. Die Angreifer sind damit im Besitz wertvoller Informationen über Abwehrstellungen, Truppenstärke, Bewaffnung und die Verteidigungsstrategie der Roten Armee. Die Durchsuchung der Logen-Räume der Thule-Gesellschaft im Hotel Vier Jahreszeiten bestätigt den Verdacht, aber die Verantwortlichen sind inzwischen geflohen. Allerdings haben sie die Mitgliederkartei vergessen. Dadurch kann die Rote Armee mehrere Mitglieder der Thule-Gesellschaft verhaften. Sie stehen unter dem Verdacht, für die Regierungstruppen und Freikorps geworben zu haben. Anschließend werden

sie ins Luitpold-Gymnasium gebracht.

27. April 1919 – Die Bewohner Münchens sind der Willkür ausgesetzt

München * Die Bewohner Münchens sind weiterhin willkürlichen Verhaftungen, Beschlagnahmungen, Plünderungen und Bedrohungen ausgesetzt.

27. April 1919 – Die nur einen Tag andauernde Diktatur der Betriebsräte beginnt

München-Graggenau * Anschließend bildet sich eine „Geschäftskommission der Betriebs- und Soldatenräte“, der keine Kommunisten, sondern ausschließlich Mitglieder der USPD, darunter Ernst Toller und Gustav Klingenhöfer angehören. Gustav Landauer bietet diesem sofort seine Mitarbeit an. Sie soll bis zur Wahl eines neuen Aktionsausschusses am nächsten Tag regieren. Damit beginnt die nur einen Tag andauernde „Diktatur der Betriebsräte“.

27. April 1919 – Die Thule-Gesellschaft als gemeingefährliche Verbrecherbande bezeichnet

München * Die am Tag zuvor verhafteten Mitglieder und Anwärter der Thule-Gesellschaft werden auf einem Plakat als „gemeingefährliche Bande von Verbrechern“ bezeichnet, die neben der Fälschung militärischer Stempel auch Diebstähle, Plünderungen und sogar Viehraub im großen Stil begangen hat.

29. April 1919 – Zwei Berliner Regierungsoldaten in Oberschleißheim festgenommen

Oberschleißheim * Die Rote Armee nimmt in Oberschleißheim zwei Regierungssoldaten des Berliner 8. Husarenregiments fest. Sie werden in das Luitpold-Gymnasium in der Müllerstraße gebracht und dort inhaftiert.

29. April 1919 – Hinrichtungen in Starnberg von württembergischen Regierungssoldaten

Starnberg * In Starnberg marschieren Regierungstruppen ein. Es folgt ein ungleicher Kampf: Die Roten verfügen über etwa 100, die Weißen über 2.000 Männer. Die Weißen Truppen, darunter die „Gruppe Seutter“, ein Kampfverband aus Württemberg, verhaften in Starnberg Männer, von

denen sie glauben, dass sie feindliche Sparakisten wären. Sie werden eingesperrt und ein paar Stunden später auf der Bleicher-Wiese erschossen. Die 27 Spartakisten, andere Quellen sprechen sogar von 37 Kommunisten, werden ermordet, weil sie angeblich Waffen bei sich getragen haben. Diese Anschuldigungen werden mittlerweile bezweifelt. Auch die unbeteiligte Kunstmalerin Sophie Banzer befindet sich unter den Opfern. Sie hatte sich eine rote Bluse angezogen und wird deshalb auf ihrem Anwesen getötet.

29. April 1919 – Franz von Stuck wird in der Kirchenschule inhaftiert

München-Haidhausen * Der Malerfürst Franz von Stuck wird - nach eigenen Aussagen - „Nachts um zwei Uhr“ von „zwei Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr nach einem Schulgefängnis in Haidhausen“ gebracht.

29. April 1919 – Schwerbewaffnete Soldaten der Roten Armee in der Nuntiatur

München-Maxvorstadt * Gegen 15 Uhr tauchen schwerbewaffnete Soldaten der Roten Armee in der Nuntiatur in der Brienner Straße auf und fordern - unter persönlicher Bedrohung des Nuntius Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII., - die Herausgabe seines Dienstautos.

Eine Beschwerde beim Kriegsministerium verstärkt nur die Forderung: „Wenn das Auto nicht sofort abgeliefert wird, dann wird die Nuntiatur zusammengeschossen und die ganze Bande verhaftet!“ Die Eindringlinge ziehen erst ab, nachdem die Stadtkommandantur eingreift.

29. April 1919 – Rudolf Egelhofer ruft den sofortigen Generalstreik aus

München - Schleißheim - Starnberg * Rudolf Egelhofer, der Oberkommandierende der Roten Armee, ruft den sofortigen Generalstreik aus. Denn: in Schleißheim stehen schon die „Söldner des Kapitalismus“, in Starnberg haben die „weißgardistischen Hunde die Sanitätsmannschaften niedergemetzelt“, deshalb „Alle Mann zu den Waffen! Zeigt der weißen Garde, wie die Rote Armee zu siegen versteht!“

29. April 1919 – Die Räteherrschaft in München ist gar nicht so schlimm wie befürchtet

Berlin - München * Die rechtsorientierte, alldeutsche Deutsche Zeitung, ein Blatt, das ganz bestimmt nicht in Verdacht steht, die „spartakistische Gefahr“ zu unterschätzen, druckt einen aus

München herausgeschmuggelten Bericht ab, der vermittelt, dass die Räteherrschaft in München gar nicht so schlimm sei, wie befürchtet.

30. April 1919 – Die Verhaftung von 500 Geiseln verweigert

München * Stadtkommandant Max Mehrer verweigert die geplante Verhaftung von weiteren 500 Geiseln.

30. April 1919 – Kunstprofessor Ernst Berger drängt sich vor

München-Isarvorstadt * Als der 62-jährige Kunstprofessor Ernst Berger im Luitpold-Gymnasium mitbekommt, dass die Bewacher eine Liste erstellen, geht er davon aus, dass diese die freizulassenden Häftlinge enthält. Er bittet um Aufnahme in die Liste. Und der Wunsch wird ihm erfüllt. Doch bei der Liste handelt es sich um die zur Erschießung Ausgewählten.

30. April 1919 – Eine durch nichts zu rechtfertigende Mordaktion

München-Isarvorstadt * Fakt ist, die Mordaktion im Luitpold-Gymnasium ist durch nichts zu rechtfertigen. Fakt ist aber auch, dass sie die einzige ist, die in diesen Tagen von Anhängern der Räterepublik verübt wird. Dennoch ist der „Geiselmord im Luitpold-Gymnasium“ bis heute fester Bestandteil jeder Erzählung über die Münchner Räterepublik. Der Begriff „Geiselmord“ für die Bluttat im Luitpold-Gymnasium ist irreführend, da es sich bei den Opfern um Gefangene handelt. Die Thule-Leute hatten im Hotel Vier Jahreszeiten eine Widerstandszelle eingerichtet. Dort wurden Ausweise der Räterepublik gefälscht, mit denen Freiwillige München verlassen konnten, um sich den Regierungstruppen anzuschließen. Wer sich aber unter den Bedingungen eines Bürgerkrieges auf derartige Aktivitäten einlässt, muss wissen, dass er mit seinem Leben spielt.
In der Geschichtsschreibung herrscht die Auffassung, dass der sogenannte „Geiselmord von München“ die Welle der blutigen Racheaktionen bei den Regierungstruppen ausgelöst hat. Eine andere These besagt, dass die routinemäßige Tötung von Zivilisten und die für ihre Hinrichtung angegebenen Gründe schon zuvor zum Repertoire der Regierungstruppen gehörte.

30. April 1919 – Ernst Toller befürchtet Vergeltungsmaßnahmen der Weißen Truppen

München * Als die Nachricht von den Hinrichtungen bei den - inzwischen gemäßigten -

Betriebsräten im Hofbräuhaus-Parlament eintrifft, verlässt Ernst Toller umgehend die Versammlung und begibt sich in das Luitpold-Gymnasium. In der nahezu menschenleeren Schule entdeckt Toller noch sechs Inhaftierte, die die Rotarmisten in einem verschlossenen Raum zurückgelassen haben. Die Befreiung der unter Todesangst stehenden Gefangenen wird in dem späteren Prozess gegen den Dramaturgen eine große Bedeutung erlangen. Ernst Toller befürchtet Vergeltungsmaßnahmen der Weißen Truppen und bittet deshalb Professor Ferdinand Sauerbruch, die Getöteten abholen zu lassen. Doch der Mediziner verweigert diese Bitte.

30. April 1919 – Franz von Stuck wird aus der Kirchenschule entlassen

München-Haidhausen * Franz von Stuck kann die Kirchenschule unversehrt wieder verlassen, „nachdem ich mit meinen Leidensgefährten aus einem Topf mein ziemlich schmackhaftes Mittagessen (Spartanische Suppe mit Fleisch) erhalten“ hatte.

30. April 1919 – Professor Ferdinand Sauerbruch wird aus der Geiselhaft entlassen

München-Haidhausen * Professor Sauerbruch kann die Kirchenschule wieder verlassen. Er schreibt in seiner im Jahr 1951 erschienenen Autobiographie „Das war mein Leben“, dass er bereits „Zum Tode verurteilt“ war, dann aber auf glückliche Weise gerettet wurde.

30. April 1919 – Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte im Hofbräuhaus

München-Graggenau * Um 23 Uhr wird eine Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte ins Hofbräuhaus eingeladen. Die Versammlung distanziert sich von den Geiselmorden. Aus ihrem Kreis wählen die Versammelten gegen Mitternacht jeweils drei Betriebs- und Soldatenräte, die in Dachau wegen der Übergabemodalitäten für München verhandeln sollen. Ernst Toller beantragt die sofortige Einberufung eines Bayerischen Rätekongresses. Der Antrag wird angenommen. Danach vertagt sich die Versammlung.

30. April 1919 – Im Hof des Luitpold-Gymnasiums werden Geiseln erschossen

München-Isarvorstadt * Zwischen 16:30 und 17.30 Uhr werden im Hof des Luitpold-Gymnasiums weitere acht Geiseln von Angehörigen der Roten Armee - erneut ohne gerichtliches Verfahren

und Urteil - erschossen. Nach den Hinrichtungen räumen die Rotarmisten die Schule. Mit Ausnahme des Kunstmalers und Professors Ernst Berger sind die restlichen sieben Erschossenen Mitglieder oder Anwärter auf eine Mitgliedschaft in der Thule-Gesellschaft. Wer den Befehl für die Hinrichtung gegeben hat, kann nicht mehr herausgefunden werden, weil sich der verantwortliche Kommandant bei seiner späteren Festnahme erschießt.

30. April 1919 – Die KPD wirbt zum Eintritt in die Rote Armee

München * Plakate der Roten Armee fordern die Arbeiter und Soldaten auf, die „preußische Herrschaft“ abzuschütteln und sich bewaffnet dem Feind entgegenzustellen. Die KPD wirbt in einem Flugblatt zum Eintritt in die Rote Armee, während sich Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod in Sicherheit bringen.

30. April 1919 – 53 russische Kriegsgefangene werden in Pasing festgenommen

Pasing - Lochham * Am Pasinger Bahnhof werden 53 ehemalige russische Kriegsgefangene von Regierungstruppen festgenommen. Die Kriegsgefangenen wurden auf Veranlassung des Revolutionären Zentralrats am 11. April aus der Haft entlassen. Sie konnten sich frei bewegen und durften den Freistaat Bayern verlassen. Aufgrund der Unruhen in ihren Heimatländern war ihnen aber die Rückreise nicht möglich. Deshalb schlossen sie sich, wie viele andere Kriegsgefangene auch, freiwillig den Roten Garden in München an. Nach Kämpfen in Fürstenfeldbruck sind sie - unbewaffnet und aus der Roten Armee entlassen - nach München zurückgekehrt, wo in Pasing die Festnahme erfolgte. Sie werden nach Lochham gebracht.

1. Mai 1919 – Hedwig Kämpfer wird verhaftet

München * Hedwig Kämpfer wird verhaftet, weil sie sich am Revolutionsgeschehen beteiligt hatte.

1. Mai 1919 – Dr. Hildegard Menzi wird verhaftet

München-Lehel * Am Vormittag wird Dr. Hildegard Menzi auf dem Weg in ihre Wohnung in der Maximilianstraße 22 von bewaffneten Zivilisten verhaftet und in die Kommandantur in der Residenz gebracht. Die Ärztin, die noch am Tag zuvor Anton Graf Arco auf Valley medizinisch

versorgt hat, wird von der Münchner Stadtkommandantur als „geistiger Führer des Egelhofer“ eingeschätzt. Rudolf Egelhofer, der 23-jährige Oberbefehlshaber der Roten Armee, hat demzufolge „nur nach den Direktiven der Frau Menzi gehandelt“.

1. Mai 1919 – Bürgerliche Kampfverbände werden gebildet

München * Bürgerliche Kampfverbände, bestehend aus bewaffneten Bürgern, Studenten, ehemaligen Soldaten und Polizisten sowie zahlreichen Freiwilligen, sammeln sich vor der Feldherrnhalle und besetzen schließlich die geräumte Residenz. Oskar Maria Graf schreibt über die sich nun, unter dem Schutz der militärischen Übermacht wieder zeigende und sich an der „Treibjagd auf verdächtige Zivilisten“ beteiligende Bürgerwehr: „Jetzt waren auf einmal wieder die verkrochenen Bürger da und liefen emsig mit umgehängten Gewehr und weißblauer Bürgerwehr-Armbinde hinter den Truppen her. Wahrhaft gierig suchten sie mit den Augen herum […], rannten einen Menschen nach, schlugen plärrend auf ihn ein, spuckten, stießen wie wildgeworden und schleppten den Halbtotgeprügelten zu den Soldaten.“

1. Mai 1919 – Der Geiselmord von München bleibt in der Geschichte tief verwurzelt

München * Auf Plakaten wird behauptet, dass die ermordeten Mitglieder der Thule-Gesellschaft im Luitpold-Gymasium verstümmelt worden sind. Angeblich hat man ihnen die Geschlechtsteile abgeschnitten und in Abfalleimern entsorgt. Es stellt sich zwar heraus, dass es sich bei den Fleischabfällen um Schweinefleisch handelt, doch das interessiert niemanden mehr. Der sogenannte Geiselmord wird als Beweis für die unmenschliche Grausamkeit der Roten gewertet. Obwohl die Schüsse im Luitpold-Gymnasium die einzige „linke“ Gewalttat während der Revolutionszeit ist, bleibt der Geiselmord von München in der Geschichte tief verwurzelt.

1. Mai 1919 – Das Freikorps Oberland wird vom Thule-Führer befehligt

München * Das Freikorps Oberland wurde vom Thule-Führer Rudolf von Sebottendorf gegründet und wird jetzt auch von ihm angeführt. Der aus diesem Freikorps hervorgehende Bund Oberland wird ab 1921 den Kern der SA in Bayern bilden und wird Teil des Deutschen Kampfbundes sein, der sich im November 1923 am Hitler-Ludendorff-Putsch beteiligt.

1. Mai 1919 – Rudolf Egelhofer wird aufgegriffen und verhaftet

München-Lehel * Der Oberbefehlshaber der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, wird um die Mittagszeit in der Wohnung der Ärztin Dr. Hildegard Menzi in der Maximilianstraße 22, wo er zur Untermiete wohnt, aufgegriffen und verhaftet. Er wird zum Verhör in Kriegsministerium an der Ludwigstraße gebracht und brutal misshandelt. Anschließend wird er zur Residenz transportiert und im Keller des Kolonadenhofes eingesperrt.

2. Mai 1919 – Erich Mühsam zur Ermordung von Gustav Landauer

Ebrach * Erich Mühsam, der beim Palmsonntagsputsch von den Republikanischen Schutztruppen verhaftet und ins Zuchthaus Ebrach gebracht worden war, notiert: „Landauer tot. Ich will und kann es nicht für möglich halten und muss es doch glauben […]. Niemand weiß, welch ein Geist hier zerstört ward“.

2. Mai 1919 – Gustav Landauer wird im Gefängnis Stadelheim ermordet

München-Obergiesing * Gustav Landauer wird ins Gefängnis Stadelheim gebracht, wo er von Freikorpssoldaten in grausamster Weise misshandelt und schließlich ermordet wird. Ein Zeuge berichtet: „Am 2. Mai stand ich als Wache vor dem großen Tor zum Stadelheimer Gefängnis. Gegen 1¼ Uhr brachte ein Trupp bayerischer und württembergischer Soldaten Gustav Landauer. Auf dem Gang vor dem Aufnahmezimmer versetzte ein Offizier dem Gefangenen einen Schlag ins Gesicht. Die Soldaten riefen dazwischen: ‚Der Hetzer, der muss weg. D‘erschlagts ihn!‘. Landauer wurde dann mit Gewehrkolben an der Küche vorbei in den ersten Hof rechts hinaus gestoßen. Im Hof begegnete der Gruppe ein Major in Zivil, der mit einer schlegelartigen Keule auf Landauer einschlug. Unter Kolbenschlägen und den Schlägen des Majors sank Landauer zusammen. Er stand zwar wieder auf und wollte zu reden anfangen. Da rief ein Vizewachmeister: ‚Geht mal weg!‘. Unter Lachen und freudiger Zustimmung der Begleitmannschaften gab der Vizewachmeister zwei Schüsse ab, von denen einer Landauer in den Kopf traf. Landauer atmete immer noch. Da sagte der Vizewachmeister: ‚Das Aas hat zwei Leben, der kann nicht kaputtgehen!‘. Da Landauer immer noch lebte, legte man ihn auf den Bauch. Unter dem Ruf: ‚Geht zurück, dann lassen wir ihm noch eine durch!‘, schoss der Vizewachmeister Landauer in den Rücken, dass es ihm das Herz heraus riss und er vom Boden schellte. Da Landauer immer noch zuckte, trat ihn der Vizewachmeister zu Tode. Dann wurde ihm alles heruntergerissen und seine Leiche zwei Tage lang ins Waschhaus geworfen“.

2. Mai 1919 – Eine Denunziationswelle setzt ein

München * Eine Denunziationswelle setzt ein. Das für politische Straftaten zuständige Stand- und Volksgericht am Mariahilfplatz hat Hochkonjunktur. Da wird so manche offene Rechnung beglichen. Beispiel: Der Straßenbahnschaffner Alois Bosch gerät mit seinem Nachbarn in Streit. Daraufhin geht dieser zur Polizei und behauptet, Bosch hätte am 2. Mai auf heranrückende Truppen geschossen. Obwohl er seine Aussage später widerruft, wird der Straßenbahner wegen Mitgliedschaft in der Roten Armee zu zwei Wochen Haft verurteilt. Wegen dieser Vorstrafe wird Bosch von seinem Arbeitgeber, der Stadt München, entlassen.

2. Mai 1919 – München wird von den Regierungstruppen eingenommen

München * München wird nach harten Kämpfen gegen die sich erbittert verteidigenden Roten von den Regierungstruppen genommen. Bis zum Abend ist die Rote Armee geschlagen und die Stadtviertel von den Regierungstruppen militärisch besetzt. Die Militärs bereiten sich nun auf die bevorstehende „Säuberung und Befriedung“ vor. Für Giesing liest sich das dann so: „Da brechen sie in Häuser, durchsuchen die Wohnungen, die Keller, die Böden. Reihenweise schleift man die roten Schützen auf die Straße - stellt sie an die Wand. Und dumpf bricht sich das Krachen der Erschießungssalven an den Mauern“. Die Wirklichkeit ist oft noch viel grausamer. Nach dem Sieg über die Rote Armee durchkämmen die Weißen fast alle Häuser Haidhausens, der Au und Giesings. Über 5.000 Münchner, die irgendwie verdächtig erscheinen, werden verhaftet. Über eintausend, darunter viele unschuldige, oftmals denunzierte Menschen, müssen sterben. Die letzten Einheiten der Roten Armee werden am 4. Mai in der Umgebung von München zerschlagen. Vereinzelte Feuergefechte in der Stadt dauern noch bis zum 22. Mai an.

3. Mai 1919 – Rudolf Egelhofer wird ohne Gerichtsverhandlung erschossen

München-Graggenau * Der im Keller der Residenz inhaftierte Rudolf Egelhofer wird in aller Frühe zum Verhör geholt. Wenig später wird er mit einem Kopfschuss getötet. Da der Exekution keine Gerichtsverhandlung vorausgeht, handelt es sich bei der Erschießung Rudolf Egelhofers um vorsätzlichen Mord. Ernst Toller schreibt später in seinen Erinnerungen: „Egelhofers Gegner nannten ihn einen Bluthund, in Wahrheit war er ein sensibler Mensch, den erst das Erlebnis der Kieler Matrosenaufstände hart und mitleidlos gemacht hat“.

3. Mai 1919 – Der Eisendreher Johann Lehner wird im Schlachthof erschossen

München * Der 18-jährige, an den revolutionären Ereignissen unbeteiligte Eisendreher Johann Lehner wird in einem Bierlokal verhaftet. Auf bloßem Verdacht hin, am Geiselmord beteiligt gewesen zu sein, wird er von württembergischen Freikorpssoldaten zusammen geschlagen und kurz darauf im Schlachthof erschossen. Anschließend wird seine Leiche von der Kampftruppe ausgeraubt.

3. Mai 1919 – Die Truppen der Regierung Hoffmann kommen nicht als Feinde

München * Die SPD lässt folgende Erklärung in den Münchner Zeitungen veröffentlichen: „Jene wahnwitzige Politik des Terrors und der Gewalt, die München in Gegensatz stellte zum ganzen Land, die den Bürgerkrieg in Bayern entbrennen ließ, hat das schlimme Ende gefunden, das vorauszusehen war. [...] Die Truppen der sozialistischen Regierung Hoffmann kommen nicht als Feinde der Arbeiterschaft, nicht als ‚Weiße Garde', sondern als Schützer der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, ohne die ein Neuaufbau im sozialistischen Sinne nicht möglich ist. Arbeiter, helft den Soldaten bei ihrer schweren Aufgabe!"

3. Mai 1919 – Jetzt beginnt „die Reinigung von dem roten Gesindel"

München * Jetzt beginnt „die Reinigung von dem roten Gesindel", wie es eine Zeitung formuliert. Nicht Befreiung, sondern Terror einer grausamen Soldateska müssen die Münchner in den nächsten Tagen erleben. Willkürliche Erschießungen, furchtbare Folterungen und Morde werden begangen. Oskar Maria Graf schreibt: „Überall zogen lange Reihen verhafteter, zerschundener, blutig geschlagener Arbeiter mit hochgehaltenen Armen. Seitlich, hinten und vorne marschierten Soldaten, brüllten, wenn ein erlahmter Arm niedersinken wollte, stießen mit Gewehrkolben in die Rippen, schlugen mit Fäusten auf die Zitternden ein. [...] Das sind alle meine Brüder, dachte ich zerknirscht. [...] Sie sind alle Hunde gewesen wie ich, haben ihr Leben lang kuschen und sich ducken müssen, und jetzt, weil sie beißen wollten, schlägt man sie tot. [...] Tage hindurch hörte man nichts mehr als Verhaftungen und Erschießungen. [...] Die Räterepublik war zu Ende. Die Revolution war besiegt. Das Standgericht arbeitete emsig".

4. Mai 1919 – Ret Marut gelingt die Flucht

München * Ret Marut [= B. Traven], der Leiter der Zensurbehörde in der Ersten Räterepublik, wird

von Studenten, die sich der Weißen Garde angeschlossen haben, erkannt und von Regierungstruppen vor ein Feldgericht gebracht. Dieses besteht aus einem Offizier, der entscheidet, ob der Verhaftete sofort standrechtlich erschossen wird oder nicht. Im Zweifelsfall wird das Todesurteil vollstreckt, weil das sicherer sei. Noch vor seiner Vernehmung gelingt dem Schriftsteller - mit Unterstützung von zwei Soldaten - die Flucht.

4. Mai 1919 – Josef Sontheimer wird im Franziskaner-Keller hinterrücks ermordet

München-Au * Josef Sontheimer wird von einer Abteilung des aus Thule-Kampfbündlern bestehenden Freikorps Oberland verhaftet und im Franziskaner-Keller hinterrücks ermordet, nachdem man ihm zuvor - scheinheilig - die Möglichkeit zur Flucht gegeben hat. Sontheimer war ein führendes Mitglied der Münchner Arbeiter- und Soldatenräte.

4. Mai 1919 – Das Freikorp Lützow holt 13 Perlacher Arbeiter aus ihren Wohnungen

Perlach * Noch in der Nacht zum 5. Mai holen Angehörige des Freikorps Lützow dreizehn Perlacher Arbeiter aus ihren Wohnungen und misshandeln diese bereits auf dem Weg zum Hofbräukeller auf bestialische Art und Weise. Die Gefangenen werden noch in Perlach an die Wand gestellt, worauf ein Feldwebel das Kommando zum Entsichern gibt. In der Perlacher Wirtschaft Zur Post, wohin man die Verhafteten dann führt, werden sie wieder an die Wand gestellt. Als ihnen der Gastwirt Kaffee geben will, erwidern die Soldaten: „Die brauchen keinen Kaffee mehr“. Die Ermordung der Verhafteten ist von Anfang an geplant, die Vernehmung eine reine Farce.

5. Mai 1919 – Ernst Niekisch wird verhaftet

Augsburg * Ernst Niekisch wird in seiner Augsburger Wohnung verhaftet. Die Zeit bis er abgeführt wird nutzt er, um aus der SPD auszutreten und in die USPD einzutreten.

6. Mai 1919 – 21 Kolpinggesellen werden im Keller des Prinz-Georg-Palais ermordet

München-Maxvorstadt * Etwa dreißig Mit-glieder des Katholischen Gesellenvereins Sankt-Joseph treffen sich in ihrem Vereinslokal, dem Maxkasino, in der Augustenstraße 41. Dem preußischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment war zuvor von einem Denunzianten mitgeteilt

worden, dass dort am Abend eine Versammlung von Rotarmisten stattfindet. Noch während sich im Kasino die Vereinsmitglieder unterhalten, wird das „Spartakistennest“ von Regierungssoldaten beobachtet und 25 Teilnehmer sowie der Wirt kurz vor 21 Uhr verhaftet.
Die Möglichkeit, gegenüber den Soldaten das Miss-verständnis aufzuklären und sich zu legitimieren, wird von diesen gewaltsam un-terbunden. Erste Gewehrkolbenhiebe gegen die Arretierten und Zurechtweisungen sind die Folge. Mit dem Abmarsch zum Quartier des Alexander-Regiments beginnt der weitere Leidensweg für die Gefangenen, denn bald geht die Begleit-mannschaft dazu über, die angeblichen Spartakisten nicht nur zu beschimpfen, sondern auch mit Pistolen und Gewehren auf sie einzuschlagen. Nun werden die 26 katholischen Gefangenen in das Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 gebracht. Im Hof beginnt das eigentliche Massaker. Sechs der Gesellen werden im hinteren Teil des Hofes gegen das Tor eines Schuppens gestoßen. Dann eröffnen die Soldaten mit Gewehren und Pistolen das Feuer, bis alle sechs tot sind. Die verbliebenen zwanzig Kolpinggesellen werden zum Eingang des Kellers geführt. Dort erwischt es einen siebten Gefangenen. Er wird auf den Boden geworfen und mit einem gezielten Pistolenschuss ermordet. Die Übrigen werden jetzt zur Zielscheibe sadistischer Spiele ihrer Peiniger. Man stößt sie mit Flüchen und Beschimpfungen die Treppe zum Keller hinunter. Dort müssen sie sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen. Dann beginnen die Erschießungen. Auf grauenhafte Weise werden 14 Kolpinggesellen ermordet. Wer nicht durch die Schüsse stirbt, wird mit dem Bajonett erstochen. Manche Gefangene stellen sich tot oder sind bewusstlos. Nur durch das Eingreifen eines hohen Offiziers wird das Morden beendet. Nach dem Massaker werden 21 Tote in das Pathologische Institut gebracht. Unter den Erschossenen befinden sich zwei Brüderpaare, bei zwei weiteren wird jeweils einer getötet. Zwei Schwerverletzte werden in das Reservelazarett an der Zollstraße eingeliefert. Drei Opfer brauchen keine Krankenhausbehandlung. Alle Ermordeten sind eingeschriebene Mitglieder der konservativen Bayerischen Volkspartei - BVP. Der Fall wird deshalb vor Gericht ausführlich untersucht. Man ist jedoch von Regierungsseite geneigt, nichts mehr über den Vorfall an die Presse zu geben. Die Folge davon ist, dass die von den Militärbehörden erstellten unwahren Berichte überall, auch im Ausland, Verbreitung finden. Ansonsten achten die Zensurbehörden streng darauf, dass keine publikumswirksame Veröffentlichung über das blutige Geschehen unter die Leute kommen können. So wird beispielsweise die Sondernummer der Süddeutschen Illustrierten Kriminal-Zeitung vom November 1919, die darüber berichtet, sofort nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt.

7. Mai 1919 – Ein niedergeschlagener Erich Mühsam

Ebrach * Der im Zuchthaus Ebrach einsitzende Erich Mühsam schreibt in sein Tagebuch: „Man

blickt im Geiste um sich: lauter Tote, lauter Ermordete - es ist grauenhaft. […] Mit den Münchner Schandtaten hat Noske sogar seine Berliner Blutorgien übertroffen. Das ist die Revolution, der ich entgegen gejauchzt habe. Nach einem halben Jahr ein Bluttümpel: mir graut“.

7. Mai 1919 – Ein Korpsbefehl soll die Wilden Erschießungen beenden

München * Das Generalkommando von Oven erlässt einen Korpsbefehl, der den wilden Erschießungen ein Ende bereiten soll. Der Befehl bezieht sich ausdrücklich auf das Massaker vom Vorabend an den Kolpinggesellen. Der Schlusssatz des Befehls lautet: „Dieser Befehl ist unverzüglich beim Appell allen Mannschaften bekanntzugeben. Es ist Sorge zu tragen, dass ihn auch Abkommandierte, Neuhinzutretende unverzüglich erfahren.“

9. Mai 1919 – Dankschreiben des Ministerpräsidenten an die Weißen Truppen

München * Im Regierungsorgan Freistaat wird ein Dankschreiben des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann [SPD] an Generalleutnant Ernst Friedrich Otto von Oven veröffentlicht. Dem militärisch Verantwortlichen für den hundertfachen Mord und Oberbefehlshaber der Weißen Truppen spricht die bayerische Staatsregierung den „herzlichen Dank“ aus. Wörtlich heißt es: „Für die umsichtige Leitung und Durchführung der zur Befreiung Münchens aus der Hand der Bolschewisten notwendigen militärischen Operationen spreche ich zugleich im Namen des Gesamtministeriums den herzlichen Dank aus. Größte Anerkennung gebührt den aus allen Gauen Deutschlands herbeigeeilten Truppen, die in selbstloser Opferbereitschaft unserm bedrängten Bayernland und dem ganzen Reich den größten Dienst erwiesen.“

10. Mai 1919 – Josef Hofmiller unterschätzt die Thule-Gesellschaft

München-Haidhausen * Josef Hofmiller schreibt zur Thule-Gesellschaft völlig naiv in sein Tagebuch: „Diese Thule-Gesellschaft scheint eine harmlose alldeutsche Loge gewesen zu sein, die in den Verdacht monarchistischer Umtriebe gekommen war und an der die Roten offenbar ein Exempel statuieren wollten. Sie hatten als Vereinsabzeichen das germanische Hakenkreuz.“
Josef Hofmiller hat - wie die meisten Angehörigen des bürgerlichen Lagers - die Entschlossenheit der Thule-Gesellschaft, den demokratischen Staat zu beseitigen und durch eine völkische Diktatur zu ersetzen, völlig unterschätzt.

13. Mai 1919 – Eugen Leviné wird verhaftet und des Hochverrats angeklagt

München-Haidhausen * Eugen Leviné wird unter dem Namen Ludwig Geisenberg in der Schneckenburgerstraße 20 festgenommen und wegen Hochverrats angeklagt.

14. Mai 1919 – Oskar Maria Graf wird verhaftet

München * Der Schriftsteller Oskar Maria Graf wird wegen seiner Mitarbeit im Zensurrat verhaftet. Dank dem Einsatz seiner Lebensgefährtin Mirjam Sachs sowie der Fürsprache von Rainer Maria Rilke und Professor Roman Woerner kommt er nach zwölf Tagen Haft wieder frei.

14. Mai 1919 – Towia Axelrod wird im Achental verhaftet

Tirol * Towia Axelrod, der politische Kommissar in der kommunistischen Räterepublik, wird im Achental verhaftet und nach Bayern ausgeliefert. Er wird 15 Jahre Festungshaft erhalten.

21. Mai 1919 – Silvio Gesell und Emil K. Maenner werden verhaftet

München * Die ehemaligen Volksbeauftragten für Finanzen Silvio Gesell [1. Räterepublik] und Emil K. Maenner [2. Räterepublik] werden verhaftet.

26. Mai 1919 – Oskar Maria Graf wird aus der Haft entlassen

München * Der Schriftsteller Oskar Maria Graf wird nach 12 Tagen wieder aus der Haft entlassen.

Juni 1919 – Hedwig Kämpfer wird aus der Haft entlassen

München * Hedwig Kämpfer wird aus der Haft entlassen, weil sie für die USPD zum Stadtrat kandidiert.

2. Juni 1919 – Der Prozess gegen den Kommunistenführer Eugen Leviné beginnt

München-Au * Vor dem Standgericht in der Au beginnt der Prozess gegen den Kommunistenführer Eugen Leviné. In seiner Verteidigungsrede sagt er: „Wir Kommunisten sind Tote auf Urlaub, dessen bin ich mir bewusst. Ich weiß nicht, ob Sie mir meinen Urlaubsschein noch verlängern werden, oder ob ich einrücken muss zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ich sehe auf jeden Fall Ihrem Spruch mit Gefasstheit und mit einer inneren Heiterkeit entgegen. Die Ereignisse sind nicht aufzuhalten. Die Staatsanwaltschaft glaubt, die Führer hätten die Massen aufgepeitscht. Wie die Führer die Fehler der Massen nicht hintertreiben konnten unter der Scheinräterepublik, so wird auch das Verschwinden des einen oder des anderen Führers unter keinen Umständen die Bewegung hindern. Und über kurz oder lang werden in diesem Raume andere Richter tagen, und dann wird der wegen Hochverrats bestraft werden, der sich gegen die Diktatur des Proletariats vergangen hat.“

4. Juni 1919 – Ernst Toller wird im Suresnes-Schlösschen in Schwabing verhaftet

München-Schwabing * Ernst Toller wird im Suresnes-Schlösschen in Schwabing verhaftet.

23. Juni 1919 – Ernst Niekisch zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt

München * Ernst Niekisch wird wegen Beihilfe zum Hochverrat zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt.

10. Juli 1919 – Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell erklärt seinen Rücktritt

Weimar * Der Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell erklärt den Rücktritt von seinem Amt.

16. Juli 1919 – Ernst Toller wird zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt

München * Erich Mühsam wird zu fünfzehn Jahre Festungshaft verurteilt. Im Urteil heißt es: „Mühsam hat sich durch seine Tätigkeit bei Aufmachung der ersten Räterepublik als das treibende Element erwiesen. […] Bei Mühsam ist nicht festgestellt worden, dass seine Handlungsweise aus ehrloser Gesinnung entsprungen ist; so werden ihm auch mildernde Umstände zugebilligt; denn er hat zeitlebens in ehrlicher Überzeugung, wenn auch mit einem an psychopathischen Zustand grenzenden Fanatismus, die Durchführung seiner Ideen verfochten hat. Die Beweiserhebung aber hat ergeben, dass Mühsam während der ganzen Revolutionszeit

einen höchst verderblichen Einfluss auf die an sich erregten Massen in skrupelloser Weise ausgeübt hat. Die Verhängung der Höchststrafe ist daher geboten“. Man unterstellt Toller jedoch eine ehrenhafte Gesinnung, was ihm - anders als Eugen Leviné - letztlich das Leben rettet. Er wird zunächst nach Eichstätt überführt.

26. Juli 1919 – Das deutsche Branntweinmonopol tritt in Kraft

Deutsches Reich * Das deutsche Branntweinmonopol tritt in Kraft. Es verpflichtet den Staat, kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Brennereien den Alkohol zu einem fixierten Preis abzunehmen, ihn zu reinigen und zu vermarkten. Es war bereits ein Jahr zuvor von Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet worden.

11. August 1919 – Die Verfassung der Weimarer Republik tritt in Kraft

Weimar * Die Verfassung der Weimarer Republik tritt in Kraft. Diese enthält stärkere zentralistische Elemente und schränkt die Eigenständigkeit der alten Staaten ein. Die Preußische Gesandtschaft in der Prinzregentenstraße besteht weiter. Sie hat nun die Aufgabe den Kontakt zwischen den beiden Länderregierungen zu vermitteln und Probleme, die im Reichsrat zu verhandeln sind, vorher zu koordinieren und abzustimmen.

11. August 1919 – Erwachsenenbildung als verpflichtende Aufgabe

Deutsches Reich * In der Weimarer Republik erhält die Erwachsenenbildung Verfassungsrang. Der Artikel 148 Abs. 3 der Reichsverfassung macht die Förderung der Erwachsenenbildung zu einer verpflichtenden Aufgabe für das Reich, die Länder sowie die Gemeinden und hebt dabei besonders die Volkshochschulen hervor. Diese bilden in dieser Zeit die wesentlichen Züge ihrer inneren und äußeren Form aus und werden zur bedeutendsten Institution der Erwachsenenbildung. Sie sind sowohl gesellschaftstheoretisch als auch pädagogisch-didaktisch auf Demokratisierung ausgerichtet. Seinen Ausdruck fand dieser Ansatz vor allem in der Sozialform der Arbeitsgemeinschaft.

12. August 1919 – Der Landtag beschließt in Bamberg die Bayerische Verfassung

Bamberg * Mit 165 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen von der USPD und einer Enthaltung

beschließen die Mitglieder des Landtags in Bamberg die in elf Abschnitte und 95 Paragraphen gegliederte neue Bayerische Verfassung. In ihr wird Bayern als Freistaat und Mitglied des Deutschen Reiches bezeichnet. Sie enthält einen Grundrechtekatalog und sieht für alle Personen, die ihren Wohnsitz mindestens ein halbes Jahr in Bayern haben, die bayerische Staatsbürgerschaft vor.

12. September 1919 – Adolf Hitler als Reichswehr-Spitzel im Sterneckerbräu

München-Angerviertel * Der arbeitslose Gefreite Adolf Hitler erhält von Hauptmann Karl Mayr den Befehl, als Spitzel der Reichswehr eine Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei - DAP im Sterneckerbräu im Tal zu besuchen, Informationen zu sammeln und Kontakt mit der Partei aufzunehmen. Die neue Partei gehört zwar der völkischen Bewegung an, doch der Namensteil Arbeiter lässt in nationalistischen Kreisen Verdacht aufkommen. Auf der Versammlung referiert Gottfried Feder im Leiberzimmer über das Thema: „Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den Kapitalismus?“. Feder ist Mitglied der Thule-Gesellschaft und steigt später zum Parteiideologen der NSDAP auf. Anwesend sind 43 Personen, darunter als Begleiter Hitlers der Feldwebel Alois Grillmeier und zwei Propagandamänner des Gruko. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich das Bayerische Reichswehr Gruppenkommando Nr. 4 - Gruko, das unter der Führung des Generalmajors Arnold von Möhl steht. Als am Ende der Diskussion ein Teilnehmer bemerkt, dass sich Bayern vom Reich lösen sollte, schreitet Adolf Hitler ein. Noch am gleichen Abend bietet ihm der DAP-Vorsitzende Anton Drexler den Parteieintritt an.

30. September 1919 – Der Verlag Franz Eher Nachfolger wird eine GmbH

München * Aus dem Verlag Franz Eher Nachfolger wird die Franz Eher Nachfolger GmbH. Gesellschafterinnen sind nun Käthe Bierbaumer, die Freundin von Rudolf von Sebottendorff, und Sebottendorffs Schwester Dora Kunze.

6. Oktober 1919 – Die Hirschau wird parkartig bewirtschaftet

München-Englischer Garten - Hirschau * Die Forstärarialische Hirschau wird parkartig bewirtschaftet.

7. Oktober 1919 – Max Levien wird in Wien verhaftet

Wien * Max Levien wird in Wien verhaftet, aber nicht an Bayern ausgeliefert.

1920 – Die weltweit ältest erhaltenen Karussell-Figuren

München-Bogenhausen * Die Figuren und Wagen des Karussells aus dem Betz‘schen Gasthaus in Bogenhausen kommen ins Münchner Stadtmuseum. Sie gelten als die weltweit ältest erhaltenen Teile eines volkstümlichen Ringelspiels.

1920 – Das Geschäftsfeld der Firma Münchner Möbelheim, vormals Falk & Fey

München * Die Firma Münchner Möbelheim, vormals Falk & Fey betätigt sich mit der „Einrichtung von Wohnungen nach eigenen Entwürfen, Handel und Kommissionshandel von Waren aller Art insbesondere Antiquitäten und Kunstgegenständen, außerdem Übernahme von Versteigerungen“.

1920 – Ganz langsam geht es wieder aufwärts mit dem Vereinsleben

Gronsdorf * Ganz langsam geht es wieder aufwärts mit dem Vereinsleben des TSV München-Ost. Und auf dem Waldsportplatz in Gronsdorf erblüht zaghaft neues Leben, sodass der TSV München-Ost im Jahr 1920 bereits wieder 1.088 Mitglieder zählt. Auch erste größere sportliche Erfolge stellten sich wieder ein. Gleichzeitig erlebte das Spiel mit dem Fußball nach dem verlorenen Weltkrieg und der alles verändernden Revolution im Rahmen des Arbeitersports ihren ersten großen Aufschwung.

1920 – 45,6 Prozent der Münchner sind Mitglied in einer Konsumgenossenschaft

München * 45,6 Prozent der Münchner Einwohner versorgen sich als Mitglied mit Waren aus den Konsumgenossenschaften.

5. Januar 1920 – Soll die Deutsche Arbeiterpartei Loge oder Kampfpartei sein?

München * Karl Harrer verlässt die Deutsche Arbeiterpartei - DAP, in der er als Reichsvorsitzender über eineinviertel Jahre amtiert hat. Er scheitert an der von Adolf Hitler angestoßenen Diskussion, ob die Deutsche Arbeiterpartei - DAP eine „Loge oder Kampfpartei“ sein soll. Hitler verlangt für den damals noch nach demokratischen Regeln tätigen DAP-Arbeitsausschuss eine straffere Organisation und eine gewisse Autorität, was „jede Form einer Bevormundung [durch eine] Über- oder Nebenregierung, sei es als Zirkel oder Loge, ein für allemal“ ausschließt.

10. Januar 1920 – Der Versailler Vertrag tritt in Kraft

Deutsches Reich * Der Versailler Vertrag tritt in Kraft. Der Vertrag weist Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Rolle des Aggressors im Ersten Weltkrieg zu. Das Deutsche Reich wird finanziell für die Schäden an Land und Menschen haftbar gemacht. Hohe Reparationsforderungen sind die Folge. Dazu umfangreiche Gebietsabtretungen und eine militärische Abrüstung durch die Reduzierung der Berufsarmee auf maximal 100.000 Mann einschließlich höchstens 4.000 Offiziere und eine Marine mit 15.000 Mann. Dazu kommen Vorschriften zur Ausstattung der Wehrmacht.

17. Januar 1920 – Der Soziologe Max Weber wird aus dem Hörsaal gejagt

München-Maxvorstadt * Als Anfang 1920 der nationalistische Eisner-Mörder, Anton Graf Arco-Valley, aufgrund eines Antrags der Münchner Studentenschaft begnadigt, und damit vor der Hinrichtung bewahrt wurde, tobten die Studenten vor Begeisterung. Professor Max Weber kommentiert dies so: „Die politischen Morde werden Schule machen. […] Sie haben den Grafen Arco gefeiert, weil dieser, wie es auch meine Überzeugung ist, vor Gericht ritterlich und in jeder Beziehung mannhaft aufgetreten ist. Seine Tat ging aus der Überzeugung hervor, dass Kurt Eisner Schande auf Schande über Deutschland gebracht hat. Dieser Meinung bin ich auch. Trotzdem ist es eine schlimme Schwäche, ihn zu begnadigen, solange das Gesetz gilt, und ich als Ministerpräsident hätte ihn erschießen lassen. Aber das Ministerium ist vor ihnen zurückgewichen.” Nach diesen Ausführungen wird der Soziologe aus dem Hörsaal gejagt.

17. Januar 1920 – Der Eisner-Mörder wird zu lebenslanger Festungshaft begnadigt

München * Der mehrheitlich konservative Ministerrat tritt zu einer Sitzung zusammen, um die Begnadigung des Mörders Graf Anton von Arco auf Valley zu beschließen. Der Beschluss

erfolgt in Abwesenheit des Ministerpräsidenten und Eisner-Nachfolgers Johannes Hoffmann, eines königlich-bayerischen Sozialdemokraten, der nicht ohne Unverständnis für die Tat ist. In der Sitzung äußert Justizminister Ernst Müller-Meiningen den aufschlussreichen Satz: „Ich würde mich vor meinen Kindern schämen, einen Mann wie Arco ins Zuchthaus zu schicken.“ Da eine Zuchthausstrafe als die schärfste Haftart angesehen wird, begnadigt man den Grafen Arco zu einer lebenslangen Festungshaft, der komfortabelsten Art des Freiheitsentzugs, die gleichzeitig als ehrenvoll gilt. Bei dieser Begnadigung bezieht man sich ausdrücklich auf die erst am Vortag selbst formulierte Achtungsbezeugung vor dem Mörder eines amtierenden Ministerpräsidenten. Anton Graf von Arco auf Valley tritt als erster Festungshäftling seine Luxushaft in Landsberg am Lech an.

Februar 1920 – 5.233 Strafprozesse gegen Räterepublikaner

München * 5.233 Strafprozesse gegen Räterepublikaner werden eröffnet. Zehn Todesurteile werden ausgesprochen und vollzogen. Viele werden zu langen Haftstrafen verurteilt. Auf Milde dürfen sie nicht hoffen.

7. März 1920 – Der Marienklausensteg für Fußgänger wird erbaut

München-Giesing * Im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme - nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg - lässt die Stadt in den Jahren 1919 und 1920 den Marienklausensteg für Fußgänger erbauen. Die Brücke ruht auf acht Pfeilern, die neun Joche bilden. Das rechte und extrabreite Joch ist für die Floßdurchfahrt gedacht. In seiner Bescheidenheit passt sich der Steg gut in die Auenlandschaft ein.

31. März 1920 – Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen

München * Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen. Hauptmann Karl Mayr unterstützt ihn offenbar geistig-politisch als auch finanziell. Hitlers in der Münchner Revolutionszeit und Räteherrschaft radikalisierter Antisemitismus wird durch Mayr ebenfalls bestärkt.

Mai 1920 – Krieg und Friedensschluss lassen den Bierabsatz einbrechen

München-Haidhausen * Der Erste Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen treffen das

Bürgerliche Brauhaus schwer. Während die Brauerei im letzten Friedensjahr 1912/13 noch rund 219.000 Hektoliter Bier produziert, sinkt der Ausstoß im Braujahr 1919/20 auf nur noch 104.000 Hektoliter. Damit hat sich die Produktion innerhalb weniger Jahre mehr als halbiert. Besonders schwer wiegt der Verlust der einst bedeutenden Exportmärkte. Nach Kriegsende brechen die Absatzgebiete in Elsass-Lothringen, Frankreich, Belgien und Italien sowie in Übersee vollständig weg. Auch der Absatz in die Schweiz geht teilweise verloren. Für das zuvor stark exportorientierte Bürgerliche Brauhaus bedeutet diese Entwicklung einen tiefen wirtschaftlichen Einschnitt. Die Brauerei muss sich nach dem Krieg unter grundlegend veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen neu behaupten.

1. Mai 1920 – Ein Denkmal für die Toten der Revolution - 1919

München-Obergiesing * Im Rahmen der Maifeiern wird im Ostfriedhof von den Münchner Freien Gewerkschaften der Grundstein für ein Denkmal für die Toten der Revolution - 1919 errichtet.

8. Juli 1920 – Straße und Platz werden nach Joseph Schülein benannt

München-Berg am Laim * In Berg am Laim erhalten eine Straße und ein Platz den Namen Joseph Schüleins. Mit dieser Ehrung würdigt die Stadt die Verdienste des Brauereigründers und Unternehmers um die wirtschaftliche Entwicklung Münchens.

1. Oktober 1920 – Das Rettungswesen geht auf die Berufsfeuerwehr über

München * Das Rettungswesen, das von der Münchner Freiwilligen Rettungsgesellschaft und der Freiwilligen Sanitätskolonne des Roten Kreuzes betrieben wurde, geht jetzt auf die Berufsfeuerwehr über.

7. November 1920 – Eine Gedenktafel für Kurt Eisner wird enthüllt

München-Isarvorstadt * Im Lichthof des Gewerkschaftshauses an der Pestalozzistraße wird eine Gedenktafel für Kurt Eisner enthüllt.

4. Dezember 1920 – Die Eberl-Faber-AG wird städtisch

München-Haidhausen * Die Eberl-Faber-Aktiengesellschaft am Gasteig, die zuletzt im Besitz der Paulaner-Salvator-Brauerei Aktiengesellschaft war, geht in das Eigentum der Landeshauptstadt München über. Sie wird unter dem Namen „Stadtkeller“ weitergeführt.

1921 – Die Ungerer-Villa gehört den Amper-Werken Elektrizität AG

München-Maxvorstadt * Die Herrschafts-Villa an der Brienner Straße 38/40 gehört den Amper-Werken Elektrizität AG.

5. Januar 1921 – Löwenbräu und Unionsbrauerei schließen sich zusammen

München * Die Aktionäre der Löwenbräu AG stimmen der Fusion mit der Unionsbrauerei rückwirkend zum 1. Oktober 1919 zu. Durch den Zusammenschluss entsteht eines der größten Brauereiunternehmen Münchens. Den Vorstandsvorsitz übernimmt Friedrich Ritter von Mildner, während Dr. Hermann Schülein die operative Entwicklung des Unternehmens maßgeblich prägt. Joseph Schülein wird Mitglied des Aufsichtsrats. Auslöser für die Fusion ist der weitgehende Verlust der von Löwenbräu aufgebauten Auslandsmärkte infolge des verlorenen Ersten Weltkriegs. Für Löwenbräu sind daher insbesondere die umfangreichen Immobilien und Gaststätten der Unionsbrauerei von großem Wert. Zum Besitz gehören mehr als 30 Wirtschaftsanwesen, mehrere Bauplätze, ein Torfwerk in Deining sowie zwei weitere Torfwerke in Gemeinschaft mit einer Münchner Brauerei. Darüber hinaus verfügt die Unionsbrauerei über drei Doppelsudwerke, moderne Mälzereien, eine umfangreiche Flaschenfüllerei und Eisfabrikation, fünf Dampfmaschinen mit rund 800 PS sowie vollständig elektrifizierte Betriebsanlagen. Zum Unternehmen gehören außerdem umfangreiche Lager- und Transporteinrichtungen, 34 Eisenbahnwagen und ein gut ausgestatteter Fuhrpark. Die Brauerei bringt damit erhebliche Produktions- und Logistikkapazitäten in das neue Unternehmen ein. Die Aktionäre der Löwenbräu AG stimmen der Fusion mit der Unionsbrauerei rückwirkend zum 1. Oktober 1919 zu. Durch den Zusammenschluss entsteht eines der größten Brauereiunternehmen Münchens. Den Vorsitz des Vorstands übernimmt offiziell Friedrich Ritter von Mildner, während Dr. Hermann Schülein die operative Leitung des Unternehmens maßgeblich prägt.

26. August 1921 – Matthias Erzberger wird im Schwarzwald ermordet

Bad Griesbach im Schwarzwald * Der ehemalige Reichsminister der Finanzen, Matthias Erzberger, wird in Bad Griesbach im Schwarzwald ermordet. Die Attentäter sind Heinrich

Tillessen und Heinrich Schütz, die der rechten Organisation Consul, dem Freikorps Oberland und dem Germanenorden angehören. Den Auftrag zu diesem politischen Fememord gab ihnen der Kapitänleutnant Manfred von Killinger im Monat des Anschlags.

5. November 1921 – Kardinal Faulhaber rechnet mit der Revolution ab

München-Kreuzviertel * Die Kirche - allen voran Kardinal Michael von Faulhaber - fühlt sich aufgefordert mit der Revolution abzurechnen. Der hohe katholische Kleriker steht als Garant für das Gottesgnadentum der angestammten Herrscher und für eine auf das christliche Herrschaftsverständnis gegründete Regierung. In seiner Trauerrede sagt Kardinal Faulhaber in Anspielung auf die Hunger- und Friedensdemonstrationen vor und die revolutionären Veranstaltungen nach Kriegsende, besonders aber auf die Beisetzungsfeierlichkeiten für den ermordeten ersten demokratischen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner: „Die heutige Trauerfeier hebt sich durch die kirchliche Weihe himmelhoch hinauf über alles Trauertheater, das auf dem Straßenpflaster von München jemals gewesen ist.“ Ausführlich hebt Faulhaber hervor, dass Ludwig III. „kein König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ gewesen sei. Der monarchistische und antidemokratische Kirchenvertreter verurteilt die Revolution, indem er sagt: „Könige von Volkes Gnaden sind keine Gnade für das Volk, und wo das Volk sein eigener König ist, wird es über kurz oder lang sein eigener Totengräber“. Dieser Satz lässt den Kardinal am Ende des Zweiten Weltkrieges prophetisch erscheinen. Ein größerer zeitlicher Abstand zeigt aber die Untauglichkeit solcher Ängste erzeugender Geschichtsverklärungen.

6. Dezember 1921 – Löwenbräu und Bürgerliches Brauhaus schließen sich zusammen

München * Die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs führen zu einer weitreichenden Neuordnung der Münchner Brauwirtschaft. Die Löwenbräu AG und das Bürgerliche Brauhaus München fusionieren. Beide Unternehmen leiden unter den Folgen des Krieges, dem Verlust wichtiger Exportmärkte, Rohstoff- und Brennstoffmangel sowie stark gestiegenen Produktionskosten. Besonders deutlich zeigt sich die Krise beim Bürgerlichen Brauhaus: Sein Bierausstoß ist von rund 219.000 Hektolitern im Braujahr 1912/13 auf nur noch 104.000 Hektoliter 1919/20 zurückgegangen. Die vor dem Krieg für einen wachsenden Absatz geschaffenen Produktionsanlagen sind damit nicht mehr ausgelastet. Durch den Zusammenschluss können die beiden Brauereien ihre Herstellung, Verwaltung und Vertriebsorganisation bündeln, vorhandene Kapazitäten besser nutzen und ihre Position auf dem Münchner wie auch auf dem überregionalen Biermarkt stärken. Am 6. Dezember 1921 wird der Fusionsvertrag unterzeichnet und am 28.

Dezember 1921 zu außerordentlichen Generalversammlungen eingeladen, auf denen die Aktionäre beider Brauereien dem Vorhaben zustimmen sollen.

28. Dezember 1921 – Löwenbräu und Bürgerbräu beschließen ihre Fusion

München * Die Generalversammlungen der Löwenbräu AG und der Bürgerbräu AG stimmen der Fusion der beiden Münchner Brauereien zu. Der Zusammenschluss ist eine Reaktion auf die tiefgreifenden wirtschaftlichen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg und stärkt die gemeinsame Position auf dem Münchner Biermarkt. Mit dem Fusionsbeschluss endet nach rund vier Jahrzehnten die Geschichte des Bürgerlichen Brauhauses als selbstständige Aktiengesellschaft. Die Tradition des alten Zengerbräu, aus dem das Bürgerliche Brauhaus hervorgegangen ist, setzt sich fortan unter dem Dach der Löwenbräu AG fort. Das heute von Löwenbräu gebraute Starkbier Triumphator geht auf das gleichnamige Märzenbier der Bürgerbräu AG zurück.

1922 – Die Konsumvereine produzierten billiger und sauberer

München-Au * Der Konsumverein München von 1864 erwirbt noch das Grundstück Auerfeldstraße 26. Dort entsteht eine Bäckerei mit Feinbäckerei und Nudelfabrikation. Mit der Verlegung sämtlicher zentraler Einrichtungen in die Auerfeldstraße gelang dem Konsumverein von 1864 nach der Jahrhundertwende zwar der Durchbruch, mit den Sendlingern kann er aber nicht mithalten. Die Genossenschaften gehen bald zur Eigenproduktion über. Im Fabrikgebäude in der Auerfeldstraße befinden sich eine eigene Bäckerei, eine Kaffeebrennerei und eine Dampfspalterei für Brennholz sowie das Hauptlager für die zahlreichen Filialen. In München stellte die Genossenschaft Brot her. Die meisten anderen Waren beziehen sie aus den Zweigwerken der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Die Bäcker bekommen die Konkurrenz der Brotindustrie massiv zu spüren. Um ein ganzes Viertel unterbieten der Auer und der Sendlinger Konsumverein die Preise der Münchner Bäcker. Ihr Brot und ihre Semmeln vertreiben die Verbrauchsgenossenschaften in Filialen in der ganzen Stadt. Doch die Konsumvereine produzierten nicht nur billiger, sondern auch noch sauberer als die kleinen Bäcker. Sie bieten ihren Beschäftigten außerdem höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Dadurch entwickelten sich die Konsumvereine schnell zur Zielscheibe von Kleinhandel und Handwerk. Die Mittelständler fordern vom Gesetzgeber Maßnahmen, um die neuen Formen des Großhandels [hierzu gehören auch die Waren- bzw. die Kaufhäuser] an ihrem Siegeszug zu hindern.

1922 – Die „Firma Falk & Fey“ wird eine Aktiengesellschaft

München-Neuhausen * Umfirmierung der ehemaligen „Firma Falk & Fey“ in eine Aktiengesellschaft unter dem Namen „Transhand Transport- und Handels AG, vormals Falk & Fey“.

24. Juni 1922 – Verabschiedung der Fürstenabfindung im Landtag vertagt

München-Kreuzviertel * Die ursprünglich geplante Verabschiedung der Fürstenabfindung im Landtag wird wegen der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau verschoben. Das Finanzministerium fürchtet um die erforderliche Mehrheit im Landtag. Die Delegationen nutzen die Zwangspause zu Vertragsveränderungen. Nun werden neben dem Kunstbesitz auch die ehemaligen kurfürstlichen Kunstsammlungen mit einbezogen. Dazu wird die „Wittelsbachische Landesstiftung für Kunst und Wissenschaft“ geschaffen.

27. August 1922 – Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet

München - München-Maxvorstadt * Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet. Für die anreisenden Zehntausenden von Gläubigen wird ein großer Festgottesdienst auf dem Königsplatz abgehalten, bei dem sich die katholische Kirche mit eindrucksvollem Gepränge darstellt. Die Straßen der Stadt sind mit Fahnen geschmückt, nur das Schwarz-Rot-Gold der Weimarer Republik ist demonstrativ vergessen worden. Kardinal Michael von Faulhaber enthält sich bei dieser zur politischen Kundgebung umgestalteten Veranstaltung weder politischer noch demokratiefeindlicher Äußerungen und ruft in seiner Ansprache zum Kampf der Kirche gegen den Staat auf: „Wehe dem Staat, der seine Rechtsordnung und Gesetzgebung nicht auf den Boden der Gebote Gottes stellt, der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes, der die Rechte der Eltern in seinem Schulgesetz nicht kennt, der die Theaterseuche und die Kinoseuche nicht fernhält von seinem Volk, der Gesetze gibt, die die Ehescheidung erleichtern, die die uneheliche Mutterschaft in Schutz nehmen“. Diesem Satz folgt ein - von den dicht gedrängten Besuchern stürmisch bejubelter - rhetorischer Tiefschlag gegen die Republik und ihrer Gründer: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet“. Diese Worte wirken, wie Faulhaber später einmal recht zufrieden feststellt, wie eine Bombe. Der Kardinal versagt sich damit wieder einmal - mit seiner ganzen Autorität und in der Öffentlichkeit - der Weimarer Republik und bereitet damit - ohne das möglicherweise direkt zu beabsichtigen - Adolf Hitler den Weg. Schon damals stellt die sozialdemokratische Münchener Post unter der

Überschrift „Wohin des Wegs, Herr Kardinal?“ fest: „Seine Ansichten sind ein Beweis für den Machthunger der römischen Kirche und ihres Klerus, die nicht mit dem Staat in Frieden und Verträglichkeit zusammenleben, sondern ihn um jeden Preis beherrschen wollen.“ Die in Anwesenheit der Spitzen von Kirche, Staat und Gesellschaft gemachten Aussagen des Kardinals führen allerdings auch zu einem „weltweit hallenden Eklat“ und veranlasst die - konservative - Reichsregierung, sich bei Papst Pius XI. zu beschweren. Damit, dass sich ein Widerstand derjenigen Katholiken formiert, die im neuen Staat ehrlich mitarbeiten wollen, hat Faulhaber nicht gerechnet.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten Herrscherhäuser seinen morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“.
Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen Orden bekommt. In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

30. Oktober 1922 – Der Deutsche Städtetag für kolonialgeschichtliche Straßenbenennungen

Deutsches Reich * Der Deutsche Städtetag gibt die Anregung der Deutschen Kolonialgesellschaft weiter, „den Städten zu empfehlen, geographische Namen aus den deutschen Schutzgebieten zur Benennung von Straßen und Plätzen zu verwerten“.

13. Mai 1923 – Der Muttertag wird erstmals in Deutschland gefeiert

Deutsches Reich * Auf Initiative des Verbands Deutscher Blumengeschäftsinhaber wird am 13. Mai 1923 erstmals der „Muttertag“ in Deutschland gefeiert. Die Nationalsozialisten nutzten den Muttertag für ihre Propaganda und machten ihn zum Feiertag, was ihn bis heute teils umstritten macht.

1. Juli 1923 – Die Münchner Edelmesse GmbH wird eine Aktiengesellschaft

Bogenhausen * Die von Friedrich Lauer in seiner Villa in der Neuberghausener Straße 11 gegründete Münchner Edelmesse GmbH wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie wird als „Ständige Musterschau Deutscher Qualitätswaren mit Großhandelsvertretung für das In- und Ausland“ definiert. Nur geschultes, sprach- und warenkundiges Verkaufspersonal bedient die kaufkräftige, elitäre und vornehme Kundschaft. „Kein Schund, kein Kitsch, keine Ramschware wird zur Schau gestellt, sondern Gediegenes, Zweckentsprechendes, Echtes, mit einem Wort: ‚Edles'."

11. November 1923 – Schutzhaft für Adolf Hitler in Landsberg

Landsberg am Lech • Adolf Hitler kommt in der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech in Schutzhaft.

14. November 1923 – Adolf Hitler wird in Untersuchungshaft genommen

Landsberg am Lech • Adolf Hitler, der sich seit dem 11. November 1923 in Landsberg am Lech in Schutzhaft befindet, wird nun in Untersuchungshaft genommen. Für die Dauer des Prozesses [ab 1. April 1924] wird er nach München verlegt.

1924 – Schloss Biederstein wird von den wittelsbachischen Erben veräußert

München-Schwabing * Zur besseren wirtschaftlichen Verwertung wird die 250 Tagwerk [= ~53.000 Quadratmeter] große Immobilie um das Schloss Biederstein von den wittelsbachischen Erben veräußert. Die Firma Heilmann & Littmann“erhält den Auftrag zum Verkauf.

1924 – Die Isarwerke AG werden gegründet

München * Die Hauptgesellschafter der Isarwerke GmbH: Jakob Heilmann, das Bankhaus Merck Finck & Co und Georg von Simson, Gesellschafter der Danat-Bank – Darmstädter und Nationalbank, gründen zum Zwecke des Betriebes des Wasserkraftwerks Mühltal bei Schäftlarn die „sarwerke AG.

1. April 1924 – Adolf Hitler tritt seine Strafe an

Landsberg am Lech • Adolf Hitler und die anderen Verurteilten [Pöhner, Weber und Kriebel] treten am Tag der Urteilsverkündung ihre Strafe in der Strafvollzugsanstalt Landsberg am Lech an. Dort ist ein Gebäude zur „Festungshaftanstalt Landsberg“ deklariert worden. Während seiner Haft kann Hitler zahlreiche Besucher empfangen. Dies steht ihm als Festungshäftling zwar grundsätzlich zu, doch wird ihm wesentlich mehr als nach der Hausordnung für den Vollzug der Festungshaft zulässig ist von der ihm wohlgesonnenen Anstaltsleitung genehmigt. Hitler schreibt in Landsberg den ersten Teil seines Buchs „Mein Kampf“.

1. April 1924 – Der Hitler-Ludendorff-Prozess endet

München-Neuhausen • Der Prozess gegen die Beteiligten am Hitler-Ludendorff-Putsch wird mit einem Urteil beendet. Hitler wird wegen Hochverrats zur gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft und einer Geldstrafe von 200 Goldmark verurteilt, ebenso Kriebel, Weber und Pöhner. Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick erhalten wegen Beihilfe jeweils ein Jahr und drei Monate Festungshaft sowie 100 Goldmark als Strafe auferlegt. Ludendorff wird mit der wenig glaubwürdigen Begründung, dass er keine Kenntnis von den eigentlichen Plänen Hitlers gehabt hätte, freigesprochen. Den Verurteilten Hitler, Pöhner, Weber und Kriebel wird durch Beschluss des Volksgerichts nach Verbüßung eines weiteren Strafteils von sechs Monaten Bewährung für den Strafrest in Aussicht gestellt. Für Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick wird diese Bewährung sofort bewilligt. Die Staatsanwaltschaft hatte für Hitler eine Strafe von acht Jahren beantragt. Von der zwingenden Ausweisung Hitlers als Ausländer nach § 9 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik sieht das Volksgericht ausdrücklich ab. Ebenso berücksichtigt es nicht, dass der 1922 wegen Landfriedensbruch verurteilte Hitler bereits unter Bewährung stand und ihm daher nicht erneut Bewährung gewährt hätte werden dürfen. Die Volksgerichte sind für die ihnen zugewiesenen Fälle in Bayern erste und letzte Instanz, so dass gegen ihre Urteile keine Rechtsmittel statthaft sind. Das Urteil ist somit sofort rechtskräftig.

2. April 1924 – Graf Arco und Adolf Hitler lernen sich in der Haft kennen

Landsberg * Während der letzten sechs Wochen seiner Inhaftierung lernt Graf von Arco einen Neuzugang kennen, der die Haftruhe - wie auch Graf Arco selbst - zum Niederschreiben seiner Gedanken und Pläne nutzt: Adolf Hitler. Dieser beginnt in Landsberg mit seinem Werk „Mein Kampf“, in dem er unter anderem den deutschen „Föderalismus“ als Schwächung Deutschlands geißelt.

13. April 1924 – Anton Graf Arco-Valley wird aus der lebenslangen Haft entlassen

Landsberg am Lech * Anton Graf von Arco auf Valley verlässt die Festung Landsberg am Lech - bereits vier Jahre nach seiner Verurteilung zu lebenslanger Festungshaft - wieder als freier Mann. Er wird wegen Strafunterbrechung entlassen, ohne dass die sonst übliche Bewährungsfrist ausgesprochen wird. Ein lebenslanger Gefängnisaufenthalt war für Arco eh nie ernstlich in Betracht gezogen worden. Bei seiner Rückkehr nach Schloss Sankt Martin wird der Graf von der Bevölkerung jubelnd empfangen und die farbentragende katholische bayerische Studentenverbindung Rhaetia nimmt im Rahmen einer Festkneipe im Sommer 1925 den entlassenen Mörder in ihren Reihen auf. Anton von Arco ist durch seinen Mord am bayerischen Ministerpräsidenten zum Helden der nationalen Rechten aufgestiegen. Dass er dabei von den Leibwächtern schwer verletzt wurde, macht auch noch einen Märtyrer aus ihm.

12. Mai 1924 – Ermittlungsverfahren gegen Kahr, Seißer und Kossow eingestellt

München • Die Staatsanwaltschaft München I stellt das Ermittlungsverfahren gegen Kahr, Seißer und Lossow mit der Begründung ein, dass bei den Beschuldigten ein Vorsatz, sich an dem Putsch zu beteiligen, nicht erwiesen sei.

20. Dezember 1924 – Adolf Hitler wird aus der Festungshaft entlassen

Landsberg am Lech • Adolf Hitler wird, auch aufgrund der günstigen Prognosen des Anstaltsleiters und gegen die Auffassung der Staatsanwaltschaft, vorzeitig und auf Bewährung aus der Festungshaftanstalt entlassen.

30. Dezember 1924 – München erhält Lenbachs Hinterlassenschaft

München-Maxvorstadt * Lolo von Lenbach stiftet Franz von Lenbachs Hinterlassenschaft an Gemälden, Kunstwerken und Erinnerungsstücken der Landeshauptstadt München.

31. Dezember 1924 – Der amerikanische Ku-Klux-Klan hat vier Millionen Mitglieder

USA * Der amerikanische Ku-Klux-Klan hat vier Millionen Mitglieder und verfolgt eine Politik weißer Vorherrschaft insbesondere gegenüber Afro-Amerikanern. Er vertritt aber auch einen militanten Antikatholizismus und Antisemitismus.

31. Dezember 1924 – Volkshochschule im Isartor eröffnet

München-Graggenau * Aufgrund der nicht ausreichenden finanziellen Unterstützung der Landeshauptstadt verzögert sich der Eröffnungsbeginn für das erste Heim der Münchner Volkshochschule bis zum 31. Dezember 1924. Zum Glück wird das Vorhaben durch eine private Gönnerschaft und Mithilfe insbesondere durch die Familie Riemerschmid, die ja bereits mit der Riemerschmid Handelsschule im Jahr 1862 eine Bildungseinrichtung für Mädchen geschaffen hatte, massiv unterstützt.

1925 – Krise des Münchner Schauspielhauses

München-Graggenau * Nach dem Ersten Weltkrieg gerät das traditionsreiche Münchner Schauspielhaus in der Maximilianstraße zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Inflation, veränderte Publikumsgewohnheiten und die angespannte finanzielle Lage vieler Theater erschweren einen erfolgreichen Spielbetrieb. Unter der Leitung der Schauspielerin und Regisseurin Hermine Körner kann sich das Haus zunächst noch behaupten. Trotz künstlerischer Erfolge verschärfen sich jedoch die finanziellen Probleme. Mitte der 1920er-Jahre ist ein eigenständiger Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das Schauspielhaus verliert seine wirtschaftliche Grundlage und steht schließlich vor dem Aus. Nach dem Ersten Weltkrieg gerät das traditionsreiche Münchner Schauspielhaus in der Maximilianstraße zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Inflation, veränderte Publikumsgewohnheiten und die angespannte finanzielle Lage vieler Theater erschweren einen erfolgreichen Spielbetrieb. Und da elf Prozent der Einnahmen laut Pachtvertrag an die Familie Riemerschmid zu zahlen sind, kommt das teure Privattheater nicht mehr auf einen grünen Zweig. Unter der Leitung der Schauspielerin und Regisseurin Hermine Körner kann sich das Haus zunächst noch behaupten. Trotz künstlerischer Erfolge verschärfen sich jedoch die finanziellen Probleme. Mitte der 1920er-Jahre

ist ein eigenständiger Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das Schauspielhaus verliert seine wirtschaftliche Grundlage und steht schließlich vor dem Aus.

27. Februar 1925 – Adolf Hitler gründet im Bürgerbräukeller die NSDAP neu

München-Haidhausen * Adolf Hitler gründet nach seiner Haftentlassung im Bürgerbräukeller die NSDAP neu. In seiner Rede über „Deutschlands Zukunft und unsere Bewegung“, in der er den Bürgerkrieg ankündigt und bemerkt, es gehe dabei entweder der Feind über seine Leiche oder er über die Leiche des Feindes. Das führt zu Hitlers Redeverbot in öffentlichen Versammlungen. Bis zum 5. März 1927 kann die NSDAP nur mehr geschlossene Veranstaltungen durchführen.

10. März 1925 – Der TSV München-Ost verkauft den Waldspielplatz

Gronsdorf * Der TSV München-Ost verkauft den Waldspielplatz in Gronsdorf, um noch am selben Tag den Kauf eines neuen Grundstücks an der St.-Martin-Straße in Obergiesing perfekt zu machen. Um den Bau eines Vereinsheimes, einer Turnhalle und eines Sportplatzes finanzieren zu können, wird der Verkaufserlös des alten Waldsportplatzes verwendet und der Beitrag auf eine Mark verdoppelt. Die Vereinsleitung und die Mitgliedschaft verspricht sich von dem Neubau-Projekt wesentlich bessere Trainingsbedingungen als in den Nebensälen der Großgaststätten und den Schulturnsälen. Und damit verbunden eine stärkere Unabhängigkeit von geschäftstüchtigen Wirten und mit Vorurteilen behafteten Schulrektoren.

August 1925 – Die „Studentenverbindung Rhaetia“ nimmt den Eisner-Mörder auf

München * Die farbentragende katholische bayerische „Studentenverbindung Rhaetia“ nimmt im Rahmen einer Festkneipe den eben aus der Haft entlassenen Mörder Anton Graf von Arco auf Valley in ihren Reihen auf. Arco war durch seinen Mord am bayerischen Ministerpräsidenten zum Helden der nationalen Rechten aufgestiegen. Dass er dabei von den Leibwächtern schwer verletzt wurde, machte auch noch einen Märtyrer aus ihm.

September 1925 – Das erste „Zentral-Landwirtschaftsfest“ nach dem Ersten Weltkrieg

München-Theresienwiese * Das „Zentral-Landwirtschaftsfest“ findet erstmals nach dem Ersten

Weltkrieg statt.

3. September 1925 – Der Stadtbezirk Gern für kolonialgeschichtliche Straßenbenennungen

Gern - Trudering * Der 28. Stadtbezirk [= Gern] nimmt die Anregung der Deutschen Kolonialgesellschaft für folgende Straßenbenennungen zum Anlass: Togostraße, Kamerunplatz, Dar-es-Salaam-Straße, Tsingtaustraße, Sansibarplatz und Samoaplatz. Die Straßennamen werden jedoch erst am 22. Juni 1933 in Trudering vergeben.

2. Oktober 1925 – Josephine Baker als Hauptdarstellerin in der Revue Negre

Paris * Mit ihrem Auftritt im Théâtre des Champs Elysées betritt Josephine Baker die Bühne der Welt als Hauptdarstellerin der „Revue Negre“ [= „Negerrevue“]. Das heute - mit Recht - verpönte Wort „Neger“ ist damals gang und gäbe. Das Interesse an afrikanischer Kunst [= „Negerkunst“] ist in Paris bereits um 1900 erwacht. Künstler wie Henri Matisse und Pablo Picasso beschäftigen sich damit. Josephine bringt all das auf die Bretter, die die Welt bedeuten, was sich Paris unter „schwarzer Kultur“ vorstellt: Sie ist wild, sie ist exotisch, sie ist Afrika. Eine Unterscheidung zwischen afroamerikanisch und afrikanisch wurde auch in Frankreich noch nicht gemacht. Schwarz ist Schwarz und Schwarz ist Afrika.

1926 – Das Anwesen Friedenstraße 40 gehört der Firma L. Bernheimer oHG

München-Berg am Laim * Laut dem Adressbuch gehört das Grundstück am Standort des heutigen Technischen Rathauses an der Friedenstraße 40 der L. Bernheimer oHG, die „künstlerische und vornehme Wohnungseinrichtungen in historischen Stilarten“ anbietet. Die jüdische Antiquitätenhändler-Familie betreibt ihr Hauptgeschäft am Lenbachplatz.

1926 – Die Münchner Kammerspiele ziehen in die Maximilianstraße

München-Graggenau * Die wirtschaftliche Krise des Münchner Schauspielhauses eröffnet den Münchner Kammerspielen die Möglichkeit, ihre inzwischen zu klein gewordene Spielstätte in der Augustenstraße 89 zu verlassen und in das renommierte Theatergebäude an der Maximilianstraße umzuziehen. Die häufig als „Fusion“ bezeichnete Verbindung der beiden Bühnen erfolgt dabei nicht als Zusammenschluss gleichberechtigter Theaterunternehmen.

Vielmehr übernehmen die wirtschaftlich und künstlerisch erfolgreichen Münchner Kammerspiele die Rolle des zahlungsunfähig gewordenen Schauspielhauses und beziehen dessen traditionsreichen Theaterbau. Mit dem Umzug unter der Leitung von Otto Falckenberg im Jahr 1926 endet die Geschichte der Augustenstraße 89 als Spielstätte der Münchner Kammerspiele. Gleichzeitig verschmelzen die Traditionen des 1912 gegründeten Kammerspieltheaters und des 1901 eröffneten Schauspielhauses zu einer neuen Einheit. Das Jugendstiltheater in der Maximilianstraße wird fortan zur Heimat der Münchner Kammerspiele und zu einem der bedeutendsten Theaterstandorte Deutschlands.

1926 – Frauenturnfest und Pluder-Badekostüme für beide Geschlechter

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber beschäftigt sich mit Bagatellen. Es geht um das Verhindern eines zweiten Frauenturnfestes, der Entziehung der Portofreiheit für kirchliche Stellen, der moralischen Zuchtlosigkeit der Jugend, um die uneheliche Mutterschaft, darum, „dass das Turnen nach Geschlechtern getrennt geschehe, daß die Turnkleidung die Körperformen nicht aufdringlich betone, daß jede Turnübung, besonders an Geräten, vermieden wird, die der weiblichen Art nicht angemessen sind, und dass das Schauturnen von Frauen und Mädchen unterlassen werde“. Gemeinschaftsbäder hält er für überflüssig. Und wenn sie schon bestehen sollen, dann fordert Kardinal Faulhaber „Volles Pluder-Badekostüm für beide Geschlechter“.

September 1926 – Johann Reichhart muss seine Wirtschaft wieder aufgeben

München-Au * Nach wenigen Monaten muss Johann Reichhart seine Wirtschaft am Mariahilfplatz 1 wieder aufgeben. Sobald seine Gäste von seiner Nebentätigkeit als Scharfrichter erfahren, verlassen sie entsetzt das Lokal. „Zu Dir kann man nicht mehr kommen. An jedem Bierglas, das Du in der Hand hältst, klebt Blut“. Seine Ehefrau hat ihn verlassen. Seinen Kindern schreien die Mitschüler nach: „Dein Vater is a Kopfabschneider, Kopfabschneider!“

September 1926 – Die Witwe Rössler übernimmt die Geschäfte der „Ochsenbraterei“

München-Theresienwiese * Als Johann Rössler stirbt, übernimmt seine Witwe die Geschäfte der „Ochsenbraterei“ und betreibt diese bis 1958.

28. November 1926 – Das Vereinsheim und die Turnhalle des TSV München-Ost sind fertig

München-Obergiesing * Das Vereinsheim und die Turnhalle kann an die Vereinsleitung des TSV München-Ost übergeben werden. Für einige Jahre wird es mit dem Turn- und Sportverein München-Ost noch aufwärtsgehen, doch mit den beginnenden 1930er-Jahren kommt die Wirtschaftskrise und damit verbunden eine hohe Arbeitslosigkeit, die auch die Mitglieder des Sportvereins trifft. Die dadurch sinkenden Beitragszahlungen machen die Rückzahlung der Bauschulden und die Begleichung der laufenden Kosten immer schwieriger. Die größte Gefahr für den Arbeiterverein kam jedoch von den Nationalsozialisten.

1. Dezember 1926 – Der Betriebshof bei der Straßenbahn-Direktion wird aufgelassen

München-Haidhausen * Die ab dem Jahr 1925 beschafften Trambahn-Wagen haben auf dem Gelände der Straßenbahn-Direktion in Haidhausen überhaupt keinen Platz mehr. Die Folge sind unwirtschaftliche Leerfahrten zu anderen Betriebshöfen. Man lässt deshalb den Betriebshof auf und beginnt sofort mit dem Einbau von Büroräumen für die Direktion und einer neuen Fahrerschule in der Motorwagenhalle.

1. Dezember 1926 – Der Betriebshof bei der Straßenbahn-Direktion wird aufgelassen

München-Haidhausen * Die ab dem Jahr 1925 beschafften Trambahn-Wagen haben auf dem Gelände der Straßenbahn-Direktion in Haidhausen überhaupt keinen Platz mehr. Die Folge sind unwirtschaftliche Leerfahrten zu anderen Betriebshöfen. Man lässt deshalb den Betriebshof auf und beginnt sofort mit dem Einbau von Büroräumen für die Direktion und einer neuen Fahrerschule in der Motorwagenhalle.

31. August 1927 – Fritz Gerlich untersucht die Stigmatisierung der Resl von Konnersreuth

Konnersreuth * Im Auftrag der Münchner Neuesten Nachrichten untersucht Dr. Fritz Gerlich die rätselhafte Heilung und Stigmatisierung der Therese Neumann von Konnersreuth. Gerlich will - wie er sagt - „dem Schwindel auf die Spur kommen“.

1928 – Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft für das Droschkengewerbe Münchens

München * Die am 7. November 1917 von den Münchner „Kraft- und Pferdedroschkenbesitzern“ gegründete „Einkaufsgenossenschaft“ wird in „Ein- und Verkaufsgenossenschaft für das Droschkengewerbe Münchens, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung“ umbenannt. Der Grund ist der Rückgang der von Pferden gezogenen Kutschen.

September 1928 – Carl Gabriel betreibt fünf Attraktionen auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Carl Gabriel betreibt fünf Geschäfte auf dem Oktoberfest. Darunter „Carl Gabriel's und Ehrlich's Riesen-Völkerschauen“, „Carl Gabriel's Pracht-Reitbahn (Hippodrom)“, „Carl Gabriel's und L. Ruhe's Riesen Orang-Utan-Schau aus den Urwäldern Sumatras“ und „Carl Gabriel's Jagd- und Preis-Schießen, Schießen am Walde auf laufende Tiere mit echten Jagdgewehren und mit echter Munition!“ Für die „Orang-Utan-Schau“ wurden im Frühjahr 85 Exemplare dieser äußerst seltenen Affenart auf der Insel Sumatra gefangen und nach Europa gebracht. Dabei verendete ein Großteil der Tiere. Einzelne der kostbaren Orang-Utans wurden an zoologische Gärten verkauft, der Rest wurde in einem beheizbaren Käfig dem Publikum gezeigt.

1929 – Trotz Krise – Das Künstlerhaus bleibt bestehen

München-Kreuzviertel * Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und die vorausgehende Hyperinflation von 1923 verschärfen die finanzielle Lage erheblich. Einnahmen aus Vermietungen, Veranstaltungen und Mitgliedsbeiträgen reichen häufig nicht aus, den Betrieb zu sichern. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen bleibt das Künstlerhaus bestehen.

1929 – Richard-Wagner-Straße 3 und 5 gehören den I. G. Farben

München-Maxvorstadt * Die Anwesen Richard-Wagner-Straße 3 und 5 gehören den I. G. Farben Aktiengesellschaft, Frankfurt Hoechst. Die I. G. Farben war eine Partnerin der US-amerikanischen Firma Standard Oil. Sie beliefert später die deutschen Vernichtungslager mit dem tödlichen Gas Zyklon B.

1929 – Frauen wird die Aufnahme in den Cowboy Club München Süd verweigert

München * Frauen wird die Aufnahme in den Cowboy Club München Süd verweigert. Die

Regelung gilt bis in die 1980er-Jahre. Erst nach 2000 wird den Frauen eine aktive Mitgliedschaft ermöglicht.

30. Januar 1929 – Die Münchner Tierpark Aktiengesellschaft wird gegründet

München-Giesing * Der neue Tierpark Hellabrunn wird als „Münchner Tierpark Aktiengesellschaft“ formell gegründet. Diese ist mit einem Startkapital von 600.000 Mark ausgestattet. Die Stadt ist damit Mitbegründerin des Tierparks geworden. Unter den gegebenen Umständen ist die Neugründung ein voller Erfolg. Heinz Heck ist der Begründer des Erfolgs. Er hat für Hellabrunn ein vollkommen neues Konzept entwickelt: den Geo-Zoo. Der Tierpark ist nach Erdteilen gegliedert und präsentiert damit die Tiere nach Herkunftsregionen. Ziel ist auch, eine harmonische Verbindung der Landschaft mit den Tieren zu schaffen.

Mai 1929 – Die monatlich erscheinende Tierparkzeitung „Das Tier und wir“

München-Giesing * Mit „Das Tier und wir“ erscheint - herausgegeben vom Tierpark Hellabrunn - monatlich eine neue Tierparkzeitschrift. Die darin veröffentlichten Artikel sind unterhaltsam und populärwissenschaftlich.

1. August 1929 – Indianer im Tierparkgelände

München-Giesing * Eine 25 Personen starke Indianertruppe des Zirkus Sarrasani hält sich im Tierparkgelände auf. Big Chief White Horse Eagle, der „Oberhäuptling aller noch lebenden Indianer“, führt - zur Eröffnung des Raubtierhauses - zusammen mit seinem Stamm verschiedene heimatliche Lieder und Tänze auf. Über die Herkunft des angeblichen Indianerhäuptlings der Osagen ist bis auf seine relativ zweifelhaften Selbstauskünfte nichts bekannt. Angeblich war er 107 Jahre alt und er erklärte, dass er bereits 1887 in Deutschland war und Otto von Bismarck die Hand geschüttelt habe. Zuvor, am 18. Juni, hatte er mit seiner weißen Frau Karl Mays Grab in Radebeul besucht und anschließend für eine Postkartenserie posiert.

29. Oktober 1929 – Der Schwarze Freitag ist ein Dienstag

USA * Der „Schwarze Freitag“ wird mit einem legendären Börsencrash in den USA in Verbindung gebracht, der durch eine Spekulationsblase ausgelöst wird. In den sogenannten Goldenen

Zwanziger Jahren steigen die Aktienkurse ununterbrochen. Viele Anleger träumen vom großen Geld und nehmen sogar Kredite auf, um Aktien zu kaufen. Als dann die Aktien stagnieren bricht am Donnerstag, dem 24. Oktober eine Panik an der Wall Street aus. Der Handel bricht mehrmals zusammen. Das ist der Beginn einer Wirtschaftskrise, die alle Industrienationen betrifft. Massenarbeitslosigkeit und Deflation sind die Folge. Der Crash zieht sich über Tage hin. Am Dienstag, dem 29. Oktober versuchen viele Investoren gleichzeitig ihre Aktien zu verkaufen. Damit fällt der „Schwarze Freitag“ auf einen Dienstag, weshalb die Amerikaner auch vom „Black Thursday“ sprechen.

1930 – Die Zahl der Weinwirtschaften in München hat sich auf 74 reduziert

München * Die Zahl der Weinwirtschaften in München hat sich auf 74 reduziert.

1930 – Das Isartor als Sitz der wichtigsten Bildungseinrichtung Münchens

München-Graggenau * Das Isartor ist für viele Jahre der Sitz der wichtigsten Bildungseinrichtung Münchens. Im Sommerlehrgang 1930 werden rund einhundert Veranstaltungen mit neunzig Dozenten angeboten. Dabei kann auch Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Ungarisch gelernt werden. Es gibt bereits ein Frauenprogramm, das zehn Kurse umfasst und die Not und Tradition der Zeit widerspiegelt: „Die Frau als Herrscherin in Haus und Küche“, „Wie erhalte ich mir trotz sparsamster Wirtschaftsführung meine Lebensfreude?“ oder „Die Frau als seelischer Mittelpunkt des Hauses.“ Solche Titel klingen für uns heute eher kurios, werden damals aber stark nachgefragt.

1930 – Die politischen Unruhen im roten Giesing wachsen

München-Obergiesing * Während der Wirtschaftskrisen wachsen die politischen Unruhen im roten Giesing, sodass mehrmals Gottesdienste in der Martin-Luther-Kirche gegen kommunistische Störer geschützt werden müssen. Der Grund ist, dass viele Giesinger Gemeindemitglieder im Nationalsozialismus den „Retter religiöser Werte“ sehen.

18. November 1930 – Die Bischöfe beschäftigen sich mit dem Nationalsozialismus

München * Die Bischöfe beschäftigen sich in einer Diözesansynode auch mit dem

Nationalsozialismus. Domdekan Prälat Dr. Anton Scharnagl referiert über dieses Thema. Seine Ausführungen beginnen mit den Worten: „Der Nationalsozialismus ist politische Partei und Weltanschauung zugleich“ und kommt zum Ergebnis, dass der Nationalsozialismus mit den Aussagen der katholischen Glaubenslehre unvereinbar sei. Dr. Scharnagl begründet danach seine Thesen mit den von den Nationalsozialisten propagierten germanischen Christentum, der Ablehnung des Alten Testaments, der Forderung nach einer deutschen Volkskirche, die Ablehnung der Bekenntnisschule und einer rassisch definierten Sittlichkeit, die die kinderlose Frau als minderwertiges Mitglied der Volksgemeinschaft betrachtet. In den angefügten Feststellungen wird der Sachverhalt in nie mehr wiederholter Deutlichkeit schließlich auf den Punkt gebracht: „Der Nationalsozialismus ist eine Häresie und mit der christlichen Weltanschauung nicht in Einklang zu bringen.“ Das im Februar 1931 veröffentlichte Amtsblatt Nr. 4 schwächt allerdings entscheidende Passagen bereits wieder ab.

7. Dezember 1930 – In der sowjetischen Botschaft in Rom wird ein Max Levien ermordet

Rom * In der sowjetischen Botschaft in Rom wird ein Max Levien ermordet. Ob es sich dabei um den Münchner Kommunistenführer handelt, ist nicht geklärt.

1931 – Die Tierpark Aktiengesellschaft kauft das Tierparkgelände

München-Giesing * Die „Münchner Tierpark Aktiengesellschaft“ kann das Tierparkgelände käuflich von der Stadt erwerben. Hellabrunn ist nach dem Berliner Zoo der zweitgrößte Deutschlands.

1931 – Willy Heide baut das Wirtshaus Heide-Volm Planegg erfolgreich um

Planegg * Willy Heide pachtet eine heruntergewirtschaftete, halbvergessene Waldwirtschaft in Planegg und baut sie zu einer florierenden Ausflugsgaststätte um. Der Name seines Vorgängers Wilhelm Volm findet sich noch heute im Namen des Wirtshauses: Heide-Volm Planegg.

1931 – Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund führt an

Berlin * Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund - NSDStB übernimmt in der Deutschen Studentenschaft, dem Dachverband der Allgemeinen Studentenausschüsse, die

Führung.

26. April 1931 – „Die Behörden erschwerten ihm die Arbeit auf seiner eigenen Bühne“

München * In der Süddeutschen Sonntagspost heißt es zu Karl Valentins Scheitern im Goethesaal: „Seine Nervenzerrüttung ist in erster Linie auf die zahlreichen, fortgesetzten, paragraphenhaften, kleinlichen Reklamationen zurückzuführen, mit denen die Behörden ihm die Arbeit auf seiner eigenen Bühne erschwerten“.

30. Juni 1931 – Preußen schließt wegen Geldmangel seine Münchner Gesandtschaft

Berlin - Lehel * Wegen der Weltwirtschaftskrise schließt Preußen aus Geldmangel seine Münchner Gesandtschaft.

18. September 1931 – Angelika Maria „Geli“ Raubal begeht Selbstmord

München-Haidhausen * Die 23-jährige „Privatstudierende“ Angelika Maria „Geli“ Raubal begeht in Adolf Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz 16 Selbstmord durch Erschießen. Es handelt sich dabei um eine Tochter von Hitlers Halbschwester Angela Raubal. Die schweren Verletzungen und die weitere Umstände, über die die Münchener Post berichtet, signalisieren der Öffentlichkeit den Verdacht auf ein Verbrechen. Die Staatsanwaltschaft beauftragt deshalb sofort den Polizeiarzt, die Leiche nochmals zu untersuchen.

8. Dezember 1931 – Die Reichsfluchtsteuer wird eingeführt

Berlin - München-Bogenhausen * Die Reichsfluchtsteuer wird eingeführt, um die Kapitalflucht während der Weltwirtschaftskrise zu verhindern.

23. Dezember 1931 – Der Fotoband „Das Karl Valentin Buch“ erscheint

München * Der Fotoband „Das Karl Valentin Buch“ erscheint im Verlag Knorr & Hirth. Der überdimensionale Untertitel des Buches lautet: „Erstes und einziges Bilderbuch von Karl Valentin über ihn und Lisl Karlstadt mit Vorwort und ernsthafter Lebensbeschreibung und

Bildunterschriften von ihm selbst, sowie zwei Aufsätzen von Tim Klein und Wilhelm Hausenstein.“

20. Juli 1932 – Es kommt zum sogenannten Preußenstaatsstreich

Berlin * An diesem Tag kommt es zum sogenannten Preußenstaatsstreich. Mit Vollmacht des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg setzt Reichskanzler Franz von Papen die sozialdemokratische Preußische Staatsregierung ab und ernennt sich selbst zum Reichskommissar für Preußen. Die preußischen Ministerien werden durch die Reichswehr besetzt und die Minister unter Gewaltandrohung aufgefordert, ihre Amtsräume zu verlassen. Preußen erhält den Status eines Reichslandes, das ohne eigene Regierung, von der Reichsregierung mit der linken Hand mitregiert wird. Das bedeutet das Ende der staatlichen Eigenexistenz Preußens, womit die diplomatische Vertretung an der Prinzregentenstraße überflüssig geworden ist. Die Schack-Galerie wird seither - bis zum Jahr 1939 - von der Berliner Schlösserverwaltung betreut. Mit dem Verschwinden der Preußischen Gesandtschaft geht aber auch ein Stück bayerische Eigenständigkeit verloren.

31. Juli 1932 – NSDAP wird stärkste Partei

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 Prozent der Stimmen erstmals stärkste Partei im Deutschen Reich. Eine absolute Mehrheit erreicht sie jedoch nicht. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der schweren Wirtschafts- und Staatskrise der Weimarer Republik, die von hoher Arbeitslosigkeit, politischer Instabilität und wachsender Unzufriedenheit geprägt ist. Obwohl Adolf Hitler zunächst nicht zum Reichskanzler ernannt wird, markiert die Wahl einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933.

31. Juli 1932 – Die Konsequenzen einer Naziherrschaft für das ganze Land

München * Dr. Fritz Gerlich beschreibt in der Zeitschrift „Der gerade Weg“ die Konsequenzen einer Naziherrschaft für das ganze Land: „Nationalismus bedeutet: Feindschaft mit den benachbarten Nationen, Gewaltherrschaft im Inneren, Bürgerkrieg, Völkerkrieg. Nationalsozialismus heißt auch: Lüge, Hass, Brudermord und grenzenlose Not.“

1933 – Die Aufgaben des Reichsfinanzhofes ändern sich

München-Bogenhausen * Die Aufgabe des Reichsfinanzhofes bestand während der Jahre von 1933 bis 1945 im Wesentlichen in der Weiterentwicklung der Steuergesetze und der Entwicklung des Steuerrechts im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Den Boykott jüdischer Geschäfte, die Entziehung der Berufszulassungen von jüdischen ärzten und die Entfernung jüdischer Beamten aus dem öffentlichen Dienst bezeichneten die Finanzrichter lediglich als „in steuerlicher Hinsicht irrelevante Belästigungen“. Mit ihren Urteilen nahmen die „furchtbaren Juristen von der Ismaninger Straße“ entscheidenden Einfluss an der Arisierung jüdischen Vermögens. So mussten Juden, deren Wohnung von der Gestapo“versiegelt wurden, nachdem sie ins Ausland geflohen waren, ein Viertel ihres Vermögens als Reichsfluchtsteuer zahlen.

30. Januar 1933 – Beginn der nationalsozialistischen Verfolgung

Berlin - Deutsches Reich * Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 beginnt für die jüdische Bevölkerung Deutschlands eine neue Phase der Ausgrenzung und Verfolgung. Antisemitische Diskriminierung, die bereits zuvor das öffentliche Leben prägt, wird nun zur staatlichen Politik. In den folgenden Jahren werden jüdische Bürger systematisch entrechtet, aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verdrängt und zunehmend Gewalt und Terror ausgesetzt. Auch für die Münchner Juden verschärft sich die Lage rasch. Die nationalsozialistische Machtübernahme markiert den Beginn einer Entwicklung, die über Entrechtung, Enteignung und Verfolgung schließlich in Deportation und Ermordung mündet.

Februar 1933 – Im Kriegerheim ist die Ortsgruppe Giesing der NSDAP untergebracht

München-Obergiesing * An der Ecke Gietl- und Untere Grasstraße, wo heute das Pfarrzentrum steht, befand sich früher die Wirtschaft Kriegerheim, in der während der NS-Zeit die Ortsgruppe Giesing der NSDAP“untergebracht ist. Hier finden an den Wochenenden zahlreiche Appelle und Kundgebungen von NS-Partei-Organisationen statt. Zuvor dient die Wirtschaft den Unabhängigen Sozialisten - USPD Giesings als Versammlungs- und Vereinslokal.

5. Februar 1933 – SA- und SS-Horden ziehen in einem Triumphzug durch die Arbeiterviertel

München-Giesing * Giesing gilt den Nazis als ein zu brechendes Symbol der Opposition. Schon eine Woche nach Hitlers Machtergreifung ziehen die braunen SA- und SS-Horden in einem

Triumphzug durch die Arbeiterviertel, um sich als Sieger und Träger der Staatsgewalt zu präsentieren. Mit diesem Propagandamarsch durch Giesing und Haidhausen - geschützt durch Polizei und Staatsgewalt - wollen sie ihren Herrschaftsanspruch demonstrieren.

21. Februar 1933 – Dr. Julius Schülein leitet die Cenovis-Werke

München-Au * In der Gesellschafterliste der Cenovis-Werke wird Dr. Julius Schülein als Generaldirektor des Unternehmens geführt. Mit einem Geschäftsanteil von 392.000 Reichsmark ist er zugleich der größte Anteilseigner. Weitere bedeutende Beteiligte sind Kommerzienrat Emil Zeckendorf und Nelly Zeckendorf. Die Angaben verdeutlichen die enge Verbindung der Cenovis-Werke zu führenden Münchner Unternehmerfamilien.

28. Februar 1933 – Die Reichstagsbrandverordnung wird erlassen

Berlin * Die Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg „Zum Schutz von Volk und Staat“, die sogenannte Reichstagsbrandverordnung wird erlassen. Damit werden unter anderem Grundrechte außer Kraft gesetzt und willkürliche polizeiliche Schutzhaft ohne richterliche Kontrolle ermöglicht.

28. Februar 1933 – Erich Mühsam wird in Schutzhaft genommen

München * Erich Mühsam wird in Schutzhaft genommen.

März 1933 – Das Künstlerhaus unter nationalsozialistischer Herrschaft

München-Kreuzviertel * Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 beginnt auch für das Münchner Künstlerhaus ein tiefgreifender Einschnitt. Im Zuge der sogenannten Gleichschaltung werden unabhängige Vereine und kulturelle Institutionen aufgelöst oder unter die Kontrolle des NS-Regimes gestellt. Als freier Zusammenschluss von Künstlern und Kulturschaffenden entspricht der Künstlerhaus-Verein nicht den kulturpolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten. Sie verfolgen das Ziel, Kunst und Kultur vollständig in den Dienst ihrer Ideologie zu stellen. Das Künstlerhaus verliert seine Unabhängigkeit und wird für regimetreue Ausstellungen und propagandistische Veranstaltungen genutzt. Jüdische Künstlerinnen und Künstler sowie politisch missliebige oder als „entartet“ diffamierte Kunstschaffende werden

ausgeschlossen, verfolgt oder zur Emigration gezwungen. Damit endet der ursprünglich offene und pluralistische Charakter des Künstlerhauses.

5. März 1933 – Die gemeinsamen Feinde der katholischen Kirche und der NSDAP

München-Kreuzviertel - München-Maxvorstadt * In ihrer unbedingten Gegnerschaft zum Bolschewismus und zur Freidenker- und Gottlosenbewegung sind sich katholische Kirche und NSDAP einig. In einem Schreiben teilt Kardinal Michael von Faulhaber dem päpstlichen Nuntius Alberto Vassallo di Torregrossa mit: „Verbot auf die gesamte kommunistische Propaganda und auf die sozialdemokratischen Freidenkerverbände ausgedehnt, die ebenso radikal wie die eigentlichen Proletarier gegen christlichen Glauben und christliche Sitte wüteten. [...] Sicher müssen neben den staatlichen Gewaltmitteln heute die kirchlichen Kräfte neu erweckt werden, um den Vormarsch des russischen Bolschewismus zum Weltbolschewismus in Deutschland aufzuhalten.“

9. März 1933 – Sturz der konservativen Regierung Held in Bayern

München-Kreuzviertel * Sturz der konservativen Regierung Held in Bayern durch die Nationalsozialisten. Bayern wird als Letztes der deutschen Länder in Hitlers Herrschaft eingefügt. Ritter Franz-Xaver von Epp wird Reichskommissar für Bayern, Heinrich Himmler kommissarischer Polizeipräsident in München.

9. März 1933 – Die Gedenktafel für Kurt Eisner wird von den Nazis entfernt

München-Isarvorstadt * Die Gedenktafel für Kurt Eisner im Gewerkschaftshaus an der Pestalozzistraße wird von den Nazis entfernt. Sie gilt seither als verschollen.

9. März 1933 – Dr. Fritz Gerlich wird noch am Tag der Machtübernahme verhaftet

München-Maxvorstadt * Dr. Fritz Gerlich wird noch am Tag der Machtübernahme verhaftet. Obwohl er keinen Widerstand leistet, verprügeln ihn die Nazi-Schläger und bringen ihn ins Polizeipräsidium an der Ettstraße, wo er in Einzelhaft sitzt und gefoltert wird.

11. März 1933 – Felix Fechenbach wird in Schutzhaft genommen

Detmold * Felix Fechenbach wird in Schutzhaft genommen.

22. März 1933 – Im KZ Dachau werden die ersten Menschen inhaftiert

Dachau * Im KZ Dachau werden die ersten Menschen inhaftiert. Am Vormittag gegen 10 Uhr steigen im Zuchthaus Landsberg die ersten 50 Gefangenen auf Lastwagen, die sie nach Dachau bringen. Gegen Mittag trifft der Transport an der ehemaligen Pulverfabrik ein, vor deren Eingang sich eine Menschenmenge Schaulustiger versammelt hat. Das Konzentrationslager Dachau wird von der 2. Polizei-Hundertschaft der Bayerischen Landespolizei bewacht. Der Münchner Rechtsreferendar Claus Bastian trägt die Gefangenennummer 1. Über 200.000 werden ihm folgen. In den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft werden im KZ Dachau 41.500 Menschen ermordet, verhungern oder an Krankheiten sterben.

22. März 1933 – Die aufgestaute Angst vor den „Roten“ hat ein Nachspiel

München-Giesing * Die aufgestaute Angst vor den „Roten“ hat ein Nachspiel. Die männlichen Erwachsenen ganzer Giesinger Straßenzüge werden verhaftet und ins KZ Dachau gebracht.

30. März 1933 – Faulhaber rechtfertigt die Ausschreitungen gegen die Juden

München-Kreuzviertel - Chicago * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber rechtfertigt die Ausschreitungen gegen die Juden und schreibt dazu seinem Amtsbruder George Mundelein nach Chicago: „Die unwahren Berichte über blutige Greueltaten in Deutschland, die in amerikanischen und anderen ausländischen Zeitungen erschienen sind, und die Angriffe gegen die neue Regierung in Deutschland wegen ihres Kampfes gegen den Kommunismus, haben die deutsche Regierung veranlaßt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und vom 1. April ab den Boykott gegen alle jüdischen Geschäfte mit aller Strenge durchzuführen.“

1. April 1933 – Die NSDAP ruft zum reichsweiten „Judenboykott“ auf

Berlin * Die NSDAP ruft zum reichsweiten „Judenboykott“ auf. Über 600 jüdische Firmen in

München werden boykottiert, „zum Schutz der Inhaber und zur Belehrung des Publikums durch Posten gesichert und durch Plakatierung gekennzeichnet“. Der reichsweite „Boykott jüdischer Geschäfte“ dauert bis zum 3. April an.

3. April 1933 – Die Herkunft der Cenovis-Werke wird hinterfragt

Gießen - München * Die Universitäts-Klinik Gießen richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und erkundigt sich, ob die Cenovis-Werke eine „christliche Firma“ seien. Die Anfrage steht im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als die Herkunft und religiöse Zugehörigkeit von Unternehmern und Unternehmen zunehmend Gegenstand von Nachfragen und Ausgrenzung werden.

5. April 1933 – Die Cenovis-Werke werden vom NS-Boykott ausgenommen

München-Au * Das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ der NSDAP nimmt zur Frage Stellung, ob die Cenovis-Werke von den Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte betroffen seien. In seiner Antwort kommt das Gremium zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für einen Boykott des Unternehmens nicht gegeben seien und die Cenovis-Werke deshalb nicht unter den reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 fielen. Die Anfrage verdeutlicht den wachsenden politischen Druck und die zunehmende Diskriminierung von Unternehmern jüdischer Herkunft in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft.

6. April 1933 – „Für volksbewusstes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum“

Berlin * Die „Deutsche Studentenschaft“, der Dachverband der „Allgemeinen Studentenausschüsse“, wirbt bei den Studenten der einzelnen Hochschulen per Rundschreiben zur Mitarbeit an einer vierwöchigen Aktion „gegen den jüdischen Zersetzungsgeist und für volksbewusstes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum“.

13. April 1933 – „Wider den undeutschen Geist!“

Berlin * Die Deutsche Studentenschaft gibt ihre Thesen „Wider den undeutschen Geist!“

heraus. Darin wird unter anderem den Juden der Gebrauch der deutschen Sprache untersagt. Denn: „Der Jude kann nur jüdisch denken“. Und weiter: „Schreibt er deutsch, dann lügt er“. „Der Deutsche, der deutsch schreibt, aber undeutsch denkt, ist ein Verräter!“

26. April 1933 – Die Bücherverbrennungs-Listen werden veröffentlicht

Deutsches Reich * In der Berliner Illustrierten Nachtausgabe Nr. 97 werden die vom nationalsozialistisch orientierte Bibliothekar Dr. Wolfgang Herrmann erstellten Listen abgedruckt und den Studentenschaften von ihrem Dachverband zugänglich gemacht. Die Listen bilden die Grundlage für die Bücherverbrennungen.

2. Mai 1933 – Den Konsumgenossenschaften schlägt die letzte Stunde

München - München-Au * Die Nazis übernehmen schnell die Argumente der Mittelstandsbewegung, weshalb nach der Machtübernahme der NSDAP allen Konsumgenossenschaften die letzte Stunde schlägt. Die SA besetzt die Zentrale des Konsumvereins München von 1864, schließt die Betriebe und Geschäfte und enteignet den Verein.

2. Mai 1933 – Die Freien Gewerkschaften werden gewaltsam aufgelöst

Deutsches Reich * Die Freien Gewerkschaften werden im gesamten Reich mit brutaler Gewalt aufgelöst.

5. Mai 1933 – Ein „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe

München-Kreuzviertel - Bayern * Angeblich wollte „Kardinal“ Michael von Faulhaber das „Unrecht gegen die Juden“ in seinem „Hirtenbrief“ vom 5. Mai ansprechen, wird aber von den anderen Bischöfen davon abgehalten. In dem „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe heißt es jetzt: „Unsere jetzige Reichsregierung hat sich große und schwierige Aufgaben gestellt; sie will das deutsche Volk, das an den Folgen des verlorenen Weltkrieges und der Revolution so unsäglich viel leidet, wieder zur früheren Höhe emporführen durch eine geistige, sittliche und wirtschaftliche Erneuerung. [...] Daher rufen wir Bischöfe in tiefer Liebe zu unserem armen Vaterlande, [...] den Blick nicht mehr zu richten auf die Vergangenheit, nicht auf das zu sehen, was uns trennt,

sondern auf das, was uns eint, daher einander die Hand zu reichen und in hochherziger Opferwilligkeit die vereinten Kräfte einzusetzen, um der furchtbaren Not, dem immer weiter fortschreitenden Niedergang und dem unseligen Unfrieden Einhalt zu bieten. [...] Der Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens muß zur Grundlage haben die ewigen, unantastbaren Gesetze des christlichen Glaubens, der christlichen Sitte, der christlichen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens. Es verdient aufrichtigen Dank, daß der höchste Vertreter der Reichsregierung in feierlicher Stunde erklärte, das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen und freundschaftliche Beziehungen zur Kirche pflegen zu wollen. [...] Wir sind dankbar für die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert werden wird“.

15. Mai 1933 – Den Nationalsozialisten sind die Kaufhäuser ein Dorn im Auge

Berlin * Den Nationalsozialisten sind die Kaufhäuser als „Prototypen wurzellosen kapitalistischen Gewinnstrebens“ ein Dorn im Auge. Adolf Hitler erlässt eine „Errichtungs- und Erweiterungssperre für Warenhäuser“. Die Gewerbekapitalsteuer für solche Unternehmen verdoppelt sich in dieser Zeit. Vor den Kaufhäusern verteilen Nazis Flugblätter mit Boykottaufrufen. Sprechchöre verkünden: „Wer im Warenhaus kauft, ist ein Lump!“ Selbst die Kaufhaus-Verkäuferinnen sind von den brauen Machthabern nicht gerne gesehen, weil die materielle Abhängigkeit von männlichen Vorgesetzten und der stete Kontakt mit einem anonymen Publikum ihre Tugend überfordern könnte. Außerdem verlockt die Atmosphäre der Kaufhäuser zu „Vergnügungs- und Putzsucht“. Vor allem aber fürchtet die NSDAP, dass sich durch diesen neuen Frauenberuf die „selbstbewusste, unabhängige, arbeitende Frau“ emanzipieren und „Mutterschaft und Haushalt“ nicht mehr als das erstrebenswerte Ziel ansehen könnte.

22. Mai 1933 – Die Münchner SPD-Stadträtekommen in Schutzhaft

München * Sämtliche Münchner SPD-Stadträte werden in Schutzhaft genommen.

Juni 1933 – Die jüdische Gesellschaft in München und Bayern

Bayern - München * In ganz Bayern leben etwa 42.000 Glaubensjuden, also Mitglieder der jüdischen Relegionsgemeinschaften. Das entspricht 0,55 Prozent der Gesamtbevölkerung. 9.005 davon sind in München ansässig.

8. Juni 1933 – Toni Pfülf begeht in ihrer Wohnung Selbstmord

München-Maxvorstadt * Toni Pfülf begeht in ihrer Wohnung im Gartenhaus der Kaulbachstraße 12 Selbstmord. Nach den Reichstagswahlen im März 1933 wurden viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schutzhaft genommen. Auch Toni Pfülf war vorübergehend wegen „Aufforderung der Arbeiterschaft zum Widerstand gegen das NS-Regimes“ verhaftet worden.

22. Juni 1933 – In Trudering entsteht ein Kolonialviertel

München-Graggenau - München-Trudering * Der von den Nationalsozialisten dominierte Stadtrat lässt aufgrund der durch die Eingemeindung Truderings am 1. April 1932 notwendigen Straßenumbenennungen ein sogenanntes Kolonialviertel entstehen. Die NSDAP kommt damit den alten Forderungen der Kolonialverbände und der Kriegerschaft Deutscher Kolonialtruppen entgegen. Die Straßen dieses Viertels setzen seither zusammen aus reinen Länderbezeichnungen - aber auch aus Ehrungen für einige der grausamsten Offiziere der Kolonialgeschichte des Deutschen Reiches.

4. Juli 1933 – Die Bayerische Volkspartei - BVP löst sich auf

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP löst sich auf. Zuvor hat Heinrich Himmlers Bayerische Politische Polizei - BPP nahezu alle wichtigen Funktionäre und sämtliche BVP-Land- und Reichstagsabgeordnete verhaften lassen.

September 1933 – Das letzte Zentral-Landwirtschaftsfest vor dem Zweiten Weltkrieg

München-Theresienwiese * Das Zentral-Landwirtschaftsfest wird letztmals vor dem Zweiten Weltkrieg veranstaltet. Kurz danach werden die Bauernkammern „gleichgeschaltet“, weshalb das Zentral-Landwirtschaftsfest während der NS-Zeit von der Theresienwiese verschwindet.

28. September 1933 – Die Münchner Brockensammlung wird aufgelöst

München-Isarvorstadt * Der Verein Münchner Brockensammlung e. V. löst sich als Träger und Organisator des Brockenhauses auf. Dieser Schritt ist aber keine Folge innerer Schwäche, sondern die direkte Konsequenz der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik. Die

Brockensammlung wird Opfer einer gezielten Ausschaltung unabhängiger sozialer Initiativen im Zuge der antisemitisch und ideologisch motivierten Repression, die keinerlei abweichendes gesellschaftliches Engagement mehr duldet.

Oktober 1933 – Wird das Maximilianeum ein Kameradschaftshaus ?

München-Haidhausen * Der Reichsinnenminister, der seit der Machtübernahme die Hochschulpolitik vereinigt, verfügt, dass Studentenheime und Korpshäuser in Kameradschaftshäuser umgewandelt werden sollen. Die Studenten haben darin in Kameradschaften von zehn bis fünfzehn Mann zusammenzuleben. Da Gemeinschaftserziehung und Gemeinschaftsbildung zu den herausragenden Erziehungszielen auf allen Ebenen des nationalsozialistischen Bildungssystems gehören, will man kein Universitätsstudium ohne die Gemeinschaftserfahrung des Lebens in einem - im Sinne des Nationalsozialismus ausgerichteten - Kameradschaftshaus erfolgen lassen. Außerdem sollten sie weltanschaulich und sportlich erzogen werden.

3. Dezember 1933 – Michael von Faulhabers Adventspredigt in der Michaelskirche

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber hält seine Adventspredigt in der Michaelskirche. Darin weist er darauf hin, dass sich in der deutschen Kultur seit dem frühen Mittelalter zahlreiche Einflüsse aus dem Alten Testament, also aus der jüdischen Kultur, finden: „Im Besonderen verdanken die menschliche Kultur und christliche Religion dem Alten Testament einen reinen und erhabenen Gottesgedanken.“ Und weiter: „Wir müßten unsere deutschen Klassiker Lügen strafen, wollten wir das Alte Testament mißachten und aus den Schulen und Volksbüchereien verbannen. Wir müßten die Geistesgeschichte unseres Volkes verleugnen.“ Über die Juden sagt er: „Bei keinem anderen Volk findet sich eine solche Schriftenreihe, worin so klar, so bestimmt, so einheitlich die Grundwahrheiten des religiösen Lebens dargeboten werden.“

Diese und noch andere Worte des Respekts machte er zunichte mit den dann kommenden Sätzen: „Nach dem Tode Christi wurde Israel aus der Offenbarung entlassen. Sie hatten die Stunde der Heimsuchung nicht erkannt. Sie hatten den Gesalbten des Herrn verleugnet und verworfen, zur Stadt hinausgeführt und ans Kreuz geschlagen. Damals zerriß der Vorhang im Tempel auf Sion und damit der Bund zwischen dem Herrn und seinem Volk. Die Tochter Sion erhielt den Scheidebrief, und seitdem wandert der ewige Ahasver ruhelos über die Erde.“ Mit solchen Schuldzuweisungen und Verleumdungen geht es weiter. Faulhaber spricht immer wieder von den Israeliten, auf denen der Zorn Gottes ruhe. Solche Worte sind in normalen Zeiten schon bedenklich. In Zeiten, in denen staatlich verordnete „Judenschelte“ und Boykottmaßnahmen an

der Tagesordnung, in denen Verhaftungen, Beschimpfungen, ja sogar Morde nichts Außergewöhnliches sind, verschlimmern solche Worte die Situation nur noch.

5. Dezember 1933 – USA beenden die Prohibition

USA * Mit dem 21. Verfassungszusatz heben die USA die Prohibition auf. Es ist bis heute der einzige Fall, in dem ein Verfassungszusatz der Vereinigten Staaten durch einen anderen wieder außer Kraft gesetzt wird. Das Alkoholverbot verfehlt seine Ziele: Statt Kriminalität einzudämmen, fördert es Schwarzhandel, illegale Bars („Speakeasies“) und die organisierte Kriminalität. Zugleich entgehen dem Staat dringend benötigte Steuereinnahmen. Während der Weltwirtschaftskrise gilt die Legalisierung von Alkohol als wichtiger Impuls für neue Arbeitsplätze und zusätzliche Staatseinnahmen.

30. Januar 1934 – Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches

München-Kreuzviertel * Der Freistaat Bayern geht mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches unter. Die Länderparlamente und die Hoheitsrechte der Länder werden aufgehoben. Die Länderregierungen werden zu Mittelbehörden des Reichs. Die deutschen Länder dürfen keine eigenen diplomatischen Vertretungen mehr unterhalten. Reichsstatthalter Franz Xaver Ritter von Epp untersteht der Dienstaufsicht des Reichsinnenministeriums. Seine Aufgabe besteht hauptsächlich in der schrittweisen Auflösung der politischen Selbstständigkeit Bayerns. Als Epps Amtssitz wird das ehemalige Gebäude der Preußischen Gesandtschaft ausgewählt, das inzwischen in den Besitz des Deutschen Reichs übergegangen war.

21. März 1934 – Ein durchinszenierter Auftritt an der Autobahn-Baustelle

Unterhaching * Der Tag soll nach dem Willen der Nationalsozialisten als „Großkampftag der Arbeitsschlacht“ in die Annalen eingehen. Es wird das Bild einer zupackenden NS-Herrschaft vermittelt, die Menschen mit dem Bau der „Straßen des Führers“ schnell in Arbeit bringt. Der durchinszenierte Auftritt, bei dem Adolf Hitler auf der Reichsautobahn-Baustelle den Beginn der „Arbeitsschlacht“ gegen die Arbeitslosigkeit verkündet, erzielt die gewollte Wirkung. Das Ereignis bei Unterhaching begründet den Mythos vom Wirtschaftswunder und von den Autobahnen, die dem NS-Regime zu verdanken seien. Die Propaganda-Schau soll über den Ort hinauswirken. Man hat Tausende Arbeiter herangekarrt und lässt diese mit geschulterten Spaten antreten. Im gesamten Land ruht die Arbeit. In Behörden, Betrieben und Schulen sind auf Anordnung

Radiogeräte anzuschalten. 180 Journalisten ausländischer Zeitungen sind anwesend.

10. Juli 1934 – Kardinal Faulhaber traut den Eisner-Mörder

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber traut den Kurt-Eisner-Mörder Anton Graf von Arco auf Valley mit Gabrielle Gräfin von Arco-Zinneberg in der Dreifaltigkeitskirche. Arco hatte den Gründer des Freistaats Bayern am 21. Februar 1919 hinterrücks ermordet, war zunächst zum Tode verurteilt, aber am nächsten Tag zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt worden. Nach fünf Jahren wurde er aus der Haft entlassen. Anton Graf von Arco auf Valley war durch seine Tat in monarchistischen und konservativen Kreisen hoch angesehen. Deshalb ist es dem Münchner Erzbischof und Kardinal ein persönliches Anliegen, die Trauung durchzuführen.

10. Juli 1934 – Mithäftlinge finden Erich Mühsam erhängt an einem Pfahl in der Latrine

Oranienburg * Mithäftlinge finden Erich Mühsam im KZ Oranienburg erhängt an einem Pfahl in der Latrine.

20. September 1934 – Studenten sollen im Kameradschaftshaus wohnen

Berlin - München-Haidhausen * Der Reichsführer der Deutschen Studentenschaft ordnet an, dass zur weltanschaulich einheitlichen Erziehung des akademischen Nachwuchses, den er „als revolutionären Stoßtrupp des Nationalsozialismus an den Hochschulen“ sieht, jeder Studienanfänger des kommenden Wintersemesters die beiden ersten Semester an derselben Hochschule hören und dabei in einem von der Deutschen Studentenschaft anerkannten Kameradschaftshaus wohnen soll.

10. Oktober 1934 – Angst um den Weiterbetrieb der Stiftung Maximilianeum

Berlin - München-Haidhausen * Das Kuratorium beim Kultusministerium stellt den Antrag auf Anerkennung der Stiftung Maximilianeum als studentisches Kameradschaftshaus. Man befürchtet, dass sonst der Weiterbetrieb der Stiftung gefährdet sei, nachdem die Universitäten und Fakultäten bereits Ende 1933 nach dem Führerprinzip reorganisiert worden waren und dadurch ernannte Rektoren und Dekane erhielten, womit zugleich die Selbstverwaltung durch den Senat ausgeschaltet wurde. Im Zuge dieser Maßnahmen kam es zu umfangreichen

politisch motivierten Säuberungen des Personalstamms. Für die Entlassenen wurden junge Nationalsozialisten strategisch platziert.

14. Oktober 1934 – Auslegung der Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung

Berlin - München-Bogenhausen * Staatssekretär Fritz Reinhardt initiiert das Steueranpassungsgesetz, das vorschreibt, Gesetze „nach nationalsozialistischer Weltanschauung“ auszulegen. Damit ist es möglich, auch gegen den Wortlaut älterer Steuergesetze zu entscheiden. Grundsätze wie Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen und Leistungsbezogenheit der Steuerbemessung werden aufgehoben. Unter Berufung auf die angebliche Nichtzugehörigkeit der Juden zur deutschen Volksgemeinschaft verweigert man ihnen gesetzlich zustehende Steuervergünstigungen.

28. Oktober 1934 – Der Reichsminister nur für freiwillige Aufnahme im Kameradschaftshaus

Berlin - München-Haidhausen * Reichsminister Bernhard Rust verwässert das strikte Programm des Studentenschaftsführers. Er war zwar auch dafür, dass ein möglichst großer Anteil junger Studenten im Kameradschaftshaus erzogen werden soll, doch habe dieser Beitritt grundsätzlich freiwillig zu erfolgen. Keine Verbindung dürfe gezwungen werden, ein Kameradschaftshaus im Sinne nationalsozialistischer Erziehung zu werden.

November 1934 – Der Reichsbauerntag in Goslar und die Seidenerzeugung

Goslar * Der Durchbruch für die erneute Seidenerzeugung in Deutschland kommt erst auf dem Reichsbauerntag in Goslar im November 1934. Die NSDAP hat dort zur „Erzeugungsschlacht der deutschen Landwirtschaft“ aufgerufen. Das Ziel des Agrarprogramms ist die maximale Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, um den Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln, aber eben auch an Textilrohstoffen weitestgehend aus eigener Erzeugung zu sichern. Das bedeutete die Förderung der Seidenraupenzucht durch den Anbau von Maulbeerbäumen.

16. November 1934 – Hitler entmachtet die Deutsche Studentenschaft

Berlin - München-Haidhausen * Reichskanzler Adolf Hitler überträgt auf Antrag des Reichserziehungsministers Bernhard Rust dem Nationalsozialistischen Deutschen

Studentenbund die gesamte politisch-weltanschauliche Erziehung der Studentenschaft und entmachtet damit faktisch die Deutsche Studentenschaft. Damit ist der Antrag des Kuratoriums auf Anerkennung der Stiftung Maximilianeum als studentisches Kameradschaftshaus gegenstandslos geworden.

1935 – Die Schutzgemeinschaft Bayerischer Bäcker und Müller GmbH

München-Au * Der neue Besitzer der Zentrale des Konsumvereins München von 1864 heißt Schutzgemeinschaft Bayerischer Bäcker und Müller GmbH. Das Ende der Konsumgenossenschaften ist der Aufschwung des Auer Bäckers Josef Bernbacher. Nach der Auflösung der Verbrauchsgenossenschaften nutzt er die Gunst der Stunde und kehrte in die Au zurück. Unter dem Versprechen, kein Brot mehr herzustellen, übernimmt Bernbacher das Gelände des Konsumvereins München von 1864 und verlegt sich auf einen Geschäftszweig, den die Genossenschaft im Jahr 1922 eingeführt hatte: die Teigwarenherstellung. Heute ist die Josef Bernbacher & Sohn GmbH & Co KG einer der größten Nudelhersteller in Deutschland.

13. September 1935 – Karl Valentins Schwiegersohn wird im KZ Dachau inhaftiert

Dachau * Karl Valentins Schwiegersohn Ludwig Freilinger wird zusammen mit drei Freunden im KZ Dachau inhaftiert. Die Vier hatten den Aufhausener Bürgermeister der Veruntreuung von Teilen der Winterhilfssammlung verdächtigt und sind dann wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ in Schutzhaft genommen worden. Der Komiker hat gegenüber dem Schlosser ein angespanntes Verhältnis, weil er ihm nicht den richtigen Mann für seine Tochter Gisela sieht.

1. Oktober 1935 – Arische Kultur- und Sprachwissenschaft

München * Dr. Fritz Reu wird Ordinarius des neu eingerichteten Faches „Arische Kultur- und Sprachwissenschaft“.

18. Oktober 1935 – Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes

Berlin * Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes, auch Ehegesundheitsgesetz genannt, wird verkündet. Es soll alle - nach Ansicht der Nationalsozialisten unerwünschten und nach ihrer Auffassung minderwertigen

Nachkommen verhindern. Das Gesetz verbietet in einer Reihe von Fällen die Eheschließung. Deshalb müssen die Verlobten vor der Eheschließung „durch ein Zeugnis des Gesundheitsamtes [Ehetauglichkeitszeugnis] nachweisen, daß ein Ehehindernis nach § 1 nicht vorliegt“. Als Ehehindernis gilt, wenn einer der Partner an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die nach nationalsozialistischer Ansicht eine erhebliche gesundheitliche Schädigung des Partners oder der Nachkommen befürchten ließ. Darüber hinaus wurde mit dem Ehetauglichkeitszeugnis bescheinigt, dass die Eheschließung nicht gegen das Blutschutzgesetz verstößt. Das Ehegesundheitsgesetz schreibt ja vor: „Eine Ehe soll ferner nicht geschlossen werden, wenn aus ihr eine die Reinhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten ist.“ Damit ist nicht nur das Verbot der Ehe zwischen Juden und Nicht-Juden gemeint, sondern nach dem Gesetzeskommentar auch die Verheiratungen mit „Negern und Zigeunern“. Später wird die Vorschrift noch auf die Eheschließung zwischen Deutschen und Angehörigen osteuropäischer Volker ausgedehnt.

1. Dezember 1935 – Dr. Fritz Reu wird Maximilianeums-Stiftungsvorstand

München-Haidhausen * Der 24-jährige Dr. Fritz Reu, Dozentschaftvertreter der Juristischen und Staatswirtschaftlichen Fakultät, übernimmt das Vorstandsamt von Hans Rheinfelder. Reu spielte bei der Absetzung Rheinfelders eine dubiose Rolle. Er hat keinen Hehl daraus gemacht, dass er Rheinfelder als Vorstand der Stiftung Maximilianeum und als Universitätslehrer für untragbar hält und er selbst Vorstand werden wolle.

2. Dezember 1935 – Die NSDAP erkundigt sich nach der Herkunft des Cenovis-Generaldirektor

München * Die NSDAP richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und verlangt Auskunft darüber, ob der Generaldirektor der Cenovis-Werke als „arischer Abstammung“ gelte. Die Anfrage verdeutlicht die zunehmende Anwendung der nationalsozialistischen Rassenpolitik auf das Wirtschaftsleben und den wachsenden Druck auf Unternehmer und Führungskräfte jüdischer Herkunft.

8. Dezember 1935 – Fritz Reus Vorstandschaft endet nach acht Tagen

München-Haidhausen * Die Vorstandschaft von Dr. Fritz Reu dauert nicht sehr lange, nachdem er in kürzester Zeit feststellen muss, dass sich im Hause Unmut über die Absetzung Rheinfelders und den Wechsel zu seiner Person breit macht. Das Verhalten der Stipendiaten ihm gegenüber

wird als sehr reserviert geschildert, weshalb Reu am achten Tag nach seiner Amtsübernahme die Bewohner des Maximilianeums in der Bibliothek zusammenholte, um Missverständnisse zu klären. Es kam zu einem heftigen Wortwechsel. Noch am Nachmittag dieses 8. Dezember 1935 endet die kommissarische Vorstandstätigkeit von Dr. Fritz Reu.

16. Dezember 1935 – Walther Wüst wird Vorstand der Stiftung Maximilianeum

München-Haidhausen * Professor Walther Wüst wird Vorstand der Stiftung Maximilianeum. Er ist 34 Jahre alt, hat aber bereits eine steile Karriere als Wissenschaftler und Nationalsozialist hinter sich.

1936 – Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz

München-Haidhausen * Rüstungsminister Albert Speer, ein enger Vertrauter und schon aus diesem Grund ganz bestimmt kein Kritiker des als „Führer“ bezeichneten Parteivorsitzenden, Reichskanzlers und Reichspräsidenten Adolf Hitler, beschreibt dessen Neun-Zimmer-Wohnung am Prinzregentenplatz 16 folgendermaßen: „Ich wurde zunächst in einen Vorraum eingelassen, der mit Andenken oder Geschenken niedrigen Niveaus vollgestellt war. Auch die Möblierung zeugt von schlechtem Geschmack. [...] Hitlers Wohnung war die eines Privatmannes von mittleren Einkommen, etwa eines Studienrats, des Filialleiters einer Depositenkasse, eines kleinen Geschäftsmannes. Die Einrichtung war von kleinbürgerlichem Zuschnitt. Reichgeschnitzte, massiv eichene Herrenzimmermöbel, Bücher hinter Glastüren, gestickte Kissen mit zärtlichen Inschriften oder kräftigen Parteiwünschen. In einer Zimmerecke stand eine Richard-Wagner-Büste, an den Wänden hingen, in breiten Goldrahmen, idyllische Malwerke der Münchner Schule. Nichts verriet, daß der Inhaber dieser Wohnung seit drei Jahren deutscher Reichskanzler war. [...]“

21. Februar 1936 – Karl Valentins Schwiegersohn wird aus der Schutzhaft entlassen

Dachau * Ludwig Freilinger, Karl Valentins Schwiegersohn, wird aus der Schutzhaft aus dem KZ Dachau entlassen. Und zwar Monate vor seinen ebenfalls inhaftierten Freunden.

April 1936 – Dreharbeiten zu Valentins „Straßenmusik“ und „Die Erbschaft“

München-Geiselgasteig * Dreharbeiten zu den Valentin-Karlstadt-Filmen „Straßenmusik“ und „Die Erbschaft“.

Mai 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Film „Die Erbschaft“ wird gedreht

München-Geiselgasteig * In den „Bavaria-Filmstudios“ in Geiselgasteig entsteht der 21 minütige Film „Die Erbschaft“ nach der gleichnamigen Originalszene von Karl Valentin und Liesl Karlstadt. Regie führt Jacob Geis.

August 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Film „Die Erbschaft“ wird von der Zensur verboten

Berlin * Der Valentin-Karlstadt-Film „Die Erbschaft“ wird von der NS-Filmzensur wegen „Elendstendenzen“ verboten.

21. September 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Die Erbschaft“ wird verboten

Berlin • Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Die Erbschaft“ wird von der nationalsozialistischen Zensur wegen „Elendstendenzen“ verboten.

24. Oktober 1936 – Bill Wyman, der Bassist der Rolling Stones, wird geboren

Penge/Kent * Bill Wyman, der spätere Bassist der Rolling Stones, wird als William George Perks in Penge in der Grafschaft Kent in Großbritannien geboren.

1937 – In der Zentrale des Lebensborn e.V. werden 23 Angestellte beschäftigt

München * In der Zentrale des Lebensborn e.V. werden 23 Angestellte beschäftigt.

Februar 1937 – Die Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke wird verändert

München-Au * Der Anteil der in jüdischem Besitz befindlichen Geschäftsanteile an den Cenovis-Werken wird auf 48,47 Prozent reduziert. Mit dieser Veränderung der Eigentümerstruktur

erreicht das Unternehmen zunächst die Einstufung als nichtjüdischer Betrieb. Die Maßnahme erfolgt vor dem Hintergrund der zunehmenden wirtschaftlichen Ausgrenzung jüdischer Unternehmer im nationalsozialistischen Deutschland.

5. Juni 1937 – Rupert Mayer wird wegen Nichtbeachtung des Redeverbots inhaftiert

München * Pater Rupert Mayer wird wegen „Nichtbeachtung des Redeverbots“ in der Gestapo-Zentrale im Wittelsbacher Palais, dann im Corneliusgefängnis und schließlich im Gefängnis Stadelheim inhaftiert. Die Anklage vom 7. Juli wird ihm vorgeworfen: „[...] fortgesetzt öffentlich hetzerische Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und deren Anordnungen gemacht zu haben, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben“.

12. Juni 1937 – Jüdische Rasseschänder müssen ins Konzentrationslager

Berlin * Durch einen Geheimerlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, werden „jüdische Rasseschänder“ und Partnerinnen in „rassenschänderischen Beziehungen“ nach Verbüßung der Haftstrafe in ein Konzentrationslager eingewiesen.

22. Juli 1937 – Kanzelmissbrauch und Heimtückegesetz

München * Am 22. und 23. Juli 1937 findet die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht München statt. Pater Rupert Mayer wird wegen Kanzelmissbrauchs und Verstoß gegen das Heimtückegesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Haftstrafe muss der Verurteilte nicht absitzen, weil er sich laut Urteilsbegründung, „im Felde äußerst tapfer benommen hat“ sowie „schwer kriegsbeschädigt ist“. Obwohl Rupert Mayer als Überzeugungstäter eingestuft wird („... sich der Angeklagte bewußt war, daß das Kirchenvolk seinen Äußerungen eine weit stärkere Bedeutung beimaß als den Äußerungen irgendeines mehr oder weniger bekannten Geistlichen.“), zögert der NS-Staat, wegen dessen Popularität und der Machtstellung der katholischen Kirche noch härter gegen den Priester vorzugehen.

November 1937 – Die Genossenschaft der Münchner Droschkenunternehmer GmbH

München * Die „Ein- und Verkaufsgenossenschaft für das Droschkengewerbe Münchens,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung“ wird in „Genossenschaft der Münchner Droschkenunternehmer GmbH“ umbenannt.

23. Dezember 1937 – Towia Axelrod wird in der UdSSR verhaftet

UdSSR * Towia Axelrod (Tobias Akselrod) wird im Zuge der stalinistischen Säuberungsaktionen wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären terroristischen Organisation verhaftet.

1938 – Gleichschaltung des Künstlerhauses

München * Der Münchner Künstlerverein im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltung aufgelöst. Sein Vermögen geht auf die „Kameradschaft der Künstler e. V.“ über, die ausschließlich sogenannte „arische“ Kunstschaffende aus München und dem Umland aufnimmt. Die „Kameradschaft der Künstler“ ist Teil der nationalsozialistisch kontrollierten Reichskulturkammer. Für Künstlerinnen und Künstler ist die Mitgliedschaft in dieser Organisation Voraussetzung, um ihren Beruf weiterhin ausüben zu dürfen. Die Auflösung und Enteignung des Künstlerhaus-Vereins erfolgt aus politischen und ideologischen Gründen und ist Teil der umfassenden Gleichschaltung des kulturellen Lebens durch das NS-Regime.

1938 – Existenzvernichtung durch Sondersteuern

Berlin - München-Bogenhausen * Die wirtschaftliche Entrechtung der Juden beginnt mit dem Entzug von Vergünstigungen und führt über diskriminierende Sondersteuern - wie die „Judenvermögensabgabe“ von 1938 - zur völligen Existenzvernichtung. Die Finanzverwaltung spielt hierbei eine Schlüsselrolle. Mit bürokratischer Präzision vollzieht sie den als „Finanztod“ bezeichneten Prozess. Allein in Bayern werden schätzungsweise 474,4 Millionen Reichsmark eingezogen.

1938 – Die Firma „Transhand Transport- und Handels AG, vormals Falk & Fey“

München-Neuhausen * Die Firma „Transhand Transport- und Handels AG, vormals Falk & Fey“ wird in eine „oHG“ (offene Handelsgesellschaft) umgewandelt.

5. Januar 1938 – Pater Rupert Mayer wird erneut verhaftet

München * Pater Rupert Mayer wird erneut wegen Nichtbeachtung des Predigtverbots verhaftet.

15. Januar 1938 – Pater Rupert Mayer im Gefängnis Stadelheim inhaftiert

München-Obergiesing * Pater Rupert Mayer wird zwei Tage im Gefängnis Stadelheim inhaftiert.

März 1938 – Kein Jude darf im Aufsichtsrat tätig sein

Berlin * In einem „Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums“ heißt es: Zur „Voraussetzung für die Anerkennung als nichtjüdischer Gewerbebetrieb [ist] grundsätzlich zu verlangen, dass auch im Aufsichtsrat kein jüdisches Mitglied mehr vorhanden ist und dass bezüglich des Gesellschafterkapitals eine Dreiviertelmehrheit der nichtjüdischen Gesellschafter besteht“.

Mai 1938 – Verhandlungen über den Verkauf von Cenovis-Anteilen beginnen

München-Au - Berlin * Die Cenovis-Werke nehmen Verhandlungen mit der Maggi Gesellschaft mbH in Berlin über den Verkauf der sich noch in jüdischem Besitz befindlichen Unternehmensanteile auf. Die Gespräche stehen im Zusammenhang mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Druck auf jüdische Unternehmer und Anteilseigner im nationalsozialistischen Deutschland und markieren einen weiteren Schritt bei der Verdrängung jüdischen Eigentums aus der deutschen Wirtschaft.

5. Mai 1938 – Pater Rupert Mayer wird vorzeitig entlassen

Landsberg * Pater Rupert Mayer wird aufgrund der „Österreich-Amnestie“ - anlässlich der Eingliederung Österreichs in das „Deutsche Reich“ - vorzeitig aus der Haft entlassen.

10. Juni 1938 – Die Cenovis-Werke geraten unter zunehmenden politischen Druck

München * Die Industrie- und Handelskammer München fordert von den Cenovis-Werken, ihre Eigentümerstruktur bis zum 31. Juli 1938 entsprechend den Vorgaben des

Reichswirtschaftsministeriums zu ändern. Andernfalls droht die Streichung aus dem Verzeichnis der als nichtjüdisch eingestuften Betriebe. Gleichzeitig verlangt die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft den Nachweis, dass das Unternehmen als „arisch“ gelte. Bis zur Klärung dieser Frage verweigert der Branchenverband die Einlösung von Malzabholscheinen der Cenovis-Werke. Die Maßnahmen verdeutlichen den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Druck, dem Unternehmen mit jüdischen Eigentümern im nationalsozialistischen Deutschland ausgesetzt sind.

21. Juni 1938 – Maggi übernimmt die jüdischen Anteile an den Cenovis-Werken

München - Berlin * Die bislang in jüdischem Besitz befindlichen Geschäftsanteile der Cenovis-Werke gehen auf die Maggi GmbH in Berlin über. Die Übertragung erfolgt unter dem wachsenden Druck der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und markiert einen weiteren Schritt bei der Verdrängung jüdischer Eigentümer aus deutschen Unternehmen.

13. Juli 1938 – Die Cenovis-Werke melden den Abschluss der „Arisierung“

München-Au * Die Cenovis-Werke teilen der Industrie- und Handelskammer München mit, dass sämtliche Geschäftsanteile in nichtjüdischen Besitz übergegangen seien. Das Unternehmen bezeichnet sich daraufhin als eine „rein arische“ Unternehmung und erfüllt damit die Vorgaben der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Erklärung dokumentiert den Abschluss der sogenannten „Arisierung“ des Unternehmens. Dr. Julius Schülein gelingt es noch vor den Novemberpogromen 1938, in die Vereinigten Staaten zu emigrieren und sich der weiteren Verfolgung durch das NS-Regime zu entziehen.

18. August 1938 – Vertreibung der Juden aus arischen Wohnhäusern

Halle * Das Amtsgericht Halle fällt ein Urteil zur Vertreibung der Juden aus „arischen“ Wohnhäusern. Darin heißt es unter anderem: „Auch in der Hausgemeinschaft können eigennützige Interessen der einzelnen keinen Bestand haben. Eine wahre Hausgemeinschaft im Sinne dieses Denkens kann aber nur von gleichgesinnten, deutsch denkenden Personen und Hausbewohnern arischer Abstammung gebildet und gepflegt werden; sie ist mit Personen jüdischer Herkunft wegen des bestehenden Rassenunterschiedes schlechterdings unmöglich.
Da der nationalsozialistische Staat aber auf das Bestehen und die Pflege einer wahren Hausgemeinschaft einen besonderen Wert legt und von jedem Volksgenossen diese Einstellung

im Sinne der Hausgemeinschaft fordert, so kann dem Vermieter und den Mietern arischer Abstammung im Interesse der Erhaltung dieser Hausgemeinschaft nicht zugemutet werden, diese mit Mietern jüdischer Abstammung zu bilden und zu pflegen und mit diesen in derselben Hausgemeinschaft zu leben. Dem Vermieter muß deshalb das Recht zugesprochen werden, Mieter jüdischer Abstammung aus dieser Hausgemeinschaft auszuschließen und von diesen Räumung ihrer Wohnung zu fordern. Leistet ein solcher Mieter jüdischer Abstammung dem Räumungsverlangen des Vermieters keine Folge oder lehnen die Mieter arischer Abstammung eine Hausgemeinschaft mit ihnen ab, so stört er damit die zwischen dem Vermieter und den anderen Mietern arischer Abstammung bestehende Hausgemeinschaft und macht sich durch sein weiteres Wohnenbleiben diesen gegenüber einer erheblichen Belästigung im Sinn des § 2 Mieterschutzgesetz schuldig“.

9. September 1938 – Der Brauereiunternehmer Joseph Schülein stirbt

München-Maxvorstadt * Joseph Schülein, Gründer der Unionsbrauerei und einer der prägenden Münchner Brauereiunternehmer seiner Zeit, stirbt im Alter von 84 Jahren in München. Mit ihm verliert die Stadt eine Persönlichkeit, die die Entwicklung der Münchner Brauwirtschaft über Jahrzehnte maßgeblich mitgestaltet hat.

27. Oktober 1938 – Das Deutsche Reich lässt 17.000 Juden verhaften

Deutschland - Polen * Das Deutsche Reich lässt 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaften und an die polnische Grenze transportieren. Da der polnische Staat zunächst die Einreise seiner Staatsbürger verweigert, vegetieren die Menschen im Grenzgebiet in der Zwischenzeit dahin. Unter den 17.000 befinden sich auch die Eltern des Herschel Gryspan, der wenige Tage später - wegen homosexueller Beziehungen - den Legationssekretär Ernst vom Rath an der Deutschen Botschaft in Paris schwer verletzen wird.

7. November 1938 – Herschel Grynspan verletzt in Paris Ernst vom Rath schwer

Paris * In den Morgenstunden dieses Tages verletzt der 17-jährige Herschel Grynspan in Paris den an der Deutschen Botschaft beschäftigten Ernst vom Rath mit fünf Kugeln schwer.

8. November 1938 – Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag hochstilisiert

München * Die nationalsozialistische Propaganda stilisiert Herschel Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag aus Hass an den Deutschen hoch. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Wenn die internationale Judenschaft glaubt, mit Meuchelmorden das Judenproblem in Deutschland lösen zu können, dann nimmt Deutschland diese Herausforderung an und wird nicht zögern, sie so zu beantworten, wie sie Elementen gegenüber notwendig ist, die den Mord aus dem Hinterhalt als politische Waffe betrachten."

9. November 1938 – Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung

München * Noch in der Nacht finden - unter passiver Anteilnahme sehr vieler Schaulustiger - die seit längerer Zeit geplanten Ausschreitungen gegen die Juden statt. In München werden ein Jude ermordet sowie 900 Menschen verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Rund 700 Geschäfte und Betriebe werden demoliert und die Synagogen in der Herzog-Rudolf-Straße und in der Reichenbachstraße zerstört. Die Münchner Hauptsynagoge war bereits im Juni 1938 abgerissen worden. Die Bilanz dieser später auch noch beschönigend „Reichskristallnacht" genannten Juden-Pogrome bedeutet für Deutschland: 91 Ermordete, zahllose Verletzte, Misshandelte und Vergewaltigte, 191 zerstörte Synagogen, 7.500 zerstörte und ausgeraubte Geschäfte, Verwüstung unzähliger Wohnungen und fast aller jüdischer Friedhöfe, rund 30.000 Einlieferungen in Konzentrationslager. Die reichsweit organisierten antijüdischen Ausschreitungen dauern auch noch am 10. November an.

10. November 1938 – Propagandaminister Joseph Goebbels erlässt einen „Aufruf an Alle!"

Berlin * Propagandaminister Joseph Goebbels erlässt einen „Aufruf an Alle!". Er lautet: „Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen. Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden."

12. November 1938 – Hermann Göring erlässt eine Sühneverordnung für Juden

Berlin * Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung, erlässt eine Sühneverordnung, die zur Finanzierung der Aufrüstung gedacht ist. Die Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen zusammen eine Milliarde Reichsmark wegen „ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich“ zahlen. Weiterhin werden alle Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet. Und schließlich gibt es die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes. Sie besagt: „Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.“ In München wird eine eigene Arisierungsstelle in der Widenmayerstraße 27 eingerichtet, die die Enteignung und Gettoisierung der jüdischen Bevölkerung durchführen soll.

1939 – Zahl der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung in Bayern gesunken

Bayern * Die Zahl der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung in Bayern ist auf rund zwei Millionen, bei 500.000 Betrieben, gesunken. Die Gesamtbevölkerung Bayerns ist aber in der Zwischenzeit auf 8,5 Millionen angestiegen, was den Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung auf 25 Prozent drückt.

1939 – Oberbürgermeister Fiehler macht die Rosipal-Stiftung rückgängig

München-Graggenau * Nachdem bekannt wurde, dass der verstorbene Geschäftsmann Karl Rosipal, der Stifter des Glockenspiels am Neuen Rathaus, „nicht ganz arischer Herkunft“ war, schreckt der antisemitische Oberbürgermeister Fiehler nicht davor zurück, die Stiftung rückgängig zu machen und die gestiftete Summe den Erben zurückzuzahlen.

1939 – Karl Freiherr von Eberstein bezieht die Villa in der Maria-Theresia-Straße 17

München-Bogenhausen * Karl Freiherr von Eberstein, der Münchner Polizeipräsident und damit Gerichtsherr über die SS-Wachmannschaften im KZ Dachau, bezieht die Villa in der

Maria-Theresia-Straße 17.

1939 – In der Bäcker-Kunstmühle sind insgesamt 31 Personen beschäftigt

München-Untergiesing * In der Bäcker-Kunstmühle sind insgesamt 31 Personen beschäftigt, davon 14 gelernte Müller und zwölf Fahrer.

1. Januar 1939 – Juden müssen die zusätzlichen Vornamen „Sara“ oder „Israel“ führen

Berlin * Alle deutschen Juden mussten als zweiten Vornamen „Sara“ oder „Israel“ annehmen und in ihre Ausweise eintragen lassen. Ab diesem Zeitpunkt mussten sie ihre Briefe mit dem diskriminierenden Vornamen unterzeichnen, Briefköpfe, Praxisschilder und ähnliches ändern und ergänzen. Verstöße werden mit Gefängnishaft bestraft.

17. Juli 1939 – Karl Valentin eröffnet die Ritterspelunke am Färbergraben

München-Hackenviertel * Karl Valentin eröffnet mit Martin Wegmann „im einzigartigen Luftschutzkeller mit Restauration und Vorstellung“ im Färbergraben 33 seine „Ritterspelunke“. Das Lokal ist eine Mischung aus Theater, Kneipe und Kuriositätenkabinett. „Es ist nicht mehr das alte Panoptikum, sondern eine Neufassung dieser Schmunzel- und Gruselschau, die nicht ihresgleichen hat.“ Das Konzept bleibt das alte, da im Wesentlichen die Objekte des Panoptikums aus dem Hotel Wagner in der Sonnenstraße hier wieder zur Aufstellung kommen. Die Verbindung von Kellerraum, Dämmerlicht, schaurige Szenen und akustischer Überhöhung löst beim Publikum eine Art Panik aus, die sich in Schreckensschreie entladen. Zusätzlich verändert Valentin fast täglich die Beschriftung und den Standort der Exponate. So zweifelhaft der Bildungsanspruch des Panoptikums ist, so groß ist sein Unterhaltungswert. Einige Exponate, darunter beispielsweise „Mr. Roll - Erfinder der Rollgerstensuppe“ befinden sich noch heute in dem von Hannes König im Isartor ins Leben gerufenen Valentin-Karlstadt-Musäum. „Zum Verlassen des Panoptikums kann der Ausgang kostenlos genützt werden, dagegen ist der Eintritt von 60 Rpf. am Eingang zu bezahlen.“

3. November 1939 – Pater Ruppert Mayer wird verhaftet und gefangen gehalten

München-Maxvorstadt * Pater Rupert Mayer wird wegen „Wahrung des Beichtgeheimnisses“ und

dem Verdacht konspirativer Kontakte zur Widerstandsgruppe der Monarchistischen Bewegung verhaftet. Er wird zwei Monate im Wittelsbacher-Palais gefangen gehalten.

23. Dezember 1939 – Pater Rupert Mayer erhält im KZ Sachsenhausen-Oranienburg Einzelhaft

Sachsenhausen-Oranienburg * Pater Rupert Mayer wird in das KZ Sachsenhausen-Oranienburg bei Berlin überführt und erhält Einzelhaft. Dort verschlechtert sich sein Gesundheitszustand infolge von Hunger und seiner Kriegsverletzung, sodass die Behörden befürchten, der Pater werde als Märtyrer sterben.

1940 – Eine Lebensborn-Dienststelle ist in der Cuvilliésstraße 22

München-Bogenhausen * Eine Dienststelle des Lebensborn e.V. ist in der Cuvilliésstraße 22 untergebracht. Vorteilhaft ist die Nähe zur Bürgermeister-Villa in der Ismaninger Straße 95, die ab 1941 ebenfalls als Lebensborn-Dienststelle genutzt wird.

1940 – Der Seidenbau ist wünschenswert

Deutsches Reich * Der Seidenbau ist aus „volkswirtschaftlichen, medizinischen und wehrpolitischen Gesichtspunkten besonders wünschenswert“.

April 1940 – Karl Valentin kündigt seine Mitgliedschaft in der Reichsfachschaft Film

München - Berlin * Karl Valentin kündigt seine Mitgliedschaft in der Reichsfachschaft Film.

4. Juni 1940 – Der erste Luftangriff auf München

München * Der erste Luftangriff auf München. München wird von sechs Luftangriffen heimgesucht. Diese bringen aber nur geringe Zerstörungen. Noch kursiert hier der Kinderreim: „Bomben auf Berlin / Rosen auf Wien / München wollen wir schonen / da wollen wir später wohnen“. Von einem Krisenbewusstsein ist nichts zu spüren und die zunehmende Mobilisierung für Luftschutzübungen werden von der Einwohnerschaft häufig nur als lästige Beeinträchtigung des gewohnten Lebensablaufes empfunden. Noch immer glauben die

Münchner dem Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels und dem Reichs-Luftmarschall Hermann Göring, die dem Volk versprochen haben, dass kein feindliches Flugzeug nach Deutschland durchkommen wird. Göring, der der Zivilbevölkerung den absoluten Schutz vor Bombenangriffen garantiert hat, will sogar „Meier“ heißen, sobald ein feindliches Flugzeug deutsches Territorium überfliegen würde. Kein Wunder, dass der Oberbefehlshaber der Luftwaffe im Volksmund bald nur noch der „Herr Meier“ war. Auch der Name Tengelmann ist für ihn geläufig, „hatte er ja schließlich in jeder größeren Stadt Deutschlands eine Niederlage“. Die Münchner Stadtverwaltung macht sich dagegen mehr Gedanken und Sorgen, weil sie für München als Hauptstadt der Bewegung eine erhöhte Bombengefährdung sieht.

22. Juni 1940 – Josephine Baker im Widerstand

Paris • Nach dem Waffenstillstand von Compiègne vom 22. Juni 1940 arbeitet Josephine Baker für die Résistance, der Widerstandbewegung gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Frankreich. Auf ihrem Schloss Les Milandes, das einige Zeit in der unbesetzten Zone lag, versteckt sie Flüchtlinge, die von den Nationalsozialisten gesucht werden: Mitglieder der Résistance und Juden. Zudem wird sie Mitarbeiterin des französischen Nachrichtendienstes, wo sie als Kurier zum Einsatz kommt. Um die transportierten Geheiminformationen zu verstecken, werden diese zum Teil in unsichtbarer Tinte auf den Partituren Bakers notiert. Einige Dokumente versteckt sie auch in ihrer Unterwäsche, da ihr als Berühmtheit nicht die Gefahr einer Leibesvisitation droht.

7. August 1940 – Pater Rupert Mayer wird ins Kloster Ettal verbannt

Ettal * Pater Rupert Mayer wird wegen seines bedrohlichen Gesundheitszustandes und auf Anordnung des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, für den Rest des Krieges ins Kloster Ettal verbannt. Er muss im Kloster leben, darf das Klostergelände nicht verlassen und keine Messen in der Öffentlichkeit zelebrieren.

1941 – Die Bäcker-Kunstmühle wird in eine Genossenschaft umgewandelt

München-Untergiesing * Die Bäcker-Kunstmühle wird in eine Genossenschaft umgewandelt, da die Bäcker-Innung“nach den seinerzeit geltenden Gesetzen keine wirtschaftlichen Einrichtungen betreiben darf. Die Bäcker-Kunstmühle wird von den in der

Genossenschaft zusammengeschlossenen Bäckermeistern gemeinschaftlich betrieben und dient ausschließlich zur Förderung der Wirtschaft der Mitglieder.

März 1941 – Liesl Karlstadt schließt sich den Soldaten eines Gebirgsjägertrupps an

Ehrwald * Nach einer neuerlichen Krankheit sucht Liesl Karlstadt Erholung bei einem Bekannten in Ehrwald. Hier freundet sie sich mit den Soldaten eines Gebirgsjägertrupps an, der auf der Ehrwalder Alm stationiert ist. Besonders die Maultiere, die Mulis, haben es ihr angetan. Die Soldaten nehmen Liesl Karlstadt in ihre Gemeinschaft auf, geben ihr den Namen „Gustaf“ und ernennen sie zum Obergefreiten.

1942 – Der Lebensborn e.V. beschäftigt in seiner Zentrale 220 Personen

Berlin * Der Lebensborn e.V. beschäftigt in seiner Zentrale 220 Personen. Bei Kriegsende werden es insgesamt 700 Angestellte sein.

1942 – Erstmals gelingt die Zucht eines Wanderfalkens in Gefangenschaft

Deutsches Reich * Erstmals gelingt die Zucht eines Wanderfalkens in Gefangenschaft.

26. Januar 1942 – Walter Klingenbeck wird verhaftet

München-Maxvorstadt * Walter Klingenbeck wird verhaftet. Er ist Mitglied einer kleinen oppositionellen katholischen Jugendgruppe, die Rundfunksender bastelt und damit oppositionelle Nachrichten verbreitet. Außerdem verteilten sie Flugblätter und brachten Parolen an Gebäuden an.

16. Oktober 1942 – Der Kreisauer Kreis beschäftigt sich mit Staat, Kirche, sozialen Fragen

Kreisau * Die 2. Kreisauer Tagung dauert bis 18. Oktober und beschäftigt sich mit den Themen: Staat, Kirche und sozialen Fragen. Dieses Mal ist der Jesuitenpater Alfred Delp dabei.

18. Dezember 1942 – Der Lebensborn in der Bürgermeistervilla

München-Bogenhausen * Dr. med. Gregor Ebner, der Geschäftsführende Vorstand des Lebensborn e.V. und ärztlicher Leiter sämtlicher Lebensborn-Heime, wohnt mit seiner Frau und den beiden jüngeren Töchtern bis zum 4. April 1943 im ersten Obergeschoss der Villa an der Ismaninger Straße 95. Weitere Bewohner der Villa sind die Lebensborn-Mitarbeiter Ueberschaar, Taubenheim und Pröll. Die Erdgeschosswohnung nutzt der Leiter der Rechtsabteilung des Lebensborn e.V., Günther Tesch.

18. Februar 1943 – Die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verteilt Flugblätter in der Universität

München-Maxvorstadt * Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verteilen etwa 1.700 Flugblätter in der Münchener Universität. Der Hausmeister, der die ganze Aktion beobachtet hat, meldet sie bei der Gestapo. Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst werden verhaftet und ins Wittelsbacher Palais gebracht.

8. März 1943 – Die Münchner Sinti und Roma werden verhaftet

München * Nach einem Erlass von Innenminister Heinrich Himmler marschieren Polizeibeamte los, um die Häuser der Sinti und Roma zu umstellen und die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppen in Gefängnisse zu bringen. In München ist dies das Gefängnis der Polizei in der Ettstraße. Fünf Tage später rollen die Deportationszüge vom Güterbahnhof los.

26. Juli 1943 – Mick Jagger wird geboren

Dartford * Mick Jagger, der spätere Frontmann und Sänger der Rolling Stones, wird in Dartford in der Grafschaft Kent in England, geboren.

27. September 1943 – Die Vermögenswerte der Familie Schülein werden eingezogen

München * Das Oberfinanzpräsidium München ordnet an, dass sämtliche Vermögenswerte der Familiengruppe Schülein gemäß einer Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums an das Deutsche Reich abzuführen sind. Die Verfügung ist Teil der nationalsozialistischen Enteignungspolitik, mit der jüdischen Familien ihr Vermögen systematisch entzogen wird.

2. Oktober 1943 – Tragödie in der Kühbachstraße

München-Untergiesing * Die Bevölkerung des dicht besiedelten Untergiesing ist durch die Nähe zum Gauleiterbunker im bombensicheren Kellermassiv im Nockherberg und der Isar, an der sich die alliierten Bomber orientieren, stark bedroht. In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1943 ereignet sich in der Kühbachstraße eine Tragödie. Im Keller des Anwesens Nr. 18 und 20 ertrinken 47 Menschen in dem durch geplatzte Hydranten hereinstürzenden Wasser. Es handelt sich dabei um eine Hochzeitsgesellschaft, die in dem Gasthaus feiert. Da die Geladenen während des Bombenalarms nicht extra in den Bunker an der Sachsenstraße laufen wollten, gehen sie in den Keller, den sie nicht mehr lebend verlassen können. Ihre zum Teil weit entfernten Heimatwohnorte weisen die Toten als Münchenbesucher aus.

18. Dezember 1943 – Keith Richards, Gitarrist der Rolling Stones, wird geboren

Dartford * Keith Richards, Gitarrist und Songwriter der Rolling Stones, wird in Dartford in der Grafschaft Kent in England, geboren.

14. Januar 1944 – James Graf von Moltke wird verhaftet

Kreisau ? * James Graf von Moltke wird verhaftet. Dem Kreisauer Kreis fehlt seither sein Kopf.

Juli 1944 – Der Betz‘sche Tanzpavillon wird von Bomben zerstört

München-Bogenhausen * Der unter Denkmalschutz stehende Tanzpavillon aus der Biedermeierzeit im Wirtsgarten des Betz‘schen Gasthauses in Bogenhausen wird durch Bomben zerstört.

18. August 1944 – Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle wird von der Gestapo verhaftet

München-Bogenhausen - Berlin * Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle wird im Bogenhausener Pfarrhof von der Gestapo verhaftet und im Nachtzug nach Berlin gebracht.

30. April 1945 – Die Elefantenkuh „Lelabati“ räumt die Thalkirchner Brücke

München-Giesing * Am Ende der Nazi-Herrschaft unternehmen Wehrmachtsangehörige den

hilflosen Versuch, die amerikanischen Truppen am Weiterzug zu hindern, indem sie die Thalkirchner Brücke mit einem Trambahnwagen blockieren, um so den Vormarsch der amerikanischen Truppen zu verhindern. Sie können aber nicht mit der Muskelkraft der Elefantenkuh „Lelabati“ aus dem Tierpark Hellabrunn rechnen. Die afrikanische Elefantendame zieht den Wagen ohne Probleme von der Brücke. Nach der Entfernung der Barriere können die Amis mit ihren Panzern und Militärfahrzeugen weiterziehen, ohne dass es dort kurz vor Kriegsende einen Schusswechsel gibt.

Mai 1945 – Der Hundemarkt im Obergiesinger Gasthaus Schweizer Wirt

München-Obergiesing * Nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert sich im Obergiesinger Gasthaus Schweizer Wirt“der Hundemarkt, auf dem nicht nur die Hunde ihren Besitzer wechseln, sondern auch illegal arbeitende Hundemetzger ihre Opfer erstehen. Im geräumigen, viereckigen Hof der Wirtschaft gibt es Hunde aller Größen und Rassen. Am Boden liegen Lattenroste, damit die Hunde trocken sitzen können. Je nach Temperament - schwanzwedelnd oder phlegmatisch - erwarteten sie ihr Schicksal. Kleinere Hunde sind in Körben untergebracht. Trotz des warnenden Schildes „Annähern und Füttern der Hunde verboten, die Vereinsleitung übernimmt keine Haftung“, wird jedes lebende Ausstellungsstück gestreichelt. Und die Ware informiert sich schnuppernd über die Kundschaft. Jeden Samstag, zwischen 13 und 16 Uhr, herrscht hier ein ohrenzerreißendes Gekläffe und Gewinsel. Hier kann hier jeder seinen Zamperl verkaufen. Man muss nur die Platzgebühr - 30 Pfennig für einen jungen, 50 Pfennig für einen Hund über sechs Monaten - bezahlen können. Veranstalter ist der „Verein Hundebörse“, der das Geschäft bereits seit dem Jahr 1898 betreibt.

Mai 1945 – Die Templer-Ordensgemeinschaft verlegt ihren Sitz nach Untergiesing

München-Untergiesing * Nach dem Krieg verlegt die Templer-Ordensgemeinschaft ihren Sitz nach Untergiesing. Sie mietet das Anton-Ungerer-Palais an der Birkenleiten 27, die Villa des Maschinenfabrik-Besitzers Joseph Ungerer. Als dieser sein Anwesen an die Landeshauptstadt München verkauft, bezahlen die Templer die Miete an die Stadt.

2. Mai 1945 – Neuanfang nach der Kriegsgefangenschaft

Regensburg - Vilsbiburg * Fritz Kreutzkamm kommt in ein amerikanisches Kriegsgefangenenlager bei Regensburg. Dank seiner ausgezeichneten Englischkenntnisse wird er der

Dolmetscher-Kompanie zugeteilt. Nach seiner Entlassung geht er nach Vilsbiburg, wo er auch seine Mutter wieder trifft. Er nutzt das reiche Vorkommen der Flusskrebse in der Vils, um ein neues Geschäft aufzubauen, indem er die Krustentiere fängt und in Brennnesselblätter verpackt lebend mit dem Zug nach München verschickt.

5. Mai 1945 – Dönitz will eine Teilkapitulation mit den Westalliierten

Flensburg-Mürwik * Reichspräsident Karl Dönitz und viele Militärs wollen gegenüber den Westalliierten - also den USA und Großbritannien - eine Teilkapitulation erreichen, während der Kampf gegen die Sowjetunion weitergeführt werden soll. Dahinter stehen mehrere Motive: Die deutsche Führung fürchtet die sowjetische Gefangenschaft und Racheakte wegen der Verbrechen der Wehrmacht und SS im Osten, Millionen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien fliehen damals Richtung Westen, Dönitz hofft, dass sich die sich abzeichnenden politischen Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verstärken und man diese ausnutzen kann.

8. Mai 1945 – Rudolf von Sebottendorff ertränkt sich im Bosporus

Istanbul * Rudolf von Sebottendorff, der Führer der Thule-Gesellschaft, ertränkt sich im Bosporus, nachdem er die Nachricht von der deutschen Kapitulation erhalten hat.

9. Mai 1945 – Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Dachau

Dachau * Die KZ-Gedenkstätte Dachau wird feierlich eröffnet. Das stellt einen Wendepunkt in der deutschen Erinnerungskultur dar, denn erstmals wird ein ehemaliges Konzentrationslager in der Bundesrepublik dauerhaft als staatlich anerkannte Gedenkstätte eingerichtet. Bis dahin ist das Gelände nur teilweise erhalten, und über seine künftige Nutzung war jahrelang gestritten worden. An der Eröffnungsfeier nehmen teil: ehemalige Häftlinge aus vielen europäischen Ländern, Vertreter der Bundesregierung und des Freistaats Bayern, Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche, internationale Delegationen, zahlreiche Münchner Bürger. Die Feier steht ganz im Zeichen des Gedenkens an die mehr als 200.000 Häftlinge, die zwischen 1933 und 1945 durch Dachau gegangen sind, sowie der über 40.000 Menschen, die dort oder infolge ihrer Haft starben. Bundespräsident Heinrich Lübke kann nicht persönlich an der Einweihung teilnehmen, übersendet jedoch ein Grußwort.

23. Mai 1945 – Die „Regierung von Flensburg“ wird von den Briten aufgelöst

Flensburg-Mürwik * Die „Regierung von Flensburg“ wird von den Briten aufgelöst und Großadmiral Karl Dönitz sowie mehrere Regierungsmitglieder verhaftet.

Juni 1945 – Der Englische Garten wird intensiv landwirtschaftlich genutzt

München-Englischer Garten * Der Englische Garten wird noch lange Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs intensiv landwirtschaftlich genutzt. Auf dem Hirschanger werden 93.000 Kubikmeter Schutt gelagert. Die Schönfeldwiese ist von Splitterschutzgräben durchzogen. 680 Bombentrichter hat der Bombenkrieg alleine im Englischen Garten hinterlassen.

Juli 1945 – Der Wunsch nach einem eigenen Cowboy-Vereinsheim

München * Nach dem Zweiten Weltkrieg lebt der Verein „Cowboy Club München von 1913 e.V. - C.C.M“. wieder auf. Der Wunsch nach einem eigenen Vereinsheim wird immer lauter. Die Mitglieder haben das Nebenzimmerdasein in Wirtschaften endgültig satt.

7. August 1945 – Schüleinstraße und Schüleinplatz erhalten ihre Namen zurück

München-Berg am Laim * Die während der nationalsozialistischen Herrschaft umbenannten Straßen und Plätze erhalten ihre ursprünglichen Namen zurück. Aus der Halserspitzstraße wird wieder die Schüleinstraße, aus dem Halserspitzplatz erneut der Schüleinplatz. Mit der Rückbenennung wird die Erinnerung an den Unternehmer Joseph Schülein wieder sichtbar im Stadtbild verankert und eine antisemitisch motivierte Entscheidung der NS-Zeit rückgängig gemacht.

15. August 1945 – Neubeginn der Kammerspiele nach 1945

München-Graggenau * Die neu gegründete „Schaubude“ gibt ihre erste Vorstellung in den Münchner Kammerspielen. Das Schauspielhaus ist zu diesem Zeitpunkt der einzige Münchner Theatersaal, der die Bombenangriffe so weit überstanden hat, dass er unmittelbar wieder bespielt werden kann. Obwohl der Saal zunächst von der amerikanischen Besatzungsmacht als Kino für ihre Soldaten genutzt wird, ermöglicht der Theater- und Musikoffizier Walter Behr die Freigabe

für deutsche Aufführungen. Wenige Wochen später spielt auch das ausgebombte Volkstheater in den Kammerspielen. Das Haus entwickelt sich damit zu einem wichtigen Treffpunkt und Ausgangsort des kulturellen Neubeginns in München. Außerdem entwickelte sich der Hof der Kammerspiele schnell zur Kontaktbörse für Theaterleute. Erich Kästner schlug später scherzhaft vor, dort eine Tafel mit der Inschrift „Hof des Wiedersehens 1945“ anzubringen.

21. August 1945 – Die erste katholische Bischofskonferenz nach dem Krieg

Fulda * In Fulda beginnt die erste gemeinsame Plenarkonferenz der katholischen deutschen Bischöfe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der traditionelle Tagungsort am Grab des heiligen Bonifatius steht für die Einheit der Kirche in einem besetzten und politisch geteilten Deutschland. Die Bischöfe beraten über die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft, die Not der Bevölkerung und den kirchlichen wie gesellschaftlichen Wiederaufbau. Weitere Themen sind die Betreuung von Flüchtlingen und Heimatlosen, die Wiederzulassung katholischer Schulen, der Religionsunterricht und die Neuordnung des kirchlichen Lebens.

20. November 1945 – Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess beginnt

Nürnberg * Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess beginnt. 24 Mitglieder der NS-Führung werden von den Alliierten für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen. Es ist ein Medienspektakel ersten Ranges, aber kein Tribunal.

1946 – Die Richard-Wagner-Straße 7 wird an die Familie Schülein zurückgegeben

München-Maxvorstadt * Das Anwesen in der Richard-Wagner-Straße 7 geht nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wieder in den Besitz der Erbengemeinschaft Schülein über. Die Rückgabe ist Teil der Wiederherstellung von Eigentumsrechten, die der Familie durch die Verfolgungs- und Enteignungspolitik des NS-Regimes entzogen worden waren.

8. Februar 1946 – Wilhelm Hoegner erhält den Auftrag für eine neue Bayerische Verfassung

München * Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, SPD, erhält den Auftrag, einen Entwurf für einen neue Bayerische Verfassung zu erarbeiten. Im Sitzungssaal der ehemaligen Preußischen Gesandtschaft in der Prinzregentenstraße 9 trifft sich der 21-köpfige

„Verfassungsausschuss der Verfassungsgebenden Landesversammlung“ zu insgesamt 32 Sitzungen.

28. September 1946 – Nur leichte Kriegsbeschädigungen bei der Dreifaltigkeitskirche

München-Kreuzviertel * Die Dreifaltigkeitskirche bleibt tatsächlich als einzige Kirche der Münchner Innenstadt von der Wucht der Bomben des Zweiten Weltkriegs weitestgehend verschont. Der Bericht des Dompfarrers K. Abenthum vom 28. September 1946 führt folgende Beschädigungen auf: „Dach über dem Querschiff abgebrannt; Sakristeianbauten größtenteils zerstört. […] Kleinere Splitterschäden und Beschädigungen an der Putzarchitektur. Im Inneren: […] Altargemälde ernsthaft beschädigt.“

1. Dezember 1946 – Die erste Nachkriegswahl zum Bayerischen Landtag

Freistaat Bayern * Bei der ersten Wahl zum Bayerischen Landtag erhält die CSU 104 Sitze, die SPD erringt 54, die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung - WAV 13 und die FDP 9 Sitze. Dadurch kann Ministerpräsident Hans Ehard ein reines CSU-Kabinett leiten.

27. März 1947 – Der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes - BGB

München-Ramersdorf * Unter dem Motto „In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen“ findet vom 27. bis 29. März 1947 in einer Großküche in der Rosenheimer Straße in München der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes - BGB statt. Der BGB bildet den Dachverband für insgesamt 13 Gewerkschaften. Als Lehre aus den Erfahrungen in der Weimarer Republik ist das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zentral: Überkonfessionell, parteipolitisch ungebunden, „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“.

20. Oktober 1947 – Der Prozess gegen den Lebensborn e.V. beginnt

Nürnberg * Der Lebensborn e.V. gilt nach dem Zweiten Weltkrieg für lange Zeit als eine der mysteriösesten Institutionen der NS-Herrschaft. Dass sein Geheimnis während des Dritten Reichs mit Erfolg gehütet werden konnte, erregt nach dem Jahr 1945 die besondere Neugier der Öffentlichkeit. Von seiner Existenz erfährt sie zum ersten Mal während des Nürnberger Prozesses gegen den SS-Gruppenführer Ulrich Greifelt, dem Chef des Stabshauptamtes beim

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, und seinen Mitangeklagten. Der als Fall VIII aufgerufene Prozess begann am 20. Oktober 1947 und endete am 10. März 1948 mit der Verkündung des Urteils.

1948 – Hannes König und die Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden

München * Der Zeichner und Bühnenbildner für Theater und Film, Hannes König, übernimmt den Landesvorsitz der Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden.

10. März 1948 – Der Prozess gegen den Lebensborn e.V. endet

Nürnberg * Der Prozess gegen den Lebensborn e.V. endet mit der Verkündigung des Urteils. In den Prozessen konnte die Anklage den Beweis nicht erhärten, dass im Lebensborn e.V. die „gelenkte Fortpflanzung“ betrieben worden sei. Die Richter sprechen den Verein sogar von der Beteiligung an Verbrechen frei und bestätigten ihm seinen gemeinnützigen Zweck, wonach es Heinrich Himmler und der Lebensborn-Führung darum ging, die „ledige Mutter und ihr Kind“ vor der Diffamierung durch die Gesellschaft zu schützen. „Angestrebt wurde vielmehr, die soziale Stellung der Mutter und ihres Kindes zu erleichtern“.

1949 – Das Schlossgut Kaltenberg kehrt in den Besitz der Familie Schülein zurück

Kaltenberg * Das Schlossgut Kaltenberg wird an die Erbengemeinschaft Schülein zurückgegeben. Das Anwesen war während der nationalsozialistischen Herrschaft im Zuge der sogenannten „Arisierung“ entzogen worden und an staatliche Stellen übergegangen. Die Rückgabe stellt einen wichtigen Schritt bei der Wiedergutmachung des der Familie Schülein zugefügten Unrechts dar.

5. März 1949 – Michael von Faulhaber erhält die Münchner Ehrenbürgerschaft

München * Die bayerische Landeshauptstadt München verleiht Kardinal Michael von Faulhaber aus Anlass seines achtzigsten Geburtstags die Ehrenbürgerschaft. Schon damals sprechen alle vom Widerstand des Erzbischofs von München und Freising. Und Landtagspräsident Michael Horlacher von der CSU schwärmt in seiner Rede vor den Abgeordneten sogar von Michael von Faulhabers „immerwährenden Eintreten für den Völkerfrieden“.

20. Mai 1949 – Der bayerische Landtag und die CSU lehnen das Grundgesetz ab

München - Freistaat Bayern * Nach mehr als vierzehn Stunden heftiger und leidenschaftlicher Diskussion beschließen die Abgeordneten des Bayerischen Landtags die Ablehnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Von den 174 Abgeordneten stimmen 64 mit „Ja“, 101 mit „Nein“, 9 „enthalten“ sich. Die Ablehnung erfolgt aufgrund einer Empfehlung der bayerischen Staatsregierung. Große Teile der regierenden CSU empfinden das Grundgesetz in seiner vorliegenden Fassung als Angriff auf die Eigenständigkeit Bayerns.

September 1949 – Das Zentral-Landwirtschaftsfest findet nur noch alle zwei Jahre statt

München-Theresienwiese * Das Zentral-Landwirtschaftsfest findet auf Wunsch des Bauernverbandes nur noch im zweijährigem Rhythmus statt.

12. Oktober 1949 – Der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Mit einem Gründungskongress im Deutschen Museum wird der Deutsche Gewerkschaftsbund - DGB von 16 Branchengewerkschaften ins Leben gerufen. Der Bayerische Gewerkschaftsbund - BGB löst sich zuvor als Landesorganisation auf und geht in den DGB-Bezirk Bayern über. Das „Parlament der Arbeit“ wählt den 74-jährigen Hans Böckler zu seinen Vorsitzenden. Mit der Gründung des DGB wird auch die politische Spaltung der Arbeiterbewegung aus der Weimarer Republik überwunden. Nun gilt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, also einer parteipolitisch neutralen Organisation, die sich ausschließlich um Fragen der Arbeitnehmer*innen widmet.

1950 – Dieter Hildebrandt studiert München

München-Maxvorstadt * Dieter Hildebrandt kommt nach München, um hier an der „Ludwigs-Maximilian-Universität“ Literatur- und Theaterwissenschaften sowie Kunstgeschichte zu studieren.

2. August 1950 – Die Schack-Galerie kann wieder geöffnet werden

München-Lehel * Da die ehemalige Preußische Gesandtschaft im Zweiten Weltkrieg glimpflich

davon gekommen war, kann die Schack-Galerie als eines der ersten Museen Münchens wieder für die Öffentlichkeit geöffnet werden.

14. Dezember 1950 – Hitlers persönliche Habe wird entdeckt

München-Haidhausen * Hitlers persönliche Habe wird entdeckt, nachdem seine Haushälterin Anni Winter die persönliche Hinterlassenschaft ihres Arbeitgebers für 180.000 DMark zum Kauf anbietet. Einer der Kaufinteressenten ist jedoch ein getarnter Beamter der Kriminalpolizei.

1951 – Im Keller der Burgstraße 5 wird der „Pfälzer Weinkeller“ eingerichtet

München-Graggenau * Nach der notdürftigen Instandsetzung des Hauses Burgstraße 5 wird in den weitläufigen Kellergewölben der „Pfälzer Weinkeller“ eingerichtet. Es ist die erste Gastwirtschaft in diesem Haus.

1953 – Dieter Hildebrandt legt am „Residenztheater“ die Prüfung ab

München-Graggenau * Dieter Hildebrandt legt am Münchner „Residenztheater“ die Prüfung der Schauspieler-Genossenschaft ab.

24. April 1953 – Gegen die Öffnung der Läden auch am Samstagsnachmittag

München * Einige Münchner Firmen, darunter C&A Brenninkmeyer und Salamander, wollen ihre Läden auch am Samstagsnachmittag nach 14:00 Uhr offen halten. Dagegen wehren sich die Gewerkschaften und rufen zu Protesten auf.

25. April 1953 – Tausende demonstrieren vor dem Münchner Gewerkschaftshaus

München-Ludwigsvorstadt * Mehrere tausend Verkäuferinnen und Verkäufer demonstrieren vor dem Münchner Gewerkschaftshaus für einen „freien Samstagsnachmittag“.

1. Mai 1953 – Protestzug mit Transparenten zum freien Samstagnachmittag

München-Maxvorstadt * Im Anschluss an die Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes - DGB auf dem Königsplatz bewegt sich ein Protestzug mit Transparenten zum freien Samstagsnachmittag durch die Luisenstraße in Richtung Bahnhofsplatz. Da sich der Protestzug nach der polizeilichen Aufforderung nicht auflöst, greift die Staatsmacht auf der Höhe des Luisenbunkers mithilfe eines Wasserwerfers ein. Die mit Stahlhelm und Karabiner bewaffnete Bereitschaftspolizei löst mit Kolbenhieben den Protestzug auf. Vom Wasserwerfer gejagt bricht der 59-jährige Bahnangestellte Georg Bachl an der Ecke Luisen-/Prielmayerstraße tot zusammen.

13. Juni 1953 – Kundgebung für den Samstag-Nachmittag-Ladenschluss

München * Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen - HBV und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft - DAG haben zur Kundgebung für den Samstag-Nachmittag-Ladenschluss aufgerufen. Der Protestmarsch bewegt sich vom Arbeitsamt in der Maistraße über den Sendlinger-Tor-Platz zum Stachus und von dort weiter in die Altstadt, wo er sich in der Kaufingerstraße vor C&A Brenninkmeyer staut. Demonstranten blockieren im Inneren des Geschäfts die neumodernen Rolltreppen.

20. Juni 1953 – 10.000 Münchner protestieren gegen die Samstagsöffnung

München * Die Firmen C&A Brenninkmeyer und Salamander halten ihre Geschäfte - wie angekündigt - auch an diesem Samstag bis 17:00 Uhr offen. Etwa 10.000 Münchner protestieren gegen diese Maßnahme. Es kommt zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen. Vier Hundertschaften der Bayerischen Bereitschaftspolizei - wieder mit Stahlhelm und Karabiner bewaffnet - versuchen unter Zuhilfenahme eines Wasserwerfers die Aufständischen zu vertreiben. Die Protestierer flüchten zwar beim Anblick des Wasserwerfers, doch wenn dieser nach fünf Minuten wieder zum Befüllen der Wassertanks in die Ettstraße fahren muss, sind die Demonstranten schon wieder da. Nach Auffassung der Polizei ist der Wasserwerfer „das humanste Zwangsmittel der Polizei, er schafft keine Märtyrer, wie das vielleicht beim Gebrauch des Gummiknüppels der Fall wäre, sondern er macht lächerliche Gestalten aus den Demonstranten“.

1954 – Dr. Hermann Schülein erhält das Große Verdienstkreuz

Bonn * Dr. Hermann Schülein wird mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Ehrung würdigt seine herausragenden Leistungen als

Unternehmer sowie seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur internationalen Reputation der deutschen Brauwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

1954 – Oberpollinger: „Außen im vertrauten Kleid - Innen nach der neuen Zeit“

München-Kreuzviertel * 2.000 Mitarbeiter kümmern sich im neugestalteten und renovierten Kaufhaus Oberpollinger um die Kundschaft. Der Werbeslogan bringt es auf den Punkt: „Außen im vertrauten Kleid - Innen nach der neuen Zeit“.

13. Februar 1954 – C&A Brenninkmeyer und Salamander wollen Samstags bis 17 Uhr öffnen

München * Die Münchner Einzelhandelsgeschäfte sind mit den Gewerkschaften einig, dass die Geschäfte am Samstagnachmittag - mit Ausnahme des ersten Samstags im Monat - um 14:00 Uhr schließen. Nur die Firmen C&A Brenninkmeyer und Salamander wollen ihre Geschäfte jeden Samstag bis 17:00 Uhr geöffnet halten.

20. Februar 1954 – Die Polizei räumt die Kaufingerstraße

München * Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen - HBV und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft - DAG haben wieder ihre Mitglieder mobilisiert. Ab 14 Uhr halten etwa 1.000 Demonstrant*innen die Zugänge der Filialen der Firmen C&A Brenninkmeyer und Salamander besetzt. Gegen 16 Uhr wird die Kaufingerstraße von einer Hundertschaft der Polizei mit vorgehaltenem Karabiner, berittener Polizei und dem Wasserwerfer geräumt. Sechs Demonstranten werden verhaftet.

27. März 1954 – Protestmarsch gegen das Kaufhaus C&A Brenninkmeyer

München * Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben zu einem neuen Protestmarsch mobilisiert, den das Verwaltungsgericht wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung auf Antrag des Kaufhauses C&A Brenninkmeyer verbietet. Unabhängig davon setzt sich der Protestmarsch mit rund 2.000 Demonstranten von der Herzog-Wilhelm-Straße aus in Bewegung. Es kommt zur Eskalation mit der martialisch auftretenden Polizei, nachdem etwa fünfzig berittene Polizisten versuchen, die Demonstranten und Passanten in die Seitenstraßen abzudrängen. Mehrere hundert Polizisten gehen mit ihren Karabinern gegen die Menschen vor, schlagen zum

Teil auf diese ein und nehmen 53 Demonstranten fest. Schaufensterscheiben gehen durch Polizeipferde zu Bruch. Der berühmt-berüchtigte Wasserwerfer steht bereit. Einige Demonstrantinnen und Demonstranten werden schwer verletzt, der Verkehr ist für Stunden unterbrochen, das normale Leben setzt erst in den Abendstunden wieder ein.

10. April 1954 – Demonstration für den Ladenschluss

München * Die Firmen C&A Brenninkmeyer, Salamander und Woolworth halten ihre Geschäfte wieder offen. 5.000 Gewerkschafter demonstrieren durch die Neuhauser- und Kaufingerstraße zum Jakobsplatz. Sie ziehen an den geöffneten Geschäften lediglich vorbei und rufen dabei ihre Parolen.

Mai 1954 – Münchens erste Städtepartnerschaft wird mit Edinburgh

Edinburgh * Münchens erste Städtepartnerschaft wird mit der schottischen Hafenstadt Edinburgh geschlossen. Es beginnt ganz klassisch mit einem Schüleraustausch.

1. Mai 1954 – Forderungen zur Einführung der Fünf-Tage-Woche

München * Der Deutsche Gewerkschaftsbund - DGB fordert die Einführung der Fünf-Tage-Woche“und eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. An den Litfaßsäulen hängen Plakate mit der Aufschrift „Samstags gehört Vati mir“.

Juni 1954 – Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich

München * Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich. Die Firma verzichtet auf eine Entschädigung von 250.000 DMark und die Gewerkschaften entschuldigen sich für die Beleidigungen in einem Flugblatt vom 20. Februar 1954. Und nachdem sich viele andere Groß- und Mittelbetriebe für Samstagnachmittags-Öffnungszeiten nach 14 Uhr aussprechen, bricht der Widerstand zusammen. Der „Ladenschluss-Krieg“ ist damit beendet.

1955 – Die Isar-Amper-Werke AG entstehen durch Fusion

München-Maxvorstadt * Die Amper-Werke und die Isar-Werke GmbH fusionieren zu den Isar-Amper-Werken AG. Damit endet für die Isarwerke GmbH, als sie dieses zunächst auf die Isarwerke AG übertrug, die Teilnahme am operativen Geschäft. Fortan halten die drei Familienstämme August und Wilhelm von Finck und Wilhelm Winterstein vom Bankhaus Merck Finck zusammen etwa 90 Prozent der Anteile an einer GmbH, die als Holdinggesellschaft der Isar-Amper-Werke auftritt und auch Betreiber des Atomkraftwerks Isar ist.

2. Februar 1955 – Wir sind die Cowboys von der Nockher-Ranch

München-Au * Der Cowboy Club München Süd bittet um Baugenehmigung für ein Behelfsclubheim. Auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht belästigen“. In einer Ranch will der Verein einen Clubraum, einen Museumsraum für die wertvolle Sammlung und einen Bibliotheksraum verwirklichen. Die Cirkus-Krone-Verwaltung genehmigt dem Cowboy-Club die Grundstücksnutzung für seine sportlichen und ideellen Zwecke, bis zum beabsichtigten Verkauf des Areals. Seither beherrschen Winnetou und Old Shatterhand den ehemaligen Schmederer-Garten. Eine alte Wehrmachtsbaracke wird mit Hilfe der Pschorrbrauerei und hoher Eigenleistung zur Ranch umgebaut. „Jeden Samstag und Sonntag sind 15 bis 20 Mann ganztägig da. Rund 2.000 Arbeitsstunden werden freiwillig und gern von den Clubmitgliedern geleistet.“ In der Ranch befindet sich der kostbarste Besitz des C.C.M.S., das Indianermuseum. In ihm ist alles Zubehör und Kleidung zu finden, die einen Indianer ausmachen. Köcher aus Büffelleder, Federhauben, Friedens-Pfeifen, Brautmokassins, mit perlenbestickten, bunten Schuhsohlen, sowie Kriegsbeilen, wie sie wirklich waren: schlicht und einfach. In einem eigenen lateinamerikanischen Glaskasten befindet sich ein Schrumpfkopf.

3. Februar 1955 – Bitte um ein Clubhaus auf dem Nockerberg

München-Au * Der „Cowboy Club München von 1913 e.V. - C.C.M“ bittet um Genehmigung zur Errichtung eines Clubheimes auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone auf dem Nockherberg, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht

belästigen“.

15. März 1955 – Das Krone-Grundstück am Nockherberg wird Landschaftsschutzgebiet

München-Au * Das Ruinengrundstück von Frau Ida Krone auf dem Nockherberg wird aufgrund seines wertvollen Baumbestands einstweilig als Landschaftsschutzgebiet sichergestellt.

30. Mai 1955 – Das Wohnprojekt am Nockherberg wird verhindert

München-Au * Die Lokalbaukommission lehnt unter Hinweis auf das Landschaftsschutzgebiet die Planungen für das Wohnprojekt am Nockherberg ab. Außerdem wird über den Rahmen der früheren Bebauung hinaus keine Baugenehmigung erteilt. Dass die Bebauung mit 200 Wohnungen auf dem Nockherberg verhindert werden kann, liegt an einem notariellen Vertrag, den Franz Xaver Schmederer im Jahr 1903 rechtsverbindlich mit der Stadt München abgeschlossen hat. Dieser hindert die Stadtverwaltung bis heute daran, das Grundstück einer maximalen baulichen Nutzung zuzuführen.

1956 – Dieter Hildebrandt gründet die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“

München-Schwabing * Dieter Hildebrandt gründet gemeinsam mit Sammy Drechsel die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“. Das erste Programm trägt den Titel „Denn sie müssen nicht, was sie tun“. Ihm folgen noch weitere 19.

23. Januar 1956 – Die Vereinigung Münchner Kraftdroschken- und Mietwagenunternehmen

München * Die Vereinigung Münchner Kraftdroschken- und Mietwagenunternehmen wird gegründet.

20. August 1956 – Debatte um Jugendkontrolle und Polizeigewalt

München - München-Au * Der CSU-Landtagsabgeordnete und spätere Innenminister Heinrich Junker tut sich als Scharfmacher hervor. Er stellt einen Antrag für Maßnahmen zum Schutze der Jugend, in dem er die ständige Überwachung von Kinos, Gaststätten und Parkanlagen, die

Überwachung der jugendlichen Kraftfahrer, insbesondere der Mopedfahrer und die Bekämpfung jeglicher auftretender Bandenbildung fordert. Zur Durchsetzung seines Antrags unterstützt er das „rücksichtslose Eingreifen der Polizei“, deren „rücksichtslose Gewaltanwendung“, die „Brechung jeglichen Widerstands […] mit allen an die Grenze des Gesetzes gehenden Mitteln“ und die „Anweisung an die Staatsanwaltschaft, bei Vergehen und Verbrechen schärfsten Strafantrag zu stellen“. Junker kann sich mit seinen Vorstellungen gegen die SPD-dominierte Viererkoalition nicht durchsetzen. Dieser Erfolg liegt an dem SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger, der sich für die Interessen und Nöte der Jugendlichen einsetzt. Ihm geht es nicht darum, „wie man ‚die Halbstarken‘ bekämpfen und gegebenenfalls vernichten kann, sondern wie man junge Menschen davor bewahren kann, Rowdys oder Verbrecher zuwerden“ und wehrt sich gegen das Modewort „Halbstarke“.

28. November 1956 – Das Gesetz über den Ladenschluss verabschiedet

Bonn * Der Bundestag verabschiedet das Gesetz über den Ladenschluss. Demnach dürfen Geschäfte nur noch montags bis freitags von 7.00 bis 18.30 Uhr und samstags bis 14.00 Uhr geöffnet sein. Die Gesamtstundenzahl der Ladenöffnungszeiten pro Woche liegt bei 63,5 Stunden.

1957 – Ferdinand Schmid leitet den Verein Münchener Brauereien

München * Ferdinand Schmid wird Geschäftsführer des Vereins Münchener Brauereien. Seither träumt er von einem Biermuseum, in dem man die „Fertigung und Kulturgeschichte unseres Volksgetränks demonstriert, das man in Bayern auch das fünfte Element nennt“. Dieser Traum wird sich erst im September 2005 mit dem Bier & Oktoberfestmuseum realisieren lassen.

6. Februar 1958 – Flugzeugabsturz in Riem

München-Riem * Nach einem misslungenem Startversuch eines Flugzeugs kommen in Riem 23 der 43 Flugzeuginsassen ums Leben. Unter den Toten befindet sich die halbe Fußball-Mannschaft von Manchester United.

18. Juni 1958 – Hannes König eröffnet die Karl-Valentingedächtnisausstellung

München-Maxvorstadt * „800 Jahre und 5 Tage nach der Gründung der Stadt München“ wird im Pavillon im Alten Botanischen Garten die „Karl-Valentingedächtnisausstellung“ eröffnet. Gezeigt wird der Stummfilm „Der neue Schreibtisch“. Außerdem spielt Hannes König auf Karl Valentins Zither. Professor Carl Niessen, der im Jahr 1953 den Nachlass von Karl Valentin für das Institut Theaterwissenschaft der Universität Köln erworben hat, stellt Originale für die Ausstellung zur Verfügung.

20. September 1958 – Die Armbrustschützengilde richtet die Deutschen Meisterschaften aus

München-Theresienwiese- Lochhausen * Die Armbrustschützengilde Winzerer Fähndl richtet im Auftrag des Bayerischen Sportschützenbundes und des Deutschen Sportschützenbundes die Deutschen Meisterschaften aus. Die Scheibenschießwettbewerbe finden auf der Wiesn, die Adler- und Sternwettbewerbe in der Vogelanlage des Winzerer Fähndls in Lochhausen statt.

Oktober 1958 – Hannes König präsentiert „Die Karl-Valentin-Ausstellung 2. Teil“

München-Au * Auf der Auer Herbstdult präsentiert Hannes König in einem Zelt „Die Karl-Valentin-Ausstellung 2. Teil“. Die Ausstellung ist so erfolgreich, dass Hannes König dem Münchner Zweiten Bürgermeister Adolf Hieber von der Bayern-Partei einen Scheck über die erwirtschafteten Überschüsse überreichen kann. Er erhält ihn sofort - als Startkapital für den Ausbau des Isartor-Turmes - zurück.

1960 – Das Ruinengrundstück der ehemaligen Villa Freundlich

München-Maxvorstadt * Das Ruinengrundstück der ehemaligen Villa Freundlich an der Brienner Straße 43 gehört der Süddeutschen Treuhandgesellschaft, von der es später an die Landeshauptstadt München übergeht.

1960 – Der Karl-May-Verlag wird nach Bamberg verlegt

Bamberg * Der Karl-May-Verlag wird von Radebeul bei Dresden nach Bamberg verlegt. Der Grund liegt in der zunehmenden staatlichen Kontrolle und Verstaatlichung, die Karl-May-Werke gelten zeitweise als politisch unerwünscht und wirtschaftliches Arbeiten wird stark eingeschränkt.

1960 – Das eher zwielichtige Lokal „Blauer Engel“ wird eröffnet

München-Haidhausen * In der ehemaligen Wirtschaft „Zum kleinen Wirth“ eröffnet das eher zwielichtige Lokal „Blauer Engel“. Die berühmt-berüchtigte Kneipe gehört allerdings - trotz Verärgerung der Anwohner - nicht zu den „störenden Gewerbebetrieben“.

17. März 1960 – Münchens Städtepartnerschaft mit Verona

München - Verona * Die Städtepartnerschaft zwischen dem oberitalienischen Verona und München wird gegründet. München erhält zwei „Julia-Statuen“. Eine Figur steht - häufig blumengeschmückt und am Busen abgewetzt - am Alten Rathaus.   Das andere Standbild befindet sich in Bogenhausen am Shakespeare-Platz.

29. Mai 1960 – Das Kavallerie-Denkmal vor dem Hauptstaatsarchiv wird enthüllt

München-Maxvorstadt * Das Kavallerie-Denkmal vor dem Hauptstaatsarchiv wird enthüllt. Der Wehrmachtsgeneral a.D. Dietrich von Saucken lobt dabei die Eigenschaft der „Deutschen Soldatenpferde“ und die sich daraus ergebenden Charaktereigenschaften: „Fromm, willig und ausdauernd bis zum letzten Atemzug“, lautet seine Analyse. Der Entwurf zu dem überlebensgroßen, ungesattelten Bronzepferd stammt von dem Bildhauer Bernhard Bleeker, der schon den toten Soldaten im Kriegerdenkmal im Hofgarten geschaffen hat.

5. August 1960 – Todesangst-Christi-Kapelle wird eingeweiht

Dachau * Im Rahmen des 37. Eucharistischen Weltkongresses wird auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers die Todesangst-Christi-Kapelle eingeweiht. Sie ist der erste kirchliche Gedenkort auf dem ehemaligen Lagergelände und entsteht noch vor der offiziellen Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Dachau. Initiator ist Weihbischof Johannes Neuhäusler, der von 1941 bis 1945 selbst als Sonderhäftling im KZ Dachau inhaftiert war und sich nach dem Krieg maßgeblich für einen Ort des Gebets und des Gedenkens einsetzt. An der Einweihung nehmen rund 40.000 bis 50.000 Gläubige teil.

30. November 1960 – Der Top Ten Club verpflichtet die Beatles

Hamburg * Der Geschäftsführer des Top Ten Clubs, Peter Eckhorn, verpflichtet die Beatles ab April 1961 zum Auftritt in seinem Lokal.

1961 – Dr. Hermann Schülein erhält den Bayerischen Verdienstorden

München * Dr. Hermann Schülein wird mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Mit der hohen Ehrung würdigt der Freistaat Bayern seine herausragenden Leistungen als Unternehmer sowie seine Verdienste um die bayerische Wirtschaft und seine enge Verbundenheit mit seiner Heimat.

1961 – Kurt Plapperer wird 2. Geschäftsführer des Deutschen Theaters

München-Ludwigsvorstadt * Kurt Plapperer wird stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Theaters.

1962 – Aus dem Falkenhof wird das italienische Restaurant Il Falco

München-Au * In dem im Jahr 1962 erstellten Neubau wird wieder eine Wirtschaft mit dem klassischen Namen Falkenhof eingerichtet. Später führte das dort etablierte italienische Restaurant den Namen Il Falco.

1962 – Das Gasthaus Schweizer Wirt in Obergiesing

München-Obergiesing * An der Stelle des ehemaligen Kaufhauses Karstadt, dann Woolworth, an der Tegernseer-Land-Straße befindet sich das Gasthaus Schweizer Wirt. In der Wirtschaft findet die „Giesinger Kirta“ statt. Außerdem dient sie dem „Giesinger Faschingsverein“ als Hauptquartier.

23. Januar 1962 – Absage der Beatles für den Hamburger Top-Ten-Club

Hamburg * Der Beatles-Manager Brian Epstein gibt dem Hamburger Top-Ten-Club-Geschäftsführer Peter Eckhorn eine Absage. Dieser wollte die Beatles erneut verpflichten.

5. Juni 1962 – Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen

München-Maxvorstadt * Im Anschluss an ein Jazzkonzert kommt es an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen, als nach dem Ende des Konzerts in der Aula der Universität zahlreiche Konzertbesucher die Musiker auffordern, auf dem Geschwister-Scholl-Platz weiterzuspielen. Als die mit Buhrufen begrüßte Polizei eintrifft, kommt es zu Rangeleien und zwei Festnahmen. Die Polizei wird von den Protestierern durch eine Blockade am Wegfahren gehindert. Dabei werden auch die Reifen des Einsatzwagens zerstochen. Die bedrängten Polizisten rufen Verstärkung, die mit zwei Funkstreifenwagen, dem Kleinen und Großen Überfallkommando sowie dem Bereitschaftszug der Stadtpolizeischule am Ort der Auseinandersetzung eintrifft. Der Polizeimacht gelingt es an diesem Abend die Menge zu zerstreuen. Es kommt zu weiteren sieben Festnahmen. Die so Festgesetzten werden alle wegen Auflauf und Landfriedensbruch angezeigt. Dieses Geplänkel geht als „Unikrawall“ in die Geschichte ein.

25. Juni 1962 – Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße

München-Schwabing * Montag. Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße. Mehrere hundert Jugendliche blockieren erneut den Verkehrauf dem Boulevard. Gegen 1 Uhr räumt die Polizei die Straße. Rund 200 Protestierer werden „eingekesselt“ und anschließend festgenommen, darunter auch der spätere RAF-Terrorist Andreas Baader. Damit enden die Schwabinger Krawalle. Laut Polizeibericht kommen an diesem Tag rund 360 Polizisten zum Einsatz. 35 Protestierer werden festgenommen, sieben nachträglich zur Anzeige gebracht. Darüber hinaus werden über 200 Anwesende zur Personalienfeststellung kurzfristig in Gewahrsam genommen. Dass die Stadtpolizei an allen Tagen keine Wasserwerfer einsetzt, liegt an der in der Leopoldstraße verkehrenden Straßenbahn. Man hätte nämlich aus Sicherheitsgründen die Strom führenden Oberleitungen außer Betrieb nehmen müssen. Außerdem befürchtet man angesichts der sommerlichen Temperaturen, dass ein Wasserwerfer zur weiteren „Erheiterung“ der Protestierenden beigetragen hätte. Fazit: Gegen 248 Personen werden Ermittlungen wegen der Beteiligung an den Schwabinger Krawallen aufgenommen. Darunter finden sich lediglich 13 Frauen. Fast drei Viertel der Verfahren werden eingestellt. 54 Angeklagte werden verurteilt; es gibt 13 Freisprüche. Das Durchschnittsalter der Verurteilten liegt bei 22 Jahren. Von den jungen Berufstätigen werden auffällig viele verurteilt. Während aus dem akademischen Nachwuchs nur jeder Zehnte eine Strafe erhält, ist es bei den Nichtakademikern nahezu jeder Zweite. Es werden sechs Gefängnisstrafen zwischen drei und dreizehn Monaten ausgesprochen, wovon fünf auf Nichtakademikern fallen. Die Geldstrafen liegen zwischen 40 und 1.000 DMark. Die

Jungakademiker kommen mit Geldbußen und Strafen auf Bewährung davon. Gegen Angehörige der Stadtpolizei werden 143 Verfahren eröffnet. Lediglich 14 Polizisten werden aber mit Anklagen konfrontiert. Vier Ordnungshüter werden rechtskräftig verurteilt. Darunter ist nur ein Stadtpolizist, der an den Einsätzen vor Ort beteiligt war. Die drei Anderen sind als Aufseher in der Polizeihaftanstalt tätig. Der Bezirksausschuss Schwabing-Freimann protestiert in einer Resolution gegen die Ausschreitungen, die das „Machwerk verantwortungsloser, ortsfremder Elemente“ gewesen sei und bedankt sich ausdrücklich bei der Münchner Polizei für das mutige und tatkräftige Einschreiten.

16. Dezember 1963 – Ein Anwerbeabkommen mit [Süd-] Korea abgeschlossen

Bundesrepublik Deutschland - Seoul * Zwischen [Süd-] Korea und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung koreanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen. In der Vereinbarung wird die vorübergehende Beschäftigung von koreanischen Bergarbeitern im westdeutschen Steinkohlenbergbau geregelt. Ziel der Beschäftigung ist es, „die beruflichen Kenntnisse der koreanischen Bergarbeiter zu erweitern und zu vervollkommnen“.

31. Dezember 1963 – „Schimpf vor zwölf“

München-Schwabing * Zwischen 1963 und 1971 tritt Dieter Hildebrandt mit der Münchner Lach- und Schießgesellschaft im zweijährigen Abstand mit „Schimpf vor zwölf“ live im Silvesterprogramm der ARD auf. Das macht die Kabarettisten-Gruppe einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

1964 – Die katholische Kirche gibt das Einverständnis für die Feuerbestattung

München * Die katholische Kirche gibt den Angehörigen ihrer Glaubensgemeinschaft das Einverständnis für die Feuerbestattung.

30. Mai 1964 – München geht eine Städtepartnerschaft mit Bordeaux ein

München - München-Haidhausen - Bordeaux * München geht eine Städtepartnerschaft mit der südwestfranzösischen Stadt Bordeaux ein. Beide Städte widmen im Laufe ihrer Beziehungen der

jeweiligen Partnerstadt eine Straße oder einen Platz. Bordeaux benennt an der repräsentativen Esplanade des Quinconces in zentraler Lage die Allée de Munich. Bayerns Landeshauptstadt München wählt einen völlig anderen Weg und stellt im Jahr 1976 am Forum der Wörthstraße einfach neue Tafeln mit dem Namen Bordeauxplatz auf. Mit dem Forum wird ganz bestimmt einer der ansprechendsten Plätze in Haidhausen gefunden, auch wenn die Wörthstraße an eine der blutigsten Schlachten erinnert. Ob es aber amtliche Befürchtungen sind, die den Münchnern die möglicherweise schwierige Schreibweise der Partnerstadt nicht zutrauen oder nur einfach die Angst vor allzu viel Veränderung, ist nicht überliefert. Jedenfalls besitzt der Bordeauxplatz bis heute keine Hausnummer, weshalb auch an eine solche Anschrift kein Brief zugestellt werden kann. Die den Platz säumenden Häuser führen auch weiterhin die fortlaufenden Hausnummern der Wörthstraße.

1965 – Eine eigene Kuh für die Beschäftigten des Englischen Gartens

München-Englischer Garten * Bis zur Mitte der 1960er Jahre wird für die Milchversorgung der Beschäftigten des Englischen Gartens eine eigene Kuh gehalten.

16. März 1965 – „Beatles-Häuptling John Lennon stochert in seinen Zähnen“

Österreich * Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt im Zusammenhang mit einem in Obertauern aufgenommenen Foto von John Lennon: „Beatles-Häuptling John Lennon stochert in seinen Zähnen. Das und Nasenbohren sind die Lieblingsbeschäftigungen der Beatles in Obertauern. Womit man Millionen verdient.“ Da war die Rede von „Zottelköpfen“, von „komischen ungepflegten Frisuren dieser Paradeidole“ oder von den „Schreihälsen aus Liverpool“.

21. Mai 1965 – Die Queen in München

München * Die englische Königin und ihr Ehemann Prinz Philip treffen im Rahmen ihrer Deutschlandreise bei eher kühlem Frühlingswetter in München ein. Ihr Aufenthalt dauert 14 Stunden. Lange genug, um in den Straßen der Landeshauptstadt eine wahre Volksfeststimmung herrschen zu lassen. Hunderttausende säumten die Straßen und bereiteten der freundlich lächelnden und jugendlich wirkenden Queen bei ihrer Fahrt im offenen Wagen frenetische Ovationen. Ministerpräsident Alfons Goppel drückte diese Stimmung mit den Worten aus: „Die Herzen des bayerischen Volkes schlagen Eurer Majestät entgegen!“ Die Bayern widersetzten sich allen von oben erlassenen Anordnungen zum Aufenthalt der Queen und

gestalteten den Besuch weitgehend nach ihrem eigenen Willen. Die Staatsregierung reizte mal wieder alle Möglichkeiten aus, um vor der Weltöffentlichkeit ihr ausgeprägtes weiß-blaues Staatsbewusstsein zu zelebrieren und mithilfe von Zeremoniell und Symbolik souveräne Staatlichkeit zu beweisen. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl der Bundespräsident Heinrich Lübke dies der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte.   Die königlichen Gäste von der Insel mussten sich alle Strophen der „Bayern-Hymne“ anhören, was Prinz Philip zur Bemerkung hinreißen lässt: „Oh, ein ganzes Konzert.“ Wegen der „Bayern-Hymne“ schlitterte die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Der bayerische Ministerpräsident riskierte wegen seines Trotzes ein Verfahren wegen „separatistischer Machenschaften“. Letztlich stärkte der Queen-Besuch nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Popularität des Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

9. September 1965 – Das Gesetz über das Urheberrecht wird erlassen

Bonn * Das Gesetz über das Urheberrecht und Verwandte Schutzrechte wird erlassen. Es löst das Urheberrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus ab, das dem Urheber nur mehr als „Treuhänder des Werks für die Volksgemeinschaft“ betrachtet hatte.

28. Mai 1966 – Der TSV 1860 München wird Deutscher Fußballmeister

München * Der TSV 1860 München wird erstmals - und bislang zum einzigen Mal - Deutscher Fußballmeister. Mit der Meisterschaft sind Namen wie Rudi Brunnenmeier, Friedhelm „Timo“ Konietzka und Petar „Radi“ Radenkovic verbunden. Der FC Bayern München wird Dritter, der 1. FC Nürnberg belegt den sechsten Platz in der Bundesliga-Tabelle.

24. Juni 1966 – Auftritte der Beatles im Cirkus Krone

München * Für 17:15 Uhr ist das erste und für 21 Uhr das zweite Beatles-Konzert im Circus Krone angesetzt. Die Süddeutsche Zeitung informiert ihre Leser fürsorglich über die gesundheitliche Gefährlichkeit dieser Musik: „Wenn die Gitarren ihren harten Rhythmus beginnen, wird der Lärm so stark, dass es vom ärztlichen Standpunkt aus ratsam erscheint, das Weite zu suchen. Das halbe Dutzend großer Verstärker verwandelt selbst das Laufgeräusch einer Ameise in das Donnern einer aufgescheuchten Elefantenherde: Sie haben zusammen 800

Watt.“ Die 6.200 Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte sind schon lange vorher verkauft worden, 2.000 davon nach auswärts. Vier Sonderzüge treffen mit diesen Fans in München ein: aus Stuttgart Der Rasende John, aus Innsbruck Der Fliegende Paul, aus Würzburg Der Schnelle George und aus Ulm Der Rollende Ringo. Am Einlass zum Cirkus-Krone-Bau brechen Teenager vor Enttäuschung in Tränen aus. Sie sind von einer Fälscherbande mit gezinkten Tickets betrogen worden. Um 16:30 Uhr werden die Türen zum Circus-Krone-Bau für die Fans geöffnet und um 17:15 Uhr beginnt das erste Beatles-Konzert vor 3.500 Zuschauern mit dem Vorprogramm. Die Sicherheitsvorkehrungen sind beträchtlich: 250 Polizeibeamte sind im Einsatz. Im Hof der Deroy-Schule parkt ein Wasserwerfer. Im Publikum verteilen sich ausgewählte junge Beamte. Bei einem Stimmungsüberschlag will man den Cirkus-Krone-Bau schlagartig in gleißend weißes Licht tauchen. Doch noch vor Konzertbeginn sorgt ein Gewitterregen für Abkühlung. Die Stimmung sinkt noch tiefer, als sich die erste Vorgruppe mit dem aufreizenden Namen Cliff Bennet and the Rebel Rousers auf der Münchner Bühne abmüht. Erst den Rattles, einer Band aus Hamburg, gelingt es, die Emotionen auf beatlesgemäßes Niveau zu steigern. Im Anschluss tritt noch das Duo Peter & Gordon auf. Danach schaltet die Regie eine künstliche Pause, nach der - in dem atemlos stillen Krone-Saal - die Beatles angekündigt werden. Als die vier Ausnahmemusiker urplötzlich auf die Bühne springen, entlädt sich ein Orkan. Unter ihren - für die damaligen Verhältnisse - skandalös langhaarigen Köpfen tragen sie dunkelgrüne Jägeranzüge mit hellen Kragenaufschlägen. Ihre ebenfalls uniformen gelben Hemden sind mit Krawatten zugebunden. Die Beatles spielen zwar nur elf Lieder. Doch mit jedem Song steigert sich die frenetische Begeisterung des Münchner Publikums. Die Songfolge ist folgendermaßen: Rock and Roll Music She‘s a woman If I needed someone Babys in black Day tripper I feel fine Yesterday I wanna be your man Nowhere man Paperback writer I‘m down Begeisterte, schluchzende und enthemmte Jugendliche branden gegen die Bühne an, ausgebremst von einer Hundertschaft Polizisten, die auf Empfehlung des Psychologen in Zivil gekommen sind. Papierkugeln und Damenschuhe fliegen durch die Luft - bevorzugt zu Paul McCartney, dem damals noch einzigen Junggesellen. Nach jeder Nummer verbeugen sich die „Pilzköpfe“ artig und lächeln lieb. Das Jubelgeschrei wird noch lauter und noch stärker, sodass hinterher keiner der Anwesenden mit Bestimmtheit sagen kann, welche Songs die Beatles tatsächlich gespielt haben. Bereits nach 25 Minuten verschwinden die - wie sie die Münchner Presse gerne nennt - „vier Liverpooler Sängerknaben“ - genauso schnell wieder von der Bühne, wie sie gekommen sind, und hinterlassen ein erschüttertes Publikum und eine erleichterte Polizei. Immerhin ist es zu keinen Ausschreitungen und Sachbeschädigungen gekommen. „Es ging alles friedlich vonstatten“, wurde gebetsmühlenartig wiederholt.

26. Juni 1966 – Die Hamburger Beatles-Konzerte

Hamburg * Die Beatles treffen um 5:30 Uhr auf dem Hamburger Bahnhof Ahrensburg ein. Nach zwei Shows in der Ernst-Merck-Halle vor jeweils 5.600 Zuschauern bricht der Verkehr zusammen. Vier Stunden nach dem zweiten Konzert meldet der Polizeifunk: „Durchbruch der Fans auf breiter Front.“ 600 Polizeibeamte sind im Einsatz und 117 Fans werden inhaftiert. Unterdessen entwischen die Beatles ihren Bewachern und feiern mit ihren alten Freunden von der Reeperbahn bis um vier Uhr in der Frühe. Damit endet das Gastspiel der „weltbesten Beatband“ in Deutschland.

2. November 1966 – „Eheliche Zuneigung und Opferbereitschaft“

Karlsruhe * In einem Urteil des Bundesgerichtshofs heißt es: „Die Frau genügt ihren ehelichen Pflichten nicht schon damit, dass sie die Beiwohnung teilnahmslos geschehen lässt. Wenn es ihr infolge ihrer Veranlagung oder aus anderen Gründen versagt bleibt, im ehelichen Verkehr Befriedigung zu finden, so fordert die Ehe von ihr doch eine Gewährung in ehelicher Zuneigung und Opferbereitschaft und verbietet es, Gleichgültigkeit oder Widerwillen zur Schau zu tragen.“

9. Dezember 1966 – 8. Beatles-LP „A Collection of Beatles Oldies“

Großbritannien * In Großbritannien erscheint die achte Beatles-LP „A Collection of Beatles Oldies“. Sie ist eine für das Weihnachtsgeschäft geschaffene Zusammenstellung von Beatles-Singles. Das einzige neue Lied ist „Bad Boy“. Die Langspielplatte erreicht erstmals nicht den 1. Platz in den Britischen Charts, sondern kommt nur auf Platz 6.

1967 – Wirtschaftliche Zwänge und Verlust der kulturellen Rolle

München-Kreuzviertel * Die umfangreichen Bauarbeiten führen zu einer wachsenden Verschuldung des Künstlerhaus-Vereins. Zwar gelingt der Wiederaufbau des kriegszerstörten Gebäudes, doch dessen dauerhafte Finanzierung überfordert den Verein. Das Künstlerhaus wird deshalb an das Hotel Bayerischer Hof verpachtet. Hotelier Falk Volkhardt nutzt das Gebäude in den folgenden Jahrzehnten vor allem für gastronomische und wirtschaftliche Zwecke. Der Künstlerhaus-Verein bleibt zwar Eigentümer, tritt jedoch kaum noch öffentlich in Erscheinung. Das Künstlerhaus verliert seine Bedeutung als kultureller Treffpunkt und gerät für lange Zeit weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein.

1967 – Die Mariensäule wird abgetragen. Dabei zerbricht der Säulenschaft

München-Graggenau * Bedingt durch den Bau der U- und S-Bahn wird die Mariensäule abgetragen, wobei der früher schon erneuerte Säulenschaft zerbricht. Sie wird später durch eine Kopie in Adneter Marmor ersetzt.

14. November 1967 – Die 16. Beatles-Single wird veröffentlicht

Großbritannien * Mit „Hello Goodbye/I Am The Walrus“ kommt die 16. Beatles-Single in die Schallplattengeschäfte.

1968 – Der Templer-Orden erwirbt die ehemalige Winterhalter-Villa

München-Untergiesing * Der Templer-Orden“erwirbt von der Landeshauptstadt München die unter Denkmalschutz stehende ehemalige Winterhalter-Villa an der Birkenleiten 35 und baut sie für seine Zwecke und Bedürfnisse aus. Seither befindet sich hinter dem hohen schmiedeeisernen Gitter das „Trinitarion des orientalisch-orthodox-katholischen und kreuzritterlichen Chor- und Hospitaliter-Ordens der Templer e.V.“. Und das ist auch richtig, bezeichnet aber nur den sozialen Bereich, den sich die hier befindliche religiöse Ordensgemeinschaft auferlegt hat: die Speisung der Armen. Nichts aber deutet darauf hin, dass sich in der ehemaligen Villa des Hofgoldschmieds und Juweliers Karl Winterhalter das Archiconvent des Templerordens, also der Hauptsitz der Templer-Ordensgemeinschaft in Deutschland befindet.

25. Oktober 1968 – Yoko Ono schwanger

Großbritannien * In einer Pressekonferenz berichten John Lennon und Yoko Ono von Yokos Schwangerschaft.

1970 – Gründung der Tivoli Handels- und Grundstücks AG

München-Englischer Garten - Tivoli * Aus der Kunstmühle Tivoli Aktiengesellschaft geht die Tivoli Handels- und Grundstücks AG hervor.

1970 – Persönlich haftender Gesellschafter der Augustiner-Brauerei

München-Ludwigsvorstadt - Schwanthalerhöhe * Ferdinand Schmid wechselt in die Geschäftsleitung der Augustiner-Bräu Wagner K.G., wo er bis 1991 persönlich haftender Gesellschafter ist.

Februar 1970 – Die Gebäude der Firma Stahlgruber

München-Haidhausen * Die von der Firma Stahlgruber gemieteten Räume der ehemaligen Eberl-Faber-Aktiengesellschaft an der Rosenheimer Straße werden nach dem Umzug des Unternehmens in die Einsteinstraße abgerissen.

10. April 1970 – Das Ende der Zusammenarbeit der Beatles

Großbritannien * Paul McCartney will aus musikalischen, persönlichen und geschäftlichen Gründen nicht mehr mit den Beatles zusammenarbeiten. Das ist das Ende der Beatles.

31. Oktober 1970 – Die Auflösung der Gesellschaft Beatles & Co eingeklagt

Großbritannien * Paul McCartney reicht eine Klage ein, um die Auflösung der Gesellschaft Beatles & Co zu erwirken.

14. Dezember 1970 – Dr. Hermann Schülein stirbt in New York

New York * Dr. Hermann Schülein stirbt im Alter von 86 Jahren in New York. Der frühere Generaldirektor der Löwenbräu AG und erfolgreiche Brauereiunternehmer im amerikanischen Exil prägt die Brauwirtschaft diesseits und jenseits des Atlantiks über Jahrzehnte hinweg. Mit seinem Tod endet ein bedeutendes Kapitel der Unternehmergeschichte der Familie Schülein.

19. Februar 1971 – Der Auflösungs-Prozess der Gesellschaft Beatles & Co beginnt

London * Der Prozess zur Auflösung der Gesellschaft Beatles & Co beginnt in

London.

20. Juli 1971 – Grundsteinlegung fürs Motorama

München-Au * Der Grundstein für das neue Auto- und Einkaufszentrum an der Rosenheimer Straße wird gelegt. Bauherrn des inzwischen auf 100 Millionen DMark bezifferten Projekts sind die Treuhandgesellschaft mbH & Co KG Berlin-München und die Europaen Hotel Company.

3. September 1971 – John Lennon und Yoko Ono reisen nach New York

New York * Lennon und Yoko Ono besuchen New York. Aus dem Besuch wird ein dauerhafter Aufenthalt.

29. September 1971 – Die BRD erhält ihr erstes Umweltprogramm

Bonn * Die Bundesrepublik Deutschland erhält ihr erstes Umweltprogramm. Bundeskanzler Willy Brandt spricht von „Existenzfragen der Menschheit“. Damit wird der Grundstein gelegt für nahezu alle großen Umweltgesetze, von der Luftreinhaltung über die Klärung von Abwässern bis hin zum Umgang mit wachsenden Abfallmengen. Das Verursacherprinzip findet Eingang in die deutsche Gesetzgebung, es lässt diejenigen für Umweltschäden haften, die sie verbockt haben. Fuß fasst auch das Vorsorgeprinzip, demzufolge der Staat einschreiten muss, ehe Probleme entstehen.

1972 – Die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“ löst sich als Ensemble auf

München-Schwabing * Die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“ löst sich als Ensemble auf.

1972 – Die Münchner Lach- und Schießgesellschaft löst sich als Ensemble auf

München-Schwabing * Die Münchner Lach- und Schießgesellschaft löst sich als Ensemble auf.

28. August 1972 – Münchens Städtepartnerschaft mit Sapporo

Sapporo - München * Weil beide Städte im selben Jahr Veranstalter der Olympischen Spiele sind, gehen Sapporo und München eine Städtepartnerschaft ein. Das Japanische Teehaus im Englischen Garten [1972] und der Japanische Garten im Westpark zur Internationalen Gartenschau 1983 sind Gastgeschenke der Partnerstadt.

5. September 1972 – Palästinensische Terroristen nehmen israelische Sportler als Geiseln

München-Milbertshofen * Mitglieder der palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ dringen in die Unterkunft der israelischen Mannschaft in der Conollystraße 31 im Olympischen Dorf ein, töteten zwei Menschen und nehmen neun weitere Geiseln.

1973 – Das Muffatwerk wird wegen Unwirtschaftlichkeit aufgelassen

München-Haidhausen * Das Muffatwerk wird wegen Unwirtschaftlichkeit aufgelassen.

23. März 1973 – John Lennon zum Verlassen der USA aufgefordert

USA * Während Yoko Ono ihre dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erhält, wird John Lennon zum Verlassen der USA innerhalb von 60 Tagen aufgefordert.

1974 – Die deutsche Staatsbürgerschaft jetzt auch für Kinder deutscher Mütter

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Kinder deutscher Mütter können jetzt auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Bis dahin konnten das nur Kinder deutscher Väter. Erkannte zum Beispiel ein amerikanischer Soldat das Kind mit seiner deutschen Freundin nicht an, war das Kind „staatenlos“.

1974 – Rainer Werner Fassbinder und die Deutsche Eiche

München-Isarvorstadt * Rainer Werner Fassbinder, das Enfant terrible der deutschen Filmszene, gesellt sich zu der bunten Gesellschaft der Deutschen Eiche. Er verliebt sich unsterblich in den Schankkellner Armin Meier und bezieht mit ihm eine Wohnung auf der gegenüberliegenden Straßenseite der Reichenbachstraße.

16. Mai 1974 – Helmut Schmidt wird 5. Bundeskanzler der BRD

Bonn * Nach dem Rücktritt von Willy Brandt wird Helmut Schmidt [SPD] zum 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die größten Herausforderungen während seiner Amtszeit sind die weltweite Wirtschaftsrezession und die Ölkrisen der 1970er Jahre, die die Bundesrepublik unter seiner Führung besser überstand als die meisten anderen Industriestaaten.

15. August 1974 – Die Bäcker-Kunstmühle wird stillgelegt

München-Untergiesing * „Der Wettbewerb unter den Mühlenbetrieben wurde in den folgenden Jahren so hart, dass die von der Einkaufs- und Liefergenossenschaft als Pächterin betriebene Mühle immer stärker in die roten Zahlen geriet“, erklärt der Obermeister der Bäckerinnung, der damalige Stadtrat Heinrich Traublinger. Jetzt flattert die schwarze Fahne auf dem Dach des traditionsreichen Mühlenbetriebs. Die Bäcker-Kunstmühle wird in diesem Jahr aufgrund eines Gesetzes „Zum Abbau von Überkapazitäten im Mühlengewerbe“ - für die Entschädigungssumme von 1,7 Millionen DMark - eingestellt. Das Grundstück wird an das Ingenieurbüro Obermayer vergeben, dass das heute an dieser Stelle stehende Bürohochhaus erbaut.

20. September 1975 – Das Zentral-Landwirtschaftsfest findet nur mehr alle drei Jahre statt

München-Theresienwiese * Das Zentral-Landwirtschaftsfest findet nur mehr alle drei Jahre statt.

1976 – Die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“ wird wieder gegründet

München-Schwabing * Die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“ wird wieder gegründet und tritt in wechselnden Besetzungen auf.

1976 – Der Stadtrat beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für Kurt Eisner

München-Graggenau * Der Stadtrat beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für Kurt Eisner an der Kardinal-Faulhaber-Straße. Der Hausbesitzer Falk Volkhardt weiß die Anbringung der Erinnerungsplatte an der Fassade des Montgelas-Palais, das inzwischen zum Hotel Bayerischer Hof gehört, zu verhindern. Er verweigert die Anbringung der Gedenktafel mit

seinen Bedenken, dass sich diese „geschäftsschädigend“ auswirken und die Tafel möglicherweise Sprengstoffanschläge und Beschädigungen provozieren könnte. Dieses Risiko will natürlich keiner der Verantwortlichen tragen.

16. Mai 1976 – Uraufführung mit 40 Jahren Verspätung

München-Angerviertel * 40 Jahre nach Entstehen des von der Nazi-Zensur verbotenen Valentin-Karlstadt-Kurzfilms „Die Erbschaft“ wird dieser im Münchner Stadtmuseum uraufgeführt.

3. September 1976 – Im Kino 2 laufen Pornofilme von Beate Uhse

München-Au * Im Kino 2 der Museum-Lichtspiele laufen Pornofilme, deren Titel sich nicht überliefert haben. Die Filme stammen alle aus der Produktion von Beate Uhse oder waren von ihr angekauft. Immerhin erwirtschaftete Beate Uhse mit ihre Firma mit rund 25 Geschäften sowie der Produktion und dem Verleih von pornografischen Filmen im Jahr 1976 einen Jahresumsatz von 60 Millionen DMark.

18. November 1976 – Die CSU kündigt in Wildbad Kreuth die Fraktionsgemeinschaft mit der CD

Wildbad Kreuth * Mit 30 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung beschließt die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auf ihrer Klausurtagung am 18. und 19. November in Wildbad Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft mit der Christlich Demokratischen Union - CDU im Deutschen Bundestag aufzukündigen und im 8. Deutschen Bundestag eine selbstständige Fraktion zu bilden. Der Beschluss bedeutet eine tiefe Zäsur im traditionell schwierigen Bündnisverhältnis zwischen CDU und Christlich Sozialer Union - CSU. Aktueller Anlass für den einseitigen Trennungsbeschluss waren das Ergebnis und die Folgen der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976.

29. November 1976 – CDU droht mit der Gründung eines Landesverbands in Bayern

Bonn * Der CDU-Bundesvorstand fordert die CSU-Führung auf, bis zum Tag der konstituierenden Sitzung des 8. Deutschen Bundestages die Fraktionsgemeinschaft wieder herzustellen. Andernfalls wird die CDU in Bayern einen Landesverband gründen.

12. Dezember 1976 – Politische Parität zwischen CDU und CSU geregelt

Bonn * CDU und CSU vereinbaren, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU auf der Grundlage neuer Abmachungen fortzusetzen. In umfangreichen schriftlichen Vereinbarungen werden neue Verfahren der Konfliktregelung im Sinne einer politischen Parität beider Parteien festgelegt. Die CSU bahnt mit diesen Vereinbarungen zugleich die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß im Bundestagswahlkampf 1980 an.

1977 – Die DWK wird gegründet

Bundesrepublik Deutschland * Zwölf Energieversorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreiber gründen die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Sie erhält den Auftrag, eine große Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik zu planen und zu errichten.

1977 – Die Fresken in der Bogenhalle der Residenzpost werden erneuert

München-Graggenau * Die Fresken in der Bogenhalle der Residenzpost werden durch Max Lacher erneuert. Der inzwischen schadhafte „Klenze-Portikus“ wird in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege unter Berücksichtigung von Befunduntersuchungen und unter Benutzung der farbigen Pläne Klenzes erneuert.

5. Mai 1977 – Ludwig Erhard stirbt in Bonn

Bonn * Ludwig Erhard, der ehemalige Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, stirbt in Bonn.

1979 – Die Raumprobleme durch den Bau eines Glockenturmes lösen

München-Untergiesing * Bei einem Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel wird die Problematik der beengten Raumverhältnisse im Untergiesinger Templer-Kloster angesprochen. Die einbezogene staatliche Beamtenschaft schlägt vor, die Raumprobleme durch den Bau eines Glockenturmes zu lösen. Denn auf einen Glockenturm hat eine Religionsgemeinschaft sogar einen Rechtsanspruch. Mit dem achtstöckigen Bauwerk kann

die dringend benötigte Nutzfläche von über vierhundert Quadratmetern erzeugt werden. Der Turm besitzt eine Gesamthöhe von 87 Metern, bei einer Diagonale von elf Metern. Die Turmzwiebel umfasst alleine eine Höhe von 18 Metern. Und damit ragt dieser Turm natürlich weithin sichtbar über das Untergiesinger Wohnungsneubaugebiet und die sich in dieser Gegend befindende Kleingartenanlage. Schon dadurch gibt der Turm der „Ordensgemeinschaft“ ein weithin sichtbares Symbol.

2. Juli 1979 – Franz Josef Strauß wird Kanzlerkandidat der Unionsparteien

Bonn * Franz Josef Strauß wird von der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages als erster Kanzlerkandidat der CSU für die Unionsparteien nominiert. Er erhält 135 Stimmen der 237 anwesenden Abgeordneten (57 Prozent). 102 Abgeordnete stimmen für Ernst Albrecht (43 Prozent). Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß ist von großer Bedeutung für die Unionsparteien, weil sich die CDU als größere Schwesterpartei der Fraktionsgemeinschaft seit der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer ein gewohnheitsmäßiges erstes Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur gesichert hatte. Die Kanzlerkandidatur eines CSU-Politikers gilt als Ausnahme, da ein Erfolg eines bayerischen Politikers auf Bundesebene als nur wenig wahrscheinlich angesehen wird.

1980 – Die Breze ist der Klassiker im Kinderwagen

Freistaat Bayern * Die Breze gehört längst zum bayerischen Alltag – und für viele Familien auch zur Grundausstattung eines Kinderwagens. Sie liegt gut in kleinen Händen, lässt sich leicht knabbern und gilt als der klassische Snack für unterwegs. Aus ernährungswissenschaftlicher Sicht spricht gegen eine Breze für gesunde Kinder grundsätzlich nichts. Allerdings besteht sie überwiegend aus Weißmehl und liefert im Vergleich zu Vollkornprodukten deutlich weniger Ballaststoffe, Vitamine und Mineralstoffe. Als gelegentlicher Snack ist sie unproblematisch, als regelmäßige Grundlage der Ernährung jedoch weniger geeignet.

23. September 1980 – Franz Josef Strauß lässt Demonstranten umzingeln

München-Graggenau • Der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, will vor seiner Rede auf dem Marienplatz von der Polizei Demonstranten entfernen lassen, die auf Transparenten Stoppt Strauß fordern und durch Sprechchöre auf sich aufmerksam machen. Da der Einsatzleiter dazu keine rechtliche Grundlage sieht, wird auf der Stelle von Strauß (jetzt in

seiner Eigenschaft als bayerischer Ministerpräsident) abgesetzt. Die Demonstranten sehen sich kurz darauf von einem großen Polizeiaufgebot umzingelt.

27. September 1980 – So, als sei nichts gewesen

München-Theresienwiese * Am Tag nach dem Wiesn-Attentat öffnet das Oktoberfest ganz normal seine Pforten, so, als sei nichts gewesen. Die Kapellen spielen auf, die Fahrgeschäfte drehen sich. Nur ein paar Blumen erinnern an das Grauen, das am Vorabend über die Wiesnbummler hereingebrochen war.

27. September 1980 – Der politisch rechts orientierten Gundolf Köhler war der Attentäter

Theresienwiese - Kreuzviertel * Die Sonderkommission Theresienwiese identifiziert den 21-jährigen, politisch rechtsorientierten Geologiestudenten Gundolf Köhler als Attentäter. Er ist eines der dreizehn Todesopfer. Zeugen haben ihn unmittelbar vor der Explosion am Tatort gesehen. Die Verletzungsmerkmale an Köhlers Leiche untermaueren die Aussagen der Zeugen und lassen keinen Zweifel an einer Täterschaft Köhlers.

28. September 1980 – Gewerkschaften, Kirchen und Politiker rufen zu mehr Toleranz auf

München * Am „Tag des ausländischen Arbeitnehmers“ rufen Gewerkschaften, Kirchen und Politiker zu mehr Toleranz gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern auf. Man appelliert an die Bevölkerung, der von neonazistischen Kräften geschürten Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

1981 – Friederike Kreutzkamm übernimmt die Geschäftsführung

München-Kreuzviertel * Nach dem Tod von Fritz Kreutzkamm übernimmt seine Frau Friederike die Geschäftsführung des Familienunternehmens. In der Maxburg an der Pacellistraße eröffnet sie zudem eine kleine Confiserie, die sich erfolgreich etabliert.

1981 – Ein Gedenkstein zur Erinnerung an Pater Alfred Delp

München-Bogenhausen * Die Vereinigung der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung stiftet einen Gedenkstein zur Erinnerung an Pater Alfred Delp. Die Bronzeplastik „Drei Jünglinge im Feuerofen“ befindet sich vor dem Pfarrhof.

13. Mai 1981 – SoKo Theresienwiese: Gundolf Köhler dürfte als Alleintäter gehandelt haben

München * Nach acht Monaten stellt die Sonderkommission Theresienwiese ihre Ermittlungen zum Oktoberfest-Attentat ein und präsentiert den 187-seitigen vorläufigen Abschlussbericht.
860 Spuren wurden verfolgt und in die puzzleartige Rekonstruktion der Tat eingepasst. Die Beamten haben 1.800 Zeugen vernommen und 1.500 Asservate begutachtet. Die Quintessenz lautet: „Gundolf Köhler dürfte als Alleintäter gehandelt haben. Für eine Mittäterschaft oder auch nur Mitwisserschaft anderer an dem Sprengstoffanschlag auf das Münchner Oktoberfest ließen sich keine konkreten Anhaltspunkte erkennen“. Seine rechtsextremistische Einstellung wird durch Nachforschungen bestätigt. Ebenso, dass er in den Jahren 1975/76 an Übungen der am 30. Januar 1980 verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann teilgenommen hat. Die These vom verwirrten Einzeltäter ist seitdem die offizielle Version.

28. Oktober 1981 – Wackersdorf kommt in die engere Standortauswahl

Wackersdorf * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) bestätigt, dass Wackersdorf in die engere Auswahl möglicher Standorte aufgenommen ist. Ein transparentes öffentliches Auswahlverfahren, in dem gleichwertige Alternativstandorte geprüft und miteinander verglichen werden, findet nicht statt.

1982 – Prostitution an den Stadtrand verdrängt

München * Unter dem CSU-Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler wird eine strenge Überwachung der Sperrbezirks-Verordnung eingeführt, mit der die offene Prostitution weitestgehend in die Stadtrandbereiche verdrängt wird. Gauweiler geht gegen Sex-Clubs, Peepshows und Gaststätten zweifelhaften Rufs vor. Infolgedessen ist fast im gesamten Münchner Stadtgebiet Prostitution jeglicher Form verboten, auf der Straße, wie auch in Wohnungen oder Hotels. Straßenstrich-Bereiche verlagern sich dadurch vor die Tore von München.

1982 – Pferdehaltung zur Bewirtschaftung der Baumschule

München-Englischer Garten * Zur Bewirtschaftung der Baumschule und zum Einsammeln von Abfällen werden im Englischen Garten Pferde gehalten.

1982 – Richard Süßmeier bewirtschaftet das Forsthaus Wörnbrunn

Grünwald * Richard Süßmeier bewirtschaftet das Forsthaus Wörnbrunn selbst.

1982 – Das Ende des Braunkohleabbaus kostet Arbeitsplätze

Wackersdorf * Mit dem Ende des Braunkohleabbaus bei Wackersdorf gehen rund 1.600 Arbeitsplätze verloren. Die Bayerische Staatsregierung, die Gemeinde und die Gewerkschaften betrachten die geplante Wiederaufarbeitungsanlage zunächst als mögliche wirtschaftliche Ersatzperspektive für die Region.

1982 – Sepp Krätz übernimmt die Waldwirtschaft in Großhesselohe

München-Großhesselohe * Sepp Krätz übernimmt die Waldwirtschaft in Großhesselohe.

18. Februar 1982 – Die DWK beantragt das Raumordnungsverfahren

Regensburg * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) beantragt bei der Regierung der Oberpfalz die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens für eine Wiederaufarbeitungsanlage im Taxöldener Forst bei Wackersdorf.

Oktober 1982 – Die DWK verspricht Tausende Arbeitsplätze

Wackersdorf * Die Bayerische Braunkohlen-Industrie stellt den Braunkohleabbau bei Wackersdorf endgültig ein. Teile der ehemaligen Bergbauflächen und des überwiegend staatlichen Taxöldener Forstes stehen damit potenziell für ein Großprojekt zur Verfügung. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) stellt für die Bauphase rund 3.000 Arbeitsplätze in Aussicht. Das zunächst veranschlagte Investitionsvolumen beträgt mehrere

Milliarden D-Mark und steigt später auf etwa zehn Milliarden D-Mark.

1983 – Hans Schuierer ändert seine Haltung zur WAA

Wackersdorf * Landrat Hans Schuierer steht der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage zunächst nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Der Landkreis Schwandorf leidet unter einer der höchsten Arbeitslosenquoten Deutschlands. Der Braunkohleabbau ist beendet, und auch der Maxhütte droht die Schließung. Vor diesem Hintergrund erscheinen die von der DWK versprochenen 3.600 Arbeitsplätze als große wirtschaftliche Chance für die Region. Mit zunehmender Beschäftigung mit dem Projekt ändert Schuierer seine Haltung und wird zu einem entschiedenen Gegner der Anlage. Ausschlaggebend sind unter anderem Informationen über radioaktive Ableitungen, Atomtransporte, mögliche Gefahren für das Wasser und den geplanten rund 200 Meter hohen Abluftkamin. Dieser soll radioaktive Stoffe in großer Höhe ableiten und weiträumig verteilen.

1983 – Die DWK bereitet das Projekt personell vor

Wackersdorf * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) richtet Informationsstellen ein und beginnt, Beschäftigte sowie Auszubildende für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage einzustellen.

1984 – Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesn-Attenat verweigert

Karlsruhe * Die Generalbundesanwaltschaft verweigert eine Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesn-Attenat.

12. Juli 1984 – Ein Unwetter hinterlässt eine Schneise der Verwüstung

München * Ein Unwetter zieht über den Münchner Osten und hinterlässt eine Schneise der Verwüstung. Gegen 20:05 Uhr fallen Hagelkörner, zum Teil so groß wie Tennisbälle, auf die Erde. Sie durchschlagen Dachplatten und Fassadenverkleidungen. Aus Pflanzen und Gemüse wird in wenigen Minuten Matsch. 400 Menschen werden so stark verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen, Drei Menschen sterben vor Aufregung. Rund 70.000 Wohngebäude werden zum Teil erheblich beschädigt, ebenso 1.000 Gewerbebetriebe,

darunter viele Gärtnereibetriebe, deren Gewächshäuser zu Bruch gehen. 20.000 Hektar landwirtschaftlicher Flächen werden durch den Hagel umgepflügt, 150 Flugzeuge werden von den Hagelkörnern demoliert, über 200.000 Autos werden zerbeult. Nach 20 Minuten ist alles vorbei. Doch das hat gereicht. Das Unwetter richtet den bisher größten Schaden in Deutschland an. Die Versicherungen müssen insgesamt 1,5 Milliarden DMark an Entschädigungen zahlen.

September 1984 – Das Franziskus-Marterl wird zum Ort des Widerstands

Wackersdorf * In der Nähe des späteren WAA-Baugeländes entsteht das Franziskus-Marterl. Der Bildstock entwickelt sich zu einem religiösen und gesellschaftlichen Zentrum des Widerstands gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

Oktober 1984 – Andachten und Spaziergänge verbinden den Widerstand

Wackersdorf * Regelmäßige ökumenische Andachten, Bittgänge und „Sonntags-Spaziergänge“ verbinden kirchliche, bürgerschaftliche und umweltpolitische Formen des Protests.

12. Oktober 1984 – Der Kreisjugendring gegen Alkoholmissbrauch

München-Theresienwiese * Der Kreisjugendring startet in der tz einen Aufruf. In diesem heißt es: „Wir suchen Beweise! Fotos, Berichte, Statistiken - alles, was beweist, dass das Oktoberfest für viele weniger Gaudi und mehr Alkohol ist. Jugendliche sind Hauptopfer dieser Alkohol-Alleinherrschaft!“

4. Februar 1985 – Die Standortentscheidung fällt für Wackersdorf

Wackersdorf * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) entscheidet sich endgültig für Wackersdorf als Standort der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage. Das vorgesehene Betriebsgelände umfasst rund 120 Hektar.

8. November 1985 – Georg Kronawitter enthüllt ein würdiges Denkmal

München-Maxvorstadt * Oberbürgermeister Georg Kronawitter enthüllt auf dem Platz der Opfer

des Nationalsozialismus ein „würdiges Denkmal“, das den provisorischen Gedenkstein ersetzt. Der Bildhauer Andreas Sobeck hat einen sechs Meter hoher symbolischer Kerker aus südafrikanischen Impalagestein geschaffen, in dem eine ewige Flamme an die Verfolgten erinnern soll. Das Denkmal trägt die Inschrift: „Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

11. Dezember 1985 – Die Rodung des Taxöldener Forstes beginnt

Wackersdorf * Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am Vortag einen Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Genehmigung zurückgewiesen hat, beginnt die DWK mit der Rodung des Baugeländes im Taxöldener Forst. Ein massives Polizeiaufgebot sichert die Arbeiten gegen Proteste und Besetzungsversuche. Damit beginnt die sichtbare Umsetzung des WAA-Projekts.

16. Januar 1986 – Regensburger Physiker warnen vor der WAA

Regensburg * 50 Physiker der Universität Regensburg veröffentlichen eine Resolution, in der sie vor den Gefahren der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage warnen. Insgesamt 173 Hochschulangehörige unterstützen die Erklärung mit ihrer Unterschrift. Die Stellungnahme verleiht der wissenschaftlichen Kritik an dem Projekt zusätzliches Gewicht.

13. Februar 1986 – Politischer Aschermittwoch gegen die WAA

Schwandorf * Beim „Politischen Aschermittwoch“ der WAA-Gegner sprechen Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Umweltschutz gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Rednern gehören Landrat Hans Schuierer, Hubert Weinzierl, Erhard Eppler, Robert Jungk, Carl Amery und Franz Xaver Kroetz.

5. März 1986 – Die Kommission Kunst am Bau beschäftigt sich mit dem Eisner-Denkmal

München-Graggenau * In der Stadtratssitzung werden die Planungen für das Denkmal für Kurt Eisner in der Kardinal-Faulhaber-Straße verworfen. Nun beschäftigt sich die Kommission Kunst am Bau in neun Sitzungen mit dem Problem eines Eisner-Denkmals.

26. April 1986 – Die Katastrophe von Tschernobyl führt zum Umdenken

München-Untergiesing * Ein Wasserkraftwerk an der Bäcker-Kunstmühle entsteht. Die Verhandlungen zwischen Günter Tremmel und der Landeshauptstadt München ziehen sich bereits sieben Jahre hin, bis sich schließlich die Katastrophe im Kernkraftwerk von Tschernobyl ereignet. Diese führt dazu, dass sich erstmals breite Gesellschaftsschichten mit den Gefahren der Kernkraft konfrontiert sehen. Die bislang nur in kleinen Gesprächszirkeln diskutierten Fragen nach alternativen Energie- und Technologieformen erfasst nun auch das Interesse der Öffentlichkeit und führen zum Umdenken. Nicht mehr einzelne Energieformen sind gefragt, sondern ein Mix aus einer Vielzahl von alternativen und wieder erneuerbaren Energien werden das Ziel, Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomkraft werden erstmals laut formuliert.

22. Mai 1986 – Der Bayerische Rundfunk blendet den „Scheibenwischer“ aus

München * Nur wenige Tage nach den schweren Pfingstausschreitungen in Wackersdorf verweigert der Bayerische Rundfunk die Ausstrahlung einer atomkritischen Ausgabe der ARD-Kabarettsendung „Scheibenwischer“. Die Sendung unter der Leitung von Dieter Hildebrandt reagiert auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und setzt sich satirisch mit Kernenergie, radioaktiver Belastung und der Informationspolitik der Behörden auseinander. Besondere Kritik der BR-Führung richtet sich gegen den von Lisa Fitz vorgetragenen Sketch „Der verstrahlte Großvater“. BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller fordert zunächst vergeblich, die Ausgabe im gesamten ARD-Programm abzusetzen. Nachdem sich die übrigen Rundfunkanstalten weigern, koppelt der Bayerische Rundfunk sein Fernsehprogramm für die gesamte Dauer der Sendung aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm aus. Die „Scheibenwischer“-Ausgabe ist deshalb in Bayern nicht zu sehen. Die Entscheidung löst heftige Proteste aus. Zahlreiche Zuschauer beschweren sich telefonisch beim Sender; zeitweise sind die Leitungen überlastet. Videokopien der Sendung werden in Bayern verbreitet und bei öffentlichen Veranstaltungen vorgeführt. Medien, Künstler und Oppositionspolitiker bewerten das Vorgehen als Zensur und werfen dem Bayerischen Rundfunk politische Rücksichtnahme auf die atomkraftfreundliche Staatsregierung vor. Der BR weist diesen Vorwurf zurück und begründet die Nichtausstrahlung mit Inhalt und Form der satirischen Beiträge. Der Vorgang verstärkt bei vielen WAA-Gegnern den Eindruck, dass nicht nur um ein Industrieprojekt, sondern auch um Meinungsfreiheit, unabhängige Berichterstattung und die demokratische Kontrolle staatlicher Entscheidungen gestritten wird.

27. Juli 1986 – Salzburg und Schwandorf schließen eine Anti-Atom-Partnerschaft

Salzburg * Auf dem Alten Markt in Salzburg besiegeln Bürgermeister Josef Reschen und der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer eine grenzüberschreitende „Anti-Atom-Partnerschaft“. Unter dem Motto „Atome kennen keine Grenzen“ reichen sie sich auf Leitern über einem nachgebauten WAA-Bauzaun hinweg die Hand. Die symbolische Vereinbarung zwischen der Stadt Salzburg und dem Landkreis Schwandorf soll den gemeinsamen Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage stärken.

9. Oktober 1986 – 200.000 Unterschriften gegen Atomenergie und Wiederaufarbeitung

München * WAA-Gegner demonstrieren vor der Bayerischen Staatskanzlei und übergeben rund 200.000 Unterschriften gegen die Nutzung der Atomenergie und die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente. Die Aktion macht die breite gesellschaftliche Unterstützung des Widerstands sichtbar und erhöht unmittelbar vor der bayerischen Landtagswahl den politischen Druck auf die Staatsregierung.

November 1986 – Baufortschritt und juristische Aufarbeitung

Wackersdorf - Schwandorf * Während die Arbeiten auf dem WAA-Gelände fortgesetzt und die Baustelleneinrichtungen erweitert werden, beschäftigen die zurückliegenden Proteste zunehmend Polizei und Justiz. Gegen zahlreiche Demonstranten laufen Ermittlungs- und Strafverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Zugleich werden einzelne Vorwürfe gegen Polizeibeamte untersucht. Sie betreffen unter anderem unverhältnismäßige Gewaltanwendung bei Demonstrationen, Räumungen und Festnahmen. Der WAA-Konflikt verlagert sich damit zunehmend vom Bauzaun in Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

18. November 1986 – Die Anti-Atom-Partnerschaft muss aufgehoben werden

Regensburg * Die Regierung der Oberpfalz beanstandet die Anti-Atom-Partnerschaft als unvereinbar mit der bayerischen Landkreisordnung. Auf staatliche Weisung hebt der Schwandorfer Kreistag die Vereinbarung mit Salzburg wieder auf. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit endet damit jedoch nicht: Im November 1987 vereinbaren Salzburg und Schwandorf eine rechtlich weniger angreifbare Umweltpartnerschaft.

1987 – Aids als Symptom einer maroden Gesellschaft bezeichnet

München * Kultusminister Hans Zehetmair greift zum Vokabular des Herrenmenschen: Aids ist das „Symptom einer maroden Gesellschaft“. Homosexualität gehört in den „Randbereich der Entartung“. „Das Umfeld der ethischen Werte muss wiederentdeckt werden, um diese Entartung auszudünnen“. „Es geht darum, dass dies contra naturam ist - naturwidrig“. „Dieser Rand muss dünner gemacht werden, er muss ausgedünnt werden!“

12. März 1987 – Der Europäische Gerichtshof entscheidet für die Importfreiheit

Luxemburg * Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entscheidet für die Importfreiheit. Damit darf Bier aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft auch in die BRD gebracht und vertrieben werden. Auch dann, wenn es dem Bayerischen Reinheitsgebot nicht entspricht.

April 1987 – Der Kampf um die öffentliche Meinung geht weiter

Wackersdorf - Schwandorf * Die DWK und ihre Tochtergesellschaften weiten ihre Öffentlichkeitsarbeit für die Wiederaufarbeitungsanlage aus. Sie betreiben Informationszentren auf dem ehemaligen BBI-Gelände und in Schwandorf, werben für die versprochenen Arbeitsplätze und unterstützen örtliche Einrichtungen und Vereine. Das Sponsoring soll die gesellschaftliche Akzeptanz des Projekts in der Region erhöhen. Die WAA-Gegner setzen ihre vielfältigen Protestaktionen fort. Ökumenische Andachten am Franziskus-Marterl, Sonntagsspaziergänge zum Bauzaun, Blockaden, Kulturveranstaltungen und grenzüberschreitende Aktionen halten den Widerstand öffentlich sichtbar. Der Konflikt wird damit zunehmend auch als Kampf um Zustimmung, Deutungshoheit und gesellschaftlichen Einfluss geführt.

November 1987 – Günter Tremmel baut am Auer Mühlbach ein Kleinkraftwerk

München-Untergiesing * Günter Tremmel baut bis zum Frühjahr 1988 ein damals einzigartiges, wasserbetriebenes Kleinkraftwerk, das mit seinen zwei Turbinen jährlich circa 1,3 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt, die in das Netz der Stadtwerke eingespeist werden. Mit dieser privaten Initiative erreicht der Mechanikermeister, dass etwa 620 Münchner Haushalte mit elektrischer Energie versorgt werden können. Die 850.000 DMark teuere Investition benötige

rund fünfzehn Jahre, bis sie schwarze Zahlen schreibt. Doch Günter Tremmel sieht in dem Kraftwerk mehr die Verwirklichung eines privaten Traumes und eine energiepolitische Zeichensetzung, als eine wirtschaftliche Investition. An der Südseite des Kleinkraftwerkes finden sich deshalb folgende Zeilen: „Untätig war des Wassers Lauf - und niemand achtete darauf Hier war die Wasserkraft vergessen, weil von Atomkraft man besessen Was doch des Menschen stolzer Wahn in der Natur zerstören kann Das möge man bedenken; in Zukunft sollte die Vernunft uns lenken Vergeßt nicht unsere Wasserkraft und laßt sie uns erhalten - Das mahnten schon die Alten."

1988 – Im Tierpark wird der Wirtschaftshof mit Quarantänestation eröffnet

München-Giesing * Im Tierpark Hellabrunn wird der Wirtschaftshof mit Quarantänestation eröffnet.

26. Januar 1988 – Antrag auf die zweite Teilerrichtungsgenehmigung

München-Bogenhausen * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) beantragt beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen die zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA. Sie betrifft den weiteren Ausbau der Anlage, insbesondere das Hauptprozessgebäude und Änderungen am ursprünglichen Baukonzept. Der Antrag führt zu einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung mit der Auslegung des Sicherheitsberichts und einem weiteren Erörterungstermin.

28. September 1988 – Verdacht auf manipulierte WAA-Gutachten

München-Haidhausen * SPD und Grüne beantragen im Bayerischen Landtag einen Untersuchungsausschuss. Er soll klären, ob Beamte des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen politischen Einfluss auf wissenschaftliche Gutachten zur WAA genommen haben. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Vorwurf, kritische Messwerte zur radioaktiven Belastung nicht ausreichend berücksichtigt oder nachträglich abgeschwächt zu haben. Der Landtag setzt den Untersuchungsausschuss am 2. Februar 1989 ein. Die Ausschussmehrheit und die Opposition gelangen später zu unterschiedlichen Bewertungen der Vorwürfe.

3. Oktober 1988 – Tod von Franz Josef Strauß

Regensburg * Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß stirbt um 11:45 Uhr im Alter von 73 Jahren im Krankenhaus der Barmherzige Brüder in Regensburg. Mit seinem Tod verliert das WAA-Projekt seinen politisch einflussreichsten und entschiedensten Befürworter. Der Führungswechsel in der Bayerischen Staatsregierung verändert die politischen Rahmenbedingungen für das zunehmend umstrittene und wirtschaftlich belastete Großprojekt grundlegend. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wird Max Streibl.

Dezember 1988 – Wirtschaftliche Zweifel am WAA-Projekt wachsen

Bundesrepublik Deutschland * Innerhalb der Energiewirtschaft nehmen die Zweifel an Kosten, Zeitplan und Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage zu. Verzögerte Genehmigungsverfahren, gerichtliche Entscheidungen, technische Änderungen und steigende Baukosten belasten das Projekt. Die ursprünglich vorgesehene Inbetriebnahme rückt in immer weitere Ferne und erscheint frühestens in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre realistisch. Gleichzeitig gewinnt die kostengünstigere Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in bereits bestehenden Anlagen im französischen La Hague und im britischen Sellafield an Attraktivität. Damit gerät zunehmend auch die wirtschaftliche Grundlage einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage infrage.

2. Februar 1989 – Untersuchungsausschuss zu den WAA-Gutachten

München-Haidhausen * Der Bayerische Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss ein, der mögliche Manipulationen und politische Einflussnahmen auf wissenschaftliche Gutachten zur Wiederaufarbeitungsanlage klären soll. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Verdacht, Mitarbeiter des Umweltministeriums hätten auf die Bewertung von Messdaten eingewirkt. Der Ausschuss geht auf einen Antrag von SPD und Grünen vom 28. September 1988 zurück. Seine Arbeit führt später zu gegensätzlichen Bewertungen durch die CSU-Mehrheit und die oppositionelle Minderheit.

1. April 1989 – Bis zu 14 Tage Unterbindungsgewahrsam

Freistaat Bayern * Eine Novelle des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes tritt in Kraft. Sie verlängert den möglichen richterlich angeordneten Unterbindungsgewahrsam von bislang

höchstens zwei auf bis zu 14 Tage. Betroffene können damit festgehalten werden, um erwartete Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu verhindern. Die Staatsregierung begründet die Verschärfung unter anderem mit den Erfahrungen bei den Auseinandersetzungen um die WAA. Bürgerrechtsorganisationen und Oppositionsparteien kritisieren die Regelung als unverhältnismäßige „Vorbeugehaft“ und bezeichnen sie als „Lex Wackersdorf“.

11. April 1989 – VEBA setzt auf die französische Alternative

Düsseldorf - La Hague * VEBA, einer der wichtigsten Anteilseigner der DWK, bestätigt öffentlich Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dem französischen Nuklearkonzern Cogema. Vorgesehen ist eine Beteiligung an der Wiederaufarbeitungsanlage UP3 in La Hague. Cogema bietet an, deutsche Brennelemente dort ab 1999 aufzuarbeiten. Das französische Angebot erscheint den Energieversorgungsunternehmen deutlich günstiger und schneller verfügbar als die Fertigstellung der WAA Wackersdorf. Mit der französischen Alternative verliert das bayerische Bauprojekt seine wirtschaftliche Grundlage. Die Ankündigung gilt deshalb als entscheidender Schritt auf dem Weg zum endgültigen Baustopp.

16. April 1989 – Hoffnung auf das Ende der WAA

Wackersdorf * Rund 6.000 WAA-Gegner versammeln sich am Baugelände und feiern das sich abzeichnende Scheitern des Projekts. Anlass sind die bekannt gewordenen Pläne der Energiewirtschaft, abgebrannte deutsche Brennelemente künftig im französischen La Hague aufarbeiten zu lassen. Die Stimmung ist von Freude, aber auch von Vorsicht geprägt: Ein offizieller Baustopp ist noch nicht beschlossen, und die Arbeiten auf dem Gelände gehen zunächst weiter. Die Kundgebung zeigt dennoch, dass selbst viele langjährige Beteiligte das Ende der WAA nun für wahrscheinlich halten.

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998

möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

31. Mai 1989 – Baustopp - das Ende der WAA Wackersdorf

Wackersdorf * Die DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf GmbH (DWW), die Projektgesellschaft der DWK, stellt die Bauarbeiten auf dem WAA-Gelände offiziell ein. Zugleich verzichtet sie darauf, den Sofortvollzug der ersten Teilerrichtungsgenehmigung weiter in Anspruch zu nehmen. Das Haupttor der Baustelle wird symbolisch geschlossen. Nach jahrelangen Protesten, gerichtlichen Auseinandersetzungen und steigenden Kosten ist das WAA-Projekt damit praktisch beendet. WAA-Gegner versammeln sich am sogenannten Roten Kreuz und feiern den Baustopp zunächst noch mit vorsichtiger Freude. Der 31. Mai 1989 gilt als entscheidender Schlusspunkt der WAA Wackersdorf; die bundespolitische Absicherung folgt am 6. Juni.

16. September 1989 – Richard Süßmeier bewirbt sich - erfolglos - um das Hacker-Festzelt

München-Theresienwiese * Richard Süßmeier bewirbt sich um das Hacker-Festzelt, doch CSU und SPD stimmengeschlossen gegen ihn. Und das, obwohl ihn ein Gericht vom Vorwurf des Schankbetrugs frei spricht und das Verfahren wegen illegaler Beschäftigung mit einer freiwilligen Geldbuße in Höhe von 100.000 DMark endet.

18. September 1989 – Münchens Städtepartnerschaft mit Cincinnati

München - Cincinnati * Die amerikanische Stadt Cincinnati wird zur Münchner Partnerstadt erwählt. In Cincinnati findet jährlich rund um den Davidson-Brunnen das größte Oktoberfest der Vereinigten Staaten statt.

Oktober 1989 – Der Dienstleistungsabend wird eingeführt

München * Als Dienstleistungsabend wird der lange Donnerstag bis 20.30 Uhr eingeführt. Die betroffenen Beschäftigten sprechen vom „SchlaDo“ [Scheiß langer Donnerstag].

6. Oktober 1989 – Münchens Städtepartnerschaft mit Kiew

München - Kiew * Zwischen der ukrainischen Hauptstadt Kiew und München wird eine Städtepartnerschaft gegründet. Bei der Auswahl geht es dem Stadtrat um eine politische Entspannung und die Ost-West-Annäherung.

14. Juli 1990 – Walter Sedlmayr wird ermordet in seiner Wohnung gefunden

München * Walter Sedlmayr wird blutüberströmt in seiner Wohnung gefunden. Er ist mit einem Hammer erschlagen und mit einem Küchenmesser erstochen worden. Schnell stehen seine homosexuellen Neigungen im Vordergrund des Interesses. Nach aufwändigen Ermittlungen werden Sedlmayrs Freund und Geschäftspartner Wolfgang W. und dessen Bruder Manfred L. verhaftet und in einem Indizienprozess verurteilt.

1991 – Ein Wettbewerb für einen neuen Marienklausensteg

München-Giesing * Die Stadt schreibt einen Wettbewerb für den Neubau des Marienklausenstegs aus. 21 Teams reichen Entwürfe ein. Gefordert ist eine zeitgemäße Konstruktion und eine schonende Einbindung in die Flusslandschaft unter Erhalt des wertvollen Baumbestands. Zudem müssen wasserbauliche und nutzungsbezogene Vorgaben berücksichtigt werden.

1991 – Die Thalkirchner Brücke wird erneuert

München-Giesing * Die Thalkirchner Brücke wird abgerissen. Der verstärkt auftretende Verkehr hat der Tierparkbrücke zunehmend zu schaffen gemacht. Ihre Tragfähigkeit ist für den Autoverkehr einfach unterdimensioniert, weshalb der Flussübergang nur mit geringer Geschwindigkeit befahren werden darf. Anschließend entsteht ein 12,4 Millionen DMark teurer Brückenneubau in der parkähnlichen Landschaft des benachbarten Tierparks.

Mai 1991 – Kreutzkamm kehrt nach Dresden zurück

Dresden * Friederike Kreutzkamm eröffnet am Dresdner Altmarkt das Café Kreutzkamm. Fast 46 Jahre nach der Zerstörung des Stammhauses kehrt das Familienunternehmen damit an seinen Gründungsort zurück und knüpft an seine Dresdner Tradition an. Das Café entsteht im ehemaligen Süßwarengeschäft „Praline“ unter den Arkaden am Altmarkt, unweit des ursprünglichen Standorts des 1945 zerstörten Stammhauses.

23. Oktober 1992 – Bezirksausschuss lehnt Verkauf des Karl-Valentin-Geburtshauses ab

München-Au * Der Bezirksausschuss Au-Haidhausen lehnt den Verkauf des Karl-Valentin-Geburtshauses in der Zeppelinstraße 41 ab und beantragt die Erstellung eines Sanierungsgutachtens durch die Münchner Gesellschaft für Stadtsanierung - MGS. Bis zur Erstellung des Gutachtens sind alle Verkaufsabsichten zu stoppen.

5. April 1993 – Die Münchner Gesellschaft für Stadtsanierung legt ihr Gutachten vor

München-Au * Das Sanierungsgutachten der Münchner Gesellschaft für Stadtsanierung - MGS listet die Kosten für die weitere Vorgehensweise mit dem Karl-Valentin-Geburtshaus in der Zeppelinstraße 41 auf. Die Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes würde 6 Millionen DMark kosten, ein Teilabbruch und Sanierung kämen auf 5,5 Millionen DMark, ein Abbruch und anschließender Neubau würde mit 5 Millionen DMark zu Buche schlagen.

30. Mai 1993 – Kein innerstädtisches Interesse am Erwerb des Valentin-Geburtshauses

München * Die Münchner Wohnungsbau-Gesellschaften und die Münchner Gesellschaft für Stadtsanierung - MGS haben kein Interesse am Erwerb des Karl-Valentin-Geburtshauses in der Zeppelinstraße 41.

1. Juni 1993 – Über die Ausziehtechniken im Blauen Engel

München-Haidhausen * Die Münchner Abendzeitung schreibt über den soeben geschlossenen Blauen Engel in der Wolfgangstraße in Haidhausen folgende Zeilen: „Die Ausziehtechniken im Blauen Engel (Marlene Dietrich dreht sich im Grabe um) waren selten ausgereifter als im ‚bumsfidelen Mädchenpensionat‘. Dafür kostete der Eintritt auch nur fünf Mark. Für drei Mark bekam man von der Kathie ein müdes Bier serviert, bevor sie zur Miß Kate mutiert auf der Bühne

ihre Version vom Alpensex zeigte. Tja, nun nicht mehr. Gott sei Dank, werden die einen denken, die in der Prolo-Fleischbeschau nichts Lustiges finden konnten. Schade, so die anderen, die angereiste Bekannte mit dem Dirndl-Sex schocken konnten.“ Das Gebäude an der Wolfgangstraße wird anschließend saniert und darin eine andere Gastwirtschaft eröffnet: das Wasserwerk.

1994 – Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewand

München * Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt. Mit der Umwandlung zur gGmbH erhält die MVHS eine eigenständigere Rechtsform, bleibt aber weiterhin gemeinnützig und öffentlich getragen. Gesellschafter bleiben öffentliche und gesellschaftliche Akteure, insbesondere die Landeshauptstadt München. Die Gemeinnützigkeit bedeutete weiterhin, dass die Einrichtung nicht gewinnorientiert arbeitet, sondern Bildungsaufgaben für die Allgemeinheit erfüllt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm der amtierende Münchner Oberbürgermeister. Die Umwandlung von Volkshochschulen in eigenständige Rechtsformen ist zu dieser Zeit Teil eines breiteren Trends in der Erwachsenenbildung in Deutschland.

1994 – Das Wiesnwirte-Ehepaar Weinfurtner verkauft das Hippodrom

München-Theresienwiese * Das Hippodrom-Wiesnwirte-Ehepaar Marianne und Anton Weinfurtner wird wegen Steuerhinterziehung inhaftiert. Aus der Zelle heraus verkaufen sie ihr Wirtezelt an die Vinzenzmurr-Erbin Evi Brandl. Fünf Tage später, kaum dass die Tinte unter dem Vertrag trocken ist, steht auch die „Wurstkönigin" Evi Brandl unter dem Verdacht des Steuerbetrugs. Sie muss die Geschäftsführung Anton Fichtel überlassen und 500.000 Mark Bußgeld bezahlen.

September 1995 – Sepp Krätz übernimmt das Hippodrom auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Sepp Krätz, der Wirt der Waldwirtschaft in Großhesselohe, übernimmt das Hippodrom auf dem Oktoberfest. Krätz‘ Wiesn-Festzelt hatte keinen Ruf mehr zu verlieren - höchstens einen schlechten. Selbst der damalige Kreisverwaltungsreferent Hans-Peter Uhl stellte fest, dass dort „1000 Jahre Zuchthaus vereint und Zuhälter ein- und ausgegangen“ sind. Sepp Krätz muss - auch im Sinne der Stadtverwaltung - für Ordnung sorgen. Er macht das, indem er seine Wachleute mit Dobermännern und Feuerlöschern auf eine randalierende

Meute losgehen lässt, die betrunken Einlass ins Zelt begehrt. Das aber führt erstmals zu einer Auseinandersetzung mit Oberbürgermeister Christian Ude. Der frisch gekürte Wiesnwirt führt in seinem Wirtezelt ein neues Reservierungs-System ein: Gäste, die mit einer Reservierung ins Zelt kommen, erhalten ein grünes Bändchen um den Arm, mit dem der Wiedereinlass garantiert ist, wenn sie mal das Zelt verlassen. Und dann gibt es noch die goldenen Armbändchen, die zu jeder Zeit den Gang ins Hippodrom sicherstellen. Es entzündet sich eine große Aufregung um diese „Drei-Klassen-Wiesn“. Sepp Krätz ist auch der erste Wiesnwirt, der in seinem Zelt eine Band statt einer Blaskapelle auftreten lässt. Und er ist einer der ersten, der dem ewigen Hendl-Schweinswürstl-Leberkäs eine hochwertige Küche entgegensetzt.

1996 – Das Zentral-Landwirtschaftsfest findet im 4-Jahres-Turnus statt

München-Theresienwiese * Das Zentral-Landwirtschaftsfest findet im 4-Jahres-Turnus statt.

1. Februar 1996 – Rudolph Moshammer zieht sich vom Projekt Valentin-Geburtshaus zurück

München-Au * Der Modeschöpfer Rudolph Moshammer zieht sich - völlig frustriert und regelrecht verbittert sowie unter einem Wust von Vorwürfen gegenüber der Landeshauptstadt München - von dem Projekt Karl-Valentin-Geburtshaus in der Zeppelinstraße 41 zurück. Den Bezirksausschussvorsitzenden Hermann Wilhelm bezeichnet er in diesem Zusammenhang als „Vereinsmeier ohne Durchblick“. Er selbst empfindet sich als ein „Opfer von Zauderern“ im Planungsreferat. Der Herrenschneider wörtlich: „Das ganze Land befindet sich in der schwersten wirtschaftlichen Krise, seit seinem Bestehen. Eine Krise, die sich in Zukunft nur noch verschlimmern wird.“ Und weiter: „Angesichts einer solchen Zukunft dürfte man eigentlich gar nichts mehr investieren.“   Zuvor war in mehreren Anträgen des Bezirksausschusses und verschiedenen Bürgerversammlungen gefordert worden, die Verhandlungen mit dem Münchner Modezaren wegen „offensichtlichem Desinteresse“ einzustellen. Die bereits im Herbst 1993 eingereichte Bewerbung des Nachbarn Klaus Schmidt wird an den Planungsausschuss weitergeleitet.

1. April 1996 – Münchens Städtepartnerschaft mit Harare

Harare - München * Die in Simbabwe gelegene Stadt Harare geht eine Städtepartnerschaft mit München ein.

1997 – Das Kraftwerk Süd wird aus wirtschaftlichen Gründen abgestellt

München-Thalkirchen * Das Kraftwerk Süd wird aus wirtschaftlichen Gründen abgestellt.

24. Februar 1997 – In der Rathaus-Galerie wird die Wehrmachtsausstellung eröffnet

München-Graggenau * In der Rathaus-Galerie wird die Wehrmachtsausstellung eröffnet. 90.000 Münchnerinnen und Münchner werden die Ausstellung besuchen. Peter Gauweiler, der Münchner CSU-Vorsitzende, verschickt an alle Münchner Haushalte einen Brief, in dem er schreibt: „Den Ausstellern wird vorgeworfen, dass sie deutsche Soldaten [...] generell herabwürdigen und faktisch auf eine Stufe mit Kriegsverbrechern stellen. [...] Eine pauschale Verurteilung ist ein Schlag von Millionen Familien, die im Krieg ihren Vater, Bruder, Sohn oder Ehemann verloren haben und eine späte absichtsvolle Demütigung zahlloser Männer, die ehrenhaft gekämpft hatten.“ Statt an der Eröffnungsfeier der Wehrmachtsausstellung teilzunehmen, legt Peter Gauweiler mit Gleichgesinnten am Grabmal des Unbekannten Soldaten im Hofgarten einen Kranz nieder.

April 1997 – Der Bordeauxplatz wird grundsaniert

München-Haidhausen * Der Zustand des Brunnens am Bordeauxplatz ist ein so erbärmlicher, dass das Becken abgebrochen und völlig neu aufgebaut werden muss. Da das Becken in seiner Entstehungszeit „in den Dreck gebaut” worden ist, versickern von den 15.000 Kubikmetern Wasser, die pro Saison hier verbraucht werden, gut die Hälfte im Erdreich. Ein Riss geht durch den Rehbock, dem zudem sein Geweih abhanden gekommen ist. Damit der Bordeauxplatz seine auf alten Fotos verbürgte Ursprünglichkeit zurückgewinnt, beginnt man mit umfangreichen Umbauarbeiten. Die Grundstruktur des Platzes konnte über die Jahrzehnte im Wesentlichen erhalten werden. Nur die Wege waren breiter geworden und betongepflastert. Sie sollen wieder zu schmalen Sandwegen umgestaltet werden. Die Parkbänke waren nach innen gerückt, weg vom Straßenverkehr, dafür aber mit dem Rücken zu den Flaneuren. Auch sie sollten wieder an ihren ursprünglichen Platz rücken. Daneben muss der nach über 120 Jahren lückenhaft gewordene Baumbestand erneuert werden, wobei die ersten Ulmen schon seit dem Jahr 1989 einer Abholzaktion zum Opfer fielen, da die weltweit auftretenden Fäulnisbakterien auch vor diesem historischen Ensemble keinen Respekt hatten. Als Ersatz pflanzte man zunächst einreihig Linden nach, „damit der Platz nicht allzu stark unter dem Schattendruck leidet“. Spätestens seit der Entdeckung des Ozonlochs weiß man den Schatten wieder zu schätzen, weshalb die Linden aus den 1990er Jahren zusammen mit den neuen Bäumen eine

doppelreihige Allee rings um den Platz ergeben haben. Der neu geschaffene Spielplatz entspricht zwar nicht dem ursprünglichen Erscheinungsbild - aber dem Bedürfnis der Eltern.

9. Dezember 1997 – Richtfest am Technischen Rathaus an der Friedensstraße

München-Berg am Laim * Das Technische Rathaus an der Friedensstraße 40 kann sein Richtfest feiern. Dabei sagt Baureferent Horst Haffner: „Es entsteht kein protziger Verwaltungsbau, aber auch kein trauriger Behördensilo.“ Neben den 1.162 Büros, in denen rund 1.800 Beschäftigte arbeiten, befinden sich ein Kindergarten, eine Krippe, eine Kantine und eine Cafeteria. Auf dem Dach des 63 Meter hohen Turms wird ein Rotor mit einem Durchmesser von zwölf Metern angebracht. Er hat ein Gewicht von sechs Tonnen und erzeugt eine elektrische Energie von vierzig Kilowatt. Das Windrad kommuniziert mit einer sich drehenden Landschaft im Innenhof des Technischen Rathauses. In einer Stunde eine Runde. Das Windrad entsteht als Kunst am Bau und im öffentlichen Raum. Auch dazu wird ein internationaler Wettbewerb ausgelobt. Fünfzehn renommierte Künstler haben ihre Vorschläge eingereicht. Den Zuschlag hat der Entwurf des Studios Vito Acconci aus New York erhalten.

1998 – Das Abfallkonzept räumt der Verwertung wertvoller Stoffe Vorrang ein

München * Das neue Abfallkonzept räumt der Verwertung wertvoller Stoffe Vorrang ein. Zur Durchsetzung dieser Ziele wird bis September 1989 das Amt für Abfallwirtschaft eingerichtet.

1999 – Das Amt für Abfallwirtschaft zieht zum Georg-Brauchle-Ring um

München * Das Amt für Abfallwirtschaft, die Zentrale der städtischen Abfallentsorgung, zieht zum Georg-Brauchle-Ring um.

1999 – Horst Teltschik wird Vorsitzender der Sicherheitskonferenz

München-Kreuzviertel * Der Wirtschaftsmanager und Politiker Horst Teltschik (CDU) übernimmt von Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin den Vorsitz der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK).

2000 – Die Templer haben das Anwesen an der Birkenleiten 35 gekauft

München-Untergiesing * Inzwischen hat die Templer-Ordensgemeinschaft das Anwesen an der Birkenleiten 35 gekauft. Das im Glockenturm befindliche Geläute besitzt einundzwanzig Glocken und ist damit eines der größten im süddeutschen Raum.

Juni 2000 – Die Karl-Peters-Straße wird in Ida-Pfeiffer-Straße umbenannt

München-Graggenau - München-Zamdorf * Die Karl-Peters-Straße wird auf Antrag des Bezirksausschusses Bogenhausen in Ida-Pfeiffer-Straße umbenannt. Karl Peters gründete 1884 die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ und schloss in Ostafrika Verträge mit lokalen Herrschern, die dem Deutschen Reich als Grundlage für koloniale Ansprüche dienten. Dadurch entstand die Kolonie Deutsch-Ostafrika. Er war zeitweise Reichskommissar des Gebiets. Sein brutales Vorgehen gegen die einheimische Bevölkerung brachte ihm den Beinamen „Hänge-Peters“ ein. 1897 wurde er wegen Amtsmissbrauchs aus dem Kolonialdienst entlassen.

2001 – Das Künstlerhaus in der Verantwortung einer Stiftung

München-Kreuzviertel * Seit 2001 befindet sich das Münchner Künstlerhaus im Besitz einer Stiftung. Sie trägt den Betrieb und den Erhalt des denkmalgeschützten Hauses ohne öffentliche Zuschüsse. Mit seinen Restaurants, dem historischen Festsaal sowie den Club- und Veranstaltungsräumen verfügt das Künstlerhaus zwar über eine außergewöhnliche Immobilie in zentraler Münchner Lage. Gleichzeitig stellen hohe Verbindlichkeiten sowie erhebliche Kosten für Instandhaltung, Personal und den Kulturbetrieb die Stiftung vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

2002 – Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH - MVG zieht nach Moosach

München-Haidhausen - München-Moosach * Die ehemalige Direktion der Münchner Verkehrsbetriebe, die spätere Münchner Verkehrsgesellschaft mbH - MVG, residiert in den Räumen der Einsteinstraße 28 von 1927 bis zu ihrem Umzug nach Moosach in den Jahren 2002/03. Danach steht der Gebäudekomplex leer.

Januar 2002 – Der Abfallwirtschaftsbetrieb München als städtischer Eigenbetrieb

München * Das Amt für Abfallwirtschaft wird ein städtischer Eigenbetrieb und heißt jetzt

Abfallwirtschaftsbetrieb München.

2003 – Die ehemaligen Wiesnwirte Weinfurtner stehen erneut vor Gericht

München-Theresienwiese * Die ehemaligen Wiesnwirte Marianne und Anton Weinfurtner stehen erneut wegen Steuerhinterziehung vor Gericht. Das Landgericht München I geht von einem Schaden von 1,5 Millionen Euro für den Fiskus aus. Marianne Weinfurtner, die das Gericht für die treibende Kraft hält, wird wegen vier und ihr Mann Anton wegen drei Fällen der „Umsatzsteuerverkürzung“ schuldig gesprochen. Ins Strafmaß einbezogen wird eine Verurteilung der Eheleute zu je zwei Jahren mit Bewährung aus dem Jahr 2001. Das Urteil ist bereits rechtskräftig. Anton Weinfurtner und seine am Unternehmen beteiligte Ehefrau und Buchhalterin haben laut dem früheren Urteil den „Fiskus getäuscht, wo immer sich Gelegenheit bot“. Frau Weinfurtner wird zu viereinhalb Jahren, Herr Weinfurtner zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.

April 2003 – Das Wirtschaftsreferat will das Deutsche Theater schließen

München-Ludwigsvorstadt * Die Untersuchungsergebnisse zum Deutschen Theater werden den Stadträten vorgelegt. Das Wirtschaftsreferat berechnet die Kosten für die notwendige Sanierung mit 138 Millionen Euro und empfiehlt aufgrund der „unfinanzierbaren Kosten“, das Theater zu schließen. Innerhalb kürzester Zeit werden 60.000 Unterschriften zum Erhalt des Deutschen Theaters gesammelt. Auch Oberbürgermeister Christian Ude will das Deutsche Theater dicht machen, doch das Theater und seine Freunde kämpfen dagegen, schlagen günstigere Alternativen vor, auch einen Neubau. Doch der kommt aus rechtlichen Gründen nicht in Frage.

1. Juni 2003 – Die Ladenöffnungszeiten werden nochmals verlängert

München * Die Ladenöffnungszeiten werden nochmals verlängert. Auch an Samstagen können Geschäfte nun bis 20.00 Uhr öffnen. Die Gesamtstundenzahl der Ladenöffnungszeiten pro Woche hat sich damit seit dem 28. November 1956 von 63,5 auf 84 Stunden erhöht.

15. Juli 2003 – Umwidmung der Klugstraße gefordert

München-Neuhausen * Die Geschichtswerkstatt Neuhausen stellt beim Bezirksausschuss den

Antrag auf Umwidmung der Klugstraße. Als würdiger Namensgeber der Straße wird der Physiker Joseph Klug (1862 - 1925) vorgeschlagen, der vor allem durch seine Publikationen über Galilei bekannt geworden ist, nachdem er zuvor namhafte Arbeiten zur physikalischen Chemie beigesteuert hat. Der Bezirksausschuss nimmt den Antrag einstimmig an. Das in München für Straßenbenennungen zuständige Vermessungsamt lehnt - aufgrund eines Prüfberichts des Stadtarchivs - die Umwidmung ab, da „die gegen Klug erhobenen Vorwürfe rückblickend und im damaligen politischen Kontext betrachtet, nicht so gewichtig erscheinen, dass man die nach ihm benannte Straße zwingend umwidmen müsste“.

2004 – Jannik Inselkammer wird Gesellschafter der Augustiner-Brauerei

München-Ludwigsvorstadt • Jannik Inselkammer wird geschäftsführender Gesellschafter der Augustiner-Brauerei.

2005 – Wiesn-Schläger wegen versuchtem Mord zu 12 Jahren Haft verurteilt

München * Ein Münchner Gericht verurteilt erstmals einen mit einem Masskrug bewaffneten Wiesn-Schläger wegen versuchten Mordes zu 12 Jahren Haft.

25. April 2005 – Maximilian Joseph Graf von Montgelas bekommt ein Denkmal

München-Kreuzviertel * Mit den Worten: „Heute erfüllt sich ein lang gehegtes Anliegen: Der Freistaat Bayern ehrt den großen Staatsmann Minister Maximilian Joseph Graf von Montgelas mit der Aufstellung eines Denkmals am Promenadeplatz“, übergibt Finanzminister Kurt Faltlhauser das Denkmal der Öffentlichkeit. Die fast zehn Tonnen schwere und 6,20 Meter hohe Skulptur wurde - nach einem Wettbewerb - von der Berliner Künstlerin und Kunstprofessorin Karin Sander geschaffen. Sie ließ dazu Montgelas-Büsten und Gemälde fotografieren und einscannen. Mit den gesammelten Daten errechnete der Computer ein dreidimensionales Bild. Auf dieser Datenbasis entwickelte die Künstlerin und der Engineering-Dienstleister Bertrandt AG das tragende Stahlgerüst der aus fünfzehn Segmenten bestehenden Aluminiumfigur. Die einzelnen Teile wurden aus viereckigen Rohlingen mit einem Gesamtgewicht von dreißig Tonnen auf Fünf-Achs-Hochgeschwindigkeitsfräsen ausgefräst. Die acht Tonnen schwere Figur wird von einem eineinhalb Tonnen schweren Stahlgerüst getragen. Die Verbindungstechnik im Inneren der Skulptur wiegt weitere 500 Kilo. Damit das Montgelas-Denkmal richtig wirkt, muss man es aus einiger Entfernung betrachten, erst dann kann man den Dargestellten eindeutig identifizieren. Je

näher man der Statue kommt, desto mehr löst sie sich - bedingt durch die Oberflächenstruktur - auf und wird abstrakt. Dieses Abstandhalten zu dieser geschichtsträchtigen Persönlichkeit war ein Anliegen der Künstlerin. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Höhe der Skulptur. Dabei ist sie mit ihren 6,20 Metern exakt genauso hoch wie das daneben stehende Orlando-di-Lasso-Denkmal. Allerdings mit dem Unterschied, dass der Aluminium-Montgelas nicht auf einem Sockel, sondern in der Wiese steht. Und das ist angemessen, da in einer demokratischen Gesellschaft niemand mehr idealisiert dargestellt und auf einem Sockel aufgestellt werden darf und damit für den normalen Bürger unerreichbar wird. Und ein Reformer, der noch dazu mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität steht, kann, wenn schon unbedingt ein persönliches Denkmal Aufstellung finden muss, durchaus angemessen sein.
Gleichzeitig mit der Aufstellung des Montgelas-Denkmals wird sang- und klanglos die Gedenktafel für Bayerns ersten demokratischen Ministerpräsidenten, Kurt Eisner, mit der Begründung entfernt, dass ja in angemessenem Abstand und an authentischer Stelle seit dem Jahr 1989 eine Bodenplatte angebracht worden ist. Die Eisner-Gedenkplatte wird im Depot des Münchner Stadtmuseums abgestellt.

7. September 2005 – Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet das Bier & Oktoberfestmuseum

München-Angerviertel * Das Bier & Oktoberfestmuseum wird im ältesten noch erhaltenen Bürgerhaus Münchens, in der Sterneckerstraße 2, durch Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet. Den finanziellen Grundstock für die Ausstellung hat der inzwischen verstorbene Wiesnwirt und langjährige Sprecher der Wiesnwirte und Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes Xaver Heilmannseder gelegt, nachdem er dem Verein Münchner Oktoberfestmuseum eine großzügige Erbschaft hinterlassen hat. Einige der in den 1980er-Jahren geschlossenen Deutschen Brauereimuseum e.V. finden sich nun im Bier & Oktoberfestmuseum wieder.

26. September 2005 – Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesn-Attentat

München - Berlin - Wiesbaden * Am 25. Jahrestag des Wiesn-Attentats bringen mehrere Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen, darunter mehrere Münchner Stadträte sowie Landes- und Bundespolitiker der SPD, im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens ein. Der Antrag findet keine politische Mehrheit und wird vom Bundeskriminalamt - BKA abschlägig beschieden.

Oktober 2005 – Die Residenzpost wird an eine Bietergesellschaft verkauft

München-Graggenau * Eine Bietergemeinschaft bestehend aus der Accumulata Immobilien Development und der LBBW-Immobilien, einer Tochter der Landesbank Baden-Württemberg, erwirbt die ehemalige Residenzpost. Die beiden Firmen haben ambitionierte Pläne für das Gebäude und wollen auf dem rund 4.300 Quadratmeter großen Grundstück ein Luxushotel der Extraklasse entstehen lassen, mit 160 bis 190 Zimmer, passend zur exklusiven Lage. 300 bis 390 Millionen Euro soll das Projekt kosten. Im Gebäude können neben den Hotelzimmern und Suiten, Konferenzräume, ein Ballsaal, ein Wellnessbereich und edle Boutiquen Platz finden. Während die Verhandlungen mit möglichen Investoren geführt werden, beantragen die Eigentümer eine alternative Nutzung. Diese ist ein Mix aus Gastronomie und Geschäften. So findet sich hier die Diskothek „8seasons“, der Feinkosthändler Käfer, das Café L'Opera und andere mehr, darunter auch der Schuhhersteller „Ed. Meier“.

2006 – Die Garagenbrauer im „Giesinger Bierlaboratorium“ machen Ernst

München-Untergiesing * Die Garagenbrauer im „Giesinger Bierlaboratorium“ in der Birkenau 5 machen aus einem Hobby ihren Beruf. Sie beginnen mit einer 100-Hektoliter-Anlage. Die Brauanlage besteht im Wesentlichen aus einer umgebauten Doppelgarage, einem Gärkeller und einem darunterliegenden Lagerkeller.

2006 – Maja Grassinger übernimmt die Präsidentschaft

München-Kreuzviertel * Peter Grassinger, Gründer der Stiftung Münchner Künstlerhaus, beendet seine Präsidentschaft. Anschließend übernimmt Maja Grassinger dieses Amt.

9. November 2006 – Einweihung der neuen Hauptsynagoge Ohel Jakob

München-Angerviertel * Am 9. November 2006 wird die neue Hauptsynagoge Ohel Jakob im Jüdischen Zentrum am St.-Jakobs-Platz feierlich eingeweiht. Mit ihr kehrt der Name „Ohel Jakob“ nach München zurück, den bereits die 1938 zerstörte orthodoxe Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße getragen hatte. Wenig später wird auch das unmittelbar angrenzende Gemeindehaus eröffnet, das heute Sitz der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern ist. Das neue Jüdische Zentrum mit Hauptsynagoge, Gemeindehaus, Jüdischem Museum und Kulturzentrum markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Lebens

in München. Erstmals seit der nationalsozialistischen Verfolgung erhält die jüdische Gemeinde wieder ein sichtbares und repräsentatives Zentrum im Herzen der Stadt. Ein unterirdischer „Gang der Erinnerung“ verbindet Synagoge und Gemeindehaus und erinnert an die rund 4.500 Münchner Jüdinnen und Juden, die zwischen 1933 und 1945 Opfer des Nationalsozialismus wurden. Mit dem Jüdischen Zentrum entsteht zugleich ein Ort religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Die Israelitische Kultusgemeinde verfügt heute über zahlreiche Einrichtungen, darunter Synagogen, rituelle Tauchbäder, Bildungs- und Kultureinrichtungen, soziale Dienste sowie jüdische Friedhöfe. Als Einheitsgemeinde vereint sie Mitglieder unterschiedlicher religiöser Prägungen und bildet das Zentrum des jüdischen Lebens in München und Oberbayern.

17. November 2006 – Das Land Berlin kippt den Ladenschluss an Werktagen komplett

Berlin * Als erstes Bundesland kippt Berlin den Ladenschluss an Werktagen komplett. Geschäfte können von Montag bis Samstag rund um die Uhr öffnen. Zudem dürfen die Läden auch an den Adventssonntagen und bis zu sechs weiteren Sonntagen öffnen. Das benachbarte Brandenburg, aber auch andere Bundesländer ziehen nach.

2007 – Kunst in der ehemaligen Straßenbahn-Direktion

2007: München-Haidhausen * In die Räume des ehemaligen Trambahndepots in der Einsteinstraße 28 werden für das Haidhauser Künstlerprojekt „OBACHT!“ einige Tage lang genutzt. Daraus entsteht die Idee, die Räume des Hauses nicht nur für eine vorübergehende Ausstellung, sondern für Künstler-Ateliers einzurichten. Ebenso schnell finden sich einige Kunstschaffende, die in den noch brauchbaren Zimmern ohne Heizung und Wasser ihre Künstlerwerkstätten einrichten. So gründet sich das 19-köpfige „Künstlerkollektiv 1Stein28“. Einige Bürogemeinschaften, aber auch Start-up-Unternehmen kommen schließlich noch hinzu.

2007 – Der Ältestenrat lehnt das Trümmerfrauen-Denkmal ab

München-Graggenau * Der Ältestenrat beschäftigt sich abschließend mit der Erstellung eines Trümmerfrauen-Denkmals und befindet, dass es den Begriff der Trümmerfrauen in München nie gegeben hat. Einzig die CSU äußert sich positiv zum neuen Denkmal. Fraktionschef und Oberbürgermeisterkandidat Josef Schmid sieht die Argumente gegen ein Denkmal als nicht schwerwiegend genug an: „Natürlich wollen wir keine Nationalsozialisten ehren“, so Schmid.

„Doch es gibt keine Kollektivschuld des deutschen Volkes, und die Aufbauarbeit der Zivilbevölkerung muss gewürdigt werden“.

2008 – Wolfgang Ischinger übernimmt den Vorsitz der Sicherheitskonferenz

München-Kreuzviertel * Umbenennung der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK) in Münchner Sicherheitskonferenz * Munich Security Conference (MSC). Der Botschafter Wolfgang Ischinger übernimmt von Horst Teltschik den Vorsitz der Münchner Sicherheitskonferenz.

2009 – Die Josef Bernbacher & Sohn GmbH & Co KG

München-Au * Die Josef Bernbacher & Sohn GmbH & Co KG ist einer der größten Nudelhersteller in Deutschland. 30.000 Tonnen Nudeln werden pro Jahr in der Fabrik am Tassiloplatz hergestellt. Rund 50 Millionen Umsatz Euro macht die Firma. Die Wirtschaftskrise hat dem Unternehmen, das 130 Mitarbeiter hat, nicht geschadet. Im Gegenteil: „Viele, die sich nicht mehr so oft Fleisch leisten wollen, essen jetzt öfters mal Nudeln“. Mehr als Dreiviertel der Produktion wird in Bayern verkauft. Diese Beschränkung auf den regionalen Markt ist eines der Erfolgsrezepte von Bernbacher.

19. Januar 2009 – Frist für die Nährwertprofile läuft ab

Brüssel * Bis zu diesem Tag soll die Europäische Kommission nach dem Willen des EU-Gesetzgebers sogenannte Nährwertprofile festlegen. Sie sollen bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Lebensmittel mit gesundheits- oder nährwertbezogenen Aussagen beworben werden dürfen. Grundlage dafür sind wissenschaftliche Empfehlungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zu Fett-, Zucker- und Salzgehalten. Die geplanten Grenzwerte würden grundsätzlich auch für Brezen gelten – allerdings nicht für deren Herstellung oder Verkauf, sondern ausschließlich für ihre Werbung. Würde ein Bäcker seine Brezen beispielsweise als „gesund“ oder mit vergleichbaren gesundheitsbezogenen Aussagen anpreisen, müsste das Produkt die festgelegten Nährwertprofile erfüllen. Da Brot und Brezen in der Regel ohnehin nicht mit Gesundheitsversprechen beworben werden, hätte sich für ihren Verkauf und ihre Rezeptur praktisch nichts geändert. Die Nährwertprofile werden jedoch trotz der gesetzlichen Frist nicht eingeführt – und fehlen bis heute.

Februar 2009 – Keine Investoren für das Luxushotel in der ehemaligen Residenzpost

München-Graggenau * Weil sich für das angestrebte Luxushotel in der ehemaligen Residenzpost zwar namhafte Betreiber, aber immer noch keine Investoren haben finden lassen, entscheiden sich die Accumulata Immobilien Development und die LBBW Immobilien für einen zweiten Weg, auch wenn noch weitere Gespräche in Richtung Luxushotel der Extraklasse geführt werden. Die Eigentümer haben in der Zwischenzeit einen „Bauantrag“ eingereicht, der Wohnungen, Büros, Geschäfte und schicke Bars vorsieht. Einfach der berühmte „Münchner Mix“, der immer dann entsteht, wenn eine teuere Immobilie in bester Lage auf den Markt kommt.

8. Juni 2009 – Die Nährwertprofile verschwinden in der Schublade

Brüssel * Nach der Europawahl verfolgt die Europäische Kommission die Einführung der gesetzlich vorgesehenen Nährwertprofile nicht weiter. Der Widerstand aus Teilen der Politik sowie der Lebensmittelwirtschaft ist groß. Insbesondere die geplanten Grenzwerte für traditionelle Lebensmittel wie Brot sorgen für anhaltende Kontroversen. Die ursprünglich bis Januar 2009 angekündigten Nährwertprofile werden deshalb nie verabschiedet. Damit entfällt auch die vorgesehene Einschränkung, gesundheits- und nährwertbezogene Werbeaussagen an die Gesamtzusammensetzung eines Lebensmittels zu knüpfen. Hersteller können daher – sofern die jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind – weiterhin mit einzelnen Aussagen wie „ballaststoffreich“ oder „reich an Vitamin C“ werben, auch wenn ein Produkt insgesamt viel Zucker, Fett oder Salz enthält. Die Nährwertprofile, die die Europäische Union bereits 2006 beschlossen hatte, sind bis heute nicht eingeführt.

19. September 2009 – Betriebsvorschrift des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Tourismusamt

München-Theresienwiese * Im § 53 der Betriebsvorschrift des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Tourismusamt Abt. Veranstaltungen heißt es Thema Bierausschank: „Das Oktoberfest ist das traditionelle Münchner Volksfest mit Münchner Gastlichkeit und Münchner Bier. Diese Tradition gilt es weiter zu wahren. An Wiesnbesucher darf deshalb nur Münchner Bier der leistungsfähigen und bewährten Münchner Traditionsbrauereien (das sind derzeit: Augustinerbrauerei, Hacker-Pschorr-Brauerei, Löwenbrauerei, Paulanerbrauerei, Spatenbrauerei und Staatliches Hofbräuhaus), das den Münchner Reinheitsgebot von 1487 und dem Deutschen Reinheitsgebot von 1906 entspricht, ausgeschenkt werden. Das Festbier darf nur in Maßkrügen (1,0 l Gefäßen) und das Weißbier in 0,5 l Gefäßen (Weißbierglas) ausgeschenkt werden“.

1. Dezember 2009 – Öffnung der Adventsonntage der Einzelhandelsgeschäfte verboten

Karlsruhe * Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe untersagt die Freigabe der Adventsonntage zur Öffnung der Einzelhandelsgeschäfte in Berlin. „Die 2006 getroffene Regelung verletzt das Recht der Kirchen auf Religionsfreiheit“, heißt es in der Urteilsbegründung.

18. September 2010 – Der Probebetrieb für die neue Bier-Ringleitung beginnt

München-Theresienwiese * Der Probebetrieb für die neue Bier-Ringleitung im Winzerer-Fähndl-Festzelt beginnt. Gleichzeitig mit den Fundamenten für das neue Zelt wurde auch die unterirdische Bierleitung gelegt. Die Anlage ist 300 Meter lang und verläuft in einem großen Quadrat gut einen Meter unter dem Zeltboden. Wenn die Leitung gefüllt ist, befinden sich insgesamt 2.400 Liter Bier darin. Die Fließgeschwindigkeit ist minimal, damit kein Schaum entsteht. Es gibt nur eine einzige Einfüllstelle an der nordöstlichen Ecke des Rohrquadrats. Die neuen Behälter für die Zentralversorgung lassen sich in einer Stunde auffüllen. Der Weg des Bieres ist eine Wissenschaft für sich. Er beginnt in der Paulaner Brauerei, wo es bei minus ein Grad in Tankwagen gefüllt wird. Mit etwa null Grad kommt es am Winzerer-Fähndl-Festzelt an, wo es in die drei Riesentanks mit je 28.000 Liter gefüllt wird. Dort kann der Gerstensaft noch zwei oder drei Grad wärmer werden, bevor er in die unterirdische Leitung fließt. Die Rohre haben einen Durchmesser von 10 Zentimeter für den Bier-Durchfluss, umschlossen von einer 20 Zentimeter dicken Dämmung. Die letzten vier bis sechs Meter zur Schenke kommt noch ein zusätzlicher Durchlaufkühler hinzu, damit der Gast seine Mass Bier mit einer anständigen Temperatur von sechs bis sieben Grad bekommt.

18. September 2010 – Sepp Krätz wird mit groben Fußtritten handgreiflich

München-Theresienwiese * Sepp Krätz wird auf der Wiesn gegenüber eine im Hippodrom beschäftigte Reinigungskaft mit groben Fußtritten handgreiflich. Den Strafbefehl über 18.000 € akzeptiert er. Das Hippodrom überlässt ihm die Stadt aber nur mehr auf Bewährung.

22. März 2012 – Reinhard Marx wird zum Präsidenten der EU-Bischofskonferenzen gewählt

St. Gallen * Kardinal Reinhard Marx wird zum Präsidenten der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft - COMECE gewählt.

8. Mai 2012 – Vergabe der Konzessionen für die Wiesn 2012

München-Graggenau * Der Wirtschaftsausschuss des Stadtrats entscheidet über die Vergabe der Konzessionen für die Wiesn 2012. Wiesnwirt Sepp Krätz kann vorerst das Hippodrom weiterbetreiben. Der Grund: Die Staatsanwaltschaft braucht noch Zeit, um die Ermittlungen in Sachen Steuerhinterziehung abzuschließen. Diese haben im Herbst 2011 begonnen. Krätz soll in seinem Andechser am Dom Personalabgaben nicht korrekt abgeführt haben. Insgesamt werden drei Durchsuchungen von der Steuerfahndung durchgeführt.

Die Stadt hat ihn 2011 bereits abgemahnt, weil er im Hippodrom Angestellte geschlagen hat. Wegen dieses Vorfalls ist er mit einem Strafbefehl über 18.000 € belegt worden, den er letztlich akzeptiert hat.

29. August 2012 – Die Aufbauarbeiten der Hochfahrgeschäfte beginnen

München-Theresienwiese * Die Aufbauarbeiten der Hochfahrgeschäfte auf der Theresienwiese beginnen.

22. September 2012 – Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet das 179. Oktoberfest

München-Theresienwiese • Mit dem traditionellen Anzapfen des ersten Fasses im Schottenhamel-Festzelt durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München wird das 179. Oktoberfest eröffnet. Gewohnt souverän treibt Christian Ude den Wechsel mit zwei kräftigen Schlägen in das Holzfass. Erst mit dem Ausruf „O'zapft is'!" des Bürgermeisters darf auch in den anderen Zelten Bier ausgeschenkt werden. Dies erledigt Christian Ude beim 17. Einsatz als Anzapfer ohne Probleme. Wie gewohnt fügt er hinzu: „Auf eine friedliche Wiesn!". Die erste Mass geht direkt an Horst Seehofer in seiner Funktion als Bayerischer Ministerpräsident. Gleichzeitig beginnt das 125. Bayerische Zentral-Landwirtschaftsfest. Es wird vom Ministerpräsidenten Horst Seehofer eröffnet und dauert bis zum 30. September.

6. Dezember 2012 – Baubeginn für den Giesinger Bräu in der Martin-Luther-Straße 2

München-Obergiesing * Mit dem ersten Spatenstich beginnt der Ausbau des neuen Braubetriebs für den Giesinger Bräu in der Martin-Luther-Straße 2, direkt gegenüber der Heilig-Kreuz-Kirche. Obwohl der Giesinger Bräu sein Bier nur regional vertreibt, ist die Nachfrage ist in den letzten drei Jahren kontinuierlich gestiegen. Damit ist das Produktionsvolumen in der Birkenau 5 vollständig

ausgeschöpft. Außerdem gibt es keine Anfahrtsmöglichkeiten für die Kunden, die das Bier meist direkt in der Brauerei kaufen. Auch die Lkw, die das Malz liefern, tun sich beim Rangieren in dem Wohngebiet schwer. Deshalb haben sich die Brauer um ihren Geschäftsführer Steffen Marx für den Umzug entschieden.

17. Juli 2013 – Die Finanzierung des Bayreuther Festspielhauses steht

Bayreuth * Die Finanzierung des Bayreuther Festspielhauses steht. Für den ersten Bauabschnitt, bei dem es nur um das Festspielhaus - ohne Nebengebäude und Proberäume - geht, werden 30 Millionen Euro benötigt. Der Bund und der Freistaat zählen jeweils 10 Millionen, das letzte Drittel kommt von der Stadt Bayreuth, dem Bezirk Oberfranken und der Gesellschaft der Freunde von Bayreuth. Die Bauarbeiten sollen insgesamt zehn Jahre andauern.

21. Juli 2013 – Eine Gedenktafel für die Widerstandsgruppe Weiße Rose angebracht

München-Haidhausen * Auf dem Gelände des Ostbahnhofs wird eine Gedenktafel auf Privatgrund für die Widerstandsgruppe Weiße Rose angebracht. Zehn Jahre hat der Kampf zwischen den Stadtteilpolitikern und einem Politikwissenschaftler und der Landeshauptstadt angedauert.

September 2013 – Das Trümmerfrauen-Denkmal wird eingeweiht

München-Graggenau * Das „Trümmerfrauen-Denkmal“ am Marstallplatz wird vom Münchner CSU-Vorsitzenden Ludwig Spaenle und kirchlichen Würdenträgern eingeweiht.

6. Oktober 2013 – Ein unergründliches Geheimnis: Die Einkünfte der Wiesnwirte

München * Ein unergründliches Geheimnis sind die Einkünfte der Wiesnwirte. Im Steuerhinterziehungsprozess gegen Sepp Krätz wird bekannt, dass das Hippodrom vor Steuern 3,1 Millionen Euro erwirtschaftet hat.

15. November 2013 – Klageerhebung gegen den Wiesnwirt Sepp Krätz

München * Die Staatsanwaltschaft erhebt Klage beim Landgericht München wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung gegen den Wiesnwirt Sepp Krätz. Ihm wird vorgeworfen, in seinem Oktoberfestzelt „Hippodrom“ und im „Andechser am Dom“ mit illegalen Tricks Steuern „gespart“ zu haben. Mit der Anklage wird die Zulassung des Wirts auf der Wiesn gefährdet.

4. Dezember 2013 – Kritik am Gedenkstein für die Trümmerfrauen

München-Graggenau * Die GRÜNEN-Landtagsabgeordneten Katharina Schulze und Sepp Dürr stülpen über den im Mai aufgestellten „Gedenkstein für die Trümmerfrauen und die Aufbaugeneration" am Marstallplatz einen brauen Sack. Dieser trägt die Aufschrift: „Den richtigen ein Denkmal. Nicht den Alt-Nazis. Gegen Spaenles Geschichtsklitterung.“ Die Begründung: Er vermittelt „ein falsches Bild von den Aufräumarbeiten in der Stadt. Mehr als 90 Prozent der Männer und Frauen, die später zu Trümmerfrauen stilisiert wurden, waren zwangsverpflichtete Alt-Nazis, die um ihre Essensmarken bangten“.

31. Dezember 2013 – Arabische Touristen lassen viel Geld in München

München * 526.000 Mal haben arabische Touristen in Münchner Hotels übernachtet. Das ist eine Steigerung von 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Vermögende Großfamilien reservieren ganze Etagen teurer Luxushotels. Die zahlungskräftigen Münchenbesucher machen nicht nur Urlaub, sondern auch Geschäfte und lassen ihr Geld in den Luxusboutiquen. Ein arabischer Tourist gibt pro Tag zwischen 500 und 1.000 Euro aus.Beliebt sind arabische Selbstzahler auch bei Fachärzten und Schönheits-Chirurgen.

31. Dezember 2013 – Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmuddel-Image ablegen

Bundesrepublik Deutschland * Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmuddel-Image ablegen und sich erfolgreich zum modernen Dienstleister weiterentwickeln. Die deutsche Pfandkreditbranche gibt in dem umsatzschwachen Jahr 2013 rund 630 Millionen Euro an Krediten aus. Inzwischen nehmen immer mehr Menschen die Dienste der Leihhäuser in Anspruch, da, anders als bei den immer weniger an Privatkunden interessierten Banken, den Pfandhäusern auch Menschen willkommen sind, die nur kleine Darlehen brauchen. Bei kurzen Laufzeiten ist ein Pfandkredit meist günstiger als ein Bankdarlehen. Zudem wird im Leihhaus kein Lohnnachweis verlangt und die Verhandlungen dauern oft keine zwei Minuten. Pro Monat werden bei Pfandkrediten ein Prozent Zinsen fällig, zuzüglich einer Gebühr, die sich nach der

Höhe des Kredits richtet. Mit einem Pfandkredit werden oft unvorhersehbare Ausgaben - wie eine Steuernachzahlung - finanziert oder die Darlehen müssen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten einfach für die laufenden Ausgaben herhalten. Wird der Kredit nach Ende der Laufzeit nicht verlängert und das Pfand nicht ausgelöst, kommt es zur Versteigerung. Findet sich dort auch kein Interessent, versuchen die Pfandhausbesitzer diese über ihre Läden zu verkaufen. Ist der Erlös höher als der Darlehensbetrag plus Zinsen, entsteht ein Überschuss, der aber ausschließlich dem Kunden zusteht. Wenn dieser ihn nicht einfordert, wird das Geld nach zwei Jahren an den Staat abgeführt. Allerdings werden nur 6,5 Prozent der Pfänder nicht mehr ausgelöst.

12. Februar 2014 – Die Pink Panthers überfallen Chopard in der Maximilianstraße 11

München-Graggenau * Vermutlich die Pink Panthers, die erfolgreichste Diebesbande der Welt, überfällt gegen 11 Uhr das Juweliergeschäft Chopard in der Maximilianstraße 11. Der Überfall dauert nur Sekunden. Die Räuber zertrümmern mit einer Stoff umwickelten Axt die versperrte Eingangstüre, bedrohen den Sicherheitsmann mit einem Schraubenzieher, schlagen vier Vitrinen ein und erbeuten hauptsächlich Uhren und Schmuck von noch unbekanntem Wert. Anschließend flüchten die fünf Männer zu Fuß in verschiedene Richtungen. Die Räuber haben aber nicht mit den Münchnern gerechnet, die sofort die Verfolgung aufnehmen und über ständigem Handy-Kontakt mit der Einsatzzentrale der Polizei kommunizieren. Nur knapp 20 Minuten später werden vier Jugendliche in der Nähe des Viktualienmarktes festgenommen. Dem fünften Täter gelingt scheinbar die Flucht. Die Polizei nimmt zusätzlich zwei Serben fest. Die Räuber sind noch halbe Kinder: ein 14-jähriger Ukrainer und drei 15 und 16 Jahre alte Moldawier, dazu die 27 und 32 Jahre alten Serben. Ob die Tat wirklich den Pink Panthers zugeordnet werden kann, ist unter den gegebenen Umständen fraglich.

9. März 2014 – Verbot des Bierausschanks im traditionellen Steinkrug verhindert ?

München * Das Nachrichtenmagazin Focus berichtet, dass das „Verbot des Bierausschanks im traditionellen Steinkrug“ durch die EU durch Bayern erfolgreich verhindert worden ist. Zwei Monate vor der Europa-Wahl ist das für Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner ein weiterer Beweis für die Regulierungswut der Brüsseler Bürokraten. Tatsache aber jedoch: Die Europäische Kommission hatte nie das Ziel, Bierkrüge aus Steingut zu verbieten. Es ging lediglich um eine 10 Jahre alte Regelung, wonach Eichstriche auf Gläsern angebracht werden müssen, um die richtige Inhaltsmenge feststellen zu können. Das ist aber beim Keferloher schon aufgrund des Materials nicht anwendbar. Biertrinker müssen in Gaststätten lediglich darauf

hingewiesen werden, dass sie die Füllmenge im Krug durch ein sogenanntes Umfüllmaß, das kann ein Glaskrug sein, überprüfen lassen können.

13. März 2014 – Das Landgericht verurteilt Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung

München * Die Steuerschuld des Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß hat sich um weitere 1,26 Millionen Euro erhöht. Der Solidaritätszuschlag muss noch einberechnet werden. Die Summe kann noch weiter steigen, weil sie von den Steuerfahndern bisher nur überschlägig berechnet worden ist. Das Landgericht München II verurteilt Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung in Höhe von 28,46 Millionen Euro zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren. Die Staatsanwaltschaft hat fünfeinhalb Jahre Haft gefordert. Die Anwälte des FC-Bayern-Präsidenten kündigen umgehend Revision beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe an. Bis das Urteil rechtskräftig ist, bleibt Uli Hoeneß auf freiem Fuß.

14. März 2014 – Hoeneß verzichtet auf eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht

München * Uli Hoeneß weist nach seiner Verurteilung im Prozess wegen 28,46 Millionen Euro hinterzogenen Steuern seine Anwälte an, auf eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht zu verzichten. Gleichzeitig legt er seine Ämter als Präsident und Aufsichtsratsvorsitzender des FC Bayern nieder. Er muss damit seine dreieinhalbjährige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Landsberg antreten.

16. März 2014 – Der Widerstand gegen das Königs-Denkmal schwindet

München-Au - München-Isarvorstadt * Bei der Stadtratswahl wird die CSU stärkste Fraktion und geht mit der SPD eine Koalition ein. Damit verändert sich auch die Einstellung zum Lud-wig II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke. Noch immer wollen weder die Stadträte der SPD noch der Grünen den meterhohen Kini neu aus Bronze gießen lassen, da derartige figür-liche Darstellungen „zu Beginn des 21.Jahrhunderts eigentlich nicht mehr die Ausdrucksform einer demokratischen Gesellschaft“ sind.

24. März 2014 – Jannik Inselkammer stirbt beim Helicopter-Skiing bei einem Lawinenunfall

British Columbia/Kanada * Gegen 10:30 Uhr stirbt Jannik Inselkammer, Gesellschafter der Augustiner Brauerei und erfolgreicher Immobilienunternehmer, beim Helicopter-Skiing bei einem Lawinenunfall in der kanadischen Provinz British Columbia. Er ist 45 Jahre alt. Als geschäftsführender Gesellschafter hält der Unternehmer 35 Prozent der Anteile an der Augustiner-Brauerei.

28. März 2014 – Sepp Krätz erhält eine Bewährungs- und eine Geldstrafe von 570.000 €

München * Sepp Krätz wird von der Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht München I in 36 Fällen wegen Steuerhinterziehung zu einer Freiheitsstrafe von einen Jahr und zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 570.000 Euro verurteilt. Das Kreisverwaltungsreferat hat dem Wiesnwirt vom Hippodrom bereits mitgeteilt, dass er nicht mehr auf‘s Frühlingsfest darf und seine Schanklizenz für seine Wirtschaft Andechser am Dom verlieren wird. Weil er dadurch kein Wirt mehr ist, kann er sich auch nicht für‘s Oktoberfest bewerben.

31. März 2014 – Der Mietvertrag des Sanitärgroßhandels im Kegelhof läuft aus

München-Au * Der Mietvertrag des Sanitärgroßhandels im Kegelhof in der Au läuft aus. Nun kann die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG mit der Weiterentwicklung des Komplexes Kegelhof beginnen.

1. April 2014 – Schanklizenz-Entzug für die Waldwirtschaft wird geprüft

München-Au * Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung prüft das Landratsamt München, ob dem Wiesnwirt Sepp Krätz auch die Schanklizenz für die Waldwirtschaft in Großhesselohe entzogen werden soll. Damit wäre Krätz‘ kleines Gastronomie-Imperium endgültig zerschlagen.
Nach seiner Verurteilung im Steuerhinterziehungsprozess muss er bereits damit rechnen, dass ihm die Schanklizenz für den Andechser am Dom entzogen wird. Und damit braucht er sich gar nicht mehr um eine Wiesn-Lizenz fürs Hippodrom bewerben.

14. April 2014 – Sepp Krätz zieht seinen Antrag für das Frühlingsfest zurück

München-Theresienwiese * Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz zieht seinen eigenen Antrag auf Gestattung

für das Frühlingsfest zurück. Statt ihm sollen seine Ehefrau Tina Krätz und seine Schwester Johanna Barsy das Hippodrom betreiben. Das Kreisverwaltungsreferat - KVR stimmt dem Antrag zu. Ob Sepp Krätz seine Schankkonzession und damit seine Zukunft als Wirt des Andechser am Dom weiter behalten kann, entscheidet das KVR nach Ostern. Erst Anfang Mai will das Landratsamt über die Zukunft seiner Konzession als Wirt der Waldwirtschaft in Großhesselohe entscheiden.

28. April 2014 – Siegfried Able übernimmt das ehemalige Hippodrom als Marstall

München-Theresienwiese * Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft befasst sich mit der Frage, wer die Nachfolge für Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz im Hippodrom antreten soll. Sepp Krätz war am 28. März von der Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht München I in 36 Fällen wegen Steuerhinterziehung zu einer Freiheitsstrafe von einen Jahr und zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 570.000 Euro verurteilt. Seine Schanklizenz für den Andechser am Dom hat er bereits verloren, das selbe Verfahren für die Waldwirtschaft in Großhesselohe wird im Mai angeschlossen. Das Wirtezelt wird Siegfried Able, der bisherige Wirt der Kalbskuchl auf der Wiesn, übernehmen. Er ist Betreiber des See-Biergartens Lerchenau mit 1.200 Plätzen, des Eiszaubers am Stachus und seit 2008 auch der Kalbskuchl. Zudem gehören ihm Pizza-Stände im Stachus-Untergeschoss und im Hauptbahnhof, in Letzterem auch der Süßigkeitenstand Münchner Zuckerl. Im Tierpark Hellabrunn hat er einen Biergarten, ein Café und einen Fish-and-Chips-Stand. Siegfried Able wird das Hippdrom in Marstall umbenennen. Auch das Festzelt wird vollkommen neu gestaltet. Seine Kalbskuchl mit 300 Plätzen übernimmt Erich Hochreiter, der Wirt des Biergartens am Viktualienmarkt. Der Besetzung des Wirtezeltes auf der Wiesn gehen hinter den Kulissen heftige Auseinandersetzungen. Deutlich und laut fällt die Kritik an dem seit 1980 praktizierten Vergabesystem der Stadt aus, das zwar korrekt abgewendet worden sei, aber aus einer Zeit stammt, als Volksfeste noch ein reines Reisegewerbe waren. Unangenehm heftig fällt die Kritik des Sprechers der Wiesnwirte, Toni Roiderer, aus. Für ihn ist der „Emporkömmling“ Siegfried Able nur ein „Kioskbetreiber“, der nie „Wunschkandidat“ war. Die etablierten Wiesnwirte wollen sogar ernstlich prüfen, ob sie ihn überhaupt in ihrem Kreis aufnehmen wollen.

1. Mai 2014 – Oberbürgermeister Dieter Reiters erster Arbeitstag

München-Graggenau * Seinen ersten Arbeitstag beginnt der neue Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter auf der Kundgebung des DGB auf dem Marienplatz. Weil er im Zusammenhang mit den städtischen Kliniken auch von Personalabbau spricht, erntet er bei den

anwesenden Gewerkschaftern Buh-Rufe und Pfiffe. Ob er sich jetzt den Schlegel zur Hand herbei gewünscht hat, dem ihm zuvor seine Mitarbeiter - verbunden mit dem Wunsch für einen „guten Start und einer glücklichen Hand - auch beim Anzapfen“ - geschenkt haben, ist nicht bekannt.

1. Juli 2014 – Sensationeller Fund im Apothekenhof der Münchner Residenz

München-Graggenau * Die Süddeutsche Zeitung berichtet über einen sensationellen Fund im Apothekenhof der Münchner Residenz. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um das fast unversehrte Grab einer 40- bis 60-jährigen Frau, die nach ihrem Tod an anderer Stelle verbrannt und im späteren Apothekenhof beigesetzt wurde. Die Archäologen fanden einen stattlichen Scherbenhaufen an Feinkeramik, die zum Teil kunstvoll mit in den Ton geritzten Schraffuren, Bändern und Zickzack-Mustern. Auch verschiedene Bronzeutensilien haben die Forscher entdeckt, darunter zwei Vasenknopfnadeln. Die Ur-Münchnerin hat vor mehr als 3.000 Jahren in der späten Bronzezeit (1350 bis 1200 vor Christi) nahe der Isar und ihren Seitenarmen gelebt. Nach der wissenschaftlichen Auswertung sollen die schönsten Fundstücke in der Residenz ausgestellt werden.

8. Juli 2014 – Der Verwaltungsgerichtshof entzieht Sepp Krätz endgültig die Konzession

München * Der Verwaltungsgerichtshof entzieht dem Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz endgültig die Konzession für den Andechser am Dom. Schließen muss der Andechser aber nicht. Sepp Krätz wird zwar als Geschäftsführer ausscheiden, seine Tochter, die seit Längerem schon mit ihrem Vater gemeinsam an der Spitze der Wirtschaft steht, wird das Lokal weiter betreiben. Die Stadt will dieses Modell akzeptieren, wenn Krätz schriftlich erklärt, dass er seiner Tochter keine Weisungen erteilen wird. Das Hauptsacheverfahren läuft noch weiter. Bis zur Urteilsverkündung kann es noch Jahre dauern. Offen ist auch noch, wie es mit der Waldwirtschaft in Großhesselohe weitergeht. Das Verfahren wird beim zuständigen Landratsamt geführt. Die Entscheidung steht noch aus.

13. Juli 2014 – Die deutsche Fußballmannschaft wird Weltmeister

Rio de Janairo * Mario Götze schießt in der Verlängerung der offiziellen Spielzeit das einzige Tor des Spieles gegen die Argentinische Nationalmannschaft. Damit ist die deutsche Fußballmannschaft Weltmeister.

29. Juli 2014 – Die neuen Wiesn-Attraktionen werden vorgestellt

München-Theresienwiese * Josef Schmid, 2. [CSU-]Bürgermeister und Wirtschaftsreferent, stellt die neuen Wiesn-Attraktionen vor. Das Marstall-Festzelt von Siegfried Able wird im Inneren 3.500 und draußen 900 Sitzplätze bieten. Statt dem leuchtenden Rot des Hippodroms überwiegt Weiß mit etwas Blau. Das Thema Pferd steht aber auch hier im Mittelpunkt.

31. Juli 2014 – Das Konzept für das Großprojekt Kegelhof wird vorgestellt

München-Au * Das Konzept für das Großprojekt Kegelhof wird vorgestellt. Das Gebäude entlang dem Auer Mühlbach wird abgerissen und mit 27 Wohnungen für Senioren neu aufgebaut. Unter dem Gelände entsteht eine Tiefgarage. Der Gebäudekomplex am Imma-Mack-Weg wird saniert und umgebaut. Unten bezieht die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG Büros, darüber kommen elf Wohnungen.

9. August 2014 – Die „4. Europameisterschaft im Stationary Wave Riding“ finden statt

Flughafen MUC * Am 9. und 10. August findet am Flughafen die „4. Europameisterschaft im Stationary Wave Riding“ statt.

8. September 2014 – Uli Hoeneß gibt den Bayerischen Verdienstorden zurück

München * Die Frau und die Kinder von dem in der Strafvollzugsanstalt Landsberg wegen Steuerhinterziehung zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe einsitzenden Ex-Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß geben seinen Bayerischen Verdienstorden persönlich bei Ministerpräsident Horst Seehofer zurück. Die Bayerische Staatskanzlei soll Hoeneß zu diesem Schritt bedrängt haben. Es sei ein ungeschriebenes Gesetz, dass zu einer Strafe ohne Bewährung Verurteilte den Orden zurückgeben müssen. Der Bayerische Verdienstorden wurde Uli Hoeneß im Jahr 2002 verliehen.

Oktober 2014 – Der Wirtschaftswert des Oktoberfestes liegt bei 954 Millionen Euro

München-Theresienwiese * Der geschätzte Wirtschaftswert des größten Volksfestes der Welt liegt bei etwa 954 Millionen Euro. Die Stadt als Veranstalter nimmt lediglich 7,3 Millionen Euro an Stand-entgelten ein. Die Kosten liegen bei 5,7 Millionen Euro. Die Differenz von 1,6

Millionen Euro wird in die Instandhaltung und den Ausbau des Festgeländes investiert.

5. November 2014 – Sänger Heino für den Karl-Valentin-Orden 2015 nominiert

München * Die Münchner Gesellschaft Narrhalla nominiert den Sänger Heino, 75, als 43. Ordensträger für den Karl-Valentin-Orden 2015. Verliehen wird der Orden - so die Narhalla - für „die humorvollste beziehungsweise hintergründigste Bemerkung im Sinne von Karl Valentin, für eine Rede oder Handlung, für ein Zitat, welches in der Öffentlichkeit publik wurde“. Der Orden wurde erstmals 1973 an den Kabarettisten Werner Fink verliehen.

6. November 2014 – Der Giesinger Bräu nimmt seinen Braubetrieb in Obergiesing auf

Obergiesing * Der Brauereibetrieb im Giesinger Bräu in der Martin-Luther-Straße 2, direkt gegenüber der Heilig-Kreuz-Kirche, nimmt seine Tätigkeit auf. Die Giesinger Brauer schreiben mit dem Bauvorhaben ein Stück Münchner Biergeschichte. Am neuen Standort kann die Kapazität bereits in der ersten Ausbaustufe auf 5.000 Hektoliter pro Jahr gesteigert werden. Das Gebäude gehört den Stadtwerken, die Brauer ziehen als Mieter ein. 2,8 Millionen Euro investierte der Giesinger Bräu in sein neues Brauhaus. Das neue Brauhaus samt Bierstüberl und Freischankfläche breitet sich auf einer Fläche von 600 Quadratmetern aus. Die Gäste im 60 Plätze fassenden Bräustüberl können durch ein riesiges Panoramafenster in die Brauerei und die Flaschenabfüllanlage schauen. In zwei weiteren Schritten soll danach die Braukapazität auf bis zu 13.000 Hektoliter jährlich erhöht werden. Eine erhöhte Freischankfläche, sowie eine Rampe, über die Lkw Malz liefern und das Bier für die Getränkemärkte abholen können, ergänzen den Braubetrieb. Am neuen Ort ist genügend Platz für Fassbier. Bisher füllte die Brauerei ihr Bier vor allem in Flaschen ab.

2015 – 160 Falschparker behindern die Weiterfahrt der Straßenbahn

München * Die Zahl der Falschparker, die die Weiterfahrt der Straßenbahn verhindern, hat sich auf 160 [2014: 197] reduziert. Die Münchner Verkehrsgesellschaft - MVG führt den Rückgang auf das warme Wetter zurück. „Bei Schneefall wären es erfahrungsgemäß noch einige mehr gewesen.“ Durch den sich schnell bildenden Trambahn-Stau sind oft Hunderte Fahrgäste betroffen. Das Abschleppen der Fahrzeuge wird beschleunigt.

2015 – 160 Falschparker behindern die Weiterfahrt der Straßenbahn

München * Die Zahl der Falschparker, die die Weiterfahrt der Straßenbahn verhindern, hat sich auf 160 [2014: 197] reduziert. Die Münchner Verkehrsgesellschaft - MVG führt den Rückgang auf das warme Wetter zurück. „Bei Schneefall wären es erfahrungsgemäß noch einige mehr gewesen“. Durch den sich schnell bildenden Trambahn-Stau sind oft Hunderte Fahrgäste betroffen. Das Abschleppen der Fahrzeuge wird beschleunigt.

30. Januar 2015 – Der Sänger Heino erhält den „Karl-Valentin-Orden 2015“

München * Der Sänger Heino („Schwarzbraun ist die Haselnuss“) erhält für „die humorvollste beziehungsweise hintergründigste Bemerkung im Sinne von Karl Valentin, für eine Rede oder Handlung, für ein Zitat, welches in der Öffentlichkeit publik wurde“, den „Karl-Valentin-Orden 2015“ der „Münchner Gesellschaft Narrhalla“ überreicht. Peinlich!

14. Februar 2015 – Der Giesinger Bräu verabschiedet sich vom Untergiesinger Brauplatz

München-Untergiesing * Mit einem Fest „auf dem Bierkeller“ feiert der Giesinger Bräu seinen Abschied von seinem Stammsitz in der Untergiesinger Birkenau. Im Jahr 2006 mietete Geschäftsführer Steffen Marx dort eine Doppelgarage und richtete eine Brauerei samt Bierkeller ein. Die alten Anlagen sind abgebaut und verkauft. Im Herbst übernimmt ein Handwerksbetrieb das Untergiesinger Gelände.   Seit November 2014 wird das Bier des Giesinger Bräu im ehemaligen Umspannwerk in der Martin-Luther-Straße gebraut und verkauft.

21. April 2015 – Die Hühnerbraterei Poschner fliegt von der Wiesn

München-Graggenau - München-Theresienwiese * Der Stadtrats-Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft diskutiert in einer nichtöffentlichen Sitzung über die Bewerbungen für das diesjährige Oktoberfest. Insgesamt liegen dem Wirtschaftsausschuss 1.214 Bewerbungen vor, 2014 waren es noch 1.310 gewesen. 568 Bewerber werden zugelassen [2014: 569]. Die Bandbreite reicht vom großen Bierzelt bis zum Zuckerwattestand, von der Achterbahn bis zum Flohzirkus.
Das Schützen-Festzelt soll künftig 7.000 statt bisher 5.500 Plätze bekommen. Gleichzeitig wird die Festhalle schmäler. Die Hühnerbraterei Poschner und sein Inhaber Berni Luft kommt nicht mehr zum Zug. Dafür erhält Josef Able, der ältere Bruder des Marstall-Wiesnwirts Siegfried Able,

einen Standplatz. Über das Konzept ist noch nichts bekannt.

16. Dezember 2015 – Eine zeitlich befristete Ausstellung von Bronzeskulpturen eröffnet

München-Graggenau * Der bayerische Finanz- und Heimatminister Markus Söder eröffnet im Vierschäftesaal der Münchner Residenz eine zeitlich befristete Ausstellung von Bronzeskulpturen aus dem späten 16. und frühen 17. Jahrhundert. Es handelt sich dabei um Bronze-Skulpturen, die durch Kopien ersetzt und danach aufwändig restauriert worden sind. Die Ausstellung ist bis zum 14. Februar 2016 für die Öffentlichkeit zu besichtigen. Danach können die Werke im Bronzesaal nur noch geladene Gäste und Teilnehmer gelegentlich stattfindender öffentlicher Führungen erleben.

25. Januar 2016 – Paulaner und der Nockherberg gehören zusammen

München-Au * Für die neue Hauptverwaltung der Paulaner-Brauerei in der Ohlmüllerstraße 42 kann sein Richtfest feiern. Der kaufmännische Geschäftsführer Stefan Schmale betont dabei: „Paulaner ist in der Au geboren, Paulaner gehört hierher.“ Bis zum 15. November 2016 soll das Gebäude schlüsselfertig übergeben werden. Danach können die rund 300 Beschäftigten der Paulaner-Hauptverwaltung ihre Büros beziehen.

28. Januar 2016 – Richtfest für das Technologiezentrum II der Firma Rohde & Schwarz

München-Berg am Laim * Für das Technologiezentrum II der Firma Rohde & Schwarz an der Ampfingstraße kann das Richtfest gefeiert werden. Der Neubau, der Platz für 600 Beschäftigte bietet, soll 2017 bezogen werden.

15. Februar 2016 – Die Ausstellung von Bronzeskulpturen wird wieder geschlossen

München-Graggenau * Die zeitlich befristete Ausstellung von Bronzeskulpturen aus dem späten 16. und frühen 17. Jahrhundert im Vierschäftesaal der Münchner Residenz wird wieder geschlossen. Nun können die Werke im Bronzesaal nur noch geladene Gäste und Teilnehmer gelegentlich stattfindender öffentlicher Führungen erlebt werden.

25. November 2016 – Uli Hoeneß wird erneut zum Präsidenten des FC Bayern gewählt

München * Uli Hoeneß wird neun Monate nach seiner Haftentlassung erneut zum Präsidenten des FC Bayern gewählt.

25. April 2017 – Hat die Bayerische Staatsregierung Frieden mit Kurt Eisner geschlossen?

München * Scheinbar hat nun auch die Bayerische Staatsregierung ihren Frieden mit Kurt Eisner gemacht. In einem Schreiben des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst heißt es: „Die Rolle Kurt Eisners bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges, beim Ende der Monarchie und der Einführung einer demokratischen Verfasstheit in Bayern, beim Bemühen, den künftigen deutschen republikanischen Bundesstaat föderal auszugestalten und bei der Bereitschaft, auch die (Mit)Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Grundlage für eine neue Friedens-ordnung in Europa anzuerkennen, werden von der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich positiv bewertet. Hinzu kommt die Tatsache, dass Eisner als Intellektueller (vor allem orientiert an Immanuel Kant), mit seinem jüdischen (familiären) Hintergrund und als Pazifist (zumal als Zeitgenosse der Blutbäder des Ersten Weltkrieges) wie durch seine Ermordung als amtierender Bayerischer Ministerpräsident am 21. Februar 1919 zu einer Symbolgestalt für aufgeklärt-demokratische Kräfte gegenüber den chauvinistisch-antisemitischen wurde, in deren späterer Konsequenz auch die Barbarei des NS-Regimes in Bayern und Deutschland steht“. Das Ministerium stellt darin in Aussicht, Kurt Eisner bei den zentralen bayerischen Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 2018 („100 Jahre Freistaat Bayern“) entsprechend zu würdigen. Vielleicht bekommt er dann auch ein Bild in der Bayerischen Staatskanzlei.

26. Juli 2017 – Stadtrat beschließt Umwandlung des Valentin-Karlstadt-Musäums

München-Graggenau * Der Stadtrat beschließt in seiner Vollversammlung, dass das Valentin-Karlstadt-Musäum zum 1. Januar 2018 ein städtischer Betrieb wird. Damit kommt das Valentin-Karlstadt-Musäum dorthin, wo es eigentlich schon immer hingehört - in die Hände der Münchner Stadtgesellschaft.

27. September 2017 – Frauen sollen in Saudi Arabien Autofahren dürfen

Saudi Arabien * Ein Dekret von König Salman von Saudi Arabien schafft die notwendigen praktischen Voraussetzungen, um ab Juni 2018 als letztes Land der Welt den Frauen das Autofahren zu erlauben. Aktivistinnen kämpften seit 1990 für diese Errungenschaft und

mussten oft einen hohen Preis dafür zahlen: Beispielsweise eine Gefängnisstrafe von 73 Tagen.

3. Oktober 2017 – Das Oktoberfest 2017 endet

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest 2017 endet. Das Fazit lautet: In 18 Tagen besuchten angeblich 6,2 Millionen Besucher [2016: 5,6 in 17 Tagen, 2015: 5,9 in 16 Tagen, 2014: 6,3 in 16 Tagen] die Wiesn. 2017 gab es keine Landwirtschaftsausstellung, dafür eine Oide Wiesn. Im Jahr 2017 besuchten 480.000 Gäste [2015: 535.000] die Oide Wiesn. Der Konsum - und damit der Umsatz - hat sich erholt. [Zahlen in Klammer = 2016 - 2015 - 2014.] 7,5 Millionen Mass Wiesnbier [6,1 - 7,3 - 7,7] wurden getrunken. 127 Ochsen [109 - 114 - 112] wurden in der Ochsenbraterei verzehrt. Insgesamt wurden 1.162 Straftaten [1.067 - 1.191 - 1.290] bei der Polizei angezeigt. 314 Körperverletzungen [331 - 372 - 398] wurden von der Polizei registriert. Die Polizeistatistik weist 49 Masskrugschlägereien [42 - 47 - 36] aus. 3.449 Hilfeleistungen [3.897 - 3.312 - 3.617] mussten die Sanitäter und Ärzte leisten. 670 Wiesn-Besucher [593 - 628 - 681] mussten wegen Alkoholvergiftungen medizinisch überwacht werden. ?? [35 - 121 - 150] Mal musste der U-Bahnhof Theresienwiese gesperrt werden. 120.000 gestohlene Masskrüge [96.000 - 110.000 - 112.000] wurden den Besuchern wieder abgenommen. 4.055 Fundstücke [2.915 - 2.948 - 3.646] wurden im Wiesn-Fundbüro abgegeben.

19. November 2017 – Die 6. Benefiz-Matinée der SAUBANDE im Münchner Volkstheater

München-Maxvorstadt * Zum sechsten Mal veranstaltet die „SAUBANDE“, der Valentin-Karlstadt-Förderverein, eine Benefiz-Matinée im Münchner Volkstheater. Es treten auf: Ilse Neubauer, Maria Peschek und Helmut Dauner, Mrs. Zwirbel, Hans Well und die Wellpappn, Bele Turba und Nadia Tamborrini, das „Fünferl“ mit Johanna Bittenbinder, Heinz Josef Braun, Sebi Tramontana und Andreas Koll, Veronika Bittenbinder mit Band, Stefan Noelle, Stephan Zinner, Arthur Senkrecht mit Bastian Pusch am Piano und Holger Paetz sowie die eine oder andere Überraschung. Die namhaften Künstlerinnen und Künstler geben ihr Bestes, garniert mit valentinschen Spitzen.

23. November 2017 – Bundesstaatsanwaltschaft stellt Brandanschlag-Ermittlungen ein

Karlsruhe - München-Isarvorstadt * Die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe stellt die Ermittlungen zum Brandanschlag auf das damalige Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde

Münchens an der Reichenbachstraße 27 ein. Dort waren bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim am 13. Februar 1970 zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode gekommen.

1. Januar 2018 – Das Valentin-Karlstadt-Musäum ist ein städtischer Betrieb

München-Graggenau - München-Angerviertel * Das Valentin-Karlstadt-Musäum ist ein städtischer Betrieb. Bis dahin war das „Musäum“ ein privat betriebenes Museum, das seinen Betrieb bis 2016 ausschließlich selbst erwirtschaften musste.

16. Juli 2018 – Die Aufbauarbeiten für das 185. Oktoberfest beginnen

München-Theresienwiese * Die Aufbauarbeiten für das 185. Oktoberfest beginnen. Da das Betreten der Baustelle in dieser Zeit aus Sicherheitsgründen verboten ist, müssen lange Umwege in Kauf genommen werden. Nur das Schützenzelt ist von dieser Regel ausgenommen, da es an dem geplanten Fahrradweg steht, auf dem die Radler während des Aufbaus der anderen Festzelte und der Fahrgeschäfte die Wiesn queren können.

7. Oktober 2018 – Das Fazit der Wiesn 2018

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest 2018 endet. Das Fazit lautet: In 16 Tagen besuchten 6,3 Millionen Besucher [2017: 6,2 Millionen in 18 Tagen; 2016: 5,6 in 17 Tagen; 2015: 5,9 in 16 Tagen; 2014: 6,3 in 16 Tagen] die Wiesn. 2018 gab es keine Landwirtschaftsausstellung, dafür eine Oide Wiesn. Im Jahr 2018 besuchten 500.000 Gäste [2016: 480.000; 2015: 535.000] die Oide Wiesn. Der Konsum - und damit der Umsatz - hat sich erholt. [Zahlen in Klammer = 2017 - 2016 - 2015 - 2014.] 7,5 Millionen Mass Wiesnbier [7,6 - 6,1 - 7,3 - 7,7] wurden getrunken. 124 Ochsen [127 - 109 - 114 - 112] wurden in der Ochsenbraterei verzehrt und 48 Kälber [59 - xx - 50 - xx] in der Kalbsbraterei. Insgesamt wurden 924 Straftaten [1.162 - 1.067 - 1.191 - 1.290] bei der Polizei angezeigt. 62 Sexualdelikte [42] auf dem Festgelände, davon vier Vergewaltigungen. xxx Körperverletzungen [314 - 331 - 372 - 398] wurden von der Polizei registriert. Bei einer Schlägerei am 28. September war ein Todesfall zu verzeichnen. Die Polizeistatistik weist 27 Masskrugschlägereien [36 - 42 - 47 - 36] aus. 3.333 Hilfeleistungen [3.449 - 3.897 - 3.312 - 3.617] mussten die Sanitäter und Ärzte leisten. 717 Wiesn-Besucher [670 - 593 - 628 - 681] mussten wegen Alkoholvergiftungen medizinisch überwacht werden. ?? [?? - 35 - 121 - 150] Mal musste der U-Bahnhof Theresienwiese

gesperrt werden. xx.xxx gestohlene Masskrüge [120.000 - 96.000 - 110.000 - 112.000] wurden den Besuchern wieder abgenommen. 2.685 Fundstücke [4.055 - 2.915 - 2.948 - 3.646] wurden im Wiesn-Fundbüro abgegeben.

7. November 2018 – Staatsakt zum 100. Geburtstag des Freistaats Bayern

München * Ministerpräsident Markus Söder spricht auf einem Staatsakt zum 100. Geburtstag des Freistaats Bayern, ohne dessen Gründer Kurt Eisner und die Ermordung des Sozialisten durch einen Rechtsradikalen mit einem Wort zu erwähnen. Ein Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung bezeichnet Söders Rede „dem Anlass in keiner Weise angemessen“, da er seine Rede in scherzhaft-launigem Stil vortrug, passend eher zum „Jubiläum eines Trachtenvereins“.

9. November 2018 – Gedenktafeln erinnern an die Familie Schülein

München-Haidhausen * An der Fassade des Unionsbräu in der Einsteinstraße 42 sowie im Innenhof werden zwei Gedenktafeln zur Erinnerung an die jüdische Brauerfamilie Schülein enthüllt. Die vom Münchner Bildhauer Toni Preis gestalteten Tafeln würdigen die Bedeutung der Familie für die Geschichte der Unionsbrauerei, die Entwicklung Haidhausens und die Münchner Brauwirtschaft. An der Feierstunde nehmen unter anderem Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Charlotte Knobloch, teil. Die Tafeln erinnern zugleich an die Verfolgung der Familie während der NS-Zeit, ihre Emigration sowie an ihren Beitrag zum Wiederaufbau Münchens nach dem Zweiten Weltkrieg.

11. November 2018 – Die siebte SAUBANDE-Matinée

München-Maxvorstadt * Zum siebten Mal veranstaltet die SAUBANDE, der Valentin-Karlstadt-Förderverein, eine Benefiz-Matinée im Münchner Volkstheater. Namhafte Künstlerinnen und Künstler geben ihr Bestes, garniert mit valentinschen Spitzen.

2022 – Brezelbacken als immaterielles Kulturerbe anerkennen

Berlin * Als Bundeslandwirtschaftsminister ergreift Cem Özdemir die Initiative, das traditionelle

Brezelbacken als immaterielles Kulturerbe anerkennen zu lassen. Dabei betont er zugleich, dass die Breze ein gemeinsames Kulturgut des süddeutschen und mitteleuropäischen Raums sei.

April 2022 – Erinnerung an die verfolgten und ermordeten Mitarbeiter

München-Graggenau * Eine Gedenktafel am Eingang des Schauspielhauses wird enthüllt. Sie erinnert an 28 ehemalige Angehörige des Hauses, die zwischen 1911 und 1943 an den Kammerspielen wirkten und Opfer von Verfolgung, Entrechtung, Flucht oder Ermordung wurden. Die Tafel ergänzt die bereits 2020 angebrachten Erinnerungszeichen für fünf ermordete Mitarbeiter. Sie steht für eine aktive Erinnerungskultur, mit der die Kammerspiele ihre eigene Geschichte aufarbeiten und das Gedenken dauerhaft im Haus verankern. Alles aufgearbeitet ist mit diesen 28 Namen noch lange nicht.

25. Oktober 2022 – Wissenschaftler besetzen den Finanzinvestor Blackrock

München-Kreuzviertel * Unter Federführung von „Scientist Rebellion“, einer Gruppe von Wissenschaftlern aus mehreren Ländern, beginnt eine Aktionswoche. Am Lenbachplatz demonstrieren rund zwei Dutzend Menschen vor den Büros des globalen Finanzinvestors Blackrock, 14 kleben sich im und am Gebäude fest. Sie werden vorläufig festgenommen und nach Feststellung ihrer Identität wieder freigelassen.

29. Oktober 2022 – Klima-Aktivisten kleben bei BMW

München-Milbertshofen * Gegen elf Uhr lösen Aktivisten in der BMW-Welt Alarm aus: 14 kleben mit einer Hand an einem Sportwagen, einer filmt die Aktion. Die Polizei nimmt alle fest und beantragt einen Gewahrsam, der nach richterlicher Prüfung auch angeordnet wird: Zwei Wissenschaftler bleiben bis 1. bzw. 2. November in Haft, die übrigen bis zum 4. November, also eine Woche.

18. November 2022 – Inhaftierter Klimaaktivist im Hungerstreik

München-Giesing * Es wird bekannt, dass sich einer der bis zum 2. Dezember in Gewahrsam genommenen männlichen Klimaaktivisten in der JVA Stadelheim im Hungerstreik befindet.

2023 – Ein Tiefbrunnen für die Münchner Kindl Brauerei

München-Giesing * Da ein Tiefbrunnen innerhalb der Stadtgrenzen Bedingung dafür ist, dass ein Bier sich ganz offiziell Münchner Bier nennen und auf dem Oktoberfest ausgeschenkt werden darf, wollen Dietrich Sailer und seine Söhne Luis und Leo auch diesen Schritt wagen. Immerhin kostet die Bohrung rund 700.000 Euro. Die Genehmigung ist aufwändig und dauert etwa zwei Jahre, da die Eingriffe ins Grundwasser strengen Auflagen unterliegen. Das Wasserwirtschaftsamt bewertet zusätzliche Tiefbrunnen kritisch, da das Münchner Tiefengrundwasser besonders geschützt ist. Die Stadt genehmigt das Projekt dennoch - unter anderem, weil für die Bierherstellung besonders reines Wasser erforderlich ist. Gleichzeitig bleibt klar: Neue Brunnen werden auch künftig nur sehr restriktiv erlaubt.

3. Februar 2026 – Eintritt fürs Oktoberfest ?

München * Der bayerische Bierbrauerpräsident Georg Schneider schlägt vor, künftig Eintritt für das Münchner Oktoberfest zu verlangen, da der Bierpreis bei Volksfesten nicht die Haupt-Kalkulationsgrundlage für alle Kosten sein kann. Diesen Vorstoß erteilt Münchens Wiesn-Chef Christian Scharpf [SPD] umgehend eine Absage. „Das Oktoberfest ist ein Volksfest und kein Freizeitpark“, sagt der Münchner Wirtschaftsreferent. Ein Eintritt passt überhaupt nicht zum Volksfestcharakter der Wiesn und kommt nicht infrage. „Die Wiesn ist für jeden und jede da, nicht nur für die, die sich einen teuren Eintritt leisten können.“ Die Gäste, die nur durchschlendern und die Atmosphäre genießen wollten, seien genauso willkommen wie die, die in den Bierzelten feiern oder sich in einem Fahrgeschäft vergnügen wollten.

23. April 20261516 – Herzogliche Brauvorschriften münden in das Reinheitsgebot

Ingolstadt * Die herzoglichen Brauvorschriften von 1487 und 1493 dienen als Vorbilder für das Baierische Reinheitsgebot vom 23. April 1516. Mit der neuen Landesordnung gelten einheitliche Regeln für die Bierherstellung im wiedervereinigten Herzogtum Baiern. Die klaren Vorgaben stellen hohe Anforderungen an die baierischen Brauer. Sie sollen die Qualität des Bieres sichern und das Vertrauen der Bevölkerung in das Getränk stärken. Zugleich spiegeln die Vorschriften ein verbreitetes Misstrauen gegenüber dem Lebensmittelgewerbe wider. Besonders den Brauern unterstellt man eine große Experimentierfreude bei der Verwendung unterschiedlicher Zutaten.
Die Braugesetze dienen dem Verbraucherschutz, verfolgen aber auch wirtschaftliche Ziele. Einheitliche Qualitätsstandards verbessern die Konkurrenzfähigkeit des Bieres. Im Laufe des 16. Jahrhunderts gewinnt es gegenüber dem Wein zunehmend an Bedeutung und entwickelt sich

schließlich zum vorherrschenden Volksgetränk.